Deutsche Volkswirthschaftliche Monatshefte.

Herausgegeben

von

Paul Freiherrn von Roëll.

VII. Jahrgang.

Heft 1. — Januar.

Berlin, 1882.

Druck und Verlag von F. A. Günther & Sohn.

Inhalts-Verzeichniss.

I. Genossenschaftswesen.

II. Handelspolitische Aufsätze.

III. Socialpolitisches.

IV. Statistik.

V. Vereinswesen.

VI. Versicherungswesen.

VII. Zeitreflexe.



1*

VERZEICHNISS

besonders empfehlenswerther Grossfirmen für alle Industriezweige.

Preis für eine Zeile 5 Mark (für jede weitere Zeile 3 Mark) bei 12maliger Insertion durch ein ganzes Jahr.

Eisen- und Maschinen-Branche.

Rheinische Röhrendampfkesselfabrik A. Büttner & Co., Uerdingen a. Rh. Unexplodirbare Dampfkessel, verbesserte Root'sche Construction. Patent Büttner.

Ludw. Loewe & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 32. Werkzeugmaschinen-Bau nach Amerikanischem System. Massenfabrikation von Waffen, Waffentheilen und Munition. Fabrikation unexplodirbarer Dampfkessel.

Eisenbahn-Betriebs-Material.

Locomotivfabrik Krauss & Co., München. Locomotiven für Haupt- und secundäre Bahnen, sowie Bau-Unternehmungen nach dem vorzüglich bewährten System Kraus.

Diverse.

Otto Hiller, Berlin C., Neue Friedrichsstr. 18/19. Alleinige Fabrik der Hiller'schen Masticdachpappen und des Hiller'schen Mastic (präparirter Dachtheer.) Dachdeckungsgeschäft (auch Reparaturarbeiten.)

G. F. Grosser in Markersdorf bei Burgstädt in Sachsen Fabrik der vollkommensten Strickmaschinen der Neuzeit. Mustersortiments zur Ansicht.

Der Zollanschluß Hamburgs

und die hierfür seitens des Reiches aufzuwendenden Kosten im Betrage von 40 Mill. Mk. sind nunmehr vom Reichstage endgiltig genehmigt worden. Man sieht auch an diesem Vorfall, was eine zielbewußte energische Politik, wenn sie, über den Partei-Meinungen stehend, die Gesammtinteressen des Landes verficht, heutzutage noch auszurichten vermag. Vor kaum einem Jahre noch hatte der Zollanschluß Hamburgs so gut wie gar keine Freunde. Die maßgebenden Parteien im Reichstage sprachen von einer Vergewaltigung dieses freihändlerischen Emporiums durch den Reichskanzler, die Hamburger selbst erklärten sich in überwiegender Mehrzahl gegen die Vereinigung mit dem Zollverbande und einige ihrer Hauptschreier entblödeten sich sogar nicht, den Untergang der Freiheit und Unabhängigkeit dieser alten Hansestadt, oder richtiger gesagt, den Verlust ihrer Sonderstellung im Reiche mit der Zolleinigung zu identifiziren. Als ob irgend einer der zollgeeinten deutschen Staaten, etwa Bayern oder Württemberg um dieser Zolleinigung willen Gefahr liefe, seine Souverenität und Sonderstellung einzubüßen.

Nach kaum einem Jahr hat sich nun das Bild völlig verändert. Wenn wir die starren Doktrinäre der Freihandelspartei, die Bamberger, Rickert und Richter außer Betracht lassen, für welche überhaupt jeder Zoll und jede Zolleinigung ein nationales, wenn man nicht besser sagen will, ein internationales Unglück bedeutet, so haben alle maßgebenden Parteien des Reichstages die Zolleinigung und den 40 Millionen-Kredit votirt, selbst Mitglieder der Fortschrittspartei und was am höchsten

anzuschlagen ist. Vertreter seestädtischer Interessen wie Maier (Bremen) und Schlutow (Stettin). Die Hamburger selbst haben den dringenden Wunsch ausgesprochen, die Zolleinigung möglichst bald bewirkt zu sehen, ihr Kommissar war wohl der gründlichste Vertheidiger der Regierungsvorlage und so begegnete die Annahme der Vorlage, allerdings Dank der gewandten Unterstützung derselben durch den Führer der Zentrumspartei, keinen Schwierigkeiten.

Für die vaterländische Industrie ist mit diesem Votum Vieles erreicht worden. Zunächst kommt derselben der große Konsum der dem Zollverbande gewonnenen Einwohnerschaft Hamburgs zu gute. Schon seither sind allerdings in Hamburg große Mengen deutscher Fabrikate konsumirt worden, aber es macht doch einen Unterschied, ob für eine Bevölkerung von mehr als 300,000 Seelen zu Gunsten der deutschen Industrie Zollschranken bestehen oder nicht und es besteht die gegründete Hoffnung, daß deutsche Fabrikate von nun an in noch weit höherem Maße nach Hamburg geführt und dort zum Verbrauch kommen werden, als bisher.

So willkommen aber auch diese Erweiterung ihres Absatzgebietes der deutschen Industrie sein wird, wichtiger ist die Einschließung des Hamburger Gebietes in den Zollverein für ihren Exporthandel. Die Frage des Zollanschlusses selbst hat schon den Vortheil gehabt, die großen Handelshäuser Hamburgs der deutschen Industrie näher zu bringen und zum Studium ihrer Leistungsfähigkeit zu veranlassen, und nach Allem was vorliegt, besteht kein Zweifel darüber, daß die so lange Zeit arg vernachlässigte Verbindung zwischen der deutschen Industrie und den Hamburger Exporthäusern mit dem Zollanschluß auf's Neue aufleben und bald reiche Früchte tragen wird.

Wir haben mehrfach über den Besuch berichtet, welchen hervorragende Mitglieder der Hamburger Handelskammer im vorigen Jahre den rheinisch-westfälischen Industriebezirken abgestattet haben. Heute liegt uns nun ein Bericht vor, den der Präsident dieser Handelskammer, Herr Arthur Lutteroth, selbst über die rheinisch-westfälische Rundreise in den Mittheilungen

des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" veröffentlicht und der in der That für die zukünftigen geschäftlichen Beziehungen der Hamburger Exporteure zur deutschen Großindustrie große Hoffnungen erweckt. Hier heißt es wörtlich:

„Wir stimmen mit allen Industriellen darin überein, daß es unsere gemeinsame Aufgabe sein müsse, diejenigen Gesichtspunkte zusammenzufassen und im Auge zu behalten, von welchen aus ein regeres Zusammenwirken von Industrie und Exporthandel anzubahnen sei. Daß hierin bisher seitens der Seestädte nicht genug geschehen ist, hat in sehr natürlichen, im Laufe der Zeit entstandenen Verhältnissen einen zureichenden Grund. Die langjährige, durch reelle Bedienung unterstützte und erhaltene Gewohnheit, viele solche Artikel, wie sie namentlich von England und Frankreich in Güte und Preis den Anforderungen entsprechend geliefert werden, dort einzukaufen, hat den seestädtischen Exporteur, bisher vielleicht mehr als nöthig veranlaßt, sich hauptsächlich dieser Bezugsquelle zur Deckung seines Bedarfs zu bedienen und ihn abgehalten, sich um Verbindungen im deutschen Vaterlande zu bemühen. Andererseits mangelte es aber auch zum Theil an dem Bestreben seitens der deutschen Industriellen, ihre in den letzten Jahren so allgemein erhöhte Concurrenzfähigkeit dem Exporteur genügend vor Augen zu führen und ihn dadurch zu veranlassen, die Ebenbürtigkeit des deutschen Fabrikates kennen und würdigen zu lernen. Wir sind aber der festen Ueberzeugung, daß diese Verhältnisse mit der gesteigerten Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie sich zu Gunsten derselben ändern werden und wollen wir unsererseits gern Alles thun, um dieses Ziel erreichen zu helfen."

So einer der ohne Zweifel maßgebendsten Beurtheiler der Verhältnisse. Auch wir glauben an die Erfüllung der in vorstehenden Worten ausgesprochenen Hoffnungen, damit dieselbe indeß unserer Industrie werde, müssen vor allen die Eisenbahnen und sonstigen Transportt unternehmer ihre Schuldigkeit thun und den Transpor nach den Exportplätzen, soweit dies ihre eigenen Interessen nur irgend zulassen, auf jede mögliche Art be-

günstigen. Da die Reichsregierung einmal den Zollanschluß Hamburgs mit so großem Eifer betrieben hat, so glauben wir, wird sie der vaterländischen Industrie auch diese weiteren Mittel nicht versagen wollen, welche es ihr erst ermöglichen würden, Hamburg für deutsche Industrieerzeugnisse zu einem Stapel- und Exportplatze ersten Ranges zu machen. Fürst Bismarck wird auch in dieser Sache von seinem Ministerkollegen Maybach hoffentlich nicht im Stich gelassen werden.

Andererseits wird, wie auch Herr Präsident Lutteroth hervorhebt, die deutsche Industrie unausgesetzt an ihrer Vervollkommnung zu arbeiten haben, wenn sie ihre mächtigen Gegner, England und Frankreich, aus dem Hamburger Exporthandel verdrängen will. Herr Lutteroth bezeichnet selbst einige der Industrie noch hier und da anhaftende Mängel, deren baldige Abstellung er fordert. Seine Bemerkungen richten sich namentlich gegen ein früher nicht allzuseltene Unreellität und Ungediegenheit in der Waare selbst wie in ihrer Aufmachung und Verpackung und gegen den direkten Consignationsverkauf der Fabrikanten in überseeischen Ländern; er plaidirt dafür, deutsche Waaren mit deutscher Bezeichnung zu exportiren, ferner ein besseres, etwa dem französischen nahekommendes, Zahlungs- und Creditsystem einzuführen und räth der Industrie schließlich, auch ihrerseits die großen Seestädte zum direkten Import ihrer überseeischen Rohstoffe zu benutzen. Wir hoffen, daß diese guten Rathschläge allseitig auf fruchtbaren Boden fallen werden und wünschen allen Hoffnungen baldige Erfüllung.

Interventions-Bank und Antikonkurs-Vereine.

Die Verwaltung der kürzlich ins Leben gerufenen Interventions-Bank läßt über ihre Erstlings-Erfahrungen ein Bulletin veröffentlichen, welches wir des beregten Interesses wegen, das die Bank im Publikum erregte, sowie auch deshalb unsern Lesern nachfolgend vorführen, weil der Inhalt zu einer gemeinnützigen Betrachtung dringenden Anlaß bietet. Es lautet:

„Der Zuspruch, dessen sich dieses junge Institut von Nah und Fern erfreut, ist schon jetzt ein so massenhafter, daß dasselbe für die nächsten Monate kaum in der Lage sein wird, noch weitere Interventions-Gesuche berücksichtigen resp. bewältigen zu können. In verschiedenen Fällen ist es der Bank bereits gelungen, ihre segensreiche Wirksamkeit zu bethätigen, indem sie bei einigen Firmen, bei denen die Vorbedingungen zur Intervention gegeben waren, mit Erfolg intervenirt hat. Ein weiteres erfreuliches Zeichen für die sympatische Aufnahme, welche die Interventions-Bank überall findet, ist in der Thatsache zu erblicken, daß sich aus allen Gegenden Deutschlands angesehene und einsichtsvolle Männer um eine Vertretung der Bank bewerben, bezw. sich dazu erbieten, als Vertrauenspersonen der guten Sache zu dienen und zu nützen. Allerdings wird erst nach hergestellter vollständiger Organisation, welche Seitens der Bank bereits in Angriff genommen ist, dieselbe ihre volle Thätigkeit entwickeln und in allen Gegenden Deutschlands gleich wirksam operiren können. Bemerkt muß wohl werden, daß die Interventions-Bank mit vielfachen Darlehnsgesuchen aller Art bestürmt wird, indem in vollständiger Verkennung des eigentlichen Zwecks derselben die in Geldverlegenheiten befindlichen Geschäfts- und Privatleute, deren Zahl Legion ist, glauben, es bedürfe bei diesem Institute nur der mehr oder weniger lebhaften und glaubhaften Schilderung der Nothlage, um von ihr ein beliebig hohes Darlehn, theils ohne alle Deckung, theils gegen mehr als zweifelhafte Sicherheiten ohne Weiteres zu erlangen. Daß dies nicht angeht, liegt auf der Hand; die Bank kann eben so wenig wie andere Institute Gelder ohne hinreichende Bedeckung ausleihen, und das wenigste, was gefordert werden muß, sind gute Bürgschaften solventer Personen."

Soweit die Direktion der Interventions-Bank. Wir heben aus diesem lehrreichen Berichte speziell hervor

1) daß die Bank für die nächsten Monate kein Interventions-Gesuch mehr berücksichtigen kann,

2) daß die Zahl der in Geldverlegenheit befindlichen Geschäftsleute in Deutschland Legion ist und

3) daß die Bank als Sicherheit für zu gebende Vorschüsse „wenigstens gute Bürgschaften solventer Personen verlangt."

Da die Verwaltung der Interventions-Bank aus Personen besteht, deren natinnalökonomische Einsicht und geschäftliche Intelligenz ebenso zweifellos ist, wie ihr humanes Verlangen, die Nothstände unseres Volkes zu mildern, so unterwerfen wir die thatsächliche Richtigkeit dessen, was oben über die Erfahrungen und Leistungsmöglichkeiten des jungen Instituts konstatirt wird, keinerlei Kritik. Nur einige Schlußfolgerungen wollen wir daraus ziehen. Zunächst die Bestätigung des Eindruckes, welchen wir sofort beim Inslebentreten der Interventions-Bank dafür empfingen, daß dieses Institut seinen Schwerpunkt weniger in seinen finanziellen Leistungen als Bank, wie in seinen organisatorischen, moralischen und consultativen Leistungen als Centralbureau der überall ins Leben zu rufenden lokalen Antikonkurs-Vereine suchen muß, wenn es die erregten Erwartungen auch nur im Entferntesten verwirklichen will. Daß die Bank schon jetzt die an sie herantretenden Gesuche nicht bewältigen kann, überrascht uns aus jenem Eindruck heraus nicht im geringsten. Es fehlt eben die unerläßliche Voraussetzung einer großen Wirksamkeit, nämlich die Existenz der Lokalvereine. Zu unserer Freude wissen wir aus dem Munde des Präsidenten des Verwaltungsraths, daß er unsern Standpunkt in dieser Hinsicht theilt und bestrebt ist, demselben gerecht zu werden.

Was dann die sub 2 und 3 besonders herausgehobenen Punkte betrifft, so bestätigen dieselben auf's Neue, daß sich unser Bank- und Kreditsystem im Zustande kläglichster Mangelhaftigkeit befindet und die Reform desselben die brennendste Aufgabe des Tages ist. Denn wenn die Interventions-Bank aus ihren jungen Erfahrungen heraus konstatirt, die Zahl der in Geldnoth befindlichen Geschäftsleute ist Legion, so heißt das mit anderen Sorten, die jetzigen Banken sind Apotheken für Gesunde und nicht für wirthschaftlich Leidende. Für diese muß Kredit flüssig gemacht werden ohne Sicherstellung durch „wenigstens gute Bürgschaften solventer Personen".

Für den Waaren-Lombard hat A. Samter ein Heilmittel bezeichnet. Für den Personalkredit giebt es außer der Risiken-Versicherung und der moralischen Bürgschaft lokaler Vereins-Begutachtungen und Empfehlungen keine Hülfe. Auf diesem Gebiete ist sie aber zu erlangen. Wann wird sich endlich eine organisatorische Kraft finden, um dies größte wirthschaftliche Problem der Gegenwart zu lösen?

Die Revision des Genossenschafts-Gesetzes.

Der Geh. Justizrath und Prof. Dr. L. Goldschmidt hat unter dem Titel: „Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften" Studien und Vorschläge erscheinen lassen, welche mit großer Freude zu begrüßen sind.

Wenn der gelehrte Verfasser die Hauptpunkte des künftigen Gesetzes aufzählt und als Punkt 10 fordert: „Einberufung einer General-Versammlung behufs entsprechender Beschlußfassung, sobald sich ergiebt, daß die Hälfte des auf die Geschäftsantheile eingezahlten Betrags verloren gegangen ist", so stellen wir diesem Paragraph folgenden entgegen: „Wenn sich bei der jährlichen Bilanzzählung oder während des Geschäftsjahres durch Eintritt schwerer Verluste eine so große Unterbilanz herausgestellt, daß dieselbe durch den Reservefonds und durch Abschreibung und Verrechnung der eingezahlten Geschäftsantheile nicht auszugleichen ist, so hat der Vorstand dem Aufsichtsrath sofort eine Liste der Beiträge einzureichen, welche die einzelnen Genossenschafter nach Maßgabe der in dem betreffenden Vereine bestehenden Haftung zur Deckung des Defizits einzuschießen haben würden."

Die wichtigste Neuerung auf dem Gebiete der genossenschaftlichen Gesetzgebung wird in der Verhütung genossenschaftlicher Katastrophen und Konkurse bestehen müssen. Dies erfordert die gesetzliche Ermöglichung des Umlageverfahrens zur Tilgung eines Deficits auch außerhalb der Liquidation und des Konkurses und zur Verhütung derselben. Wenn diese Möglich-

keit vorliegt, so ist nicht nur die Existenz des Vereins gerettet, sondern es ist auch für die Gläubiger viel besser gesorgt, als es unter Auflösung des Vereins bei der Liquidation und im Konkurs geschehen kann. Wird ein Umlageverfahren ausgeschrieben, um den Verein zu erhalten, so werden die Mitglieder die auf sie fallenden Raten nicht nur viel lieber, sondern auch viel leichter aufbringen, als wenn die Beträge unter gleichzeitigem Aufhören des Vereins und seiner Dienste aufgebracht werden sollen zur Befriedigung der Gläubiger.

Die Einkommens-Vertheilung im preußischen Staate.

Dem Abgeordnetenhause ist, wie alljährlich, eine Nachweisung der im preußischen Staate zur Klassen- nnd klassifizirten Einkommensteuer im letzten Jahre veranlagten Personen zugegangen. Bekanntlich sind diese Nachweisungen nicht absolut beweiskräftig für die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung, da die Steuereinschätzung, wie Jeder weiß, nicht allzugenau betrieben wird, sodaß wohl in den weitaus meisten Fällen das wirkliche Einkommen die steuerliche Schätzung erheblich überragen wird. Immerhin gewähren diese Berichte aber einen ungefähren Einblick in die Erwerbsverhältnisse der Bevölkerung und sind darum nicht ohne allgemeinere volkswirthschaftliche Bedeutung.

Wenn man zunächst das Hauptergebniß der Einschätzung des Jahres 1881/82 mit den Ergebnissen der Vorjahre vergleicht, so scheinen sich die Erwerbsverhältnisse der Bevölkerung im Rückgange zu befinden, da die Zahl der von der Klassensteuer befreiten Personen, welche ein Jahres-Einkommen von weniger als 420 Mk. haben, seit mehreren Jahren absolut und relativ zugenommen hat. Die Zahl der Steuerbefreiten stellte sich nämlich im Jahre 1878/79 nur auf 6,664,590 Seelen oder 25,88 pCt., im Jahre 1881/82 dagegen auf 7.825,781 Seelen oder 29,29 pCt. der Bevölkerung. Andererseits ist die Zahl der Einkommensteuer-Pflichtigen

von 2,37 auf 2 42 pCt. der Bevölkerung gestiegen, sodaß also die Mitteleinkommen, welche durch die Klassensteuer-Pflichtigen repräsentirt werden, eine Verminderung erfahren haben.

Diese Verminderung der Mittel-Einkommen ist nun von wirthschafts- wie sozialpolitischen Gesichtspunkten aus sicherlich zu beklagen, wenn auch thatsächlich die Verhältnisse nicht ganz so ungünstig liegen dürften, wie es die vorstehenden Zahlen nachweisen. Denn man muß sich vergegenwärtigen, daß wir eine Periode wirthschaftlichen Niederganges hinter uns haben, während welcher die Lohnbezüge eines großen Theiles der Bevölkerung wesentlich herabgedrückt worden sind, eine Bewegung, die noch bis in das Jahr 1879 hinein gedauert hat. Mit dem Rückgange der Löhne mußte aber naturgemäß die Steuerschraube wesentlich nachlassen; unzählige Reklamationen haben die Einschätzung herabgedrückt und es ist sehr erklärlich, daß, trotz der Lohn-Steigerungen der letzten Jahre, seither eine stärkere Heranziehung der Arbeiterbevölkerung zur Staatssteuer nicht stattgefunden hat. Ueberdies mag in ländlichen Bezirken in Folge der schlechten Ernten der letzten Jahre thatsächlich hier und da ein gewisser Nothstand entstanden sein, der die Vermehrung der Steuerbefreiungen rechtfertigt, wenigstens ist die Zahl der Steuerbefreiten gerade in den Regierungsbezirken mit vorwiegend landwirthschaftlicher Bevölkerung in besonders hohem Grade gestiegen.

Da die Kenntniß dieser Verhältnisse manches Interesse bieten dürfte, überhaupt aber die Frage nach der Verschiedenheit der Einkommensverhältnisse in der Industrie und Landwirthschaft von hoher Wichtigkeit ist, so haben wir hier die betreffenden Zahlen des ministeriellen Berichtes für einen Bezirk, in welchem die Landwirthschaft und für einen anderen, in welchem die Industrie dominirt einander gegenübergestellt. Es waren im Jahre 1881/82 nach dem ministeriellen Bericht von der Gesammtbevölkerung, die Haushaltungsmitglieder eingerechnet, steuerfrei:

im Bezirk Königsberg	im Bezirk Düsseldorf
665,324 Personen	259,829 Personen
= 58,95 pCt.,	= 16,53 pCt.

Hieraus geht zunächst hervor, daß die Einkommens-verhältnisse der Arbeiter in den Industriebezirken, in Geld geschätzt, wesentlich bessere sind, als die der Land-arbeiter. Dabei darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, daß letztere einen beträchtlichen Theil ihres Lohnes in Naturalien empfangen, wodurch das Mißverhältniß zwischen Landwirthschafts- und Industrie-löhnen ein wenig ausgeglichen wird. Von den zur Klassen- und Einkommensteuer eingeschätzten Personen hatten ein Einkommen

	Königsberg,		Düsseldorf,	
	absolut	in pCt.	absolut	in pCt.
von 420— 900 Mk.	79,755	65	299,383	74,5
„ 900— 1500 „	25,737	21	68,386	17
„ 1500— 2100 „	6,711	6	15,068	4
„ 2100— 3000 „	4,626	4	8,909	2
„ 3000— 6000 „	3,509	3	7,576	1,9
„ 6000— 9600 „	678	0,6	1,488	0,3
„ 9600—19,200 „	411	0,3	832	0,2
über 19,200 „	146	0,1	384	0,1
Total	121,573	100.	402,026	100.

Im Bezirk Düsseldorf ist hiernach die Zahl der kleinen Einkommen, wie das bei dem Ueberwiegen der Arbeiter-bevölkerung auch natürlich ist, relativ erheblich größer, als im Bezirk Königsberg, während hier die mittelgroßen und die größeren Einkommen bedeutender in's Gewicht fallen. Bei dem Umstande, daß die Zahl der steuer-pflichtigen Personen im Düsseldorfer Bezirk überhaupt eine bei Weitem größere ist, wird man somit sagen können, daß die Verminderung der Mitteleinkommen und Vermehrung des Proletariats nicht gerade der Industriebevölkerung zur Last gelegt werden kann, vielmehr eher für die landwirthschaftlichen Kreise zutrifft. Indeß bieten die Zahlen der Steuereinschätzung doch nicht ein hinlänglich treues Abbild der factischen Einkommens-Verhältnisse im Lande, um auf Grund derselben irgend welche positive Behauptungen wagen zu dürfen.

* Die „korporativen Verbände“ und die Privat-Unfallversicherung.

Seitdem der Herr Reichskanzler die Reichsversicherungs-Anstalt über Bord geworfen und erklärt hat, sein Ziel nunmehr mit Hilfe korporativer Verbände erreichen zu wollen, dürfte auch die Stellung der Privat-Assekuranz gegenüber den sozialpolitischen Plänen unseres leitenden Staatsmannes eine andere geworden sein. Mit dieser Erklärung des Reichskanzlers hat sich nämlich die bisherige Sachlage so vollständig geändert, daß unseres Erachtens jetzt sogar eine Mitwirkung der Privat-Assekuranz an den sozialpolitischen Reformen des Reichskanzlers nicht allein möglich geworden ist, sondern sicher auch in weitem Umfange eintreten wird, wenn die Versicherungs-Gesellschaften sich dem neugestalteten Bedürfnisse in ersprießlicher Weise anzupassen wissen. Dies dürfte aber, wenn die Unfallversicherung auf der Grundlage „korporativer Verbände“ aufgebaut werden soll, keine allzugroßen Schwierigkeiten machen.

Wie denkt man sich nämlich diese Versicherung der Arbeiter in korporativen Verbänden? Schon das vom Reichstag im vorigen Frühjahr angenommene, vom Bundesrath dann aber abgelehnte „Gesetz betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter“ enthielt einen Artikel, wonach es Unternehmern gestattet sein sollte, zum Zweck der Unfallversicherung der Arbeiter, zu einer Genossenschaft zusammenzutreten, derart, daß an die Stelle der Reichs-Versicherungsprämie die von der Genossenschaft zu leistende Zahlung desjenigen Betrages treten sollte, welcher erforderlich wäre, um die Entschädigungs-Ansprüche zu decken, die je während des abgelaufenen Kalendervierteljahres in Folge der in den vereinigten Betrieben vorgekommenen Unfällen festgestellt worden seien. Mit dieser Bestimmung wollte man nicht nur die Unternehmer von der staatlichen Versicherungs-Anstalt emanzipiren, sondern man hatte auch die Betheiligung der Privatversicherung im Auge, welcher im Laufe der Zeit ganz ohne Zweifel die Rückversicherung der Risikos dieser Versicherungs-Genossenschaften zugefallen wäre. Denn in den Kreisen der Industriellen selbst herrschte kaum eine

Meinungsverschiedenheit darüber, daß es ganz unzweckmäßig wäre, sich als Genossenschaft den außerordentlichen Schwankungen der Unfälle und der Versicherungsleistungen auszusetzen, und man würde sich wohl in den weitaus meisten Fällen dafür entschieden haben, das Risiko gegen eine vorher bestimmte feste Prämie auf eine Privat-Versicherungsgesellschaft zu übertragen, was auch gegen die sonstigen Bestimmungen des Gesetzes in keiner Weise verstoßen hätte.

Mit den korporativen Verbänden ist es nun unseres Erachtens gar nichts Anderes, als mit diesen Versicherungsgenossenschaften des vom Bundesrath abgelehnten Gesetzes. Eine Versicherung in korporativen Verbänden ist doch nur in der Weise denkbar, daß Industrielle ein und derselben Branche oder Gefahrenklasse sich innerhalb gewisser lokaler Grenzen zu einer Versicherungs-Genossenschaft zusammenthun und bei vorkommenden Unfällen die Entschädigungen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen leisten. Auch hier werden namentlich kleinere Verbände großen Schwankungen in der Zahl der Unfälle und in der Entschädigungsleistung ausgesetzt sein und auch hier wird sich deshalb die Rückdeckung des Risikos bei kapitalkräftigen Versicherungs-Gesellschaften in vielen Fällen nicht umgehen lassen.

Die Möglichkeit einer Mitwirkung der Versicherungs-Gesellschaften bei der Unfallversicherung in korporativen Verbänden unterliegt also keinem Zweifel und der Unterschied gegen den bestehenden Versicherungsmodus würde in der Hauptsache nur darauf hinauslaufen, daß nach Erlaß des Gesetzes alle Arbeiter gegen alle Unfälle versichert werden müßten und daß die Frage der Entschädigungspflicht in den wenigen zweifelhaften Fällen statt, wie gegenwärtig, durch richterliche Entscheidung, dann vielleicht durch Arbitrien des aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzten Genossenschaftsvorstandes entgiltig entschieden werden würde. Die Ausdehnung der Versicherung auf alle Unfälle könnte der Assekuranz natürlich nur willkommen sein und der letzterwähnte Punkt hat auch nicht viel Bedenkliches an sich, wenn es der Assekuranz, wie billig, gestattet wird, ih Interesse bei den Berathungen und Entscheidungen des

Vorstandes zur Geltung zu bringen. Wie gerade die Privatassekuranz im Stande wäre, durch Prämiennachlässe und dergleichen auf einen vorsichtigen Geschäftsbetrieb bei den einzelnen Unternehmern wie bei den Arbeitern hinzuwirken, dies wollen wir demnächst weiter erörtern.

Verband deutscher Leinen-Industrieller.

Die deutschen Flachsspinner hatten vor einigen Wochen dem Bundesrathe eine Denkschrift überreicht, worin die ungünstige Lage der deutschen Flachsspinnerei näher dargelegt und um eine Revision der Zollpositionen über Leinengarn, Leinwand und andere Leinenwaaren gebeten wurde. Obwohl in Weberkreisen gleichfalls ganz allgemein die Ueberzeugung herrscht, daß mehrere Positionen des Titels 22 des neuen Zolltarifs einer Korrektur dringend bedürfen, so haben doch die Weber in einigen Theilen der Provinz Schlesien und in der sächsischen Lausitz den Beschluß gefaßt, gegen das einseitige Vorgehen der Spinner Protest einzulegen. Aus diesem Verhalten der Weber ist in der Presse vielfach irrthümlicherweise gefolgert worden, daß dieselben in das freihändlerische Lager übergegangen wären, und daß zwischen ihnen und den Spinnern ein unheilbarer Riß entstanden sei.

In der letzten General-Versammlung des Verbandes der deutschen Leinen-Industriellen, in welcher die hervorragendsten Weberei-Interessenten aus allen Theilen Deutschlands theils persönlich, theils durch Vollmachten vertreten waren, ist dieser Gegenstand gleichfalls zur Verhandlung gekommen, und bei der Solidarität, die zwischen den Interessen der Spinner und Weber besteht, ist es nicht schwer geworden, eine Verständigung und einen Ausgleich unter ihnen anzubahnen. Auf den Antrag des Herrn Kommerzienraths Bücklers-Düren wurde nachstehende Resolution **einstimmig** angenommen:

„Die Generalversammlung erkennt an, daß die be-

stehenden Zollsätze für die Leinen-Industrie in einzelnen Positionen der Correctur bedürfen, und ernennt, in Gemäßheit der in Dresden am 24. September v. J. gefaßten Beschlüsse des Ausschusses, eine aus Spinnern und Webern zu gleichen Theilen bestehende Kommission unter dem Vorsitze des Herrn Kommerzienraths Delius, welcher der Auftrag ertheilt wird, das erforderliche Material für an den Bundesrath zu richtende Vorschläge zu sammeln und zu sichten, und solche Vorschläge für die nächste Generalversammlung des Verbandes zu formuliren, welche, die Solidarität der Interessen festhaltend, eine alle Theile der deutschen Leinen-Industrie befriedigende Einigung herbeizuführen im Stande sein würden".

In diese Kommission, welche voraussichtlich Anfangs März ihre Thätigkeit beginnen wird, sind als **Weber** gewählt: die Herren Kommerzienrath Pinkus-Neustadt, J. G. Künsemüller-Bramsche, Stadtrath Burghardt-Lauban, J. G. Böhme-Wehrsdorf, Aug. Sternberg-Schwelm, A. Schilgen-Emsdetten und Direktor Viering-Bielefeld; zur Vertretung der **Spinner**: die Herren Direktor Sartorius-Bielefeld, Kommerzienrath Bücklers-Düren, General-Direktor Gregor-Freiburg, Hirt-Freiberg, General-Direktor Kolb-Viersen, Direktor Bertram-Neusalz, General-Direktor Spiegelberg-Braunschweig. Außerdem sind der General-Sekretair des Leinen-Verbandes, Herr Stumpf-Osnabrück, und der Geschäftsführer des Central-Verbandes deutscher Industrieller, Herr Regierungsrath a. D. Beutner-Berlin, dieser Kommission als weitere Mitglieder zugewiesen.

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß es dieser Kommission gelingen wird, das Einvernehmen zwischen Spinnern und Webern wieder herzustellen, und sich über die an den Bundesrath zu richtenden Anträge zu verständigen.

Die Beschaffung neuer Betriebsmittel bei den Staatseisenbahnen.

Dem Abgeordnetenhause ist seitens der Staatsregierung bekanntlich ein Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes zugegangen, worin für diese Zwecke insgesammt Kredite von 128,494 000 M. verlangt werden. Von dieser Summe sollen 52 Millionen zum Bau verschiedener Secundärbahnen, 48 Millionen zur Anlage neuer Geleise und entsprechender Erweiterung von Bahnhöfen und 11 Millionen zur Vermehrung der Betriebsmittel verwandt werden. Unserer Eisenindustrie wird nun mit dieser Vorlage wieder ein weites Feld der Thätigkeit eröffnet, insbesondere aber werden die Lokomotiv- und Wagenfabriken, deren Lage nicht durchweg eine zufriedenstellende ist, von der wohl unmittelbar bevorstehenden Vermehrung der Betriebsmittel profitiren können. Aus den dem Gesetzentwurf beigegebenen Motiven, wie aus den Erfahrungen, welche unsere Kohlen- und Eisenindustrie im letzten Herbst mit dem Wagenmangel gemacht haben, geht allerdings die Nothwendigkeit einer Vermehrung der Betriebsmittel mit nicht abzuweisender Dringlichkeit hervor.

Auf sämmtlichen Staatsbahnen waren 1875 4175 Lokomotiven vorhanden, welche 72 Millionen Nutzkilometer zurücklegten, im Jahre 1880/81 dagegen 4419 Lokomotiven mit 79 Mill. Nutzkilometer. Die Durchschnittsleistung der Lokomotiven hat sich also von 17,200 auf 17,800 Kilom. gehoben. Güterwagen wurden im Jahre 1875 überhaupt 84,172, im Jahre 1880/81 dagegen 88,824 gezählt. Während erstere aber nur insgesammt 2294 Mill. Achskilometer und 4374 Mill. Tonnen-Kilometer oder durchschnittlich je 27,300 Achs- und 52 000 Tonnen-Kilometer zurücklegten, hatte im Jahre 1880/81 jeder Güterwagen 28,000 Achs- und 62,100 Tonnen-Kilometer zu bewältigen. Vom Jahre 1879 auf 1880/81 ist sogar trotz der inzwischen eingetretenen großen Verkehrssteigerung der Bestand an offenen Güterwagen um 80 zurückgegangen, während die Zahl der bedeckten Wagen allerdings um 226 gestiegen ist,

was aber der großen Verkehrssteigerung gegenüber kaum in's Gewicht fallen dürfte. In den Kohlenrevieren Rheinlands und Westfalens ist im Oktober/November vorigen Jahres thatsächlich ein sehr bedenklicher Wagenmangel aufgetreten, der nach den Motiven des Gesetzentwurfs folgende Dimensionen angenommen hat. Es wurden Wagen

in der Zeit vom	à 5 Tonnen		±
	bestellt	gestellt	Differenz
1.—15. November 1880	13,605	13,883	+ 278
16.—30. November 1880	14,828	14,732	— 96
1.—15. Dezember 1880	13,602	14,126	+ 524
16.—31. Oktober 1881	16,089	14,562	— 1,527
1.—15. November 1881	14,705	14,765	+ 60
16.—30. November 1881	16,867	15,449	— 1,418

Hieraus ist zu entnehmen, daß in Zeiten gesteigerten Verkehrs der Wagenpark nicht ausreichend ist. In den fraglichen sechs Wochen von Mitte Oktober bis Ende November 1881 ist die Wagengestellung um 2885 Wagen hinter der Bestellung zurückgeblieben und die Staatsbahnen scheinen in jenen Gegenden bei dem vorhandenen Material nicht im Stande zu sein, mehr als etwa 15 bis 15½ Tausend Wagen innerhalb 14 Tagen zur Verfügung zu stellen. In den schlesischen Kohlenrevieren hat sich übrigens auch eine beträchtliche Verkehrssteigerung bemerklich gemacht; beispielsweise wurden auf der Oberschlesischen Bahn im Oktober 1881 abgefahren 482,676 Tonnen gegen 464,536 T. im Vorjahre und auf der Niederschlesischen 106,907 T. gegen 96,483 T. in 1880. — Die Summe von 11 Millionen M. soll zur Beschaffung von 3000 Wagen und 100 Lokomotiven verwandt werden.

Diesmal ein reiner Börsenkrach.

u. Beim Ausbruche der letzten großen Geschäftskrisis waren die Stimmen weit überwiegend, welche der Industrie die Hauptschuld an derselben zuschieben wollten, und bis heute sind dieselben nicht völlig verstummt. Das übertriebene und gerade in seinen Uebertreibungen systematisch genährte Geschrei gegen die „Gründer" ist ja auf dieses Bestreben zurückzuführen: einen Sündenbock zu gewinnen, der die Aufmerksamkeit von der Börse ablenke und zugleich solche Eigenschaften in sich vereinige, wie sie für die weiteren Transaktionen und die gesammte Politik der Börse am zweckmäßigsten seien. Das Manöver gelang ziemlich vollständig; die Industriellen geriethen in den Geruch habgieriger, gewissenloser, weniger auf Produktion als auf raschen, wenn auch betrügerischen Gewinn bedachter Menschen, und die Börse erschien nur noch als der Tummelplatz eines Treibens, an dem sie im Uebrigen so unschuldig wie ein Kind sei. Wohl suchten die Industriellen sich zu vertheidigen, und machten darauf aufmerksam, daß selbst die specifisch industriellen Gründungen in der unendlichen Mehrzahl von Fällen nicht von den betreffenden Industriellen selbst ausgegangen, sondern höchstens von ihnen acceptirt worden seien, und daß denn doch ein großer, ja in Wahrheit ein weit überwiegender Theil der deutschen Industrie übrig bleibe, welcher mit Gründungen nie etwas zu thun gehabt habe. Die Stimme der Börse und der Börsenzeitungen war aber lauter und überschrie alle diese Stimmen der Abwehr, und bis heute ist es im größten Theile unserer Presse eine fable convenue, daß an dem Gründungswesen und seinen Folgen die Industrie selbst die Hauptschuld trage, und daß, sofern sie hiervon freizusprechen sei, doch die bestehende „Ueberproduktion" ihr allein zur Last falle. Dieser berühmten „Ueberproduktion" wurden nun alle die Erscheinungen zugeschoben, welche man nicht auf eine Ueberlastung des Etablissements mit Kapital zurückzuführen vermochte, und aus diesen beiden Punkten die ganze üble Lage der Industrie erklärt. Der Vortheil hieraus für die Börse war ein doppelter: sie blieb bei den Untersuchungen

über die Ursachen unserer wirthschaftlichen Deroute hübsch im Hintergrunde, und sie vermochte ihrer natürlichen Hinneigung zum internationalen Manchesterthum in ausgiebigster Weise Genüge zu leisten.

Nun, in nächster Zeit werden wir sehr möglicher Weise in die Lage kommen, die Probe auf das Exempel machen zu können. Mit dem eine Zeit lang drohend am Horizont gestandenen und immer noch nicht endgültig beschworenen Börsenkrach hat die Industrie jedenfalls Nichts zu thun; industrielle Gründungen oder auch nur Ausdehnungen vorhandener haben in letzter Zeit so gut wie gar keine stattgefunden, sondern unsere Industrie kämpft, hoffnungsvoll zwar aber noch immer mühsam, um die endliche Wiedergewinnung einer festen Grundlage. Die Börse ihrerseits hätte doch nun auch einmal Zeit gehabt sich zu besinnen, und an ernsten Mahnungen hierzu (man denke an die Rolle, welche die von dem Börsentreiben hergenommenen Schlagworte in dem hinter uns liegenden Reichstagswahlkampfe gespielt haben, an die Börsensteuer-Frage 2c.), sowie an Vorläufern der gegenwärtigen Krisis hat es wahrlich nicht gefehlt, und doch wird es bei einem etwa zum Ausbruche kommenden Börsenkrach nicht fehlen, daß wieder unsägliches Elend über viele Einzelnen und eine schwere Stockung in unser ganzes wirthschaftliches Leben kommt. Diesmal dürfte man sich vergebens noch einem Sündenbock umsehen. Ja, wäre der Anlauf geglückt, den zu Anfang vorigen Jahres die Bauspekulation in Berlin nahm, sicherlich würde es dann an dem Versuche nicht gefehlt haben, ihr die Verantwortung zuzuschieben. Jetzt aber läßt es sich nicht hintanhalten, daß es zwar auch während der letzten Jahre an schwindelhaften Bau-Unternehmungen nicht gefehlt hat, ein Einfluß dieser Verhältnisse auf die Gesammtheit aber jedenfalls nicht nachweisbar ist. Die Börse wird diesmal die Verantwortung allein tragen müssen, und hoffentlich wird man die Entschuldigung nicht gelten lassen, daß nicht Berlin, sondern Paris angefangen habe. Gerade diese Internationalität des Börsentreibens, welche mit einer gewissen inneren Nothwendigkeit von Zeit zu Zeit in verwüstenden

Krisen ihren Ausdruck findet, bildet den angreifbarsten Punkt des ganzen Börsenwesens, und wir bekennen offen, daß wir aus diesem Anlasse sehr eingreifende, nicht auf bloße ausgiebigere Besteuerung sich beschränkende Maßregeln in Aussicht nehmen würden.

Die Erhöhung der Arbeitslöhne und die Großindustrie.

Bei dem Unfallversicherungsgesetz wie bei dem Projekt der Altersversorgung der Arbeiter laufen alle Ziele sowohl der Regierung als der Parteien schließlich auf eine Erhöhung der Arbeitslöhne seitens der Arbeitgeber hinaus. Ob nun der Arbeiter an einer staatlichen oder privaten Versicherungsanstalt gegen Unfälle oder gegen die Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit überhaupt versichert werden soll, der Zwang zur Versicherung ist jetzt von allen Seiten als selbstverständliche Voraussetzung angenommen, auch in dem Antrage Buhl und Genossen. Streitig ist nur noch die Frage, ob der Arbeitgeber allein die Versicherungsprämie für den Arbeiter zahlen soll oder ob der Staat aus dem allgemeinen Steuerfiskus einen Beitrag hierzu leistet. Die dritte Kombination, den Arbeiter selbst zur Zahlung eines Theils der Versicherungsprämie heranzuziehen, hat insofern nur einen theoretischen Werth, als im letzteren Falle doch immer wieder der Arbeitgeber wenigstens in der Regel es sein wird, der den Prämienbetrag des Arbeiters in der Form einer Lohnerhöhung des Letzteren wird bezahlen müssen. Wir haben es also faktisch nur mit den beiden ersteren Kombinationen zu thun.

Ob eine Beitragsleistung des Staates in Aussicht steht, erscheint immerhin fraglich, zumal, wie man mehrfach einwendet, die Gesammtheit der Steuerzahler kein Interesse daran haben dürfte, gerade 'die Arbeiter der Großindustrie für Unglücksfälle oder für Erwerbsunfähigkeit überhaupt sicher zu stellen und sich übrigens auch namhafte Vertreter der Industrie selbst gegen jeden Staatszuschuß erklärt haben. Es erhebt sich deshalb

die Frage: kann die Großindustrie ohne Weiteres eine solche Erhöhung der Arbeitslöhne eintreten lassen, daß hiervon die Prämien für Unfallsversicherung und Altersversorgung bestritten werden können? Diese Frage wird in sehr vielen Fällen zu verneinen sein. Abgesehen davon, daß ein beträchtlicher Theil unserer Großindustriellen seit Jahren nicht nur ohne Gewinn sondern sogar mit Schaden gearbeitet hat, zu dessen Reparirung eine Reihe „guter" Jahre erforderlich ist, kann auch ein großer Theil der gegenwärtig und früher prosperirenden Industriellen eine Erhöhung des Arbeitslohnes nicht eintreten lassen, wenn nicht die geringe Prosperität ihres Geschäfts sofort in Frage gestellt werden soll. Insbesondere die für den Export arbeitende Industrie kann die Konkurrenz des Auslandes nur so lange aushalten, als sie vermöge billiger Arbeitslöhne billig zu produziren im Stande ist.

Andererseits kann nun nicht bestritten werden, daß ein großer Theil der deutschen Fabrikarbeiter den standard of life nicht erreicht. Zu der durchschnittlichen Lebenshaltung eines Arbeiters gehört ein höherer Arbeitslohn, als derselbe heute durchschnittlich erhält. Die Produktionskosten der Arbeit, d. h. Alles, was für Erziehung, Ernährung, Kleidung 2c. in der Jugend, in der Krankheit, im Alter, in der Zeit der Arbeitslosigkeit u. s. w. ausgegeben werden muß, sind heute höher, als auf dem Arbeitsmarkte im Verkauf der Arbeit erzielt wird. Dieser Zustand ist, vom staatlich-wirthschaftlichen Standpunkte ganz abgesehen, auch für die Großindustrie selbst auf die Dauer nicht haltbar. Der aus der Unzufriedenheit der Arbeiter entstehende latente oder offene Krieg (sozialistische Wahlen und Strikes) schlägt auch dem Arbeitgeber manche Wunden und die anhaltende Unterbilanz im standard of life der Arbeiterwelt degenerirt letztere geistig und körperlich, wodurch sich auch die Leistungsfähigkeit der Arbeiter qualitativ und quantitativ verringert.

Es liegt also im eigenen Interesse der Arbeitgeber, die durchschnittliche Lebenshaltung der Arbeiter auf eine gewisse Höhe zu heben und sie auf derselben zu erhalten. Dies kann sie aber größtentheils nur dann, wenn sie hierfür *entsprechend entschädigt* wird. Ohne eine

solche Entschädigung würde für viele industrielle Etablissements die Existenzfähigkeit in Frage gestellt; wir verweisen in dieser Beziehung nur auf die industriellen Aktiengesellschaften, welche keine oder nur eine sehr geringe Dividende an ihre Aktionäre zahlen können. Die Entschädigung durch den Staat ist, wie gesagt, fraglich. Es bleibt also nur eine Form der Entschädigung möglich, nämlich die, daß der erhöhte Arbeitslohn auf das Arbeitsprodukt geschlagen werden und so auf die Konsumenten umgelegt werden kann.

Der Versicherungszwang gegen Unfälle und Erwerbslosigkeit würde nun allerdings auf die einzelnen Industriezweige im Inland gleichmäßig wirken, die Konkurrenz im Inland würde dadurch unverändert dieselbe bleiben. Aber wie soll die Konkurrenz des Auslandes paralysirt werden, wenn dieser Versicherungszwang eine allgemeine Lohnerhöhung in Deutschland herbeiführt? Die gegenwärtigen, vielfach sehr niedrigen Schutzzölle böten kein Aequivalent. Man sagt nun wohl, die ausländische Industrie, z. B. die englische, müsse höhere Arbeitslöhne bezahlen, als die deutsche. Aber die englische Industrie bezieht ihr Rohmaterial und ihre Kohlen auf so billigen Transportwegen, daß die deutsche Industrie nothwendig auf billige Arbeitslöhne trotz der Schutzzölle angewiesen ist, wenn sie diesen Vorsprung der englischen Konkurrenz, der sich auch auf den Versandt der fertigen Waare geltend macht, wieder ausgleichen will.

Um also die deutsche Großindustrie in die Lage zu versetzen, höhere Löhne zahlen zu können, wäre ein Doppeltes nöthig. Erstens zur Abwehr der ausländischen Konkurrenz innerhalb des deutschen Reiches eine der durchschnittlichen Erhöhung der Arbeitslöhne entsprechende Erhöhung der Schutzzölle. Zweitens zur Aufrechthaltung der deutschen Konkurrenzfähigkeit im Auslande eine entsprechende Ermäßigung der Frachtsätze sowohl für die bezogenen Rohprodukte und Kohlen als die für den Export bestimmten Waaren, bezw. Rückvergütung eines bestimmten Theils der Frachtgebühren für die nachgewiesener Maßen ins Ausland versandten Waaren und der für letztere nothwendigen Rohmate-

rialien und Kohlen. So schwierig diese Aufgabe beim ersten Anblick auch erscheinen mag, sie kann gelöst werden, einfach deßhalb, weil sie gelöst werden muß.

Für die Erhöhung der Schutzzölle läßt sich gegenüber dem Konsumenten geltend machen, daß er ja doch in irgend einer Form, sei es des Unterstützungswohnsitzes, sei es des mehr oder minder freiwilligen Almosens, für den erwerbsunfähigen Arbeiter aufkommen muß. Daß aber der Konsument, der die Vortheile der Produktion indirekt genießt, für die betreffenden Arbeiter aufkommen muß und nicht auch der Nichtkonsument, ist eine einfache Forderung der Gerechtigkeit. Wer viel Baumwollwaare konsumirt, hat hiervon einen Vortheil gegenüber demjenigen, der sich in selbstgesponnenen Zwilch kleidet, und wer viel Eisen verbraucht, zieht hieraus einen Nutzen gegenüber demjenigen, der nur wenig Eisen bedarf. Die Vertheilung der an sich unbedeutenden, gegenüber den Preisschwankungen der Märkte nicht in Betracht kommenden Preiserhöhung der Waare würde sich von selbst vollziehen und zwar nach dem Maßstab der Konsumtionsfähigkeit des Einzelnen. Der erhöhte Schutzzoll wäre also eine indirekte Steuer, welche dem Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit nahe käme, weil sie eben nur den steuerfähigen Konsumenten trifft.

Für die Rückvergütung eines Theils der Frachten für nach dem Auslande gehende deutsche Industrierzeugnisse läßt sich geltend machen, daß einestheils die gesammte Nation aus allgemein volkswirthschaftlichen Gründen ein Interesse an der Blüthe ihrer Industrie hat und daß anderntheils der Arbeiter, welcher für die Exportindustrie arbeitet, andernfalls brodlos würde, also entweder anderweitig untergebracht und von dem Konsumenten erhalten werden oder der Gesammtheit der Gesellschaft bezw. jedem einzelnen Steuerzahler zur Last fallen müßte.

Wir rekapituliren unsere Ausführungen kurz dahin: Eine Erhöhung des Standard of life der Fabrikarbeiter ist nothwendig. Aber ihre Durchführung ist nur möglich gegen eine Entschädigung der Großindustrie vom Standpunkte der Billigkeit und der Gerechtigkeit.

Der Eisenbahnbau in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Die Erfahrung, daß Alles auf gutem Wege ist, wenn es den Eisenbahnen gut ergeht, ist in den letzten Jahren durch die Vereinigten Staaten Amerikas recht deutlich bestätigt worden. Zufolge der Railroad Gazette zu New-York wurden in dem ausnahmsweise glänzenden Geschäftsjahr 1872 innerhalb der Vereinigten Staaten 7340 Miles oder 11,810 Kilometer Eisenbahnen neu erbaut; in den folgenden Jahren aber ist diese Ziffer beträchtlich gefallen, sie belief sich nämlich

1873 auf 3883 Miles
1874 „ 2025 „
1875 „ 1561 „

Im Jahre 1876 ist dann eine Steigerung der Baulust auf 2460 Miles eingetreten, um im folgenden Jahre wieder auf 2303 Miles zu sinken; dann hat sie aber wieder beständig zugenommen: es wurden nämlich neu erbaut

1878 2916 Miles
1879 4430 „
1880 5839 „

Der Neubau von Eisenbahnen im Jahre 1881 wird sogar auf 8600 Miles geschätzt, so daß zu Beginn des Jahres 1882 ca. 161,100 Kilometer Eisenbahnen in Nordamerika der Benutzung des Publikums offen standen. Das New-Yorker Handelsblatt bemerkt dazu allerdings, daß es weder wünschenswerth noch auch anzunehmen sei, daß im gegenwärtigen Jahre ein gleicher Fortschritt im Eisenbahnbau eintreten werde, da in den letzten Jahren viele solcher Bahnen bereits gebaut worden seien, die sich erst im Verlaufe von Jahren rentiren würden; das Kapital fange daher bereits an, sich neuen Bahnbauten gegenüber mehr reservirt zu verhalten.

Bis zur Eisenbahn-Panik des Jahres 1873 waren Eisenbahnen von größerer Länge in unbewohnte, aber durch Boden, Klima und Lage begünstigte Gegenden Nordamerikas vorgetrieben worden, gleichsam als Pioniere der Einwanderung. Nachher aber hatte man sich jahre-

lang auf die Verbindung bewohnter und nicht zu weit entfernter Orte beschränkt; erst im Jahre 1880 ist das alte Verfahren theilweise wieder aufgenommen worden, nur daß es von alten Gesellschaften ausgeht, anstatt wie früher von kühnen Unternehmern, und deßhalb eine bessere Bürgschaft zweckmäßiger und auch wohlfeiler Ausführung besitzt. Die Haupternährerin der amerikanischen Eisenbahnen ist bisher die Landwirthschaft gewesen und wird es auch vorläufig noch bleiben; die Konkurrenz, welche seitens der Vereinigten Staaten besonders seit dem letzten Jahre für die europäischen Agrikulturstaaten eine so drohende geworden ist, wurde wesentlich gerade durch die Technik und die Transport-Anstalten der Neuzeit begünstigt, durch welche die transatlantischen Produktionsgebiete mit den Kulturstaaten der alten Welt in Wettbewerb getreten sind.

Deutschlands Wollproduktion und Wollverbrauch.

Der soeben erschienene Jahresbericht der Herren Ebell u. Cie. über die Lage unserer Wolleninbustrie im vergangenen Jahre konstatirt für die einzelnen Branchen dieser Industrie eine fortschreitende Besserung, während der Wollhandel in Folge weichender Konjunktur diesmal unter schwierigeren Bedingungen arbeitete. Die deutsche Tuch- und Stoff-Fabrikation hat im Jahre 1881 bei billigeren Wollpreisen und ziemlich gutem Absatz befriedigend gearbeitet, wenn auch über zu geringen Verdienst geklagt wird. Die Abwesenheit irgend wie nennenswerther Fallimente in Fabrikantenkreisen scheint wenigstens darauf hinzudeuten, daß die Verhältnisse normale waren. Die Kammbranche war durchgehends befriedigend beschäftigt und befindet sich am Schluß des Jahres sogar in blühender Lage.

Von der deutschen Wollproduktion lassen sich so günstige Nachrichten leider nicht melden, da sich dieselbe in einem unaufhörlichen Rückgange zu befinden scheint, weil sie namentlich die Konkurrenz der Kolonialwollen immer weniger zu ertragen vermag. Dies ergiebt die

Statistik des Verbrauchs ausländischer Wollen im Vergleich mit der Statistik der einheimischen Produktion, wie sie hierunter für die letzten 10 Jahre zusammengestellt ist. Es betrug nämlich in Deutschland

	die Mehreinfuhr von Wolle.	die Produktion	letztere in pCt. der Mehreinfuhr.
	Ctr.	Ctr.	
1872	617,500	630,000	102 pCt.
1873	690,000	625,000	90 "
1874	457,700	605,000	132 "
1875	557,800	590,000	106 "
1876	756,700	570,000	75 "
1877	852,700	550,000	64 "
1878	827,900	530,000	64 "
1879	1,315,000	515,000	39 "
1880	911,600	505,000	55 "
1881	1,175,000	498,000	42 "

Die Mehreinfuhr, das ist der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr von Wollen ist in Deutschland somit innerhalb zehn Jahren um 100 pCt. gestiegen, während die einheimische Wollproduktion um nahe an 25 pCt. zurückgegangen ist. Früher deckte die einheimische Produktion noch die Hälfte des Bedarfs unserer Woll-Industrie, jetzt ist letztere fast zu $^3/_4$ auf das Ausland angewiesen.

An dieser Thatsache des Rückganges unserer Wollproduktion wird sich nun allerdings wohl nichts ändern lassen, aber wenn Deutschland von Jahr zu Jahr steigende Quantitäten ausländischer Wollen verbraucht, dann sollte man wenigstens verlangen, daß es sich von den englischen Märkten mehr emanzipirt und den direkten Import der Wollen von Australien, dem Kap und den La Plata-Staaten begünstigt. Seither befindet sich auch hier die Indusrtie leider in falschen Bahnen. Die Herren Ebell u. Cie. bedauern in ihrem Bericht, daß die im Anfang dieses Jahres in Angriff genommene direkte Verbindung zwischen dem Kap und Hamburg zu Wasser geworden ist, während die Engländer dorthin nunmehr eine dritte Linie errichtet haben. Die 53,000 Ballen Kapwolle, welche seither direkt vom Kap nach

Deutschland importirt sind, füllen allein monatlich einen Dampfer, ungerechnet die sichere Ausdehnung des direkten Verkehrs, sobald eine regelmäßige Dampferlinie einmal eingerichtet ist. Hierbei fehlt es nicht den Importeuren an Unternehmungsgeist oder Kapitalien, sie bedürfen nur der Unterstützung der deutschen Woll-Industriellen, welche sich direkten Wollimporten mit einer gewissen Vorliebe zuwenden sollten, was bisher leider nicht geschieht. Uebrigens werden neuerdings von verschiedenen Seiten Anstrengungen gemacht, australische und Buenos-Ayres Wollen direkt nach hier zu importiren und dürften schon demnächst Versteigerungen solcher Wollen in Deutschland stattfinden.

Wir geben zum Schluß noch eine Zusammenstellung der Importe und Exporte von Wollengarnen und Wollenwaaren für die nachstehenden 3 Jahre.

Import.

	1872. Ctr.	1876. Ctr.	1881. Ctr.
Wollengarne	320,741	303,300	310,000
Wollenwaaren	174,423	143,226	46,850

Export.

	1872. Ctr.	1876. Ctr.	1881. Ctr.
Wollengarne	100,000	67,400	88,000
Wollenwaaren	322,700	256,880	454,300

Hieraus ergiebt sich, daß unsere Wollspinnerei auch durch die Zollerhöhungen des Jahres 1879 dem Auslande gegenüber nicht wesentlich konkurrenzfähiger geworden ist, da die Importziffern sich auf der Höhe des Vorjahres gehalten haben. Dagegen ist in der Einfuhr von Wollenwaaren ein ganz erheblicher Rückgang eingetreten und da gleichzeitig unser Export in Wollenwaaren beträchtlich gestiegen ist, so dürfte die Situation unserer Wollenwebereien und Tuchfabriken thatsächlich für eine recht günstige gelten können.

Zur Steigerung der Arbeitslöhne.

In einem früheren Artikel haben wir nachgewiesen, daß die in weiten Kreisen angestrebte Erhöhung der Arbeitslöhne, auch soweit dieselbe indirect durch die Uebertragung der ganzen Unfallversicherungsprämie auf die Arbeitgeber bewirkt werden würde, nur durchführbar ist, wenn die heimische Industrie in völlig ausreichender Weise gegen die ausländische Concurrenz geschützt wird und somit der höhere Arbeitslohn, wie auch billig, auf das Arbeitsprodukt selbst, mit anderen Worten auf den Consumenten abgewälzt werden kann. Wir erhalten nun in dieser Sache von hochgeschätzter Seite eine Zuschrift, worin für eine gründliche Revision des Zolltarifs im Hinblick auf diese Erhöhung der Arbeitslöhne und unter Zugrundelegung der seitherigen Ergebnisse der Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs plaidirt wird. Der geehrte Herr Einsender glaubt unter allen Umständen für diejenigen Fabrikate, welche Deutschland, wenn auch vorläufig mit Hülfe des Schutzzolles und in eben solchen Mengen ebenso gut wie ein anderes Land erzeugen kann, einen völlig auskömmlichen, also einen gewissermaßen prohibitiv wirkenden Schutzzoll beanspruchen zu sollen und wir können ihm hierin allerdings nur beipflichten. Wenn eine Erweiterung der Produktion, eine bessere Preishaltung und eine Erhöhung der Arbeitslöhne durch weitere Zollerhöhungen nachweislich erzielt werden kann, so wird selbst ein gemäßigter Anhänger der neuen Wirthschaftspolitik dieselben nicht ablehnen wollen für Waaren, in welchen Deutschland hinlänglich günstige Produktionsbedingungen besitzt, um den heimischen Bedarf zu befriedigen. Minimale Preisdifferenzen, die dem Einzelnen vielleicht hin und wieder unbequem sind, können hierbei gegenüber den vielfachen Schwankungen der Preise auf dem Weltmarkte und gegenüber dem wirthschaftlichen Gesammtinteresse nicht ins Gewicht fallen und wir würden deshalb eine Prüfung des allerdings reformbedürftigen Zolltarifs an der Hand der Statistik über kurz oder lang gleichfalls empfehlen.

Daß neben der Revision des Zolltarifs eine insbesondere auch den Exportinteressen der In-

dustrie geneigtere Eisenbahnfrachtpolitik eintreten muß, soll die Großindustrie und ihr Arbeiterstand zu auskömmlichen Existenzbedingungen gelangen, haben wir neulich auch auszuführen versucht. In dieser Beziehung wird es namentlich darauf ankommen, die jetzt bestehenden Tarife für die Ausfuhr nach Verschiffungshäfen thunlichst zu ermäßigen und zwar ist hierbei nicht allein die Fracht für Massengüter, wie Kohlen, Eisen 2c. zu berücksichtigen, sondern ebenso sehr die für weniger voluminöse aber werthvollere Fabrikate. Die ungemein hohen Frachtsätze für Stückgut und die Verdoppelung derselben für Eilgut verursachen eine ganz erhebliche Vertheuerung des Fabrikats, welche stellenweise sogar mehr als der Nutzen des Fabrikanten beträgt. Die billige Fracht für Sammelgut kommt nämlich der deutschen Stückgüter-Ausfuhr nur vereinzelt zu Gute, da den exportirenden Firmen entweder, wie oft der Fall, keine Sammelstellen eines Spediteurs zur Verfügung stehen, oder nicht hinlänglich Zeit bleibt, auf den Abgang der Sammelladung zu warten, weil die Verschiffung aus dem Exporthafen an kürzere Fristen gebunden ist.

Da nun eine allgemeine Neuregelung des Stückgutverkehrs sobald nicht zu erwarten sein dürfte, so sollte man zunächst nach Analogie der Kosten-Ausnahmetarife auch für andere, durch Hamburg und Bremen transitirende Artikel Ausnahmetarife errichten und dabei in Erwägung ziehen, ob nicht außerdem für Eilgut statt der Verdoppelung der Stückgutfracht eine 50 prozentige Erhöhung ausreichend erscheint. Die Differenz in der Lieferzeit zwischen Stückgut und Eilgut rechtfertigt in der That nicht eine Verdoppelung der Fracht, noch weniger allerdings, wie dies jetzt der Fall ist, eine bis sechsfach höhere Fracht gegenüber den Sammelgutladungen.

In den Hansestädten selbst rechnet man, wie aus den jüngst erwähnten Darlegungen des Präsidenten der Hamburger Handelskammer hervorgeht, fest darauf, daß die Eisenbahnverwaltung in liberaler Weise die Interessen des deutschen Exports fördern und die Alliance zwischen der deutschen Industrie nnd den seestädtischen Exporteuren, welche ja einen der Hauptmotive des Hamburger

Zollanschlusses abgegeben hat, nach Kräften festigen wird. An Mitteln hierzu fehlt es Herrn Maybach nicht. Er konnte erst neuerdings mit beträchtlichen Ueberschüssen vor das Abgeordnetenhaus treten und es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Ueberschüsse der Eisenbahnverwaltung mit der fortschreitenden Besserung der Geschäftslage und nachdem der einheitliche Betrieb der Staatsbahnen völlig durchgeführt sein wird, sich noch wesentlich steigern werde.

Die preußische Lotterie und die öffentliche Moral.

Offenbar ist die schlimmste Sorte von öffentlicher Moral diejenige, welche die vorhandene Immoralität nicht nur ungehindert läßt, sondern darüber hinaus noch eine sonst nicht vorhandene Gattung von Unsittlichkeit neu und künstlich erzeugt.

Diesen Vorwurf müssen wir leider der Pseudo-Moral machen, welche seither die Vermehrung der preußischen Lotterieloose verhinderte und dadurch bewirkte, daß alljährlich eine große Anzahl von keineswegs an sich unsittlichen Menschen das Verbot des Spielens in „auswärtigen Lotterien" übertritt. Was der Volkssittlichkeit — theoretisch gedacht — zu Gute kommen sollte, ist ihr in diesem Falle thatsächlich zum Unheil ausgeschlagen. Oder muß es nicht als ein Krebsschaden der öffentlichen Moral eines Volkes angesehen werden, wenn zwischen Gesetz und Volksbewußtsein ein äußerlicher Zwiespalt erzeut wird, in dem das innere Bewußtsein der sittlichen Durchschnittsqualität Partei gegen das Gesetz ergreift? Die Sittlichkeit der Menschen kann nicht durch rein mechanische Gesetzvorschriften erhöht und idealisirt werden, wenn nicht die starken Strömungen der religiösen, moralwissenschaftlichen und sozialen Entwicklung mit dem Gesetz gleichen Schritt gehen, oder doch das Staatsgesetz nachdrücklich unterstützen. Keine dieser Bedingungen trifft hier zu; im Gegentheil, alle angedeuteten Momente verwerfen die gesetzliche Beschränkung der preußischen Lotterieloose und das Verbot ausländischer Lotterien als

eine Ausgeburt der Pseudo-Moral und der Pseudo-politik.

In religiöser Beziehung liegt gegen diese harmlosen Lotterien kein Bedenken vor; sie lösen den Menschen nicht los von dem göttlichen Urquell; sie vermindern weder das Gebet noch die Gottesverehrung, auch stehen sie nicht mit sonstigen religiösen Interessen in Widerspruch. Deßhalb haben auch religiöse Männer und Gesellschaften keinen Anstand genommen, diese unverfänglichen Lotterien als Werkzeuge für religiöse Zwecke in Anspruch zu nehmen.

Ebensowenig steht die Lotterie mit dem heutigen Stand der Moralwissenschaft in Widerspruch, weil dieselbe mit Ausnahme der Schopenhauer-Hartmann'schen Abtödtungs- und Verneinungsmoral bis jetzt noch von eudämonistischen Postulaten ausgeht.

Es blieben also nur noch die sozialen Faktoren für Entwicklung sittlicher Anschauungen in Betracht zu ziehen. Sprechen diese etwa gegen die Staatslotterie? Unseres Dafürhaltens noch hundertmal weniger als die religiösen und moralwissenschaftlichen Gesichtspunkte. Wäre das communistische Ideal der materiellen Sicherstellung aller Menschen der staatlichen oder wirthschaftlichen Gemeinschaft verwirklicht, so würde eine Lotterie allerdings in den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen keinen Existenzgrund mehr haben. Anders heute, wo sich viele schwache, dem Existenzkampf nicht gewachsene Naturen mit psychologischer Nothwendigkeit an eine Hoffnung anklammern, die moralisch und sozialpolitisch großartige Dienste leistet, ohne daß ihr, wie das Börsenspiel, der Vorwurf gemacht werden kann, in eine moralische, wirthschaftliche und soziale Gefahr auszuarten. Das Spielen in den gewöhnlichen Staats- und Wohlthätigkeitslotterien stellt kein volkswirthschaftliches und moralisches Gesetz auf den Kopf, wie es beim Börsenspiel der Fall ist. Es setzt einen bloßen Sport nicht an die Stelle der wirthschaftlichen Arbeit, es vergeudet nicht große, für die Zwecke der Produktion bestimmte Kapitalien, Intelligenzen und Leidenschaften für ein unproduktives Treiben; es züchtet keine Selbstmörder und keine künstlichen Wirthschaftskrisen.

Aus alle diesen Gründen können wir hinsichtlich einer Vermehrung der preußischen Lotterielose die moralische Bedenklichkeit unseres Finanzministers nicht theilen.

„Im letzten Dezennium — so führte er in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Dez. v. J. aus — sei die Zahl der Loose der sächsischen Lotterie von 34,000 auf 100,000, die der Hamburger Lotterie von 22,300 auf 84,000 und die der Braunschweiger Lotterie von 25,000 auf 84,000 gestiegen. Von diesen Loosen werde ein sehr großer Theil in Preußen gespielt; man schätze die Zahl von 95,000 vielleicht zu niedrig. Dieser Erscheinung gegenüber, die auf dem Spielbedürfniß der großen Menge des Volkes beruhe sei es sehr schwierig, eine andere Abhülfe zu schaffen, als diejenige einer Vermehrung der Loose. Hebe man in Preußen die Lotterie auf, so werde die Zahl der auswärtigen Loose nur wachsen; anders liege die Sache, wenn das Reich mit dieser Maßregel vorgehe; aus finanziellen Gründen sei es aber kaum gerathen, die Initiative hierin zu ergreifen. Die Vermehrung der eigenen Loose bleibe also die einzige Abhülfe. Die Regierung habe diese Maßregel auch bereits reiflich erwogen, sich aber nicht entschließen können, ihrerseits den ersten Schritt auf diesem Wege zu thun.. Es sei ja richtig, daß dadurch eine nicht unbeträchtliche Mehreinnahme der Staatskasse zugeführt werde, die Regierung betrachte aber die Lotterie als eine nicht besonders erwünschte Einnahmequelle. Sollte jedoch das Haus einen Antrag im Sinne der Vermehrung der Loose an die Regierung richten, so werde sie denselben in sorgfältige Erwägung uehmen."

Die herrschende Pseudo-Moral oder vielmehr die Furcht, aus dieser falschen Moral heraus öffentlich unliebsam kritisirt zu werden, ist schuld daran, daß bis jetzt kein förmlicher Antrag auf die aus verschiedenen Gründen dringend wünschenswerthe Vermehrung der preußischen Lotterieloose gestellt wurde. Es ist dies kein ersprießlicher, ja nicht einmal ein würdiger Zustand.

Wenn von irgend welchen Meschen verlangt werden muß, daß ihnen die wirkliche Moral höher steht, als die Pseudo-Moral, so sind das Minister nnd Volksvertreter. Es würde das selbst von Fällen gelten, wo der pseudo-

moralische Standpunkt Aussicht hätte, bei Wahlen und sonstigen Gelegenheiten mit Aussicht auf Erfolg verwandt zu werden. Diese Möglichkeit fehlt hier gänzlich. Denn wie in Braunschweig und Sachsen, so würde auch in Preußen die gesetzgeberische Initiative für Vermehrung der Loose eher mit allem andern, als mit der Ungnade der Bevölkerung belohnt werden. Denn Jedermaun wird darin statt eines Verstoßes gegen die öffentliche Moral die Beseitigung einer Klippe erblicken, an welcher die öffentliche Moral gegenwärtig durch das verbotene Spielen in auswärtigen Lotterien Schaden leidet.

Einige Lebensmittelpreise des Jahres 1881.

Bekanntlich waren die Getreidepreise nach einem sehr niedrigen Stande während der Jahre 1878 und 1879 allmählich im Laufe des Jahres 1880 wieder wesentlich gestiegen und hatten zu Beginn des Jahres 1881 eine außerordentliche Höhe erreicht, so daß der Roggen, Deutschlands Haupt-Brodfrucht, im Werthe wenig oder stellenweise gar nicht vom Weizen differirte, ja zeitweise so knapp war, daß er sogar besser als Weizen bezahlt wurde. In diesen Beziehungen hat nun das vergangene Jahr allmählich wieder gesunderen Verhältnissen Platz gemacht; dazu ist noch die höchst bemerkenswerthe Erscheinung getreten, daß die bei Beginn des Jahres noch in so bedrohlicher Weise auf die einheimische Landwirthschaft einwirkende und das ganze Getreidegeschäft dominirende Exportfähigkeit der atlantischen Häfen Nordamerikas plötzlich auf eine sehr viel geringere Bedeutung herabsank, wodurch übrigens das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage im Getreidehandel nur wenig gestört worden ist.

Wie nun die Getreidepreise am Schlusse des vergangenen Jahres eine wesentliche Abnahme gezeigt haben, so sind auch zwei speziell für Norddeutschlands Bevölkerung höchst wichtige Nahrungsmittel, Kaffee und Reis, im Preise sehr wesentlich zurückgegangen, was man aus den nachfolgenden Ziffern, welche für beide Artikel die Monats-Durchschnittspreise des Jahres 1881 nach dem

Berichte der Handelskammer zu Bremen angeben, ersehen kann.

Durchschnittspreis pro 100 Kg. in Mark:

1881	Kaffee Rio good ordinair	Kaffee Savanilla good ordinair	Reis Rangoon Tafelreis	Reis Bruchreis Nr. 0
Januar	116	124	27,25	18,61
März	112,80	120,80	27	18,70
Mai	102,50	110,50	26	18,43
August	100	106	25,75	18,10
November	98	106	24	17,25
December	96	104	23,87	17,43

Die Differenzen zwischen den Durchschnittspreisen im ersten und letzten Monat des Jahres betrugen also für die beiden Kaffeesorten 20 Mk. und für die beiden Reissorten 3,38 Mk. bezw. 1,18 Mk. Die Jahresdurchschnittspreise der beiden genannten Kaffeesorten beliefen sich im Jahre 1880 auf 126,86 Mk. resp. 137,12 Mk., im Jahre 1881 dagegen nur auf 104,35 Mk. resp. 111,85 Mk.; in ähnlicher Weise sind die Jahres-Durchschnittspreise für beide Reissorten von 26,59 Mk. resp. 20,70 Mk. im Jahre 1880 auf 25,81 resp. 18,15 Mk. im Jahre 1881 gesunken.

Gegenüber dem Preisrückgang dieser beiden wichtigen Nahrungsmittel aber haben zwei andere nicht minder wichtige Importprodukte Bremens, amerikanischer Speck und Schmalz, während des Jahres 1881 eine nicht unbedeutende Zunahme im Werthe gezeigt, wie man dies aus folgenden Angaben ersieht.

Es betrugen die Monats-Durchschnittspreise pro 100 Kg. von

1881	gesalzenem amerik. Speck	amerik. Schmalz Marke Wilcox
im Januar	79,25 Mk.	98,37 Mk.
„ December	85,62 „	116,25 „
Zunahme	6,37 „	17,88 „

Beide Produkte hatten schon während des Jahres 1880 eine Zunahme im Werthe von 13,25 Mk. resp. 10 Mk. gezeigt, so daß also Speck im vergangenen Jahre nicht in so großem Verhältniß, Schmalz dagegen in wesentlich stärkerem Verhältniß als während des Jahres 1880 im Preise gestiegen ist.

* Die Mobiliar-Versicherung bei den öffentlichen Feuer-Societäten.

Als im Anfrage der fünfziger Jahre die Rheinische Provinzial-Feuer-Societät den Antrag stellte, ihr zur Hebung ihres stark im Rückgange befindlichen Versicherungsbestandes zu gestatten, auch die Mobiliar-Versicherung zu betreiben, glaubte sie offenbar einen äußerst glücklichen Griff zu thun und mehrere ihrer Genossinnen schlossen sich diesen Ansichten und diesen Bestrebungen an. Nach zehnjährigem Widerstande der Staatsregierung gegen diesen Plan, welchen sie als einen dem Wesen der öffentlichen Institute widersprechenden erkannte, gelang es der Societät endlich, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, und es erhielten nach und nach dreizehn derselben das viel begehrte Recht zur Mobiliar-Versicherung, ohne daß jedoch auf diesen Betrieb die Privilegien ausgedehnt wurden, welche ihnen für die Gebäude-Versicherung zustanden. Wir übergehen heut die Thatsache, daß mehrere derselben factisch ihre Privilegien auch hinsichtlich des neuen Zweiges ausüben, und wollen uns nur mit den Resultaten ihrer nun zwanzigjährigen Thätigkeit als Mobiliar-Versicherer beschäftigen. Sie sind ziemlich kläglich. Es ist ihnen gelungen, im Ganzen etwa 1100 Millionen Mark zu versichern; durchschnittlich fallen also auf jede der dreizehn Societäten rund 84 Millionen, und auf jedes Jahr ihrer daran gesetzten Arbeit ungefähr 4—5 Millionen.

Wahrlich: tant de bruit pour une omelette! Was ist nun aber der Grund dieser Erscheinung? Wir finden ihn nicht nur in der bureaukratischen Schwerfälligkeit der Societäts-Verwaltungen, sondern vor Allem in dem Mangel ihrer Individualisirungsfähigkeit. Dieser Mangel ist ihnen aber, so zu sagen, angeboren, und ob sie sich davon befreien können, ohne einen vollständigen Regenerationsprozeß mit sich vorzunehmen, d. h. ohne ihre Zwitterstellung als halb öffentliche, halb private Institute aufzugeben, und sich klar und bestimmt für das eine oder das andere Prinzip zu entscheiden, — das ist die Aufgabe, deren Lösung ihnen obliegt. —

Wenn wir weiter fragen: wie befinden sich denn nun die Mitglieder der Societäten bei diesem Doppelcharacter ihres Instituts, so werden wir die Antwort am besten durch ein Eingehen auf die Verhältnisse eines derselben geben können. Wir wählen dazu die Land-Feuer-Societät für die Kurmark und Niederlausitz, die Kreise Jüterbog und Belzig. Die Einrichtungen bei derselben (und diejenigen bei ihren Spezial-Genossinnen sind analog) sind folgende: die Beiträge für die Gebäude-Versicherung zur Deckung der Schäden und Verwaltungskosten werden alle halbe Jahr nachträglich dem Bedarf entsprechend erhoben; die Prämien für die Mobiliar-Versicherung dagegen halbjährlich im Voraus und richten sich in ihrer Höhe nach den für das verflossene Halbjahr zu erhebenden Beiträgen für die Gebäude. Nämlich so: Ursprünglich hatte § 6 des bezüglichen Nachtrages vom 6. Juli 1870 bestimmt, daß die Mobilien in der Regel in dieselbe Klasse gehören, wie die Gebäude, in welchen sie sich befinden, und daß sie im Minimum zu halben, im Maximum, d. h. wenn besonders feuergefährliche Umstände vorhanden sind, bis zur anderthalbfachen Höhe des Gebäude-Beitrages heranzuziehen sind. Durch einen späteren Nachtrag wurden die Beiträge indessen auf ein Viertel, bezw. drei Viertel festgesetzt. Die Folge ist also, daß die Gebäude-Besitzer die Verluste in der Mobiliar-Versicherungsbranche mit zu bezahlen haben, wenn die Prämien derselben allein dazu nicht ausreichen. In den letzten sechs Jahren stellt sich nun aber bei der genannten Societät das Verhältniß der Prämien (einschließlich der Eintrittsgelder) zu den Schäden (einschließlich der speziellen Verwaltungskosten) in der Mobiliar-Versicherungsbranche, wie folgt:

	Beiträge	Schäden	Ergebniß
1875	27,032 Mk.	47,457 Mk.	— 20,425 Mk.
1876	24,602 „	50,490 „	— 25,888 „
1877	36,246 „	30,182 „	+ 6 064 „
1878	53,672 „	60,529 „	— 6,857 „
1879	60,735 „	51,553 „	+ 9,182 „
1880	69,288 „	73,710 „	— 4,422 „
Summa	271,575 Mk.	313,921 Mk.	— 42,346 Mk.

In diesen Verlust ist also derjenige Theil der allgemeinen Verwaltungskosten, welcher durch die Einführung und den Betrieb der Mobiliar-Versicherung in Anspruch genommen wird, noch gar nicht einmal mit hineingerechnet.

Bei mehreren in gleicher Lage befindlichen Societäten haben sich die Verhältnisse ähnlich gestaltet. — Der Nutzen, den die Gebäude-Besitzer daran haben, daß sie auch ihr Mobiliar bei der Societät versichern können, wozu sie vielfach wider ihren eigentlichen Wunsch und Willen durch ihre persönlichen Verhältnisse genöthigt werden, ist ein problematischer. Diejenigen, welche beides — Immobiliar und Mobiliar — bei der Societät decken, compensiren allenfalls. Die andern jedoch, welche dies nur mit ihren Gebäuden thun können, zahlen zweifellos zu hohe Beiträge, weil sie die viel zu niedrigen Prämien der Mobiliar-Versicherten, ausgleichen müssen. Die goldenen Berge, die ihnen seiner Zeit die feurige Phantasie der Societäts-Directoren vorspiegelte, haben sich also als trügerische Fata Morgana erwiesen. Das Gegenseitigkeits-Prinzip, soviel Gutes ihm theoretisch nachgerühmt wird, erweist sich bei ungeschickter Handhabung in der Praxis als eine sehr zweischneidige Waffe und es mag Niemandem verdacht werden, wenn er sich dennoch lieber zu den Aktien-Gesellschaften wendet, die nicht nur das Risiko selbst tragen, sondern auch durch ihre gewandte, die individuelle Lage des einzelnen Falles stets gern und geschickt berücksichtigende Praxis sich als ihrer Aufgabe vollkommen gewachsen gezeigt haben. Wollen also die Societäten durchaus den Konkurrenzkampf mit diesen weiter führen, so werden sie auch deren berühmte Prinzipien annehmen müssen, andrenfalls ihnen eine Katastrophe nicht erspart bleiben wird.

Die Getreidepreise während des Jahres 1881.

Bereits seit Jahren werden seitens des königl. preußischen statistischen Bureaus die mittleren Marktpreise für Getreide und einige andere wichtigere Nahrungsmittel an den hauptsächlichsten Märkten des preußischen Staats allmonatlich zusammengestellt und veröffentlicht. Da diese Zusammenstellung jetzt für den Monat Dezember des vergangenen Jahres fertiggestellt ist, so lassen wir nach diesen Angaben zunächst die mittleren Monatspreise für die vier Hauptgetreidearten und für Kartoffeln hier folgen, welche eine interessante Illustration zu den aus der Luft gegriffenen Behauptungen der Freihändler über Vertheuerung des Brotes, Schädigung des Volkswohlstandes durch die Getreidezölle und dergleichen mehr darstellen. Ein Mangel dieser Bildung von Mittelpreisen ist es allerdings noch, daß nur aus Städten mit 8000 Einwohner und darüber, wenn sie zugleich Marktorte sind, Preisnotirungen beim königl. statistischen Bureau für die Preisnotirungen benutzt werden; hierdurch sind ganze Landstriche, in welchen eine vorwiegend Ackerbau treibende Bevölkerung lebt, aber so große Städte nicht vorhanden sind, von der Preisbildung ausgeschlossen, obgleich gerade diese Gegenden durch ihre starke Produktion von Getreide hiesür von Wichtigkeit sind.

Die monatlichen Mittelpreise für das gesammte preußische Staatsgebiet verhielten sich hiernach im Kalenderjahre 1881 wie folgt:

	Preise für 100 Kg. in Mark				
1881	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
Januar	21,1	20,8	16,4	15,0	5,8
Februar	20,9	20,6	16,5	15,2	5,9
März	21,0	20,5	16,5	15,6	5,9
April	21,5	21,0	16,7	16,2	5,9
Mai	21,9	21,5	16,9	16,8	6,15
Juni	22,2	21,6	16,9	17,0	6,65
Juli	21,9	20,4	16,7	16,7	7,45
August	22,0	18,9	16,3	15,9	6,35
Septemb.	22,9	19,1	16,6	15,5	5,2
October	23,2	19,5	16,8	15,8	4,5
November	23,1	19,5	16,8	15,9	5,35
Dezember	22,8	19,1	16,6	15,7	4,4

Der Durchschnittspreis für Weizen ist also während des Jahres 1881 von 21,1 Mark im Januar auf 22,8 Mark im Dezember gestiegen; die Hauptbrodfrucht Deutschlands, Roggen, ist dagegen wesentlich im Werthe, nämlich von 20,8 auf 19,1 Mk. gefallen; die Gerstepreise zeigten am Anfang und Schluß des Jahres fast gleiche Höhe, 16,4 gegen 16,6 Mk.; Hafer ist unbedeutend von 15,0 auf 15,7 Mk. gestiegen; die Mittelpreise für Kartoffeln sind aber bedeutend, nämlich von 5,8 Mk. pro 100 Kg. im Januur auf 4,4 Mk. im Dezember gefallen.

Man sieht hieraus, daß die Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung Deutschlands aus dem Bereiche der Landwirthschaft, Roggen und Kartoffeln, trotz aller Gegenrede der Freihändler, während des Jahres 1881 eine wesentliche Preis-Abnahme gezeigt und dadurch zur wohlfeileren Ernährung der Bevölkerung in segensreicher Weise beigetragen haben.

Wenn man nun die Jahres-Durchschnittspreise der genannten fünf vegetabilischen Nahrungsmittel pro 1881 denjenigen der 5 vorhergehenden Jahre gegenüberstellt, so erhält man folgende interessante Ziffern:

Jahres-Durchnitspreise für 100 Kg. in Mark.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
1881	22,0	20,2	16,6	15,9	5,7
1880	21,9	19,3	16,8	15,2	6,5
1879	19,6	14,4	14,5	13,4	6,2
1878	20,2	14,3	15,7	13,9	5,7
1877	23,0	17,7	16,9	16 0	6,4
1876	21,0	17,4	16,8	17,7	5,7

Hiernach ist der Durchschnittspreis des Weizens im Jahre 1881 demjenigen für das Jahr 1880 fast gleich geblieben, wesentlich niedriger aber als derjenige im Jahre 1877 gewesen. Roggen hat allerdings im Jahre 1881 die höchsten Durchschnittspreise seit 6 Jahren erreicht; dies ist lediglich eine Folge der schlechten Roggen-Ernte des Vorjahres, und nichts weniger als eine Einwirkung der Getreidezölle, was durch den Umstand nach klar gekennzeichnet wird, daß Roggen im Auslande wie im Inlande mehrmals so knapp war, daß sein Werth

in der ersten Hälfte des Jahres 1881 stellenweise sogar denjenigen des Weizens übertroffen hat. Der Durchschnittspreis für Gerste im Jahre 1881 ist geringer gewesen als derjenige des Vorjahres und der Jahre 1877 und 1876; der Haferpreis war 1881 gleichfalls geringer als in den beiden zuletzt genannten Jahren. Was endlich die Kartoffeln anbelangt, so ist ihr Preis in keinem der 5 Vorjahre niedriger gewesen, als im Jahre 1881, dagegen war derselbe sowohl 1880 als 1879 und 1877 wesentlich höher.

Es folgt hieraus ohne Weiteres, daß den Getreidezöllen keineswegs ein nachtheiliger Einfluß auf die Preise des Getreides im Jahre 1881 nachgewiesen werden kann; die Getreidepreise werden nach wie vor von dem Ernte-Ausfall des Inlandes in Verbindung mit demjenigen der Exportländer regulirt werden.

Der Stand der Kanal-Projekte in Preußen.

Dem Abgeordnetenhause ist eine Denkschrift über den gegenwärtigen Stand der Kanal-Projekte zugegangen. Danach scheint es, als ob man nun, nach Bewältigung der elementarsten Vorarbeiten, endlich die von Industrie und Handel seit langer Zeit geforderten Kanalbauten ernstlich in Angriff nehmen will. Gegenwärtig kommen die folgenden Linien in Betracht, für welche die Vorarbeiten zumeist soweit gefördert sind, daß einer Entscheidung über ihre Ausführung nichts im Wege steht.

1) Der Rhein-Maaß-Kanal;
2) Der Rhein-Weser-Elbe-Kanal;
3) Die Verbesserung der Wasserwege durch Berlin;
4) Der Oder-Spree-Kanal: Berlin-Kieritz;
5) Der Elbe-Spree-Kanal;
6) Die Abzweigung des Oder-Spree-Kanals nach Schwedt;
7) Der Nord-Ostsee-Kanal;
8) Der Elbe-Trave-Kanal;
9) Der Rostock-Berliner-Kanal;
10) Kanalisirung des Mains unterhalb Frankfurt;
11) Kanal von Leipzig nach der Elbe;
12) Donau-Oder- und Oder-Lateral-Kanal.

Im Allgemeinen haben die größeren der vorstehend angeführten Kanal-Projekte im Laufe der Prüfung und Vorberathuug mannigfache Wandlungen durchgemacht. Dies gilt insbesondere von dem wichtigsten Projekt, dem Rhein-Weser-Elbe-Kanal.

Während nach der Denkschrift von 1877 eine Linie von Ruhrort über Minden und Hannover nach Magdeburg in Aussicht genommen war, hat man sich in neuerer Zeit mit einer gewissen Vorliebe einem Projekt zugewandt, wonach der Rhein durch einen Kanal von Ruhrort bezw. Dortmund mit der unteren Ems, weiter mit der unteren Weser und endlich mit der unteren Elbe verbunden werden soll. Diese neuen Linien dürften insbesondere für die Interessen unserer Industrie und unseres Exportes ungleich wichtiger sein, als das frühere Projekt, denn durch dieselben würde der Deutschen Industrie nicht nur der Zugang zu den Exporthäfen wesentlich erleichtert werden, sondern sie wäre zugleich mehr als bisher befähigt, auch in demjenigen Theile Deutschlands, der jetzt in Folge der billigeren Seefrachten kommerziell von England beherrscht wird, ihre Produkte abzusetzen.

Was die einzelnen Projecte anlangt, so standen der Ausführung des Rhein-Maas-Kanals seither eine gewisse feindliche Haltung der niederländischen Regierung entgegen. In letzterer Zeit ist dieselbe jedoch einem freundlichen Entgegenkommen gewichen, so daß die Ausführung dieses Projectes jetzt ziemlich gesichert erscheint. Bezüglich des Rhein-Weser-Elbe-Kanals ist bereits bemerkt worden, daß man sich voraussichtlich für die Linie Ruhrort, untere Ems bei Papenburg, untere Weser bei Elsfleth, untere Elbe bei Stade entscheiden wird. Die Wasserwege durch Berlin sollen durch Erweiterung des Landwehrkanals (für welchen indeß die Stadtgemeinde Berlin jeden Kostenzuschuß abgelehnt hat,) und durch Kanalisirung der Unterspree verbessert werden. Das Project eines Oder-Spree-Kanals ist vorläufig fallen gelassen worden, da man die Verbindung zwischen Elbe und Spree durch den Elbe-Spree-Kanal für dringlicher hält, ein Project, welches insbesondere durch die eingehenden Untersuchungen von Bellingrath und

Dr. Rentzsch gefördert worden ist. Der Nord-Ostsee-Kanal, welcher bei der anderweiten Gestaltung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals auch wirthschaftlich eine erhöhte Bedeutung gewinnen muß, da er den Verkehr zwischen dem Osten und dem Westen der Monarchie vermitteln würde, ist wieder in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten und die Regierung beschäftigt sich lebhaft mit demselben. Von der Idee, den projectirten Berlin-Rostocker-Kanal zu einem Kanal ersten Ranges zu machen, ist man in neuerer Zeit zurückgekommen. Es liegen jetzt Projecte vor, welche sich den thatsächlichen Verhältnissen mehr anpassen und hiermit dürfte die Aussicht auf den Ausbau dieses Kanals viel gewonnen haben.

Das in letzter Zeit wieder hervorgesuchte Projekt eines Donau-Oder-Kanals hat die Regierung gleichfalls angelegentlich beschäftigt, doch hält man den auf preußischer Seite anzuschließenden Oder Lateral-Kanal von Oderberg bis Brieg für zu kostspielig und die Regierung hat es vorgezogen, die Frage zu prüfen, ob nicht durch eine Kanalisirung der oberen Oder mittelst beweglicher Wehre und Schiffsschleusen die Anlage eines besonderen Seitenkanals entbehrlich gemacht werden könnte.

Die Regierung ist im Uebrigen hinsichtlich der Abmessung der Kanäle zu der Ansicht gelangt, daß von vornherein auf den Transport größerer Fahrzeuge Bedacht zu nehmen sei, und hat deshalb generell eine Wassertiefe von 2 bis 2,5 Meter in Aussicht genommen. Doch soll im Allgemeinen die Ladungsfähigkeit der Schiffe 8—10,000 Ctr. nicht übersteigen. Das Transportwesen soll unter Beschränkung der „wilden Schifferei" einheitlich organisirt werden, was auch lediglich den Interessen des Handels und der Industrie entsprechen würde. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Ausführung des wichtigsten Rhein-Weser-Elbe-Kanals nach dem neuen Project mit einem Kostenaufwande von 150 Millionen Mark in beiläufig 5 Jahren erfolgen könnte.

Herr Bamberger als Gründer.

Die sehr maßvoll redigirte Essener-Zeitung schreibt:

Der Abg. Dr. Bamberger ist im vorigen Jahre unter die Gründer gegangen. Er hat zur Fruktifizierung seines Ehrgeizes die „Tribüne" erworben und diese früher im Verlage von Brigl erschienene Zeitung zur Grundlage einer Aktiengesellschaft gemacht. Es wurden 860 Aktien zu je 500 Mk. kreïrt, von denen Herr Dr. Bamberger einen beträchtlichen Theil behielt; die Mehrzahl derselben wurde jedoch an gute Freunde und Gesinnungs-Genossen gegen volle Baarzahlung überlassen. Die „Tribüne", als Hauptorgan der Sezessionisten, wurde mit einer ganzen Anzahl neuer Redakteure ausgestattet, Format und Inhalt des früher in bescheidenen, aber guten Verhältnissen lebenden Blattes erweitert. Man war nun auf die neuen Erfolge gespannt, welche das Blatt in seiner neuen Gestalt erzielen werde. Gleichzeitig mit der Erweiterung des Inhaltes wurde auch die früher etwas vernachlässigt gebliebene Besprechung und Kritik von Aktien-Unternehmungen aufgenommen. Letztere wird seitdem in dem Blatte hier und da, wenn auch nicht immer zutreffend, so doch recht scharf geübt. Neulich brachte das Blatt beispielsweise eine längere Auslassung gegen Aktien-Gesellschaften, die mit Unterbilanz arbeiten, deren Papiere (Aktien und Obligationen) es einfach vom Handel der Börse ausgeschlossen sehen wollte. Nun muß man, nachdem die Bilanz der „Tribüne" per 31. Dezember 1881 vorliegt, billiger Weise fragen, was denn eigentlich der Handelsredakteur jenes Blattes unter einer soliden Aktien-Gesellschaft versteht! Diese Bilanz, welche von den Journalen bis jetzt unbeachtet geblieben ist, ist aber zu merkwürdig, als daß wir sie unseren Lesern vorenthalten sollten. Dieselbe zeigt unter den Aktiven folgende Posten: Erwerbspreis des Verlags- und Eigenthumsrecht der „Tribüne" 265.000 Mk., Kassabestand 4,043 Mk., Papier-Konto 5,602 Mk., Mobilien-Konto 8,782 Mk., Debitoren 20,277 Mk. Unter den Passiven: Aktien-Kapital 430,000 Mk., Kreditoren 43,087 Mk. Der **Betriebsverlust** ist mit **169,388** Mk. ange-

geben. Wenn man bedenkt, daß die Aktien-Gesellschaft zirka 11 Monate besteht (das Statut datirt vom 23. Jan. 1881), so muß man sich wohl sagen, daß dies das Exorbitanteste ist was seit langer Zeit auf dem Gebiete des Aktien-Gesellschaftswesens geleistet wurde. Bei der Fortdauer einer gleichen Geschäftsführung muß die Gesellschaft, sofern die Aktionäre nicht neue Opfer bringen, in Bankerott gerathen. Doch Herr Bamberger ist reich genug, um seinen Ehrgeiz zu bezahlen und neue Aktien zu nehmen, um die Geschäfte der sezessionistischen Partei eventuell auf eigne Kosten weiter zu führen. Einstweilen wird man aber wissen, unter welchem Gesichtswinkel in der „Tribüne" über Aktien-Gesellschaften Kritik geübt wird. Das Sezessionsorgan ist übrigens seit kurzer Zeit viel bescheidener im Umfange seiner Nachrichten geworden. Früher brachte es Abends ein ganzes Blatt, jetzt begnügt es sich mit zwei Seiten. Früher wurden die parlamentarischen Verhandlungen in der Morgen-Ausgabe in einer umfangreichen Beilage gebracht, jetzt werden sie im Hauptblatte veröffentlicht und der Schluß derselben in einem Nebenblättchen offerirt, wodurch die große Beilage in Wegfall kommen kann. — Die „Tribüne" scheint sich selbst auf den Aussterbe-Etat setzen zu wollen.

Die Einfuhr von Industrie-Erzeugnissen in den Vereinigten Staaten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika waren in früherer Zeit für viele Industrie-Erzeugnisse Hauptabnehmer der europäischen Mehrproduktion. Die innigen Verkehrsbeziehungen und die Stammesverwandtschaft, welche zwischen den Völkern Europas und den Bürgern jenes wichtigsten Staatswesens der neuen Welt von jeher bestanden haben, dazu die hoch entwickelte Consumtionsfähigkeit dieser Bevölkerung selbst ließen es natürlich erscheinen, daß der amerikanische Markt ganz bedeutende Quantitäten von Industrie-Produkten aus den europäi-

schen Mutterländern holte, so lange die Bevölkerung des Landes wesentlich der Pflege des Ackerbaus oblag. Seitdem sich indeß die amerikanische Industrie, Dank einer energischen Schutzzollpolitik, auf eigene Füße gestellt hat und inzwischen soweit vorgeschritten ist, daß sie in zahlreichen Fabrikaten mit ihren europäischen Rivalen sogar auf neutralen Märkten erfolgreich konkurriren kann, ist auch der Verbrauch fremder Industrie-Artikel im Lande wesentlich zurückgegangen. In einzelnen Branchen ist die Einfuhr europäischer Fabrikate nicht einmal so groß, wie die betreffende Einfuhr Deutschlands, das man doch mit Recht unter die ersten Industriestaaten der Welt rechnet. Es sorgt eben jetzt bereits in den Vereinigten Staaten eine großartige heimische Industrie für den kolossalen heimischen Bedarf.

Die neueste Entwickelung der Waareneinfuhr in den Vereinigten Staaten von Amerika enthält ein vom Washingtoner statistischen Bureau herausgegebenet Abstract für das am 30. Juni endende Fiscaljahr 1881. Darnach betrug der Werth der Einfuhr

bei Zucker	Doll.	88,342,000
„ Eisenwaaren . . .	„	46,440,000
„ Seidenwaaren . . .	„	32,057,000
„ Baumwollwaaren . .	„	31,219,000
„ Wollenwaaren . . .	„	31,156,000
„ Leinenwaaren . . .	„	16,158,000
„ Lederwaaren . . .	„	10,586,000
„ Wein- u. Spirituosen	„	8,742,000
„ Modewaaren . . .	„	7,750,000
„ Porzellan 2c. Waaren	„	6,580,000
„ Glaswaaren . . .	„	5,878,000
„ Knopfwaaren . . .	„	3,129,000
„ Papier	„	1,841,000
„ Holzwaaren	„	1,369,000

Der wesentlichste Theil des Imports entfällt bei Eisenwaaren auf Roh- und Brucheisen, sodann auf Stahl in Barren, Stangen und Schienen. Unter den Erzeugnissen der Textilindrien sind alle Artikel vertreten. Bei Lederwaaren überwiegt die Einfuhr des Halbfabrikats. Der riesige Zuckerimport besteht in der Hauptsache aus Rohzucker, welcher indeß nur zu einem geringeren Theile aus Deutschland bezogen sein dürfte.

Wenn wir den obigen Ziffern einige summarische Zahlen aus der deutschen Handelsstatistik entgegenstellen, so ergiebt sich für den Import von Eisenfabrikaten aller Art in Deutschland ein Werth von 70 Millionen Mark, für den Import von Erzeugnissen der Textilindustrie ein solcher von 320 Mill. Mark, gegenüber obigen 120—130 Mill. Doll., für den von Porzellan- und Glaswaaren 13 Mill. Mark gegen 12 Mill. Doll., endlich für den Import von Papier- und Pappwaaren 7 Mill. Mark. Es geht hieraus hervor, daß die Vereinigten Staaten in der That hinsichtlich ihrer industriellen Entwickelung in den meisten Zweigen nicht mehr hinter den wichtigsten europäischen Ländern zurückstehen.

---

*Der bäuerliche Grundbesitz und die Lebens-Versicherung.

Wenn man heutzutage von der sozialen Frage spricht, so denkt man immer in erster Reihe an die Bestrebungen, welche sich für die Verbesserung der Zustände in den sogenannten arbeitenden Klassen und speziell unter den Fabrikarbeitern geltend machen. Es giebt indeß noch eine andere, nicht minder wichtige Richtung der sozialen Frage, die wir zum Unterschiede von jener industriellen die agrarische nennen möchten. Das vornehmste Ziel der letzteren ist, wenn wir von kommunistische Utopien absehen, die allerdings gerade auf diesem Felde sehr üppig gedeihen, die Ausdehnung des mittleren und kleineren Grundbesitzes, die Schaffung und Erhaltung eines, heute leider sehr reduzirten, kreditfähigen Bauernstandes, der mit Recht zu allen Zeiten für die beste Stütze der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung gegolten hat.

Welches die Ursachen gewesen sind, die zur Degeneration unseres Bauernstandes in vielen Gegenden Deutschlands geführt haben, wollen wir hier nicht weiter erörtern; die Degeneration selbst wird allseitig gefühlt und von älteren, wie von neueren Schriftstellern in der Hauptsache auf die in Folge von Erbtheilungen einge-

tretene Zerstückelung und Verschuldung des Grundbesitzes zurückgeführt· Mancherlei Mittel sind nun hiergegen auch bereits in Vorschlag gebracht worden.

Der Sozialökonom Rodbertus hat seine bekannte Rententheorie gegen die Verschuldung des Grundbesitzes ins Feld geführt, andere forderten praktische Hilfe in Darlehns- und Hilfskassen für den Bauernstand, die allerdings kaum für wirksame Palliative gelten können, endlich ist in neuerer Zeit einer unserer hervorragendsten Parlamentarier, Herr von Schorlemer-Alst gar in das Mittelalter zurückgestiegen und hat als bestes Heilmittel das Anerbenrecht für Bauerngüter hervorgeholt, wonach nur immer der älteste Sohn das Intestat-Erbrecht in die liegende Habe des bäuerlichen Erblassers haben soll. Letztere, für den westfälischen Bauernstand gemachte Vorschläge würden allerdings die Erbtheilung und Zerstückelung des bäuerlichen Grundbesitzes wirksam verhindern, aber sie harmoniren doch so wenig mit unserer, allen feudalen Prinzipien abholden Zeit, daß selbst die Regierung in ihrem neuesten diesbezüglichen Gesetzentwurf eine von der des Herrn von Schorlemer-Alst wesentlich abweichende Richtung einschlagen zu müssen geglaubt hat.

Die Existenz eines gesunden Bauernstandes ist indeß zweifellos in erster Linie davon abhängig, daß die Bauerngüter einen zum rationellen Wirthschaftsbetriebe nöthigen und den internationalen Konkurrenz-Verhältnissen gewachsenen Umfang nicht unterschreiten, und daß die Verschuldung derselben nicht seine betriebsstörende Höhe erreicht. Dies kann aber in der Hauptsache wirklich nur durch eine gewisse Beschränkung der Erbtheilung erzielt werden, und eine solche Beschränkung der Erbtheilung des bäuerlichen Grundbesitzes wie sie übrigens heute schon in manchen Gegenden gebräuchlich, ist auch ohne wesentliche Benachtheiligung der vom Grundbesitz ausgeschlossenen Miterben denkbar, wenn sich der Bauernstand die Vortheile einer Institution zu Nutze machen wollte, welche in dieser, wie in allen anderen sozialen Fragen zu thätigster Mitwirkung berufen ist, und schon viele soziale Schäden geheilt und verhütet hat. Wir meinen mit dieser Institution die Lebens-Versicherung.

Es ist in der That unbegreiflich, wie die Lebens-Versicherung in bäuerlichen Kreisen noch nicht größeren Anhang hat gewinnen können, da dieselbe doch eines ihrer Grund-Elemente den Spartrieb gerade im Bauernstande scharf ausgeprägt vorfindet und ihr Nutzen für die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes so auf der Hand liegt, daß es auch für den konservativsten Bauern keiner großen Belehrung darüber bedürfen wird. Der bäuerliche Wirthschaftsbetrieb ist, wie bekannt, durchaus auf Sparsamkeit begründet. Diese Tugend sollte den Bauern nun sicherlich der Lebensversicherung längst in die Arme geführt haben, zumal ihm die Vortheile der Versicherung aus der Feuer-, Vieh- und Hagelversicherung hinlänglich bekannt sein müssen. Die Lebensversicherung giebt den Bauern die Gewähr, daß nach seinem Ableben für seine Kinder ein so großes Kapital zur Verfügung steht, daß eine Theilung des altererbten Familienbesitzes nicht nöthig ist, derselbe vielmehr ohne allzugroße Schädigung der anderen Erben auf den ältesten männlichen Nachkommen übergehen kann. Wem es bekannt ist, wie großen Werth der Bauer darauf legt, seinen Besitz der Familie erhalten zu sehen, der wird mit uns darin übereinstimmen, daß dieser Moment bei nachdrücklicher Hervorhebung auf keinen Bauern seine Wirkung verfehlen kann, insbesondere wenn dabei immer wieder betont wird, daß die eigene Sparsamkeit ohne Benutzung der Lebensversicherung die Erreichung des vorgesetzten Zieles nämlich die Ansammlung eines für die nicht begünstigten Kinder ausstehenden mobilen Vermögens, als sehr unsicher wenn nicht aussichtslos erscheinen läßt.

Die zwei Hauptmomente, welche dem Eindringen der Lebensversicherung in den Bauernstand widerstreben, sind unseres Erachtens eine gewisse Zähigkeit des Bauern in dem Festhalten seiner Ersparnisse und die Sucht nach der Vergrößerung seines ländlichen Besitzes. Wie sich Häuserspekulanten überkaufen und so ruiniren können, so ist auch der Landwirth, welcher seine Liegenschaften über seine Kräfte vergrößert, dem Ruin leicht ausgesetzt, sicher aber fallen seine Nachkommen demselben anheim, wenn das Gut in der Familie bleiben und doch eine

annähernd gleiche Erbtheilung stattfinden soll. Es ist kein Geheimniß, daß eine der Hauptursachen der Kalamität in der Landwirthschaft in dem Mißverhältniß der Anlage- und Betriebs-Kapitalien der Besitzer zum Werthe der Grundstücke liegt. Dieses Mißverhältniß muß möglichst beseitigt werden, ehe bessere Zustände eintreten können, und wir möchten wohl wünschen, daß seitens der Behörden und anderer maßgebender Kreise auf die Lebensversicherung als auf eines der wirksamsten Mittel, dieses Ziel zu erreichen, hingewiesen würde.

Der deutsche Waarenhandel im Jahre 1881.

Die Gestaltung des deutschen Ausfuhrhandels im vergangenen Jahre ist sowohl im Reichstage, wie neuerdings auch im Abgeordnetenhause wieder Gegenstand so weitläufiger Erörterungen gewesen, daß es überflüssig erscheinen könnte, in dieser Sache Weiteres vorzubringen. Indeß sind soeben seitens des statistischen Amtes die mit Dezember nunmehr abschließenden Handelsausweise für 1881 veröffentlicht worden und da dürfte es doch angebracht sein, uns die Hauptergebnisse des deutschen Außenhandels im vergangenen Jahre noch einmal zu vergegenwärtigen, denn erst jetzt sind wir im Stande, auf Grund vollständigen Materials die kommerzielle Bewegung des ganzen verflossenen Jahres zu beurtheilen.

Wenn nun die Gestaltung des Außenhandels völlig maßgebend wäre für die geschäftliche Lage eines Landes, so könnten wir mit dem Jahre 1881 sehr zufrieden sein. Auf allen Gebieten gewerblicher Thätigkeit zeigt sich eine durch Steigerung der Einfuhr von Rohstoffen dokumentirte Erweiterung der Produktion, und die gleichzeitige Vermehrung des Exports von Fabrikaten läßt erkennen, daß unsere Gewerbe wenigstens auf den ausländischen Märkten im vergangenen Jahre flotten Absatz gefunden haben. Ob gleichzeitig auch der innere Markt an Konsumtionskraft gewonnen hat, läßt sich aus den Handelsausweisen allein allerdings nicht beurtheilen, aber der fast durchweg eingetretene Rückgang der Einfuhr in den

wichtigsten Erzeugnissen giebt die Gewähr, daß jedenfalls die ausländische Konkurrenz wieder ein gut Stück weiter vom deutschen Markte verdrängt worden ist. Daß wir dies lediglich der Zollreform des Jahres 1879 zu verdanken haben, wird von Niemand bestritten werden können, zumal aus den meisten gewerblichen Kreisen Berichte über eine erfreuliche Steigerung des Absatzes auch auf dem inneren Markte vorliegen und unter diesen Verhältnissen die ausländische Konkurrenz von Rechts wegen nicht hätte nachlassen, sondern weiter erstarken müssen.

Wenden wir uns nun zu den einzelnen Gewerbszweigen, so ist es allseitig bekannt, daß die Eisenindustrie im vergangenen Jahre wesentliche Fortschritte zum Besseren gemacht hat. Die Einfuhr fremder Eisenfabrike ist gegen das Vorjahr, wenn wir von Roheisen absehen, wieder ein wenig zurückgegangen und zeigt jetzt nur noch minimale Ziffern, die gegenüber der fortgesetzt steigenden Ausfuhr gar nicht in Betracht kommen können. In Roheisen hat diesmal wieder die Ausfuhr den Import um nahe an tausend Tonnen überstiegen. Abgesehen hiervon haben die bedeutendsten Exporte in Schienen, Draht, Schmiedeeisen und groben Eisenwaaren stattgefunden; auch in feinen Eisenwaaren ist jedoch trotz der angeblichen Gefährdung der Kleineisenindustrie durch den Zolltarif eine Vermehrung der Ausfuhr nachgewiesen. Für die Textilindustrie ist zunächst zu konstatiren, daß die Einfuhr von Rohstoffen gegen das Vorjahr in allen Branchen beträchtlich zugenommen hat und somit auf eine entsprechende Steigerung der Produktion zu schließen ist. Bei Baumwolle beträgt der rechnungsmäßige Mehrverbrauch 5000 Tonnen, bei Flachs und Hanf 8000 Tonnen, bei Jute 1100 Tonnen, bei Seide 3000 D.-Ctr., bei Wolle 11,000 Tonnen. Allerdings ist hierbei der Ausfall der heimischen Produktion in Flachs, Hanf und Wolle nicht berücksichtigt, doch dürfte auch trotz der vermeintlichen Verminderung derselben in 1881 ein Mehrverbrauch dieser Rohstoffe stattgefunden haben. Die Garne zeigen im Allgemeinen eine Steigerung der Einfuhr und einen Rückgang der Ausfuhr. Wenn dies auch an und für sich nicht bedauernswerth ist, da hieraus nur folgen kann, daß der innere Markt wie-

der mehr Textil-Fabrikate konsumirt, als früher, so wird doch nicht zu bezweifeln sein, daß die Zollreform des Jahres 1879 gerade hinsichtlich der Garne nicht ausreichend gewesen ist. In Geweben ist die Einfuhr im Allgemeinen hinter dem Vorjahre zurückgeblieben, während der Export fast durchgängig eine wesentliche Zunahme aufweist. Ausgenommen ist hierrin jedoch immer die Leinenindustrie, wo bekanntlich in Folge der unauskömmlichen Eingangszölle die Einfuhr von Monat zu Monat steigt und die Ausfuhr in ähnlichem Verhältniß zurückgeht.

Eine sehr erfreuliche Entwickelung haben nach den Handelsausweisen die chemischen Industrien genommen. Der Export ihrer werthvollsten Fabrikate ist fortdauernd im Steigen begriffen. Wir erwähnen als die bedeutsamsten Anilin- und andere Theerfarben, Chlorkalium, Knochenkohle, Weinsteinsäure, Schwefelsäure, Superphosphate, Bleiweiß, Zündhölzer, Alaun ꝛc., in allen diesen Produkten beträgt die Exportsteigerung 20 und mehr Procent.

Aehnliche Ergebnisse lassen sich von der Glasindustrie, der Papierindustrie und der Thonindustrie berichten. Ueberall bei wenn auch mäßigem Rückgange der Einfuhr eine entschiedene Steigerung des Exports, die hin und wieder 50 und mehr Procent erreicht. Auch die anderen Metallindustrien, die Kupfer-, die Blei- und die Zinkindustrie zeigen gleiche Resultate; und in der Lederindustrie ist neben größerer Exportsteigerung in Portefeuille- und feinen Lederwaaren, eine starke Zunahme des Imports namentlich in Halbfabrikaten zu constatiren, auch mit eine Folge davon, daß man den Zoll auf Sohl- und anderes Leder zu gering bemessen hat.

Was schließlich die Land- und Forstwirthschaft anlangt, so gewähren die Handelsausweise hierin kein ganz so günstiges Bild. Der Getreideimport hat sich zwar im Ganzen in den Grenzen des Vorjahres gehalten und ist sogar in Roggen glücklicherweise beträchtlich zurückgegangen, aber gleichzeitig hat auch die Kartoffelausfuhr wesentlich nachgelassen und sehr bedenklich ist außerdem der fortgesetzte Rückgang des Mehlexports, dem man über kurz oder lang durch Rückzölle wird aufhelfen

müssen. Bedauernswerth ist auch die Abnahme unserer Holzausfuhr bei steigendem Import europäischer Hölzer. Hier dürfte eine Reform der Frachttarife wohl am Platze sein.

Friede ernährt!

Schon mehrmals haben wir an dieser Stelle Gelegenheit genommen darauf hinzuweisen, daß Industrie und Landwirthschaft unter dem Einflusse der gegenwärtigen Wirthschaftspolitik nicht allein äußerlich Hand in Hand zu gehen gelernt, sondern auch angefangen haben sich geistig einander näher zu kommen. Der Industrielle und mit ihm auch der Industrie-Arbeiter sieht nicht mehr gleichgültig auf die Lage des Gutsbesitzers und Bauers, und der letztere steht der Industrie nicht mehr abgeneigt und mißtrauisch gegenüber; sie haben beide gelernt, daß sie einander bedürfen, und daß ein gedeihendes Staatswesen des Einen sowenig wie des Anderen entrathen kann. Das ist doch gewiß ein nicht gering anzuschlagender Fortschritt, sowohl für unser soziales und politisches Leben wie auch für eine gesunde Auffassung wirthschaftlicher Fragen, und wir zweifeln keinen Augenblick, daß auch ganz reelle Vortheile nicht ausbleiben werden wenn zwei so wichtige Berufsklassen in eine lebendigere, verständnißvollere Wechselwirkung zu einander treten. Aber wir glauben, daß das nämliche Verhältniß noch nach vielen anderen Seiten hin zum Ausdruck kommt, und daß demgemäß die jetzige Wirthschaftspolitik auf einer Menge von Gebieten die widerstreitenden oder gleichgültig neben einander stehenden Interessen sich näher gebracht hat.

Eine auf gesunde Grundlage gestellte Groß-Industrie hat nicht das mindeste Interesse daran, den Bestrebungen des Handwerkerstandes zur Wiedergewinnung seiner Organisationen feindlich gegenüberzustehen; im Gegentheil, sie muß sich sagen, daß auch ihr in doppelter Hinsicht ein Gelingen dieser Bestrebungen erwünscht sein muß: einmal, weil nach allen Erfahrungen nur auf

diese Weise ein in sich geschlossener Handwerkerstand bewahrt und dadurch eine breite, widerstandsfähige soziale Schicht zwischen den Groß-Industriellen und den Arbeitern erhalten bleiben kann, und sodann, weil die Groß-Industrie selbst das Nachlassen der Qualität und Leistungsfähigkeit unseres Handwerkerstandes auf's Schwerste empfindet. Ohne Zweifel werden die meisten Groß-Industriellen gewisse Zielpunkte der gegenwärtigen Handwerker-Bewegung für zu weit gehend, für unerreichbar, selbst für thöricht und prinzipiell verwerflich halten; aber Nichts nöthigt sie, sich in diese wesentlich das Handwerk selbst betreffenden Fragen einzumischen, und im Allgemeinen können sie jedenfalls der Handwerker-Bewegung die vollste Sympathie entgegentragen. Das war früher anders. Die frühere Wirthschaftspolitik mußte sich dieser Bewegung gegenüber abgeneigt verhalten, sie mußte eine Zerreibung des Handwerkerstandes und eine Auflösung desselben in kleine Industrielle, Arbeiter, Flickhandwerker, Händler, abhängige Halbmeister u. dergl. wünschen und erstreben, und in diesem Sinne auch fortwährend einen Gegensatz zwischen Groß- und Kleingewerbe betonen. Die Folge war, gerade wie oben, gegenseitige Verständnißlosigkeit und gegenseitige Abneigung. Was ist dabei herausgekommen? Ein kolossales Anwachsen der Sozialdemokratie, auf Kosten gerade des gewerblichen Mittelstandes. Der Segen, das Groß- und Kleingewerbe jetzt wieder einander näher rücken und gegenseitig erkennen wie sehr Eins auf das Andere angewiesen ist, kann kaum zu hoch veranschlagt werden.

Da hat man früher viel Wesens daraus gemacht, daß in gewissen Zweigen der Industrie ein Gegensatz der Interessen besteht, z. B. derjenige des Spinners gegen den Weber, des Kleineisen-Fabrikanten gegen den Eisenproduzenten u. s. w. Es ist doch gewiß bemerkenswerth, daß auch diese Gegensätze sich unter der Herrschaft der neuen Wirthschaftspolitik eher abgeschwächt als verstärkt haben. Allerdings sind sie bis zu einem gewissen Punkt noch immer vorhanden und werden stets vorhanden sein, aber die Verständigung hat doch Fortschritte gemacht, während früher das Gegentheil stattfand.

Daß seither eine tiefe Kluft zwischen dem Kaufmann (und zwar vor Allem gerade dem Weltkaufmann) und dem deutschen Industriellen gähnte, ist eine unbestreitbare Thatsache; das bloße Bestehen der Hansestädte bildet einen hinlänglichen Beweis für dieselbe. Nun, und jetzt haben wir es erlebt, daß die stolzen hamburgischen Kaufherren selbst eingestehen mußten die deutsche Industrie über Gebühr vernachlässigt zu haben, und das Versprechen gaben das Versäumte nachholen zu wollen. Sind das keine Annäherungen der berufensten Vertreter zweier Stände, die bis dahin Antagonisten waren? Friede ernährt — die jetzige Wirthschaftspolitik aber fördert den Frieden zwischen den verschiedensten Klassen der Bevölkerung, und ist darum der Träger eines der erfreulichsten Fortschritte die überhaupt gemacht werden können.

Der Reichskanzler und die Börse.

Wer sich der wahrhaft souveränen „wissenschaftlichen Verachtung" erinnert, mit welcher noch vor ganz kurzer Zeit in manchesterlichen Kreisen jede Andeutung eines gesetzlichen Verbots des Börsenspiels als „unter aller Kritik stehend" abgethan wurde, der muß über die geringe „wissenschaftliche Entrüstung" staunen, welche sich gegenwärtig angesichts der Meldung offenbart, daß der Reichskanzler mit hochstehenden Juristen über eine gesetzliche Beschränkung des Börsenspiels conferirt habe. In der That, die Todten reiten schnell und die Gespenster halten keinem beherzten Manne stand.

Was uns betrifft, so haben wir eine solche Initiative des Reichskanzlers längst als eine logische Consequenz seiner neuen Wirthschafts- und Sozialpolitik erwartet. Denn nichts in der Welt enthält wohl einen lächerlicheren Widerspruch, als er besteht zwischen den heroischen Anstrengungen des Königs von Preußen, Wirthschaftskrisen, Massenverarmungen und sozialrevolutionäre Zuckungen zu verhüten, und der souveränen Machtvollkommenheit der modernen Börsenkönige, Wirthschafts-

krisen, Industrielähmungen und Massenverarmungen jeden Augenblick künstlich zu erzeugen. Bei der Unvollkommenheit aller menschlichen Dinge ist schon mancher Heros verdammt gewesen, den Stein des Sisyphus zu wälzen, aber niemals meldete die Sage, daß sich ein Held freiwillig zu dieser Rolle verstand; was sonst tragisch ist, würde in diesem Falle komisch sein und der Held zum Harlekin herabsinken. Da wir den Fürsten Bismarck nicht in dem Verdacht haben, sich als Wirthschafts- und Sozialreformer von der Börse mit einer Narrenkappe weltgeschichtlich zieren zu lassen, so warteten wir längst auf den Augenblick, wo er mit eiserner Faust nach diesem ihm zugemutheten Kopfschmuck greifen und sie mit dem Resultat der Verscheuchung den Kobolden der Börse ins Gesicht schleudern werde. Der alles Maß übersteigende Bontoux-Schwindel hat dem Reichskanzler die äußere Veranlaßung endlich geliefert.

Das Börsenspiel stand und steht mit der Wirthschafts- und Sozialreform in feinlichem Widerspruch, und zwar moralisch und wirthschaftlich. Moralisch insofern, als es die Grundlage jedes wirthschaftlichen und sozialen Gedeihens, nämlich die Freude an ehrlicher, produktiver Arbeit, vergiftet, und einen Erwerbs- und Glückseligkeits-Maßstab erzeugt, welcher bei seiner epidemischen Beschaffenheit die staatliche Gesellschaft auf der einen Seite nothwendig in einen permanenten Krankheitsheerd der Geldgier, der Narrheit, des Wahnsinns, Selbstmordes und der sittlichen und sozialen Auflösung, und auf der andern Seite in einen permanenten Krankheitsheerd des Neides, der Verachtung und der nihilistischen Vernichtungswuth verwandeln muß.

Geschäftlich steht das Börsenspiel insofern mit der neuen Wirthschafts- und Sozialreform in Widerspruch, als es die Kapitalien, Intelligenzen und Leidenschaften von dem allein berechtigten Gebiete der gemeinnützigen Unternehmungen und Beschäftigungs-Erzeugungen für die täglich wechselnde Menge unserer Hand- und Kopfarbeiter ablenkt, so daß für die nützlichsten Werke keine Kapitalien zu haben sind, weil sie im Börsensport engagirt wurden, ja weil die leitenden Männer der Börse nicht einmal mehr die Zeit und die Gemüths-

stimmung haben, sich in einen ihnen vorgelegten industriellen Plan zu vertiefen. Sehr beweiskräftig trat uns diese Sachlage kürzlich in dem Gespräche mit einem deutschen Ingenieur und Patent-Inhaber entgegen. Der Mann hat einen sogenannten Deflector (Schornstein-Aufsatz) konstruirt und patentirt erhalten. Er besitzt zahlreiche Atteste und Anerkennungsbriefe von königlichen Baubehörden und Privat-Bauunternehmern, welche bescheinigen, daß sein Deflector einem lang gefühlten Bedürfniß Abhülfe schaffe. Es laufen soviel Bestellungen ein, daß der Mann nicht wagen darf, seinen Artikel öffentlich anzubieten, weil er wegen Mangel an Kapital nicht auf massenhafte Effektuirung eingerichtet ist. Die Kapitalisten leihen ihm ihr Ohr nicht, weil die einen an der Börse engagirt und die andern durch den Börsenschwindel gegen jede industrielle Unternehmung eingenommen sind.

Wie will es aber Fürst Bismarck anfangen, Arbeit und Brod für die wachsende Zahl der deutschen Hand- und Kopfarbeiter zu schaffen, wenn die solidesten Unternehmungen an dem Odium scheitern, welches der Börsenschwindel erzeugt? Wie will der deutsche Reichskanzler für seine Sozialreformen die materielle Unterlage gewinnen, wenn der legitime Unternehmungsgeist erstirbt und die ehrliche Arbeit gemieden wird?

Die Industrie verlangt stabile Verhältnisse, aber die fortwährenden Börsenschwankungen vereiteln jede Stabilität. Die Industrie verlangt williges Kapital, aber die Börse entzieht es der Industrie. Die Industrie verlangt zuverlässigen Bankkredit und niedrigen Diskont, die Börse absorbirt die Mittel der Bank für Spielzwecke, sie macht den Bankkredit zu einer Windfahne, die sich täglich dreht, sie macht den Bankkredit unzuverlässig und zu einem Damoklesschwert, sie vertheuert den Bankkredit und erzeugt durch alles dieses zwischen den Schicksalen der ehrlichen Arbeit und den Schicksalen des frivolen Spiels eine Verflechtung, die aller Vernunft, Sittlichkeit und Staatskunst Hohn spricht!

Hat irgend ein denkender Mensch es für möglich gehalten, daß der Reichskanzler, der gemäß seiner Verantwortlichkeit zunächst Betheiligte, von diesen unter allen

Gesichtspunkten unerträglichen Dingen keinerlei Notiz nehmen würde?

Wir hielten das nie für möglich, wohl aber haben wir uns schon lange gewundert, daß die Notiznahme noch nicht in Gestalt positiver Maßregeln ans Tageslicht trat. Herr Bontoux hat den providentiellen Accoucheur gespielt. Dieses unermeßlichen Verdienstes wegen sollen ihm viele „kleine Sünden" verziehen sein!

Eine neue Phase in unseren Exportbestrebungen.

Man wird sich erinnern, daß die vom Centralverein für Handelsgeographie veranlaßte Agitation für die Förderung des deutschen Exports eine erste practische Bethätigung in der Gründung großer Exportgesellschaften finden sollte und daß namentlich in Leipzig diese Idee von den interessirten Kreisen mit großem Eifer aufgenommen und ventilirt worden ist. Wir wissen auch, daß diese Idee, so viel Bestechendes sie an sich hat, trotz energischer Befürwortung gewisser Kreise bisher nicht durchzudringen vermochte, da die in Aussicht genommene Organisation dieser Exportgesellschaften in industriellen Kreisen schwerwiegenden Bedenken begegnete. Es haben sich inzwischen zwar Exportgesellschaften in Köln und an der Donau, insbesondere zur Exploitirung des Orients gebildet, aber dieselben verfolgen mit einer anderen Organisation wesentlich andere Ziele als die oben erwähnten Gesellschaften; für letztere scheint bisher keine Aussicht auf practische Thätigkeit vorhanden zu sein.

Unter diesen Verhältnissen erscheint der Versuch der Stuttgarter Handelskammer, durch die Einrichtung eines Exportmusterlagers die Exportbestrebungen der Württembergischen Industriellen auf genossenschaftlicher Grundlage zu vereinigen, der höchsten Beachtung würdig. Die Leipziger Agitation verfehlte ihren Eindruck auf die Industriellen, weil jene Exportgesellschaften ihrer ganzen Organisation nach den Industriellen von seinem ausländischen Abnehmer trennen wollten. Dies ist bei dem Exportmusterlager nicht zu befürchten. Der Hauptzweck ist

zunächst gar kein activer, es soll nicht ausländische Kundschaft mit vielen Kosten aufgesucht und acquirirt werden, sondern man will nur den ausländischen Käufern Gelegenheit geben, mit leichter Mühe einen Ueberblick über die Erzeugnisse des Landes zu gewinnen. Ohne besondere Kosten für die Industriellen und ohne ihren selbstständigen Exportbestrebungen zu nahe zu treten, wird dieses Institut aber doch die Industriellen daran gewöhnen, die Exportagitation als eine gemeinsame Sache aufzufassen und wir glauben zuversichtlich, daß in nicht zu ferner Zeit das einfache Exportmusterlager sich in einen Exportverein erweitern wird, der auch activ für die Verbreitung deutscher Industrie-Erzeugnisse thätig ist.

Daß in dieser Richtung große Erfolge für die deutsche Industrie zu erzielen sind, zeigt das Beispiel des österreichischen Export-Vereins, welcher neuerdingt in Java ein bedeutendes Absatzgebiet für österreichische Fabrikate gewonnen hat.

Vor 3 Jahren trat ein Herr M. Broch, welcher schon seit 8 Jahren in Java gelebt hatte, an diesen Export-Verein mit dem Plane heran, als Agent österreichischer Firmen in dem mächtig aufblühenden Suroboya auf Java aufzutreten. Er fand von Seiten des Präsidenten des Vereines, Herrn Wilhelm, das vollste Entgegenkommen, und auf dessen Aufforderung wurden von den hervorragendsten Industriellen Probesendungen im beiläufigen Werthe von 35,000 fl. zusammengestellt, welche über Amsterdam gesendet werden mußten, da damals eine Verbindung von Triest aus nicht existirte. Die Abwicklung ging so rasch und zu so großer Zufriedenheit aller Betheiligten von Statten, daß Herr Broch, als er wieder nach Europa kam, mit offenen Armen empfangen wurde. Es kam rasch eine neue Aussendung im Werthe von beiläufig 150,000 fl. zusammen, und nun trat der Exportverein an den Lloyd mit der Bitte heran, die Verfrachtung von Triest bis Suroboya zu übernehmen. Der Lloyd kam bereitwilligst entgegen und machte in der Fracht solche Konzessionen, daß er wohl an dem Geschäfte Verlust gehabt haben dürfte. Die Entwicklung einer so großen Menge österreichischer Fabrikate machte auf Java eine geradezu sensa-

tionelle Wirkung. Man konnte es kaum glauben, daß von einem Lande, welches man bisher dort kaum dem Namen nach gekannt hatte, die Produkte einer so sehr entwickelten Industrie kämen, welche nach Qualität und Wesen mit allen Industriestaaten in die Schranken traten.

Aehnliches kann und wird auch von deutschen Industriellen erzielt werden, wenn dieselben allgemein zu der Einsicht gelangt sind, daß in Export-Angelegenheiten ein gemeinsames Vorgehen größere Gewähr bietet, als das vom Konkurrenzneid eingegebene Operiren auf eigene Faust. Diese Einsicht wird aber wesentlich gefördert durch die Einrichtung von Export-Musterlagern und deshalb möchten wir dem Stuttgarter Vorgehen recht zahlreiche Nachfolge wünschen.

Inhalts-Verzeichniss.

I. Zur Bank-, Münz- und Währungsfrage.

II. Colonial-Politik.

III. Handelspolitische Aufsätze.

IV. Statistik.

V. Vereinswesen.

VI. Versicherungswesen.

VII. Zeitreflexe.


Schalk

VERZEICHNISS

besonders empfehlenswerther Grossfirmen für alle Industriezweige.

Preis für eine Zeile 5 Mark (für jede weitere Zeile 3 Mark) bei 12maliger Insertion durch ein ganzes Jahr.

Eisen- und Maschinen-Branche.

Rheinische Röhrendampfkesselfabrik A. Büttner & Co., Uerdingen a. Rh. Unexplodirbare Dampfkessel, verbesserte Root'sche Construction. Patent Büttner,

Ludw. Loewe & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 32. Werkzeugmaschinen - Bau nach Amerikanischem System. Massenfabrikation von Waffen, Waffentheilen und Munition. Fabrikation unexplodirbarer Dampfkessel.

Eisenbahn-Betriebs-Material.

Locomotivfabrik Krauss & Co., München. Locomotiven für Haupt- und secundäre Bahnen, sowie Bau-Unternehmungen nach dem vorzüglich bewährten System Kraus.

Diverse.

Otto Hiller, Berlin C., Neue Friedrichsstr. 18/19. Alleinige Fabrik der Hiller'schen Masticdachpappen und des Hiller'schen Mastic (präparirter Dachtheer.) Dachdeckungsgeschäft (auch Reparaturarbeiten.)

G. F. Grosser in Markersdorf bei Burgstädt in Sachsen Fabrik der vollkommensten Strickmaschinen der Neuzeit. Mustersortiments zur Ansicht.

Die wissenschaftliche Unterstützung des Beamten-Gehorsams.

So große Verwunderung der über die Beamtentreue unterm 4. Januar d. J. ergangene Erlaß des Königs auch in liberalen Blättern erregt und so groß auch die neue sittliche Entrüstung ist, welche sich dieses Erlasses wegen in der fortschrittlichen Presse gegen den Fürsten Bismarck als verantwortlichen Gegenzeichner richtet, so wenig Veranlassung ist doch sowohl zur Verwunderung als Entrüstung vorhanden, weil dieser landesväterliche Erlaß des Königs von Preußen weiter nichts ist, als die naturnothwendige Konsequenz der landesväterlichen Kaiserbotschaft vom 17. November 1881.

Ein deutscher Kaiser wäre doch eine armselige Figur in Deutschland, in Europa und vor allen Dingen in der Geschichte, der, wie im ersten Akt eines Theaterstücks, irgend eine große That ankündigen, die Vollbringung aber im Getöse des Geredes vergessen und im fünften Akt sterben wollte, wie jeder andere Sterbliche, ohne daß es zu der großen That kam.

Die landesväterliche Kaiserbotschaft vom 17. November 1881 war die weltgeschichtliche Proklamation einer sozialreformatorischen Kaiser-Politik. Es war eine förmliche Kriegserklärung gerichtet gegen das manchesterliche Gehenlassen. Ließ sich nun von Kaiser Wilhelm und seinem Kanzler Bismarck erwarten, daß der angekündigten That nicht auch die vollbrachte That, der Kriegserklärung nicht auch die Schlacht oder doch wenigstens die Vorbereitung zur Schlacht, die Reorganisation und bessere Disziplinirung der Beamten-Truppe folgen werde? Oder glauben die Gegner des neuen Kaiser-

sozialismus etwa, Kaiser und Kanzler würden der Rechthaberei ihrer Widersacher den Gefallen thun, das von ihnen gezeichnete Zerrbild dieser neuen vaterländischen Sozialpolitik zu acceptiren, damit eine monarchische Vogelscheuche entstehe und in allen Völkern eine brennende Sehnsucht nach dem sozialen Republikanismus Gambetta's emporlodere? Hat das Manchesterthum wirklich die Kindlichkeit besessen, die zwei Männer an der Spitze des Reichs für europäische Siebenschläfer zu halten, die von der in Deutschland neu entbrannten Debatte über „Monarchie und Republik" kein Wort gehört haben? Oder hält man sie für altersschwache Logiker, die sich nichts mehr dabei denken können, wenn die höchst kritischen Fragen erörtert werden:

1) ob die hohenzollersche Monarchie mit dem Parlamentarismus vereinbar ist? und
2) ob sich die republikanische oder die monarchische Staatsform besser zur Durchführung von Sozialreformen eignet?

Was uns betrifft, so sind wir ganz entgegengesetzt davon überzeugt, daß diese keineswegs akademischen Erörterungen in der Nähe des Thrones nicht nur vernommen, sondern auch der praktischen Regierungspolitik assimilirt werden. Aus diesem Grunde hat uns weder die Kaiserbotschaft vom 17. November 1881, noch der Königserlaß vom 4. Januar 1882 im geringsten überrascht, vielmehr haben wir beide Staatsakte erwartet, ja wir erwarten deren noch weitere.

Auch die Manchesterpartei hätte sich schon längst auf diesen Standpunkt der „Erwartungen" stellen dürfen, und zwar nicht erst seit dem 17. November, sondern schon von dem Tage an, als sich Kaiser Wilhelm in verschiedenen Staatsakten zu der neuen Wirthschaftspolitik Bismarcks und den Consequenzen derselben bekannte. Denn nur noch in der Comödie halten die Könige heutzutage Monologe, welche, im ersten Akt gesprochen, im fünften von ihnen und dem Publikum vergessen sind. Nahmen die Gegner der Bismarckischen Wirthschaftspolitik die kaiserlichen Zustimmungen früher auch noch nicht tragisch, vom Tage der Kaiserbotschaft ab hätte sich dieser Ernst jedenfalls einstellen sollen,

weil diese Botschaft das sozialreformatorische Testament des ersten deutschen Kaisers aus dem hohenzollernschen Hause und deßhalb der sozial-reformatorische Staats-Codex aller folgenden Kaiser ist. Kaiser Wilhelm sprach am 17. November ein Kaiserwort aus, welches, einmal ausgesprochen, die Bedeutung einer Kaiserthat hat. Die Konsequenzen dieses Wortes erstrecken sich auf den ganzen Staatskörper, vor allen Dingen aber auf die gesammten amtlichen Organe des Staatswesens. Denn ein sozialreformatorischer Kaiser mit einem manchesterlichen Beamtenheere hätte Aehnlichkeit mit einem deutschen Soldatenheere, an dessen Spitze zwar Moltke stände, dessen Offiziere aber Franzosen und Türken wären. Das soziale Königthum erfordert ein Beamtenheer, welches ganz in der monarchischen Repräsentation der sozialen Idee dieses Königthums, d. h. in der Idee der activen Landesväterlichkeit aufgeht. Vorbilder für ein solches Beamtenthum sind zahlreich vorhanden, und zwar nicht etwa blos unter der Zahl sogenannter conservativer, sondern auch unter der Zahl sogenannter liberaler Staatsdiener, von denen hier nur der Minister von Stein und der alte Oberpräsident von Vincke genannt sein sollen. An solche Repräsentanten des sozialen Königthums denken wir, wenn wir von dem gesammten Beamtenthum die monarchische Vertretung der aktiven Landesväterlichkeit im Gegensatz zum manchesterlichen Gehenlassen als absolutes Erforderniß der sozialreformatorischen Kaiser-Politik, als organisatorische und organische Voraussetzung des monarchischen Siegs im sozialreformatorischen Concurrenzkampfe zwischen Monarchie und Republick verlangen.

Dieser Konkurrenzkampf besteht nicht nur in der Theorie, sondern er besteht in der Praxis; er ist die eigentliche Pulsader der Regierungskunst des 19. Jahrhunderts. Gambetta ist sich dieses Sachverhältnisses vollkommen bewußt. Auch in England kennt man es genau. Disraeli handelte darnach nicht weniger als Gladstone. Die große Emancipationsmaßregel des verstorbenen Zaren war eine bewußte Kampfmaßregel der sozialen Monarchie gegen die herankommende soziale

Revolution, wie auch der Nihilismus bloß die Antwort, d. h. das Mißtrauensvotum ist, auf die Unzulänglichkeit jener fast nur äußerlich durchgeführten Kaiserthat. In Spanien und Italien liegt eine mächtig organisirte Republikanerpartei im Hinterhalt, um die im sozialreformatorischen Konkurrenzkampf zu schwach befundene Monarchie zu günstiger Stunde vom Throne zu stürzen. Dabei bestehen diese Republikaner und Revolutionäre keineswegs aus dem moralischen Abschaum der Menschheit, sondern neben diesem häufig aus den idealsten, d. h. denjenigen Elementen, welche sich in blasirter Zeit noch den reichlichsten Fond an Begeisterungs- und Aufopferungsfähigkeit bewahrten.

Auch von dieser Thatsache ist unser Kaiser und sein Kanzler vollkommen unterrichtet; schon die Nähe eines Bucher verbürgt in dieser maßgebenden Hinsicht die erforderliche Kenntniß. Welche Konsequenzen quillen nun aus einer solchen Lage der Dinge? Auf die „monarchische Treue" der Unterthanen, als auf ein unzerstörbares „Erbtheil der Väter" verlassen sich unsere Staatslenker nicht; sie wissen, daß von diesem Erbtheil mehr als von jedem anderen gilt: „erwirb es, um es zu besitzen." Die von der Frankfurter Zeitung mit löblicher Offenheit ausgesprochene Behauptung, daß die preußische Monarchie mit der parlamentarischen Regierung unvereinbar sei, enthält eine Wahrheit, welche unsere ganze Situation beherrscht und wie eine Naturkraft nicht unterdrückbar ist. Die Völker verlangen eine Regierung der sozialreformatorischen That. Alles Andere ist ihnen schließlich gleichgültig. Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck wissen das und handeln demgemäß. Des parlamentarischen Gerede sind sie ebenso müde wie die Bevölkerung; sie weisen die parlamentarische Regierung zurück, gleichzeitig aber übernehmen sie die Bürgschaft für die Verwirklichung des sozialen Königsthums, für die sozialreformatorische Kaiserthat, und verlangen zu diesem Zweck, daß sich jeder Staatsbeamte in einen monarchischen Repräsentanten der activen Landesväterlichkeit verwandelt.

Eine Unterdrückung der Manneswürde setzt diese Verwandlung ebensowenig voraus, wie eine solche im Sol-

daten, im Offizier und General eintritt, indem er sich in heute allgemein überzeugter Weise zum Werkzeug der äußern Landesvertheidigung macht. Die Sozial- und Wirthschaftsreform gehört zur inneren Landesvertheidigung; sie ist dem Vaterland ebenso unentbehrlich wie die äußere, denn die Sozialrevolution ist kein bloß eingebildeter Feind. Beide, sowohl der äußere wie der innere Feind, erfordern eine disciplinirte Armee, wenn Sieg und Ehre, statt Niederlage nnd Schande der Mühe Preis sein soll.

Das ist das Licht, in welchem uns der königliche Erlaß und das Verhältniß derselben zur neuen Wirthschaftspolitik erscheint.

Der Erlaß des Königs und die neue Wirthschaftspolitik.

Als die „Norddeutsche Allgemeine-Zeitung" in ihrer Abendausgabe vom 24. Januar über die sensationellen Vorgänge im Reichstage bei Erörterung des Beamten-Gehorsams Bericht erstattete, hatte sie den glücklichen Takt, an leitender Stelle einen Artikel über den „Erlaß des Königs und die neue Wirthschaftspolitik" als „bemerkenswerth" abzudrucken, welcher den geforderten Beamten-Gehorsam unter höheren und solchen Gesichtspunkten beleuchtet, daß jeder Beamte von Bildung und Selbstachtung diesen Gehorsam nicht als eine mechanische Pflicht, sondern als eine individuelle und sittliche Lust üben kann. Die Nordd. Allg.-Ztg. fühlte offenbar, daß die mechanische Disciplin den Anforderungen der Lage nicht gerecht wird, und daß die Aufregung und Ablehnung, welche der offenbar vielfach mißverstandene Königserlaß in liberalen Kreisen gefunden hat, ein gewisses sittliches und wissenschaftliches Etwas in der Brust der Beamten berührt, welches anders behandelt werden muß, als der rohe Rekrut auf dem Exercierplatz.

Diese, aus einer höheren Auffassung resultirende „andere Behandlung" findet in dem von der „Nordd. Allg.-Ztg." als „bemerkenswerth" reproduzirten und

dadurch offiziell adoptirten Artikel eine nähere Beleuchtung und Exemplifikation. Die Widersacher des „Beamten-Gehorsams" können daraus die Belehrung und Beruhigung schöpfen, daß der Manneswürde des Beamten nicht nur keine kränkende Zumuthung, sondern umgekehrt eine Gelegenheit zu rühmlicher Bewährung und Steigerung bereitet wird. Oder wird die Männerwürde der Staatsdiener etwa nicht erhöht, wenn sie sich voll begeisterten Gehorsams in den Dienst der landesväterlichen Wirthschafts- und Sozialreform stellen und jeder in seinem Kreise ein Repräsentant der aktiven Landesväterlichkeit und ein Organ der sozialen Kaiser-Politik wird, wie die leuchtenden Vorbilder des Beamtenthums, der Freiherr v. Stein und der Oberpräsident v. Vincke, zu ihrer Zeit Repräsentanten der aktiven Landesväterlichkeit waren?

Freilich sind die Aufgaben, die Mittel und Wege heute weniger einfach, als sie es damals waren. Deßhalb genügt ein bloßer Apell an „die sittliche Pflicht des Beamtengehorsams" in keiner Weise; viel wichtiger als ein solcher ist ein Appell an die aufklärende, pfadfindende Wissenschaft.

„Es ist ein Gesetz der Geister und Gespenster,
Wo sie hineingeschlüpft, da müssen sie hinaus."
(Goethe.)

Die jetzige Widersacherei gegen die heutige Wirthschafts- und Sozialpolitik der Regierung ist wissenschaftlichen Ursprungs, weßhalb auch das Kurmittel nur ein wissenschaftliches sein kann. Seither war unsern Gebildeten, also auch unsern Beamten, Adam Smith und seine Schule der Stern, dem sie in wissenschaftlicher Ueberzeugung folgten. Seit länger als 50 Jahren besitzt Deutschland zwar als nationalwirthschaftlichen Leitstern einen eigenen Nationalökonomen, Friedrich List, jedoch die Deutschen kennen ihn nicht, noch weniger benutzten sie ihn seit 50 Jahren als ihren staats- und volkswirthschaftlichen Führer, obwohl er ein Genie ersten Ranges ist, was jedoch der große amerikanische Nationalökonom Carey entdecken mußte. Seit Beginn der schutzzöllnerischen Campagne (1876) wurde Friedrich List in Deutschland zwar wieder ausgegraben

und als wissenschaftlicher Sturmbock gegen den Freihandel „benutzt". Nachdem er als solcher seine Schuldigkeit gethan, ist er wieder in die Rumpelkammer der Vergessenheit gewandert. Und doch enthalten die Schriften Friedrich List's außer dem Schutzzoll Ideen, Winke und Pfadzeigungen, welche nicht nur den damaligen Bedürfnissen, sondern zur Schande und zum Unglück Deutschlands auch den heutigen Bedürfnissen unseres Vaterlandes in so verblüffender Weise entsprechen, als habe F. List seine Bücher nicht vor 50 Jahren, sondern im vorigen Jahre geschrieben.

In den Werken unseres genannten Nationalökonomen steht alles, was unsere gebildeten Klassen, also auch unsere Staatsdiener, nöthig haben, um die neue Wirthschafts- und Sozialpolitik nicht in mechanischer, sondern in begeisterter Anhängerschaft fördern zu können.

Von dieser in Deutschland scheinbar unbekannten Thatsache ausgehend, ist unter dem Namen „List-Club" eine nationalwirthschaftliche und sozialreformatorische Propaganda ins Leben gerufen worden, welche in den wissenschaftlichen Ueberzeugungen unseres Volkes, also auch der Staatsdiener, die unerläßliche Voraussetzung einer begeisterten Gefolgschaft für eine nationalwirthschaftliche und sozialreformatorische Regierungspolitik schaffen will.

Auch dem Auslande will der „List-Club" den Beweis liefern, daß die Weissagung des großen amerikanischen Nationalökonomen Carey: „es werde das deutsche Europa das wahre Denkmal Friedrich List's sein", anfängt, im Vaterlande des zu Lebzeiten verkannten Mannes eine angemessene Beachtung zu finden.

Was die speziellen Winke und Leitsterne betrifft, welche in den Werken List's für das deutsche Volk enthalten sind, so eignet sich der List-Club die nachfolgenden als Specialpunkte seines Programms an:

Die Wissenschaft muß in's Leben eingeführt werden.
Staatspolizei ist Wohlfahrtspflege.
Die Wichtigkeit der Nahrungsstände.
Die Aufgaben der konstitutionellen Monarchie bestehen in der Vermittelung der demokratischen und aristokratischen Elemente.

Die u.hung des kleinen Mannes durch Beschäftigunge und Unternehmungen.
Die Belebung des deutschen Unternehmungsgeistes.
Das Gleichgewicht zwischen Manufactur- und Agrikulturkraft.
Die Wichtigkeit der Kolonialpolitik für die Industrie.
Die Kolonialpolitik als Hebel der Wirthschafts- und Sozial-Reform.
Keine gewerbliche Beschränkungen ohne Schaffung neuer Beschäftigungs-Gelegenheiten.
Deutschland als europäischer Vermittler.
Die Coalition gegen revolutionäre Tendenzen.
Gegen die Einzel-Auswanderung und für national organisirte Auswanderung.
Die Bildung großer Aktiengesellschaften für überseeischen Landankauf und deutsche Ansiedelung.
Schutz für die wirthschaftlich schwachen Existenzen.

Der List-Club sucht seine Zwecke zu verwirklichen durch Verbreitung geeigneter Schriften, durch Versammlungsvorträge, durch Aussendung von Reiseagitatoren, durch Anregung und Vorbereitung praktischer Organisationen u. s. w.

Die Geldbeisteuer der Vereins-Mitglieder ist auf den Mindestbetrag von 3 Mk. jährlich festgestellt, der in den lokalen Mitgliedschaften in monatlichen Raten von 25 Pf. entrichtet werden kann.

Der List-Club rechnet auf die zahlreiche Theilnahme aller Anhänger der neuen Wirthschafts- und Sozialpolitik. Er bittet dieselben nicht nur um ihren Beitritt, sondern auch um die Einrichtung lokaler Mitgliedschaften.

Zustimmungs-Erklärungen sind an den Vorsitzenden, Professor Dr. H. Contzen zu Berlin, Schellingstr. 16 W., zu richten.

Wenn diese nationalwirthschaftliche und sozialreformatorische Propaganda unter allen Volksklassen Deutschlands die dem Bedürfniß entsprechende Unterstützung findet, so wird nicht nur für den Beamtengehorsam die unerläßliche wissenschaftliche Voraussetzung, sondern für ganz Deutschland die Bürgschaft gegen einen Rückfall in das Manchesterthum, vor allen Dingen aber unserm übervölkterten Vaterland die Aussicht entstehen, daß die

überseeische Politik den Ideen List's gemäß endlich in einen organischen und organisatorischen Zusammenhang mit der ganzen Wirthschafts- u. Sozialreform gebracht wird.

Eine solche, an der führenden Hand unseres großen Nationalökonomen eingeleitete und betriebene nationalwirthschaftliche Propaganda wird uns vor einer Vergiftung und Versimpelung der großen und schwierigen Frage des „Beamtengehorsams" bewahren. Denn daß diese Frage nicht mechanich, sondern nur wissenschaftlich, d. h. nur durch intellektuelle Erleuchtung und nationalökonomische Pfadfindung gelöst werden kann, erhellt schon aus der sattsam bekannten Thatsache, daß unsere obersten Staatslenker nationalwirthschaftlich wiederholt auf falschen Wegen wandelten und also auch dafür den mechanischen Gehorsam forderten.

Die Einbürgerung List'scher Grundanschauungen wird Deutschland vor solchen peinlichen und gefährlichen Zwiespalten zwischen der wissenschaftlichen Einsicht und der mechanischen Disciplin bewahren.

Die Anhänger und Vertreter des „mechanischen Beamtengehorsams" mögen sich doch Eins merken: der würdige Mensch, also auch der würdige Beamte, wird sich eher in Stücke zerschneiden lassen, bevor er auf rein intellektuellem Gebiete ohne und gegen seine Ueberzeugung handelt!

Ist der List-Club ein öffentliches Bedürfniß?

Da unser Vaterland bereits reichlich mit allen möglichen Vereinen angefüllt ist, entsteht dem neu ins Leben gerufenen List-Club gegenüber die Frage nach seiner Existenzberechtigung und Existenzfähigkeit. Auf den ersten flüchtigen Eindruck hin werden selbst viele Anhänger der im Programm des List-Club enthaltenen Gedanken und Zielpunkte die zweifelnden Fragen aufwerfen:

a. Sind nicht überhaupt schon zu viele Vereine vorhanden?

b. Sind nicht bereits einige Vereine für die nämlichen Zwecke vorhanden?
c. Sind bei der Ueberladung der öffentlichen Männer mit gemeinnützigen Obliegenheiten noch Kräfte für eine wirksame Leitung des neuen Vereins vorhanden?
d. Sind in Deutschland noch Personen vorhanden, welche im Stande sind, zum List-Club einen Geldbeitrag zu zahlen?

Was die Frage a. betrifft, so kommt es nicht auf die Zahl der vorhandenen Vereine, sondern auf ihre Zwecke an. Gute Vereine können kaum zu viel vorhanden sein, ebenso wenig wie gute Menschen. Jedenfalls ist an Beiden bis jetzt kein Ueberfluß vorhanden.

Die Frage b. ist ebenfalls zu verneinen. Es existirt bis jetzt in Deutschland noch kein Verein, welcher, wie der List-Club, gleichzeitig ein Verein für die wissenschaftliche Propaganda, für die populäre Agitation und für die gemeinnützige Aktion sein will. Allerdings bestehen Vereinigungen speziell gegen den Freihandel und für den industriellen Schutzzoll. Doch sind diese höchst verdienstvollen Vereinigungen wegen ihrer Absorbirung durch spezielle Industrie-Interessen bis jetzt noch zu keiner wissenschaftlichen Propaganda großen Stils gekommen, und zwar nicht einmal zu Gunsten einer geistigen Masseneinbürgerung des Friedrich List als Schutzzöllner.

Es erhellt dies schon allein aus der Thatsache, daß von 100 Gebildeten in Deutschland 99 bei Nennung des Namens List an den Musiker F. Liszt denken. Das übrig bleibende Eine Prozent weiß zwar von der Existenz eines Nationalökonomen F. List, aber nur der zehnte Theil dieses Einen Prozentes hat seine Schriften gelesen. Schon diese, Deutschland zur Schande und zum Verderben gereichende Thatsache macht den List-Club zu einer Sache der brennenden Nothwendigkeit und der nationalen Ehrenpflicht und richtet an alle Vaterlandsfreunde die Aufforderung enthalten, dem Vereine beizutreten, damit dieser in die Lage kommt, eine wohlfeile Stereotypausgabe der Lebensbeschreibung und der nationalwirthschaftlichen Ideen Lists veranstalten und durch Colporteure unter die ge-

bildete und ungebildete Bevölkerung bringen zu können. Doch beschränkt sich die Aufgabe des List-Club auf diesen Punkt nicht. Es handelt sich darum, neben dem handelspolitischen List den gesammten nationalwirthschaftlichen List zur wissenschaftlichen Anerkennung und vor allen Dingen zur thatsächlichen Geltung durch Verwirklichung seiner sonstigen bahnbrechenden Ideen auf den im Programm des List-Club angedeuteten Gebieten zu bringen. Zu diesem Zweck will der List-Club überall in Deutschland lokale Mitgliedschaften ins Leben rufen, welche für die bereits bestehenden „Offizier-Vereine" auch erst die Soldaten, die für eine Campagne erforderlichen Truppenkörper schaffen werden. Daß diese Soldaten und Truppenkörper heute noch fehlen, ist ein öffentliches Geheimniß, welches durch das Bismarck'sche Wahlfiasko nicht erst enthüllt zu werden brauchte. Selbstverständlich dürfen die lokalen Mitgliedschaften des List-Club keine bloßen Redevereine, sondern agitatorische und organisatorische Tummelplätze für reale Interessen sein. Diesen Charakter werden sie bekommen durch die Beschäftigung namentlich mit den folgenden Programm-Punkten des List-Club:

Die Wichtigkeit der Nahrungsstände.

Die Hebung des kleinen Mannes durch Beschäftigung und Unternehmungen.

Die Belebung des deutschen Unternehmungsgeistes.

Die Wichtigkeit der Kolonialpolitik für die Industrie.

Die Kolonialpolitik als Hebel der Wirthschafts- und Sozial-Reform.

Keine gewerbliche Beschränkung ohne Schaffung neuer Beschäftigungsgelegenheiten.

Gegen die Einzelauswanderung und für national-organisirte Auswanderung.

Die Bildung großer Aktiengesellschaften für überseeischen Landankauf und deutsche Ansiedlung.

Schutz für die wirthschaftlich schwachen Existenzen durch Verhütung von Konkursen und Subhastationen, sowie durch Anstrebung der Risiken-Versicherung zur endlichen Lösung des im Personal-Kredit bestehenden wirthschaftlichen und sozialen Problems.

Die bloße Andeutung aller dieser Ziele des List-Club reicht zur Erledigung und Verneinung der Frage „ob nicht bereits einige Vereine für die nämlichen Zecke vorhanden sind?“ aus.

Die Frage c. nach den leitenden Kräften ist mit Rücksicht auf die Legion unbeschäftigter Intelligenzen in Deutschland (Juristen, Schriftsteller, Aerzte, Techniker ꝛc.) hundertmal zu bejahen. Es fehlt nicht an Kräften für diese Aufgaben. Natürlich übersteigen Arbeiten von solchem Umfang die Tragfähigkeit der schon in anderen Vereinen angespannten gemeinnützigen Männer, weßhalb Personen heranzuziehen sind, die aus der Agitation und Organisation des List-Club einen Lebensberuf machen. Daß in Deutschland geeignete Männer dafür nicht zu beschaffen wären, wird Niemand behaupten wollen. Dem Vorsitzenden des Vereins steht bereits eine ganze Auswahl zur Verfügung.

Was nun schließlich die letzte Frage nach dem Vorhandensein von Personen betrifft, welche noch gewillt und im Stande sind, für die Anstrebung der im List-Club angedeuteten national-wirthschaftlichen und sozialreformatorischen Ziele jährlich 3 Mark, oder monatlich 25 Pfennig zu bezahlen, so widerstrebt es unserem nationalen Ehrgefühle, auf diese Frage der elendesten Philisterhaftigkeit auch nur eine Antwort zu ertheilen.

Wem es darum zu thun ist, das deutsche Volk vor seinen eigenen und den Augen des Auslandes zu erniedrigen, der kann diesen Zweck allerdings nicht besser erreichen, als durch derartige Ausgeburten des nationalen Kleinmuths.

Wer aber solchen Kleinmuth als eine Gefahr für die deutsche Volksseele und den deutschen Volkskörper verbannen möchte, der schließe sich jedem, nach Oben gehendem Fluge der nationalen Aspiration und demgemäß

auch dem List-Club an. Gerade die großartige Persönlichkeit und Ideenwelt des national-wirthschaftlichen Bahnbrechers Friedrich List wird sich alsbesonders wirksam erweisen, um die dem deutschen National-Charakter noch innewohnenden Nachtgeister der Kleinlichkeit und Philisterei zu vertreiben.

Die Durchschnittspreise der wichtigsten animalischen Lebensmittel während des Jahres 1881.

Nachstehend lassen wir eine Zusammenstellung der Mittelpreise der hauptsächlichsten animalischen Lebensmittel folgen, wie solche sich nach den monatlichen Aufstellungen des Königl. preußischen statistischen Bureaus ergiebt.

Es betrugen die Mittelpreise für 1 Kilogramm in Pfennigen für:

1881	Rindfleisch	Schweinefleisch	Kalbfleisch	Hammelfleisch	Speck	Butter
Januar	114	126	98	109	179	218
Februar	114	127	97	109	179	216
März	114	128	96	110	179	221
April	114	128	96	110	179	231
Mai	114	128	96	111	180	230
Juni	115	128	97	111	180	215
Juli	115	127	97	111	179	219
August	114	128	98	110	179	231
September	114	128	99	109	180	237
October	113	128	99	107	180	236
November	113	128	98	106	180	233
Dezember	113	127	100	105	179	240

Man ersieht hieraus, daß die Preise für Rind- und Hammelfleisch im Laufe des Jahres eine kleine Abnahme, diejenigen für Schweinefleisch und Kalbfleisch dagegen eine geringe Zunahme erfahren haben; in stärkerem Maße sind die Butterpreise gestiegen, welche sich im Schlußmonat des Jahres um 10 pCt. gegen die Januarpreise höher stellten. Die Preise für Speck sind, nach geringen Schwankungen, im Dezember auf dem Stande, welchen sie im Januar einnahmen, wieder angelangt. Stärkere

Schwankungen haben überhaupt im Laufe des Jahres nur die Butterpreise erfahren, für welche der plötzliche Sprung von 2,19 Mk. im Juli auf 2,31 Mk. im August besonders bemerkenswerth ist.

Stellt man die Jahres-Durchschnitspreise der namhaft gemachten Lebensmittel während des Kalenderjahres 1881 denjenigen der 5 vorhergehenden Jahre gegenüber, so erhält man folgende Ziffern:

Jahres-Durchschnittspreise für 1 Kilogramm in Pfennigen:

	Rindfleisch	Schweinefleisch	Kalbfleisch	Hammelfleisch	Speck	Butter
1881	113,9	127,6	97,7	109	179	227
1880	114	122	98	108	171	220
1879	115	115	98	108	166	205
1878	117	123	101	109	179	215.
1877	115	129	100	108	188	235
1876	113	131	98	107	190	245

Während sich die Durchschnittspreise des Jahres 1881 für Rindfleisch und Kalbfleisch ein Wenig zu ihrem Vortheil, diejenigen für Haammelfleisch nur wenig zu ihrem Nachteil gegen das Vorjahr geändert haben, sind die Preise für Schweinefleisch um 4,6 pCt., diejenigen für Speck um 4,7 pCt. und diejenigen für Butter um 3,2 pCt. gegen das Vorjahr gestiegen; anderseits jedoch zeigen die Durchschnittspreise der genannten drei Artikel im Jahre 1881 immer noch einen wesentlich niedrigeren Stand als in den beiden Jahren 1877 und 1876; im letzteren Jahre hatten sie den höchsten Stand der Periode 1876/81 erreicht. Rindfleisch hatte während dieser Periode im Jahre 1878 seinen höchsten Preisstand zu verzeichnen; dasselbe war mit Kalbfleisch der Fall; der Preis für Hammelfleisch hat dagegen in den genannten 6 Jahren nur sehr wenig variirt, nämlich von 1,07 Mk. im Jahre 1876 bis 1,09 Mk. in den Jahren 1878 und 1881.

Aus Allem ersieht man auch hier, daß von einer nachtheiligen Beeinflussung der Preise für animalische Lebensmittel durch die veränderte Zollpolitik nichts zu erblicken ist; es würde wahrlich mehr wie Kühnheit dazu gehören, wenn man einen geringen Preisaufschlag hier und da

im Jahre 1881 gegen das Vorjahr bei einer auch nur oberflächlichen Betrachtung der hier mitgetheilten Ziffern auf derartige Einflüsse zurückführen wollte!

Ein Vorschlag gegen das Börsenspiel.

In der „National-Zeitung" vom 12. Februar finden wir über „Die Börsenkrisis" einen Leitartikel, welcher wegen seiner weitgehenden Zugeständnisse an diejenigen, welche das Börsen-Spiel unterdrückt sehen wollen, bemerkenswerth ist.

Nachdem er konstatirt, „daß auch diesmal wieder das Verlangen nach Erwerb ohne Arbeit, der Spieltrieb, auch außerhalb der eigentlichen Börse schwere Verluste gekostet hat" fährt er fort:

„Insofern ist es natürlich, daß jetzt von Neuem die öffentliche Erörterung sich der Frage zuwendet, ob die Gesetzgebung, welche die öffentlichen Spielbanken geschlossen hat, nichts thun könne, um der Agiotage einen Riegel vorzuschieben, sie, wenn sie nicht auszurotten ist, doch wenigstens zu beschränken. Diese Frage liegt in solcher Zeit in der Luft, und es kommt daher wenig darauf an, ob sie, wie von der einen Seite behauptet und von der anderen bestritten wird, jüngst nach einem Diner beim Reichskanzler von diesem mit hohen Justizbeamten des Reiches und des Staates diskutirt worden ist oder nicht. Und die Frage ist sicherlich nicht unberechtigt. Es ist ein Fehler, den am wenigsten Liberale begehen sollten, behufs der Abwehr ungerechtfertigter Angriffe gegen den sehr komplizirten Organismus, welchen man „Börse" nennt, die Thatsache zu beschönigen, daß ein sehr erheblicher Theil der dort betriebenen Geschäfte wirklich Spiel und nichts als Spiel ist, ganz einerlei, ob die demselben meistens zu Grunde liegenden Zeitgeschäfte die Lieferung, resp. Abnahme der betreffenden Papiere oder nur die Zahlung der Differenz bezwecken. Und nicht nur dieser, jetzt vielfach betonte Unterschied ist gleichgiltig für den Character zahlreicher Börsengeschäfte als bloßen Spiels; dieser kommt ganz ebenso sehr vielen Operationen zu, die gar nicht in der Form der Abschlüsse auf Zeit, sondern zum Schein in derjenigen des Kaufs gegen baare Zahlung stattfinden; insbesondere dem spekulirenden Privatpublikum gegenüber wird diese Form von vorsichtigen „Banquiers" sehr häufig angewendet und sie würde bei einem Verbot der Zeitgeschäfte noch häufiger werden:

daß zum Schein ein Kauf gegen baare Zahlung stattfindet, der Käufer aber den Betrag schuldig bleibt und der Verkäufer zu seiner Sicherheit die Papiere als Depot behält. Nicht in einem berechtigten Zweifel daran, ob ein großer Theil der Börsen-Manipulationen lediglich Spiel gleich dem Rouge et noire und Roulette ist, liegt für uns die Schwierigkeit des Problems, das gegenwärtig wieder erörtert wird, sondern in der bis jetzt bestehenden Unmöglichkeit, sowohl in den Zeit- als anderen Geschäften das Spiel vom soliden Handel zu unterscheiden, irgend eine Maßregel vorzuschlagen, welche diese Trennung ermöglichte und nicht alsbald durch eine neue Form der Börsen-Transaktion umgangen werden könnte. Wir sind bisher keinem brauchbaren Vorschlag dafür begegnet, aber bereit, jeden sorgfältig zu prüfen. Zunächst muß sich die Aufmerksamkeit von Neuem der oft von uns empfohlenen Revision der Aktiengesetzgebung zuwenden; wenn nicht unmittelbar, so kann doch mittelbar dadurch der Agiotage manches Hinderniß bereitet werden."

Soweit die „Nat.-Zeitung". Wenn sie meint, daß sich zunächst die Aufmerksamkeit auf Revision des Aktiengesetzes zu richten habe, so müssen wir dem widersprechen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß das Börsenspiel das vollkommenste Aktiengesetz, ja selbst die Concessionspflicht und Staatsaufsicht bei Aktien-Gesellschaften illusorisch macht. Man verbiete dahingegen das Spielen in Aktien und es wird das unvollkommenste Aktiengesetz sofort unvergleichlich bessere Dienste leisten, als das beste Gesetz in Verbindung mit dem Börsenspiel. Obwohl dieses unsere auf genauen und langen Beobachtungen begründete Ueberzeugung ist, sind wir nicht blind gegen die große Mangelhaftigkeit und Revisionsbedürftigkeit unseres Aktiengesetzes. Was wir andeuten wollten, besteht darin, daß wir das Hauptübel im Börsenspiel und nicht in den Mängeln des Aktiengesetzes erblicken.

Diese Ansicht scheint auch die „Nat.-Ztg." zu hegen, nur ist sie hinsichtlich eines geeigneten Heilmittels gegen das Börsenspiel rathlos; sie vermißt einen „brauchbaren Vorschlag", verspricht aber, jeden Vorschlag prüfen zu wollen. Was uns betrifft, so finden wir, daß man gegen das Börsenspiel ungefähr gerade so vorgehen muß, wie man gegen die ehemaligen Spielbanken vorging, und wie man gegen jedes unsittliche und gemeinschädliche

Gelüste vorzugehen pflegt: man verbietet es einfach unter Androhung entsprechender Strafen. Wir zermartern seit Jahren unser Gehirn, um das große Unglück zu entdecken, welches durch ein solches Verbot in der Volkswirthschaft entstehen könnte. Was wir gefunden haben, ist dies: Es wird das legitime Geschäft im großen Ganzen unermeßlich gewinnen und selbst in Nebensachen nicht unreparirbar verlieren.

Wir schlagen deßhalb folgendes Gesetz vor:

§ 1. Wer an der Börse bloße Spielgeschäfte treibt, vermittelt oder vermitteln läßt, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft.

Unter Spielgeschäften werden solche Transaktionen verstanden, welche nur eine Coursdifferenz, nicht aber bei Papieren den Besitz, die Mitverwaltung und den Dividendenbezug des betreffenden Werthstücks und bei Produkten nicht den effectiven Handel zum Gegenstand haben.

Ob die Transaktionen an der Waaren- und Produktenbörse in einzelnen Fällen unter den vorstehenden Begriff des strafbaren Börsenspiels fallen, hat der erkennende Richter zu entscheiden.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. März in Kraft.

Eine solche Maßregel würde das gemeinschädliche Gelüste, an der Börse zu spielen, viel radikaler ausrotten, wie solches mit den Strafgesetzen gegen andere böse Gelüste und Versuchungen, z. B. gegen Mord, Diebstahl, Unzucht, Meineid, Brandstiftung, Urkundenfälschung ꝛc. der Fall ist.

Es giebt unter den Wilden allerdings sogenannte „staatliche Zustände und öffentliche Bedürfnisse", welche durch ein Verbot des Mordes, des Diebstahls und der Unzucht große Störungen erleiden würden, aber diese Störungen gehören zu den Geburtsschmerzen der Cultur. Mord, Diebstahl, Unzucht ꝛc. sind mit der Civilisation eben unverträglich und müssen um jeden Preis niedergehalten werden. Dasselbe gilt vom Börsenspiel Auch dieses ist mit einer wirklichen Civilisation unverträglich und muß selbst um hohen Preis ausgerottet werden. Wie unsere Vorfahren durch das Verbot des

Mordes, des Diebstahls und der Unzucht nicht zu Grunde gingen, obwohl es sicherlich viele Häuptlinge meinten, so werden auch wir durch das Verbot des Börsenspiels nicht zu Grunde gehen.

Kleine Störungen und Einbußen in den legitimen Geschäften werden und müssen durch neue Einrichtungen ihre Ausgleichung und ihren Ersatz finden.

— Man schreibt uns von befreundeter Seite: In einer ihrer jüngsten Nummern artikelt die Freihandels Correspondenz über „Die deutschen Anhänger der Doppel-Währung", wobei sie die letzten Reichstags-Debatten über die Währungsfrage bespricht. Natürlich werden die bimetallistischen Redner dabei ebenso herabgesetzt, wie Herr Bamberger die höchste Anerkennung über seinen klaren und erschöpfenden Vortrag zu Gunsten des Goldes erfährt.

Daß die Freihandels-Correspondenz sich in diesem Sinne äußern würde, befremdet uns nicht. Daß sie aber so verblendet ist, noch heute an einen Eindruck der Bamberger'schen Phrasen zu glauben, das beweist ihren in der That eminenten Doctrinarismus.

Die Zeit des Herrn Bamberger und seiner Freunde ist vorbei. Von Tag zu Tag wächst die Zahl der Gegner der Goldwährung.

Wer jetzt noch daran zweifelt, daß die Höhe der Goldproduktion, wie solche in den letzten Dezennien stattgefunden hat, — ganz entgegengesetzt zu den Annahmen im Anfang der 70er Jahre — erheblich zurückgeht, dem ist nicht zu helfen.

Wer nicht begreift, daß nach der immer weiter fortschreitenden Erschöpfung der Goldlager in Californien, Australien u. s. w. diese Produktion wieder auf relativ recht kleine Ziffern beschränkt und daß dadurch in der That eine stets wachsende Goldnoth erzeugt wird, so lange die verschiedensten Nationen in einer früher nie gekannten Weise ihre Hände nach Gold ausstrecken — dessen Logik ist wirklich wunderbar, aber nicht natürlich.

Diese Goldnoth ist von den bimetallistischen Rednern vollkommen erwiesen worden, und daß dazu Zahlen gebraucht werden, kann auch nur den befremden, dem die Ziffern fatal erscheinen, wenn sie nicht in seinen Kram passen.

Was sagt dazu Herr Dr. Bamberger, dieser gewaltige rhetorische Kämpe! — Nichts als allgemeine Redensarten! Er hält eine Rede über zwei Stunden lang, eine Rede, welche die abgespannten Collegen noch viel mehr ermüdete, als thatsächliche Zahlen, wie sie von den Gegnern in gedrängter Weise angeführt wurden.

Besonders zu bemerken ist die Aeußerung des Herrn Bamberger, daß wir in Wahrheit Goldwährung haben, und daß die entgegengestellte Behauptung, sie stehe nur auf dem Papiere, ein kolossaler error sei, eine Behauptung, die der Gegner gelassen ausgesprochen habe.

Sollte Herr Bamberger wirklich nicht wissen, daß Rechnungs-Valuta und Goldwährung zwei ganz verschiedene Dinge sind. Die Rechnungs-Valuta in Gold haben wir, die hat auch Frankreich mit seinem bimetallistischen System. Aber reine Goldwährung haben wir durchaus nicht und können sie nicht haben, so lange noch ca. 500 Millionen Mark in Thalern circuliren, welche bei allen Zahlungen angenommen werden müssen.

Die Goldwährung ist absolut unausführbar, weil das Gold fehlt und über kurz oder lang muß die Doppelwährung kommen, weil sie nach Lage der Dinge eine Naturnothwendigkeit ist, allerdings vielleicht erst nach ernsten Kastastrophen, welche den Völkern abermals große Verluste bringen, ehe die falschen Theorien des Herrn Bamberger und Genossen überall erkannt sein werden, und ehe der gesunde Verstand die verblendete Doctrin völlig besiegt hat.

Der Name Bamberger muß bei dem deutschen Volke allerdings in „theurem" Andenken bleiben, auch nachdem sein kostspieliges Goldwährungs-System, welches die Nation um viele Hunderte von Millionen geschädigt hat und weiter schädigt, längst abgewirthschaftet sein wird.

Glücklicherweise befinden wir uns jetzt auf dem besten Wege zu dieser Abwirthschaftung und hoffen, daß der

deutsche Verein für internationale Doppelwährung mit dazu beitragen soll, dieses Ziel thunlichst schnell zu erreichen.

Der am Schluß des Referats der Freihandels-Correspondenz zur Sprache gebrachten Gründung eines Vereins für nationale Goldwährung wünschen wir recht viel Glück. Ein solcher Verein wird uns nur willkommen sein, weil er schließlich ebenso für das Interesse des Bimetallismus thätig sein wird, wie es jetzt die phrasenreichen und zahllosen Reden des Herrn Bamberger thun.

---

*Gegenseitigkeit oder feste Prämie.

Durch einen großen Theil der Presse geht, zum Theil anläßlich des staatlichen Unfallversicherungs-Projects vom vorigen Jahr, eine Strömung gegen die Actien-Gesellschaften im Versicherungswesen, zu Gunsten des Gegenseitigkeitsprincips. Das Hauptargument der Angreifer besteht in der Ansicht das Unglück der Menschen dürfe niemals Gegenstand der Gewinn-Spekulation sein, und deshalb sei das Actienprincip auf dem Gebiete drr Versicherung zu verwerfen. Es ist dies eine jener oberflächlichen, allgemeinen Redensarten, mit denen man eben Alles beweisen, vertheidigen oder angreifen kann. Wir lassen sie deshalb bei Seite, und wenden uns zu der Frage: Worin besteht denn das Wesen der Versicherung überhaupt?

Die Antwort lautet: In der Uebernahme der vermögensnachtheiligen Folgen eines den Einzelnen unabhängig von seinem freien Willen treffenden Ereignisses durch eine Gemeinschaft Vieler. Bei allen Elementarschäden-Versicherungsarten (Feuer, Hagel, Seegefahr), ferner bei der Versicherung gegen Unfälle, Seuchen und ähnliche Ereignisse tritt das gefürchtete Ereigniß in den bei weitem meisten Fällen überhaupt niemals ein, nur bei der Versicherung auf das menschliche Leben ist die Frage nicht: Ob? sondern nur: Wann? Die „Gemeinschaft Vieler" wird nun durch die Versicherten selbst gebildet, und der wesentliche Unterschied zwischen den

Actien- und den Gegenseitigkeits-Gesellschaften besteht darin, daß bei jener eine Anzahl dritter Personen, die Actionaire, dieser „Gemeinschaft Vieler" das Risiko abnimmt, welches in dem Mißverhältniß zwischen Beiträgen und Schäden eintreten kann, wenn nämlich die ersteren zu gering bemessen sind, um die letzteren decken zu können.

Was liegt darin Unmoralisches? „Der hohe Gewinn" so ertönte es, den „einzelne" Actien-Gesellschaften an ihre Actionaire vertheilen, ist eine Aussaugung der Versicherten, und darum, — so lautet die Folgerung, ist das ganze Institut moralisch zu verwerfen. Nun, die Thatsache ist ja richtig, daß „einzelne" Actien-Gesellschaften in der glücklichen Lage sind, große Gewinne zu vertheilen. Dem gegenüber steht die andere, daß nicht nur der bei weitem größere Theil nur eine mäßige Verzinsung erzielt und aus dem eigentlichen Versicherungs-Betriebe sogar Verluste erleidet, sondern vor allem die, daß bei verschiedenen Actien-Gesellschaften die Actionaire nicht nur ihren ganzen Einschuß und ihre in glücklichen Jahren angesammelten Reserven verloren haben, sondern noch nachzahlen mußten. Wir wollen nur an das neueste Beispiel, die Berlin-Kölnische Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft erinnern, wo der Nachschuß der Actionaire allein 4½ Millionen betrug! Ihr Gesammtverlust beziffert sich auf weit über 6 Millionen. Wer bedauert sie oder wer wird ihnen etwa aus eigner Tasche helfend beispringen? —

Ein gerechter Beurtheiler, der das ganze Institut der Actiengesellschaften einer Prüfung unterzieht, muß doch die Thatsachen der hohen Gewinne und der schweren Verluste mit einander compensiren, und der Statistiker, freilich nicht der Tendenz-Statistiker, wird als Resultat seiner Prüfung finden, daß der Durchschnittsgewinn der Actionaire aus dem Versicherungsbetriebe ein sehr geringer ist. — Wie stehen nun aber die Versicherten, denn für deren Wohl sind ja die Gegner des Actien-Princips so sehr besorgt, diesen Verhältnissen gegenüber? Die Antwort ist einfach: völlig gleichgiltig! Die bei der Magdeburger Hagelversicherungs - Gesellschaft (auch diese Gesellschaft verlor im Jahre 1879 alle Reserven, den ganzen Einschuß und die Actionaire mußten 600,000 Mark nachzahlen) Versicherten, welche Hagel-

schlag erlitten hatten, haben ihre Verluste gerade so prompt ersetzt bekommen, als ob sie bei einer Kompagnie gedeckt gewesen wären, welche ihren Actionairen „hohe“ Dividenden auszahlen konnte.

Ganz anders liegt die Sache bei den Gegenseitigkeits-Gesellschaften. Erleiden diese so große Verluste, so müssen die Versicherten selbst sie decken, und es werden Nachschüsse von bisweilen mehreren 100 Procent der Beiträge erhoben; so zog z. B. der Prometheus, eine Unfallversicherungs-Gesellschaft, im vorigen Jahre 300 Procent der regulären Beiträge von seinen Mitgliedern ein, nachdem er zwei Jahre früher bereits 125 Procent eingefordert hatte! Wenn aber eine große Gegenseitigkeits-Gesellschaft, wie die Gothaer Feuerversicherungsbank, ihren Mitgliedern 74 Procent der Prämie zurückzahlen kann, so liegt das einfach daran, daß sie bei Abschluß der Versicherungen die Prämie dem erfahrungsmäßig nothwendigen Bedarf gegenüber gleich von vorn herein um so viel zu hoch bemessen hat! Das vermag die Gothaer zu thun, aber jüngere Gegenseitigkeits-Gesellschaften, natürlich auch von weit geringerer Bedeutung werden anders handeln und, um Aufnahme bei dem Publikum zu finden, die Beiträge zu Anfang niedrig bemessen müssen, auf die Gefahr hin, Nachschüsse zu erheben. Wer sich der Gefahr der letzteren aussetzen will, bringt zwar andererseits in Anschlag, daß ihm möglicherweise ein Theil seiner Beiträge erstattet wird, aber wie oft täuscht er sich!

Dazu kommt bei Gegenseitigkeits-Gesellschaften noch ein anderer Punkt. Sie werden heutzutage nicht eher concessionirt, als bis sie den Nachweis eines baar eingezahlten Garantiekapitals von bedeutender Höhe erbracht haben. Der Zweck desselben ist der gleiche, wie der des ersten Einschlusses der Actionäre bei den Actiengesellschaften: Deckung der Organisationskosten und Reserve für übermäßige Schäden. Der Unterschied bei den Capitalien ist aber groß: der Garantiefond muß zu einem bestimmten, hohen Satze (mindestens 5, bisweilen 6 Procent) verzinst, und er muß amortisirt werden. Die dazu erforderlichen Summen müssen von den Mitgliedern in ihren Beiträgen aufgebracht werden. Auf den Einschuß der Actionäre

entfällt nur aus dem Ueberschuß eine Dividende; ist ein solcher nicht vorhanden, so erhalten auch die Actionäre nichts. Und so manche Versicherungs-Gesellschaften sind Jahre lang nicht in der Lage gewesen, einen Ueberschuß vertheilen zu können. Die Versicherten berührt das nicht.

Fassen wir das Resultat unserer Betrachtungen zusammen, so ergiebt sich mindestens, daß die Chancen für beide Principien gleich liegen, und daß die gegen das Actienprincip erhobenen Vorwürfe unbegründet sind. Man lasse also dem Publikum, wie bisher, ruhig die Wahl, ob es bei Abschluß seiner Versicherungsverträge sich einer Gegenseitigkeits-Gesellschaft mit der Gefahr des Nachschusses, oder einer Actiengesellschaft gegen Zahlung einer festen Prämie anschließen will.

Die Getreidepreise seit 1821.

In dem kürzlich zur Ausgabe gelangten Decemberheft des kaiserl. statistischen Amtes findet sich eine, wohl von Herrn Regierungsrath v. Scheel herrührende, kurze Abhandlung über die Durchschnittspreise einer Anzahl von Waaren im Großhandel für das Jahr 1881, welche um deswillen größere Beachtung verdient, weil derselben ein recht deutlicher Ueberblick über die Bewegung der Roggen- und Weizenpreise seit 1821 in graphischer Darstellung beigegeben ist. Bekanntlich standen wir im vergangenen Jahre eine Zeit lang vor der auffallenden Erscheinung, daß Roggen, welcher ja sonst stets niedriger cotirt, als Weizen, letzteren im Preise nicht nur erreichte, sondern sogar überholte. Gute Roggenqualitäten notirten im Januar 1881 thatsächlich an einzelnen Plätzen, beispielsweise in Berlin und Breslau höher als die entsprechenden Weizenqualitäten. Die Ursache dieser Erscheinung liegt auf der Hand, obwohl die Freihändler fortgesetzt Alles thun, dieselbe zu verdunkeln; sie bietet sich einfach dar in der schlechten 1880er Roggenernte Deutschlands und Rußlands und dem dadurch hervorgerufenen Roggenmangel, während dem gegenüber der viel geschmähte Roggenzoll auf die Preishaltung des

Roggens wenn überhaupt, dann jedenfalls nur einen ganz minimen Einfluß gehabt haben kann.

Der anomale Preisstand des Roggens hat das statistische Amt zu der dankenswerthen Untersuchung veranlaßt, ob das gekennzeichnete Verhältniß der Preisbewegung unserer beiden wichtigsten Getreidearten etwas ganz Neues sei, oder ob sich Aehnliches bereits in früheren Jahren gezeigt habe und diese Untersuchung hat nun ergeben, daß ein regelmäßiges Verhalten von Roggen- und Weizenpreisen zu einander und insbesondere eine allmähliche Annäherung der ersteren an die letzteren nicht zu erkennen ist, daß ein enges Zusammenwirken beider Preisstände namentlich um 1827 schon stattgefunden hat und daß auch örtliche Einflüsse auf dieses Verhältniß einwirken. Die durchschnittlichen Marktpreise haben beispielsweise im Jahre 1827 betragen:

in Königsberg

für 1 Hl. Weizen Mk. 7 für 1 Hl. Roggen Mk. 5,80,

in Berlin

für 1 Hl. Weizen Mk. 9 für 1 Hl. Roggen Mk. 8,50,

in Köln

für 1 Hl. Weizen Mk. 9,80 für 1 Hl. Roggen Mk. 9,80.

Die Preisdifferenz ist also auf dem Königsberger Markte eine beträchtliche und auf dem Berliner noch eine merkbare gewesen, während sie in Köln vollständig verschwunden war, eine Erscheinung, die in der Hauptsache auf die Transportdifferenzen zurückzuführen sein wird.

Aus der vom statistischen Amt gegebenen graphischen Darstellung der Preisstände von Roggen und Weizen gewinnen wir auch einen interessanten Ueberblick über die Preisschwankungen dieser beiden wichtigsten Fruchtsorten. In Bezug hierauf ist zu erwähnen, daß die Weizenpreise in diesen 60 Jahren wesentlich größere Schwankungen durchgemacht haben, als die Roggenpreise. In Berlin war die durchschnittliche Notirung von Weizen am niedrigsten im Jahre 1825 mit etwas über 7 Mk., am höchsten im Jahre 1855 mit 22 Mk., also eine Differenz von 15 Mk., während die durchschnittliche Roggennotirung im Jahre 1825 mit 4 Mk. am niedrigsten

und im Jahre 1855 mit 16,50 Mk. am höchsten stand, die Differenz hier also nur 12,50 Mk. beträgt. Als Theuerungsjahre treten nach Berliner Preis insbesondere hervor:

bei Weizen			bei Roggen		
1854/56	20—22	Mk.	1854/56	15—16,50	Mk.
1847	20	„	1847	16	„
1867/68	19—20	„	1867/68	14,50	„
1872/73	18	„	1853	13	„
1860/61	17	„	1846	12	„
1871 u. 74	17	„	1869	12	„

Dagegen war Weizen in Berlin am billigsten in den Jahren 1825/27 mit 7—9 Mk., 1833/37 mit 9 Mk., 1844 mit 10 Mk., 1850 und 1864 mit 12 Mk. und Roggen 1824/25 mit 4 Mk., dann 1836/37 mit 6 Mk., 1849 mit 6½ Mk., 1844 mit 7 Mk. In den letzten Jahrzehnten waren die niedrigsten Durchschnittspreise für Roggen im Jahre 1860 Mk. 8 und 1878/79 Mk. 9.

Der Börsenkrach und die Industrie.

In der Böhmert'schen „Social - Correspondenz" erschien kürzlich unter der Ueberschrift: „Folgen und Lehren des Pariser Börsenkrachs" ein Artikel, welcher in zahlreiche Zeitungen überging und dadurch eine Bedeutung erlangte, welche er an sich nicht verdient, weil er blos eine Jedermann bekannte hausbackene Moral wieder aufwärmt, die für eine „Social-Correspondenz" der praktischen Wirkungslosigkeit wegen so wenig ausreicht, daß trotz derselben die Börsenkrache bekanntlich fortwährend an Umfang und Häufigkeit zunehmen.

Doch lassen wir Herrn Professor Böhmert selber sprechen:

„Das Wetten und Wagen in Papieren — heißt es — hat gewiß seinen Reiz. Es regt die Phantasie an und belebt mit vorher nicht gekannten Hoffnungen. Befriedigung und Glück gewährt es aber nimmermehr. Der unglückliche Spieler kommt der Verzweiflung nahe, der glückliche wird seines Gewinnes

nicht froh, da er die mit dem Hazardspiel verbundene Aufregung nicht mehr zu entbehren vermag. Selbst im günstigsten Falle aber gewährt das durch Spiel errungene Vermögen nicht den zehnten Theil des Genusses, welcher aus dem mit sauerem Schweiß erworbenen entspringt.

Dies für den Spieler. Aber auch der Capitalist, dem es nicht um Spiel, sondern um möglich gewinnbringende Anlage seines Vermögens zu thun ist, kann von den Vorgängen in Paris viel lernen. Die Actien eines großen Bankunternehmens, der „Union Générale" sind monatelang rapide, zuletzt unerhört im Course gestiegen, um schließlich binnen wenigen Tagen ganz entwerthet zu werden. Solchen Raketen gegenüber sollte sich der solide Capitalist von vornherein mißtrauisch verhalten. Der Einsichtige wird es sicher; denn dieser sagt sich, daß jedes geschäftliche Unternehmen nur im Laufe einer längeren Entwickelung prosperiren kann. Bei einer großen Concurrenz, welche heutzutage auf allen Gebieten des wirthschaftlichen Lebens, auch im Bankwesen ist, sind plötzliche Gewinne undenkbar, welche das angelegte Capital in wenigen Monaten um das Doppelte und Dreifache vermehren könnten. Sind die Actien eines Unternehmens dennoch auf einen so hohen Cours gestiegen, so kann, wenn nicht ganz außerordentliche Verhältnisse vorliegen, wie etwa bei unerwarteter Entdeckung einer ausgiebigen Erzlagerstätte in einem Bergwerke, von so hohen Coursen nur Schwindel die Ursache sein.

Dieser geht in der Regel (wie auch bei der „Union Générale") so vor sich, daß die Verwaltungsräthe oder einige Hauptactionäre die emittirten Actien wieder zurückkaufen und die noch nicht in ihren Händen befindlichen zu hohen Coursen suchen. Folge davon ist, daß in den Courszetteln ganz hohe Course verzeichnet werden und das Publikum an die Prosperität der Unternehmung glaubt. Der Cours einer Actie bildet den Ausdruck für den Werth, welcher ihr auf dem Markte beigemessen wird. Wenn aber als Nachfragende auf dem Markte nur diejenigen erscheinen, welche die Actien ausgaben, so liegt es in ihrer Hand, den Marktwerth der Actie, d. h. den Cours derselben, zu bestimmen. Mit solcher Courstreiberei aber erfüllt das schwindelhafte Consortium nur Eine seiner Absichten. Die schwierigere zweite Aufgabe besteht darin, die Actien zu den selbstgemachten hohen Coursen im Publikum allmählich wieder unterzubringen. Mit Erfüllung dieser Aufgabe beschäftigt, brach die „Union Générale" zusammen.

Wer sich nicht schweren Verlusten aussetzen will, sollte Actien überhaupt nur dann kaufen, wenn er sich über die wirthschaftlichen Aussichten des Unternehmens und die Solidität der Leiter befriedigende Gewißheit verschafft hat. Solche Gewiß-

heit hat den zehnfachen Werth jeder Anpreisung in der Zeitung, jedes Courses und jeder Dividende im Börsenzettel. Kann man sich über jene beiden Cardinalpunkte keine zuverlässige Auskunft verschaffen, so sollte man auf hohen Zins ganz verzichten und zur Anlage sichere Staats- und Communalpapiere, sowie gute Hypotheken wählen.

So Herr Professor Böhmert in seiner „Sozial-Korrespondenz."

Die Moral läuft thatsächlich darauf hinaus, daß der solide Kapitalist wohl daran thut, industrielle Betheiligungen besser zu meiden und sein Geld in Staats- und Kommunalpapieren anzulegen.

Wir finden, daß in einer „Sozial - Korrespondenz" die Frage nicht vor die Wahl zwischen unsicheren Industriepapieren und sicheren Staatspapieren gestellt werden durfte, sondern daß sie lauten mußte:

„Was ist zu thun, um die durch den Börsenschwindel in Mißkredit gekommene industrielle Kapitalanlage vor den Gefahren des Börsenspiels sicher zu stellen?"

Eine also gestellte Frage hängt aufs innigste mit der sozialen Frage, nämlich mit der Vermehrung der Beschäftigungs-Gelegenheiten für die deutsche Uebervölkerung zusammen. Oder wie denkt sich die „Sozial - Korrespondenz" die Möglichkeit, für die jährlich zunehmende Masse unbeschäftigter Kopf- und Handarbeiter ein Unterkommen zu schaffen, wenn der Unternehmungssinn wegen mangelhafter Kapitalzufuhr immer mehr erstirbt? Das Kapital auf die Staats- und Kommunalpapiere hinzulenken, muß mit Nothwendigkeit zur Verstaatlichung und Kommunalisirung aller industriellen Thätigkeiten führen, was Herr Böhmert gewiß am wenigsten beabsichtigt. Und doch bleibt schließlich kein anderer Ausweg übrig, um die nach Beschäftigung aerlangenden Menschen in Deutschland vor dem Schicksal der Vagabundage zu schützen. Schon jetzt befinden wir uns in Folge der moralischen Aechtung industrieller Unternehmungen mit einem Fuße in diesem bürgerlichen Abgrunde. Soll der andere Fuß nicht bald nachfolgen, so schlagen wir in der That ganz ernstlich vor, die volkswirthschaftliche Weisheit nicht mit der bedeutungslosen

Frage nach der Wahl zwischen unsicheren Industriepapieren und sicheren Staatspapieren zu belästigen, sondern sie vor die schicksalsschwere Frage zu stellen: Was ist zu thun, um die industrielle Kapitalanlage vor den Gefahren des Börsen- und Aktienschwindels sicher zu stellen?

Der Außenhandel der Metall-Industrie im Jahre 1881.

Wir haben kürzlich einen allgemeinen Ueberblick über die Ergebnisse des Außenhandels im vergangenen Jahre gegeben und wollen nun die wichtigsten Ziffern für die einzelnen Haupt-Industriezweige hier anführen. Wir beginnen mit der Metall-Industrie und stellen hierüber die Resultate der Ein- und Ausfuhr der letzten beiden Jahre zusammen. Es betrug in 100 Tonnen:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1880	1881	1880	1881
Roh- u. Brucheisen	2,385	2,505	3,189	3,531
Stab- u. Winkeleisen	127	143	1,573	1,729
Schienen	14	17	2,363	2,627
Bleche	63	58	394	427
Draht	30	33	1,048	1,594
Grobe Eisenwaaren	168	151	1,280	1,384
Feine „	6	7	60	62
Zusammen	2,793	2,914	9,927	11,354
Blei	26	27	454	468
Lokomotiven und Dampfkessel . .	16	18	94	89
Maschinen . . .	226	242	536	577
Rohkupfer . . .	123	110	65	67
Kupferwaaren . .	14	12	50	57
Zink	41	44	531	782
Zinn	51	60	11	11

Aus obigen Ziffern ist ersichtlich, daß die Einfuhr in den einzelnen Zweigen der Metall-Industrie eine vergleichsweise ziemlich geringe ist, insbesondere, wenn man den Import von Roheisen außer Acht läßt. Nicht minder

deutlich zeigt sich in allen Branchen ein entschiedenes Anwachsen des Exports, welcher hier und da bereits gewaltige Dienfionen angenommen hat.

Gehen wir dieser Export-Entwicklung genauer nach, so finden wir zunächst bei Roheisen, daß der Mehr-Export hauptsächlich auf eine Vermehrung der Abnahme seitens Frankreichs und Oesterreich-Ungarns zurückzuführen ist, während die meisten übrigen Länder im vergangenen Jahre von uns eher weniger als mehr Roheisen bezogen haben. Nach Frankreich exportirten wir 61,143 Tonnen gegen 30,531 Tonnen, nach Oestereich-Ungarn 34,155 gegen 18,508 Tonnen im Vorjahre. In Stabeisen vertheilt sich die Zunahme des Exportes gleichmäßiger auf die einzelnen Länder, wie auch der Exportrückgang bei einzelnen Destinationen weniger bemerkenswerth ist. Der Schienen-Export hat wesentlich abgenommen, nach Rußland um 20,324 auf 4,634 Tonnen, dagegen zugenommen hauptsächlich nach Belgien, den Niederlanden, nach Italien und Spanien. Die Ausfuhr nach den erstgenannten beiden Ländern dürfte in der Hauptsache nach überseeischen Destinationen gerichtet sein. Nach Spanien direkt ist der Schienenexport von 17,950 auf 34,480 Tonnen gestiegen. Bleche exportiren wir nach wie vor in der Hauptsache nach Rußland und den Niederlanden. Unsere Drahtausfuhr hat bekanntlich seit einigen Jahren einen außerordentlichen Aufschwung genommen, früher war England hierin unser bedeutendster Abnehmer, doch ist es, wenngleich seine Bezüge auch heute noch sehr bedeutend sind, neuerdings von den Vereinigten Staaten überflügelt worden.

Die Hauptexportländer für Stahl- und Eisendraht sind:

Vereinigte Staaten von Nordamerika	mit	41,019	Tonnen.
Großbritannien	„	37,388	„
Rußland	„	21,140	„
Niederlande	„	14,986	„
Belgien	„	12,529	„
Frankreich	„	8,121	„

In groben Eisenwaaren hat sich der Absatz nach Frankreich etwas gesteigert, währeud der russische Markt

in seiner Aufnahmefähigkeit für diese Artikel nachgelassen hat.

Wenden wir uns zur Maschinenausfuhr, so haben auch hier die russischen Bezüge wesentlich nachgelassen, während der Export nach den anderen Ländern ziemlich durchgängig, wenn auch immer nur um wenige Tonnen gestiegen ist. Aehnliches gilt von Lokomotiven, Lokomobilen und Dampfkesseln.

Unser Bleiexport hat sich auch im vergangenen Jahre, wie früher, hauptsächlich nach Frankreich gewandt, wohin wir 14,025 Tonnen gegen 9,055 Tonnen in 1880 ausführten. Die Bezüge Englands, welche früher bedeutende waren, haben abgenommen; daneben sind Belgien und die Niederlande die wichtigsten Abnehmer. Die Kupferindustrie hat Kupfer in Stangen in beträchtlichen Mengen mehr ausgeführt, besonders nach Rußland, Belgien und den Niederlanden. Dagegen hat sich der Export von Kupferschmiede-Waaren ziemlich auf der Höhe des Vorjahrs gehalten. — Schließlich ist unsere Zinkausfuhr wieder bedeutend gestiegen und zwar hauptsächlich nach Großbritannien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden.

Die Fallimente in England.

Wir lassen hier einige Angaben über die in England während der letzten 5 Jahre stattgehabten Fallimente folgen, welche eine bemerkenswerthe Abnahme derselben in den letzten Jahren konstatiren. Die Gesammtzahl der Fallimente nämlich, welche sich im Jahre 1881 in England ereignet haben, belief sich auf 12005. Diese Ziffer ist wesentlich niedriger als diejenige des Vorjahrs und noch weit niedriger als diejenige im Jahre 1879, wo man 16637 Fallimente zählte.

Die Zahl der Insolvenzen stellte sich in England in den letzten 5 Jahren wie folgt:

1877 . . .	11022	Fallimente
1878 . . .	15059	"
1879 . . .	16637	"
1880 . . .	13147	"
1881 . . .	12005	"

das letztverflossene Jahr hatte also nächst dem Jahre 1877 die geringste Zahl der Fallimente aufzuweisen, 28 pCt. weniger als das Jahr 1879 und 8,7 pCt. weniger als das Vorjahr.

Interessant ist die Vertheilung der Insolvenzen auf den Groß- und Kleinhandel; dieselbe stellte sich in den genannten 5 Jahren wie folgt:

	Fallimente im	
	Großhandel	Kleinhandel
1877 . . .	2172	8850
1878 . . .	2643	12416
1879 . . .	2546	14091
1880 . . .	1478	11669
1881 . . .	1325	10680

Wie man sieht ist die große Zahl der Fallimente im Jahre 1879 vornehmlich durch die Insolvenzen im Detailhandel herbeigeführt worden. In Bezug auf die Zahl der Fallimente im Großhandel hat das Jahr 1878 das Jahr 1879 noch übertroffen. Im letzt verflossenen Jahre betrug die Zahl der Fallimente im Großhandel fast gerade halb so viel als dieselbe Zahl im Jahre 1878; das letztverflossene Jahr hatte überhaupt die geringste Zahl der Fallimente im Großhandel seit 5 Jahren aufzuweisen, ein Beweis, daß die Geschäftslage des Landes in ein wesentlich günstigeres Stadium wieder eingetreten ist.

Eine recht beträchtliche Abnahme hat die Zahl der Insolvenzen im Jahre 1881 gegen das Vorjahr in der Landwirthschaft gezeigt; im Jahre 1880 betrug die betreffende Ziffer 1236, im Jahre 1881 ist sie auf 856 oder um 30,7 pCt. gesunken; ein Zeichen, daß sich deren Lage wesentlich günstiger gestaltet. Während des vergangenen Jahres war die größte Zahl der Fallimente, nämlich 1227, im Monat März, die geringste, nämlich 812, dagegen im Juni vorgekommen.

Die politische Lage und unsere Wirthschaftspolitik.

Die Brandreden des Generals Skobelew, mag man ihnen größeres oder geringeres Gewicht beilegen, dürften manchem unserer Eintagspolitiker ein wenig die Augen über unsere politische Situation geöffnet haben. Sie bewähren den Ausspruch unseres großen Strategen, daß wir Deutsche durch die letzten kriegerischen Erfolge wohl hier und da an Achtung, an Liebe indeß nirgends gewonnen haben und daß es jahrelanger Rüstungen und vielleicht erneuter opfervoller Kämpfe bedürfen wird, um das Eroberte zu behaupten.

Die politische Konstellation ist in der That eine nicht unbedenkliche. — Frankreich hat die Idee der Revanche niemals ernstlich aufgegeben. Dies beweisen seine Rüstungen, seine riesigen Aufwendungen für Militärzwecke und die Herrschaft, welche die Revanchegedanken und dessen wirksamster Vertreter, Gambetta, in jenem Lande auf die Massen ausüben. Auf der anderen Seite versetzt die panslavistische Agitation Rußland und die ihm stammverwandten Völker in eine für den Friedeu Europas sehr gefährliche Gährung. Daß diese nationalrussische Politik über kurz oder lang zu einem gewaltthätigen Ausbruch kommen wird, dürfte bei der Unmasse von Zündstoff, welche in diesem Lande aufgehäuft ist, kaum noch bezweifelt werden. Ebenso wenig herrscht aber eine Meinungsverschiedenheit darüber, — denn wenn eine solche bisher vorhanden gewesen, so haben die Erklärungen Skobelew's dieselbe gründlich beseitigt —, daß der erste russiche Angriff gegen die Deutschen und gegen Deutschland gerichtet sein wird und daß Frankreich diesen Angriff nur abwartet, um für die Niederlage des Jahres 1870 Revanche zu nehmen und uns Elsaß-Lothringen von Neuem zu entreißen.

Wenn man angesichts dieser bedrohlichen Aussichten das Verhalten unserer Regierung und das der Volksvertretungen des deutschen Reiches und Preußens prüft, so steht die Vorsorglichkeit jener zu der Kleinlichkeit und Kurzsichtigkeit dieser in geradem Verhältniß. Es rächt sich hier die in anderer Hinsicht ja sehr nützliche Praxis, das Parlament von der Kenntniß der

auswärtigen Politik nach Möglichkeit auszuschließen. Den Parlamentariern und dem Volke gehen dadurch die nationalen Gesichtspunkte verloren und so können wir es erleben, daß angesichts einer drohenden Weltlage im Parlamente tagelange Debatten über die Haltung der „Provinzial-Correspondenz" über die Agitation bei den Wahlen und dergleichen gepflogen werden, während Maßregeln, berechnet, die militärischen und wirthschaftlichen Kräfte des Reiches zu stärken, nur langsam und unter vielseitigem Widerspruch durchzudringen vermögen.

Den drohenden Verwickelungen zu begegnen und in ihnen mit Erfolg zu bestehen, giebt es nun drei Mittel, welche unbedingt zusammenwirken müssen: eine tüchtige Armee, gute Alliancen und eine zahlreiche physisch und wirthschaftlich leistungsfähige Bevölkerung. Daß die Armee auf der Höhe bleiben wird, dafür bürgt uns der Geist unseres Herrscherhauses und die Weisheit seiner Rathgeber. Auch Alliancen zu gewinnen, hat Deutschland nicht verabsäumt. Das deutsch-österreichische Bündniß, die neuerdings angeknüpften engeren Beziehungen zu Schweden können sich insbesondere Rußland gegenüber von großem Werthe erweisen. Es bleibt also noch die Stärkung unserer wirthschaftlichen Kräfte und hierin haben wir leider unsere Aufgabe noch nicht erreicht, ja in manchen Beziehungen sogar noch nicht einmal einen Anlauf genommen, dieselbe zu erreichen.

Die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands ist keine geringe, aber sie steht doch hinter der anderer Länder erheblich zurück. Wenn die westlichen Gebietstheile unseres Vaterlandes auch eine höher entwickelte Kultur und durchgängig mäßigen Wohlstand zeigen, so sind unsere Ostprovinzen dafür um so dürftiger ausgestattet; der Grundbesitz ist dort vielfach verschuldet, Industrie ist in erheblichem Umfange nicht vorhanden, die breite Masse des Volkes lebt in ärmlichen Verhältnissen. Nun beeinträchtigt diese wirthschaftliche Inferiorität allerdings nicht die militärische Tüchtigkeit jener Bevölkerung, aber der im Ganzen geringe Wohlstand unseres Volkes kann doch sehr gefährlich werden bei einer dauernden feindlichen Invasion, welche wir in den letzten Kriegen ja glücklicherweise vermieden haben, jedoch vielleicht nicht immer werden vermeiden können.

Zum Kriegführen gehörte schon zu Montecuculis Zeiten viel Geld, noch mehr aber heute und deshalb wird das Augenmerk der Regierung darauf gerichtet sein müssen, auch die wirthschaftlichen Kräfte des Landes nach Möglichkeit zu heben und den Landes-Wohlstand zu vergrößern.

Dies läßt sich nach Lage der internationalen wirthschaftspolitischen Verhältnisse zunächst ermöglichen durch Begünstigung der einheimischen Produktion auf den inneren und durch Förderung des Exports nach den fremden Märkten. Der nationale Zug, welcher in diesem Jahrhundert die politische Einigung mächtiger Volksstämme herbeigeführt hat, hat sich jetzt auf die Wirthschaftspolitik geworfen. Jedes Land strebt, sich vom Auslande wirthschaftlich unabhängig zu machen, und sucht zu dem Zweck seine Landwirthschaft zu entwickeln, neue Industrien heranzubilden und die bestehenden nach Kräften zu fördern. Die Konsequenz dieses Bestrebens ist eine allgemeine Schutzzollpolitik gewesen, der Deutschland gefolgt ist und folgen mußte und der innere Markt ist auch durch den neuen Zolltarif der deutschen Landwirthschaft und der deutschen Industrie bis zu einem gewissen Grade gesichert worden.

Wie steht es nun aber mit dem ausländischen? Es ist kein Zweifel, daß die Schutzzollpolitik der meisten europäischen Länder und der Vereinigten Staaten unsere Exportfähigkeit nach denselben beeinträchtigt hat und es fehlt jede Möglichkeit, hieran etwas zu ändern. Bleiben also noch die überseeischen neutralen Märkte, welche indeß zu Ablagerungsstätten der überschüssigen Producte Europas geworden sind und deshalb dem Export nur mäßige Gewinne in Aussicht stellen.

Die Bestrebungen, unseren Export zu erweitern, so nützlich sie sind, werden also voraussichtlich nur mäßige Erfolge erzielen und jedenfalls die wirthschaftlichen Kräfte des Landes erst im Laufe von Jahrzehnten merklich beeinflussen.

Um unsern Wohlstand bald und nachhaltig zu steigern, unsere wirthschaftliche Unabhängigkeit zu vollenden und auch um unsere politische Machtstellung aufrecht zu erhalten, dazu bietet sich ein anderer viel wirksamerer

Weg, welcher leider noch immer nicht beschritten ist, die Anlage und Erwerbung von überseeischen Kolonien. Ueberseeische Kolonien, wenn sie mit dem Mutterlande in politischer und wirthschaftlicher Verbindung bleiben, können die Quelle großen Wohlstandes und noch größerer politischer Machtfülle werden und Deutschlands Armuth im Vergleich zu England und Frankreich ist außer auf das ungünstige Klima im Wesentlichen auf den Mangel an Kolonien zurückzuführen.

Warum die Kolonialpolitik des weitsichtigen großen Kurfürsten nicht wieder aufgenommen und fortgeführt wird, ist uns ein Räthsel, zumal unsere gegenwärtige Machtstellung den günstigsten Zeitpunkt für die Erwerbung kolonialen Besitzes darbietet. Alle Welt okkupirt, annektirt und kolonisirt, nur wir nicht. Trotzdem ist unser Land übervölkert, Hunderttausende, im kräftigsten Alter stehende Männer verlassen jährlich die Heimath, ihre Arbeitskraft, ihre Habe geht Deutschland verloren. Wir brauchen große Mengen ausländischen Brotgetreides. Statt uns diese in eigenen Kolonien zu pflanzen, zahlen wir den Russen, den Ungarn und den Amerikanern große Beträge für Getreide-Importe. Unsere Industrie dürstet nach Export. Wir verweisen sie auf die neutralen Märkte, wo das kapitalmächtige England uns mit Leichtigkeit unterbietet. Sie hat in einigen ihrer Hauptzweige keine Rohstoffe im Lande, sondern ist in ihren Bezügen völlig vom Auslande abhängig und jeder Beraubung durch dasselbe ausgesetzt. Auch hier treten wir nicht helfend ein. Endlich bedarf unser Land in Folge seiner exponirten Lage einer großen Heeresmacht. Wir sehen aber ruhig zu, wie uns ein ungeheures Menschenmaterial durch Auswanderung alljährlich verloren geht, das wir uns bei zweckmäßiger Kolonisation leicht erhalten könnten. Wann wird man endlich an diese große Aufgabe mit dem nöthigen Ernst und der gebotenen Energie herantreten.

Jubiläum des General-Director Spiegelberg zu Braunschweig.

Ueber die Jubiläums-Feier des Herrn General-Director Spiegelberg schreibt man uns aus Braunschweig:

Dem am Freitag Abend dem Jubilar von ca. 300 Arbeitern der Fabrik gebrachten imposanten Fackelzug folgte am nächsten Morgen, den 18. cr. ein von den vereinten Gesangvereinen beider Fabriken vorgetragenes Ständchen. Hierauf wurde der Jubilar von der ihm von Sr. Hoheit dem Herzoge verliehenen Auszeichnung der Ernennung zum Kommerzienrath und durch ein seine Verdienste um die deutsche Industrie anerkennendes Schreiben des Herzoglichen Staatsministeriums überrascht. Um 9 Uhr erschienen in der Wohnung des Jubilars die Mitglieder des Aufsichtsraths der Braunschweigischen Actien-Gesellschaft für Jute- und Flachs-Industrie, unter welchen der Justizrath Haeusler, Herr H. Vieweg, Herr Geheime Finanzrath Wolff und Herr von Voigtländer und eine Deputation des Vereins deutscher Jute-Industrieller aus Meißen, Bremen, Gera, dessen Vorsitzender Herr Spiegelberg ist, und brachten ihre Glückwünsche dar, indem sie den Jubilar zugleich mit einem höchst kostbaren silbernen Tafelaufsatz als Zeichen ihrer Anerkennung und Erinnerung an den Ehrentag beschenkten. Weiter fanden sich ein der General-Sekretair des Central-Verbandes deutscher Industrieller. Herr Regierungsrath Beutner aus Berlin, der Schriftführer des Vereins deutscher Leinen-Industrieller, Herr Stumpf aus Osnabrück, und überbrachten Namens der benannten Vereine ihre Glückwünsche, wobei ersterer hervorhob, wie sich der Jubilar wegen seiner unermüdlichen Thätigkeit im Interesse der deutschen Industrie deren ganze Dankbarkeit erworben habe. Der Verein deutscher Leinen-Industrieller sandte eine prachtvoll ausgestattete Adresse. Während des ganzen Tages liefen unaufhörlich schriftliche wie telegraphische Beglückwünschungen von Nah und Fern, von Wien, London und Calcutta, ein; das Personal der Filialfabrik Vechelde that sich besonders durch fortwährende telegraphische Gratulationen hervor. Nachmittags gab der Aufsichtsrath der Gesellschaft dem Jubilar und dessen Gattin ein solennes Diner im oberen Saale des Bahnhofsrestaurants, an welchem als Ehrengäste Se. Excellenz Staatsminister Graf von Görtz-Wrisberg, sowie die erschienenen fremden Deputationen, unter welchen auch Dr. Siemens aus Berlin sich befand, Theil nahmen. Der Vorsitzende des Aufsichtsraths, Herr Justizrath Haeusler, leitete die Reihe der Festreden durch einen Toast auf Se. Majestät den

Kaiser und Se. Hoheit den Herzog ein. Herr Regierungsrath Beutner hob in längerer Rede hervor, wie unter den verbündeten deutschen Regierungen vor allem die Herzogliche Landesregierung in der Verfolgung einer wahrhaft nationalen Richtung auf wirthschaftlichem Gebiete die Ziele der Reichsregierung unterstütze und ihre Vertretung im Bundesrathe durch ihren Bevollmächtigten, Se. Excellenz den Herrn Dr. v. Liebe, in Berlin von allen Seiten die höchste Anerkennung finde. Herr Graf Görtz-Wrisberg versicherte in kurzer warmer Erwiederung, daß die Herzogliche Regierung dem Gedeihen der deutschen Industrie nach wie vor das lebhafteste Interesse widme und wünschte derselben, namentlich der Jute-Industrie, welche Herr Spiegelberg zuerst in Deutschland und zwar auf braunschweigischem Boden begründet, eine glückliche Zukunft. Während des Festessens erschien eine Deputation der Arbeiterinnen, bestehend aus drei jungen Mädchen, welche dem Jubilar ein Festgedicht und ein Blumenbouquet überreichte. Der Aufsichtsrath der Gesellschaft hatte Abends den Mitgliedern der Gesangvereine beider Fabriken hier und in Vechelde ein Abendessen und einen Ball veranstaltet.

Der Gotthard.

— u. Nachdem der Verkehr über den Gotthard (freilich noch gehemmt durch das theilweise Fehlen der Zufahrtslinien) sich zu entfalten begonnen hat, dürfte es an der Zeit sein, auf die Wirkungen hinzuweisen, welche dieser Verkehr voraussichtlich für unsere kommerziellen und industriellen Verhältnisse haben wird. Von den Fortschritten des Kosmopolitismus, welche aus dieser neuen Völker-Verbindung hervorgehen dürften, sehen wir hierbei ab, da solche sich einer Berechnung zu sehr entziehen. Wohl kann es nicht ohne erfreuliche Folgen bleiben, wenn der Süden und der Norden Europas sich einander so nahe gerückt sehen und dadurch ein gegenseitiges Verständniß Beider in so hohem Maße erleichtert wird; aber Erfahrungen auf verwandtem Gebiet — man denke an die Weltausstellungen und an die „Aera des ewigen Friedens" die man von ihrem Beginn datiren wollte — haben uns gelehrt, in dieser Hinsicht vorsichtig zu sein und uns vor Ueberschätzungen zu hüten. Be-

gnügen wir uns daher, diejenigen Resultate der großen Central-Alpenbahn zu skizziren, die sich mit einer gewissen Sicherheit aus Gegebenem ableiten lassen.

Zunächst wird unser nicht unbedeutender, direkter Verkehr mit Italien einen kräftigen Aufschwung nehmen. Es mag noch zweifelhaft erscheinen, in welchem Umfange es der deutschen Kohle gelingen wird, jenseits des Alpenkammes der englischen Kohle Konkurrenz zu machen; bis zu einem gewissen Punkte aber wird dies ohne Zweifel der Fall sein können. Mailand und Turin zum mindesten können und müssen von uns erobert werden, wenn auch Genua den Engländern unbestritten bleiben dürfte. Allerdings müssen zu diesem Behufe Massenfrachtsätze bewilligt werden, die bis heute noch fehlen. Von manchem deutschen Industrieprodukte wird Aehnliches gelten, und auch der Absatz italienischer Produkte nach Deutschland wird einen kräftigen Impuls erhalten.

Wichtiger noch ist die bessere Verbindung mit der Levante, welche Deutschland mit dem Gotthard erhalten hat. Deutschland ist für einen nicht unansehnlichen Theil seiner Zukunftshoffnungen auf wirthschaftlichem Gebiete darauf angewiesen, in der Levante Absatz (und vielleicht sogar Kolonisationsgebiet) zu finden. Die Donaustraße ist uns hierfür unerläßlich, und wir werden sie uns allmählich erobern bezw. zugänglich machen müssen; aber wir werden dies umso besser können, je festeren Fuß wir von anderer Seite her bereits gefaßt haben. Mühsam ist dies bisher von unseren Seestädten sowie von Triest aus angestrebt worden; der Gotthard, mit seiner raschen Ueberlandverbindung nach Brindisi, wird nun eine Linie herstellen, auf und mittelst welcher Deutschland sehr wohl im Stande ist, eine Hauptrolle, ja wohl gar die Hauptrolle zu spielen. Daß dies nicht nur für den Absatz deutscher Produkte und die Beschaffung dortländischer Konsumartikel für Deutschland, sondern auch für einen entsprechenden Theil des durchgehenden Verkehrs gilt, braucht wohl kaum bemerkt zu werden. Mindestens für Skandinavien müssen wir mittelst des Gotthard wieder die frühere Alleinherrschaft im Weltverkehr erlangen.

Für den allerwichtigsten Punkt aber halten wir die ungeheure Bedeutung, welche der Gotthard der Rhein-

thalstraße verleihen muß. So unbestritten die landschaftliche und kulturhistorische Herrlichkeit des Rheinstromes ist, so wenig hat derselbe bisher als Welthandelsstraße bedeutet, während er doch in Wahrheit, zumal seit der Wiedervereinigung des Elsaß mit Deutschland, eine solche von gar nicht hoch genug anzuschlagender Trefflichkeit ist. Wo auf der Welt wiederholt sich das Schauspiel, daß die nahezu schnurgerade Linie von einem Welthandels-Ausgangspunkte wie dem Gotthard nach solchen Welthandels- und Weltindustrie-Ländern wie Holland und England durch ein so breites und bequemes, so produktenreiches, mit einem solchen Kranze herrlicher Städte besetztes Stromthal führt, welches derart die Vortheile der Schifffahrt überall neben denen der Eisenbahnen darbietet? Wir brauchen gar nicht von den unermeßlichen nationalen Vortheilen zu reden, welche die hier angedeutete Entwicklung für uns als Deutsche hat; wiewohl wir unsererseits überzeugt sind, daß die Eigenschaft des Rheinthals von Basel bis Rotterdam als Welthandelsstraße die noch widerstrebenden Elemente schneller und gründlicher zusammenschmelzen wird, als alle systematische Germanisirung dies vermöchte. Selbst abgesehen hiervon muß der Vortheil für das deutsche Geschäft und müssen die Antriebe, die demselben zufließen, ebenso zahlreich wie großartig sein. Das ist die eigentliche Wichtigkeit des Gotthard für Deutschland, daß er den schon von Natur gesegneten Theil unseres Vaterlandes mitten in den Weltverkehr hineinrückt, und insofern hatten die Franzosen nicht so ganz Unrecht, als sie diese Ueberschienung eine specifisch deutsche nannten und ihr im Simplon oder Montblanc eine specifisch französische gegenüberstellen wollten.

Ein nicht zu verachtender Nebenvortheil des Gotthard endlich liegt für uns in der Steigerung des Verkehrs mit dem besten Theile der Schweiz, welche ohne Zweifel aus ihm hervorgehen wird. Auch hier gehen ideale und reale Interessen Hand in Hand. Wir haben Vorurtheile zu zerstreuen, wir haben Eigenart geltend zu machen, wir haben unseren berechtigten kulturhistorischen und nationalen Einfluß zu üben auf Gebieten, welche noch vor wenigen hundert Jahren zu Deutschland ge-

hörten. Aber wir haben uns auch neue Absatz- und Arbeitsgebiet zu erkämpfen, und es fehlt in der Schweiz nicht an solchen.

Der Gotthard kann der Beginn einer neuen Aera für unser wirthschaftliches und nationales Leben bedeuten. Hoffen wir, daß der große Moment kein kleines Geschlecht findet!

Zur Geschichte der deutschen Eisenzölle*).

Ueber dieses Thema hat Herr Dr. Sering eine im Verlage von Duncker u. Humblot erschienene größere Abhandlung veröffentlicht, welche in ihrem historischen Theile alle Anerkennung verdient, deren praktische Schlußfolgerungen wir uns aber nicht zu eigen machen möchten. Herr Dr. Sering glaubt nämlich aus dem von ihm mit vielen Fleiß zusammengetragenen statistischen Material die Schlußfolgerung ziehen zu müssen, daß die allgemeine Wiedereinführung bezw. Erhöhung der Eisenzölle im Jahre 1879 für Deutschlands Eisenindustrie nicht allein nicht nothwendig, sondern in mancher Hinsicht sogar schädlich gewesen sei. Er begründet dies im Wesentlichen auf die Thatsache, daß die ausländische Konkurrenz auf dem deutschen Eisen-Markte quantitativ erheblich zurückgegangen, dagegen der Export der deutschen Eisen-Industrie in bedeutendem Aufschwunge begriffen sei und zeichnet in einem Rückblicke die Situation der letzten Jahre dahin, daß mit dem Uebergang zur Stahlfabrikation und bei dem hieraus folgenden großen Bedarf an ausländischen Erzen für gewisse Zweige der Hochofen-Industrie allerdings ein mäßiger Schutzzoll nothwendig geworden sei, der Grund dafür aber nunmehr, nach Ausnahme des Entphosphorungs-Verfahrens, weggefallen wäre, da der deutschen Industrie gegenwärtig im eigenen Lande ausreichende

*) Geschichte der preußischen-deutschen Eisenzölle von 1818 bis zur Gegenwart. Von Dr. Max Sering. Leipzig. Duncker u. Heinblot. 8 Mk.

Mengen geeigneter Erze zu Gebote ständen und überhaupt die deutsche Eisenindustrie durch die erwähnte Erfindung, der englischen völlig ebenbürtig geworden wäre. Der Herr Verfasser begründet diese Auffassung, wie bereits erwähnt, durch die Produktions- und Handelsstatistik unserer Eisen-Industrie, indem er aus der geringen Einfuhr fremder Eisenfabrikate in Deutschland die Ueberflüssigkeit der Eisenzölle ableiten zu können vermeint. Letzteres ist aber durchaus nicht zulässig, da hierbei das Abhängigkeits-Verhältniß der deutschen Eisenindustrie von ihrer englischen Rivalin, wie es in der Preishaltung der Eisenfabrikate hervortritt, ganz außer Acht gelassen ist. Herr Dr. Sering würde seinen statistischen Untersuchungen einen viel höheren Werth gegeben haben, wenn er dieselben auch auf die Preisfluktuationen der hauptsächlichsten Eisenfabrikate ausgedehnt hätte, denn es ist offenbar, daß die Konkurrenzmacht Englands nicht allein nach dem Quantum der Importe zu messen ist, welche dieses Land einem anderen aufzudrängen vermag, sondern hauptsächlich darnach, in wie weit die Marktpreise in England auf die Gestaltung der Preisverhältnisse in der deutschen Eisenindustrie influiren. Daß letzteres in sehr hohem Maße noch heute der Fall ist, dürfte bekannt sein und so wird man von einer völlig ebenbürtigen Stellung der deutschen Eisenindustrie neben der englichen noch nicht sprechen können, was überhaupt angesichts der vielen Vorzüge der englichen Industrie in Ansehung ihrer Lage, ihrer kolonialen Märkte, ihrer großen Kapitalkraft 2c. etwas mißlich sein dürfte. Die deutschen Eisenzölle haben die Hauptaufgabe, unsere Eisenindustrie vor der englischen Schleuderkonkurrenz zu schützen und ihr im Inlande einen sicheren, mäßigen Gewinn bringenden Markt zu verschaffen. Die Erfindung des Entphosphorirungs-Verfahrens hat daran nicht viel geändert, denn wenn wir durch dasselbe England gegenüber auch ein wenig konkurrenzfähiger geworden sind, so bleibt doch die Gefahr der Ueberproduktion und der Ueberfluthung des deutschen Marktes mit englischem Eisen nach wie vor bestehen, und dieser zu begegnen, dazu bedürfen wir des Fortbestandes der Eisenzölle.

Ja, Bauer, das ist ganz was And'res!

u. Schon in einem früheren Artikel haben wir einmal die Frage aufgeworfen, welches wohl die Sprache der freihändlerischen Blätter sein würde, wenn die Erfolge der gegenwärtigen Wirthschaftspolitik von einer in ihrem Sinne betriebenen errungen worden wären. Man denke sich die Herren Eugen Richter, Rickert und Bamberger, das aus allen äußeren wie inneren Kennzeichen sich ergebende und durch die Handelskammern bestätigte allgemeine Gedeihen gegen die nergelnden, kleinlichen, unpatriotischen Ausführungen der Schutzzöllner vetretend! Man denke sich insbesondere die Mischung von Hohn, Verachtung und sittlicher Entrüstung, mit welcher alsdann solche Hinweise wie z. B. die auf die gestiegene Zahl der Konkurse zurückgewiesen werden würden! „Können denn" — so würde es dann heißen — „diese Jämmerlinge gar nicht begreifen, daß die Welt darum nicht zu Grunde geht, weil einmal ein Paar unvorsichtige und übereifrige Unternehmer sich nicht zu halten vermögen und ein paar tausend Thaler Verlust verursachen, und daß der wiedererwachte Unternehmungsgeist eines Volkes Vortheile im Gefolge hat, denen gegenüber selbst eine weit größere Menge von Verlusten kaum ins Gewicht fiele? Wissen sie nicht, daß ein neuer Aufschwung des geschäftlichen Lebens geradezu nicht denkbar ist ohne eine Anzahl von Zusammenbrüchen, und daß die letzteren streng genommen gar nicht auf das Konto der neuen, sondern auf dasjenige der früheren Periode zu setzen sind? Geschäftsthätigkeit und Unternehmungslust haben zugenommen, das zeigt uns die mächtig gestiegene Zahl der handelsrichterlichen Eintragungen, und wenn einstweilen zwar auch die Zahl der Konkurse noch gestiegen ist, so beweist das nur die Härte der Nachwirkungen aus früherer Zeit und die Schwere des Kampfes, den der beginnende Aufschwung überall zu kämpfen hat!" Will Jemand im Ernste bezweifeln, daß unsere freihändlerisch-fortschrittlichen Blätter und Volksvertreter so sprechen würden, wenn die Lage eine umgekehrte wäre, als sie es gegenwärtig ist? Auch könnte ihnen kein Mensch diese Sprache übel

nehmen und Niemand würde es ihnen verdenken, wenn das Bewußtsein, die „schöne Rolle“ zu spielen, aus jedem Worte spräche. Nun, heute spielen wir die „schöne Rolle“ und unsere Gegner sehen sich zu der unangenehmen Aufgabe verurtheilt, mühsam nach unliebsamen Erscheinungen auf dem weiten Gebiete unseres wirthschaftlichen Lebens umherzuspähen. Kann Jemand sich wundern, daß sie sich darüber unwirsch zeigen?

Nach und nach bekommt die Behauptung, es lasse sich noch kein erfreuliches Resultat der neuen Wirthschaftspolitik nachweisen, einen lächerlichen Anstrich und die gegnerischen Blätter fangen auch an, dieses Thema nur noch mit großer Vorsicht zu behandeln. Eine Rückendeckung haben sie sich ja auf alle Fälle geschaffen: Die Behauptung, daß die Besserung eine allgemeine, weltgeschäftliche sei und daher auch ohne die veränderte Wirthschaftspolitik auch bei uns jetzt unfehlbar eingetreten wäre, so daß, was von Besserung vorhanden oder bevorstehend sei, immer nicht wegen, sondern trotz der neuen Wirthschaftspolitik einträte. Den Rückzug beginnen sie sich, wie wir schon vor einiger Zeit ausführten, durch den eifrigen Hinweis darauf zu decken, daß sich ja nach einer so kurzen Zeit noch nichts sagen lasse und erst bestimmtere, allgemeinere, auf einen längeren Zeitraum sich erstreckende Beobachtungen abgewartet werden müßten. Merkwürdig, daß letzteres Argument um so lebhafter geltend gemacht wird, je mehr Jahre verstreichen; gleich nach dem ersten Jahre, wo es am Platz gewesen wäre, erwähnte man gegnerischerseits diesen Gesichtspunkt gar nicht, sondern that so, als sei die neue Wirthschaftspolitik auf ewig gerichtet, sobald es ihr nicht schon im ersten Jahre gelungen sei, alles Krumme gerade zu machen, während jedes ablaufende Jahr den erwähnten Hinweis lauter ertönen läßt, so daß wir uns endlich noch genöthigt sehen werden bis in's nächste Jahrtausend zu warten, ehe wir von definitiven Resultaten sprechen dürfen. In Wahrheit aber kann heute kein Mensch mehr an der Realität der erfreulichen Einwirkungen zweifeln, welche durch die neue Politik ausgeübt worden sind. Selbst die Hansastädte verspüren diese Wirkungen; oder sollte es so ganz und gar nur zufällig sein, daß

die Verkehrsgebiete und die neuen Unternehmungen dort so auffällig in der Zunahme begriffen sind? Unsere Industrie erholt sich, unsere Landwirthschaft beginnt aufzuathmen, unser Unternehmungsgeist entfaltet nach allen Richtungen seine Schwingen. Komme das woher es wolle — wir behaupten ja nicht, daß es allein auf die neu eingeführten Schutzzölle zurückzuführen sei — so ist doch sicher, daß diese Periode des Besserwerdens zusammenfällt mit derjenigen der neuen Wirthschaftspolitik und auch wohl nicht ohne inneren Zusammenhang mit derselben ist. Aber zum Bewußtsein dieser Thatsache darf das Volk nicht kommen; darum die wüthenden Angriffe, welche gegenwärtig im preuß. Abgeordnetenhause gegen die Regierung gerichtet werden und deren Hauptzweck nach unserer Ueberzeugung darin besteht, die öffentliche Aufmerksamkeit abzulenken.

Die neue Wirthschaftspolitik vor dem Richterstuhl der Praxis.

Bekanntlich richtete die General-Versammlung des Vereins zur Wahrung der wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen am 29. November v. J. an den Herrn Reichskanzler ein Telegramm, in welchem ausgesprochen war, daß sich die Arbeit gehoben habe, daß die Arbeit lohnender geworden sei und daß sich demgemäß mit den gesammten wirthschaftlichen Verhältnissen namentlich die Lage der Arbeiter gebessert habe.

Dieses Telegramms wegen ist der Verein in freihändlerischen Zeitungen und Arbeiter-Versammlungen schwer angegriffen worden, indem er beschuldigt wurde, dem Herrn Reichskanzler in tendenziöser Absicht ein falsches Bild von den wirthschaftlichen Verhältnissen, namentlich von der Lage der Arbeiter, entworfen zu haben. Dem Telegramm des Vereins wurde die Behauptung gegenüber gestellt, daß sich die Lage der Arbeiter noch in keiner Weise gebessert habe.

Diesen Angriffen gegenüber sah sich der Vorstand des Vereins veranlaßt, nach den ihm von seinen Mitgliedern

zugegangenen speciellen Mittheilungen dem Herrn Reichskanzler mit Eingabe vom 1. Februar 1882 ein umfangreiches, von genauen statistischen Angaben begleitetes Material zu unterbreiten, in welchem der auf specielle Ziffern gestützte Beweis geführt wird, daß in den verschiedensten Industrien von Rheinland und Westfalen im Vergleiche zum Jahre 1878—79 im Jahre 1880—81 sehr viele Arbeiter mehr Beschäftigung gefunden haben, daß sich mit Ausnahme weniger Fälle die Durchschnittseinnahme der Arbeiter gesteigert, daß sich demgemäß die Gesammtlage der Arbeiter gebessert hat.

Indem wir uns für einen spätern Artikel denjenigen ebenfalls sehr lehrreichen Theil der Eingabe vorbehalten, welcher sich in Folge scharfer Angriffe auf den Vereinspräsidenten, speciell mit den Verhältnissen der Barmer Industriellen beschäftigt, beschränken wir uns heute auf die Wiedergabe eines Resumés über die Arbeiterverhältnisse.

Es ergiebt sich aus den mitgetheilten Tabellen, daß auf 128 verschiedenen industriellen Etablissements im Jahre 1878—79 91,832, im Jahre 1880—81 jedoch 109,664, also 18,282 oder 20 pCt. Arbeiter mehr beschäftigt waren, daß sich nach den weiter vorliegenden, nicht zur ziffermäßigen Vergleichung geeigneten Berichten auch auf den meisten anderen Etablissements die Arbeiterzahl vermehrt hat und daß die Arbeiter auf den allermeisten der Bericht erstattenden 184 Etablissements auch mehr verdient haben.

Der Verein hat seine sämmtlichen industriellen Mitglieder, auch diejenigen, welche der neuen Wirthschaftspolitik nicht wohlwollend gegenüber stehen, zur Berichterstattung aufgefordert. Die eingegangenen Berichte stammen aus den verschiedensten Gegenden von Rheinland und Westfalen, was übrigens auch aus der großen Verschiedenheit der Lohnsätze, welche die speciellen Angaben der Tabellen aufführen, hervorgeht. Wenn angeführt werden sollte, daß sich die Angaben des Vereins nur auf eine verhältnißmäßig sehr geringe Zahl der vorhandenen industriellen Etablissements beziehen und daher nichts beweisen könnten, so ist dagegen zu bemerken, daß die Anzahl groß genug erscheint, um ein Bild von den

durchschnittlichen Verhältnissen zu geben, daß aber namentlich die Arbeiter- und Lohnverhältnisse nicht von den einzelnen Etablissements willkürlich gestaltet werden können, sondern daß sie durch die Concurrenz der gleichartigen, gewöhnlich in gewissen Districten zusammenliegenden industriellen Unternehmungen geregelt werden. So befinden sich beispielsweise in dem nicht sehr weit ausgedehnten rheinisch-westf. Kohlenreviere ca. 200 dicht bei einander liegende Zechen, bei denen sich die Verhältnisse jetzt so günstig für die Arbeiter gestaltet haben, daß jeder Arbeiter, der seine Zeche mit Abkehr verläßt, mit Sicherheit darauf rechnen kann, sofort wieder eine andere Arbeitsstelle zu finden. Die Löhne müssen sich also hier nach dem natürlichen Verhältniß von Angebot und Nachfrage regeln. Wenn der Verein in diesem Bezirke also von ca. 30 Zechen specielle Angaben machte, so müssen diese unbedingt ein Bild von den Gesammtverhältnissen geben. Die Generalversammlung des Vereins war auf Grund dessen ohne Zweifel voll berechtigt, in dem Telegramm an den Reichskanzler zu behaupten, daß sich die Arbeit erheblich gemehrt hat. Diese Thatsache der Arbeitsvermehrung allein hätte der Generalversammlung schon hinreichenden Grund geben können, daran die fernere Behauptung zu knüpfen, daß sich die Lage der Arbeiter gebessert habe. Denn wenn bedeutende Massen von Arbeitern wieder in die industrielle Thätigeingestellt werden konnten, so muß angenommen werden, daß sie vordem bei weniger lohnender Arbeit, oder gar nicht, beschäftigt waren. Ein solcher Wechsel aber muß als eine Besserung in der Gesammtlage des Arbeiterstandes betrachtet werden, denn es muß sich hieran die Folgerung knüpfen, daß auch bei denjenigen Arbeiten, bei denen die Industriearbeiter solange Beschäftigung suchten, jetzt, nachdem diese wieder zu ihrer gewohnten, lohnenderen Beschäftigung zurückkehren, durch die Abnahme des Angebotes von Arbeitskräften eine Besserung der Lohnverhältnisse eintreten muß.

Aber der Verein hat auch ziffermäßig nachgewiesen, daß in den allermeisten, der von ihm angeführten 184 Fälle sich der durchschnittliche Verdienst der Arbeiter vermehrt hat. Die Generalversammlung war daher berechtigt zu

sagen, daß die Arbeit lohnender geworden ist und sie konnte somit um so mehr und mit um so größerer Befugniß zu der Behauptung gelangen, daß sich mit unseren gesammten, wirthschaftlichen Verhältnissen namentlich die Lage der Arbeiter gebessert habe.

Die Tabaksmonopol-Vorlage.

Hiesige Blätter verbreiten geflissentlich die Nachricht, daß Vorbesprechungen unter den Mitgliedern des Volkswirthschaftsrathes bereits die völlige Aussichtslosigkeit der Annahme der Tabaksmonopol-Vorlage in dieser Körperschaft ergeben hätten. Wenn in irgend einem Falle, so ist hier der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. Abgesehen davon, daß der Volkswirthschaftsrath weder etwas anzunehmen, noch abzulehnen hat, sondern nur dazu berufen ist, sich über regierungsseitig beschlossene Gesetzentwürfe gutachtlich zu äußern, und eventuell Verbesserungsvorschläge zu machen, ist doch auch die Zeit seit dem Bekanntwerden des Gesetzentwurfs zu kurz und bedarf derselbe außerdem noch einer viel eindringenderen Prüfung, als daß jeder Volkswirthschaftsrath etwa sein Votum schon nach kurzem Studium des Entwurfs, zu dem die Motive noch dazu soeben erst erschienen sind, fertig in der Tasche haben könnte. Die Presse verkennt überhaupt die Stellung des Volkswirthschaftsrathes, wenn sie an die Berathungen und Beschlüsse desselben den gleichen politischen Maßstab legt, wie an die der parlamentarischen Körperschaften. Der Volkswirthschaftsrath ist nichts weiter als eine technisch begutachtende Korporation, welche von der politischen Seite der ihr vorgelegten Entwürfe, soweit nur immer möglich, völlig zu abstrahiren hat. Nur wenn der Volkswirthschaftsrath dieser seiner technisch-wirthschaftlichen Aufgabe mit allem Eifer nachgeht, wird er seinen Zweck vollkommen erreichen und auch nur dann wird er sich, wie wir glauben, zu einer dauernden Institution des Landes gestalten. Eine weitgehende Betonung politischer Gesichtspunkte in den Berathungen dieser

Körperschaft würde nur dem unseres Erachtens bisher ganz ungerechtfertigten Verdacht weiter Nahrung geben, daß mit denselben den parlamentarischen Körperschaften ein Gegengewicht geboten werden sollte, was offenkundig dem Gesetz wie der Verfassung wiederstreiten würde.

Der Schwerpunkt der Berathungen des Volkswirthschaftsrathes in der Tabaksmonopol-Vorlage liegt also in der wirthschaftlichen Seite und hier wird die Körperschaft allerdings genug zu thun haben, um alle die Uebertreibungen, welche von Seiten der Gegner des Tabaksmonopols in den letzten Jahren verbrochen wurden, auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Die Hauptfrage ist dabei ohne Zweifel, ob und in welcher Weise am leichtesten die Ueberführung der bestehenden Tabakindustrie in den Staatsbetrieb möglich ist. Das Tabaksmonopol als solches hat weniger Gegner, als man allgemein glaubt. Eigentlich ist nur die crasse Manchesterpartei dagegen. Der Abgeordnete Windthorst erklärte im Reichstage ausdrücklich, allerdings nur für sich, nicht für seine Partei, daß er dem Tabaksmonopol gar nicht unsympathisch gegenüber stände, wenn nur die Schwierigkeiten, welche die Depossedirung der Privatindustrie, die Entschädigung der Fabrikanten, Händler und Arbeiter, darbiete, sich überwinden ließen und ebenso wird die weitaus größte Mehrheit des Reichstages denken.

Die Schwierigkeiten der Verstaatlichung der Tabaksindustrie sind nun allerdings groß, aber nicht so groß, als uns die Interessenten im Bunde mit den Freihändlern sans phrase glauben machen wollen. Gewichtige Zweifel erregen zunächst die gegnerischen Behauptungen über die Ausdehnung der Tabaksindustrie und des Tabakshandels. Man spricht davon, daß es 13,164 Tabaksfabrikanten und 366,328 Tabakshändler giebt, ferner daß 140,000 Personen in der Tabaksfabrikation beschäftigt sind. Diese Zahlen mögen numerisch richtig sein, aber es ist doch zu berücksichtigen, daß sich unter den Fabriken viele sehr kleine Betriebe befinden, und daß insbesondere der weitaus größte Theil der Händler den Tabakshandel als Nebenbeschäftigung betreibt. Fast alle Colonialwaarenhändler der Provinz, die sogenannten Materialisten, verkaufen Tabak und sind Tabakhändler, ohne daß sie

aus diesem Geschäft einen wesentlichen Theil ihres Einkommens ziehen, der ihnen beim Staatsbetrieb übrigens ganz gut erhalten bleiben kann. Es wäre jedenfalls schon eine dankenswerthe Leistung, wenn diese Angaben im Schooße des Volkswirthschaftsrathes nach Möglichkeit richtig gestellt würden.

Sodann die Frage der aus dem Staatsbetriebe folgenden Verminderung der Arbeiterzahl. In Frankreich beschäftigt die Staatsindustrie nur 16,000 Arbeiter und die liberale Presse folgert daraus ohne Weiteres, daß auch auch bei uns 16—20,000 Arbeiter für den Monopolbetrieb genügen, somit die übrigen 120,000 brodlos werden würden. In Frankreich wird nun aber ganz vorwiegend Rauchtabak consumirt, während bei uns sich die Cigarre einer entschiedenen Beliebtheit erfreut, die auch unter dem Monopol kaum abnehmen wird, da die Cigarrenpreise nach dem Gesetzentwurf die heutigen Preise nicht übersteigen werden. Bei uns wird also, und noch mehr wie in Oesterreich, ohne Zweifel auch unter dem Monopol eine große Cigarrenfabrikation bestehen bleiben und da diese im Vergleich zur Rauchtabakfabrikation bei Weitem mehr Arbeiter beschäftigt, so wird sich auch die Zahl der in den Staatsbetrieb zu übernehmenden Arbeiter ganz wesentlich höher stellen, als von den Gegnern der Vorlage behauptet wird.

Diese und andere Verhältnisse genauer zu prüfen, wird der Volkswirthschaftsrath nicht umhin können. Insbesondere dürfte sein Gutachten auch darüber in Anspruch genommen werden, ob die ausgeworfene Entschädigung an die Fabrikanten, Händler und Arbeiter mit 235 Millionen Mk. reichlich genug bemessen erscheint, ob der Entschädigungsmodus, wie ihn der Entwurf feststellt, ein wirthschaftlich zweckmäßiger und gerechtfertigter ist, inwieweit auch bei dem Monopol der Privatbetrieb der Tabakindustrie, allerdings unter Staatsaufsicht erhalten bleiben könnte u. s. w. Wir hoffen, daß eine sachliche eindringende Berathung in dieser Beziehung manche nützlichen Vorschläge und Bemerkungen zu Tage fördern wird.

Deutsche Kohle.

Wie es eine unbestrittene Thatsache ist, daß Großbritannien die ungeheure Entwicklung seiner Industrie seinem Reichthum an guter Steinkohle verdankt, so dürfen wir in Deutschland den verhältnißmäßig schnellen Aufschwung unserer Industrie zu ihrer jetzigen Höhe nicht minder auf unseren Kohlenreichthum zurückführen. Ein wichtiger Umstand für Großbritanniens Kohlenproduction aber ist es weiter, daß es seine Kohlenfelder auch im Interesse directen Exports ausbeutet, denn die Steinkohle nimmt in seiner Handelsbilanz eine ganz hervorragende Stellung ein. Indeß auch wir dürfen hoffen, daß in nicht all zu ferner Zeit ihm Deutschland darin folgen wird, denn es steht mit seiner Kohlenproduction auf dem Festlande allen andern Staaten voran und hat in Bezug auf den Export seiner Kohle neuerdings schon recht beachtenswerthe Erfolge erreicht. Weit hinter Deutschlands Kohlen-Production folgt erst diejenige Frankreichs, Belgiens, Oesterreichs, Schwedens u. s. w., wie die nachfolgenden Ziffern dies ersehen lassen.

Die Kohlenproduction betrug

in	1870 Tons	1880 Tons	Zunahme
Großbritannien	107,506,683	147,000,000	37 pCt.
Ver. Staaten	28,000,000	63,500,000	127 „
Deutschland	29,373,000	46,973,000	58 „
Frankreich	13,509,000	18,857,000	35 „
Belgien	12,943,000	14,000,000	82 „
Oesterreich	4,100,000	6,000,000	46 „
Rußland	588,000	2,200,000	275 „
Spanien	550,000	750,000	36 „

Nächst Großbritannien, welches alle anderen Länder weit überragt, war also Deutschlands Kohlenproduction die größte in Europa.

Was die Zunahme der Production während des Decenniums 1870/80 anlangt, so war sie in denjenigen Ländern, welche einen noch wenig erschlossenen unermeßlichen Mineralreichthum in sich bergen, nämlich in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Rußland, wo man erst in neuester Zeit angefangen hat, diese Schätze mit größerem Eifer an das Licht des Tages zu

fördern, bei Weitem am bedeutendsten; in Rußland hatte sich dieselbe im genannten Zeitraum fast vervierfacht und in den Vereinigten Staaten mehr als verdoppelt; nach ihnen folgt Belgien mit einer Zunahme von 82 pCt., dann Deutschland mit 58 pCt.

Deutschlands Steinkohlenproduction belief sich im Ganzen 1879 auf 42,025,687 Tons, 1880 auf 46,973,566 Tons; das ergiebt eine Jahreszunahme von 11,8 pCt.; im Jahre 1881, von welchem die Productionsziffern noch nicht vorliegen, hat nach allen Berichten die Production eine noch viel größere Zunahme erfahren. Auch die deutsche Braunkohlenproduction, welche sich im Jahre 1880 auf 12,144,469 Tons belief, wird für das Jahr 1881 als wesentlich höher angegeben.

Ein Bild von der Konkurrenz, mit welcher die deutsche Kohle gegen die ausländische, vorwiegend englische Steinkohle, zu kämpfen hat, liefern folgende Zahlen.

Es wurden in das deutsche Zollgebiet eingeführt:

	1880		1881	
Steinkohlen	2,058,858	Tons	1,953,150	Tons
Cokes	228,216	„	170,310	„
Braunkohlen	3,081,269	„	3,064,030	„
zusammen	5,368,343	Tons	5,187,490	Tons.

Die gesammte Kohleneinfuhr des Jahres 1881 ist hiernach gegen das Vorjahr um 3,2 pCt. zurückgegangen; dieser erfreuliche Rückgang betrug bei

Steinkohlen . . .	5,1	pCt.
Cokes	25,4	„
Braunkohlen . .	0,5	„

Ausgeführt wurde in den beiden letzten Jahren

	1880		1881	
Steinkohlen	7,236,465	Tons	7,458,250	Tons
Cokes	343,803	„	430,270	„
Braunkohlen	19,214	„	23,570	„
zusammen	7,599,482	Tons	7,912,090	Tons

Die gesammte Kohlenausfuhr ist also 1881 gegen das Vorjahr um 312,608 Tons oder 4,1 pCt. gestiegen, diese Steigerung belief sich für

Steinkohlen auf . . .	3,1	pCt.
Cokes auf	25,2	„
Braunkohlen auf . . .	22,2	„

Im Jahre 1880 überstieg die Ausfuhr die Einfuhr an Kohlen um 2,231,139 Tons, im Jahre 1881 ist diese Ziffer auf 2,724,600 Tons gestiegen.

Während mit Ausnahme von Württemberg, Mecklenburg-Strelitz, Waldeck, Reuß ä. L. und den Hansestädten alle deutsche Bundesstaaten an der Kohlenproduction betheiligt sind, so ist doch bei Weitem am hervorragendsten die Steinkohlenförderung des Oberbergamts-Bezirks Dortmund. Die Production dieses Bezirks belief sich

1878 auf	19,209,458	Tons
1879 auf	20,380,420	„
1880 auf	22,495,204	„
1881 auf ca.	25,000,000	„

Die vortreffliche Qualität dieser Kohle, welche der englischen nicht nachsteht, läßt sie für den Export ganz besonders wichtig erscheinen. Es wurde denn auch von westfälischen Kohlen ins Ausland versandt:

1878:	1,518,494	Tons
1879:	1,572,128	„
1880:	1,832,702	„

Die Ausfuhr ist demnach 1879 gegen das Vorjahr um 3,5 pCt. und 1880 gegen 1879 aber um 16,6 pCt. gestiegen, und alle Anzeichen des Versandts im Jahre 1881 deuten auf eine sehr bedeutende Steigerung gegen das Vorjahr hin.

Vergleicht man nun mit der durch die Natur in reichlichem Maße begünstigten Lage der großbritannischen Insel die geographische Lage des westfälischen Kohlenbeckens gegen die See, so ist man leicht geneigt, demselben die Möglichkeit einer erfolgteichen Konkurrenz mit englischen Kohlen abzusprechen; erwägt man aber, was alles in dieser Beziehung im Verlauf der letzten zehn Jahre geschehen ist, so kann man sich der freudigen Hoffnung nicht verschließen, daß es deutscher Beharrlichkeit gelingen wird, auch die noch entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen und der westfälischen Kohle auf dem Weltmarkte diejenige Stellung zu erringen, welche ihrer Qualität entspricht. Bis vor wenigen Jahren noch war die westfälische Kohle auf weitere Entfernung vom Productionsorte nur wenig bekannt; heute dagegen er-

fährt bereits das westfälische Product in allen Kreisen, wohin es gelangt, sehr günstige Aufnahme und Beurtheilung; nicht nur unsere Marine bedient sich jetzt ausschließlich westfälischer Kohlen, sondern auch die großen atlantischen Linien sind gleichfalls zum ausschließlichen Gebrauche der westfälischen Kohle übergegangen.

Für die Exportfähigkeit unserer schwarzen Diamanten ist und bleibt es aber eine nothwendige Vorbedingung, daß dieselbe durch eine geeignete Organisation, durch billige Transittarife und durch zweckmäßige Lade- und Transportvorrichtungen unterstützt werde; und das ist es, worauf wir auch die Aufmerksamkeit der Regierung immer wieder hinlenken möchten.

Die Bismarckischen Sozialreformen und die überseeische Politik.

In ihrem Leitartikel vom 25. Febr. d. J. über: „Die politische Lage und unsere Wirthschaftspolitik" that die „Deutsche volkswirthschaftliche Correspondenz" in patriotischer Beklemmung den Ausruf: „Warum die Kolonialpolitik des weitsichtigen großen Kurfürsten nicht wieder aufgenommen und fortgesetzt wird, ist uns ein Räthsel."

In der That ist es manchem Vaterlandsfreunde ein Räthsel; noch mehr ist es dem Auslande und am meisten wird es der kommenden Generation in Deutschland ein Räthsel sein.

Freilich liefert das traurige Schicksal, welches der Reichskanzler mit seiner Samoa-Vorlage im deutschen Reichstage erlitt, eine Art Lösung dieses Räthsels. Jedenfalls aber hat jene verunglückte Initiative Bismarcks den Beweis geliefert, daß der Reichskanzler für den innigen Zusammenhang zwischen seinen Sozialreformen und der überseeischen Politik nicht ohne Verständniß ist. Doch auch in dem Falle, daß der Reichskanzler nicht bereits Gelegenheit gehabt hätte, dieses Verständniß in einem concreten Falle zu bekunden, selbst in diesem

Falle würden wir bei dem oft bekundeten Fernblick des großen Mannes seine seitdem scheinbar eingetretene überseeische Passivität und Unlust eher auf jeden andern Grund als auf Mangel an Einsicht zurückführen. Oder sollte das ursächliche Verhältniß, welches zwischen den materiellen Voraussetzungen der Bismarckischen Sozial-Reformen und der materiellen Leistungsfähigkeit einer nationalwirthschaftlich organisirten Kolonisations- und Kultivationspolitik besteht, sich in Tausenden von Köpfen klarer abspiegeln, als in dem Kopfe desjenigen Mannes, der mehr als irgend ein Anderer die Verantwortlichkeit dafür trägt, daß die eingeleitete Sozialreform durch eine im großen Stil unternommene überseeische Kolonisation und Kultivation eine materielle Basis und die Garantie des Gelingens und Gedeihens erhält? Wir müssen dieser Annahme jede Berechtigung bestreiten. Wir deuten die Samoa-Vorlage nicht so, als sei sie eine zufällige Caprice des Reichskanzlers ohne allen Zusammenhang mit den weltbewegenden Fragen und Interessen gewesen, welche in den klassischen Büchern Hübbe-Schleidens zu ergreifender Darstellung gelangt sind. Fürst Bismarck hat für die scharfe Beurtheilung realer Zusammenhänge seither eine so hervorragende Begabung offenbart, daß es absurd sein würde, diese seine Urtheilskraft gerade auf einem Gebiete bezweifeln zu wollen, auf welchem er die materiellen Grundlagen der Sozialreform zu einem großen Theile finden kann. Ohne die von einer nationalwirthschaftlichen Kolonisation und Kultivation mit Sicherheit zu erhoffenden neuen Reichthümer und neuen Beschäftigungsgelegenheiten können die von dem Reichskanzler auf die Tagesordnung gebrachten großen Fragen des Handwerker-Innungswesens, des Tabaksmonopols und der Altersversorgung nicht segensreich gelöst werden, wie bei näherer Betrachtung dieser Fragen auf den ersten Blick einleuchten muß.

Zunächst die Handwerkerfrage betreffend, möchten wir fragen, was auch die vollkommenste Innungsordnung dazu thun kann, daß Schuster, Schneider, Tischler u. s. w. mehr Arbeit bekommen, als jetzt, ohne andern Menschen, die auch leben wollen, die Arbeit zu nehmen?

Dann das Tabaksmonopol. Was sollen die großen

und kleinen Tabakfabrikanten, die großen und kleinen Tabakhändler bei Einführung des Monopols anfangen? Wo sind in Deutschland die Geschäftsbranchen, in welchen sie neue Unterkunft finden könnten? Sind nicht schon heute alle Erwerbszweige überfüllt und wächst diese unselige Ueberfüllung auch ohne neue Massenzuzüge nicht bereits von Jahr zu Jahr? Werden die Entschädigungsgelder, welche die Tabakfabrikanten und Tabakhändler bekommen, unter den heutigen deutschen Verhältnissen einen volkswirthschaftlichen und sozialen Segen stiften können? Sind diese Kapitalien in andern Branchen nutzbringend anzulegen, oder erscheinen sie bei der schon jetzt herrschen Ueberkonkurrenz nicht von vornherein mit Vernichtung bedroht, oder droht im Fall ihrer Prosperität nicht der andere fast noch schlimmere Nachtheil, daß in derselben Branche ein kapitalschwacher Geschäftsmann durch den staatlicherseits mit Kapital ausgerüsteten Nebenbuhler ruinirt wird?

Und endlich, welchen Sinn kann eine Arbeiter-Altersversorgung in einem Lande haben, wo es an der Gegenwartsversorgung der vorhandenen Hand- und Kopfarbeiter in so erschreckendem Maße fehlt wie in Deutschland? Und wo sollen die Hunderte von Millionen Mark herkommen, wenn die Altersversorgung nicht nur die Begehrlichkeit darnach in den Vorstellungen der unversorgten Millionen steigern, sondern den thatsächlichen Bedürfnissen auch nur nothdürftig gerecht werden soll?

Schon diese blos andeutungsweise Berührung der materiellen Vorfrage macht den ursächlichen Zusammenhang zwischen den Bismarckischen Sozialreformen und der überseeischen Politik sogleich jedem irgendwie Urtheilsfähigen einleuchtend. Hand in Hand mit der Erörterung der Handwerkerfrage, der Arbeiterfrage, des Tabakmonopols, sowie aller andern Fragen der Wirthschafts- und Sozialreform muß deßhalb gehen die Erörterung der großen materiellen Vorfrage nach den Möglichkeiten einer raschen und erheblichen Vermehrung des Nationalreichthums und der Beschäftigungs-Gelegenheiten für Deutschlands erschrecklich anwachsende Legionen verfügbarer Kopf- und Handarbeiter.

Daß diese Vorfrage zu einem großen Theile durch eine nationalwirthschaftliche Kolonisations- und Kultivationspolitik gelöst werden kann, ist in der darüber veröffentlichten Literatur sonnenklar bewiesen worden.

Freilich hat ein voller sozialer Segen einer solchen Kolonialpolitik eine landesväterliche Sozialpolitik zur Voraussetzung. Ohne dem entspricht sie den sozialen Anforderungen der Gegenwart nicht, wie England beweist. Aber die Kolonialpolitik und die Sozialpolitik **im Bunde** eröffnen der friedlichen Sozialreform unermeßliche Perspektiven!

---

* Die Stellung der Aktiengesellschaften zur Mobiliar-Feuerversicherung.

Der Werth eines ganzen Instituts, wird ebenso wie der einer einzelnen physischen Person an seinen Leistungen gemessen. Wenn man nun heute die vielfachen Angriffe gegen die Feuerversicherungs - Aktien - Gesellschaften liest, so erfordert es die Gerechtigkeit, zu prüfen, ob denn ihre Leistungen wirklich so unbedeutend gewesen sind, seit den 70 Jahren ihrer Einführung in Deutschland, daß die Glorificirung des Gegenseitigkeitsprinzips auf ihre Kosten gerechtfertigt erscheint. Wenn wir von einigen wenigen, für das Wirthschaftsleben der Nation völlig bedeutungslosen, nur lokalen Gegenseitigkeitsvereinen absehen, welche auch bewegliches Eigenthum gegen Feuersgefahr versicherten, so war es vor dem Jahre 1812, dem Gründungsjahr der ersten deutschen Feuersversicherungs-Aktiengesellschaft, der Berlinischen Anstalt, dem Binnenländer überhaupt nicht möglich, seine Fahrhabe gegen das gefährliche Element zu versichern. In den Seestädten arbeiteten zwar englische Kompagnieen, aber sie beschränkten sich eben auf diese. Den deutschen Aktiengesellschaften, — jener erstgenannten schlossen sich, um nur die ältesten hervorzuheben 1823 die Elberfelder, 1825 die Aachen-Münchener, 1836 die Bayrische Hypotheken- und Wechselbank, 1839 die Colonia, 1844 die Magdeburger und 1845 der Deutsche Phönix an — war es vorbehalten,

sich mit der ganzen Energie von Leuten, die für eine gute Sache ihre Existenz einzusetzen gewillt sind, dem Betriebe des Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Geschäftes zu widmen. Die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen sie bei Ausbreitung ihres Betriebes zu kämpfen hatten — wir heben hier namentlich das Mißtrauen der Behörden hervor, welche z. B. für jede Anstellung eines Agenten den Nachweis des Bedürfnisses erforderten — sind damals vom Publikum selten genug gewürdigt worden, und heut — vergessen. Das Publikum erkannte aber mit sicherem Blick, die Segnungen und die Vortheile der neuen Institution, zahlte freudig die, vor Jahrzehnten viel höheren Prämien, und gönnte den Gesellschaften die Früchte ihrer Arbeit um so lieber, als diese von jeher sich bestrebt zeigten, den individuellen Bedürfnissen bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit Rechnung zu tragen, während die Gegenseitigkeits-Anstalten nach altgewohnter Weise fortfahren zu schabloniren und zu generalisiren.

So wurden von den Aktien-Gesellschaften z. B. zu Gunsten der Landwirthe die großen Prinzipien der Freizügigkeit und der Kompensation eingeführt, weil sie die Nothwendigkeit erkannt hatten, dem Landwirth freien Spielraum für die Unterbringung seiner Viehbestände in diesem oder jenem Stall, wie es gerade das augenblickliche Bedürfniß erheischte, zu gestatten, ohne daß er erst einen Veränderungsantrag einzubringen nöthig gehabt hätte. Ebenso wurde es mit Rücksicht auf den Fruchtwechsel gestattet, die gesammte, auf Erntefrüchte versicherte Summe als ein Ganzes zu betrachten, dessen Vertheilung auf Körner- und Hülsenfrüchte ꝛc. dem Gutbefinden des Landwirths überlassen blieb. — In analoger Weise wurden die Bedürfnisse der Industrie berücksichtig. — Man soll uns nicht der Ungerechtigkeit zeihen. Das Gegenseitigkeits-Prinzip hat an sich genau eben soviel Berechtigung als das Aktienprinzip. Wenn es trotzdem nicht in solchem Maße zur Entwickelung gelangt ist, wie dieses, so liegt das in den ihm inhärenten Eigenschaften, die dasselbe auf einfachere Verhältnisse hinweisen, während die freie Bewegung und die Initiative zu Neuernngen, wie solche von der täglich weiter sich entwickelnden Industrie gefordert werden, nur bei Aktien-Gesellschaften möglich sind.

Wo beide Arten von Versicherungsinstituten die gleichen Einrichtungen zeigen, da sind die Prämiengesellschaften stets die Führer gewesen und die gegenseitigen sind ihnen nur nachgefolgt. Von den bei den gegenseitigen ihrer Natur nach den Mitgliedern drohenden Gefahren der Nachschüsse, die der anderen Seite stets fremd bleiben werden, wollen wir heut schweigen. Aber, fragen wir, warum denn heut, nachdem die Aktien-Gesellschaften seit 70 Jahren Beweise ihrer enormen Leistungsfähigkeit gegeben haben, warum heut diese principielle Bekämpfung derselben zu Gunsten der Gegenseitigkeit? Lassen wir Jedem sein Recht für sich, und lassen wir vor Allem dem Publikum die freie Wahl, bei welcher Gesellschaft es sein Hab und Gut versichern will. Dann wird sich zeigen, wer den Interessen desselben am besten zu dienen versteht!

Inhalts-Verzeichniss.

I. Zur Bank-, Münz- und Währungsfrage.

II. Colonial-Politik.

III. Handelspolitische Aufsätze.

IV. Sozialpolitik.

V. Statistik.


Schalk

VERZEICHNISS

besonders empfehlenswerther Grossfirmen für alle Industriezweige.

Preis für eine Zeile 5 Mark (für jede weitere Zeile 3 Mark) bei 12maliger Insertion durch ein ganzes Jahr.

Eisen- und Maschinen-Branche.

Rheinische Röhrendampfkesselfabrik A. Büttner & Co., Uerdingen a. Rh. Unexplodirbare Dampfkessel verbesserte Root'sche Construction. Patent Büttner

Ludw. Loewe & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 32. Werkzeugmaschinen - Bau nach Amerikanischem System. Massenfabrikation von Waffen, Waffentheilen und Munition. Fabrikation unexplodirbarer Dampfkessel.

Eisenbahn-Betriebs-Material.

Locomotivfabrik Krauss & Co., München. Locomotiven für Haupt- und secundäre Bahnen, sowie Bau-Unternehmungen nach dem vorzüglich bewährten System Kraus.

Diverse.

Otto Hiller, Berlin C., Neue Friedrichsstr. 18/19. Alleinige Fabrik der Hiller'schen Masticdachpappen und des Hiller'schen Mastic (präparirter Dachtheer.) Dachdeckungsgeschäft (auch Reparaturarbeiten.)

G. F. Grosser in Markersdorf bei Burgstädt in Sachsen Fabrik der vollkommensten Strickmaschinen der Neuzeit. Mustersortiments zur Ansicht.

Einige Bemerkungen

zu dem Gesetz-Entwurf der liberalen Parteien des Reichstages, betreffend die Entschädigung bei Unfällen und die Unfall-Versicherung der Arbeiter.

I. Wer trägt die Last?

— Bk. Der Volkswirthschaftsrath ist nach Berlin berufen worden; welche Vorlagen ihn erwarten, ist noch nicht bekannt, es wird jedoch vorausgesetzt, daß er sich auch mit der Unfall-Versicherung zu beschäftigen haben werde. Unter diesen Umständen dürfte es angemessen erscheinen, einige prinzipielle Punkte in dem Gesetzentwurfe der liberalen Parteien etwas eingehender zu betrachten.

Der Entwurf der liberalen Parteien will die Zahlung der Prämien ausschließlich dem Unternehmer aufbürden. Diese Bestimmung wurde von dem Abgeordneten Lasker, dessen Rede bei der ersten Lesung als Ersatz der, dem Entwurfe fehlenden Begründung betrachtet werden muß, in höchst eigenthümlicher Weise motivirt. Der Herr Abgeordnete führt aus, daß, um klare Verhältnisse zu schaffen und Streitigkeiten auszuschließen, die Folgen eines Unfalles nicht einzeln und individuell in Betracht gezogen werden sollen, sondern daß die Fälle durch Herabsetzung der Entschädigung auf der einen Seite und Verallgemeinerung derselben auf der anderen Seite kompensirt werden sollen. Die Unfälle sind auf die verschiedensten Ursachen, auf Zufall, Verschulden des Unternehmers oder des Arbeiters, auch auf Zusammenwirken des Verschuldens zurückzuführen: bei den einzelnen Fällen treten noch in anderer Weise die verschiedensten Verhältnisse hervor, wie beispielsweise Verschiedenheit im Arbeits-

werth und der ursprünglichen Arbeitsfähigkeit, in dem Gesundheitszustande, der Körperbeschaffenheit, in der vermuthlichen Lebensdauer der verletzten Person. Diese Verschiedenheiten würden in Bezug auf die zu leistende Entschädigung, nach den Regeln des allgemeinen bürgerlichen Rechtes, auch verschiedene Rechtsfolgen haben. Die Parteien, die der Redner vertritt, wollen auf keinen dieser individuellen Umstände eingehen, sondern sie erachten es als ein Erforderniß des öffentlichen Interesses, um alle Streitigkeiten und Untersuchungen auszuschließen, statt dessen den Arbeitsverdienst im Durchschnitt zu ermitteln. Nach diesen Ausführungen gelangt der Redner zu der Frage: „Wer trägt die Last?"

In Beantwortung dieser Frage bezeichnet Herr Lasker zunächst die Auffassung, nach welcher der Unternehmer, wenn er die Prämie für die Versicherung allein aufbringe, auch allein die Last trage, als völlig unrichtig. Nach den Bestimmungen des, in dieser Beziehung der Regierungs-Vorlage nachgebildeten Entwurfes werde die Last zwischen dem Unternehmer und Arbeiter getheilt. In Folge der Durchschnittsberechnung hat der Unternehmer nur zwei Drittheile, im Falle der Tödtung sogar im Mximum nur 50 pCt. des Arbeitsverdienstes zu gewähren. Während das gemeine bürgerliche Recht und das Haftpflichtgesetz den Anspruch auf volle Entschädigung anerkennen, ist man in Anerkennung der Kompensationsgründe zum System des Durchschnitts übergegangen In Folge dessen übernimmt der Arbeiter ein Drittel und im Falle der Tödtung mindestens die Hälfte des ganzen Schadens auf seine Person oder auf seine Nachkommen. Der Abgeordnete stellte nun eine Berechnung an, durch welche er den Beweis zu führen glaubt, daß wenn, den Beschlüssen des vorigen Reichstages gemäß, die Prämie zu zwei Dritteln von dem Unternehmer, zu einem Drittel von dem Arbeiter gezahlt werden sollte, dieser fünf Neuntel der Beschädigung zu tragen haben würde; denn ein Drittel trägt er im Entschädigungsquantum, welches sich durch die Kompensation auf zwei Drittel des Arbeitsverdienstes herabmindert, ein Drittel soll er als Prämie für die Zweidrittelentschädigung beitragen, macht also für den Arbeiter

fünf, für den Unternehmer nur vier Neuntel. Der Abgeordnete glaubt, daß dieses Verhältniß bisher vollständig übersehen worden sei, und daß die Klarstellung desselben alle Einwendungen zum Schweigen bringen würde, welche von der Voraussetzung ausgehen, als ob mit der ganzen Prämienzahlung die ganze Last der Entschädigung dem Unternehmer und nichts dem Arbeiter aufgebürdet werden sollte.

Wenn auch angenommen werden muß, daß der Redner der liberalen Parteien vollkommen an die Richtigkeit dieser Ausführungen glaubt, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß Herr Lasker seine Forderungen auf etwas zu handgreifliche Trugschlüsse aufgebaut hatte.

Herr Lasker hat vollkommen Recht, daß das gemeine bürgerliche Recht, ebenso wie das Haftpflichtgesetz von 1871 „wo es die Ersatzpflicht anerkennt, volle Entschädigung bewilligt". Die von ihm selbst gebrauchten wenigen Worte: „wo es die Ersatzpflicht anerkennt", hätten ihn doch zu der Erkenntniß führen müssen, daß diese Anerkennung nur ausgesprochen wird, wenn vorhandene und erwiesene Schuld des Unternehmers als Basis vorhanden ist. Dieser Umstand aber entzieht den Schlußfolgerungen des Herrn Lasker den Boden vollständig. Denn Herr Lasker macht es sich ungemein bequem; er nimmt einfach an, daß gemäß dem gemeinen bürgerlichen Recht, wie auch nach dem Haftpflichtgesetz, jeder verunglückte Arbeiter Anspruch auf volle Entschädigung habe, und sagt dann, indem er so bürgerliches Recht und Haftpflicht generalisirt: wir wollen den vollberechtigten Entschädigungsanspruch des Arbeiters nur zu zwei Drittel befriedigen, also trägt der Arbeiter ein Drittel des Schadens selbst. Ein solcher Anspruch des Arbeiters auf volle Entschädigung liegt aber gar nicht vor, er kann diesen Anspruch erst erheben, wenn er den Nachweis des Verschuldens des Unternehmers erbracht hat und in dem Erlaß dieses Nachweises liegt der Hauptwerth der Kompensation, von welcher der Herr Abgeordnete ausgeht.

Wie sich die Behauptungen des Herrn Lasker zu der Wirklichkeit stellen, dürfte aus folgendem kleinen Exempel

hervorgehen. In der Presse wie im Reichstage ist die Behauptung auf keinen Widerstand gestoßen, daß von 100 Fällen, in denen auf Grund des Haftpflichtgesetzes Anspruch erhoben wird, höchstens in 20 Fällen eine Entschädigung erlangt, oder erstritten werden kann; in den übrigen 80 Fällen gelingt es nicht, das Verschulden des Unternehmers nachzuweisen, sie bleiben, als Illustration der von Herrn Lasker beliebten Generalisirung, ohne Entschädigung. Es mag angenommen werden, daß in jedem der obigen 20 Fälle 1000 Mark Entschädigung gezahlt werden, so erwächst den Unternehmern aus den gesammten 100 Fällen eine Belastung von 20,000 Mark.

Nun tritt die Kompensation ein, auf welche Herr Lasker seine Schlußfolgerungen baut. Damit, wie er selbst sagt, „das klare Verhältniß innerhalb des ganzen haftpflichtigen Gewerbebetriebes geschaffen und, soweit wie möglich, Streitigkeiten ausgeschlossen werden", wird von dem Nachweis des Verschuldens abgesehen, es werden nicht nur die 20, sondern auch die übrigen 80, also alle 100 Fälle als mit 1000 Mark entschädigungspflichtig angesehen, jedoch in Folge der Kompensation nur mit zwei Drittel entschädigt. Das macht für die Unternehmer nicht 20,000 Mark, wie unter dem Haftpflichtgesetze, sondern 66 666⅔ Mark. Die Entschädigung der Arbeiter, wie die Belastung der Unternehmer stellen sich demgemäß als außerordentlich höher heraus, der Arbeiter kommt bei der beabsichtigten neuen Regelung der Dinge viel besser, der Unternehmer viel schlechter fort.

Es dürfte nicht erforderlich sein, sich mit den Trugschlüssen des Herrn Lasker weiter zu beschäftigen. Die Arbeitgeber sind vom ersten Auftauchen des Gedankens der Unfallversicherung an davon fest überzeugt gewesen, daß die Durchführung, selbst wenn ihnen nur die Zahlung eines Theiles der Prämie auferlegt wird, für sie mit sehr viel größeren Opfern verbunden sein wird, als das Haftpflichtgesetz sie ihnen zugemuthet hat. Die Industriellen aber haben, mit Rücksicht auf die hervorgetretenen sozialen Uebel der Unfallversicherung opferwillig zugestimmt.

Trotz der Trugschlüsse des Herrn Lasker muß es jedoch als feststehend betrachtet werden, daß der Entwurf

der liberalen Parteien die Unternehmer mit Zahlung der ganzen Prämie belasten will.

Gegen diese Art der Aufbringung der Prämie legen die Industriellen und Gewerbetreibenden die entschiedenste Verwahrung ein.

Die Belastung der Unternehmer kümmert freilich Herrn Lasker nicht; wenn er sich leichten Herzens ein System von Trugschlüssen aufbauen kann, mit dem er zu beweisen glaubt, daß die Belastung des Unternehmers derjenigen des Arbeiters nachsteht, so ist es nicht zu verwundern, wenn er mit demselben leichten Herzen zu folgendem Ausspruche gelangt: „Sollte es solche Betriebe geben" — die nicht im Stande sind, die Prämien zu zahlen — „was ich nicht weiß, so würde eine derartige Industrie in Deutschland eben nicht möglich sein." So urtheilt Herr Lasker, von seinen Trugschlüssen ausgehend, über die Existenzberechtigung deutscher Industrien.

Herr Lasker hat aber doch nicht die Ansicht der sämmtlichen Mitglieder der liberalen Parteien vertreten, wie wir in dem nächsten Artikel zeigen werden.

II. Sollen die Arbeiter einen Theil der Prämie zahlen?

Bk. Wir schloßen unsere erste Betrachtung mit der Bemerkung, daß Herr Lasker doch nicht die Ansicht der sämmtlichen Mitglieder der liberalen Parteien vertreten habe.

Der Abgeordnete Dr. Buhl, dem nächst Lasker die Aufgabe zugefallen war, den Entwurf in der ersten Lesung zu vertheidigen, führte, den Behauptungen des Abgeordneten Sonnemann gegenüber, aus, daß weder die Schweiz, noch England, noch irgend ein anderes Industrievolk der Welt eine Unfallentschädigung hat, bei der das Verschulden der Arbeiter, oder auch nur die höhere Gewalt berücksichtigt wird, wie solches bei den bis jetzt eingebrachten Vorlagen in Deutschland geschehen soll. Der Herr Abgeordnete fährt dann fort: „M. H., bei der ganzen Beurtheilung dieses Gesetzes müssen wir diese Frage natürlich ganz besonders ins

Auge fassen, denn die Frage, ob **unsere Industrie das leisten kann, was wir hier auflegen, ist von einer viel größeren Wichtigkeit, als eine ganze Reihe von Bedenken, die wir bei der Construction dieses Gesetzes zu erledigen haben.** Und ich habe Sie darauf hingewiesen, daß grade die Verhandlungen in der Schweiz uns zeigen, einen wie gewagten Schritt — ich brauche diesen Ausdruck und werde später darauf zurückkommen — wir mit diesem Gesetze thun. Bei den Schweizer Verhandlungen hat man bei dem Haftpflicht-Gesetzentwurf, der nicht weit über die Bestimmungen unseres Haftpflicht-Gesetzes hinausgeht, der aber weit zurückbleibt hinter unserer und der vorjährigen Vorlage, — hat man erklärt, der Antrag sei unannehmbar, denn damit würden sie die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt mit England vollständig aufgeben. In England ist die höchste Entschädigung, die gewährt wird, ein dreifacher Jahreslohn. Also grade die speziellen Schweizer Verhandlungen beweisen uns, wie groß die Zumuthungen sind, die wir der Industrie stellen."

Der Herr Abgeordnete glaubt aber doch, gestützt auf die vorjährige Regierungsvorlage und auf den Empfang, den dieselbe bei der Industrie gefunden hat, daß die von dem Entwurfe der liberalen Parteien an die Industrie gestellte Zumuthung gerechtfertigt ist; er glaubt, daß die Regierung im vorigen Jahre dem Gesetze zugestimmt haben würde, wenn die ganze Prämienzahlung auf die Industrie abgewälzt worden wäre und findet, daß die Regierung damals gewollt habe, wogegen sich jetzt der Centralverband Deutscher Industrieller so energisch verwahre. „Ich für meine Person", fügt der Herr Abgeordnete jedoch hinzu, „bin in dieser Frage der Prämienzahlung nicht vollständig der Ansicht, wie sie in der Commission — der liberalen Parteien — zum Ausdruck gekommen ist; ich glaube, daß diese Frage nach verschiedenen Seiten hin die eingehendste Berücksichtigung verdient."

Wie der Herr Abgeordnete dazu gelangt, aus der vorjährigen Regierungs-Vorlage und aus dem Empfang, den dieselbe bei den Industriellen gefunden hat, die

Berechtigung der Auffassung zu folgern, daß die Unternehmer die Prämie allein bezahlen sollen, ist unerfindlich. Die Regierungs-Vorlage wollte den Unternehmer nicht höher als mit zwei Drittel, für diejenigen Arbeiter, die über 1000 Mk. verdienen, nur mit der Hälfte belasten. Wenn der Herr Abgeordnete aber davon absehen wollte, ganz vereinzelte Stimmen unter den Industriellen seinem Urtheil zu Grunde zu legen, vielmehr geneigt wäre, auch den zahlreichen entgegengesetzten Kundgebungen großer und bedeutender Kreise von Industriellen im Lande einige Beachtung zuzuwenden, was wohl richtiger wäre, so würde er finden, daß die übergroße Anzahl der Industriellen von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß die Belastung mit der ganzen Prämie, bei den außerordentlichen Anforderungen des Gesetzes und mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit, mit den Industrien des Auslandes konkurriren zu können, ernste und schwere Gefahren für die deutsche Produktion zur Folge haben müßte.

Die Industriellen verlangen daher, daß die Arbeiter auch einen Theil der Prämie zahlen sollen; sie stellen diese Forderung jedoch nicht allein aus dem Grunde, weil sie sich außer Stande fühlen, die ganze Prämie zu tragen, sondern es sind noch weitere sehr maßgebende Motive für diese Forderung vorhanden. Es ist hierbei nämlich zu erwägen, daß durch die Gegenleistung des Arbeiters die Entschädigung, zu deren Genuß er durch die Versicherung gelangt, den Charakter eines wohlerworbenen Rechtes und nicht den eines Almosens erlangen würde. Die Unfallversicherung muß, wenigstens in einem gewissen Maße, auf Selbsthülfe basirt werden, wenn sie das Selbstbewußtsein, das Selbstvertrauen nicht untergraben, wenn sie mit der, diesem großen Gedanken innewohnenden Kraft auch in moralischer Beziehung günstig auf die Arbeiter wirken soll.

Von großen Kreisen der Industriellen ist die Forderung aufgestellt, daß die Arbeiter an der Verwaltung der Kasse betheiligt werden müssen, eine solche Betheiligund ist aber, ohne Betheiligung der Arbeiter auch an der Prämienzahlung undenkbar. Wir werden in einer folgenden Betrachtung der von dem früheren Entwurfe der Re-

gierung stipulirten Karenzzeit Gelegenheit haben noch eingehender nachzuweisen, wie auf diesem Wege die Möglichkeit gegeben, den Arbeitern Interesse und Verständniß für den Zusammenhang einzuflößen, der zwischen den Anforderungen an die Kassen und den Leistungen an dieselbe besteht. Nur wenn dieses Verständniß bei den Arbeitern erweckt werden kann — und dies kann nur durch die Betheiligung an der Verwaltung geschehen — wird es gelingen, die Arbeiter zu Wächtern der Kasse gegen unberechtigte Ansprüche zu erziehen.

Es ist uns freilich bekannt, daß in der betreffenden Commission des vorigen Reichstages ein Antrag, die Arbeiter an der Verwaltung der Kasse zu betheiligen mit dem Hinweis auf die Unausführbarkeit dieser Maßregel kurzer Hand zurückgewiesen wurde. Die solcher, gestalt damals geübte absprechende Kritik vermögen wir nicht für berechtigt anzuerkennen. Wir wollen hier nicht näher auf die Gesammtorganisation der Unfallversicherungsanstalt eingehen, wir glaubrn aber mit Sicherheit voraussetzen zu dürfen, daß die Kasse für verhältnißmäßig eng begrenzte locale Bezirke Organe zu ihrer Vertretung und zur Beurtheilung der Fälle werde bilden müssen, bei denen für eine Mitwirkung der Arbeiter, wenn auch unter Entschädigung Seitens der Kasse für verlorene Arbeitszeit, leicht ein entsprechender Modus zu finden sein würde.

Wir halten demgemäß die Heranziehung der Arbeiter zur Zahlung eines Theiles der Prämie mit Rücksicht auf die Erhaltung der Industrie, auf das Interesse der Arbeiter selbst und auf die Durchführung der Unfallversicherung für unumgänglich geboten.

Freilich glauben wir, daß bei Durchführung der Unfallversicherung ein anderer Weg verfolgt werden müßte, als ihn die liberalen Parteien in ihrem Entwurfe vorschlagen.

III. Die Korelate des Versicherungs-Zwanges.

Bk. Der Abschnitt III des Entwurfes, welcher die Ueberschrift trägt: „Von der Sicherheitsbestellung" handelt eigentlich von der Versicherung.

Die Versicherung soll bei den im deutschen Reiche zugelassenen privaten genossenschaftlichen „oder sonstigen" Versicherungs-Gesellschaften bewirkt werden. Unter „sonstige" Versicherungs-Gesellschaften sind wohl die Versicherungs-Aktien-Gesellschaften zu verstehen. Für die Zulassung sollen durch Reichsgesetz Normativ-Bestimmungen aufgestellt werden; bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes aber soll jede Gesellschaft zugelassen werden die

a) alle Unternehmen der Betriebskategorien beziehungsweise der Bezirke, für welche die Versicherungsanstalt errichtet ist, unter den in den Statuten vorgesehenen Bedingungen in Versicherung nimmt;
b) für jede festgestellte Rente das zur Deckung erforderliche Kapital bei der von dem Bundesrathe hierfür bestimmten Stellen zu hinterlegen, und bei eintretenden Veränderungen bis zur Sicherheitshöhe zu ergänzen sich verpflichtet;
c) den Nachweis führt, daß die Anstalt für die ihr obliegenden Verpflichtungen in finanzieller Hinsicht Gewähr bietet und der Aufsicht hierüber, nach den hierfür zu erlassenden Bestimmungen der Zentral-Landesbehörde sich unterwirft.

In diesen Bestimmungen entfernt sich der Entwurf vollständig von den früheren Entwürfen, welche die Unfallversicherung einer Reichsanstalt übertragen, demgemäß die Privatgesellschaften von diesem Zweige des Versicherungswesens ausschließen wollten. Auch der von dem Fürsten Reichskanzler neuerdings verlautbarte Gedanke, die Unfallversicherung in korporativen Verbänden zu organisiren, ein Gedanke, für den bereits in dem § 56 des vom Reichstage angenommenen Gesetzes eine sehr beachtenswerthe Grundlage geschaffen war, ist von den liberalen Parteien nicht berücksichtigt worden; sie wollen es ausschließlich der Privatthätigkeit überlassen, die Versicherungs-Gelegenheit zu schaffen.

Diese Lösung ist durchaus ungenügend und unannehmbar.

Daß der vorliegende Entwurf in vollkommen ausgesprochener Weise die Zwangs-Versicherung statuirt, ist bereits dargelegt worden und die liberalen Parteien

scheinen vollkommen erkannt zu haben, daß der Versicherungs-Zwang, als eines seiner nothwendige Korelate für denjenigen, der ihn ausübt, die Verpflichtung enthält, für die unbedingte Sicherheit der Versicherungs-Kasse einzustehen. Den Zwang soll der Staat durch seine Gesetzgebung ausüben, dem Entwurfe gemäß soll also der Staat Normativ-Bedingungen für die Privat-Gesellschaften aufstellen, welche geeignet sind, sowohl ihm selbst, wie den Versicherten volle Garantie zu gewähren. Hinsichtlich der Normativ-Bedingungen muß darauf hingewiesen werden, daß der Bevollmächtigte zum Bundesrath Geh. Ober-Regierungsrath **Lohmann**, bei Gelegenheit der Berathung des Unfall-Versicherungs-Gesetzes im letzten Reichstage, wie auch bei der ersten Lösung des vorliegenden Entwurfes die Unmöglichkeit konstatirte, solche Normativ-Bedingungen zu stellen, daß aber ferner, selbst wenn die Möglichkeit vorhanden sein sollte, die Privat-Gesellschaften, den vorliegenden bündigen Erklärungen gemäß, dieselben nicht acceptiren würden. Daß die Aufstellung solcher Normativ-Bedingungen mindestens von außerordentlichen Schwierigkeiten begleitet sein muß, mag schon aus dem Umstande hervorgehen, daß die liberalen Parteien es unterlassen haben, Vorschläge für dieselben zu machen, was zu thun doch wohl in den Rahmen ihrer selbst gestellten Aufgabe gelegen hätte; sie haben es jedoch vorgezogen, die Lösung dieser Aufgabe der Reichsregierung zuzuschieben.

Der Entwurf beschränkt sich darauf, bezüglich der Sicherheit in den vorangeführten Punkten b und c vorläufige Bedingungen für die Zulassung der Privatgesellschaften aufzustellen. Es wird vor Allem gefordert, daß den Versicherungs-Gesellschaften auferlegt werde, das zur Deckung erforderliche Kapital zu hinterlegen, und stets bis zur Sicherheitshöhe zu ergänzen. Diese Art der Sicherstellnng wurde bereits im vorigen Reichstage von dem Staatsminister mit dem unwiderlegt gebliebenen Einwande angezweifelt, daß die Insolvenz einer Gesellschaft in der Zeit zwischen dem Eintritt eines Unfalles — etwa eines, oder mehrerer gleichzeitiger Massenunfälle — und der Feststellung der Rente — resp. der Ergänzung des Kapitals bis zur Sicherheitshöhe — eintreten könne,

daß in solchem Falle also die betreffende Bestimmung sich als Garantie einer unbedingten Sicherheit nicht bewähren würde. Derartige Bedenken würden sich freilich in der Hauptsache gegen die Actien-Gesellschaften richten und es muß eingeräumt werden, daß der Entwurf darauf hinweist, daß Genossenschaften und Gegenseitigkeits-Gesellschaften an die Stelle der Actien-Gesellschaften treten können. In dieser Beziehung sagte der Abgeordnete Sonnemann jedoch, daß „nach den Erfahrungen auf anderen Gebieten des Versicherungswesens, welche wir in Deutschland seit vielen Jahren gemacht haben, wir überall finden, daß wenn man Gegenseitigkeits-Gesellschaften, Genossenschaften und Actien-Gesellschaften so ohne weiteres neben einander stellt, die Actiengesellschaft als die thätigste in der Regel den Sieg davonträgt." Der Herr Abgeordnete knüpfte hieran die folgenden weiteren Bemerkungen: „Ich halte es für einen Fehler des Entwurfs, den Versicherungszwang auszusprechen und nun thatsächlich vorzugsweise auf die Actien-Gesellschaften hinzuweisen. Ich habe mich schon in dieser Session dahin ausgesprochen, daß ich unter unseren heutigen Betriebs- und Productionsverhältnissen die Actiengesellschaft als eine Nothwendigkeit betrachte zur Erfüllung vieler Zwecke unseres Wirthschaftslebens. Aber, m. H., nach den trüben Erfahrungen, die wir auf dem Gebiete des Actienwesens verschiedentlich gemacht haben, gehe ich in meinem Vertrauen auf die Leistungen der Actien-Gesellschaften doch nicht soweit, daß ich sie zur Gruudlage einer großen socialpolitischen Reform erklären möchte."

Wenn wir zu der Ansicht gelangen, daß die Versicherungs-Actiengesellschaften, ungeachtet der außerordentlichen Verdienste, welche sie sich auf allen Gebieten des Versicherungswesens erworben haben und unbeschadet der anerkannten hohen Achtbarkeit der meisten derselben, doch nicht diejenige Sicherheit zu bieten vermögen, welche als Corelat des Versicherungszwanges nothwendig ist, so sind doch noch weitere Gesichtspunkte bei der Frage ins Auge zu fassen, in welcher Weise die Versicherungsgelegenheit zu schaffen ist.

Unter Deckung des erforderlichen Kapitales und Er=

gänzung bis zur Sicherheitshöhe, unter dem Nachweiß, daß die Anstalt für die ihr obliegenden Verpflichtungen in finanzieller Hinsicht Gewähr biete und unter der verlangten Aufsicht der Central-Landesbehörde — b. und c. der vorangeführten Punkte — ist doch in der Hauptsache zu verstehen, daß in Baar oder in anderen Werthen Sicherheit für die eingegangenen Verpflichtungen gestellt werde, und daß der Staat sich fortlaufend davon überzeuge, daß diese Sicherheit vorhanden sei. Eine ähnliche Beaufsichtigung findet bei den Lebens-Versicherungs-Gesellschaften in den Vereinigten Staaten statt. Es besteht daselbst ein Versicherungsamt, welches zu prüfen hat, ob die Reserven richtig nach den anerkannten Wahrscheinlichkeits-Tabellen berechnet und hinterlegt worden sind. Sollte das Reich nun mit einer Aufsicht belastet werden, die sich bezüglich des Unfall-Versicherungs Wesens ganz in demselben Rahmen bewegen müßte, so würde es verpflichtet sein, bei jedem Fall einer für die Gesellschaft entstehenden Verpflichtung, bezüglich jeder Rente eine Prüfung anzustellen, ob nach Lage der individuellen Verhältnisse die Reserve richtig berechnet und hinterlegt worden ist. Sollte die Kontrole nicht ganz in dieser Weise aufgefaßt werden, so würde sie eben bedeutungslos sein. Demgemäß würde diese Kontrole einen Reichs-Versicherungs-Rechnungshof, einen Apparat von gewaltiger Ausdehnung erfordern, dem in der Hauptsache dieselben Arbeiten zufallen würden, welche die Verwaltungen der Versicherungs-Gesellschaften zu leisten haben. Somit würde ein doppelter Apparat mit allem seinem Aufwande an Geld und Kräften erforderlich werden, das Versicherungsamt des Reiches und die Verwaltungen der Versicherungs-Gesellschaften.

Wenn nun gegen die Reichs-Versicherungsanstalt seiner Zeit hauptsächlich eingewendet wurde, daß dieselbe einen großen, kostspieligen Apparat zur Verwaltung erfordern würde und wenn jetzt ein solcher Apparat lediglich zur Beaufsichtigung der anderen Gesellschaften als nothwendig hingestellt wird, so schien der Kommission doch der Gedanke viel näher zu liegen, diese, nach dem Entwurfe nothwendige Institution auch gleich mit der Verwaltung zu betrauen und durch Gründung

einer Reichs-Versicherungsanstalt eine Vereinfachung herbeizuführen, durch welche der Hauptzweck, die unbedingte Sicherheit, erreicht und eine unwirthschaftliche Verdoppelung der Kosten und aufzuwendenden Kräfte erspart wird.

Doch nicht diese Erwägung allein führt zu der Ansicht, daß die Errichtung einer Reichsanstalt zur Durchführung der Unfall-Versicherung nothwendig sei.

Ein weiteres Corelat des Versicherungszwanges besteht darin, daß derjenige der den Zwang ausübt, und das ist der Staat, auch die Verpflichtung hat, jedem die Möglichkeit zu gewähren, die Versicherung und zwar zu den möglichst günstigen Bedingungen abzuschließen. Die Vorsorge, welche der Entwurf der liberalen Parteien in dieser Beziehung trifft, ist eine außerordentliche unzureichende. Der Entwurf verlangt, daß alle Versicherungsgesellschaften zuzulassen sind, welche alle Unternehmungen der Betriebskategorien beziehungsweise der Bezirke, für welche die Versicherungsanstalt errichtet ist, unter den in den Statuten vorgesehenen Bedingungen in Versicherung nehmen. Nun giebt es nicht nur gewisse Betriebskategorien, sondern in allen derselben einzelne Betriebe, welche, vom Standpunkte der Versicherungsgesellschaft, der Erwerbsgesellschaften wie, wenn auch in geringerem Maße der Gegenseitigkeitsanstalten, als nicht wünschenswerthe Risiken betrachtet werden. Daß der Entwurf diesen durchaus keine Garantie bietet, Versicherungsgelegenheit zu finden, liegt auf der Hand, denn für die Versicherungsgesellschaften wird es außerordentlich leicht sein, statutarische Bedingungungen aufzustellen, welche alle unerwünschten Risiken ausschließen.

Der Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann sagte bei der ersten Lesung des Entwurfes in Bezug auf diesen Punkt unter Anderem Folgendes: „Wenn sie (die Versicherungsgesellschaft) z. B. in ihre Bedingungen hineinschreibt: wir nehmen jeden Betrieb der und der Kategorie auf gegen die zu vereinbarende Prämie, — dann m. H. ist die Gesellschaft in der Lage jedes Unternehmen zurückzuweisen, welches nicht die von ihr geforderte Prämie bietet.“ Der Herr Bevollmächtigte zum Bundesrathe wies dann auf die, von dem Abgeordneten Lasker ent-

wickelte Idee hin, die Versicherungs-Gesellschaften zur Veröffentlichung ihrer Tarife zu verpflichten und eine Instanz zu bilden, welche bei vorkommenden Differenzen über die Aufnahme eines Betriebes und die zu zahlende Prämie zu entscheiden haben würde. Der Vertreter der Bundesregierungen hatte hierbei nur seinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß diese wichtige Instanz sich in dem Entwurfe nicht finde, der Plan für die Form und Wirksamkeit derselben demgemäß noch zu entwerfen sei. Wie unvereinbar aber die Wirksamkeit einer solchen Instanz, überhaupt die von dem ausgesprochenen Zwange bedingte Staatsaufsicht und Beeinflussung durch den Staat, mit dem Betriebe der Privatversicherungs-Gesellschaften ist, geht am besten aus einer von dem Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann citirten Eingabe der Magdeburger Versicherungsactiengesellschaft hervor. Es heißt in derselben: „Sollte jedoch der Antrag nicht die Zustimmung des Reichstages finden“ — daß nämlich nur eine weitere Ausbildung der Haftpflicht stattfinde — „so müssen wir denjenigen Herren vollständig beistimmen, welche die Ansicht ausgesprochen haben, daß ohne Errichtung von Reichs- oder Staats-Anstalten der Versicherungszwang nicht durchführbar ist; denn es ist zweifellos richtig, daß man die betreffenden Unternehmer nicht zwingen kann, bei Privatanstalten zu versichern, wenn man nicht zugleich den letzteren die Versicherungsbedingungen, Prämientarife, Schadenregulirungsverfahren u. s. w. bis aufs speciellste vorschreiben wollte, und hierzu würden sich die Privatgesellschaften natürlich nicht verstehen können.“

Die liberalen Parteien haben jedoch auch anerkannt, daß die Bestimmungen ihres Entwurfes für diejenigen, welche dem Versicherungszwange unterliegen, nicht ausreichende Versicherungsgelegenheit schaffen; demgemäß schreiben sie einfach im § 12 Abs. 3 vor, daß „für die Fälle, in welchen der Unternehmer eine, nach Maßgabe der §§ 1 und 9 genügende Versicherung nicht nehmen kann oder nicht nehmen will, vorschriftsmäßige Sicherheit zu bestellen ist.“ Dieser § muß wohl auch zu denen gerechnet werden, die bestimmt sind, die Illusion zu erwecken, daß der Entwurf nicht den unbe-

dingten Versicherungszwang ausspricht, sondern nur die Sicherstellung der, dem Unternehmer aus der erweiterten Haftpflicht erwachsenden Verpflichtungen in Aussicht nimmt.

In Bezug hierauf sagte der mehrerwähnte Vertreter der Reichsregierung: „Wie aber diese Versicherung auf andere Weise als durch Versicherung gegeben werden soll, das, m. H., suche ich in dem Gesetzentwurf vergeblich. Es ist eben nur gesagt, der Unternehmer soll diese Sicherheit leisten, auf welche Weise er sie leisten soll, zu welchem Betrage er sie leisten, und wie er den Nachweis führen soll, daß er diese Sicherheit bestellt habe, das ist wiederum dem Bundesrath und künftigen Reichsgesetzen überlassen. M. H., das sind aber, glaube ich, sehr wichtige Fragen; wenn man diese Aufgaben lösen will, muß man wissen, wie das gemacht werden soll, und die einzelnen Andeutungen, die der Herr Vorredner (der Abg. Lasker) in dieser Beziehung gegeben hat, scheinen mir dazu nicht ausreichend zu sein. Er hat z. B. davon geredet, es könne eine Caution gestellt werden. Gewiß, das ist eine einfache Art und Weise, diese Sicherheit zu stellen; aber die Frage, wie hoch diese Caution zu greifen sei, und mit welchen Mitteln sie gestellt werden müsse, die ist nicht so einfach zu beantworten, denn es giebt Unternehmungen, bei denen eine solche Caution, wenn sie wirklich ausreichen sollte, um die Ansprüche der Arbeiter sicher zu stellen, vielleicht eben so hoch sein müßte, wie das ganze Betriebskapital der Anlage; und wie unter solchen Umständen auf den Unternehmungsgeist und die Entwickelung unserer Industrie die Forderung der Bestellung einer solchen Caution wirken müßte, überlasse ich Ihrer eigenen Erwägung."

„Dann hat der Herr Vorredner gemeint, es könne das ja auch in der Weise geschehen, daß Fabrikkassen gegründet würden, oder die Knappschaftskassen könnten dies übernehmen. Ich muß gestehen, ich kann mir das nicht recht vorstellen; unter Fabrikkassen denke ich mir Vereinigungen von Arbeitern einer Fabrik, die durch Zusammenbringen von Beiträgen gewisse Zwecke verfolgen; hier würde es sich doch nur darum handeln, daß der Fabrikant selbst in seine Fabrikkasse nach und nach

Beiträge leistet. Bis diese Beiträge den erforderlichen Betrag der Caution erreicht haben würden, müßte er immer eine andere Caution gestellt haben, und das käme eben wieder auf das zurück, was ich eben angedeutet habe. Dasselbe gilt von den Knappschaftskassen."

Aus allen den angeführten Erwägungen muß man zu der Annahme gelangen, daß die Unfallversicherung, bei ausgesprochenem Versicherungszwange, nur vermittelst einer Reichsanstalt durchführbar sei, daß demgemäß die Bestimmungen des vorliegenden Entwurfes, welche „von der Sicherheitsbestellung" und demgemäß von der Versicherung handeln, dem zu erreichenden Zwecke nicht entsprechen.

Wir erachten es jedoch für nothwendig, noch weiter zu gehen; selbst wenn die Unfallversicherung, dem neueren Gedanken des Fürsten Reichskanzlers gemäß, corporativen Verbänden überwiesen werden sollte, über deren Organisation freilich Näheres noch nicht bekannt ist, so wird die Reichs-Versicherungsanstalt nicht entbehrt werden können. Es muß billiger Weise bezweifelt werden, ob sich die Bildung der Verbände überall und für alle Betriebe unbedingt würde durchführen lassen, es würde dem Staate daher die Verpflichtung obliegen, für die Betriebe, die einen Verband nicht bilden können, oder in einem solchen nicht Unterkommen finden, die Versicherungsgelegenheit durch eine Staatsanstalt zu schaffen.

Wie es aber sicher unmöglich ist, eine staatliche Versicherungsanstalt nur für die von den Privatgesellschaften zu hoch tarifirten oder gänzlich zurückgewiesenen Risiken zu schaffen, so würde eine Staatsanstalt lediglich mit der Aufgabe, diejenigen Risiken, die in einem Verbande nicht Unterkommen finden, zu versichern, eben so wenig lebensfähig sein. Wir glauben daher, ohne weiter auf die Ausführung einzugehen, doch mindestens dem Gedanken Ausdruck geben zu sollen, daß auch die corporativen Verbände in einen gewissen organischen Zusammenhang mit der Reichs-Versicherungsanstalt gebracht werden sollten.

IV. Die Karenzzeit.

Bk. Der von der Höhe der Entschädigung handelnde § 5 des Entwurfes der liberalen Parteien des Reichstages muß dazu führen, auch die Karrenzzeit einer Betrachtung zu unterwerfen.

Der § 5 der ursprünglichen Regierungsvorlage lautete: „Gegenstand der Versicherung ist der Ersatz des Schadens, welcher durch eine körperliche Verletzung, welche eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als vier Wochen zur Folge hat, oder durch Tödtung, entsteht". Von dem Reichstage wurde diese Karenzzeit auf zwei Wochen herabgesetzt.

Wir halten dafür, daß die Ziele, welche vermittelst einer Karenzzeit erreicht werden sollten, in einer durchaus anderen Weise verfolgt werden müßten.

Die Bestimmungen über die Karenzzeit haben, wie die Erfahrung gelehrt hat, zu der, namentlich von den Reiseaposteln der Gewerkvereine geflissentlich gepflegten irrthümlichen Auffassung Veranlassung gegeben, daß diejenigen, welche in Folge kleinerer Unfälle vorübergehend erwerbsunfähig werden, ohne Unterstützung und Beistand gelassen werden sollen. Diese Annahme hat außerordentlich dazu beigetragen, den Widerstand gegen das Gesetz unter den Arbeitern hervorzurufen und zu stärken. Es ist nicht zu verkennen, daß der Mangel jeder Bestimmung in den früheren Vorlagen über die Behandlung der in die Karenzzeit fallenden Unfälle dieser irrthümlichen Voraussetzung Vorschub geleistet hat.

Solche Unklarheit kann nur beseitigt werden, indem von vornherein unzweifelhaft festgestellt wird, daß, soweit das Gesetz selbst nicht ganz bestimmt bezeichnete Ausnahmen — im Falle Absicht oder grobes Verschulden vorliegt — macht, Jeder, der von einem Unfall betroffen wird, auf ausreichende Unterstützung oder Entschädigung zu rechnen hat.

Ist dieser allgemeine Grundsatz festgestellt, so wird freilich eine Unterscheidung zwischen Unfällen mit leichteren, verhältnißmäßig schnell vorübergehenden Folgen und solchen Unfällen, die den Tod, oder eine erst nach längerer Zeit vorübergehende, oder dauernde Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben, eintreten müssen. Diese Unterscheidung hat den Zweck, die, in den begleitenden Umständen so

durchaus verschiedenen beiden Kategorien von Unfällen solchen Anstalten zuzuweisen, die nach ihren Verhältnissen sich für den gegebenen Fall am besten zur Hülfeleistung eignen.

Der verhältnißmäßig neue gesetzgeberische Gedanke, eine Unfall-Versicherung zwangsweise einzuführen, ist hervorgegangen und hat seine, jede Opposition besiegende Kraft nur erlangen können aus der Nothwendigkeit, die schweren, oder dauernden Folgen der in gewerblichen Betrieben vorkommenden Unfälle so viel als möglich durch materielle Unterstützung zu mildern. Nicht die kleinen, in wenigen Wochen geheilten und dann keine weiteren Nachtheile zurücklassenden, sondern nur die schwereren Unfälle können es rechtfertigen, einen so gewaltigen Apparat, wie ihn die Zwangs-Unfallversicherung erfordert, zu schaffen und in Bewegung zu setzen. Denn für die von kleinen Unfällen Betroffenen war bisher durch die Hülfs- und Krankenkassen, wenn auch vielleicht nicht immer in ausreichender Weise, gesorgt, während die socialen Schäden, welche durch die hier in Rede stehende Gesetzgebung geheilt werden sollen, nur aus den schwereren Unfällen hervorgegangen sind. Daher wird zu unterscheiden sein zwischen leichten Unfällen, die nach Maßgabe der sie begleitenden Umstände in das Gebiet der bestehenden Hülfs- und Krankenkassen gehören und schweren Unfällen, deren Folgen nur die neu zu schaffende Zwangs-Unfallversicherung mildern kann.

Der neue gesetzgeberische Gedanke wird aber auch nur durchzuführen sein, wenn eine solche Unterscheidung vorgenommen wird. Es liegt uns folgende Statistik vor:

Betrieb.	Zahl der Unfälle	Davon geheilt in				Es blieben für die 10. Woche und darüber
		den ersten 6 Wochen pCt.	der 7. Woche pCt.	der 8. Woche pCt.	der 9. Woche pCt.	pCt.
Kohlenbergbau	1,375	78	3.85	3.63	2.69	11.83
Erzbergbau	1,086	82.24	4.05	2.95	2.12	8.64
Hochofenbetrieb	919	91.58	1.09	1.20	1.63	4.50
Hüttenwerke	11,231	89.73	2.66	1.75	1.07	4.79
Textilindustrie	199	74.87	4.02	4.52	3.52	10.07

In den früheren Besprechungen ist darauf hingewiesen, daß die Zwangs-Unfallversicherung lediglich mit der Verweisung auf die bestehenden privaten gegenseitigen, oder Erwerbsgeschaften nicht durchführbar erscheint, daß demgemäß das frühere Project der Regierung, der Reichsanstalt, wenn auch nur subsidiär, oder die Auflösung derselben in korporative Verbände die Lösung geben können.

Unzweifelhaft würde die Reichsanstalt einen großen, bis in seine untersten Organe vielfach verzweigten, nicht ganz leicht beweglichen und auch nicht ohne erhebliche Kosten zu verwaltenden Apparat bilden. Es bedarf keiner umfassenden Erörterungen, sondern es genügt ein Blick auf die obige Tabelle, um den Gedanken klar hervortreten zu lassen, daß die Ein- und Durchführung der Reichsanstalt auf Schwierigkeiten stoßen würde, deren Ueberwindung vielleicht unmöglich sein dürfte, wenn sie mit der Regulirung all der unbedeutenden Unfälle belastet werden sollte, die in ihren Folgen verhältnißmäßig schnell vorübergehen. Andererseits ist leicht zu erfassen, daß die Schwierigkeiten der Ein- und Durchführung auf ein Minimum reducirt erscheinen, wenn die Thätigkeit der Reichskasse, dem ihr zu Grunde liegenden durchaus richtigen Gedanken gemäß, zur Beseitigung des vorliegenden sozialen Uebels nur für die schweren Fälle in Anspruch genommen wird.

Aber auch die korporativen Verbände würden ihrem eigentlichen Zwecke entfremdet, sie würden erdrückt werden, wenn sie mit den 80 bis 90 pCt. der kleinen Unfälle belastet werden; sollen sie lebens- und leistungsfähig, sollen sie dem vorliegenden großen sozialen Zwecke mit Erfolg dienstbar gemacht werden, so wird man auch ihnen nur diejenigen Unfälle zuweisen dürfen, welche das soziale Uebel verursachen.

Die verhältnißmäßig schnell vorübergehenden Folgen kleinerer Unfälle gehören daher ihrer ganzen Natur nach in das Gebiet der Hülfs- und Krankenkassen, es werden daher bei einer derartigen Organisation alle von Unfall betroffenen Arbeiter zunächst der Hülfs- oder Krankenkasse zu überweisen sein, welche die Hülfeleistung in der Form des Heilverfahrens und des Krankengeldes zunächst für eigene Rechnung zu übernehmen haben würde.

Hat der Unfall den Tod, oder dauernde ganze, oder theilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge, so wird die Entschädigung des Verunglückten oder der Hinterbliebenen desselben, der Unfallversicherungs-Kasse zufallen.

Diejenigen aber, bei denen durch den Unfall nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit verursacht ist, müssen bis zur Heilung der Hülfs- oder Krankenkasse verbleiben, wobei die Frage sehr ernste Erwägung erfordert, von welchem Zeitpunkte ab diejenigen schweren Fälle, in denen das Heilverfahren eine längere Zeit in Anspruch nimmt, der Unfallversicherungs-Kasse zur Last fallen sollen.

Die Hülfs- und Krankenkassen sind bis zu 13 Wochen zur Hülfeleistung verpflichtet; diese Verpflichtung ist bei vielen Kassen freiwillig auf 6 Monate ausgedehnt. In jedem Falle wird der Termin nicht zu kurz, sondern etwa auf 8—10 Wochen zu bemessen und ferner festzustellen sein, daß die Hülfs- und Krankenkassen einen Ersatz der von ihnen aufgewendeten Kosten nur beanspruchen dürfen, wenn der Unfall bis zu der festgesetzten Zeit den Tod des Betroffenen zur Folge gehabt hat. Hierbei werden wir von der Ansicht geleitet, daß die Aussicht auf Ersatz Anreiz enthalten könnte, das Heilverfahren, wenn nur irgend möglich, bis zu dem Zeitpunkte, mit welchem die Ersatzpflicht einzutreten haben würde, hinzuziehen, ein Verfahren, welches schwere soziale Uebel zur Folge haben müßte.

Würde die Regulirung der Kosten aber in der hier vorgeschlagenen Weise erfolgen, so würden die Hülfs- oder Krankenkassen alle Veranlassung haben, das Heilverfahren so viel als thunlich zu beschleunigen und jeder Simulation energisch entgegenzutreten.

Es tritt hier ein Gesichtspunkt hervor, der die vorgeschlagene Organisation ganz besonders zweckmäßig erscheinen läßt. Es wird die Regulirung der meisten Unfälle sich in einem verhältnißmäßig engen Kreise der am meisten und direkt Betheiligten vollziehen, da die Arbeiter an der Verwaltung der Hülfs- und Krankenkassen in vollkommen berechtigter Weise mitwirken. In dieser direkten Betheiligung der Arbeiter ist das einzige Mittel zur Verhinderung von Uebelständen zu erblicken, welche erfahrungsmäßig mit der Versicherung der Arbeiter

gegen Unfälle eintreten. Es ist bereits mehrfach ziffermäßig nachgewiesen, daß sich mit der Versicherung die Zahl der Unfälle erheblich steigert, daß diese Steigerung aber nicht auf eine thatsächliche Vermehrung der Unfälle, sondern auf das Streben der betroffenen Arbeiter zurück zu führen ist, unbedeutende Unfälle, die ohne Versicherung kaum beachtet wurden, wenigstens keine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten, nach abgeschlossener Versicherung zur Grundlage eines Anspruchs auf Entschädigung, oder mindestens auf Krankengeld zu machen. In der Regulirung der außerordentlich großen Zahl dieser kleinen Unfälle und in der hierbei hervortretenden Spekulation auf die Versicherung würde in der That eine der größten Schwierigkeiten für die Durchführung der Unfallversicherung liegen; denn wenn es sich in diesen Fällen um größere, für räumlich ausgedehnte Gebiete bestimmte Kassen handelt, wird die Neigung, Vortheil aus denselben zu ziehen, in der eigenen, immerhin geringen Leistung zu diesen Kassen kein genügendes Gegengewicht finden.

Dieses Verhältniß dürfte sich jedoch sofort ändern, wenn das ganze mit dem Unfall verbundene Verfahren sich in dem Rahmen einer kleineren Kasse vollzieht, zu welcher der Arbeiter nicht nur beizusteuern verpflichtet ist, sondern an deren Verwaltung er auch theilnimmt, deren Verhältnisse er also, insofern Leistung und Gegenleistung in Betracht kommen, zu übersehen vollkommen in der Lage ist.

Ganz besonders wird der Arbeiter sehr schnell empfinden, in wie weit er selbst durch unberechtigte, an die Kasse erhobene Ansprüche in Mitleidenschaft gezogen wird, und demgemäß wird er dahin geführt werden, Controle über seinen böswilligen Mitarbeiter zu führen, die einzige Controle, die in dieser Beziehung sich als ausführbar und wirksam erweisen dürfte.

Daß die Hülfs- oder Krankenkassen der Reorganisation bedürftig sind, ist allgemein anerkannt. Die Nothwendigkeit einer Reorganisation wird um so dringender hervortreten, wenn diesen Kassen die hier besprochene Mitwirkung bei der Unfallversicherung zugewiesen wird.

Es kann beispielsweise nicht in Abrede gestellt wer-

den, daß das Krankengeld bei den meisten Kassen verhältnißmäßig niedrig bemessen ist, so daß es, bei längerer Dauer der Erwerbsunfähigkeit, nicht genügt, den Rückgang in Haushalt und Familie des Arbeiters zu verhindern. Manche der Gründe, welche dafür sprechen, in gewöhnlichen Krankheitsfällen das Krankengeld verhältnißmäßig niedrig zu halten, fallen jedoch fort, wenn die Krankheit in Folge eines Unfalles eintritt, namentlich wenn das Heilverfahren längere Zeit in Anspruch nimmt, es könnte daher in diesen Fällen das Krankengeld höher bemessen werden. Wenn hiergegen eingewendet werden sollte, daß viele, namentlich private Hülfs- und Krankenkassen sich jetzt schon in mißlicher Lage befinden, demgemäß nicht im Stande wären, ihre Leistungen, wenn auch nur für gewisse Fälle, zu erhöhen, so muß darauf hingewiesen werden, daß die nothwendige Reorganisation diesen Punkt wird besonders ins Auge fassen müssen, daß namentlich die Beiträge an die Kasse in Betreff der Krankheiten und der Unfälle getrennt zu regeln und besondere Bestimmungen darüber zu treffen sein würden, in wie weit die Unternehmer bei Unfällen höhere Beiträge zu leisten hätten.

Um aber auch die Hilfs- und Krankenkassen vor einer übermäßigen und unberechtigten Inanspruchnahme sicher zu stellen, dürfte die Festsetzung einer generellen Karenzzeit von mindestens drei Tagen geboten erscheinen.

Es ist freilich denkbar, daß örtliche Verhältnisse die Bildung einer Hülfs- oder Krankenkasse nicht möglich erscheinen lassen; in diesem Falle müßte die Mitwirkung dieser Kassen bei der Unfallversicherung durch eine besondere Art der Versicherung ersetzt werden, wie solche ja auch in Bezug auf Unfälle mit geringeren Folgen im § 11 Absatz 2 des Entwurfes der liberalen Parteien vorgesehen ist.

Anmerkung der Redaktion. Bezüglich dieses bereits unter dem 16. Februar geschriebenen Artikels, wollen wir nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß in der, dem Volkswirthschaftsrath zugegangenen Vorlage der Gedanke, die schweren von den leichteren Unfällen zu trennen und die letzteren ganz den Hilfs-Krankenkassen zuzuweisen, bereits Ausdruck gefunden hat.

V. Der Griff in's Blaue.

— Bk. Die Abschnitte IV und V des Entwurfes betreffen die Anzeige der Unfälle und Untersuchung des Thatbestandes, sowie die Feststellung der Entschädigung und Geltenmachung der Rente.

Das vorgeschlagene Verfahren läßt sich kurz wie folgt darstellen.

Bei jedem Unfalle, der nach ärztlichem Gutachten eine Erwerbsunfähigkeit von mindestens einer Woche zur Folge haben wird, ist in 48 Stunden Anzeige bei der Ortspolizei-Behörde zu machen. In der Anzeige ist zu vermerken, ob nach ärztlichem Gutachten die Erwerbsunfähigkeit länger als vier Wochen dauern wird (§ 16). Ist dies der Fall, so überweist die Ortspolizei-Behörde die Anzeige „alsbald" dem Unfalls-Kommissar des Bezirks (§ 17).

Dieser hat jeden zur Anzeige bei ihm gelangten Unfall „sobald als möglich" zu untersuchen, und den Thatbestand festzustellen (§ 18). Nach erfolgter Feststellung des Thatbestandes hat der Unfall-Kommissar „zunächst" den zu gewährenden Schadenersatz zu ermitteln und die Einigung der Betheiligten hierüber zu versuchen (§ 20). Mit der erfolgten Einigung ist das Verfahren, welches kostenfrei ist (§ 21), beendet.

Findet eine Einigung nicht statt, so überreicht der Unfall-Kommissar die geführten Verhandlungen an das Amtsgericht, welches „nach Anhörung der Betheiligten durch einstweilige **Verfügung** anordnet, ob und in welcher Höhe diese Entschädigung an den Verletzten, oder an die Hinterbliebenen des Getödteten zu leisten ist (§ 22). Diese Verfügung ist sofort vollstreckbar und kann nur auf dem Wege des Civilprozesses bei den zuständigen Gerichten angefochten werden.

Es muß hier nachträglich bemerkt werden, daß der Entwurf im § 11 bestimmt: „Die Gesammt-Versicherung aller Entschädigungen, welche bei Erwerbsunfähigkeit von nicht länger als 4 Wochen zu leisten sind, kann bei einer besonderen Versicherungs-Anstalt, oder bei derselben Versicherungs-Anstalt unter besonderen Bedingungen erfolgen."

Auf diese Bestimmnng und die Pflicht der Anzeige im Falle voraussichtlicher Erwerbsunfähigkeit von mindestens einer Woche beschränkt sich der Entwurf in Bezug auf diese Kategorie von Unfällen. Das vorgeschilderte Verfahren hat demgemäß nur Bezug auf die schwereren Unfälle. Hat sich ein solcher ereignet, so erhält der Unfall-Kommisser in drei bis vier Tagen die Anzeige woráuf er sofort den Thatbestand ermitteln und den Einigungsversuch anstellen soll.

Arbeitet der Apparat einigermaßen prompt, so wird sich dieses Verfahren in den ersten 8 Tagen vollzogen haben, wobei angenommen werden muß, daß in sehr vielen, namentlich schweren Fällen der Verlauf der versuchten Heilung noch nicht zu übersehen, oder eine Vermuthung über die zurückbleibenden vorübergehenden oder dauernden Folgen des Unfalles absolut nicht anzustellen sein wird.

Unter solchen Umständen wird der Verletzte gezwungen sein, viel zu fordern, der Unternehmer resp. die Versicherungs-Gesellschaft wenig zu bieten, um in jedem Falle, mag der Ausgang sein, welcher er wolle, nicht zu Schaden zu kommen. Die Einigung wird also voraussichtlich bei schwereren Fällen niemals zu Stande kommen.

Nun kommt der Fall sofort vor den Amtsrichter, der beide Parteien anhören, sich also in den meisten Fällen mit nicht unerheblichem Kostenaufwande zu dem Verletzten hinbegeben und nach seinem besten Ermessen über die Höhe der Entschädigung verfügen soll.

Der Amtsrichter wird bei irgend schweren Verletzungen ebensowenig in der Lage sein, sich ein richtiges Urtheil über die Folgen des Unfalles, über das nach eingetretener Heilung etwa verbleibende Maaß der Erwerbsfähigkeit zu bilden, und da er es mit voller Berechtigung als seine heilige Pflicht erachten muß, den Arbeiter unter jeden Umständen sicher zu stellen, so wird er durch das Gesetz gezwungen, mit einem kühnen Griff in's Blaue eine Summe der Entschädigung zu nennen, die hinlänglich groß ist, um den Arbeiter, selbst wenn die denkbar schlimmsten Folgen des erlittenen Unfalles eintreten, voll zu entschädigen.

Da sich aber der Unternehmer, resp. die Versicherungsgesellschaft der Gefahr nicht aussetzen kann, in jedem Falle die Entschädigung nach den denkbar unglücklichsten Folgen des Unfalles festgesetzt zu sehen, so wird ihnen nichts übrig bleiben, als zu ihrem Schutze den Weg des Prozesses einzuschlagen. So müßten also die Bestimmungen des Entwurfes der liberalen Parteien mit Nothwendigkeit dahin führen, daß namentlich die schweren Fälle ausschließlich im Wege des Prozesses regulirt werden und es wird demgemäß das eintreten, was Herr Lasker unbedingt vermeiden will und was, mit einigem Verständniß für den praktischen Verlauf der Dinge, leicht zu vermeiden wäre. Dies zeigen die Entwürfe der Regierung.

Der Gesetzentwurf der Regierung enthielt im § 33 Abs. 3 die Bestimmung:

„Für diejenigen verletzten Personen, welche sich nach Ablauf von vier Wochen noch in ärztlicher Behandlung behufs Heilung der erlittenen Verletzungen befinden, ist die Feststellung zunächst auf die bis zur Beendigung des Heilverfahrens zu leistenden Entschädigungen zu beschränken, im übrigen aber die Feststellung der Entschädigung bis zur Beendigung des Heilverfahrens auszusetzen."

In dem vom Reichstage angenommenen Gesetze war dieser Absatz mit der Beschränkung angenommen, daß an Stelle der vier Wochen, der vorgenommenen Verminderung der Karenzzeit entsprechend zwei Wochen gesetzt wurde.

Wir haben diese Besprechung des Entwurfes der liberalen Parteien zu Ende geführt, obgleich wir wohl erkannten, daß derselbe kaum mehr beachtet wird und durch die neuesten Vorgänge vollends in den Hintergrund gedrängt worden ist. Der Entwurf hatte lediglich die Bedeutung eines politischen Coups. Sollte die Unfall-Versicherung der Arbeiter in dieser Legislaturperiode des Reichstages ihre Erledigung nicht finden, so werden die Agitatoren der extremen liberalen Parteien bei den nächsten Wahlen auf den Entwurf zurückkommen; diesem Zwecke sollte er unseres Erachtens auch in erster Reihe dienen. Praktische Bedeutung hat der Entwurf der liberalen Parteien niemals gehabt, und wenn wir auch

annehmen müssen, daß die warme Vertretuug desselben seitens des Abgeordneten Lasker der Ausfluß voller Ueberzeugung war, so ist doch genugsam bekannt, daß diesem ausgezeichneten Redner und Juristen die praktische Seite des Lebens ein mit sieben Siegeln verschlossenes Buch ist, daß es demgemäß immer bedenklich ist, wenn dieser Abgeordnete seine Hand an Dinge legt, die in den praktischen Verhältnissen wurzeln. Das zeigt der von ihm vertretene Entwurf. Wir haben lebhaft bedauert, daß die nationalliberale Partei sich dazu hergegeben hat, eine so ernste und schwerwiegende Sache, wie die Unfallversicherung der Arbeiter, zu einem politischen Coup zu mißbrauchen; wir sind aber auch überzeugt, daß nicht viele Mitglieder dieser Partei geneigt sein werden, auf die sogenannte That der liberalen Parteien zurückzugreifen, daß sie vielmehr mit Genugthuung mitwirken werden auf dem Boden der neuen Vorlage, welche so viele äußerst praktische Gesichtspunkte enthält, etwas Positives zu schaffen. Abgesehen von der Ausgrabung zur Wahlagitation wird von dem Entwurfe der liberalen Parteien kaum mehr die Rede sein. Bei den Wahlen wird man sich auf der anderen Seite vielleicht dieser Besprechungen erinnern, die in der Hauptsache den Zweck hatten, zu zeigen, wie wenig Fühlung die Väter des Entwurfs mit dem praktischen Leben haben und wie wenig sie daher geeignet sind, über Dinge zu urtheilen, die in so inniger Beziehung zu den täglichen Vorkommnissen in dem Leben der Arbeiter und der produktiven Thätigkeit des Volkes stehen.

Die Eisenproduktion zu Middlesbrough.

Die Handelskammer zu Middlesbrough hat neulich ihren Jahresbericht pro 1881 veröffentlicht. Derselbe konstatirt den glänzendsten Fortschritt in der Eisenindustrie dieses überaus ergiebigen Districts während des vergangenen Jahres, in welchem von 92 vorhandenen Hochöfen, 83 im Betrieb waren. Die Produktion von Gußeisen ist denn auch im Jahre 1881 hier die Stärkste gewesen, welche man kennt.

Im Jahre 1870 belief sich die Quantität des in den Hüttenwerken von Middlesbrough producirten Cleveland — Eisens auf 964,266 Tons, im Jahre 1875 ist diese Ziffer] auf 1,256,850 Tons, 1880 auf 1,626,212 Tons und 1881 auf 1,644,795 Tons gestiegen. Dazu sind im Jahre 1882 274,000 Tons Hematit- und Spiegeleisen gegen 212,000 Tons, im Jahre 1880 hergestellt worden. Die Ausfuhren haben indeß dieser starken Steigerung der Produktion in sofern nicht ganz entsprochen, als sich die Ausfuhr von Gußeisen aus Middlesbrough

1879	auf	815,563	Tons.
1880	„	960,581	„
1881	„	931,411	„

bezifferte, so daß 1881 also ein Rückgang um 29,170 Tons oder 3 pCt. gegen das Vorjahr eingetreten ist.

Die Ausfuhr von Eisen-Fabrikaten hat dagegen im vergangenen Jahre sehr beträchtlich zugenommen. An Eisen- und Stahlwaaren wurden nämlich im Jahre 1881 aus Middlesbrough 280,943 Tons ausgeführt, gegen 204,015 Tons im Jahre 1880; dieselbe Ausfuhr belief sich im Jahre 1876 nur auf 96,870 Tons. An dieser Ausfuhr participirten im Jahre 1881 die Vereinigten Staaten mit der größten Summe, namlich 33055 Tons, dann folgte

Indien	mit	22412	Tons	
Italien	„	14948	„	
Australien	„	11526	„	
Holland	„	10349	„	
Brasilien	„	10097	„	
Deutschland	„	7154	„	usw.

Nächst Italien und Holland hat im Jahre 1881 von

den europäischen Ländern, also immer noch Deutschland die meisten Stahl- und Eisenwaaren aus Middlesbrough erhalten.

Der Handel in Eisenwaaren hat in Middlesbrough nach dem Bericht der Handelskammer, noch während der letzten Monate so zugenommen, daß die Fabrikanten kaum allen Aufträgen genügen konnten. Ebenso hat der Bau eiserner Schiffe daselbst im vergangenen Jahre eine ungeahnte Steigerung erfahren; 14 Dampfschiffe mit einem Gehalt von 25,256 Tons haben 1881 hier die Werfte verlassen. In ähnlicher Weise hat die Maschinenfabrikation sich entwickelt.

Man kann sich bei dieser beispiellosen Forcirung der englischen Eisenproduktion eine ungefähre Vorstellung davon machen, was wir von derselben in Deutschland zu erwarten hätten, wenn wir uns jetzt nicht des Segens, des Zollschutzes erfreuten.

Zur Reform der Bergwerksteuer.

Der Vorstand des „Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund“ hatte gegen Ende vorigen Jahres an das Staatsministerium eine Eingabe gerichtet, worin die irrationelle Art der preußischen Bergwerksteuer beklagt und um eine vorläufige Entlastung des Bergbaues in der Form gebeten wurde, daß wenigstens die zum Export in das Ausland gelangenden Kohlenmengen von der drückenden Steuer befreit bezw. entsprechende Steuer-Rückvergütungen den Exporteuren gewährt werden möchten. Die Herren Minister der Finanzen und der öffentlichen Arbeiten haben hierauf indeß erwidert, daß die Bergwerkssteuern als Ertragssteuern anzusehen und an die Stelle der Zehnten, sowie von Abgaben und Gebühren getreten seien, die für die staatliche Beaufsichtigung des Bergbaues oder für einzelne Amtshandlungen der Bergbehörden erhoben wurden. Die behauptete Analogie der Bergwerksteuer mit den indirekten Verbrauchssteuern könne aus diesem Grunde nicht zugegeben werden und

deshalb müsse auch eine Rückvergütung der Steuer auf die Kohlenexporte von der Hand gewiesen werden.

Diese Entscheidung mag theoretisch und insbesondere vom formalen juristischen Standpunkte aus richtig sein, aber sie dürfte die interessirten Kreise schwerlich befriedigen. Es handelte sich bei der Eingabe des genannten Vereins offenbar nicht darum, das Bergsteuerrecht rationeller zu gestalten und auszubauen, sondern man sah in der Steuer-Rückgewähr auf Kohlenexporte nur einen Nothbehelf, die schädlichen Wirkungen der jetzigen Besteuerung in einem Theile zu paralysiren und wünschte in diesem Falle schleunige Remedur, da eine gründliche Reform der Bergwerksteuer doch für die nächste Zeit nicht zu erwarten stand. Die Zurückweisung, welche der Verein seitens der Herren Minister erfahren hat, bedeutet sonach vielleicht, daß vor einer durchgreifenden Reform der Bergwerksteuer selbst der Bergbau auf eine steuerliche Erleichterung überhaupt nicht zu rechnen haben wird.

Wenn dem so wäre, so könnten wir dies nur in hohem Grade bedauern, da die Unzuträglichkeiten der bestehenden Bergwerkssteuer in der That in vielen Fällen kaum zu ertragen sind. Die Besteuerung des Bergbaues nach dem Bruttoertrage steht allen rationellen Steuerprinzipien entgegen und beraubt die Bergbautreibenden zu Gunsten der Staatskasse gerade dann am meisten, wenn sie ohne Reinertrag arbeiten oder vielleicht noch beträchtliche Zubußen zu leisten haben. Um nur ein paar Beispiele zu erwähnen, so hat eine Bergwerks-Aktiengesellschaft im Essener Revier in den Jahren 1876—1879 zusammen mehr als 100.000 Mk. Bergwerkssteuer an das Oberbergamt gezahlt, obwohl die Ausbeute während derselben Zeit nur etwas über 25,000 Mk. betrug, und eine gewerkschaftlich betriebene Zeche zahlte während derselben Zeit 93,000 Mk. während gar keine Ausbeute vorhanden war, vielmehr noch Zubußen geleistet werden mußten. In den letzten zehn Jahren zahlte das erstere Werk an Staats- und Gemeindesteuern, sowie an Knappschafts-Beiträgen durchschnittlich 28.5 pCt. der Ausbeute, das letztere 34,11 Prozent. Diese Durchschnitts-Beträge sind horrend und

finden ein Pendant nur in den riesigen Kommunal-Zuschlägen, welche die Bewohner jener Gegenden noch außerdem persönlich zu den Staatssteuern zu zahlen haben.

Daß für den Bergbau in dieser Beziehung Abhilfe dringend nöthig ist, haben nicht allein die Interessenten immer behauptet, sondern dies ist auch von der Staats-Regierung mehrfach anerkannt worden. Wenn demgegenüber nunmehr ein Ausweg, die Rückvergütung der Steuer bei Kohlen-Exporten, zurückgewiesen worden ist, so wird man nach einem anderen suchen müssen und dieser bietet sich entweder dar in der einfachen Ermäßigung der bestehenden Bergwerkssteuer etwa von 2 pCt. auf 1 pCt. oder in der Auflegung eines Eingangszolles auf fremde Kohle, oder endlich in der Verbesserung der Kommunikations-Mittel bezw. Verbilligung der Frachttarife. Von diesen drei Wegen wäre der einfachste wohl die Ermäßigung der Steuer; er würde sich auch am schnellsten wirksam erweisen. Ob die Staatsregierung bei der gegenwärtigen Finanzlage zu dieser Steuerermäßigung indeß zu bewegen sein wird, erscheint fraglich, wenn denselben nicht durch die Einführung des Tabakmonopols anderweitig Ersatz geschaffen werden sollte. Die Einführung eines Kohlenzolles wird andererseits gerechten Bedenken begegnen, weil wir der gering entwickelten Industrie des Ostens nicht noch das Feuermaterial vertheuern dürfen und weil außerdem der Kohlenimport Deutschlands hinter dem Export an Bedeutung doch ganz wesentlich zurückgeblieben ist. Wir importirten beispielsweise an Steinkohlen im Jahre 1881 nur ungefähr 2, exportirten dagegen $7\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen.

Es bleibt also nur die Verbesserung der Communicationen und hier möchten wir wünschen, daß die geplanten Canalbauten Rhein-Weser-Elbe-Nordsee so schnell wie möglich in Angriff genommen und daß auch die Eisenbahnfrachttarife für Kohlen durchgängig auf ein Minimum reducirt würden. Der deutsche Kohlenbergbau steht an Umfang nur dem englischen nach und er bedarf insbesondere für den Export nur eine wohlwollende

Unterstützung seitens der maßgebenden Gewalten, um eine Quelle steigenden Wohlstandes für das Land zu werden.

Der deutsche Verein für internationale Doppelwährung

hielt vor einiger Zeit im Kaiserhof unter dem Vorsitz des Herrn von Kardorff seine constituirende Generalversammlung ab, zu welcher sich auch mehrere Mitglieder des Landtages und des Volkswirthschaftsrathes eingefunden hatten. Wir bemerkten von ersteren die Herren von Rauchhaupt und Schröder-Lippstadt, von letzteren Geheimrath Baare, Oberbergrath Leuschner, Commerzienrath Wolff, Ehrenfried Hessel. Herr von Kardorff erörterte in einigen einleitenden Worten die Beweggründe, welche zur Gründung eines deutschen Vereins für internationale Doppelwährung geführt haben. In England sei vor einiger Zeit ein solcher Verein unter der Aegide der bedeutendsten Financiers ins Leben gerufen worden. Dies habe den Anstoß zur Begründung des deutschen Vereins gegeben, dessen Hauptaufgabe es sein werde, das größere Publikum für die Währungsfrage zu interessiren, und diese dem Verständniß desselben näher zu bringen. Der Abgeordnete Bamberger verstehe es, die Währungsfrage wie ein Mysterium egyptischer Priester zu behandeln, das dem großen Volke verschlossen bleiben müsse, in Wahrheit bestände indeß gar keine Schwierigkeit, das Volk übee den Inhalt dieser Frage aufzuklären und der Verein habe sich dies in erster Reihe als Ziel gesetzt. Außerdem werde er aber auch der Regierung in ihren bimetallistischen Forderungen eine Stütze sein und durch Unterhaltung constanter Verbindungen mit der gleichartigen Bewegung anderer Länder direkt die Anbahnung einer internationalen Regelung der Währungsverhältnisse fördern können. Es wurde hierauf das von Herrn Leuschner entworfene Statut des Vereins nach kurzer Debatte angenommen und ein aus einigen Zwanzig Herren bestehender Ausschuß gewählt.

Sodann ergriff der Geschäftsführer des Vereins, Herr Dr. Arendt das Wort zu einem kurzen Vortrage über die Entwickelung und den gegenwärtigen Stand der bimetallistischen Agitation, die anfänglich nur von den Vereinigten Staaten ausgegangen sei, jetzt aber bereits alle Länder erfaßt habe. Der Vortragende wies nach, daß die Goldproduktion im Abnehmen begriffen und der seither besonders fühlbar gewesenen Silberentwerthung nun auch ein Goldmangel hinzugetreten sei, der im Herbst vorigen Jahres bereits zu sehr einschneidenden Diskonterhöhungen geführt hätte. Die Goldmänner selbst geständen jetzt zu, daß eine allgemeine Goldwährung nicht durchführbar sei. England sei nicht Anhängerin der allgemeinen Goldwährung, sondern der Einzelwährung, es behalte seine Goldwährung und überlasse es anderen Ländern, die Silberwährung zu behalten. Dieser Zustand sei aber auf die Dauer angesichts der Silberentwerthung und der Goldvertheuerung nicht haltbar, vielmehr müsse eine internationale Regelung des Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber eintreten. Redner weist noch ausführlich auf die Schädigungen hin, welche die deutsche Industrie und der deutsche Bergbau, überhaupt die gesammte deutsche Produktion durch die Goldvertheuerung erfahren habe und weiter erfahren werde, wenn nicht die bimetallistischen Principien bald zum Durchbruch gelangten. — Hieran schloß sich eine kurze Debatte, an welcher die Herren Hautzinger, Wolff und Leuschner theilnahmen.

---

*Die Statistik der Wittwen und die Lebensversicherung.

Wir erörterten neulich die Beziehungen der deutschen Frau zur Lebensversicheruug und glauben dabei nachgewiesen zu haben, daß unsere Frauen ein schweres Unrecht an ihrer eigenen Familie begehen, wenn sie sich, wie dies leider noch vielfach geschieht, der Lebensversicherung feindlich gegenüberstellen. Denn in den meisten Fällen kann nur mit Hilfe dieser Institution die Familie

auch nach dem Ableben ihres Ernährers finanziell auf der seitherigen Höhe erhalten und insbesondere die Erziehung und Ausbildung der nachgelassenen Kinder vollendet werden. Appellirten wir in unseren damaligen Ausführungen in der Hauptsache an die Mutterpflichten der deutschen Frau, so möchten wir heute betonen, daß doch auch ihr aller eigenstes Interesse bei der Lebensversicherung in so hohem Grade engagirt ist, daß man es den gröbsten Verstoß gegen die Selbsterhaltungspflicht der Frau nennen kann, wenn sie die Sicherstellung ihrer Zukunft im Wege der Lebensversicherung nicht betreibt oder ganz von der Hand weist.

Die Frau tritt mit ihrer Verheirathung nicht blos in ein moralisches, sondern ebenso sehr in ein wirthschaftliches Abhängigkeitsverhältniß zum Manne. Indem sie die Führung des gemeinschaftlichen Haushalts übernimmt, begiebt sie sich einer aktiven oder erwerbenden wirthschaftlichen Thätigkeit, um ihre hauptsächliche Sorge der zweckmäßigen Verwendung und Erhaltung des Erwerbs ihres Gatten zuzuwenden. Die Frau verliert durch diese Thätigkeit in einem gewissen Grade die Fähigkeit, selbst erwerbend aufzutreten und dies muß ihr nothwendigerweise die Gewinnung ausreichenden Lebensunterhaltes nach dem Tode ihres Gatten außerordentlich erschweren. Aus diesem Grunde insbesondere hat die Frau geradezu ein Recht darauf, daß der Gatte bei Zeiten auch für die Eventualität seines vorzeitigen Ablebens Vorsorge treffe und ihre wirthschaftliche Existenz sicherstelle, ein Recht, welches beispielsweise auch der Staat durch die zwangsweise Einführung der Wittwenkasse allen Frauen seiner Beamten zuerkannt hat

Also nicht etwa nur von der besonderen Liebe des Gatten, sondern auch als ihr Recht hat die Frau die Sicherstellung ihrer Zukunft zu verlangen und wir glauben, daß viele Frauen nicht zögern würden, dieses Recht geltend zu machen, wenn sie wüßten, in wie hohem Grade sie einer unsicheren Zukunft, vielleicht bitterer Armuth und drückenden Entbehrungen, ausgesetzt sind. Denn obgleich die Vorkommnisse des täglichen Lebens für den schäferen Beobachter deutlich genug sprechen, werden sich die meisten Frauen doch nicht immer der

Thatsache bewußt sein, daß in einem gewissen Alter für sie eine große Wahrscheinlichkeit besteht, ihren Mann zu überleben, mit anderen Worten, daß sie ziemlich sicher darauf rechnen können, eine größere oder geringere Zeit im Wittwenstande, ohne die helfende und vorsorgliche Hand des Mannes, hinzubringen.

Die Statistik giebt uns über diese Frage eine Auskunft, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und von der wir hoffen, daß sie nicht verfehlen wird, Eindruck zu machen. Nach den im Jahre 1871 angestellten Erhebungen, (später sind die Ermittelungen über den Familienstand nicht bearbeitet worden,) gab es im deutschen Reiche 6,902,512 verheirathete und 1,713,480 verwittwete und geschiedene Frauen, während von den Männern 6,867,949 verheirathet und nur 711,098 verwittwet oder geschieden waren. Hieraus geht schon hervor, daß die Frauen eine viel, wir können sagen, fast dreimal größere Chance haben, verwittwet zu werden, als die Männer. Dieses Verhältniß wird indeß für die Frauen noch ungünstiger (wenn wir so sagen sollen), sobald wir nur die älteren Jahresklassen in Betracht ziehen. Erfahrungsgemäß ist nämlich die Sterblichkeit der Frauen in den ersten Jahren der Ehe eine besonders große, während sie im späteren Lebensalter erheblich abnimmt; es existiren demnach auch relativ mehr alte, als junge Wittwen und dies muß den Werth der Lebensversicherung, welche ihre wohlthätigen Wirkungen zumeist doch erst im späteren Alter äußern soll, gerade für die Frauen besonders erhöhen.

Nach der Statistik waren von den über 50 Jahr alten Frauen im deutschen Reiche 1,726,816 verheirathet und 1,302,664 verwittwet oder geschieden. Wenn wir die geringe Zahl der geschiedenen Frauen hier außer Acht lassen, so wird also auf eine verheirathete Frau über 50 Jahr nahezu immer auch eine verwittwete kommen, oder anders ausgedrückt, fast die Hälfte aller Frauen, welche länger als 50 Jahre leben, hat die Aussicht ihren Mann zu überleben und in den Wittwenstand zu kommen. Mit dieser Thatsache glauben wir, wird jede verständige Frau rechnen müssen, wenn sie nicht sich selbst und ihre Kinder später einem oft

namenlosen Elend preisgeben will. Der einzige sichere Weg, letzteres zu vermeiden, bietet sich aber in der Lebensversicherung, welche der Frau schon mit Einlösung der Police die Gewißheit giebt, daß, zu welcher Zeit und aus welcher Ursache auch das Familienhaupt von ihr genommen werden möge, ihre materielle Lage dadurch nicht eine solche Einbuße erleidet, daß sie mit den Ihrigen der Noth und dem Elend anheimfällt.

Kampfzölle gegen Rußland.

Wenn die durch Skobelew heraufbeschworenen politischen Verwickelungen zwischen Rußland und seinen beiden westlichen Nachbarstaaten vor der Hand auch für beseitigt gelten können, so giebt sich doch Niemand Illusionen darüber hin, daß die in Rußland herrschende Partei ihrem Hasse gegen das Deutschthum überall da, wo es ohne unmittelbare Gefährdung des Friedens geschehen kann unbekümmert die Zügel schießen lassen wird. Dies dürfte in erster Reihe von den internationalen Verkehrsbeziehungen des Landes und vornehmlich von der russischen Handelspolitik gelten, welche seit Jahren das Versuchsfeld nationalrussischer Sonderbestrebungen gewesen ist. Aus neueren Mittheilungen russischer Patriotenblätter geht denn auch hervor, daß man sich dort mit dem Plane trägt, die ohnehin kaum noch übersteigbaren Zollschranken des Reiches weiter zu erhöhen und so die westeuropäische Concurrenz, insbesondere Deutschland, von dem russischen Markte in kurzer Zeit ganz zu verdrängen.

Daß eine Action Rußlands in dieser Richtung ziemlich nahe bevorsteht, ist unter Anderem daraus zu erkennen, daß die „Norddeutsche Allgem.-Zeitung“, ein Organ, dessen Beziehungen zu unserer Regierung bekannt sind, der Sache erhöhte Aufmerksamkeit widmet. Ihre jüngsten Ausführungen laufen darauf hinaus, daß ein Zollkrieg mit Rußland kaum zu vermeiden sein würde, und wenn auch inzwischen die Petersburger Zeitung gewissermaßen abgewiegelt und die prohibitivistischen Tendenzen der

russischen Regierung in Abrede gestellt hat, so weiß man doch, daß dieses Organ mit der herrschenden Partei der Katkow, Aksakow und Ignatiew durchaus ohne Fühlung ist, seine Erklärungen also auch nur den Werth gutgemeinter Wünsche beanspruchen können.

Erhöht nun Rußland über kurz und lang seinen Zolltarif wiederum und verschärft es vielleicht auch noch in der bekannten ingeniösen Weise das System der Zollplackereien, so wird Deutschland allerdings ernstlich vor die Frage gestellt sein, ob es diese Maßregeln ohne jede Gegenwehr über sich ergehen lassen soll oder ob sich ihm nicht auf dem handelspolitischen Gebiete selbst Repressalien darbieten, welche eine freundlichere Haltung Rußlands erzwingen könnten. Bei einem großen Theil des Volkes herrscht in Bezug hierauf die Meinung vor, daß wir in einem Zollkrieg mit Rußland nicht so ganz waffenlos dastehen, vielmehr hinlängliche Aussicht auf Erfolg haben würden. Dieser Meinung hat unter Anderen auch der Centralverband deutscher Industrieller, gestützt auf ein ausführliches Referat des Herrn Regierungsraths a. D. Beutner, vor einigen Monaten in Dresden Ausdruck gegeben und es ist überdies kein Geheimniß, daß der Herr Reichskanzler selbst einen Angriff gegen die russische Zollpolitik nicht für so aussichtslos hält.

Kampfzölle gegen Rußland hätten sich in erster Linie gegen den Verkehr in Getreide, Flachs, Hanf und Holz zu richten, da diese die weitaus wichtigsten Exportartikel Rußlands bilden. Von denselben werden alljährlich große Quantitäten entweder nach Deutschland direkt oder durch Deutschland nach anderen Ländern geführt. Die russischen Häfen Riga, Libau und andere haben sich nicht als ausreichend zur Bewältigung der betreffenden Exporte erwiesen und so liegt es in der That ziemlich in unserer Hand, dieselben wesentlich zu erschweren, wenn nicht zu einem beträchtlichen Theile ganz zu verhindern. Sollte deshalb die russische Regierung trotz der ziemlich verständlichen Warnung der Norddeutschen Allgem. Zeitung bei ihrer Prohibitivpolitik beharren und wie die Petersburger Zeitung allerdings euphemistisch bereits andeutet, eine schärfere „Ueberwachung" des Grenzverkehrs belieben, so würden wir hoffentlich die Antwort nicht

schuldig bleiben. Insbesondere würde es zweckmäßig sein, den Durchgangsverkehr russischer Erzeugnisse möglichst zu belasten. Rußland wurde hierbei nichts als sein Recht geschehen; es wünscht sich handelspolitisch zu isoliren und wir entsprechen diesem Wunsche, indem wir Rußland von den westeuropäischen Märkten, wenigstens soweit der Landweg in Betracht kommt, nach Möglichkeit ausschließen.

Das Manchesterthum im Tabaksmonopol.

Was die verbissenenen Widersacher des Fürsten Reichskanzlers auch vorbringen mögen, das Eine steht fest, daß es der dem Volkswirthschaftsrath unterbreiteten Vorlage, sowie den Ausführungen des Unterstaats-Sekretair v. Mayr gelungen ist, allen denjenigen Vaterlandsfreunden das Herz bedeutend zu erleichtern, welche seither ihre deutsch-unitarische Liebe für das Monopol nicht mit ihren volkswirthschaftlichen Sorgen in Einklang bringen konnten. Zahlreiche Bedenken sind thatsächlich zerstreut und die verschiedenen national-, steuer- und sozialpolitischen Gründe für das Monopol dadurch annehmbarer geworden. Was den Schreiber dieses noch schwankend macht, ist der bedeutende Ueberrest von Manchesterthum, welcher heute der Vorlage, sowie der Art und Weise ihrer gouvernementalen Behandlung noch anklebt, nämlich die Leichtfertigkeit, mit welcher das Schicksal der Abzufindenden behandelt wird. „Die Befürchtung — sagte Herr v. Mayr — daß die Entschädigten die Heimath verlassen und dadurch die Gemeinden (weßhalb nicht auch die Wegziehenden?) geschädigt würden, ist nicht begründet, diese Leute werden auf derselben Stelle mit ihrem Kapital neue Geschäfte anfangen".

Wenn wir vor 5 Jahren aus dem volkswirthschaftlich schnell fertigen Munde der Herren Delbrück und Camphausen diese Dogmenverkündigung gehört hätten, so würden wir das ohne neues Erstaunen hingenommen haben. Die Gewohnheit hatte uns bei diesen Propheten

der „Sichselbstüberlassung“ gegen die größten Oberflächlichkeiten des volkswirthschaftlichen Denkens abgestumpft. Anders im Jahre 1882, 4 Monate nach der landesväterlichen Kaiserbotschaft. Heute ist der tief im Manchesterthum steckende Ausspruch des Herrn von Mayr ein Anachronismus. Heute ist die Frage nach dem Schicksal der Expropriirten nicht mehr durch ein kühnes Diktum der Sichselbstüberlassungs-Philosophie zu erledigen, sondern viel ernsthafter in landesväterliche Erwägung zu ziehen, als dies seither sowohl innerhalb der Regierung, wie auch des Volkswirthschaftsraths geschah. Die Entschädigten sind unter den heutigen deutschen Verhältnissen durchaus nicht im Stande, „auf derselben Stelle mit ihrem Kapital neue Geschäfte anzufangen“. Man bezeichne uns doch die Branchen, welche in Deutschland auf einmal einer größeren Anzahl Kapitalisten für neue Geschäfte Prosperitätsaussichten darbieten, namentlich solchen Kapitalisten, welche ihre Erfahrungen in einer anderen Branche machten. Selbst in Amerika gilt das Sprichwort: „Es wird nicht eher ein Dollar verdient, bis nicht der letzte deutsche Groschen verloren“. Wo sind aber in Deutschland die elastischen Verhältnisse, die tausend Hülfsmittel und Chancen Nordamerikas?

Bei uns wird wahrscheinlich der letzte Groschen der Entschädigung ausgegeben, in neuen Branchen verexperimentirt sein, ohne Aussicht, daß dann auch einmal die erste Mark verdient wird. Natürlich schwebt uns bei dieser Befürchtung nur die Regel vor. In Ausnahmefällen mag es besser gehen, namentlich in solchen, wo ein staatlicherseits mit Kapital ausgerüsteter Bewerber einen kapitalschwachen Geschäftsmann auskauft oder ihn als Nebenbuhler durch die Ueberlegenheit der Kapitalkraft überwindet. Doch werden diese Ausnahmen geschäftlicher Erfolge unter den landesväterlichen Gesichtspunkten der Kaiserbotschaft volkswirthschaftlich und sozial vielleicht die ärgsten Mißerfolge sein.

Nach unserer Auffassung der neuen Sozialpolitik muß der Behandlung der Monopolfrage das bedenkliche Quantum Manchesterthum, welches ihr noch anklebt, genommen werden, und zwar durch sorgfältigere Er-

wägungen des Schicksals der Abzufindenden. Den Tabakfabrikanten kleiner Orte sind vielleicht aus den Domänen kleine Bauerngüter anzubieten. Es schweben uns Orte vor, wo die Tabak- und Cigarrenfabrikanten gleichzeitig etwas Landwirthschaft treiben. Solchen Leuten wäre mit baarem Gelde zu neuen Gewerbebetrieben nicht geholfen, wohl aber mit kleinen Bauerngütern. Größere Entschädigungssummen dürften gar nicht in Baar, sondern nur in Rententiteln bezahlt werden, damit sich nicht die Erscheinungen der Milliardenzeit wiederholen. Aehnliche „landesväterliche" Schutzmaßregeln ließen sich noch viele treffen. Im Volkswirthschaftsrathe sitzen Männer von Wohlwollen und Weltkenntniß genug, um die Regierung in dieser Hinsicht vorzüglich berathen zu können. Es ist nur nöthig, an ihren Rath zu appelliren. Dazu gehört allerdings, daß man in Regierungskreisen den letzten Rest von Manchesterthum abthut, wie die landesväterliche Kaiserbotschaft und die sozialreformatorische Logik solches verlangt.

Straßenpflaster aus Stahl und Eisen.

Bei der großen Wichtigkeit, welche eine zweckmäßig ausgeführte Fahrstraße für das allgemeine Interesse bietet, ist auf das gußeiserne und stählerne Straßenpflaster aufmerksam zu machen, welches von der Vereinigten Königs- und Laurahütte innerhalb der letzten 2 Jahre wiederholt auch in größerem Umfange zur Ausführung gebracht wurde. Wie man uns mittheilt, verdient insbesondere das Stahlpflaster durch sein geringes Gewicht in Verbindung mit außerordentlicher Dauerhaftigkeit vielseitige Verwendung. So empfiehlt sich dasselbe als besonders zweckmäßig für den Belag von Brücken mit hölzernen Fahrbahnen, als Belag von Centesimalwagen, Pflasterung von Ein- und Durchfahrten, Hofräumen, Verladungsplätzen und Rampen, Magazinen 2c. — Außer den vielfachen Ausführungen derartigen Pflasters in den eigenen Etablissements der Gesellschaft soll eine in Laurahütte bereits durch 2 Jahre sehr frequent befahrene

öffentliche Fahrstraße mit Stahlplattenbelag allen Anforderungen entsprochen haben, ohne eine Abnutzung oder Deformation zu zeigen. Auch hat sich eine mit Stahlplatten belegte hölzerne Brückenfahrbahn der D. S. E., die seit längerer Zeit einem sehr lebhaften Verkehr ausgesetzt ist, nach jeder Richtung hin vortrefflich bewährt und erhalten. Jedenfalls verdient diese neue Verwendung von Stahl und Eisen die vollste Aufmerksamkeit der Straßenbautechniker.

Unsere Eisenzölle 1865 und 1880.

Die Angriffe der Freihandelspartei richten sich in unserem Lande bekanntlich in erster Linie gegen die Eisenindustrie, weil diese als die Haupturheberin des autonomen Zolltarifs von 1879 angesehen wird. Der Eisenindustrie haben die Freihändler zur Zeit ihrer Herrschaft allerdings auch am schnödesten mitgespielt, glauben sie ihr vielleicht deshalb jetzt die größten Vorwürfe machen zu müssen? Das Jahrzehnt, 1867 bis 1877, weist nicht weniger als viermal Ermäßigungen der Eisenzölle auf und im letztgenannten Jahre war man, abgesehen von den ganz feinen Waaren, auf dem Standpunkt der absoluten Zollfreiheit angekommen. Dies, obwohl gerade um jene Zeit die deutsche Eisenindustrie mitten in der schärfsten Krisis stand und gleichzeitig alle uns benachbarten Länder eifrig darauf bedacht waren, ihrer eigenen Eisenindustrie durch erhöhten Zollschutz vor der Krisis nach Möglichkeit sicher zu stellen. Man spricht heute auf freihändlerischer Seite immer in gehobenen Worten von dem Ruhebedürfniß der Industrie, damals in den Jahren 1867—77 scheint man dieses Ruhebedürfniß nicht allzusehr gefühlt zu haben, denn sonst würde man nicht alle zwei Jahre mit Zollermäßigungen hervorgetreten sein.

Wie dem nun auch sei, das kann von keiner Seite geleugnet werden, daß die Zolltarifreform des Jahres 1879 was die Eisenzölle anlangt, nicht hinter das Jahr 1865 mit welchem die Freihandelsära in Deutschland

begonnen wurde, zurückgegangen ist. Im Gegentheil, wir sind heute noch bei Weitem freihändlerischer, als vor 10 Jahren und verdienen deshalb vielleicht von den Ultras der Manchesterpartei Vorwürfe, wogegen jeder nicht voreingenommene Politiker unserer Mäßigung Anerkennung zollen muß.

Vergleichen wir nämlich unseren bestehenden Eisenzolltarif mit dem von 1865, so ergiebt sich folgendes Tableau. Es betrug der Einfuhrzoll

pro 50 Kg.	1865 Mk.	1880 Mk.
Roheisen, Brucheisen, Abfälle 2c.	0,75	0,50
Stabeisen	2,50	1,25
Façoneisen	3,50	1,25
Radkranz-, Pflugschar-Eisen . .	3 50	1,25
Eck- und Winkeleisen	3,50	1,50
Schienen, Laschen 2c.	2,50	1,25
Platten und Bleche, rohe . . .	3,50	1 50
do. polirte 2c. . .	5,25	2,50
Weißblech	7,50	2,50
Draht	2,50 u. 3,50	1,50
Gußwaaren, ganz grobe . . .	1,20	1,25
Eisen, roh vorgeschmiedet . . .	2,50	1,50
Anker, Ketten 2c.	3 50	1,50
Röhren, schmiedeeiserne . . .	4,00	2,50
Grobe Eisenwaaren	4 u. 8,00	3,5 u. 7,50
Feine "	12	12
Nähnadeln, Schreibfedern, Uhrfournituren	30	30

Hiernach sind also, vielleicht mit ein paar geringfügigen Ausnahmen, die Eisenzölle seit 1865 um mehr als 50 pCt., in vielen Fällen um mehr als 100 pCt. heruntergegangen. Ein solches Schutzzollsystem, das man übrigens eher ein gemäßigtes Freihandelssystem nennen könnte, wird angesichts der internationalen Konkurrenzverhältnisse kein vernünftiger Mensch der Ausbeutung des Publikums beschuldigen; dasselbe kann auch sonst jede Kritik vertragen.

Ergebnisse der Unfallstatistik.

Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat aus der Feder seines Geschäftsführers Herrn Dr. Rentzsch einen sehr interessanten Bericht über die Ergebnisse, der von ihm im letzten Viertel des Vorjahres angestellten unfallstatistischen Erhebungen für eine größere Anzahl von Hüttenwerken und Maschinenbauanstalten veröffentlicht. Wenn es dem Verein auch nicht möglich war, ein ganz vollständiges Material zusammen zu bringen, da namentlich mehrere der größeren Werke, die außerordentlich mühsame Zusammenstellung der betreffenden Daten für die letzten drei Jahre gescheut haben, so geht doch aus dem Gebotenen bereits deutlich hervor, daß diese statistischen Erhebungen wesentlich zur Klärung einiger viel umstrittener Punkte in der großen Unfallversicherungsfrage beigetragen haben.

	Hüttenwerke.			Maschinenbau-Anstalten.		
	1878	1879	1880	1878	1879	1880
Unfälle mit Erwerbsunfähigkeit der Betroffenen	7700	7974	9313	2348	2231	3227
auf 100 Arbeit. kamen Unfälle	10,4	10,6	11,2	6,0	5,6	7,3
Zahl der Todesfälle	49	83	80	16	16	26
desgl. auf je 100 Arbeiter	0,66	1,10	0,96	0,41	0,40	0,59
desgl. auf je 100 Unfälle	0,63	1,04	0,86	0,68	0,72	0,80

Die Zahl der Unfälle hat sich sonach während der letzten drei Jahre absolut und relativ nicht unwesentlich gesteigert. Es dürfte dies in der Hauptsache auf den Umstand zurückzuführen sein, daß im letzten Frühjahre in Folge der Besserung der Geschäftslage in größerer Zahl neue Arbeiter eingestellt worden sind, welche bei dem gefährlichen Betriebe anfangs naturgemäß Unfällen mehr ausgesetzt sind, als die geschulten älteren Arbeiter.

Näheren Aufschluß über die Natur dieser Unfälle gewinnt man erst, wenn man die Dauer der durch die Unfälle verursachten Erwerbsunfähigkeit in Betracht zieht. Der Bericht giebt hierüber die nachstehende sehr

instructive Zusammenstellung. Von sämmtlichen in den 352 Werken vorgekommenen Unfällen waren erledigt:

	1878		1879		1880	
	absolut	pCt.	absolut	pCt.	absolut	pCt.
in 2 Wochen	6403	63,7	6353	62,3	8084	64,5
in 4 Wochen	8415	83,7	8509	83,4	10598	84,5
in 6 Wochen	9093	90,5	9176	89,9	11432	91,2
in 9 Wochen	9526	94,8	9619	94,3	11938	95,2
nach 9 Wochen verbl.	457	4,5	487	4,8	496	3,9

Die Zahl der Unfälle mit länger dauernder Erwerbsunfähigkeit ist also so gering, daß der weitaus größte Theil der Unfälle durch die bestehenden Kranken- und Knappschaftskassen regulirt werden könnte, sodaß der Unfallversicherung füglich außer den tödtlichen Verunglückungen nur die schwereren Unglücksfälle und diese auch erst dann überwiesen werden könnten, nachdem die statutarische Dauer der Krankenunterstützung verflossen ist, ohne daß der Verunglückte die volle Erwerbsfähigkeit wieder erlangt hat.

Unter Hinzurechnung der von der 10—13. Woche noch erledigten Unfälle kann die Zahl der Unfälle, bei welchen auch nach dieser Zeit noch nachtheilige Einwirkungen auf die Erwerbsfähigkeit der Betroffenen fortbestehen, auf 3 pCt. der gesammten Unfälle geschätzt werden und da die Todesfälle nicht ganz 1 pCt. dieser Unfälle ausmachen, so würden also im Ganzen nur 4% aller Unfälle in dem Bereich der Unfallversicherung fallen. Alle übrigen Unfälle werden am einfachsten durch die Krankenkasse regulirt werden, denn die Ausdehnung der Unfallversicherung auch auf diese würde nur den Verwaltungsapparat außerordentlich compliciren und die Kosten der Verwaltung außer allem Verhältniß erhöhen.

Aus der spezialisirten Uebersicht über die Dauer der Unfälle in den Hüttenwerken und Maschinenbauanstalten ist noch zu ersehen, daß bei ersteren zwar die Zahl der Unfälle selbst eine größere, bei letzteren dagegen mehr schwerere Unfälle vorkommen, sodaß sich das Unfallsrisiko in beiden Industriezweigen ungefähr die Wage halten

wird und somit die Eisenindustrie mit den Maschinenbauanstalten ganz gut ein und derselben Gefahrenklasse angehören könnte.

Von ganz besonderem Interesse sind schließlich die Ermittelungen des Vereins über die seitherige Unfallversicherung der Arbeiter. Von den 352 Werken hatten 109 ihre Arbeiter gegen alle, 178 nur gegen haftpflichtige Unfälle und 65 gar nicht bezw. durch Selbstversicherung versichert. Die Versicherung nur gegen haftpflichtige Unfälle wie die Selbstversicherung erfolgen auf Kosten des Arbeitsgebers; erstreckt sich dagegen die Versicherung auf alle Unfälle, so tragen in vielen Werken die Arbeiter in der Regel mit ½, seltener mit ⅓ zur Prämienzahlung bei. Wenn also mehrfach behauptet worden ist, daß die Industrie die Prämie für die Unfallversicherung ohne Mithilfe der Arbeiter allein tragen könne, so trifft dies für die Eisenindustrie nicht zu, um so weniger, als die Entschädigung nach dem Gesetzentwurf der Regierung eine bei Weitem höhere sein würde, als gegenwärtig bei der freiwilligen Versicherung gegen nichthaftpflichtige Unfälle.

Die Ermittelungen des Vereins haben nämlich ergeben, daß bei 53 Werken die höchste Entschädigung eines nichthaftpflichtigen Unfalls sich auf eine Kapitalzahlung von 12,000 Mk. bezw. auf eine Jahresrente von 480 Mk. belaufen könnte, während bei den meisten Werken durchschnittlich nur ein Kapital von 2—3000 Mark das Maximum der Entschädigung bildet. Der obige Betrag von 480 Mk., der heute dem bestbezahlten Beamten als die ausnahmsweise günstigste Entschädigung eines einzigen Werkes zufallen könnte, wird aber von den gesetzgebenden Factoren bei einem Unfalle mit vollständiger Erwerbslosigkeit als Jahresrente für die niedrigst ausgelohnten Arbeiter der Eisenindustrie, deren Durchschnittslohn je nach den Bezirken zu 7—900 Mk. anzunehmen ist, verlangt. Daß die Behauptung, die Unternehmer könnten die Prämie der in Aussicht genommenen Unfallversicherung allein tragen oder hätten dieselbe gar schon meist freiwillig getragen, in keiner Weise stichhaltig ist, vielmehr mit den Thatsachen in grellem Widerspruch steht, dürfte hiermit unwiderleglich bewiesen sein

Der Zusammenhang der innern und äußern Kolonisation mit dem Tabaksmonopol.

Von allen Bedenken, welche dem Tabaksmonopol entgegengestellt wurden, hat die Reichsregierung bis jetzt nur e i n Bedenken nicht beseitigen können, nämlich dasjenige, welches den Mangel an Ersatzgeschäften für die Abgefundenen zum Gegenstande hat. Nur in diesem einen Punkte verließ den begabten, sachkundigen und schlagfertigen Unterstaatssekretär von Mayr seine sonstige Kraft zu überzeugen vollständig, denn seine Versicherung, „daß die Entschädigten auf derselben Stelle mit ihrem Kapital neue Geschäfte anfangen könnten“ schwebt leider ganz und gar in der Luft. Eine solche Möglichkeit scheitert in Deutschland an der absoluten Ueberfüllung aller Geschäftsbranchen und wo sie besteht, kann sie nur auf der wirthschaftlichen Leiche eines durch die überlegene Kapitalkraft des Eindringlings ruinirten Nebenbuhlers zur Wirklichkeit werden: eine Chance, welche auf Grund der landesväterlichen Kaiserbotschaft vom 17. November v. J. sozialpolitisch verworfen werden muß. Diese landesväterliche Botschaft, wie die ganze sozialreformatorische Logik, verlangen gebieterisch, daß unsere Staatskunst in demselben Augenblick, wo sie eine große Anzahl Geschäftsleute aus ihrem Berufe herausdrängt, nach Möglichkeit für E r s a t z a n s i e d l u n g e n sorgt, und zwar aus derselben neuen Finanzquelle, welche sich die Regierung durch die Enteignung erschließt. Concret geredet würde das in dem vorliegenden Falle folgendes heißen: Das Tabaksmonopol würde nur unter der Bedingung ins Leben treten dürfen, daß aus dem finanziellen Jahresertrag von ca. 150 Millionen vorab auf die Dauer von 10 Jahren alljährlich 30 Millionen zur Schaffung neuer Beschäftigungsgelegenheiten nnd Ansiedlungsstellen benützt werden, und zwar

zehn Millionen für Anlegung deutscher Ackerbau-Colonien in Südamerika,

zehn Millionen für Anlegung tropischer Plantagen in Central-Afrika behufs der selbstständigen Versorgung Deutschlands mit Colonialwaaren, Rohstoffen und Getreide, sowie endlich

zehn Millionen für die Zwecke der inneren Colonisation, sowohl der landwirthschaftlichen wie der industrieellen.

Werfen wir auf alle drei Verwendungsarten und ihren Zusammenhang mit dem Tabackmonopol ein schnelles Streiflicht.

Mit jährlich 10 Millionen Mark lassen sich in Südamerika zahlreiche Heimathstätten gerade für solche kapitalschwache Existenzen schaffen, welche in Deutschland schon seither dem geschäftlichen Kampf ums Dasein nicht gewachsen waren, aber wie todte Fliegen massenhaft zu Boden stürzen würden, wenn ihnen plötzlich wie eine zermalmende Klappe aus den Monopolabfindungen ein Concurrenzkapital von mehreren Hundert Millionen und ein damit ausgerüsteter Schwarm neuer Concurrenten auf den Kopf fallen würde. Eine systematische Ansiedlung in Südamerika würde das wirthschaftliche Schlachtfeld in Deutschland höchst wohlthätig evacuiren und manchen Leicht- und Schwerverwundeten aus der ökonomischen Lebensgefahr befreien.

Dasselbe läßt sich von einer tropischen Cultivation in Centralafrika sagen. Auch diese würde in Deutschland insofern Luft schaffen, als bei ihr zahlreiche Menschen für Administrationszwecke Beschäftigung finden könnten. Vor allen Dingen aber böte sie durch ihre ungewöhnlich reichen Finanzerträgnisse eine Möglichkeit, dasjenige „Patrimonium des Armen" für die Zwecke einer Altersversorgung zu schaffen, welches in den Ideen des Reichskanzlers ursprünglich das soziale Ziel des Tabak-Monopols bildete, während es neuerdings dem fiskalischen Egoismus und der Majoritätsspekulation zum Opfer fiel, so daß davon nur eine wehmüthige Erinnerung übrig blieb. Tropische Staats-Plantagen können das im Tabakmonopol visionsartig entschwindende „Patrimonium des Armen" zur Wahrheit machen, denn es handelt sich um jährlich eine ganze Milliarde, welche Deutschland gegenwärtig für Colonialwaaren, Rohstoffe und Getreide dem Ausland zahlt, weil es versäumt hat, sich diesen ungeheuern, zudem von Jahr zu Jahr steigenden Bedarf in eigenen überseeischen Plantagen zu sichern.

Was ferner die dritten 10 Millionen Mark für die Zwecke der landwirthschaftlichen und industriellen Colonisation im Inlande betrifft, so denken wir dabei an die Schaffung solcher neuen Arbeitsstellen, wie noch kürzlich die Herren Jannasch, Hessel und Koch darauf aufmerksam machten. Im Club der Landwirthe betonte Dr. Jannasch die Möglichkeit, auf dem Wege der industriellen Colonisation, beispielsweise in den nothleidenden Bezirken Schlesiens eine blühende Holzindustrie, in Pommern und Westpreußen eine Thonwaaren- und Glasindustrie schaffen zu können. Im Preußischen Volkswirthschaftsrath hob Herr Hessel hervor, das sich in Deutschland nach Arbeitsstellen für Millionen schaffen ließen. „Wenn durch Canalverbindung vom Rhein bis zur Oder die Bergbauindustrie des Westens auch dem Osten zugänglicher werde, müßte es leicht sein, auch unsere Moore in Kultur zu bringen, welche Erträge bis zu 45 m pro Morgen abwerfen.“ Aehnliche Anregungen giebt Herr Bergwerksdirektor Koch im Düsseldorfer Anzeiger sehr häufig. Das Thema bildet einen weit ausspinnbaren Faden. Es ist nur erforderlich, daß ihn die Regierung einmal fest in die Hand nimmt.

Insgesammt besteht auf der Grundlage der landes väterlichen Kaiserbotschaft und der ganzen sozialreforma torischen Logik zwischen den geschäftlich deplacirenden und revolutionirenden Wirkung des Tabakmonopols und den vorbeugenden und heilenden Möglichkeit der innern und äußern Kolonisation ein inniger Zusammenhang, auf welchen wir hiermit aufmerksam machen wollten.

Vorläufige Beschlüsse

des Ausschusses vom Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen,

bezüglich der, dem Volkswirthsschaftsrathe vorgelegten Grundzüge für die gesetzliche Regelung der Unfall-Versicherung sowie der Kranken-Versicherung der Arbeiter.

Zu I. der Grundzüge 2c.:

Der Verein ist damit einverstanden, daß die Unfall-Versicherung der Arbeiter in Genossenschaften erfolgen soll, welche von den versicherungspflichtigen Betrieben unter Berücksichtigung der Höhe der Unfall-Gefahr zu bilden sind.

In Erwägung jedoch,

daß ganze Kategorien von Betrieben in ihrem Bestande gefährdet und für die Dauer vernichtet werden können, wie solches in dem wirthschaftlichen Leben der Völker durch Wechsel der Conjunctur oder Aenderung der Handelspolitik bereits mehrfach vorgekommen ist;

daß demgemäß die Genossenschaften der Betriebe nicht in allen Fällen die unbedingte Sicherheit für dauernde Erfüllung der ihnen auferlegten Verpflichtungen bieten,

erachtet der Verein zur Sicherstellung der Leistungen der Genossenschaften die Herstellung einer Garantie-Versicherung, entweder durch Organisation von Verbänden der Genossenschaften unter sich, oder durch eine vom Reiche zu bildende Institution, welche gegen gewisse Beiträge der Genossenschaften die Gesammtgarantie leistet, für erforderlich.

Zu II. der Grundzüge 2c.:

1. Sämmtliche Arbeiter sind ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Jahres-Arbeitsverdienstes, die Betriebsbeamten jedoch nur, insoweit deren Jahresverdienst die Summe von Mk. 2000 nicht übersteigt, zu versichern.
2. In Erwägung des Umstandes, daß, abgesehen von den Grenzdistrikten, fremde Arbeiter vorübergehend fast in allen Betrieben, beinahe regelmäßig in größerer Zahl in den deutschen Bergwerken, Steinbrüchen und bei Tunnelarbeiten beschäftigt werden, hält der Verein Bestimmungen für erforderlich darüber,
   a) ob solche Arbeiter fremder Nationalität auch unter das Gesetz fallen,
   b) ob eine eventuelle Entschädigung resp. Rente nur im Inlande gezahlt wird,
   c) in welcher Weise, wenn die Wahl des Wohnortes der Berechtigten auch im Auslande gestattet ist, die Genossenschaften gegen Benachtheiligungen sicher gestellt werden sollen;

d) hierbei wurde die Frage zur Erwägung gestellt, ob es nicht angebracht sein dürfte, die Wohlthaten der Unfall-Versicherung nur den Angehörigen solcher fremden Staaten angedeihen zu lassen, welche deutschen Arbeitern gleiche Vortheile gewähren.

3. Bezüglich der Ausdehnung der Versicherungspflicht hält der Verein seine früheren Beschlüsse aufrecht; er verlangt daher, daß den unter II. Nr. 1 und 2 Grundzüge rc. aufgeführten Betrieben diejenigen gleichgestellt sein sollen, in denen Dampfkessel oder Triebwerke überhaupt zur Verwendung kommen, daß ferner auch die dauernd oder bei Maschinen in der Landwirthschaft beschäftigten Arbeiter dem Gesetze unterstellt sein sollen.

Zu III. der Grundzüge rc.:

Zu Nr. 1: Die Trennung der Unfälle, nach Maßgabe der sie begleitenden Umstände und Folgen, der Art, daß für die ersten 13 Wochen der durch Unfall herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit auf Grund der Unfallversicherung keine Entschädigung geleistet wird, vielmehr an die Stelle derselben die Unterstützung auf Grund der Krankenversicherung zu treten hat, erachtet der Verein für eine ungemein glückliche und zweckmäßige Lösung eines Theiles der großen Schwierigkeiten, welche sich der Durchführung der Unfall-Versicherung entgegen stellen. — Es wird dabei vorausgesetzt, daß, wenn der Unfall den Tod oder dauernde Erwerbs-Unfähigkeit des Betroffenen während der 13 Wochen zur Folge hat, die Unfall-Versicherung an Stelle der Kranken-Versicherung sofort einzutreten hat.

Zu No. 2: Der Berechnung der Beiträge und der Entschädigung wird nur derjenige Theil des Arbeitsverdienstes zu Grunde gelegt, welcher Mk. 1000 für das Jahr oder Mk. 3.33⅓ für den Arbeitstag nicht übersteigt.

Zu Nr. 2 Absatz 2: Der Verein hält aus den von ihm mehrfach dargelegten Gründen für unbedingt erforderlich, daß die Versicherten einen Theil der Beiträge zur Unfall-Versicherung tragen.

Geschieht dies, so giebt er weiterer Erwägung anheim, ob die Arbeitgeber bezüglich solcher, auf Grund der Kranken-Versicherung zu leistenden Unterstützungen, welche durch Unfälle verursacht sind, nicht mit einem höheren, als dem unter III Nr. 1 der Grundzüge ꝛc. bezeichneten Beitrage, heranzuziehen wären.

Zu Nr. VII der Grundzüge ꝛc.:

Nr. 2. Unter der Voraussetzung, daß die Versicherten einen Theil der Beiträge zur Unfall-Versicherung tragen, wird es für angemessen erachtet, daß denselben auch eine entsprechende Betheiligung bei der constituirenden General-Versammlung der Genossenschaft eingeräumt werde.

Zu Nr. VIII der Grundzüge ꝛc.

Nr. 1 Absatz 2 ist unklar und wäre etwa zu fassen: Unternehmern, welche so viele, oder mehr Arbeiter beschäftigen, als durchschnittlich einer Bezirks-Abtheilung angehören, kann das Recht eingeräumt werden, so viele Mitglieder der General-Versammlung zu ernennen, als die Zahl ihrer Arbeiter, dividirt durch die Zahl der durchschnittlich in der Bezirks-Abtheilung versicherten Arbeiter ergiebt.

Zu Nr. 1 u. 2: Den Versicherten ist, unter Berücksichtigung des Maßes der von ihnen gezahlten Beiträge zur Unfall-Versicherung, eine Betheiligung in der General-Versammlung wie im Vorstande der Genossenschaft einzuräumen.

Zu Nr. 4: In Erwägung,

daß, nach der hier angeordneten Zusammensetzung, der Ausschuß für die Feststellung der Entschädigungs-Ansprüche zur Hälfte aus den Versicherten, also aus Arbeitern, bestehen soll,

daß demgemäß den Arbeitern von vornherein eine Stellung angewiesen wird, durch welche einer feindseligen Stimmung und den Bestrebungen agitatorischer Elemente Vorschub geleistet wird,

in fernerer Erwägung,

daß der Verband der Betriebe resp. deren Besitzer zur Unfall-Versicherung der Arbeiter eine vermögensrechtliche Genossenschaft bildet, in welcher die Zu-

theilung der Rechte nur nach Maßgabe der Leistungen bemessen werden darf,

erachtet der Verein die Vertretung der Arbeiter in dem Ausschusse zur Feststellung der Entschädigungs-Ansprüche unter allen Umständen nur für zulässig nach Maßgabe der von ihnen zur Unfall-Versicherung zu leistenden Beiträge.

Zu Nr. XI der Grundzüge 2c.:

Zu Nr. 2 Absatz 2: Entsprechend den Bemerkungen zu III Nr. 2 muß auch hier anstatt Mk. 4,00 Mk. 3,33⅓ gesagt werden.

Zur Anmerkung unter Nr. 4: In Erwägung,

daß es für die Berechnung der Summe, welche erforderlich ist, um die aus der Unfall-Versicherung entstehenden fortlaufenden Renten zu decken, an allen statistischen Anhaltspunkten fehlt,

daß die Lebensversicherungs-Gesellschaften zwar für die normale Körperbeschaffenheit Sterbetabellen besitzen, daß aber derartige Wahrscheinlichkeits-Rechnungen für den Lebensverlauf von Individuen, deren Verhältnisse durch Körperverletzungen gestört und anormal sind, bisher nicht statistisch aufgestellt werden konnten,

daß namentlich über die Dauer des durch Unfall des Mannes herbeigeführten Wittwenstandes und über die durchschnittlichen Anforderungen, welche die Unterstützung der in gleicher Weise vater- oder elternlos gewordenen Kinder an die Genossenschaft stellen dürfte, gleichfalls kein statistisches Material vorhanden ist,

daß die Ansammlung und Aufspeicherung der event. zur Deckung erforderlichen großen Kapitalien unwirthschaftlich erscheint,

erachtet der Verein nur das in der Anmerkung zuerst angeführte System für die Bemessung des durch Beiträge aufzubringenden „halbjährlichen Bedarfes" der Genossenschaften für zulässig.

Zu XII. der Grundzüge 2c.

Zu Nr. 1: Der Genossenschaft resp. deren Vertretung muß ferner die Befugniß eingeräumt werden, dem Versicherten die Entschädigung theilweise oder ganz zu versagen, der durch sein grobes Verschulden

den Unfall herbeigeführt hat, oder der sich die Verletzung vorsätzlich zugefügt hat, oder durch einen Anderen hat zufügen lassen.

Zu Nr. 2 Absatz 2: In Erwägung,

daß nach der Auffassung des Vereins — immer unter der Voraussetzung einer Betheiligung an der Beitragszahlung — die Arbeiter in der General-Versammlung resp. im Vorstande der Genossenschaft vertreten sein sollen,

daß sie demgemäß auch bei der Ausübung des in Absatz 1 ertheilten Rechtes mitwirken können;

daß aber eine Bestimmung, nach welcher die zur Verhütung von Unfällen für das Verhalten der Arbeiter zu erlassenden Vorschriften zuerst einer Delegirten-Versammlung der Arbeiter vorgelegt werden sollen, dazu beitragen würde die im Fabrikbetriebe meistens ebenso wie bei der Militär-Verwaltung nothwendige Disziplin zu lockern und zu untergraben,

erachtet der Verein für erforderlich, daß diese Bestimmung in Fortfall gebracht werde, daß demgemäß der Absatz 2 nur lauten dürfte: „Die Vorschriften bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde."

Zu Nr. 3: Bei Ausführung dieser Bestimmungen sind Anordnungen zu treffen, durch welche die Betriebs-Inhaber gegen die Aufdeckung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen sicher gestellt werden, oder in die Lage gesetzt werden, sich gegen eine mögliche Aufdeckung selbst zu schützen.

Der Verein hält für selbstverständlich, daß für diejenigen Betriebe, welche einer der auf Grund dieses Gesetzes gebildeten Genossenschaft zur Versicherung der Arbeiter gegen die Folgen von Unfällen angehören, das Haftpflicht-Gesetz außer Kraft gesetzt werde.

In Bezug auf die Krankenversicherung der Arbeiter:

I. A. Der Verein hält, mit Rücksicht auf die allgemeinen Interessen der Arbeiter, speciell aber im Hinblick auf die Verbindung, in welche die Krankenversicherung mit der Unterstützung der von Unfällen betroffenen Arbeiter gebracht werden soll, für er-

forderlich, daß ein unbedingter gesetzlicher Zwang zur Krankenversicherung gemäß I. A. der Grundzüge ꝛc. eingeführt werde, und ist auch mit der Ausdehnung, welche diesem Versicherungszwange gemäß A. Nr. 1 bis 3 und B. Nr. 1—4 gegeben werden soll, einverstanden.

Zu III. der Grundzüge ꝛc.:

Zu A. Nr. 1b.: Der Verein erachtet es für bedenklich, das Krankengeld zu hoch zu normiren, weil dadurch erfahrungsmäßig der Simulation Vorschub geleistet wird, er hält daher, mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Bestimmungen für Orts- und Fabrikkrankenkassen bezüglich der Minimalleistung auf Nr. 1b zurückgreifen, daß aber für diese Kassen die Berechtigung zur Erweiterung der Leistungen vorgesehen ist, den Fortfall der unter A. Nr. 1b angeführten Bestimmung, nach welcher das Krankengeld unter Umständen generell auf zwei Drittel des ortsüblichen Tageslohnes festgestellt wird, für erforderlich.

Der Verein erachtet aus denselben Gründen für nothwendig, daß — abgesehen von ärztlicher Behandlung und Gewährung eines Theiles der Arzneikosten — ein Krankengeld überhaupt erst gewährt werde, nachdem mindestens 3 Tage vom Beginne der Krankheit verlaufen sind.

Zu Nr. 4: Der Beitrag von 1½ pCt. des ortsüblichen Arbeitslohnes, als vorläufig zu bemessender Versicherungsbeitrag, wird von dem Vereine nicht nur als genügend, sondern für ausnahmsweise hoch erachtet.

Zu B. Nr. 3: Die Kassenbeiträge sind mit Rücksicht auf den Reservefond so zu bemessen, daß derselbe nicht in 5, sondern erst in 10 Jahren bis zur Höhe einer durchschnittlichen Jahreseinnahme angesammelt wird.

Nr. 4, Absatz 1. und 2: Der Verein hält für erforderlich, daß hier ausgedrückt werde, daß seitens der Aufsichtsbehörde ein Zwang zur Erhöhung der Beiträge nur ausgeübt werden darf, wenn die Mindestleistungen der Kasse nicht gedeckt werden.

Die 2 pCt. des Lohnes, welche eventuell als Beitrag der Kassenmitglieder angenommen werden, muß

der Verein, den Bemerkungen zu A. Nr. 4 gemäß, als nicht unerheblich zu hoch gegriffen erachten.

Nr. 6: Kassenmitglieder, welche aus der Beschäftigung, welche die Voraussetzung ihrer Mitgliedschaft bildete, ausscheiden, ohne zu einer Beschäftigung überzugehen, vermöge derer sie Mitglieder einer anderen Kasse werden, sollen das Recht haben, so lange Mitglieder der bisherigen Kasse zu bleiben, als sie die statutenmäßigen Beiträge fortzahlen.

Hierbei müßte ausdrücklich gesagt werden, daß solche Arbeiter nur so lange das Recht, Mitglieder der bisherigen Kasse zu bleiben, in Anspruch nehmen können, als sie ihre statutenmäßigen Beiträge inclusive der Zuschüsse, welche die Arbeitgeber eventuell zu leisten haben, zahlen.

C. Es wird hier festgesetzt, daß für die Bemessung der Kassenleistung, wie der Beiträge, anstatt des durchschnittlichen Tageslohnes der Durchschnitt des wirklichen Arbeitsverdienstes zu Grunde gelegt werden solle, jedoch mit der Einschränkung, daß dies für die Bemessung der Beiträge nur geschehen solle, insoweit der wirkliche Arbeitsverdienst M. 3 für den Arbeitsverdienst nicht übersteigt.

Der Verein hält für erforderlich, daß in beiden Fällen, also auch für die Bemessung der Kassenleistung, diese Einschränkung platzgreife.

V. E. Nach den hier angeführten Bestimmungen sollen Arbeitgeber, welche zur Beitragsleistung aus eigenen Mitteln verpflichtet sind, in den Sitzungen des Vorstandes und der Generalversammlung der Kasse, jedoch nur mit berathender Stimme, theilzunehmen berechtigt sein.

In Erwägung,

daß eine solche Bestimmung im Widerspruch zu den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen (vergl. Gesetz vom 7. April 1876 §§ 16 u. 22) steht, daß bei allen derartigen ähnlichen Einrichtungen, Knappschaftskassen und ähnlichen Krankenkassen, den Arbeitgebern ein angemessenes Stimmrecht gewährt ist,

daß die mit der Zutheilung des gleichen Stimmrechtes an die Arbeitgeber und Arbeiter bei den Knapp-

schaftskassen gemachten Erfahrungen im Allgemeinen als günstig bezeichnet werden müssen,

daß eine Maßregel, wie die oben vorgesehene, die Disziplin untergraben und der sozialistischen Agitation die Bahn ebnen würde,

daß die Vorgänge in der Kasse der Maschinenbauer zu Berlin, welche zu einer Trennung und zur Errichtung einer neuen Kasse seitens der größeren Werke führten, zur Vorsicht in dieser Richtung mahnen sollten,

sieht sich der Verein veranlaßt, gegen eine derartige Bestimmung entschiedenste Verwahrung einzulegen und zu fordern, daß die hier in Rede stehenden Arbeitgeber in dem Vorstande wie in der General-Versammlung vollständig stimmberechtigt und mit gleicher Stimmenzahl wie die Arbeiter betheiligt werden.

Dagegen findet der Verein es für angemessen, das Recht, Beschlüsse des Vorstandes wie der General-Versammlung zu beanstanden, nicht nur den Arbeitgebern, sondern auch den Arbeitern zu ertheilen.

Zu VIII. B. 1a.: Es wird für erforderlich erachtet, die Arbeitgeber von vornherein nicht mit höheren Beiträgen zu belasten, als sie bisher gezahlt haben.

Zu B. 1c.: Der Verein erachtet eine derartige Bestimmung als in hohem Grade bedenklich in ihren Konsequenzen.

Unsere handelspolitischen Beziehungen zu Holland.

In unseren gewerblichen Kreisen empfindet man große Genugthuung darüber, daß die Reichsregierung in neuerer Zeit Holland gegenüber eine etwas schärfere Haltung, dies namentlich auch auf handelspolitischem Gebiete, einzunehmen scheint. Schon die plötzliche Abberufung unseres seitherigen Gesandten in Haag, des in Holland selbst angesessenen und verschwägerten Freiherrn von Canitz, ließ die Deutung zu, daß man mit der bis-

herigen Indolenz, um nicht das Wort Schlendrian zu gebrauchen, in unseren Beziehungen zu Holland aufzuräumen und dieser Macht gegenüber eine Stellung einzunehmen gedenke, wie sie dem großen konsumtionskräftigen Hinterlande eines kleinen Handelsstaates zukommt. Inzwischen hat diese Auffassung durch die Anwendung der beschränkenden Bestimmungen des Küstenschifffahrts-Gesetzes auf Holland neue Nahrung erhalten; das von der Regierung besonders poussirte Project des Rhein-Weser-Elbe-Kanals verräth auch deutlich eine gegen Holland gerichtete Spitze und schließlich hat sich die Regierung erst neuerdings noch der von Holland beabsichtigten Kolonialausstellung gegenüber sehr sceptisch verhalten und erst nach längeren Verhandlungen eine Beschickung derselben zugesagt.

Die Stellungnahme der Regierung gegen Holland wird Jedem begreiflich sein, der sich vergegenwärtigt, wie sehr es den Holländern zu allen Zeiten an Entgegenkommen unsern vitalsten wirthschaftlichen Interessen gegenüber gefehlt hat. Die thörichte Angst vor einer Einverleibung des Landes in Deutschland, welche übrigens nach der Errichtung des deutschen Bundesstaates für Holland wahrlich kein Unglück wäre, und unbeschadet seiner politischen Selbständigkeit geschehen könnte, hat Holland auf wirthschaftlichem Gebiete zu einer fast feindseligen Haltung gegen seinen mächtigen Nachbarn gedrängt, die insbesondere in dem Widerstreben gegen jede gemeinsame Verbesserung des Rheinstromes und der Schifffahrt auf demselben zum Ausdruck gekommen ist. Es ist kein Wunder, daß ein solcher Geist Deutschland, das sich durch die kühle Zurückhaltung Hollands der rationellen Ausnutzung seines bedeutendsten Stromes beraubt sieht, erbittert, und es spricht sehr für die Mäßigung der deutschen Politik, wenn es bisher zu ernsteren Konflikten noch nicht gekommen ist.

Hätte Holland ein Einsehen in die Vortheile eines engeren handelspolitischen Anschlusses an Deutschland, und vermöchte es sich endlich von seiner thörichten Deutschenfurcht zu befreien, so könnte die gemeinsame Arbeit zweier stammverwandter Völker hier zu großen Resultaten führen. Die Correctur des Rheinstroms in

dem Umfange, daß derselbe auch für größere Seeschiffe fahrbar gemacht werde, die Durchstechung des Y's, der Ausbau der wichtigsten holländischen Häfen würde dieses Land schnell zu der ersten Handelsprovinz Deutschlands, der ein ungemessenes Hinterland zu Gebote stände, emporheben. Amsterdam müßte Antwerpen überflügeln, die holländischen Kolonien würden das bevorzugte Ziel deutscher Auswanderer sein, ein neues Zeitalter deutscher Handelsmacht stände uns bevor. Leider haben wir mit diesen Perspectiven noch lange nicht zu rechnen, da Holland vorläufig von seiner abwehrenden Haltung nichts aufgeben zu wollen scheint. Daß es sich trotzdem empfiehlt, Holland die Nachtheile seines Verhaltens von deutscher Seite etwas schärfer empfinden zu lassen und die Abneigung des Landes zunächst mit Repressalien zu erwidern, dürfte Jedem einleuchten, denn wir werden die Holländer nur dann gewinnen, wenn sie einsehen, daß sie im Bunde mit uns besser ihre Rechnung finden, denn als unsere Gegner. Hierzu würde aber auch die Errichtung eigener Kolonien seitens Deutschlands und die hierdurch zu bewirkende Emancipation Deutschlands von den holländischen Kolonialproducten Vieles beitragen.

Was sich bei tropischer Cultivation verdienen läßt.

Wie sich ein „Patrimonium der Armen" schaffen läßt, welches nicht wie beim Tabakmonopol blos auf einer Platzveränderung, sondern auf einem effektiven **Zuwachs** des Nationalvermöges beruht, deuten folgende Zahlen an:

Was zunächst England betrifft, so beziffert sich allein der nachweisbare Gewinn, den die Britten aus ihrem Colonialbesitz in Ostindien beziehen, auf rund 600 Millionen Mark jährlicher Revenuen. Dieser enorme Betrag setzt sich folgendermaßen zusammen:

Gewinn an der brittischen Ausfuhr nach Indien . . .	210	Mill. Mk. jährlich
Gewinn an der brittischen Einfuhr von dort	110	" " "
Regierungsrimessen an Salairen, Renten, Pensionen, garantirten Zinsen	180	" " "
Erwerb der in Indien ansäßigen Britten	100	" " "
zusammen	600	Mill. Mk. jährlich.

Diese Ziffern stellen den jährlichen Durchschnitt des Jahrzehntes von 1868 bis 1877 dar.

Den Gewinn, den die Niederländer in den 40 Jahren von 1835 bis 1875 aus ihren ostindischen Besitzungen auf Java und Madura allein (ohne die anderen niederländischen Inseln des ostindisch. Archipelagus) bezogen haben, beläuft sich rund auf

Handelsgewinn aus dem Weltverkehr	4000	Mill. Mk.
" " " Lokalverkehr	1000	" "
Ueberschüsse der Verwaltung, remittirt	1000	" "
zusammen	6000	Mill. Mk.

oder durchnittlich per Jahr 150 Millionen Mark.

Inhalts-Verzeichniss.

I. Kolonial-Politik.

II. Export-Bestrebungen.

III. Handelspolitische Aufsätze.

IV. Statistisches.

V. Versicherungswesen.

VI. Zeitreflexe.


Schalk

VERZEICHNISS

besonders empfehlenswerther Grossfirmen für alle Industriezweige.

Preis für eine Zeile 5 Mark (für jede weitere Zeile 3 Mark) bei 12maliger Insertion durch ein ganzes Jahr.

Eisen- und Maschinen-Branche.

Rheinische Röhrendampfkesselfabrik A. Büttner & Co., Uerdingen a. Rh. Unexplodirbare Dampfkessel, verbesserte Root'sche Construction. Patent Büttner.

Ludw. Loewe & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 32. Werkzeugmaschinen - Bau nach Amerikanischem System. Massenfabrikation von Waffen, Waffentheilen und Munition. Fabrikation unexplodirbarer Dampfkessel.

Eisenbahn-Betriebs-Material.

Locomotivfabrik Krauss & Co., München. Locomotiven für Haupt- und secundäre Bahnen, sowie Bau-Unternehmungen nach dem vorzüglich bewährten System Kraus.

Diverse.

Otto Hiller, Berlin C., Neue Friedrichsstr. 18/19. Alleinige Fabrik der Hiller'schen Masticdachpappen und des Hiller'schen Mastic (präparirter Dachtheer.) Dachdeckungsgeschäft (auch Reparaturarbeiten.)

G. F. Grosser in Markersdorf bei Burgstädt in Sachsen Fabrik der vollkommensten Strickmaschinen der Neuzeit. Mustersortiments zur Ansicht.

Eine neue Seite der Kolonisations-Idee.

Die Zahl Derjenigen, welche in einer kräftigen Kolonisations-Politik den nothwendigen Schlußpunkt der heutigen Wirthschafts- und Sozialpolitik erblicken, nimmt immer mehr zu, und wir glauben, daß es in nicht ferner Zeit keiner politischen Persönlichkeit mehr möglich sein wird, sich einem offenen Bekenntnisse darüber, wie sie zu dieser Frage stehe, zu entziehen. Hieraus aber ergiebt sich für die gegenwärtigen wirthschaftspolitischen Kämpfe in Deutschland und deren voraussichtlichen Ausgang ein Gesichtspunkt, welcher, wie uns scheint, bis heute noch nicht genügend beachtet worden ist.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in unserem Volke ein tiefes Mißbehagen über die Resultate der manchesterlichen Richtung, welche so lange Zeit für unser wirthschaftliches und auch staatswirthschaftliches Leben maßgebend war, verbreitet ist. Im Herzen ist wohl so ziemlich jeder Industrielle und die weit überwiegende Mehrzahl der Arbeiter sowie der ländlichen Bevölkerung überzeugt, daß diese Richtung eine unheilvolle war, und daß der Tag gesegnet werden muß, an dem sie verlassen wurde; und auch die Erkenntniß, daß der jetzt eingeschlagene Weg nicht als eine Erfüllung nur einseitiger Ansprüche, sondern als ein Versuch, von allgemeinem, einheitlichem Standpunkte aus systematisch in anderer Richtung vorzugehen, aufgefaßt werden muß, dringt in immer weitere Kreise. Eigentlich, bewußte Anhänger der alten Richtung dürfte es unter den Gewerbtreibenden Deutschlands nur noch wenige geben.

Andererseits muß es ebenfalls anerkannt werden, daß die Regierung mit bestem Willen den neuen Weg zu ebnen und allen legitimen Interessen mittelst desselben

zu entsprechen sucht. Aus allen Kräften ist sie bemüht, sich mit den Interessenten in direkte Verbindung zu setzen, ihre Verhältnisse und Wünsche zu studiren, und nach Maßgabe derselben ihr Verhalten im Einzelnen einzurichten. Dabei fehlt es ihr sicherlich weder an großen Gesichtspunkten, noch an gewissenhafter Pflege der Einzelinteressen, noch an dem billiger Weise heute schon zu erwartenden Erfolge.

Dennoch aber kann es nicht geleugnet werden, daß zwischen der Volksstimmung und der Regierungspolitik sehr vielfach die Brücke fehlt. In Wahrheit will die letztere nichts anderes als was im Allgemeinen für richtig und nothwendig gehalten wird; aber das rechte Verständniß ist noch bei Weitem nicht überall vorhanden. Unsere Arbeiter und Kleinbürger sind so lange mit freihändlerischen Phrasen gefüttert worden, daß ihnen für die Aufnahme neuer Gesichtspunkte gewissermaßen die Rezeptionskraft fehlt. Sie fühlen die Verkehrtheit der Resultate, zu denen die Freihändlerei geführt hat, aber sie vermögen diese Empfindung noch nicht auf die Erscheinungen des praktischen Lebens zu übertragen, und stehen daher der Regierung, obwohl sie im Herzen mit ihr sympathisiren, im praktischen Leben feindlich gegenüber. —

Die Kolonisationspolitik mag in hohem Umfange dazu dienen können, die hier fehlende Brücke des Verständnisses zu schlagen. Sie kann nicht eingeschlagen werden, ohne sich in den offenkundigsten Widerspruch mit der manchesterlichen Anschauungsweise zu versetzen, und sie würde, wie nicht bezweifelt werden kann, das Gemüth unseres Volkes in mächtige Bewegung setzen. Außerdem aber würde sie auch reelle, jeder Wahrnehmung sich aufdrängende Resultate an die Hand geben und würde den Spielraum für Unternehmungslust und für gewerblichen Aufschwung gewähren, dessen wir bedürfen, wenn wirklich nicht nur soziale und wirthschaftliche Mißstände beseitigt, sondern auch reichere Erträge erzielt und unsern Volksgenossen zur Verfügung gestellt werden sollen. Erst die Kolonisation wird greifbare Resultate nach der Seite allgemeiner Wohlstandsvermehrung hin zu Tage fördern können!

Ist der Cobden-Club todt?

Die zukünftige Geschichtsschreibung wird in der augenblicklichen Entwicklungsperiode unseres öffentlichen Geistes einen Widerspruch als besonders charakterisch für das Deutschthum hervorheben, welcher dem lebenden Geschlecht entgeht, weil es sich in zu großer optischer Nähe desselben befindet: wir meinen den Widerspruch zwischen den beiden großen, unser öffentliches Leben beherrschenden Thatsachen, daß auf der einen Seite alles national, politisch und volkswirtschaftlich Große und Entscheidende von der Regierung gemacht werden muß, wenn es nicht überhaupt an Mangel an Einsicht und Thatkraft des Bürgerthums scheitern soll, und auf der anderen Seite, daß dies Bürgerthum gleichwohl jede derartige Initiative der Regierung mit einer Leidenschaft, Anstrengung und Ausdauer bekämpft, deren zehnter Theil vollkommen ausreichend sein würde, die meisten der bekämpften Werke seinerseits glänzend durchzuführen.

Es hat außer dem 30jährigen und ähnlichen Kriegen in der an Irrungen und nationalen Selbstmorden gewiß überreichen deutschen Geschichte wohl wenige Irrthümer gegeben, welche auf die deutsche Nationalwohlfahrt zerstörender einwirkten als unsere freihändlerischen Experimente. Obwohl mit Ausnahme Weniger jeder Staatsbürger dadurch in seinem Wohlstand geschädigt wurde, war die Erleuchtung und Kraft des öffentlichen Geistes doch zu gering, um das freihändlerische Verderben zu verhindern, aufzuhalten oder zu beenden. Die schutzzöllnerischen Agitatoren waren stets zur Ohnmacht verdammt, bis es gelang, das bürgerliche Defizit an Einsicht und Kraft durch eine gouvernementale Initiative zu tilgen. Anders, wenn es sich um die Propaganda für den freihändlerischen Irrthum handelte. Dieser bedurfte der starken Beihülfe der Regierung niemals, um zum Sieg zu gelangen. Wie das Unkraut überwucherte derselbe den öffentlichen Geist so vollständig, daß die Regierung ihre ganze Kraft aufbieten mußte, um nur einige Weizenhalme nationalwirthschaftlicher Gesichtspunkte zu retten. Gelang es dann aber der Regierung zur nothgedrungenen Rettung aus dem gähnenden Abgrunde

einmal wieder, den freihändlerischen Wahn aus den geltenden Tarifen zu verdrängen, so zeigte sich abermals das Bürgerthum sehr stark und leidenschaftlich in der abweisenden Kritik der rettenden Maßregel und sehr gleichgültig und schwach in der Vertheidigung derselben.

Die freihändlerische Propaganda offenbarte Schwung und Ausdauer, die schutzzöllnerische das Gegentheil davon. Oder will Jemand ernstlich behaupten, daß die schutzzöllnerische Bewegung in Deutschland selbst zu List's Zeiten die gelehrte Literatur, die Tagespresse, kurzum den gesammten öffentlichen Geist jemals intensiv und extensiv so bedeutend ergriffen habe, als dies bei der freihändlerischen Bewegungen der Fall war?

Auch heute fällt der Schwerpunkt der schutzzöllnerischen Propaganda in die gouvernementalen Anstrengungen. Das dem Schutzzoll zuneigende Bürgerthum leiht der Regierung nur eine schwache Beihülfe, während das dem Freihandel zuneigende stets viel activer war und auch noch jetzt ist. Das Erstere ruht mit einigen löblichen Ausnahmen auf den Lorbeeren Bismarcks aus, und glaubt es gerne, wenn man ihm sagt, daß alle Gefahr vorbei sei und auch der Coben-Club keine Bedeutung mehr habe. In Wahrheit ist der Coben-Club aber nicht todt, vielmehr war er im Stande, noch im vorigen Jahre auf seine englischen Miglieder eine Umlage von 60,000 Mark auszuschreiben und zwar keineswegs as Begräbnißkosten.

Das deutsche Volk nimmt von solchen „Zeichen" gewohnheitsmäßig keine Notiz. Es überläßt Bismarck die Sorge, während es sich seinerseits in der freihändlerischen Presse durch den stolzen Gedanken berauschen läßt, zu wie unvergleich großen Thaten das deutsche „Bürgerthum" fähig sein würde, wenn ihm nur die „unerträgliche Diktatur Bismarcks" den erforderlichen Spielraum nicht beengen wollte!

Auf der einen Seite ein erschreckliches Untermaß an eigener Intelligenz und Kraft und anf der andern Seite ein erschreckliches Uebermaß von Dünkel und Kritik — das ist der charakteristische Widerspruch, welcher unsere Periode beherrscht.

Auf die großen Existenzfragen der Handelspolitik an-

gewandt, so dürften sich Zeiten und Ereignisse wiederholen, welche dem deutschen Bürgerthum den fühlbaren Beweis erbringen werden, daß es thöricht war, den Cobden-Club für todt und gefahrlos zu halten.

Selbstmordfrequenz und Kolonisationspolitik.

Mehrere in rascher Aufeinanderfolge bekannt gewordene Selbstmorde haben die öffentliche Aufmerksamkeit wieder einmal auf diesen dunklen Punkt in unseren sozialen Verhältnissen hingelenkt. Die Presse hat die Gründe der überhandnehmenden Selbstmordmanie weitläufig erörtert und, wie gewöhnlich, versucht, auch aus diesen Vorgängen für Parteizwecke Kapital zu schlagen. So sind Seitens eines hervorragenden Blattes die Großstädte als der eigentliche Heerd der Manie bezeichnet worden und man hat hieraus die Nothwendigkeit einer Beschränkung der Volksansammlung in größeren Verkehrscentren abzuleiten versucht.

Daß in den Großstädten mehr Selbstmorde vorkommen, als auf dem platten Lande, dürfte nun allerdings nicht in Frage stehen, aber es kann nicht zugegeben werden, daß die Großstadt als solche den Selbstmord begünstigt, vielmehr liegen die Gründe einer gesteigerten Selbstmordfrequenz doch etwas tiefer in gewissen Charaktereigenschaften eines Volkes und in seinen hierauf influirenden wirthschaftlichen Verhältnissen. Denn wären die Großstädte an und für sich für die Selbstmorde verantwortlich zu machen, so müßte offenbar dasjenige Land die meisten Selbstmorde aufzuweisen haben, welches die meisten Großstädte besitzt, England also in dieser Beziehung vor Frankreich und Frankreich vor Deutschland stehen. Nach den Ermittelungen des bekannten französischen Statistikers Legoyt ist aber thatsächlich die Selbstmordfrequenz in Frankreich und England eine viel geringere als in Deutschland. Die europäischen Länder rangiren in dieser Beziehung wie folgt. Es kommen auf eine Million Einwohner jährlich Selbstmorde in:

Deutschland	261	Holland	45
Dänemark	257	Schottland	37
Schweiz	215	Rußland	30
Frankreich	160	Italien	37
Oesterreich	121	Finnland	35
Schweden	96	Irland	21
Belgien	87	Spanien	17
England	69	Portugal	17
Norwegen	55		

Deutschland hat hiernach eine geradezu formidable Selbstmord-Ziffer im Vergleich zu den anderen Nationen. Die Manie passirt bei uns doppelt so stark wie in Frankreich, viermal stärker als in England; wir haben den traurigen Ruhm, in der Zahl der Selbstmorde allen Nationen weit voranzustehen. Gewiß ist nun, daß die Veranlassung zum Selbstmord in den einzelnen Fällen eine sehr verschiedene ist, daß gekränkter Ehrgeiz, Furcht vor Strafe, verschmähte Liebe und dergleichen hier eine Rolle spielen, aber alle diese Motive stehen unserer Meinung nach doch zurück hinter der Einwirkung wirthschaftlicher Verhältnisse auf die Selbstmordtendenzen der Bevölkerung, eine Einwirkung, welche durch einige Charaktereigenschaften des deutschen Volkes noch besonders geschärft wird.

Derselbe Trieb, der die Deutschen in so viel höherem Grade, wie jede andere Nation zur Auswanderung treibt, führt in vielen Fällen, wo ein widriges Geschick dem vorwärts Strebenden Erfolge versagt, auch zum Selbstmord. Dem Deutschen wohnt auf wirthschaftlichem Gebiet ein gewisser unruhiger Erwerbsdrang inne, der den romanischen Völkern nicht in diesem Grade eigen ist, die Liebe zur Freiheit begründet bei ihm Unzufriedenheit mit manchen socialen Zuständen, ein großes Ehrgefühl wünscht Erfolge herbei und wird durch das Fehlschlagen gehegter Erwartungen auf das Empfindlichste erregt. In allen diesen Eigenschaften wird der Deutsche durch manche sociale Einrichtungen und durch die gesellschaftlichen Sitten des Landes bestärkt und da es bei der thatsächlichen Uebervölkerung des Landes und der Uebersetzung aller Gewerbszweige Vielen nicht möglich ist, eine befriedigende Existenz im Lande zu erringen, so entschließen

sie sich entweder die Heimath zu verlassen oder fallen der Verzweiflung und dem Selbstmorde anheim.

Wenn wir uns nun fragen, in welcher Weise dem Verlust so vieler Menschenleben, der Verzweifelung von Tausenden vorgebeugt werden kann, so bietet sich auch hier die Erweiterung des deutschen Wirthschaftsgebietes durch Anlage von Kolonien als eins der wirksamsten Mittel dar. Denn eine energische Kolonisationspolitik würde nicht allein die Uebervölkerung im Lande selbst beseitigen, sondern auch einer großen Anzahl unserer Mitbürger neue Erwerbsquellen eröffnen, den Wohlstand des Landes steigern, den Unternehmungsgeist anfeuern, kurz die Lebensthätigkeit des deutschen Volkes in jeder Weise erhöhen, während unsere gegenwärtige starke Selbstmordfrequenz eher als Anzeichen einer absterbenden Cultur angesehen werden kann. Es ist also auch nach dieser Richtung geboten, die Colonisationsfrage schleunig und mit Energie in die Hand zu nehmen. Die Regierung würde der begeisterten Sympathien des Landes sicher sein, wenn sie in dieser Frage aus ihrer seither beobachteten Reserve heraustreten wollte.

Die Steigerung der Seeunfälle.

Das Jahr 1881 hat eine verhältnißmäßig große Zahl von schweren Seeunfällen aufzuweisen. Es ist seit 1875 das unglücklichste. Zufolge der vom Bureau Veritas in Brüssel veröffentlichten Unfall-Statistik fällt auf je 1000 Seeschiffe nach der Zählung des General-Registers in den einzelnen Jahren folgende Anzahl von Totalverlusten:

1875	1876	1877	1878	1879	1880	1881
Segelschiffe und Dampfschiffe per Mille:						
27	24	31	28	30	30	32
Dampfschiffe allein per Mille;						
28	23	22	24	25	22	28
Segelschiffe allein per Mille:						
27	24	32	29	31	31	33

Hiernach ist das Verhältniß der Totalverluste bei den Dampfschiffen geringer als bei den Segelschiffen. Das Verhältniß kehrt sich jedoch um, wenn man die „schweren Beschädigungen", welche den beiden Kategorien von Schiffen jährlich zugestoßen, mit in Betracht zieht. Nach der vom Board of Trade in London herausgegeben Statistik fallen auf je 1000 Schiffe

	Total-Verluste		Schwere Beschädigungen	
	Segelschiffe	Dampfschiffe	Segelschiffe	Dampfschiffe
1876/77	32	17	48	94
1877/78	27	17	37	70
1878/79	28	17	35	69
1879/80	27	17	34	59

Auch zufolge Lloyd's Statistik sind im Jahre 1881 heblich mehr Seeunfälle vorgekommen als im Jahre 1880. Es ereignet sich nach Lloyd's Loß Book folgende Anzahl von Unfällen:

	Segelschiffe	Dampfschiffe	Zusammen
1881	2511	518	3029
1880	2217	419	2636
1881 also mehr:	294	99	393

Unter solchen Umständen kann es nur als erfreulich begrüßt werden, daß an den deutschen Seeküsten nicht nur das Rettungswesen einer besonderen Fürsorge genießt, sondern daß auch innerhalb der Kreise der deutschen Marine selbst, in Danzig, sich ein Versicherungsverein zur Entschädigung verunglückter Seeleute oder deren Hinterbliebenen gebildet hat, um auch hier im Gebiet der Seeunfallversicherung durch das Vereinswesen mit lindernder Hand in die durch Schicksalsschlage zerstörten Familien- und Erwerbsverhältnisse helfend und wiederaufrichtend einzugreifen. —

Die Bessemer Stahlfabrikation.

Zu den Voraussetzungen der Freihändler bei Wiedereinführung der Eisenzölle gehörte auch die: nun werde der Drang der deutschen Industrie, sich mit derjenigen des Auslandes auf gleicher Höhe zu behaupten und alle neuen Erfindungen sich möglichst rasch dienstbar zu machen, wieder aufhören, und unsere Industrie sich auf das Faulbett des geschützten einheimischen Marktes legen ohne ferner viel nach Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte zu fragen. Es ist nun längst offenkundig geworden, in wie gröblicher Weise diese Vorhersagung eine trügerische gewesen ist. Die deutsche Eisen-Industrie hat seitdem nicht nur in Deutschland, sondern auch auf dem Weltmarkte den Konkurrenzkampf siegreich bestanden; der deutsche Export von Eisenwaaren, und zwar nicht nur an Schienen u. dgl., sondern auch an den feinsten Artikeln, ist gewaltig gestiegen, und bei mehreren internationalen Submissionen haben deutsche Werke den Sieg davongetragen oder doch in erster Reihe gestanden. Daß also der Schutzzoll die Folge habe, den Fortschritt unserer Technik zu hemmen, ist entschieden nicht wahr; das gerade Gegentheil wird durch die Thatsachen auf's Evidenteste dargethan. Jetzt ersehen wir nun auch, daß die Aneignung neuer ausländischer Erfindungen in dem schutzzöllnerischen Deutschland gerade so schnell vor sich geht, wie dies nur in dem freihändlerischen Mutterlande solcher Erfindungen der Fall sein kann. Heute schon ist die Zahl der deutschen Converter nach Thomas-Gilchrist'schem Systeme in Deutschland gerade so groß wie in England.

Bekanntlich bildete das Bessemer Verfahren lange Zeit eine der größten Schwierigkeiten, mit denen unsere Industrie im Wettbewerbe namentlich mit der englischen zu kämpfen hatte. Unsere Eisenerze, obwohl reich und schön, eigneten sich doch für diesen Prozeß nicht, so daß große Massen geeigneter Erze aus England, Spanien &c. nach Deutschland bezogen werden mußten. Bei dem Uebergange nun zur Stahl- statt Eisenverwendung, welcher gegenwärtig im industriellen Leben eine so große Rolle spielt, war die deutsche Eisen-Industrie durch diesen Um-

stand ganz außerordentlich benachtheiligt, und derselbe fiel schwer ins Gewicht bei der gedrückten, ja man kann sagen verzweifelten Lage, in welcher dieselbe sich gegen Ende des vorigen Jahrzehnts befand. Wohl machte die deutsche Eisen-Industrie auch damals die ehrenwerthesten Anstrengungen, um ihre Stelle zu behaupten und den Anforderungen der Zeit zu entsprechen, so wenig dies auch freihändlerischerseits anerkannt wurde. Es ist uns ein Fall bekannt, daß ein freihändlerischer Vicepräsident einer süddeutschen Handelskammer in einem öffentlichen Vortrage über die zollpolitische Lage versicherte, die Bedrängtheit der deutschen Eisen-Industrie komme nur daher, weil dieselbe zu bequem oder zu unfähig sei, um zur Bessemer Stahl-Fabrikation überzugehen; und während dem war Deutschland, trotz der oben erwähnten ungünstigen Verhältnisse, dasjenige europäische Land, welches bei der Bessemer-Stahlfabrikation an erster Stelle stand! Nun kam die Erfindung des Thomas-Gilchrist'schen Verfahrens, welches es ermöglichte, auch unsere phosphorhaltigen Eisenerze in Bessemer-Stahl zu verwandeln. Damit war eine neue Periode für unsere Eisen-Industrie angebrochen und die Freihändler säumten nicht, zu versichern, daß dieselbe unter den Strahlen des Freihandels sich zu einer segensreichen gestalten, bei Einführung des Schutzzolls aber schmählich verkümmern und bestenfalls eine unverhältnißmäßig lange Zeit zur vollen Entfaltung beanspruchen werde.

Die Resultate liegen vor aller Augen. Wenige Jahre erst sind seitdem vergangen, und schon besitzt Deutschland eben soviele Thomas-Gilchrist'sche Converter wie England!

Die Fortschritte der deutschen Rübenzuckerindustrie.

Nach einer Zusammenstellung des kaiserl. statistischen Amtes betrug im deutschen Zollgebiet die Produktion der Rübenzuckerfabriken an Rohzucker

im Campagnejahre	metrische Ctr. zu 100 Kilogr.
1871/72	1,864,419
1872/73	2,625,511
1873/74	2,910,407
1874/75	2,564,124
1875/76	3,580,482
1876/77	2,894,227
1877/78	3,780,091
1878/79	4,261,551
1879/80	4,094,152
1880/81	5,559,151
Im Durchschnitt der 10 Campagnen:	3,413,412

Im Campagnejahr 1880/81 waren 333 Fabriken thätig, welche zusammen 101,163,696 Mk. Steuer zahlten. Nach Abrechnung von 56,547,988 Mk. Ausfuhrvergütungen und Zurechnung von 1,480,967 Mk. Eingangszoll von Zuckerimport blieb für das Zollgebiet im Jahre 1880/81 ein Nettoertrag an Zuckerabgaben von 46,096,948 Mk. übrig. —

Zur Erhöhung des russischen Kohlenzolls.

Nach zuverlässigen Mittheilungen geht die russische Regierung mit der Absicht um, den Zoll für Kohle, der jetzt ½ Kp. pro Pud = 1½ Kp. pro Centner und 3 Rubel pro Waggon beträgt, auf das Doppelte, also 6 Rubel pro Waggon zu erhöhen. Eine solche Maßregel wäre gleichbedeutend mit der Ausschließung der oberschlesischen Kohle vom russischen Markte und würde die oberschlesische Kohlenindustrie um so schwerer treffen, als dieselbe es in den letzten Jahren verstanden hat, mittelst billiger Tarife der Carl-Ludwig-Bahn und mit Benutzung der russischen Südwest-Bahn nicht unbedeutende Quantitäten oberschlesischer Kohlen auf diesem

2

Wege nach Rußland zu verfrachten. Der Berg- und Hüttenmännische Verein in Oberschlesien ist deshalb kürzlich in einer längeren Eingabe bei dem Herrn Reichskanzler dahin vorstellig geworden, daß der Verdoppelung des russischen Kohlenzolls seitens Deutschlands nach Kräften entgegen gewirkt werden möge.

Der Kohlenexport Oberschlesiens nach Rußland hat, wie schon erwähnt, gerade in letzter Zeit einen recht erfreulichen Aufschwung genommen. Im Jahre 1879, als zuerst größere Transporte an oberschlesischen Kohlen nach dem Süden Rußlands gingen, wurden 197,520 Zoll-Centner durch die russische Südwest-Bahn verfrachtet, im Jahre 1880 hingegen bereits 1,258,280 Centner und es kann als sicher angenommen werden, daß auch im Jahre 1881 eine entsprechende weitere Steigerung des Exports eingetreten ist. Dieses von der oberschlesischen Kohle neu gewonnene Absatzgebiet hat nun von russischer Seite eine Agitation hervorgerufen, welche angeblich von den Grubenbesitzern des Donetz-Bassins, welches sich über die Gouvernements Charkow und Jekaternoslaw, sowie über das donische Kosakengebiet erstreckt, ausgegangen sein soll, deren wahre Urheber indessen näher der preußischen Grenze zu suchen sein dürften. Rußland würde durch Verdoppelung des Kohlenzolls allerdings die weitere Einfuhr oberschlesischer Kohlen unmöglich machen, aber es würde hierdurch nur seiner eigenen Industrie das Brennmaterial vertheuern, um einigen ohnehin sehr günstig situirten Kohlenwerken eine ungerechtfertigte Monopolstellung zu verschaffen.

Die oberschlesische Kohlenindustrie würde ihrerseits von der Verdoppelung des Kohlenzolls ganz empfindlich betroffen werden, zumal sich ihr Absatzgebiet im eigenen Lande durch die hohen Localtarife und in noch höherem Maße durch die mangelnden oder unzulänglichen Ausnahmetarife im Kampfe mit der englischen Steinkohle und böhmischen Braunkohle stetig verengert. Der Export der oberschlesischen Kohle ist aber auf Rußland und Oesterreich-Ungarn beschränkt und daß letzteres Land mit aller Macht und leider auch mit Erfolg bestrebt ist, der Einfuhr oberschlesischer Kohlen entgegen zu treten, beweisen die neuesten Ergebnisse der Handelsstatistik,

wonach im vorigen Jahre ein Rückgang unseres Kohlenexports nach Oesterreich um 2 Millionen Centner zu constatiren ist. Unter diesen Verhältnissen erscheint es im Interesse unseres oberschlesischen Kohlenbergbaues dringend geboten, die Erhöhung des Kohlenzolls in Rußland zu hintertreiben. Nicht minder wird aber, wie wir hoffen, der Regierung die Anbahnung günstigerer Frachtverhältnisse im binnenländischen Verkehr am Herzen liegen, denn schließlich ist dies ein noch wirksamerer Hebel, die Situation unserer oberschlesischen Montanindustrie zu verbessern und er bietet auch größere Sicherheit, als ein vielleicht vorübergehender Erfolg, den wir gegen die russischen prohibitiven Tendenzen in diesem Punkte erzielen könnten.

Die Berliner Wasserstraßen.

u. Schon vor einiger Zeit haben wir auf die bemerkenswerthe Thatsache hingewiesen, daß das Bischen ungenügender, guter Verbindungen in so hohem Maße ermangelnder, von Staat und Gemeinde fast systematisch vernachlässigter Berliner Wasserstraßen dennoch fast ebenso viele Güter befördert, wie die 11 gewaltigen Eisenbahnlinien zusammen genommen, welche in Berlin münden.

Jede nähere Befassung mit dieser Angelegenheit läßt den in dieser Thatsache liegenden drängenden Hinweis mit noch größerer Schärfe hervortreten und da nun in neuerer Zeit die Frage wegen zeitgemäßer Ausgestaltung der Berliner Wasserstraßen vielfach ventilirt worden ist, so mußten hierbei die Kläglichkeit der bisherigen Verhältnisse und die trotz derselben erzielten, relativ so bedeutenden Resultate in ein ungemein scharfes Licht gerückt werden. Wir wissen jetzt, daß weder die Spree, noch der Kanal auch nur mit den nothdürftigsten Veranstaltungen zur Pflege der Schifffahrt versehen sind; daß in Folge dieser Mängel die Schiffe oft Wochen, ja Monate lang liegen bleiben müssen, fast immer aber die ärgerlichsten Verzögerungen entstehen; daß zu Spandau

die Schifffahrt auf Hindernisse stößt, durch welche viele Schiffe zu wahrhaft lächerlichen Umwegen veranlaßt werden, während die übrigen unter den ärgerlichsten Umständlichkeiten zu leiden haben; daß bei alle diesem dennoch die schwersten Lasten und Kosten auf der Schifffahrt ruhen — kurz, daß es ganz den Anschein hat, als habe man die Schifffahrt nach und in Berlin nicht etwa pflegen, sondern gewaltsam zu Grunde richten wollen und es kaum zu begreifen ist, wie dieselbe trotzdem noch einen so gewaltigen Umfang zu behaupten vermochte. Nun ist es gegenwärtig dem Vernehmen nach endlich im Werke, der Berliner Schifffahrt eine bessere Grundlage zu geben und zwar soll zunächst eine Kanalisirung der Spree bis nach Spandau stattfinden.

Leider nur werden hierdurch die Umstände, welche bei Spandau den Uebergang aus der Spree in die Havelseen und umgekehrt so ungemein erschweren, keineswegs beseitigt und die Besserung wird also keine durchgreifende sein; dabei bleiben die nachtheiligen Folgen des kolossalen Umweges in Kraft, welchen die Schiffe von Potsdam an nehmen müssen, um in die Spree zu gelangen, während ein von Potsdam her zu erbauender und an den Landwehrkanal etwa in der Nähe des zoologischen Gartens anschließender Kanal diesen Weg um eine volle Meile abkürzen und schon hierdurch dem alten Kanal einen ganz neuen Aufschwung geben würde. Ja, die hier in Frage stehenden Interessen sind so bedeutend, daß von einem Kanal die Rede hat sein können, welcher von Potsdam her die Havelseeen direkt mit dem Teltowersee und von da mit der Spree oberhalb Berlin verbinden, die Reichshauptstadt also südlich umgehen würde; und wenn auch zu diesem Unternehmen die Mittel wohl zunächst nicht zu beschaffen sind, so ist es doch durchaus wahrscheinlich, daß dasselbe bei weiterer Entwickelung des Schifffahrts-Verkehrs seiner Zeit zur Ausführung gelange. — Unter allen Umständen ist es nicht zu bezweifeln, daß die Herstellung genügender Wasser-Verbindungen und entsprechender Anstalten für die Schifffahrt dem Berliner Wasserverkehr zu einer kaum noch geahnten Entfaltung verhelfen, und ihn auch fernerhin befähigen würde, eine gewisse Konkurrenz mit den Eisenbahnen auszuhalten.

Nun vergegenwärtige man sich nochmals die fast lächerliche Unbedeutendheit der Hilfsmittel, welche dem Berliner Schiffahrts-Verkehr zur Verfügung stehen, und mache dann hieraus einen Rückschluß auf den Werth, welchen, bei unserem Reichthum an vorhandenen oder mit leichter Mühe in Stand zu setzenden Wasserstraßen, unsere Binnenschifffahrt für unser ganzes nationales Wirthschaftsleben haben könnte und müßte. Es ist ja wahr, daß der gewaltige Bedarf der Reichshauptstadt an gewissen Massenartikeln, z. B. Bausteinen, und das Vorhandensein des ausgedehnten Systems der Havelseen, die Schifffahrt in und nach Berlin sehr begünstigen; aber wie viele und schwere Schattenseiten stehen nicht, wie oben angedeutet, diesen Vortheilen gegenüber, und wie geringfügig ist nicht das Flußsystem der Spree mit seinen wenigen und mangelhaften Anknüpfungen an andere Flußsysteme, verglichen mit den herrlichen Strom- und Kanalnetzen, die wir in Deutschland zu Dutzenden herzustellen in der Lage wären! Wir halten es nicht für übertrieben, wenn wir sagen: der jetzige Zustand der Berliner Schifffahrt ist typisch für denjenigen der Binnen-Schifffahrt in ganz Deutschland. Wie in Berlin, so in ganz Deutschland muß man sich in Wahrheit darüber wundern, daß trotz der jammervollsten Zustände, trotz der einseitigsten Begünstigung des Eisenbahnwesens, trotz des fast gänzlichen Fehlens jeder systematischen Obsorge, die Schifffahrt sich als ein so wesentlicher Faktor unseres Verkehrswesens bewähren und erhalten konnte. Würde auf diesem Gebiete endlich einmal alles geschehen, wozu Material und Veranlassung vorhanden sind, so zweifeln wir keinen Augenblick, daß alsdann die Schifffahrt mindestens in gleichem Verhältniß mit den Eisenbahnen, wahrscheinlich aber in noch stärkerem anwachsen würde, und daß, gerade wie in Berlin, die bevorstehende wirthschaftliche Gesammt-Entwicklung des Faktors einer entsprechenden Schifffahrts-Entwicklung gar nicht wird entrathen können.

Staats- und Selbsthülfe in der Kolonisations-politik.

Der verdienstvolle Vorkämpfer für die Aufnahme einer deutschen Kolonisations- und Kultivationspolitik, Herr Dr. Hübbe-Schleiden, lenkt neuerdings mehr als seither die öffentliche Aufmerksamkeit auf „Ein deutsches Indien in Afrika“ hin. Wenn er von einem „deutschen **Indien**“, statt von einem „deutschen **Java**“ redet, so drückt die von ihm gewählte Bezeichnung ganz genau den privat-kapitalistischen Standpunkt aus, von dem aus er überhaupt die deutsche überseeische Kultivation empfiehlt. Ein „deutsches Java in Afrika“ würde ein Unternehmen des Staates, ein Reichsmonopol sein, während ein „deutsches Indien in Afrika“ darauf hinausläuft, daß große Privatgesellschaften die Kultivation einrichten und ausnutzen. Wie Hübbe-Schleiden in seinem Kölner Vortrage kürzlich ausdrücklich hervorhob, würde er einer großen Initiative des Reichs, also einem „deutschen Java“, den Vorzug geben. Da diese Initiative aber ausbleibt, so macht er aus der Noth eine Tugend und strebt auf dem Wege großer Privat-Unternehmungen ein „deutsches Indien“ an.

Wenn in unseren Parlamenten nicht der politische Streit „um Kaisersbart“ eine so verhängnißvolle Rolle spielte, oder mit andern Worten, wenn nicht das verhältnißmäßig Kleine und Nebensächliche das Große und Hauptsächliche pilzartig überwucherte, so würde Hübbe-Schleiden gegenwärtig eine der ersten Personen des Reichstags sein und um seine Fahne eine große Majorität von Anhängern aus allen Parteien geschaart sehen. Denn bei den Interessen, welche er vertritt, handelt es sich wirklich um Sein oder Nichtsein, nämlich um die Forterxistenz des deutschen Reiches als Groß- und Weltmacht. Hübbe-Schleiden hat in seinen verschiedenen Büchern den handgreiflichen Beweis geführt, daß Deutschland die großartige politische Stellung, welche es durch das Verdienst weniger Männer seit 1866 errang, ohne eine in großem Stil durchgeführte

überseeische Kolonisation und Kultivation auf die Dauer nicht behaupten kann.

Nun sollte man glauben, daß ein solcher vollkommen überzeugend geführter Beweis den tiefsten Eindruck, namentlich auf diejenigen Personen machen müßte, welche als gewählte Vertreter der Nation für das gegenwärtige und zukünftige Wohl des Vaterlandes höhere Pflichten zu erfüllen haben als wir anderen. Leider trifft diese, scheinbar so selbstverständliche Annahme nicht zu. Die Partei-Leidenschaft wurde ein Mikroskop, unter welchem die Mücken kleinlichster Fraktions-Interessen zu Elephanten anschwollen und den Gesichtskreis so vollkommen ausfüllten, daß für die wirklich großen Dinge kein Raum übrig blieb, namentlich dann nicht, wenn sie nicht direkt für Partei-Interessen ausgenutzt werden konnten.

Um die Volksvertretung zu Gunsten der überseeischen Politik aufzurütteln, nahm sich im vorigen Jahre der „Westdeutsche Verein für Kolonisation" vor, direkt in die Wahlbewegung einzugreifen, und die Wahl-Kandidaten für eine kolonialpolitische Initiative zu verpflichten. Da der politische Streit um Kaisersbart unser Volk aber bereits tief entmannt und versimpelt hat, so blieb der von dem genannten Verein erzielte Erfolg weit hinter den Anforderungen der Situation zurück.

Unter solchen Verhältnissen sind die Aussichten, welche sich einem „deutschen Indien in Afrika" darbieten, nicht gerade glänzender Natur. Ja es muß noch der Beweis erbracht werden, ob die bürgerliche Initiative in Deutschland überhaupt der Riesenaufgabe gewachsen ist, die der Begriff eines „deutschen Indien" in sich schließt. Was uns betrifft, so glauben wir an eine solche Möglichkeit ganz ohne staatliche Unterstützung nicht, weil die Energielosigkeit des deutschen Unternehmungsgeistes zu groß, das deutsche Bedürfniß zu brennend und die fremde Konkurrenz zu gewaltig und eilig ist. Ebenso wie die dreihundertjährigen Versäumnisse auf dem Gebiete der nationalen Politik nicht durch bürgerliche Initiative ausgeglichen werden konnten, ebenso wenig, ja vielleicht noch weniger ist dies in er-

forderlichem Maße und der zugemessenen Zeit hinsichtlich unserer dreihundertjährigen Versäumnisse auf dem Gebiete der überseeischen Politik möglich. Will das Reich nicht selbst die Initiative zu einem „deutschen Java in Afrika" ergreifen, so muß es zur Ermöglichung eines „deutschen Indien" wenigstens Zinsgarantien leisten.

Dafür Regierung und Reichstag zu gewinnen, das scheint uns eine der vornehmsten Pflichten zu sein, welche der deutschen Presse obliegen.

---

*Signatura temporis.

Wenn man alle diejenigen Regeln, nach welchen etwas geschieht, im Gegensatze zu denjenigen, nach welchen etwas geschehen soll, unter den Begriff der Naturgesetze zusammenfaßt, so gehören die wirthschaftlichen Gesetze, d. h. die Regeln, nach welchen die Güter, welche den Besitz oder das Einkommen des Einzelnen, eines bestimmten Volkes, wie aller Völker bilden, erzeugt und nach welchen sie vertheilt werden, gleichfalls unter diese Kategorie. Man gelangt also zu ihrer Erkenntniß, wie bei jenen, nur auf dem Wege der Induction, „die nicht von Begriffen oder Ideen zum Einzelnen herabsteigt, sondern von den sinnlich beobachteten Thatsachen zu allgemeinen Gesetzen zu gelangen strebt." Diese Wahrheit wird neuerdings von Practikern, wie Theoretikern auf einem Gebiete vielfach verkannt, dessen systematische Einfügung in die Volkswirthschaftslehre bis jetzt noch ihres Bearbeiters harrt — wir meinen im Versicherungswesen. Indem man mit mehr oder weniger klarem Bewußtsein den Culturzweck des Staates auch nach dieser Richtung hin auszudehnen bestrebt ist, und aus ihm nicht nur sein Beaufsichtigungsrecht, sondern sein Recht, ja, mehr noch, seine Pflicht zur Betheiligung an dem Betriebe der Versicherung herleitet, also deduktiv verfährt, verkennt man, daß die Regeln des Versicherungs-Betriebes nur die Folgerungen aus einer Beobachtung von Millionen einzelner Thatsachen sind, deren letzte

Ursache theils in dem berechtigten Streben des Einzelnen nach Erhaltung seines Vermögens, theis in dem unberechtigten nach Vermehrung desselben aus Anlaß eines unglücklichen Zufalls zu suchen sind; um so unberechtigter, wenn dieser „Zufall“ dadurch um seinen Charakter als solcher gebracht wird, daß man ihn absichtlich um der Bereicherung aus der Versicherung willen herbeiführt.

Jene Thatsachen — um uns dem Hauptzweige des Versicherungswesens, der Feuerversicherung, speciell zuzuwenden — sind theils objective, sinnlich wahrnehmbare, theils subjective. Zu jenen gehören Bauart, Bedachung, Gewerbebetrieb, Nachbarschaft, Löschmittel u. dgl. m., zu diesen Vermögensverhältnisse, Rechtlichkeit u. s. w. Durch Menschengesetze, d. h. also durch Regeln, nach denen etwas geschehen soll, die also dem freien, mithin veränderlichen Willen der Gesetzgeber entsprechend heute dies und morgen vielleicht etwas anderes bestimmen, können die Thatsachen, daß ein in Lehmfachwerk erbautes strohgedecktes Haus leichter vom Feuer ergriffen und vollständiger von demselben zerstört wird, als ein massives schiefergedecktes, daß die von thierischem Fett durchtränkten Abfälle in einer Baumwollspinnerei der Selbstentzündung unterliegen und die ganze Fabrik in Brand zu setzen im Stande sind, daß Stärke und Richtung des Windes bestimmend auf den Flug der Funken wirken, daß ein im Vermögensverfall befindlicher Kaufmann die hohe Conjunctur benutzt, um sein gefülltes Waarenlager mit einem Schlage an die Versicherungsgesellschaft zu verkaufen, nicht geändert werden. Ebensowenig die aus ihnen sich ergebenden Folgerungen, als deren Gesammtheit das Feuerversicherungswesen erscheint. Die richtige Ausgleichung dieser, hier nur in den allgemeinsten Umrissen angedeuteten Verhältnisse selbst oder durch secundaire Organe, wie z. B. Provinzialanstalten, durch die Uebernahme der Versicherung gegen Feuersgefahr, herbeizuführen, liegt an sich nicht nothwendig in dem Culturzweck des Staates.

Nothwendig ist für ihn nur, um mit Wilhelm von Humboldt zu reden: „einen immer größeren Theil der Bevölkerung zum Mitgenuß an den Culturgütern zu erheben“. Es genügt also, wenn er „nur die allgemeinen

Bedingungen für die Entwickelung der selbstthätigen Individuums erfüllt" und die „Eigenthümlichkeit der Kraft und der Bildung des Einzelnen" erhält. Daß die Versicherung ein Culturgut sei, wird Niemand bestreiten. Wenn der Staat also seinen Angehörigen die Mittel zu dessen Erlangung bietet, d. h. ihnen Gelegenheit zur Versicherungsnahme giebt, so erfüllt er seinen Zweck in dieser Richtung vollständig. Die einzelnen Versicherungs-Institute sind dies Mittel, aber sie sind eben nur Mittel, nicht selber Zweck. Wenn heut manche Practiker, wie Theoretiker dies umkehren, indem sie für bestimmte geographische Bezirke bestimmte Institute monopolisiren wollen, also vom Mittel zum Zweck erheben, so hemmen sie die Entwickelung der Selbstthätigkeit des Individuums, in Wahrheit widerstreben sie jenem staatlichen Culturzweck. Auch hier gilt das Dichterwort: „in der Beschränkung zeigt sich erst der Meister". Nicht die Staatsmänner sind die weisesten, welche den Culturzweck auf alle möglichen Gebiete ausdehnen, sondern diejenigen sind es, welche ihn auf die nothwendigen beschränken, diese aber zur höchsten Vollkommenheit ausbilden.

Großbritanniens Eisenindustrie in den letzten 20 Jahren.

Der überaus schnelle Aufschwung des gesammten Wirthschaftsleben im Anfang der siebziger Jahre, und der um so härtere und anhaltendere Rückschlag, welcher jenem folgte, sind so oft erörtert und so vielfach beleuchtet worden, daß man glauben sollte, die theuer erkaufte Lehre werde wenigstens der jetzigen Generation niemals aus dem Gedächtniß entschwinden. Allein in unserer Zeit des Dampfes und der Elektricität geht auch der gewaltigste Eindruck bald wieder verloren, es ist deshalb auch heute noch gerathen, auf die Entwicklung der Dinge in den letzten zehn bis zwanzig Jahren immer wieder zurückzublicken, damit man die begangenen Fehler erkennend und sich ihrer erinnernd auf dem neu eingeschlagenen Wege zu beharren sich bestrebe.

Es ist bekannt, daß sich in keiner andern Industrie der Entwicklungsgang unserer wirthschaftlichen Verhältnisse so deutlich niederspiegelt, als in der Eisenindustrie. Die Erzeugung sowie der Verbrauch dieses wichtigsten Metalls haben in der Zeit des Aufschwungs unseres Wirthschaftsleben solche Dimensionen angenommen, wie sie Niemand vorauszusagen auch nur gewagt hätte; gerade deshalb hat sich in den Zeiten des wirthschaftlichen Niedergangs bei dem Verbrauch von Eisen und Eisenwaaren auch zuerst und in höchst empfindlicher Weise die ungünstige Lage der Völker ausgeprägt. Wir wollen dies heute aus den Produktion- und Exportziffern sowie aus den Preisen des Eisens in demjenigen Lande kurz vor Augen zu führen versuchen, welches an der Spitze der Eisenindustrie der Welt steht, indem wir die Ziffern über Englands Produktion von Roheisen, Export von Eisen aller Gattungen sowie über die jährlichen Durchschnittspreise für schottisches Roheisen während der letzten 20 Jahre hier folgen lassen.

Jahr	Gesammt-Produktion von Roheisen Tonnen	Export von Eisen aller Gattung Tonnen	Preis schottischen Roheisens im Jahres-Durchschnitt sh.	d.
1861	3,803,390	1,300,884	49	3
1862	3,943,469	1,475,672	53	0
1863	4,510,040	1,612,261	55	9
1864	4,767,951	1,468,098	57	3
1865	4,819,254	1,591,429	54	9
1866	4,523,897	1,683,390	60	0
1867	4,761,023	1.885,934	53	6
1868	4,970,206	2,041,852	52	9
1869	5,445,757	2.675,331	53	3
1870	5,963,515	2.825,575	54	4
1871	6,627,179	3,169,219	59	0
1872	6,741,929	3,382,762	101	10
1873	6,566,451	2,957,314	117	3
1874	5,991,408	2,487,162	87	6
1875	6,365,462	2,457,306	65	9
1876	6,555,997	2,224,470	58	6
1877	6,608,664	2,346,370	54	4
1878	6,300,000	2,296,860	48	5
1879	6,200,000	2,879,884	47	0
1880	7,749,000	2,793,000	54	6
1881	8,100,000	3,818,000	49	1½

Man ersieht hieraus, wie die Gesammt-Produktion von Roheisen und der Export von Eisenwaaren Englands bis zum Jahre 1872 einer steten Zunahme sich zu erfreuen gehabt haben, wie dann aber eine allmähliche Abnahme und ein Hin- und Herschwanken beider eingetreten ist, bis sie in den beiden letztverflossenen Jahren erst wieder einen nennenswerthen Anlauf genommen haben. Die Fabrikation von Roheisen hat sogar im Jahre 1881 die höchste Tonnenzahl aufzuweisen, welche je in England vorgekommen ist, indem sie die bisher höchste Zahl dieser Gattung (nächst der im Jahre 1880) im Jahre 1872 um nicht weniger als 20% übertrifft. Auch die Exportziffern von Eisenwaaren aller Gattung in den Jahren 1880 und 1881 haben die bisher höchste Zahl im Jahre 1872 stark überschritten, nämlich 1880 um 410238 Tonnen nnd 1881 um 435238 Tonnen.

Anders verhält es sich aber mit den Eisenpreisen. Diese lassen erkennen, daß in den Jahren 1880 und noch mehr 1881 der große Umsatz keineswegs im Verhältniß zum Verdienste gestanden hat. Die höchsten Preise sind für schottisches Roheisen in den Jahrer 1872 und 1873 gezahlt worden, und zwar im letzten Jahre allein das Doppelte von dem Preise des Jahres 1871.

Bis zum Jahre 1881 ist nun dieser Preis sehr bedeutend wieder zurückgegangen, so daß er 1881 noch wesentlich weniger als die Hälfte desjenigen im Jahre 1873 betrug, wogegen die Produktionsziffer des Jahres 1881 diejenige des Jahres 1873 um 23,4% überstieg und auch die Ausfuhr von Eisenwaaren im Jahre 1881 um 29,1% größer gewesen ist als 1873.

Wenn dies zunächst eine Folge von der höchst bedenklichen Wirkung der großen Ueberproduktion ist, an welcher, wie viele Industriezweige, so namentlich die Eisenindustrie laborirt, so läßt andererseits dieser Umstand auch erkennen, daß trotz großer Umsätze doch noch immer nicht diejenigen günstigen Zeitumstände wieder eingetreten sind, welche einstmals die Produktion von Eisenwaaren so lohnend machten und auch dem Arbeiter einen hinreichenden Verdienst sicherten.

Die Oberschlesische Steinkohlenproduktion.

In den Jahren von 1875 bis 1881 betrug die Steinkohlenförderung Oberschlesiens in Millionen Centnern:

1875:	165	Millionen	Ctr.
1876:	169	"	"
1877:	162	"	"
1878:	164	"	"
1879:	178	"	"
1880:	200	"	"
1881:	208	"	"

Der Absatz dnrch Verkauf ist angegeben:

1875:	152	Millionen	Ctr.
1876:	153	"	"
1877:	147	"	"
1878:	148	"	"
1879:	160	"	"
1880:	179	"	"
1881:	189	"	"

Die Durchschnittspreise haben im Jahre 1881 wieder einen Rückgang erlitten, nachdem sie in 1880 einen kleinen Anlauf zur Besserung genommen hatten; sie stellten sich durchschnittlich auf 20,1 Pf. pro Ctr., gegen 20,4 Pf. in 1880.

Preußische Städtefinanzen 1869 und 1876.

Der bekannte Finanzstatistiker Philipp Gerstfeldt hat kürzlich eine Schrift*) über Städtefinanzen in Preußen veröffentlicht, in welcher einige sehr interessante Vergleiche über die Ausgabenlast einer größeren Anzahl preußischer Städte in den Jahren 1869 und 1876 gezogen werden. In 39 größeren Städten des Landes waren die Netto-Ausgaben in Pfennigen auf den Kopf der Bevölkerung folgende:

---

*) Städtefinanzen in Preußen. Statistik und Reformvorschläge von Philipp Gerstfeldt. Leipzig. Duncker und Humblot. 146 S. 4 Mk.

I. Ordentliche.	1869	1876	mithin mehr
Gemeindeschuld	286	471	185
Verkehrsanlagen	144	156	12
Höhere Schulen	51	104	53
Polizei	63	90	27
Sonstige Lokalzwecke . .	232	359	127
Provinzial-Kreisbeiträge .	21	69	48
Materielle Reichs- und Staatszwecke	20	10	10
Armen-Krankenflege . . .	178	207	29
Volksschulen	127	230	103
II. Außerordentliche.			
Verkehrsanlagen	187	311	124
Volksschulen	55	71	16
Sonstige	515	979	464
Gesammt-Ausgabe . . .	1879	3057	1178

Die ordentlichen Ausgaben haben sich hiernach in diesen wenigen Jahren um 50 pCt., die außerordentlichen um 80 pCt. gesteigert, und zwar macht es keinen guten Eindruck, daß zu der Vermehrung der Ausgaben das Meiste die außerordentlich gestiegene Schuldenlast der Gemeinden beigetragen hat. In den Gründerjahren ist hierin allerdings viel gesündigt worden, insbesondere hat auch die Leichtigkeit, Darlehne aus der Kriegskostenentschädigung zu erhalten, viele Städte zu kostspieligen, nicht immer nothwendigen Bauten und Anlagen veranlaßt. Nicht minder bedenklich erscheint das außerordentliche Anwachsen der Verwaltungskosten, welche den Haupttheil der Rubrik: Sonstige Lokalzwecke, ausmachen. Die Erhöhung der Beamtengehälter, welche in den letzten Jahren staatlicher und auch kommunalerseits durchgeführt worden, dürfte hierauf besonders maßgebend eingewirkt haben. Das Konto der Kranken- und Armenpflege hat sich nicht erheblich vergrößert, dagegen sind die Schullasten, insbesondere die Aufwendungen für Volksschulen, nicht unbeträchtlich gestiegen.

Der obigen Ausgabensteigerung steht nun bei den Einnahmen fast nur die Steigerung der Personalsteuer vom Einkommen gegenüber, welche sich von 503 Pf. in 1869 auf 967 Pf. in 1876 gehoben hat. Die Mahl-

und Schlachtsteuerträge sind um 135 Pf. per Kopf zurückgegangen, so daß die Gemeinden heute so gut wie ausschließlich auf die direkte Einkommensteuer angewiesen sind.

Daß dieser Umstand die Steuerlast in manchen Städten zu einer nahezu unerträglichen gemacht hat, und daß deshalb seitens der Staatsregierung schon seit längerer Zeit eine einschneidende Reform des Communalsteuerwesens geplant wird, ist bekannt. Gerstfeld stellt auf Grund seiner statistischen Untersuchung die Behauptung auf, daß sich die Gemeinden in Preußen im Allgemeinen alle in einer finanziellen Nothlage befinden, welche aus einem ungerechtfertigt großen Aufwand herrührt, den die meisten Städte in der ersten Hälfte der siebziger Jahre getrieben haben. Ohne reichs- oder staatsseitige Uebernahme der Fürsorge für jetzt gemeindeseitige Aufwandszwecke ist nach seiner Ansicht eine Minderung der Gemeindeausgaben nicht vorherzusehen. Er plaidirt deshalb für Uebernahme der Volksschulen auf den Staat und zur Behebung des Steuerdrucks für Erhöhung der Immobilien- und Gewerbesteuer bei gleichzeitiger Steuerbefreiung aller Einkommen unter 3000 M. Zugleich empfiehlt er Ueberweisung des ganzen Ertrages der staatlichen Realsteuern, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern auf die Gemeinden und ist schließlich der Ansicht, daß auch eine Schankstätten- und Schlachtsteuer nicht unwesentlich zur Verbesserung der Gemeindefinanzen beitragen könnte.

Der oberschlesische Steinkohlenbergbau.

Vom oberschlesischen berg- und hüttenmännischen Verein ist kürzlich die Produktionsstatistik des Jahres 1881, bearbeitet von Herrn Dr. J. B. Meyer, herausgegeben worden. Diese Statistik giebt für einzelne Produktionszweige detaillirtere Angaben als die von Reichs wegen alljährlich aufgenommene Montan-Statistik und verdient schon deshalb eine weitergehende Beachtung. Von besonderem Interesse sind einige genauere Angaben über den Betrieb und die Absatzverhältnisse der Steinkohlen-

gruben in jenen Industriebezirken, zumal der Steinkohlenbergbau den bedeutendsten Zweig der oberschlesischen Montan-Industrie bildet.

In Oberschlesien waren im Jahre 1881 überhaupt 91 Steinkohlengruben im Betriebe, welche 10,368,357 Tonnen im Werthe von 37,3 Mill. Mk. produzirten. Gegen das Jahr 1877 ist die Produktionsmenge um 2 Mill. Tonnen oder 25 pCt. gestiegen, der Produktionswerth dagegen noch ein wenig zurückgegangen. Der Durchschnittswerth einer Tonne Steinkohlen ist von Mk. 4,66 auf Mk. 3,60 gesunken. Die Anzahl der Arbeiter betrug im verflossenenen Jahre 33,598 und hat seit 1877 stetig zugenommen. An Arbeitslöhnen wurden circa 20 Mill. Mk. gegen 13,7 Mill. Mk. in 1878 gezahlt. Der auf den Arbeiter entfallende durchschnittliche Lohnbetrag ist von 455 Mark in 1878 auf 593 Mark in 1881 gestiegen, und der Antheil des Arbeitslohnes am Gesammtwerth der Produktion beträgt jetzt bereits 53,4 pCt., gegen 42,6 pCt. im Jahre 1878. — Freilich ist gleichzeitig auch die durchschnittliche Arbeitsleistung von 271 auf 309 Tonnen gestiegen, aber dies ändert nichts an dem Hauptergebniß, daß die Stellung des Arbeiters in Oberschlesien durch einen erhöhten Lohn eine bessere geworden ist, während die Situation der Produzenten sich verschlechtert hat, da den erhöhten Löhnen gegenüber der Werth der Kohle gesunken ist.

Was den Steinkohlenabsatz anbetrifft, so war der Selbstverbrauch der Gruben 1,062,598 Tonnen; der Cumulativabsatz an den Gruben betrug 618,222, der Absatz zu den Zinkhütten 730,001, zu den Eisenhütten 1,762,807 Tonnen. Der Absatz durch Eisenbahnversendung stellte sich auf 6.244,326 Tonnen, der durch Wasserversendung auf 68,243 Tonnen, woraus hervorgeht, daß der oberschlesischen Kohlenindustrie nur sehr unzulängliche Wasser-Transportgelegenheiten zu Gebote stehen. Von den letzterwähnten 6,3 Mill. Tonnen, die den eigentlichen weiteren Absatz ausmachen, entfielen 1,500,000 Tonnen auf den Export nach Oesterreich und 373,000 Tonnen auf den nach Rußland. Letzterer ist in Folge der billigeren Tarife der Carl-Ludwig Bahn nach Südrußland im Zunehmen begriffen und so dürfte der ge-

sammte Export der oberschlesischen Steinkohlenindustrie bald den dritten Theil ihres ganzen Absatzes erreichen. Hiernach läßt sich übrigens ermessen, von welcher Bedeutung der freie Zugang nach den österreichischen und russischen Märkten für die oberschlesischen Kohlenproduzenten sein muß.

Werfen wir schließlich einen Blick auf die hauptsächlichsten Sorten der Produktion, so ergiebt die Statistik, daß Förderkohlen, Kleinkohlen und Stückkohlen bedeutend überwiegen. Die Produktion dieser drei Sorten zusammen beträgt 75 pCt. der gesammten Förderung. Im Selbstverbrauch der Gruben wird meist Kleinkohle und Staub-Gruskohle konsumirt, welche Sorten auch bei dem Absatz nach den Zink- und Eisenhütten prävaliren, während im Absatz durch Eisenbahnversendung die werthvolleren Stück- und Würfelkohlen den ersten Platz einnehmen.

Das deutsche Petroleum.

Von den 22 Gesellschaften, die in Oelheim an 100 Bohrlöchern mit gegen 1000 Arbeitern auf Petroleum bohren, haben bis jetzt nur die „deutsche Gesellschaft" und die „Oelheimer Industrie" Erfolge aufzuweisen, während die übrigen mit ihren Bohrungen noch nicht die ölführenden Schichten aufgefunden, die nicht immer in so geringer Tiefe zu suchen sind.

Es ist wahrscheinlich, daß sich zwischen Braunschweig und der Weser große Petroleummengen in der Erde vorfinden; der Ursprung derselben ist in den tieferen Steinkohlenschichten zu suchen, welche dort 1500 bis 2000 Meter tief unter der Oberfläche liegen und ihre durch die Erdwärme verflüchteten Destillate in den Spalten des darüber liegenden zerklüfteten Buntsandsteines niedergeschlagen haben. Diese Reservoire müssen in einer Tiefe von wenigstens 1000 Meter gesucht werden und ist es nur einem günstigen Geschick zuzuschreiben, daß in der Nähe von Oedesse das Erdöl zugleich mit dem Quellwasser durch Erdrisse und Spalten seinen Weg bis zur Oberfläche gefunden hat. Die öl-

führende Schicht ist ein Sandlager von 3—4 Meter Mächtigkeit unter einer undurchlässigen Mergelschicht und über einer festen Gebirgsmasse; dieses Sandlager ist sehr wasserreich und das Wasser wird gleichzeitig mit dem Oel gefördert. Der Petroleumgehalt ist in den besten Quellen zu Oelheim auf 30 bis 35 pCt. zu schätzen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß man es in Oelheim mit dem Erschließen großer Natur-Reichthümer zu thun hat, deren Gewinnung in nationalem Interesse höchst wünschenswerth wäre. Die Schwierigkeiten bei der Förderung mögen von vielen Betheiligten unterschätzt, die Ausbeute überschätzt sein; jedenfalls ist jedoch die dortige Industrie lebensfähig, so lange sie sich darauf beschränkt, das Gegebene auszunutzen. Im Uebrigen wird, wie Dr. Reidemeister und von Dücker glauben, nach wie vor als Norm zu gelten haben, daß größere Mengen von Petroleum erst durch Tiefbohrungen zu erreichen sein werden.

Der deutsche Handelsverein in Berlin.

Unter den tüchtigen Männern, welche den deutschen National-Reichthum durch systematische Hebung unseres Ausfuhrhandels vermehren und der rapid wachsenden deutschen Bevölkerung neue Nahrungsquellen und Beschäftigungs-Gelegenheiten vermitteln wollen, zu diesem Zwecke aber nicht nur Brochuren schreiben oder Reden halten, sondern mit dem patriotischen Worte auch die starke That verbinden, ragt Heinrich Loehnis hervor. Derselbe war lange Zeit als Kaufmann im Ausland und kam wohlhabend zurück. Indessen vergällte ihm die Noth des Vaterlandes die Schönheit seines Alterssitzes in Bonn derartig, daß er, obwohl an Jahren kein Jüngling mehr, gleichwohl die Jünglinge durch das Feuer seiner Thatbereitschaft beschämte, indem er ein großes Werk, den deutschen Handelsverein, ins Leben rief.

Das Grundkapital ist vorerst auf 1 Million Mark in 100 auf den Namen lautenden Aktien von je 10,000 Mark zahlbar festgestellt worden. Außerdem werden stille Gesellschaften mit Antheilen von je 1000 Mark

bis in Höhe von 50 Millionen Mark zugelassen, wobei man zunächst auf die Betheiligung überseeischer Kaufleute und heimischer Industrieller rechnet, welche am Geschäftsgange, wie an Gewinn und Verlust theilnehmen, während eine zweite Klasse stiller Gesellschafter mit Antheilen von je 500 Mark ebenfalls bis zur Höhe von 50 Mill Mark gegen übliche Verzinsung mit geringem Gewinn-Antheil vorgesehen ist.

Sehr Vertrauen erweckend war es, daß die Gesellschaft ihre Thätigkeit mit einer Orientirungsreise nach der Levante, also nach dem Schauplatz ihrer zukünftigen Thätigkeit, begann. Unter der Leitung des Herrn Loehnis wurde das Unternehmen von Triest aus am 1. Oktober 1881 in einem eigens hierzu gemietheten Dampfer des österreichisch-ungarischen Lloyd unter Betheiligung mehrerer industrieller Fachmänner aus dem Rheinlande bewerkstelligt. In zweimonatlicher Fahrt berührte man folgende Orte: Piraeus-Athen, wo man von 74 Deutschen, darunter 12 Geschäfthäuser, 8 persönliche Bekanntschaften anknüpfte, Syra, Poros, Tinos, Salonichi, wo noch immer der österreichische General-Konsul auch die Interessen der deutschen Reichsangehörigen vertritt, wo 3 deutsche Geschäftshäuser und 30 deutsche Eisenbahnbeamte der Linie Salonichi-Mitrowitza wohnen, Constantinopel mit mehreren Tausend deutschen Bewohnern und 40 deutschen Geschäftshäusern, Adrianopel, Philippopel, Ismidt, Mudania, Brussa, Smyrna, Larnaka, Beyrut, Jaffa und Jerusalem.

Als Aufgabe hatte sich die Expedition die Auffindung und Gewinnung von verläßlichen Persönlichkeiten in den verschiedenen Centren der Bevölkerung gestellt, welche nicht nur bereits die Aufmerksamkeit des Vereins auf gewinnbringende Unternehmungen gelenkt, sondern es auch übernommen haben, denselben auf dem Laufenden zu erhalten über Alles, was für den Bereich der Vereinsthätigkeit geeignet war. Während der Reise vertheilte man einen sehr umfangreichen, nicht weniger als 24 Fragen enthaltenden Bogen, auf welchem man Informationen erbat:

1. über Zahl, Beschäftigung und Leistungsfähigkeit

des deutschen Elements inmitten der Gesammt-Bevölkerung jener Gegenden;
2. über Höhe und Werth der Aus- und Einfuhr;
3. über den Antheil, welchen Deutschland, Oesterreich und die Schweiz daran nehmen;
4. über die örtlichen Zahlungs- und Credit-Verhältnisse;
5. über die bestehenden Ein und Ausfuhrzölle, Lagermiethen, Frachten, Spesen und den allgemeinen Geschäftsbetrieb;
6. über Grund- und Hypothekenrecht;
7. über die Bodenverhältnisse in Bezug auf Ackerbau, Viehzucht, Garten-Kultur, Wald- und Bergbau;
8. bis 11. über Aussichten neuer Kapitals- und deutscher Arbeitskräfte, neuer technischer und sonstiger projektirter Anlagen, über den Erfolg bestehender Unternehmungen;
12. bis 24. über gewerbliche und gewerbrechtliche Verhältnisse, über Platz- Haus- und Bodenpreise, über das Besteuerungswesen, über Arbeitslöhne und Arbeiterverhältnisse, über verheißende Unternehmungsobjekte, über Gesetz und Recht, Sicherheitspflege, Unterrichtswesen, Klima, Gesundheitsstand und endlich über etwaige wissenschaftliche Forschungen.

Herr Loehnis, welcher am 1. Mai nach Berlin übersiedelt, hat die Resultate der erwähnten Orientirungsreise in einer umfangreichen Brochüre veröffentlicht, welche folgenden Titel hat: „Die wichtigsten Ergebnisse einer Informationsreise in die Levante ꝛc. (Leipzig, Verlag von Otto Wigand. 1882.) Ferner liegt von Loehnis an Informationsmaterial über seinen großen und nachahmungswürdigen Plan vor: das „Programm des deutschen Handels-Vereins zu Berlin“ sowie sein „Offener Brief an den Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln.“

Loehnis tritt der Ansicht entgegen, daß das deutsche Element in der Levante wenig leistungsfähig und der Konkurrenz mit den Griechen und Armeniern nicht gewachsen sei, daß sich mithin die Levante dem deutschen Unternehmungsgeist nicht empfehle.

Auf Grund einer genauen Kenntniß deutschen geschäftlichen Lebens im Auslande und auf Grund seiner Wahrnehmungen in der Levante versichert er vielmehr Folgendes: „Ich habe noch immer und überall gefunden, daß der Deutsche, der etwas gelernt hatte und arbeiten wollte, jeder Konkurrenz auf die Dauer vollkommen gewachsen gewesen sei.“ Dem Deutschen setze die Sprache in der Levante zwar größere Hindernisse entgegen, als in den von angelsächsischen und romanischen Völkern bewohnten Ländern. Niemand dürfe sich einbilden, in der Levante als Geschäftsmann mit der französischen und italienischen Sprache auszukommen, welche nur für Diplomaten und Touristen genügen. Doch hätten Griechen und Armenier mit ihren Sprachkenntnissen keinen unüberwindlichen Vorsprung voraus. Auch seien die Klagen über die Schwierigkeiten des Verkehrs mit den Türken nicht begründet. Das Eigenthümliche des Levantehandels bestehe vielmehr darin, daß er noch in sehr weitem Umfange ein Güteraustausch sei, zu dessen Betreibung außer der Landessprache eine langjährige vertraute Bekanntschaft mit örtlichen Verhältnissen gehört, Kenntnisse, welche der intelligente junge deutsche Kaufmann nicht vom Hause mitbringt. Daß in der Levante deutsche Geschäftsleute ohne Mittel und ohne Erfahrung sich einrichten und in große, gewagte Unternehmungen einlassen, oft mit Gewinn, öfter mit Verlust fremden Kapitals, sei nicht in Abrede zu stellen. In vielen Fällen würden diese Häuser durch die Konkurrenz der Fabrikanten aller Industrieländer, durch zahlreiche Bank-Institute und Kommissionshäuser dabei unterstützt, und auch der Umstand sei bekannt, daß in Folge dieser übertriebenen Konkurrenz es nicht selten bereits zahlungsunfähigen Häusern noch lange Zeit ermöglicht werde, eine Scheinexistenz fortzuführen zum Nachtheil aller übrigen Geschäftsleute. Das seien indeß Mißstände des modernen Geschäftslebens überhaupt und keineswegs der Levante eigenthümlich; sie ständen in engem Zusammenhange mit der heutigen Kreditwirthschaft und ihre Remedur liege nicht draußen, sondern daheim. Nach diesen Andeutungen bezeichnet Herr Loehnis alle Ansichten über die Untüchtigkeit des deutschen Elements in der Levante als

ein Vorurtheil, welches aus Mangel an Bekanntschaft mit den thatsächlichen Verhältnissen und maßgebenden Personen entspringe.

Außer seinen allgemein vaterländischen verfolgt der Handelsverein als Erwerbsgesellschaft folgende geschäftliche Zwecke: 1) Vermittelung der Ausfuhr deutscher Fabrikate gegen direkte Einfuhr von Rohprodukten; 2) Behandlung von Projekten zu Kanälen, Bahnen, Brücken, Mühlen 2c. (im Auslande); 3) Vermittelung der technischen Arbeiten hierzu; 4) Prüfung der Kapitalbedürfnisse; 5) Vermittelung von Staats- und Municipalanleihen; 6) Kulturbestrebungen. Der „deutsche Handelsverein" will — namentlich zu Gunsten des überseeischen deutschen Kaufmannsstandes — einen Mittelpunkt bilden, von welchem aus nach allen Richtungen hin mit der deutschen Industrie und mit deutschen Handlungshäusern Verbindungen anzuknüpfen und zu unterhalten sind, wobei er selbst weder kaufen noch verkaufen, sondern nur vermitteln will. Als Grundprincip stellt er auf: nach Außen durch Zuführung von Kapital und geeigneten neuen Arbeitskräften auf Erstarkung bereits vorhandener deutscher Arbeitskräfte zu wirken, sich also dahin zu wenden, wo schon deutsche Niederlassungen oder Ansiedlungen bestehen; nach Innen in der Befestigung und Sicherstellung des Rufes der deutschen Industrie die wesentliche Grundlage erfolgreichen Handels zu suchen, also auf gute, solide, ehrliche Produktion zu sehen. —

Als Mitförderer öffentlicher Interessen will der „deutsche Handelsverein" nationale Ziele verfolgen und zwar: Kräftigung der ganzen deutschen wirthschaftlichen Thätigkeit, insbesondere durch Erhaltung, Förderung und Vermehrung der produktiven Kräfte deutscher Länder unter Anerkennung der Solidarität aller Industriezweige, hauptsächlich der Bodenkultur.

Zur Sicherung des Erfolges will der „deutsche Handelsverein" einstweilen seine Thätigkeit auf die Levante beschränken. Die drei Ländercomplexe: Deutsches Reich, Oesterreich und die Schweiz sollen als ein Ganzes im wirthschaftlichen Sinne, als ein wirthschaftlicher Organismus aufzufassen sein, in welchem die verschiedenen In-

dustrien mit einander verbunden und durch die Verkehrsverhältnisse auf einander angewiesen sind. Auf eine außergewöhnliche Förderung oder Unterstützung des Staates macht der „deutsche Handelsverein" im Voraus keinen Anspruch. —

Die deutsche Zink-Industrie.

Die Zink-Industrie ist nächst der Eisenproduktion eine der wichtigsten Montan-Industrien Deutschlands. Ihre Produktion belief sich in den zwanziger Jahren noch auf 40,000 Ctr. ist inzwischen aber auf 1⅓ Million Ctr. im Werthe von ca. 20 Millionen Mark gestiegen. Die Ausfuhr belief sich

	1881. Ko.	1880. Ko.
an Rohzink und Bruchzink auf	59,846,000	40,622,400
„ gewalztem Zink „	18,412,000	15,524,800
zusammen auf	78,258,800	53,147,200

Im Jahre 1881 ist also die gesammte Zink-Ausfuhr um 47,2 pCt. gegen das Vorjahr gestiegen.

Die deutsche Zinkproduktion hat ihren Hauptsitz in Oberschlesien. Es sind hierselbst im Jahre 1880 allein 3680 Tonnen Rohzink mehr als im Vorjahre hergestellt worden, und die Fabrikation des Jahres 1881 hat diejenige des Vorjahres um eine noch größere Zahl übertroffen. Man kann bei der Zink-Industrie Oberschlesiens recht deutlich beobachten, einen wie großen Einfluß die Ausdehnung der Transportmittel auf die Entwicklung eines bestimmten Produktionszweiges einer Gegend ausüben kann; denn ohne die großartige Ausdehnung, welche die Eisenbahnen in Schlesien erfahren haben, wäre die Zink-Industrie hier niemals zu jener Bedeutung gelangt, welche sie jetzt vor aller Welt genießt. Bereits seit 1848 haben die Eisenbahnen den Zinktransport aus Schlesien in einem stetig steigenden Umfange übernommen. Die Inbetriebsetzung der oberschlesischen Hauptbahn erfolgte im Jahre 1847 und im Jahre 1848 wurde der Zinktransport von derselben bereits mit 105,000 Ctrn. ausgeführt. Mit der Eröffnung der Breslau-Posener

Bahn im Jahre 1856 ging der Zinktransport nach Stettin fast gänzlich auf die Eisenbahn über. Als dann die oberschlesische Schmalspurbahn im Berg- und Hüttenreviere im Jahre 1859 in Betrieb gesetzt wurde, stieg der Zinktransport der Eisenbahnen von 623,000 auf 680,000 und 700,000 Ctr. in den folgenden Jahren. Aber auch auf der anderen Seite hat die Ermäßigung bezw. Aufhebung des Sund- und des Elbzolls auf den Zinktransport zu Wasser anregend eingewirkt. Als im Jahre 1857 der Sundzoll fiel, stieg die überseeische Zinkausfuhr Stettins von 88,875 Ctr. sofort auf 206,842 Ctr, also auf weit mehr als das Doppelte, und die Ermäßigung des Elbzolles im Jahre 1863 steigerte den Zinktransport von der Oder zur Elbe von 58,804 Ctr. im Jahre 1873 auf 361,935 Ctr. im Jahre 1874.

Deutschlands Haupt-Exportplatz für Zink ist jetzt Hamburg. Der Export an Rohzink und Zinkwaaren betrug von hier aus im Jahre 1874 130,000 Ctr.; in den letzten drei Jahren ist derselbe wesentlich größer gewesen, er belief sich

1879 auf 653,000 Ctr.
1880 „ 335,000 „
1881 „ 417,000 „

Die Zinkpreise waren im Beginn der 70er Jahre nicht unwesentlich höher, als am Ende derselben; sie betrugen am Schluß des Jahres 1873: 26,25 Mk.
1874: 25,00 „
1875: 26,00 „

Dagegen am Schluß des Jahres 1878: 17,50 Mk.
1879: 21,00 „
1880: 16,00 „

Am Schluß des Jahres 1881 war der Preis allerdings wieder etwas höher, nämlich 18,50 Mk.; allein wie 1880 hat auch 1881 der Geschäftsverdienst in keinem Verhältniß zum großen Umsatz gestanden.

Die finanziellen Ergebnisse des Jahres 1881|82.

Als Fürst Bismarck vor vier Jahren das Land mit einem neuen wirthschaftlichen Programm überraschte, war man allgemein der Ueberzeugung, daß die Sinneswandelung des Kanzlers lediglich finanzpolitischen Erwägungen entsprungen sei. Es war bekannt, daß der Reichskanzler vor Allem eine Kräftigung des Reichsfinanzwesens anstrebte. Die Matricularbeiträge sollten mit Hilfe neuer indirekter Steuern womöglich gänzlich beseitigt und außerdem noch hinlängliche Mittel gewonnen werden, um den steigenden Anforderungen der Heeresverwaltung und Landesvertheidigung Genüge leisten zu können. Man glaubte damals nicht daran, daß Fürst Bismarck ernstlich in das Lager der Schutzzöllner und Sozialpolitiker übergegangen sei. Sein Programm galt als ein geschickter politischer Schachzug, darauf berechnet, gewisse spröde Elemente des Reichstages auf die Seite der Regierung zu bringen und im Volke selbst neue, der Regierung günstige, Parteigruppirungen zu schaffen.

In wie weit diese Auffassung damals das Richtige getroffen, vermag wohl Niemand zu beurtheilen. Heute dürfte es dagegen so gut wie feststehen, daß der Herr Reichskanzler den Freihandelsideen definitiv entfremdet worden. Unser leitender Staatsmann ist heute überzeugter Anhänger eines rationellen Schutzzollsystems und einer aktiven Wirthschaftspolitik, das beweist seine bisherige Haltung in allen Zollfragen, das beweisen auch die mannigfachen praktischen Versuche, welche er in der Richtung einer aktiven Wirthschaftspolitik unternommen hat. Und hierbei sind neben den allgemein wirthschaftlichen auch die finanziellen Erfolge nicht ausgeblieben. Die allgemeine Besserung der Geschäftslage hat auf die Staatseinnahmen im Allgemeinen die günstigste Rückwirkung ausgeübt, wie aus den gesteigerten Verkehrseinnahmen und dem bedeutend höheren Ertrage der Zoll- und Steuerverwaltung genugsam hervorgeht.

Die soeben veröffentlichten vorläufigen Ergebnisse der Reichs-Zoll- und Steuerverwaltung für das ult. März abgelaufene Etatsjahr zeigen in ihrer Schlußsumme gegen

das Vorjahr ein Mehr in der Solleinnahme von 45,486,518 Mk., in der Isteinnahme ein solches von 64,290,218 Mk. Die gesammte Solleinnahme des Vorjahres an Zöllen und Verbrauchssteuern hat 381¼ Mill., die Isteinnahme, bei welcher die Verwaltungskosten und Bonifikationen in Abrechnung gebracht sind, nahe an 344 Mill. Mk. betragen. Die Mehreinnahmen bei den einzelnen Positionen sind allerdings nicht durchweg der verbesserten Geschäftslage und einem steigenden Konsum zuzuschreiben. Das große Mehrerträgniß der Rübenzuckersteuer von 27 Mill. Mk. beruht z. B. in der Hauptsache darauf, daß hier in dem System der Steuer-Kreditirung im verflossenen Jahre eine wesentliche Aenderung eingetreten ist. Dessenungeachtet weist die beträchtliche Steigerung der Zolleinnahmen und die mäßig fortschreitende Zunahme der Erträge aller übrigen Verbrauchssteuern darauf hin, daß die Finanz- wie die Geschäftslage Deutschlands entschieden im Aufblühen begriffen ist.

Vergleicht man die Etatsansätze für das Jahr 1882/83 mit den Ergebnissen des Vorjahres, so erweisen sich die ersteren durchaus als vorsichtig bemessen, sodaß, wenn die bisherigen günstigen Verhältnisse im laufenden Jahre fortwirken, auch für dieses auf größere Ueberschüsse zu rechnen sein wird. Das Bruttosoll an Zöllen ist z. B. gegenüber der Bruttoeinnahme des Vorjahres von 195,7 Mill. nur auf 198 Mill. bemessen worden, sodaß der Etatsansatz schon durch die vorjährigen Einnahmen fast erreicht ist und dasselbe trifft, abgesehen von der Rübenzuckersteuer, für welche exceptionelle Verhältnisse vorliegen, bei allen Verbrauchssteuern zu. Die Finanzlage des Reiches läßt sich somit als eine völlig zufriedenstellende bezeichnen.

* Die Immobiliarqualität der Feuerversicherungs-Gelder in den Rheinlanden.

Bekanntlich ist in dem weitaus größten Theile der Monarchie, nämlich in dem dem allgemeinen Landrecht und dem dem gemeinen Recht unterworfenen Theil, durch das Gesetz über den Eigenthumserwerb vom 5. Mai 1872 den Feuerversicherungsgeldern Immobiliarqualität beigelegt, und die Abtretung und Verpfändung derselben, soweit sie zum Nachtheil der Hypothekengläubiger gerecht, für wirkungslos erklärt. Dieses Gesetz hat auf das dem code civil unterworfene Rheinpreußen bis jetzt keine Ausdehnung erlangt, und um eine solche herbeizuführen, hatte der Abgeordnete Heuser (Köln) einen dahin zielenden Antrag bei dem jüngst versammelt gewesenen Provinziallandtag gestellt.

Herr Heuser befand sich hier in Uebereinstimmung mit dem Rheinpreußischen Notariatsverein, welcher die Ausdehnung jenes Gesetzes auf die dortige Provinz gleichfalls für durchaus wünschenswerth hält. Die Majorität der Rheinischen Stände erklärte sich aber dagegen, weil alsdann der vermeintliche Vortheil der Rheinischen Provinzial-Feuer-Societät vor den Privatversicherungs-Gesellschaften verloren ginge. Es heißt nämlich im § 58 des Reglements jener Societät: „Sind die im Societätskataster eingetragenen Hypothekengläubiger weder nachweislich befriedigt und ertheilen sie auch die ausdrückliche Einwilligung in die Auszahlung der Vergütungsgelder an den Beschädigten nicht, so erfolgt die Zahlung der Entschädigungsgelder im Interesse der eingetragenen Hypothekengläubiger zur Wiederherstellung der Gebäude, oder, falls der Beschädigte erklärt, die Gebäude nicht wieder herstellen zu wollen, an die (zum Societätskataster angemeldeten) Gläubiger nach der gesetzlichen Rangordnung, sofern hierüber unter den Gläubigern Einverständniß besteht, anderenfalls nach Feststellung derselben durch das zuständige Gericht." Hieraus deducirte nun die Direktion der Societät, daß hinsichtlich der bei letzterer versicherten Gebäude den im Societätskataster eingetragenen Hypothekengläubigern auf Grund „gesetzlicher" Bestimmungen ein direkter ausschließlicher

Anspruch auf die Brandentschädigungsgelder zustände. Diese genössen also bereits die Vortheile, welche den anderen Landestheilen durch das erwähnte Gesetz gesichert seien, und der Landtag, diese Deductionen sich aneignend, glaubte nur Veranlassung zu haben, die Societät in ihren Privilegien zu schützen, weil sie eben ein Provinzialinstitut sei.

Nun ist es zunächst gar nicht zweifelhaft, daß die Societäts-Reglements keineswegs allgemeine Gesetze sind welche materielles Recht für Dritte schaffen, sondern es werden, wie das Reichsgericht (I. Senat) in einem Ur theil vom 9. December 1879 treffend ausgeführt, dadurch nur die rechtlichen Verhältnisse der Societätsmitglieder unter einander und der Societät gegenüber geregelt, und die Bestimmungen des Reglements sind lediglich ‚Vertragsnormen für eine Gegenseitigkeits-Gesellschaft mit wesentlich privatrechtlichem Charakter. Ferner aber, und darauf legen wir bei unserer Betrachtung das Hauptgewicht, verkennt der Provinziallandtag seine Aufgabe vollständig, die dahin geht, die Interessen der ganzen Provinz zu vertreten und zu schützen, nicht die eines einzelnen Instituts. Das Inter esse geht aber dort ebenso wie in den altländischen Theilen der Monarchie dahin, daß es Jedem frei stehen muß, Versicherung da zu nehmer, wo er es am rathsamsten findet.

Dieses Interesse wird geschädigt, wenn der Provinziallandtag sich weigert, gleiches Recht für alle zu schaffen und statt dessen ein bestimmtes Institut, welches nebenbei gesagt, in sehr guter Entwickelung steht und einer solchen Vergünstigung gar nicht bedarf, gewissermaßen als das allein den Interessen des Publikums dienende hinzustellen.

Die Privatversicherungsgesellschaften betrachten es als eine ihrer Aufgaben, den Hypothekengläubigern wirksamen Schutz zu gewähren. Die letzteren haben deshalb in dem § 10 ihrer allgemeinen Versicherungsbedingungen ausdrücklich erklärt, daß die Entschädigungen für abgebrannte Gebäude nur zum Wiederaufbau gewährt würden, und anderenfalls nur mit Zustimmung sämmtlicher Hypothekengläubiger baar an den Versicherten ausgezahlt werden können. Den Bestrebungen, das Gesetz

vom 5. Mai 1872 auch auf die Rheinlande auszudehnen, können wir von unserem Standpunkte daher nur guten Erfolg wünschen, und zweifeln auch nicht, daß die Staatsregierung dahin zielenden Anträgen durch Vorlegung eines entsprechenden Gesetzes an den Landtag der ganzen Monarchie gern nachkommen wird.

Das Rudloff-Grübs'sche Bankprojekt für deutschen Ausfuhrhandel.

Neben dem Herrn Heinrich Loehnis schickt sich auch ein Berliner Banquier, Herr Rudloff-Grübs, aus der Bankfirma Franz Gaedicke an, vermittelst einer großartigen Exportbank den deutschen Ausfuhrhandel systematisch und wirksam zu fördern. Herr Grübs tritt damit nicht zum erstenmal in öffentlichen Angelegenheiten auf. Schon im Jahre 1877 publizirte er eine Brochüre über „Unser Deutsches Credit-System, dessen Krankheit und Heilung". welche sich durch ungewöhnliche Einsicht auszeichnet und auch heute noch nicht veraltet ist. Zum Beweise dessen machen wir nur auf zwei seiner damaligen Reform-Vorschläge aufmerksam und zwar

1. auf die Einrichtung eines umfangreichen, rationellen Waaren-Lombard- Geschäftes, und
2. auf die Einführung einer Creditversicherung für die Geschäfts-Verbindungen, die Genossenschaftsmitglieder unter einander haben.

Doch dies nur beiläufig. Seinen neuen Plan hat Herr Grübs in einer Denkschrift ausführlich entwickelt, welche bis heute leider noch nicht buchhändlerisch erschien. Indessen sind wir in der Lage, aus derselben über die wahrhaft universellen Ziele der projektirten Bank Folgendes mitzutheilen:

Herr Rudloff-Grübs nimmt an, daß nach den Berichten der Reichsbeamten, nach den Aussagen tüchtiger Gelehrten und den Auslassungen der Fachpresse nicht allein die Nothwendigkeit der Gründnng, sondern auch die Existenzberechtigung einer großen Exportbank erwiesen

sei. Auf die Frage, welche Aufgaben die zu begründende Bank zu erfüllen hat, ertheilt er die nachstehende Antwort: Die Exportbank soll:

1. die deutschen Industriellen unabhängig machen von ausländischen Commissionshäusern, auf deren Verlangen hauptsächlich unsere Erzeugnisse, vielfach unter fremder Marke, mit ausländischem Stempel versehen, in den Verkehr gebracht werden. Es ist das ebenso beschämend, als nachtheilig für die Ehre und den Ruf einer so großen Nation, wie unsere deutsche, und einer Industrie, die so glänzende Beweise ihrer Leistungsfähigkeit gegeben hat. Es geht überdies dem deutschen Kapital gerade der sehr bedeutende Verdienst des Zwischenhandels verloren.

2. Sie soll den Ausfuhrhandel concentriren, durch Anstellung von General-Agenten in allen Hauptplätzen der überseeischen Länder. Die General-Agenten sollen: a) ein Musterlager aller derjenigen Artikel etabliren, welche Deutschland nach dem betreffenden Lande exportiren kann; b) Unter-Agenten in allen denjenigen Städten halten, in welchen deutsche Konsulate errichtet sind, dauernd mit diesen in Fühlung bleiben und die Controle über ihre Thätigkeit ausüben; c) die Berichte dieser Unteragenten über die Bedürfnisse des Landes, über die wechselnde Mode und Conjunktur, über neu auftauchende Ansprüche des betreffenden Volkes, über neue Artikel, die Deutschland billig liefern kann, die aber bisher noch nicht exportirt wurden, über alle in Aussicht stehenden Regierungsgeschäfte, über alle Bauten von Compagnien, bei denen die deutsche Industrie sich betheiligen könnte, über die Solvenz der Häuser, mit denen Verbindungen angeknüpft sind, sammeln und der General-Direktion in kurzen Zwischenräumen ganz oder auszugsweise überschicken; d) in wichtigen Fällen telegraphische Berichte erstatten, telegraphisch das Avis von bevorstehenden Submissionen 2c. hierher gelangen lassen; e) Artikel, die das Ausland fabrizirt, die aber in Deutschland billiger und besser hergestellt werden können, namhaft machen, die Aufmerksamkeit der heimischen Industrie so auf die Anfertigung neuer Fabrikate lenken, Muster und auch Personen hersenden, welche die ersten Versuche leiten.

3. Die Bank soll den Exporthandel verbessern, indem sie die Vertretung derjenigen ablehnt, die ihre Abnehmer notorisch unreell bedienen oder chikanös behandeln.

4. Sie soll den Export erleichtern, indem sie a) auf diejenigen Waaren, welche durch ihre und ihrer Agenten Hände gehen, den Industriellen Vorschüsse giebt; b) das Inkasso der Fakturen besorgt; c) die Verpackung kontrolirt und sie da, wo es nöthig ist, selbst übernimmt; mangelhafte Verpackungen aber vom Transporte ausschließt; d) die Versicherung im Ganzen bewirkt und die Kosten dadurch erheblich verringert; e) darüber wacht, daß die Verzollung auf Grund wahrheitsgemäßer Angaben der Absender stattfindet; f) die Industriellen unterstützt, Preislisten herzustellen, welche den Bedürfnissen des Auslandes Rechnung tragen und dahin wirkt, daß allmählig die verschiedenen Branchen Normal-Preiskourante feststellen, das sind solche, die für gewisse Artikel Preise ansetzen, so hoch wie sie voraussichtlich schwerlich werden können. Der wirkliche Verkaufspreis der Waaren wird dann von den einzelnen Fabrikanten durch einen Prozentsatz des Normalpreises ausgedrückt. Diese Art der Tarifirung — welche ja in einzelnen Branchen bereits angewendet wird — erübrigt die häufige Neuausgabe von Preislisten und erleichtert dem Abnehmer seine Kalkulationen erheblich. Während so die Bank den Industriellen alle jene Sorgen theils ganz abnimmt, theils erleichtert, setzt sie dieselben in den Stand, sich nur um ihre Fabrikation, um billigen Einkauf ihrer Materialien, um rationelle, solide und geschmackvolle Herstellung ihrer Fabrikate und gute, ordnungs- und probemäßige Expedition derselben zu kümmern. Die Organisation des Zwischenhandels und des Vermittlungswesens übernimmt die Bank.

5. Sie soll dem Handwerkerstande Gelegenheit geben, auch seinerseits am Welthandel theilzunehmen. Die Bank soll zu diesem Zwecke Produktiv-Genossenschaften in's Leben rufen und deren Bildung befördern. Sie soll bestehende Genossenschaften umbilden, um sie ihrer eigenen Organisation anzupassen.

6. Die Bank soll den Handel mit den überseeischen Ländern haben, indem sie selbst nach und nach eigene

Dampferlinien, die in kurzen Zwischenräumen befahren und denen nur kurze Lade- und Entladefristen bewilligt werden, einrichtet und auf diese Weise den Transport bis zum Bestimmungsorte zu den billigsten Frachtsätzen übernehmen kann. Neue Damperlinien müssen eingerichtet, kurze Lade- und Entladefristen angestrebt werden, wir müssen uns unabhängig machen von der Vormundschaft Englands, das fast ausschließlich unsern Verkehr mit Australien und Asien vermittelt. Erze, Häute, Wolle und Rohprodukte als Rückfracht von Australien direkt nach hier zu schaffen, würde sich sicher lohnen, und unsere Händler hätten nicht nöthig, auf den englischen Auctionen ihren Bedarf zu decken. Bis zur Begründung eigener wird sie mit bestehenden Dampferlinien Verträge wegen günstiger Fracht-Bedingungen schließen.

7. Sie soll dem gesammten Export eine feste Stütze geben, indem sie ein Museum etablirt, in welchem Aufnahme finden:

a) Muster mit Preisen und Kalkulationen aller hauptsächlichen Waaren, geordnet nach denjenigen Ländern und Plätzen, wohin sie exportirt werden, um so allen Fabrikanten über Art, Qualität und Preis derjenigen Artikel Aufschluß zu geben, welche und wie sie nach dem Auslande geliefert werden können.

b) Muster mit Preisen und Fabrikations-Anleitung von allen denjenigen Erzeugnissen, welche im Ausladen fabricirt werden, welche aber auch Deutschland so billig herstellen kann, daß sie zum Export lohnen.

Erwächst hieraus mit der Zeit für den Fabrikanten eine Fundgrube von Anregung und Belehrung, so bildet das Museum gleichzeitig für den nach Berlin kommenden Ausländer den Centralpunkt, der ihm Auskunft darüber ertheilt, wo und bei wem er bestellen kann, was er sucht. In Paris und London existiren ähnliche Etablissements, wenn auch nicht in derjenigen Ausdehnung und Vollkommenheit, wie sie hier gedacht wird.

Haben die Welt- und Lokal-Ausstellungen den Geschmack geläutert und die Wege gezeigt, die der Welthandel einzuschlagen hat, giebt beispielsweise das neu eröffnete Deutsche Kunst-Gewerbe-Museum den Fabri-

kanten und Handwerkern die Richtschnur dafür, wie die Fabrikate gemacht werden sollen, giebt dieses die Anregung zur Fortbildung durch die besten vorhandenen Mustervorlagen, so soll das hier projektirte Museum dazu dienen, zu zeigen, was gemacht werden soll. Ein solches Museum, das mit Archiv, Bibliothek und Schule verbunden werden muß, bietet dann die Gewähr dafür, daß die Bank sich die Ersatztruppen für ihren Agentenring selbst heranzubilden im Stande ist. Muß doch das höchste Gewicht darauf gelegt werden, daß dieser kolossale Apparat sich alle nothwendigen Kräfte speciell für seine Zwecke selbst entwickelt, sich seine Organe erzieht durch Unterricht in Sprachen, Handels-Geographie, Handelsrecht und Handelswissenschaft.

Es ist ferner damit der Regierung Gelegenheit geboten, ihren Aspiranten für die Berufskonsulate den in Aussicht genommenen praktischen Kursus hier und bei den General-Agenten im Auslande durchmachen zu lassen.

8. Die Bank wird durch ein eigenes Organ, durch Cirkulaire und Telegramme alle ihre Kommittenten ohne Bevorzugung des Einzelnen auf dem Laufenden erhalten über Alles, was auf dem Gebiete des Exportes Wissenswerthes an sie herantritt, so daß sämmtliche Korrespondenten von keiner Seite her schneller und zuverlässiger über alles für sie Interessante unterrichtet werden können.

Sie wird officiell, oder — wo es rathsamer erscheint — direkt und privatim die Kommittenten von denjenigen Klagen in Kenntniß setzen, welche über Beschaffenheit der Waaren u. A. m. bei ihr einlaufen.

Ein deutsches Exportbuch.

Den deutschen Export-Bestrebungen stehen leider mancherlei Hemmnisse entgegen, auf deren möglichste Beseitigung mit vereinten Kräften hingewirkt werden muß. Dazu gehört unter anderen auch, daß die Erzeugnisse der heimischen Industrie auf zahlreichen ausländischen Märkten nicht in gebührendem Maße bekannt sind, und daß ein Theil der kaiserlichen Konsuln mit den industriellen und

gewerblichen Verhältnissen Deutschlands nicht hinlänglich vertraut ist. In zahlreichen Berichten der kaiserlichen Konsuln wird die ungünstige Lage, welche der deutsche Export in einer Anzahl von Ländern den konkurrirenden Nationen gegenüber einnimmt, zu einem großen Theile dem Umstande zugeschrieben, daß die Industrien der letzteren es verstanden haben, ihre Erzeugnisse durch vortreffliche Musterbücher und Kataloge bekannt zu machen und einzubürgern. Das Adreßbuch der deutschen Export-Industrie, mit dessen Herausgabe im Auftrage des Central-Verbandes deutscher Industrieller, die General-Sekretaire Regierungsrath a. D. Beutner—Berlin, Bueck—Düsseldorf und Dr. Rentzsch—Berlin betraut sind, wird in knapper und übersichtlicher Weise, nach Industrien geordnet, die gewerblichen Haupt-Etablissements und die Erzeugnisse derselben aufführen, die letzteren, soweit möglich, durch bildliche Darstellungen veranschaulichen und zugleich in präciser Weise die wichtigsten Geschäftsbedingungen angeben, deren Kenntniß für auswärtige Käufer zur Anbahnung neuer Handelsbeziehungen erforderlich ist. Es versteht sich von selbst, daß das Unternehmen sich von allem Parteigetriebe fernhalten und einen durchaus nationalen Charakter an sich tragen wird, und der Herr Handelsminister hat ganz besonders betont, daß jede Bevorzugung Einzelner grundsätzlich ausgeschlossen bleiben müsse, und daß alle Etablissements eine gleiche Berücksichtigung erfahren müssen, gleichviel ob die Besitzer derselben zugleich Mitglieder einzelner Industrieverbände sind oder nicht. Die Herausgeber werden auf das Eifrigste bestrebt sein, ein Buch fertigzustellen, welches die Bedeutung, die Entwickelung und die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie dem Auslande gegenüber in vollem Umfange zur Anschauung bringt und dazu beitragen wird, dem deutschen Ausfuhrhandel einen erhöhten Aufschwung zu verleihen.

Was hat denn die jetzige Wirthschaftspolitik mit dem Preisdrucke durch die Konkurrenz zu thun?

u. Gegenwärtig geht ein förmliches Aufathmen durch die freihändlerischen Blätter, wenn doch wieder einmal ein neuer Gesichtspunkt gefunden wird, der einigermaßen darnach aussieht, als lasse sich von ihm aus der jetzigen Zollpolitik Eins anhängen. Die geistige Nahrung ist so dünn geworden, daß nach jedem Bissen gierig gegriffen wird, auch wenn der flüchtigste Blick genügen sollte, um seine Unverdaulichkeit darzuthun. So jubelt man jetzt, weil von unserer eigenen Seite eine Schwierigkeit der gegenwärtigen wirthschaftlichen Lage darin gefunden wird, daß jede kleine Besserung in den Preissätzen sofort eine unverhältnißmäßige Ueberanspannung der Gesammt-Produktion und in Folge dessen dann sofort wieder ein Sinken der Preise hervorrufe, so daß die Industrie trotz aller sich etwa aufthuenden günstigen Chancen doch nicht recht zum Prosperiren komme. Die Thatsache ist richtig; aber was beweist sie? Lediglich die Nothwendigkeit eines festen, nach gewerblichen Branchen und Industriebezirken organisirten Zusammenhalts unserer Industrie, und fernerhin die Weite des Spielraums, welcher für eine vorsorgliche Regierung und eine alle Verhältnisse berücksichtigende Zollpolitik stets vorhanden sein wird. Gegen das heutige System unserer Regierung aber beweist sie gar nichts, sondern sie zieht im Gegentheil einen Punkt zur Erwägung heran, von welchem aus eine Freihandelspolitik noch viel gefährlicher erscheint als der Schutzzoll. Denn die nachtheilige Einwirkung einer rücksichtslosen Konkurrenz auf die Preise, welche beim Schutzzoll möglich ist und gegenwärtig vielfach vorkommen mag, ist unter der Herrschaft des Freihandels stets vorhanden, und muß dort im Allgemeinen maßgebend sein.

Einer der wesentlichsten Unterschiede zwischen den beiden Systemen ist ja darin zu erkennen, daß ein sorgfältig durchdachtes und auf vieljährige Erfahrungen begründetes Schutzzollsystem (wie solches Frankreich besitzt) wenigstens einigermaßen eine Vorausbeurtheilung des Bedarfs ermöglicht um dessen Befriedigung es sich handeln kann, weil die Zerlegung des Ganzen in seine

Theile den Bedarf in leiblich übersichtlicher, wir möchten sagen konkreter Weise hervortreten läßt, während der unbeschränkte freie Welthandel stets eine Tendenz gehabt hat und haben muß, sich auf relativ unbegrenzte Vorstellungen von einem zu befriedigenden Weltbedarf zu stützen. Da nun in Wahrheit auch der Weltmarkt keine unbeschränkte Aufnahmefähigkeit hat, so tritt hier dasjenige wirklich ein, was die Freihändler jetzt triumphirend als Wirkung des Schutzzolls verkündigen möchten: jede irgendwo auftauchende Besserung der Chancen treibt sofort zu schrankenloser Anspannung der Produktion, weil ein Jeder denkt, daß ja der Welthandel das von ihm zu liefernde Plus wohl noch zu verbrauchen vermöge. Welche Quantitäten unter dem Eindruck dieser falschen Vorstellung für einen schlechterdings nicht vorhandenen Bedarf hergestellt worden sind, und wie mächtig der Einfluß dieses Faktors auf Handelskrisen ꝛc. schon gewesen ist, davon werden gar viele Geschäftsleute ein trauriges Liedchen zu singen wissen. Unter der Herrschaft eines rationellen Schutzzolls kann es so weit doch niemals kommen; was der einheimische Markt zu verbrauchen vermag, was bestimmte Auslandsmärkte aufnehmen können, das sind doch immer einigermaßen übersehbare Größen und auch der wildesten Spekulation ist hier sofort eine natürliche Grenze gesteckt, während dieselbe beim Freihandel meist erst durch den allgemeinen Zusammenbruch gezogen wird.

Der schlummernde Unternehmungsgeist in Deutschland.

Aus England wurde kürzlich gemeldet, daß dort allein zur praktischen und industriellen Ausnutzung neuer elektrischer Erfindungen 32 Aktiengesellschaften ins Leben gerufen seien. Eine Berliner Zeitung, welche diese Nachricht brachte, knüpfte daran eine beklommene Betrachtung über den traurigen Unterschied zwischen dieser lebendigen englischen und der todten deutschen Unternehmungsthätigkeit. Allerdings dieser Contrast ist für

uns um so beschämender, als gerade Deutschland auf dem Gebiete der Elektrotechnik bahnbrechende Genies hervorgebracht hat, die es wohl verdient haben, daß ihre Landsleute die praktische Ausnutzung der Erfindungen als eine nationale Ehrenpflicht auffaßten. Leider ist das deutsche Volk von einem derartigen patriotischen und nationalen Ehrgeize noch weit entfernt. Wäre in Paris, in London oder in New-York die erste elektrische Eisenbahn construirt worden, wie solches in Berlin der Fall war, wir sind davon überzeugt, die genannten 3 Städte hätten sich die Ehre und den Vortheil, auch mit der Ausführung im Großen die Ersten zu sein, nimmermehr nehmen lassen. Anders in Deutschland. Unser Volk hat seit 300 Jahren so viel Schande erlebt, es ist so häufig erniedrigt worden und es hat sich selbst so häufig erniedrigt, daß sogar die glänzenden Offenbarungen unseres nationalen Genies der letzten 100 Jahre auf dem Gebiet der Kunst, Wissenschaft und Politik außer Stande waren, den Gesammtgeist mit einem lebhaften nationalen Stolze und Solidaritätsgefühl zu erfüllen. Was Bismark oder Stephan nicht thun und thun können — das bleibt in Deutschland so ziemlich ungethan. Hätte der Dr. W. Siemmens, obwohl eine Zierde unserer Nation, nicht zufällig eigene Geldmittel, unser Volk würde ihm für Vervollkommnung der elektrischen Eisenbahn das nöthige Geld nicht zur Verfügung gestellt haben und wären seine Erfindungen auch noch zehnmal genialer. In Berlin würde der amerikanische Elektriker Edison vielleicht verhungert sein, in New-York hat sich zur geschäftlichen Fruktifizirung seines Genies eine große Aktiengesellschaft gebildet. Als Dr. W. Siemens Berlin mit einer elektrischen Pfeiler-Eisenbahn ausstatten wollte, scheiterte dies eminent gemeinnützige, ja nothwendige Projekt an den jämmerlichsten Widerständen. Für die Ehre, mit einer solchen Culturthat der Erste in Europa zu sein, hatte man in Berlin und Deutschland kein Gefühl. Selbst vom Standpunkte der ordinärsten Nützlichkeit aus ist diese Erscheinung fast unerklärlich, denn es giebt in Berlin heute schon Straßen und Plätze (z. B. den Potsdamer Platz), wo der Wagen-Verkehr die Fußgänger mit der äußersten Lebensgefahr bedroht, so daß

die Siemensche Pfeilerbahn zur Abstellung dieser wahrhaft skandalösen Verhältnisse nicht nur nützlich, sondern geradezu nothwendig erscheint.

Kein Land Europas verfügt in dem Maße wie Deutschland über die für große Unternehmungen erforderlichen Menschen, aber kein Land weiß von diesem höchsten Reichthum einer Nation so geringen und schlechten Gebrauch zu machen. Es scheint so, als bestehe eine stillschweigende Verschwörung des deutschen Bürgerthums zu dem Zwecke, durch systematische Unterlassung des Allernöthigsten den handgreiflichen Beweis zu erbringen, daß es ohne Staatssozialismus oder Sozialdemokratismus doch zuletzt nicht geht. Die Führer der öffentlichen Meinung, namentlich die Presse, sollten diesen Zusammenhang wirklich mehr beleuchten. Wer den Staatssozialismus oder den Sozialdemokratismus wirksam bekämpfen will, muß die bürgerliche Initiative und Thatkraft wachrufen, damit durch letztere nicht nur die öffentlichen Culturbedürfnisse ihre Befriedigung, sondern, was das Wichtigste, auch die vielen beschäftigungslosen und aussichtslosen Kopf- und Handarbeiter Arbeitsstellen finden. Unterbleibt dies, so wird die Zahl Derjenigen, welche ihre Befriedigung vom Staatssozialismus oder Sozialdemokratismus verlangen oder erhoffen, mit Nothwendigkeit immer größer. Doch läge diese politische Gefahr auch nicht vor, so würde schon die moralische Gefahr, welche mit einem Mangel an Beschäftigungs-Gelegenheiten verknüpft ist, groß genug sein, um die Führer der öffentlichen Meinung dringend zu veranlaßen, als beste Vorbeugungsmaßregel gegen die sittliche Verwilderung den Unternehmungsgeist beleben zu helfen. Was uns dabei Alles vorschwebt, ist in den noch viel zu wenig beachteten Brochüren des Gefängnißpredigers Stursberg nachzulesen. In der That, man hat der Moralität unseres Volkes keinen Dienst erwiesen, als man das „Gründen" einfach infamirte, anstatt sich darauf zu beschränken, einzelne Betrüger zu schänden. Die bürgerliche Iniative ist nicht zu entbehren; sie ist aber auf geschäftlichem Gebiete ohne den Reiz großer Gewinne nicht zu haben. Der gegenwärtig todte Unternehmungsgeist in Deutschland beweist dies. Was haben

unsere beschäftigungslosen Kopf- und Handarbeiter davon, daß nicht mehr „gegründet" wird. Sie haben nur Schaden davon. Ja selbst die Moralität hat Schaden davon, wie Stursberg beweist. Nicht einmal die Moralität der Börse hat sich dadurch gehoben, weil sich die Gewinnsucht von dem immerhin Arbeit schaffenden Gebiete des Gründens in das allen gesunden Unternehmungsgeist tödtende Börsenspiel flüchtete und hier einen unkontrolirbaren Schamwinkel fand. Diese Sachlage ist so gemeischädlich und trostlos, daß sie sowohl die Volkswirthe wie die Moralisten dringend zur Beschaffung von Heilmitteln auffordert.

Die Getreideausfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika.

Das Getreide ist für unser gegenwärtiges Zeitalter unstreitig die wichtigste Waare der Volkswirthschaft; jeder Ausfall in seinem gewohnten Absatze oder Angebote ist das Zeichen einer schweren wirthschaftlichen Krankheit. Allerdings ist der Getreidehandel von allen Handelsarten einer der schwierigsten. Wenn man nur den Transport ins Auge faßt, so ist es schon wegen seines Volumens im Vergleich zu seinem Werthe eine sehr ungünstige Waare; soll der Getreidehandel daher prosperiren, so müssen vor allen Dingen die Transportmittel jeder Art in hohem Grade ausgebildet sein. Die großen Preisschwankungen, denen das Getreide ferner ausgesetzt ist, die gar nicht voraus zu berechende Unregelmäßigkeit der Ernten, der Umstand, daß nur wenige Länder eine Getreideausfuhr nöthig haben — alles dies macht den großen, zumal internationalen Getreidehandel in hohem Grade schwierig. So ist es denn gekommen, daß nach längerer Zeit günstigen Fortschreitens im vergangenen Jahre die Getreidelieferungen der Vereinigten Staaten nach Europa plötzlich eine wesentliche Einschränkung erfahren haben. Während bisher die Gewohnheit weniger Jahre genügt hatte, um die großartigen Leistungen der nordamerikanischen Union in Bezug auf die Lieferung

von Brodfrüchten zu einer gewissermaßen selbstverständlichen Voraussetzung bei allen westeuropäischen Staaten zu machen, so mußten im Jahre 1881 die wiederholten Versuche jenseits des Oceans, der europäischen Nachfrage die Preise vorzuschreiben, dahin führen, daß der Bedarf sich wieder nach anderweitigen Bezugsquellen umsah. Und diese Bezugsquellen haben denn auch zur rechten Zeit eingegriffen, um das auf einen beständigen großen Import angewiesene West-Europa für die wesentlich eingeschränkte Leistungsfähigkeit der amerikanischen Union schadlos zu halten.

Die Ausfuhr von Brodfrüchten aus den Vereinigten Staaten ist denn im Jahre 1881 nicht unwesentlich gegen das Vorjahr zurückgeblieben. Es betrug nämlich die Gesammtausfuhr von Brodfrüchten nach den Angaben der amerikanischen Statistik

im Jahre 1880:	293,419,120	Buschels
„ 1881:	224,243,840	„

Das ergiebt für 1881 eine Abnahme von 69,175,281 Buschels oder 23,6%.

Besonders bemerkenswerth ist es, daß gerade die zweite Hälfte des vergangenen Jahres eine bedeutende Abnahme in der Verschiffung aus den atlantischen Häfen gezeigt hat. Der Werth der Ausfuhr aus den vier bedeutendsten atlantischen Häfen New-York, Boston, Philadelphia und Baltimore betrug nämlich in der ersten Hälfte des Jahres 1881 rund 85½ Million Dollars, in der zweiten Hälfte dagegen nur 78.7 Million Dollar; und während sich der Export aus New-York nur um 2 pCt. verringert hat, ist derjenige aus Boston um 19%, aus Philadelphia um 19.5% und aus Baltimnre um 14,5% zurückgegangen. Die Getreideausfuhr der genannten vier Häfen belief sich ferner im Jahre 1880 auf 81,6% der Gesammtausfuhr, 1881 ist sie aber auf 73,3% gesunken, während die Ausfuhr der pacifischen Häfen von 9,3% im Jahre 1880 auf 17,4 im Jahre 1881 gestiegen ist.

Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten an Mehl und Getreide vertheilte sich in den beiden letzten Jahren wie folgt:

	1880.		1881.	
Weizen	143,635,400	Buschels	118,204,000	Buschels
Mais	113,655,230	„	72,474.400	„
Sonstiges Gereide	5,694,300	„	3,344,200	„
Mehl	6,763,160	Barrel	6,715.840	Barrel

Alle diese Ziffern zeigen also im Jahre 1881 eine Abnahme gegen das Vorjahr. Am stärksten ist von allen Getreidearten die Ausfuhr von Mais zurückgegangen, nämlich um 36,2%, während diejenige von Weizen nur um 18% abgenommen hat. Die Mehlausfuhr war in beiden Jahren wenig verschieden, nämlich 1881 nur um 0,7% geringer als im Vorjahr.

---

* Die Sicherheit der Kapitals-Anlage in der Lebens-Versicherung.

Unser Land hat, wie wir wissen, im verflossenen Jahrzehnt eine hochgradige wirthschaftliche Krisis durchgemacht, welche die Ursache tiefgreifender Umwälzungen in den Vermögensverhältnissen ganzer Bevölkerungsklassen gewesen ist. Viele vordem vermögenslose Leute sind in den Jahren 1871—73 zu großem Wohlstand gelangt, andere gut situirte Familien hat eine unvorsichtige Theilnahme an dem Spekulationstreiben jener Jahre an den Bettelstab gebracht. Es ist heute nicht mehr die Zeit, darüber zu klagen, aber man wird doch hin und wieder daran erinnern müssen, wie gefährlich eine Betheiligung an der Agiotage für den Einzelnen sein kann und mit wie großen Schwierigkeiten im Allgemeinen die Auswahl sicherer und gewinnbringender Anlagepapiere verknüpft ist.

Angesichts der großen Werthschwankungen, welchen selbst die bestfundirten Papiere in den Gründerjahren unterworfen gewesen sind, und angesichts der riesigen Verluste, welche manche Börsenwerthe ihren Inhabern verursacht haben, macht es einen erfreulichen Eindruck, daß in einem bedeutenden Geschäftszweige, dem Versicherungswesen, sich nachtheilige Wirkungen der Krisis so gut wie gar nicht bemerkbar gemacht haben. Nament-

lich im Lebens-Versicherungswesen rechnen wir seit Jahren durchaus mit gesunden Verhältnissen und deshalb dürfte sich auch für den kleinen Mann keine Kapitalsanlage mehr empfehlen, als die Entnahme einer Versicherung, welche ihm neben völliger Sicherheit die Gewähr einer nicht geringen Verzinsung und außerdem noch die werthvolle Aussicht giebt, selbst bei frühzeitigem Tode gegen eine vergleichsweise geringfügige Prämienleistung ein im Voraus feststehendes Kapital für seine Angehörigen zu erwerben.

Allerdings ist während dieser Jahre auch das Lebens-Versicherungswesen von bösen Gründungen nicht frei geblieben. Einige neue Gegenseitigkeits-Gesellschaften, von spekulativen Direktoren ohne inneres Bedürfniß ins Leben gerufen, sind bald nach ihrer Gründung wieder in ihr Nichts zurückgekehrt, nicht ohne den vertrauensvollen Klienten große Opfer verursacht zu haben. Im Uebrigen zeigt aber der Stand unserer Lebensversicherungs-Gesellschaften von Jahr zu Jahr steigende Fortschritte und insbesondere haben es die Aktien-Gesellschaften, auch die in den letzten Jahren gegründeten, verstanden, ihr Geschäft mit Erfolg auszudehnen und ihre finanzielle Positition nachhaltig zu stärken. Es spricht jedenfalls für das Aktienprinzip in der Lebens-Versicherung, wenn wir hören, daß in allen den Jahren keine einzige unserer bestehenden Lebensversicherungs-Aktiengesellschaften finanziellen Stockungen ausgesetzt gewesen ist, vielmehr alle ihren Verpflichtungen prompt nachgekommen sind und dabei noch beträchtliche Dividenden an die Versicherten und die Aktionäre vertheilt haben. Daß diese Gesellschaften dabei nicht höhere Prämien erheben, als die Gegenseitigkeits-Gesellschaften dürfte allgemein bekannt sein.

Erfindungsprämien für Arbeiter.

Der Inhaber einer Schiffsbauanstalt in Glasgow hat aus dem Umstande, daß intelligente Arbeiter in Folge ihrer fortgesetzten eingehenden Beschäftigung an einer Maschine oder Vorrichtung öfter Verbesserungen anzu-

geben im Stande waren, Veranlassung genommen, besondere Prämien für Arbeiter auszusetzen, die Verbesserungen von wirklicher Brauchbarkeit in Vorschlag bringen. Die Fabrik von Denny in Dumbarton hat dieses Beispiel nachgeahmt, und sind wie „das deutsche Wollengewerbe" berichtet, im verflossenen Jahr unter den von den Arbeitern eingerichten Verbesserungsvorschlägen nicht weniger als 22 von dem eingesetzten Prüfungskomité zur Prämiirung empfohlen. Einige der hierdurch erzielten Verbesserungen sollen sogar so bedeutend sein, daß einige Maschinen auf das doppelte ihrer Leistungsfähigkeit gebracht wurden, während andere so vervollkommnet wurden, daß sie mit größerer Leichtigkeit und Sicherheit arbeiten. In Folge dieser günstigen Resultate hat der Fabrikinhaber die Belohnung bedeutend erhöht; außerdem ist derselbe in mehreren Fällen den betreffenden Arbeitern behilflich gewesen, ihre Erfindungen patentiren zu lassen, was sonst in England für unbemittelte Arbeiter äußerst schwierig ist.

Der Arbeitsmangel und die Gesetzgebung.

In einer nicht oppositionellen Berliner Zeitung wurde unserer Regierung kürzlich der Vorwurf gemacht, daß sie durch systematische Niederhaltung aller großen Privatunternehmungen den größten Theil der Schuld an der herschenden Arbeitslosigkeit und Vagabundage trage.

Es scheint in Regierungskreisen noch nicht recht zum Bewußtsein gekommen zu sein — hieß es, — daß, wenn man die Privat-Industrie lahm legt, jede private Unternehmung unterbindet und ihr schroff entgegentritt, man alsdann die Verpflichtung hat, für Unternehmungen zu sorgen und Arbeit zu schaffen, damit der Arbeiterstand nicht zu Grunde geht.

Man fordert z. B. jetzt von einem Unternehmer, der eine Eisenbahn bauen will, zunächst Einzahlung des ganzen Baukapitals bei der Reichsbank und man fordert daß die Aktien nur ganz voll begeben werden dürfen und nicht unter Pari.

Auf solche Bedingungen läßt sich das Privatkapital

nicht ein, sondern sucht eine bequemere Verwendung in ausländischen Anleihen. So ist es denn gekommen, daß Deutschland mit seinem Gelde dazu geholfen hat, die Landwirthschaft, die Industrie, den Handel, das Verkehrswesen der Ausländer zu befruchten, während bei uns aller Unternehmungsgeist todt ist, der Arbeitsmangel überhand nimmt, und diejenigen, welche arbeiten, jährlich ca. 200 Millionen Mark ausgeben müssen, um 200,000 Vagabunden zu ernähren, welche betteln gehen, weil es für sie keine Beschäftigung giebt.

Was in dieser Sachlage der Regierung zum Vorwurf gemacht wird, hängt mit dem bekannten Abscheu unseres Eisenbahn-Ministers vor dem „System Straußberg" und dem Giftbaum zusammen. Wir theilen diese moralische Empfindung in vollem Maaße, sind aber gleichwohl der Ansicht, daß sich 45 Millionen Menschen nicht durch sittliche Gesichtspunkte allein beschäftigen und sättigen lassen. Ja wir gehen noch weiter und behaupten, daß der schlimmste Feind der Volkssittlichkeit stets der ist, welcher die Arbeitsgelegenheiten einschränkt und dadurch Müßiggang und Laster hervorruft.

Selbstverständlich ist diese Wahrheit auch in Regierungskreisen bekannt. Hat doch Fürst Bismarck erst wieder vor einigen Tagen, als er die Durchberathung der Canalvorlage energisch verlangte, bewiesen, daß die Regierung den besten Willen hat, jener Wahrheit auch praktische Rechnung zu tragen. Indessen reicht dies alles an die Größe und Dringlichkeit der Aufgabe nicht heran. Sowohl in den Kreisen der Regierung wie der Parlamente ist man unseres Erachtens noch weit entfernt davon, die Anforderungen des Augenblicks zu begreifen. Eine Vagabundenarmee von 200,000 Menschen mit einem Jahresetat von 200 Millionen Mk. eine Auswanderungsarmee von jährlich 250,000 Menschen mit einer jährlichen Kapitalauswanderung von ca. 1 Millarde Mk. — die Ueberfüllung der Gefängnisse — die Zunahme der sittlichen Verwilderung — die steigende Selbstmordfrequenz — die Abnahme der Heirathen — der harte Konkurrenzzwang, namentlich im Handwerk, statt Gesellen fast nur noch Lehrlinge zu beschäftigen — und noch manches andere stellt eine

Erkrankung des sozialen Körpers dar, an welche die eingeleiteten Kurmaßregeln lange noch nicht heranreichen.

Wie sehr die erwähnte Zeitung mit ihrer Bemerkung Recht hat, daß auch die jetzige Regierung noch nicht zum vollen Bewußtsein der Lage gekommen sei, finden wir von anderem abgesehen, schon durch den Umstand bestätigt, daß dem Reichstag das neue Aktien- und Genossenschafts-Gesetz noch immer nicht zugegangen ist, obwohl beide Gesetze mehr als irgend ein anderes Hebelwerke für die so nöthige Belebung des Verkehrs werden können, wenn sie eine praktische Gestaltung erfahren. Beide Unterlassungssünden der Gesetzgebung hängen nach unserer Ueberzeugung auf's innigste mit dem herschenden Arbeitsmangel zusammen.

Eine bisher unbeachtete Seite des neuen Kanalprojekts Ruhr-Ems.

u. Die fortschrittlich-freihändlerische Presse konnte natürlich die Gelegenheit zur Opposition gegen ein Regierungsprojekt nicht vorübergehen lassen, welche sich ihr darbot, als ein bestimmter Kreis von Interessenten das von der Regierung vorgeschlagene erste Glied des zu schaffenden Kanalnetzes, den Ruhr-Ems-Kanal, als wenig geeignet und als eine Verletzung wichtiger Interessentenkreise bezeichnete. Wir lassen unsererseits die Frage ununtersucht, ob das Regierungsprojekt sich als die sachlich zweckmäßigste erste Inangriffnahme des Kanalnetzes darstellt, sind übrigens überzeugt, daß die Regierung in der Lage sein wird, für die von ihr getroffene Wahl die gewichtigsten Gründe geltend zu machen. Aber einen Punkt möchten wir hier zur Sprache bringen, der zwar, wie wir unbedingt zugestehen, für sich allein nicht ausschlaggebend bei einer so bedeutenden, so sehr die Gesammtheit unserer wirthschaftlichen Verhältnisse angehenden Sache sein kann, der jedoch unseres Erachtens immerhin eine gewisse Berücksichtigung verdient und von dem wir es ganz gerechtfertigt finden würden, wenn derselbe auch auf die Entschließungen

der Regierung nicht ganz ohne Einfluß gewesen wäre. Die ostfriesischen Städte sind von Alters her Seestädte gewesen und mit ihrer ganzen Existenz auf den Seeverkehr angewiesen. Nicht nur Emden und Leer, selbst das tief landeinwärts liegende Papenburg ist ganz und gar von den Interessen abhängig, welche sich an die Seeschiffahrt knüpfen. Nun sind aber alle diese Plätze seit lange im bedauerlichsten Rückgange, oder vermögen doch im günstigsten Falle nur mit Noth sich ihren bescheidenen Antheil an der Verkehrs-Entwicklung zu retten. Das liegt nicht in mangelndem Geschäftssinn der Bewohner (da im Gegentheil gerade in letzter Zeit große Anstrengungen zur Gewinnung neuer Thätigkeitsgebiete gemacht hat), oder in dem Mangel natürlicher Vortheile, sondern diese Plätze fallen einfach der sich vollziehenden Konzentration in den Großstädten bezw. in den Weltstädten Hamburg und Bremen zum Opfer. So wenig es nun wahr ist, daß diese Konzentration unter allen Umständen als ein Segen angesehen werden muß, so wenig ist es wahr, daß sich gegen dieselbe nichts thun, daß sich, nach manchesterlichem Jargon, gegen wirthschaftliche Gesetze nicht mit künstlichen Mitteln ankämpfen lasse." O ja, es läßt sich ankämpfen. Bekommen diese Ems-Häfen die Vorhand für den Export deutscher Kohlen, so mag es wohl sein, daß dem deutschen Reiche einige blühende Klein- und Mittelstädte erhalten bleiben, ohne daß deßhalb Hamburg und Bremen in ihrer Bedeutung Noth zu leiden brauchen. Warum soll das ein Schaden sein? Wo Handelsstädte gedeihen, da gedeiht ein ganzes Land mit, da können ganze Industriezweige neu aufblühen, da werden Kulturmittelpunkte geschaffen oder erhalten, da wird die Zahl der Organe vermehrt und vermannigfaltigt, mit denen ein Land am Weltverkehr theilnimmt. Dem Manchesterthum ist dies freilich sehr einerlei; wenn nur der Große überall Raum bekommt, den Kleinern aufzufressen, was man „ungehämmte Entwicklung" nennt, so ist er zufrieden. Die jetzige Wirthschaftspolitik des deutschen Reiches aber kann sich hiermit nicht zufrieden geben.

Auch Ostfriesland ist ein deutsches Land, auch Emden und Leer sind deutsche Häfen und Niemand kann leugnen,

daß sie für das Kohlengeschäft sogar eine ganz ausgezeichnete natürliche Lage haben. Warum ihnen diese Chance nicht gönnen?

Zur Pflege der Flachs- und Hanfkultur in Deutschland.

Im Lesezimmer des Herrenhauses liegt eine Ansprache der Flachsbau-Akademie Berlin aus, in welcher die Landwirthe auf die Einführung des modernen Flachsbaubetriebes, sowie auf die hohe Rentabilität des bisher im Allgemeinen, namentlich im nordöstlichen Deutschland, zu wenig gewürdigten Hanfbaues aufmerksam gemacht werden.

Beide Gespinnstpflanzen weisen bekanntlich in Deutschland eine wesentliche Unterproduction auf — der Import allein von Rußland beziffert sich bei jeder einzelnen Gattung jährlich auf 1,200,000 Pud — und erscheint daher deren angemessene Cultivirung bei uns wirthschaftlich geboten.

Auffällig sind die entgegengesetzten Gesichtspunkte, von welchen bei der einen und anderen dieser Culurpflanzen ausgegangen wird. Während nämlich beim Flachsbau die eigene produktionelle Zubereitung ohne Anwendung von Maschinen als Grundlage hingestellt ist, wird beim Hanfbau die fabrikmäßige Bearbeitung des Rohmaterials als fördernder Faktor bezeichnet. Die anscheinenden Widersprüche erhalten indeß ihre Motivirung dadurch, daß die Flachsbereitung an sich große wirthschaftliche Vortheile in sich birgt, die der Landwirthschaft erhalten bleiben müssen, außerdem aber auch eine angemessene Ertragsfähigkeit vom Flachsbau nur durch einen rationellen Handbetrieb erreicht werden kann, während bei der Hanfproduction die viel schwierigere und kostspieligere Bereitung des Rohmaterials als der wesentliche Hemmschuh dieser Cultur gilt, gegen welchen es nur ein Mittel giebt, nämlich die Anlage von rationell eingerichteten Hanfbearbeitungs-Anstalten.

Wenn es nun wahr ist, was jene Ansprache behauptet,

daß die Hanferträge im Allgemeinen sicherer sind, als diejenigen des Flachses, diese letzteren aber unter Umständen noch um das Doppelte, ja sogar um das Dreifache übersteigen können, so dürfte die Uebernahme der technischen Einrichtungen derartiger Hanffabriken bei der Landwirthschaft in den betheiligten Kreisen Sympathie erregen und der Hanfbau bei uns eine Zukunft haben.

Die Flachsbau-Akademie in Berlin, von dem bekannten Herrn Direktor Sonntag geleitet, hat nämlich ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, die technische Einrichtung derartiger Hanffabriken bei der Landwirthschaft, eventuell auch die ganzen Anlagen für eigene Rechnung übernehmen zu wollen. Hierbei ist zu bemerken, daß schon eine jährliche Anbaufläche von 300 Morgen zur Errichtung einer Fabrik als ausreichend zu erachten ist und hoffen wir deshalb, daß das Erbieten der Flachsbau-Akademie bei unserer Landwirthschaft auf fruchtbaren Boden fallen wird.

Deutsche
Volkswirthschaftliche Monatshefte.

Herausgegeben

von

Paul Freiherrn von Roëll.

VII. Jahrgang.

Heft 5. — Mai.

Berlin, 1882.

Druck und Verlag von F. A. Günther & Sohn.

Inhalts-Verzeichniss.

I. Zur Exportfrage.

II. Handelspolitische Aufsätze.

III. See-Verkehr und Schifffahrt.

IV. Sozialpolitisches

V. Special-Industrie.

VI. Statistik.

VII. Zum Tabaksmonopol.

VIII. Zeitreflexe.

Bochumer Verein

für

Bergbau u. Gussstahlfabrikation

in

Bochum in Westphalen

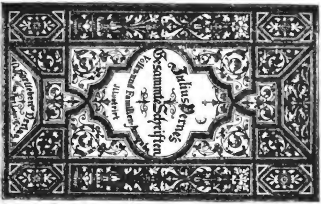
liefert sämmtliche **Gussstahlfabrikate** für den Eisenbahnbedarf, Maschinenbau und Artilleriebedarf.

Specialität bildet der vom Bochumer Vereine erfundene **Gussstahlfaçonguss**, als Gussstahl-Scheibenräder, Gussstahl-Herzstücke, Gussstahl-Cylinder für Oel- und Schmiedepressen, Gussstahlglocken.

Erscheint in 100 illustr. Lieferungen

à 25 kr. ö. W. = 50 Pf.

Vorräthig bei allen Buchhandlungen.



Ludw. Loewe & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 32. Werkzeugmaschinen-Bau nach Amerikanischem System. Massenfabrikation von Waffen, Waffentheilen und Munition. Fabrikation unexplodirbarer Dampfkessel.

Die Kühnheit des französischen Unternehmungsgeistes

manifestirt sich neuerdings wieder auf verschiedenen Punkten in großartiger Weise. Nachfolgend eine Mittheilung über ein **neues großes Kanalprojekt**, welches in Frankreich gegenwärtig betrieben wird.

Der Kanal du Midi oder Kanal von Languedoc, welcher die Garonne von Troulouse ab mit dem Golf du Lion und so das Mittelmeer mit dem Atlantischen Ocean verbindet, soll erweitert und verlängert, für die größten modernen See- und Kriegsschiffe fahrbar gemacht werden. Es ist dabei nicht ausschließlich auf den Vortheil gerechnet, welcher der Schiffahrt durch Abkürzung des Weges und die Vermeidung der Umschiffung Spaniens erwächst, sondern zugleich auf die Benutzung der Wasserkraft, sowie auf die Speisung von Bewässerungen und Herstellung künstlicher Ueberschwemmungen der Weinberge. Das Unterwasserstehen eines Hektars Rebenland während des Winters soll 100 Frcs. kosten, während der Ertrag derselben Fläche auf 3000 Frcs. geschätzt wird; die Ueberschwemmung des Weinlandes soll nämlich die Vertilgung der Reblaus zur Folge haben und gründet sich darauf die Speculation bei diesem Projecte. Die Einnahmen, welche die Anwohner der neuen Wasserstraße in Gestalt von Gebühren für die verschiedenen Arten der Benutzung des Wassers herbeischaffen sollen, werden auf $^2/_5$ der Gesammteinnahme berechnet. Die Bruttoeinnahme aus der ges. Kanalanlage werden auf 65 Millionen Frcs. jährlich veranschlagt, und $^3/_5$ davon soll aus den Abgaben der den Kanal passirenden Fahrzeuge erhoben werden. Die Mehrzahl würden natürlich

englische Schiffe, die nach den franzöſ. u. nordital. Küſten des Golf du Lion und Golf von Ligurien, ſowie in das thyrrheniſche Meer, Marſeille, Genua, Livorno, Neapel ꝛc., ſowie nach Malta, Sicilien und dem öſtl. Mittelmeer oder durch den Suezkanal weiter nach Aſien gehen, bilden; nur die Fahrt nach Marocco und Algier, ſowie nach dem ſüdlichen Spanien und Gibraltar würde von England aus auf dem bisherigen Seewege erfolgen. Der Kanal müßte 450 Kilometer Länge erhalten, die Tiefe ſoll 8,5 Meter, die Breite im Waſſerſpiegel 55 Meter werden. Die Geſammtkoſten würden ſich auf die ungeheure Summe von 1500 Millionen Frcs. belaufen. Die Kanalgebühren ſollen auf 5 Frcs. pro Tonne feſtgeſetzt werden; der Zahl der zu paſſirenden Schleuſen würde 61 betragen, was einen ziemlichen Zeitverluſt herbeiführen muß. Ein Hauptſchwierigkeit liegt in der zu überwindenden Terrainhöhe von 152 Metern, wodurch die vielen Schleuſen nöthig werden.

Sehr bedenklich iſt ferner die Abdämmung tiefer Thäler durch Dämme, welche den ganzen ungeheueren Waſſerdruck tragen ſollen und eine außergewöhnliche Stärke und Feſtigkeit beſitzen müſſen. Die Stadt Toulouſe würde, obwohl mitten im Binnenlande gelegen, zu einer Art künſtlicher Seehafen werden. Was für ein gewaltiger Schaden aber entſtehen würde, wenn einer der Dämme weicht und 30—50 Millionen Kubikmeter Waſſer ſich lawinenartig in das nächſte Tiefland ergießen, iſt leicht zu ermeſſen.

Dem Kanal würde ſchließlich eine gewiſſe militäriſche Bedeutung nicht abzuſprechen ſein, indem er die Vereinigung des franzöſiſchen Oceans mit der Mittelmeerflotte erleichtert und von Gibraltar und Spanien unabhängig macht. —

Die Finanzzölle und die Schutzzölle im Jahre 1881.

Noch vor Kurzem galt es in Deutschland für die höchste Weisheit, das Finanzzollsystem auf der Besteuerung einiger weniger hervorragender Genußmittel aufzubauen. Seitdem es Gladstone in England gelungen war, den Thee-, Kaffee-, Tabaks- und Branntweinkonsum für den Staat zur Quelle scheinbar unerschöpflicher Einnahmen zu machen, glaubte Jedermann, wir hätten auch in Deutschland nichts weiter nöthig, als diese allerdings hervorragenden Consumartikel mit möglichst hohen Eingangszöllen zu belegen, um im Handumdrehen aus allen finanziellen Nöthen herauszukommen. Es ist bekannt, daß auch der Herr Reichskanzler dieser Theorie einst huldigte, später aber dem scheinbar so einfachen und natürlichen Systeme den Rücken wandte, vielleicht weil er einsah, daß hier, wie in so vielen Fällen, die behauptete Analogie zwischen deutschen und englischen Verhältnissen thatsächlich nicht besteht.

Wenn England seinen Bedarf an indirekten Steuern durch hohe Eingangszölle auf wenige ertragreiche Artikel deckt, so kommt ihm dabei der große Wohlstand seiner Bevölkerung und außerdem auch seine insulare Lage ganz wesentlich zu Hilfe. Daß wir bei uns aus dem Kaffee, Thee, Branntwein und Tabak auch nur annähernd so hohe Erträge, wie England, erzielen könnten, ist ganz undenkbar. Man würde in Deutschland bei wesentlicher Steigerung der bestehenden Zollsätze einfach zu Surrogaten für die übermäßig vertheuerten Genußmittel greifen und daneben würde das Schmuggelwesen, begünstigt durch unsere weitgestreckten, schwer zu bewachenden Grenzen, eine ungemessene Ausdehnung erlangen, welche den ganzen Effekt einer solchen Finanzpolitik hintertreiben müßte. In England ist gerade letzteres wegen der Concentration des Verkehrs auf wenige Hafenplätze viel weniger zu befürchten und hiermit erst die Möglichkeit gegeben, mit verhältnißmäßig geringen Aufsichtskosten ein ertragreiches Finanzzollsystem durchzuführen. Bei uns würde nicht nur die Steigerung der Erträge selbst sehr zweifelhaft sein, sondern wir

würden auch für die Bewachung der Einfuhr von vier oder fünf Artikeln ein ungeheures Beamtenheer unterhalten müssen.

Das gegenwärtige Zollsystem, welches darauf basirt, möglichst viele Artikel in mäßigem Umfange zu belasten, hierdurch dem Schmuggel entgegentritt und die weitgehendste Ausnutzung des einmal nothwendigen Aufsichtspersonals gestattet, hat sich seit seinem Bestehen sehr gut bewährt und namentlich ist die seit einigen Jahre eingeschlagene Schutzzollpolitik auch für die Finanzen des Reichs von bedeutenden Erfolgen begleitet gewesen. Dies ergiebt sich aus nachstehenden Ziffern, welche wir der jüngsten Publikation des statistischen Amtes entnehmen. Darnach haben die hauptsächlichsten Artikel im Jahre 1881 folgende Erträge geliefert:

A. Finanzzölle.	1000 M.	B. Schutzzölle.	1000 M.
Kaffee	41,810.	Baumwollwaren .	6,061.
Petroleum . . .	21,895.	Wollenwaaren .	5,125.
Tabak	19,358.	Eisenwaaren . .	4,389.
Wein	10,746.	Seidenwaaren .	2,698.
Korinth., Rosinen	3,652.	Leinenwaaren .	2,590.
Salz	3,584.	Lederwaaren . .	1,726.
Reis	3,117.	Drog., Apoth.-W.	1,614.
Heringe . . .	2,564.	Maschinen-Instr.	1,416.
Südfrüchte . .	2,232.	Getreide . . .	17,115.
Gewürze . . .	2,217.	Vieh	4,440.
Thee	1,463.	Holz	4,230.
Zucker	1,155.	Fleisch	2,271.
		Oele	7,747.

Einige der Artikel, welche wir unter der Rubrik „Finanzzölle“ aufgeführt haben, könnten mit mehr Recht unter die Schutzzölle gerechnet werden, indeß ergiebt sich auch bei obiger Rechnung, daß die landwirthschaftlichen Schutzzölle etwa 40, die industriellen 31 und die Finanzzölle 120 Mill. M. einbringen. Wenn Deutschland seine Schutzzölle beseitigte, würden die Reichsfinanzen somit einen Ausfall von mehr als 70 Mill. M. haben, ohne daß die Kosten der Zollverwaltung dabei eine wesentliche Einschränkung erfahren könnten. Es leuchtet hiernach ein,

daß an ein Aufgeben der Schutzzölle für jetzt und die nächste Zeit gar nicht zu denken ist, selbst wenn ein Anderer als der Fürst Reichskanzler die Leitung der Politik des Landes übernehmen sollte.

Der Schutzzoll und die Arbeiterfrage.

In der sogenannten „Freihandelsbewegung" Nord-Amerikas tritt die „Arbeiterfrage" so lehrreich hervor, daß unsere Freihändler am 6. Mai d. J. wohl daran gethan haben würden, auf ihrem Parteitag davon Notiz zu nehmen.

Bei der Debatte, welche sich in dem Congreß der Vereinigten Staaten bei Gelegenheit der Ernennung der Tarifcommission erhob, wurde ein Reformvorschlag von einem Mr. Hewitt gemacht, der in der Hauptsache auf folgende Zwecke gerichtet war. Hewitt will, daß ohne alle weiteren Untersuchungen und Verhandlungen alle Zölle auf Rohmaterialien abgeschafft werden sollen, und daß die Zölle für Fabrikate auf den Betrag reducirt werden sollen, der erforderlich ist, um den Unterschied des Preises der Arbeit in Amerika und Europa zu compensiren. Nach den von ihm angestellten Erhebungen würden bei der Baumwolleninduſtrie 25—30, bei der Wollen-Industrie 30—35, bei der Eisen- und Stahl-Industrie 35—50, bei der Seidenindustrie 40 pCt. genügen. Also Zölle von 25—50 pCt. ad valorem sind die Vorschläge der amerikanischen Freihändler; der Antragsteller hält dieselben für so bedeutungsvoll, daß er daran folgende Bemerkungen knüpft: „Der Stand der Industrie in den Vereinigten Staaten entspricht nicht nur dem Bedarfe des eigenen Landes, sondern er überschreitet denselben und wenn die Amerikaner, durch die Aufrechterhaltung ihres protectionistischen Tarifes fortfahren, ihren Export zu ertödten, so muß eine Plethora der Arbeit und ein Rückgang der Löhne eintreten." „Jetzt gerade, sagt Mr. Hewitt, „sind die Löhne in einigen Industriezweigen herabgesetzt und dieser fallenden Tendenz in den Löhnen sind die vielen Strikes zuzuschreibe,

über welche jetzt berichtet wird. Aus dem jetzigen Zolltarife ist eine Arbeitercalamität hervorgegangen und die Arbeiter müssen natürlich beginnen, die Weisheit zu bezweifeln, welche alle Dinge, nur nicht ihre Arbeit schützt."

In Deutschland hat man die Weisheit freihändlerischer Tarife bekanntlich längst bezweifelt, und zwar auch unter den sozialen Gesichtspunkten der Arbeiterfrage. Ja, gerade dieser Gesichtspunkt hat den deutschen Freihandel in Mißkredit und schließlich auch gesetzgeberisch zu Falle gebracht. Den Fabrikanten zu Liebe würde keine öffentliche Meinungsströmung und keine Reichstags-Majorität zu Stande gekommen sein. Denn nicht nur der freihändlerische Minister erklärte sich außer Stande, den ruinirten Industriellen eine Thräne nachzuweinen; auf diesem Boden der Auffassung und Empfindung stand früher die ganze öffentliche Meinung. Erst die soziale Betrachtungsweise hat Wandel geschaffen und nur unter den sozialen Gesichtspunkten ist der Schutzzoll auch fernerhin vor Angriffen zu retten. Das beweist uns neuerdings der merkwürdige „Freihändler" Hewitt, der zwar höchst kindlich einen Werthzoll von 25—50 pCt. noch einen freihändlerischen nennt, aber mit seinen sozialen Erwägungen durchaus ins Schwarze trifft.

Eine neue Aera für den Reis als Nahrungsmittel.

Der Reis ist eines der leicht verdaulichsten Nahrungsmittel, das von allen Vegetabilien dem Körper den wenigsten Ballast aufbürdet; er enthält weit weniger Wasser als Kartoffeln, die zu drei Vierteln aus Wasser bestehen, zu einem Viertel aus Stärkemehl. Es geben aber 100 Pfd. Reis ebensoviel Stärke, wie 115 Pfd. Waizen, woraus der hohe Nährwerth des Reis ersichtlich ist. Der Preis des eßbaren Reis ist in Bremen, dem Hauptimporthafen für Reis, seit zehn Jahren auf zwei Drittel seines alten Satzes gefallen; man rechnet, daß nach den Großhandelspreisen guter Tischreis gegenwärtig überall in Deutschland zu 15 bis höchstens 20 Pfennigen das Pfund zu haben sein muß.

Die noch weiter zu erwartende Preisverminderung des Reis rührt daher, daß in den Reismühlen aus der Silberhaut, die unter der Hülse steckt und dort abgeschält wird, wenn man den Reis zum Verzehren herstellt, jetzt ein Futtermehl für Vieh und Geflügel bereitet wird, das immer mehr Anklang findet. Durch Verwerthung dieser Abfallprodukte, sowie durch die Verwerthung des Bruchreis zu Stärkereis wird bei deren steigendem Absatz so viel gewonnen, daß der enthülste Eßreis jetzt sogar als nebensächlich in merkantilischer Hinsicht betrachtet wird. Daher die Preisermäßigung des eßbaren Reis.

Die Bereitungsweise des Reis, welche für die Ernährung die vortheilhafteste und zuträglichste ist, besteht darin, daß der Reis gleich den Kartoffeln, Fleisch 2c. mit Salz aufgesetzt und trocken im Wasserdampfe auf dem Dampfsieb gedämpft, nicht in kochendem Wasser in offenem oder nur lose verschlossenem Topfe, sondern im Papin'schen Dampftopfe unter großer Zeit- und Feuerungsersparniß gargemacht wird.

Die Gefahrenklassen in der Unfallversicherung.

Dem kürzlich an den Reichstag gelangten Unfallversicherungs-Gesetzentwurf ist eine Denkschrift beigegeben worden, die eine Zusammenstellung der Gefahrenklassen enthält, in welche die einzelnen Industrien einzurangiren sein werden. Je nachdem eine Industrie in eine gefährliche oder minder gefährliche Klasse eingereiht wird, muß ihre Prämienleistung sich höher oder geringer bemessen und deshalb gehört diese Abgrenzung der Gefahrenklassen zu den für die einzelnen Industrien wichtigsten Punkten der ganzen Vorlage. Um so bedauerlicher ist es deßhalb, daß für die Zusammenstellung der Gefahrenklassen nur ein wenig zulängliches statistisches Material zur Verfügung gestanden hat. Die Regierung mußte die vorjährigen statistischen Aufnahmen gerade in den wichtigsten Punkten durch eine für die Eisenbahnbediensteten früher aufgenommene Invaliditätsstatistik, sowie nach den statistischen Erfahrungen der Unfallver-

sicherungs-Genossenschaft zu Leipzig ergänzen, ohne natürlich auch hierdurch sichere Resultate zu erreichen. Indessen das läßt sich eben nicht ändern und es muß den späteren Erfahrungen, nachdem das Gesetz einmal in Funktion getreten ist, vorbehalten bleiben, endgiltig zu entscheiden, welchen Gefahrenklassen die einzelnen Industrien zuzurechnen sind.

Es wird nun für unsere Leser sicherlich von großem Interesse sein, die Umgrenzung der einzelnen Gefahrenklassen kennen zu lernen. Wir wollen zu diesem Zweck zunächst die einzelnen Klassen ihrer Gefährlichkeit nach aufführen und dann mittheilen unter welche die wichtigsten für unsere Zwecke in Betracht kommenden Industriezweige rangiren. Das Gefahrenverhältniß der einzelnen Industrien ist in der Weise auf eine Ziffer reducirt worden, daß man die durch Unfall hervorgerufenen Todesfälle mit den Fällen dauernder Erwerbsunfähigkeit und vorübergehender Erwerbsunfähigkeit, soweit letztere noch unter das Unfallsgesetz fallen, combinirt hat. Die größeren Anforderungen, welche ein Fall dauernder Invalidität im Vergleich zu einem Todesfall an die Kasse stellt, sind dabei mit thunlichster Sorgfalt berücksichtigt worden. Hiernach waren nun zehn Unfallsklassen zu unterscheiden, für welche sich folgende Gefahrenziffern ergeben.

		Verhältnißzahl der Belastungswerthe auf 10,000 Personen	Gefahren-Verhältnißzahl
Klasse	I.	1156	100
"	II.	769	66
"	III.	648	56
"	IV.	635	55
"	V.	553	48
"	VI.	464	40
"	VII.	373	32
"	VIII.	256	22
"	IX.	184	16
"	X.	129	11

Wenn also die Gefährlichkeit der ersten Klasse gleich 100 angenommen wird, so ist die Gefährlichkeit der zweiten = 66, die der sechsten = 40, der zehnten = 11.

In die erste Klasse sind nun eingereiht worden: Holzzurichtung und Konservirung (Sägemühlen, Imprägnir-Anstalten); Bauklempnerei, Dachdeckerei und Blitzableiter-Verfertiger; Betriebsstätten für Explosivstoffe und Zündwaaren.

Im Uebrigen rangiren von den wichtigeren Industrien:

1. Die Eisenindustie:
   a. Hochöfen und Stahlhütten, Eisen-, Stahl-, Frisch- und Streckwercke Klasse V.
   b. Erzbergwerke, Maschinen- und Wagenbau; Fabrikation von Werkzeugen, Apparaten und Schußwaffen . . . . Klasse VII.
   c. Eisengießereien und Eisenemaillirwerke; Schwarz- und Weißblechfabrikation; Betriebsstätten der Kleineisenindustrie, Schlossereien, Drahtseilfabriken 2c. . . . . . . Klasse VIII.
2. Die Kohlenindustrie . . . . Klasse II.
3. Die Textilindustrie:
   a. Streichgarn- und Bigogne-Spinnereien und Webereien; Kammgarn-Spinnereien, Mungo- und Shoddy-Fabriken . . . . . . Klasse VI.
   b. Alle übrigen Zweige der Textil-Industrie . . . . Klasse IX.
4. Die Chemische Großindustie . Klasse VII.
5. Die Papierindustrie. . . . . Klasse V.
6. Zuckerfabriken und Brauereien Klasse IV.
7. Die Thonwaarenindustrie sowie feine Steinwaaren . . . . . Klasse VIII.
8. Die Lederindustrie, Gerbereien 2c. Klasse IX.

Die Existenz des Reichs und das Tabaksmonopol.

Während der ganzen staatsmännischen Laufbahn des Reichskanzlers ereignet es sich bei Gelegenheit des Tabaksmonopols zum ersten Male, daß er für einen großen Lieblingsplan nicht einmal in der ihm politisch am nächsten stehenden Partei eigentliche Begeisterung zu erwecken vermag. Was ihn begeistert, nämlich die Befestigung des Reichs, tritt aus Klugheitsgründen in der amtlichen Begründung und Vertheidigung des Gesetzentwurfs ganz zurück; was dort aber im Vordergrunde steht, ist nicht im Stande, Begeisterung zu erwecken.

„Einige meiner Freunde — sagte Herr v. Minnigerode — sind Gegner des Monopols, andere sind Anhänger und eine dritte Richtung, der auch ich angehöre, steht prinzipiell dem Monopol nicht feindlich gegenüber, hat aber gegen seine Einführung unter den jetzigen Verhältnissen Bedenken..... Es hat große Bedenken, eine ganz bedeutende Anzahl von Personen aus ihrem bisherigen Berufe herauszustoßen und ihnen zu sagen: sucht Euch eine neue Existenz..... Wenn die Existenz des Reiches die Einführung des Monopols erheischte, so würde ich es nicht ablehnen, zur Zeit aber und unter den bestehenden Verhältnissen trage ich Bedenken, ihm zuzustimmen."

Auf demselben Standpunkt der gewissenhaften Ablehnung steht der frühere Finanzminister Hobrecht, den man ebenfalls nicht in dem Verdacht nationaler Gleichgültigkeit oder systematischer Widersacherei haben kann.

„Wenn bei uns — sagte er unter dem lebhaften Beifall der Linken — das Monopol eingeführt würde, so stünde dem Gewinn, den den Staat erwartet, ein großer Schaden gegenüber. Die Gelegenheit zum redlichen Erwerb und guter, lohnender Arbeit wird dadurch in Deutschland vermindert. Das ist ein Schaden, den irgend eine Verminderung der direkten Steuern nicht wieder gut machen kann."

Der Unterstaatssekretär v. Mayr war außer Stande, die durch Minnigerode und Hobrecht ausgesprochen Bedenken auch nur im Allergeringsten zu entkräften. Im

Gegentheil, es passirte ihm sogar das Mißgeschick, ein Argument für das Monopol ins Feld zu führen, welches ganz handgreiflich dagegen spricht.

„Man geht von der falschen Voraussetzung aus — sagte er — als ob die Gesammtheit der im Erwerbe Stehenden unerschütterlich feststände. Der Ueberschuß von ½ Million jährlich Neugeborenen gegenüber den Gestorbenen befindet sich in derselbe Lage, wie die durch das Monopol beschäftigungslos werdenden Personen."

Ja gerade, weil auch ohne das Tabakmonopol schon ein ganz schrecklicher Mangel an Erwerbsgelegenheiten in Deutschland herrscht, eben deßhalb tragen die Herren Minnigerode, Hobrecht und andere Vaterlandsfreunde Bedenken, diesen Mangel noch zu vergrößern. Auch ist es irrig, anzunehmen, daß man dabei von der Voraussetzung ausgeht, als ob die Gesammtheit der im Erwerbe Stehenden unerschütterlich feststände. Leider kann in Deutschland von dieser Voraussetzung kein Mensch ausgehen. Thatsächlich geht man von der entgegengesetzten Behauptung aus, und sieht mit Grauen eine Maßregel herankommen, welche unser tief erschüttertes Erwerbsleben noch ärger erschüttern müßte, wenn mit derselben nicht gleichzeitig andere Maßregeln zur Vermehrung der Beschäftigungsgelegenheiten und Nahrungsquellen ins Leben treten. Leider zeigen sich die ministeriellen Collegen des Herrn Reichskanzlers durchgängig wenig zu solchen Ersatzmaßregeln bereit. Selbst diejenigen Herren Minister, welche noch am Meisten einem solchen Systeme activer Landesväterlichkeit zuneigen, sind weit davon entfernt, den Bedürfnissen der Lage zu entsprechen. Andere Minister handeln direkt im Gegensatz zu den sozialen Bedürfnissen. So geht man Seitens des Domänenfiskus augenblicklich mit der Veräußerung großer Waldflächen in Schlesien vor. Es handelt sich zunächst um ein Areal von 25 Quadratmeilen, welches vor und nach verkauft werden soll. Friedrich der Große würde daraus 10,000 Wirthschaften für eine Bevölkerung von 100,000 Seelen geschaffen haben. Anstatt dessen lassen wir unsere Bevölkerung zu Hunderttausenden übers Meer ziehen und ebensoviel alljährlich im Mangel an Erwerbsgelegenheiten verderben, trotz des Umschwungs,

welcher in leitenden Kreisen zu Gunsten der friedericianischen Staatskunst feierlich verkündigt wurde.

Wollte man diesen Umschwung in ein großes System für Vermehrung der Beschäftigungsgelegenheiten und Nahrungsquellen bringen, so würden die volkswirthschaftlichen und socialen Bedenken gegen den Lieblingswunsch des Reichskanzlers, soweit sie Grund haben, schwinden und die Rücksichten auf die festere Existenz des Reichs für die Maßregel bei zahlreichen Patrioten eine wirkliche Begeisterung hervorrufen.

Ketten- und Seilschifffahrt.

Herr Professor Schlichting (Berlin) hat über dieses, angesichts der neueren Bestrebungen für Förderung der Binnenschifffahrt sehr zeitgemäße Thema, in der General-Versammlung des „Centralvereins für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt" am 27. April einen instruktiven Vertrag gehalten, der für die nächste Ausschußsitzung des Vereins, welche diesen Mittwoch Abend 7 Uhr im Reichstagsgebäude stattfindet, zur Debatte gestellt worden ist. Prof. Schlichting faßt die Vortheile und Nachtheile beider Transportmittel wie folgt zusammen. Der Kettentauer ist dem Seiltauer vorzuziehen wegen des geringeren Tiefganges, des einfacheren Windapparates, der geringeren Zahl Maschinentheile, sowie wegen der geringeren Anlage- und Unterhaltungskosten. Der Seiltauer verdient dagegen den Vorzug wegen der größeren Steuerfähigkeit. Die Kette selbst ist dem Tau vorzuziehen wegen der leichter und schneller ausführbaren Verlängerung, Verkürzung und Wiederverbindung bei Brüchen, wegen der daraus resultirenden geringeren Betriebsstörung, der größeren Sicherheit gegen böswillige Zerstörung und wegen der längeren Dauer, während das Seil vor der Kette den Vorzug verdient wegen des geringeren Gewichts, der günstigeren Form der geringeren Versandung, der constanteren Lage in der Fahrrinne und wegen des geringeren Preises.

Ein absolutes Uebergewicht des einen über das andere

Tauereisystem läßt sich aus Allem, was über die Betriebsresultate bekannt geworden ist, nicht ableiten. Dazu bedürfte es der genauen Kenntniß aller Interna der bestehenden Unternehmungen. Für uns sind die Resultate in Deutschland von besonderem Interesse, und diese ergeben allerdings für die Seilschifffahrt, mit Ausschluß der Rheinstrecke Bingen—Oberkassel, nur Mißerfolge, von denen indessen diejenigen am Rhein nur zum Theil dem System, zum Theil aber auch, wie dem Vortragenden aus eigener Erfahrung bekannt geworden ist, der Konkurrenz der sonstigen Schifffahrt, namentlich der Schleppschifffahrt mit Schraubendampfern, zur Last zu legen sind.

Dagegen hat die Kettenschiffahrt in Deutschland besonders auf der Elbe bedeutende Erfolge erzielt, wie schon die in den letzten Jahren gezahlten Dividenden (1881 = 8½ pCt.) beweisen. Bei der beschränkten Fahrtiefe der meisten deutschen Wasserstraßen wird die Kettenschiffahrt auf diesen voraussichtlich auch für die Nächstzeit wenigstens so lange das Uebergewicht behaupten, als der Kettentauer den Seiltauer in Bezug auf geringen Tiefgang übertrifft. Aber auch bei gleichem Tiefgang beider Taue wird die Kettenschiffahrt Bestand behalten, weil sie trotz mancher Nachtheile für den Betrieb wesentliche Vortheile bietet. Ob im speziellen Falle Ketten- oder Seilschiffahrt zweckmäßiger und bezüglich der Rentabilität günstiger ist, hängt von den speziellen Verhältnissen der Wasserstraße ab. Sowohl die Ketten-, als die Seilschiffahrt werden noch manche Verbesserungen einzuführen, noch manche Entwickelungsstadien zu durchlaufen haben.

Uebrigens scheint die Kettenschiffahrt gegenwärtig noch in größerer Ausdehnung betrieben zu werden, als die Seilschiffahrt. Nach ungefähren Ermittelungen ist die Kettenschiffahrt im Betriebe in Deutschland auf Elbe, Saale, Brahe und dem Neckar auf 777 km. Länge, in Oesterreich auf Elbe und Donau auf 199 km. Länge, in Frankreich auf Seine und Yonne auf 441 km. Länge, außerdem noch auf einzelnen kurzen Kanalstrecken, und in Rußland auf der Wolga und dem Shekßner auf 375 + 167 = 542 km. Länge. Die Seilschiffahrt aber ist

im Betriebe in Deutschland auf dem Rhein von Bingen bis Obercassel auf 120 km. Länge, in Oesterreich auf dem Donaukanal auf 17,55 km. Länge, in Belgien auf der Maaß, dem Charleroi- und Terneuzen-Kanal, deren Längen nicht angegeben werden können, in Rußland auf der Newa von Kronstadt bis Petersburg und in Amerika auf einzelnen Strecken des 563 km. langen Eriekanals. Frankreich besitzt somit keine Seil- und Belgien keine Kettenschiffahrt.

Der deutsche Seeverkehr.

Die Lage der deutschen Seeschiffahrt, welche in den letzten Jahren für eine sehr gedrückte gelten konnte, hat neuerdings eine wesentliche Aufbesserung erfahren. Dieselbe ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die entschiedene Steigerung des Personen- und Güterverkehrs, wie seit dem Jahre 1880 sich bemerkbar macht. Die deutsche Schutzzollpolitik, an die man alle möglichen Befürchtungen für den Bestand unseres Exports knüpfte, hat bekanntlich diese Befürchtungen glänzend zu Schanden gemacht, denn unser Güterexport ist gerade seit 1880 in außergewöhnlichem Maße gestiegen. Ihr ist es nämlich zu danken, daß unsere Industrie wieder an Leben und Energie gewonnen hat. Die Bestrebungen für Verbesserung der Fabrikation sind seit 1879 allgemeine geworden, das Princip „billig und schlecht" ist für unsere Industrie schon längst nicht mehr wahr, man hat mit Erfolg neue Absatzwege aufgesucht und alle Absperrungspolitik der uns umgebenden Länder hat nicht verhindern können, daß wir fast in sämmtlichen Industriezweigen von Jahr zu Jahr steigende Exporte aufweisen.

Es leuchtet nun ohne Weiteres ein, daß diese Verhältnisse auch die deutsche Seeschiffahrt nicht unberührt lassen konnten. Wenn auch leider ein großer Theil unserer überseeischen Exporte nicht den Weg über deutsche Häfen nimmt, sondern sich mit Vorliebe nach belgischen Häfen wendet, sehr oft auch sich englischer Vermittlung bedient, so hat der allgemeine Verkehrsaufschwung doch auch das deutsche Schiffahrtsgewerbe gehoben, zumal

außerdem die Auswanderung in Folge der günstigen Erwerbsverhältnisse in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren einen überaus großen Aufschwung genommen hat. Dies wird durch die Resultate der bis jetzt vorliegenden Seeschiffahrtsstatistik in jeder Weise bestätigt. Der Bestand an Seeschiffen hat sich beispielsweise während des Jahres 1880 wiederum wesentlich vergrößert und zwar kann es für ein erfreuliches Zeichen gelten, daß man nunmehr auch in Deutschland von der Vermehrung der Segelschiffe definitiv zurückgekommen ist und alle Kraft auf die Kompletirung unserer Dampferflotte geworfen hat. Zum ersten Male im Jahre 1880 ist der Bestand unserer Handelsmarine an Segelschiffen wesentlich zurückgegangen, nämlich von 4403 auf 4246, bezw. von 974943 Tons auf 965767 Tons, dagegen der Bestand an Dampfschiffen beträchtlich, nämlich von 374 auf 414 und 196 343 Tons auf 215,758 Tons gestiegen.

Der gesammte Seeverkehr des deutschen Reiches zeigt für das Jahr 1880 gleichfalls eine beträchtliche Zunahme. Die Zahl der mit Ladung eingegangenen Schiffe ist von 43,081 auf 46,130 gestiegen, die Zahl der beladen ausgegangenen von 35,768 auf 39,097 und was bei dieser Bewegung das Wichtigste ist, aus den detaillirten Angaben der Statistik geht unzweifelhaft hervor, daß der Verkehr sich im Jahre 1880 mit entschiedener Vorliebe den deutschen Schiffen zugewandt hat. Fast die ganze Zunahme des Seeverkehrs in diesem Jahre entfällt nämlich auf deutsche Schiffe.

Indessen ist dies doch erst nur ein Anfang zur Besserung. Wenn wir den Verkehr deutscher und ausländischer Seeschiffe in Vergleich stellen, so ist auch heute noch der letztere stark überwiegend. Es gingen nämlich in deutschen Häfen im Jahre 1880 beladene Schiffe

	ein		aus	
	Zahl	Tons	Zahl	Tons
deutsche	32,680	3,283,529	29,380	2,878,288
fremde	13,450	3,811,993	9,717	2,597,433

Während sonach die deutschen Schiffe am deutschen überseeischen Güterverkehr nur mit 6 Millionen Tons participiren, ergiebt sich für die fremden eine Ladungs-

betheiligung von 6,4 Mill. Tons. Dieses Uebergewicht des Auslandes rührt aber in der Hauptsache daher, daß das Ausland viel mehr und viel größere Dampfer verwendet, als wir; es ergiebt sich somit auch in diesem Jahre für uns die Nothwendigkeit, unsere Dampfschiffe zu vermehren und die Segelschifffahrt einzuschränken.

Wenn wir schließlich die Schifffahrtsbewegung in den einzelnen deutschen Häfen verfolgen und hierbei hauptsächlich den Export ins Auge fassen, so läßt sich nicht leugnen, daß mehrere unserer Ostseeplätze im Jahre 1880 eine beträchtliche Einbuße ihres Verkehrs erlitten haben, der auf die schlechte russische Ernte dieses Jahres und den hierdurch bewirkten Rückgang im Getreideverkehr zurückzuführen ist. Dagegen ist die Export-Entwickelung recht günstig gewesen in Stettin, Lübeck, Kiel, insbesondere aber in Hamburg und Bremen. Die kleinen holsteinischen Häfen scheinen dabei zu Gunsten Hamburgs Manches verloren zu haben.

Die Konkurrenz seitens der Vereinigten Staaten von Amerika.

In Folge der von den Vereinigten Staaten von Amerika seit einer längeren Reihe von Jahren insbesondere den europäischen Agrikultur-Staaten mehr und mehr drohenden Konkurrenz richten sich gegenwärtig die Blicke vieler Interessenten nach jenen reichen, seit Jahrtausenden ungenutzten transatlantischen Produktionsgebieten, die begünstigt durch die Technik und die Transportmittel der Neuzeit, mit den Kulturstaaten der alten Welt in Wettbewerb getreten sind. Die Befürchtnng dieser von Jahr zu Jahr zunehmenden Konkurrenz erscheint wahrlich nicht ungerechtfertigt, wenn man die schnelle Steigerung des Handelsverkehrs Nordamerikas, sowie die stetige Zunahme in der Ausbeutnng seiner reichen Naturschätze ins Auge faßt. Nach den Werthschätzungen der importirten und exportirten Waareu weist die Handelsbilanz seit Jahren sehr erhebliche Summen zu Gunsten der Vereinigten Staaten auf. Im

letzten Fiskaljahr hat sich dies abermals bestätigt. Der Werth des Exports gestaltete sich nämilich im letzten Fiskaljahr 30 Juni 1880/81 wie folgt:

Export inländischer Waaren	883,925,947	Doll.
„ fremder „	18,451,399	„
Gesammter Export:	902,377,346	Doll.

Dagegen Werth des gesammten Imports 642,664,628 Doll.; so daß der Werth des Exports denjenigen des Imports im letzten Fiskaljahre um fast 260 Millionen Doll. überschritten hat.

Wenn man die Einfuhr und Ausfuhrwerthe des letzten Fiskaljahrs mit denjenigen des Vorjahrs vergleicht, so ergiebt sich beim Export ein Zuwachs von 66,738,688 Doll., beim Import dagegen eine Abnahme von 25,290,118 Doll.

In den 10 Jahren 30. Juni 1862/63—1872/73 hatte noch der Werth des Imports denjenigen des Exports wesentlich überstiegen; der jährliche Ueberschuß des ersteren bezifferte sich durchschnittlich auf 104,706,922 Doll.; in den folgenden Jahren dagegen ist das umgekehrte Verhältniß eingetreten; der Ueberschuß des Exports über dem Import betrug jährlich durchschnittlich 196,778,017 Doll. — Der baare Werth der exportirten inländischen Waaren ist von 376,616,473 Doll. im Fiskaljahr 1869/70 auf 883,925.947 Doll. im Fiskaljahr 1880/81 gestiegen, das ist ein Zuwachs von 135 pCt., der Import dagegen ist in derselben Zeit nur von 435,958,408 Doll. auf 642,664,628 Doll. gestiegen, das ergiebt nur einen Zuwachs von 206,706,220 Doll. oder 47 pCt. Aus allem geht hervor, daß die Befürchtung, die starke Importkraft der Vereinigten Staaten könne auch in Zukunft der alten Welt eine weitere große Konkurrenz bereiten, sich immer mehr rechtfertigt, zumal wenn man die fortgesetzten Anstrengungen der amerikanischen Regierung, die Exportfähigkeit des Landes zu heben, sich vergegenwärtigt.

Da in Folge der starken Amortisation der Staatsschulden der Vereinigten Staaten, sowie der Herabsetzung des Zinsfußes derselben große Summen, die sich im Besitze von Bewohnern europäischer Staaten befanden, in

den letzen Jahren ihre Rückwanderung nach den Vereinigten Staaten angetreten haben, so ist es von Wichtigkeit, auch die Werthsummen des im gleichen Zeitraum in die Vereinigten Staaten von Amerika importirten resp. von dort exportirten gemünzten und ungemünzten Goldes und Silbers zu beachten. Während der Zeit von 1862 bis einschl. 1879 hatte noch in jedem Jahre der Export von Metallgeld den Import desselben überstiegen, der größte Ueberschuß des Exports dieser Art über den Import war im Jahre 1864 erreicht worden, wo er sich auf 92,280,929 Doll. belief. Im Fiskaljahre 1879/80 hat zum ersten Male der Import von Münzen und Barren in den Vereinigten Staaten den Export derselben übertroffen, und zwar ist ersterer um die Summe von 75,891,391 Doll. größer gewesen als dieser, und während des letzten Fiskaljahres 1880/81 ist der Ueberschuß dieses Imports über den Export sogar auf 91,168,650 Doll. gestiegen.

Die deutsche Industrie und das Tabakmonopol.

Die einleitenden Debatten über das Tabakmonopol haben, möge ihre Bedeutung für das Monopolprojekt sein welche sie wolle, jedenfalls eine Wirkung gehabt, welche seitens der deutschen Industrie freudig begrüßt werden darf: es wird fernerhin auch der linken Seite des deutschen Reichstages moralisch unmöglich sein, den Bestand einer Industrie und die Zahl der von ihr beschäftigten Arbeiter als eine untergeordnete, der Beachtung nur wenig werthe Sache anzusehen. Denn darüber wird man sich nicht täuschen dürfen, daß derjenige entscheidende Punkt, auf den die ablehnende Majorität sich der öffentlichen Meinung gegenüber stützt, in der Vernichtung eines blühenden Industriezweiges und der Brodlosmachung wenigstens einer gewissen Anzahl von Arbeitern, sowie überhaupt in dem gegen zahlreiche Personen geübten Zwange, sich durch das Monopol einem anderen Berufe zuzuwenden, zu suchen ist. Es kommt wenig darauf an, ob dieser Punkt den parlamentarischen

Parteien, um deren Stellungnahme es sich handelt, wirklich als der entscheidende gilt, oder ob er nur den Vorwand liefert. Ohne Zweifel will das Centrum in erster Linie keine Stärkung der Centralgewalt des Reiches und die Fortschrittspartei keine Stärkung der Staatsgewalt überhaupt; aber beide Parteien bedienen sich nur ihres Rechtes, wenn sie diesen ihren wahren Hauptablehnungsgrund bei der öffentlichen Diskussion in den Hintergrund treten lassen und sich wesentlich auf einen so populären, von einer so ungeheuren Masse von Interessenten getragenen Grund, wie die „Vernichtung der Industrie" sich stützen. Was von anderen Punkten geltend gemacht wurde: die Schädigung einzelner Tabak-Produzenten, die Zerstörung des Exports von inländischem Tabak, die Gefahr staatssozialistischer Experimente (wohl der schwächste Theil der gegnerischen Argumentation, und nicht besser geworden dadurch, daß unter dem Beifall der freihändlerischen Linken ein Sozialdemokrat es war, der ihn aufs Tapet brachte) ꝛc., das wurde offenbar nur so nebenher ins Feld geführt, um der Beweisführung größere Mannigfaltigkeit zu geben, und selbst das Interesse Bremens, bezw. des Tabak-Großhandels wurde doch fast von allen Rednern stillschweigend als ein Punkt nur zweiten oder dritten Ranges anerkannt. Von besonderem Interesse ist es noch, daß der früher so viel betonte Ablehnungsgrund, „der Staat könne nicht zweckmäßig Industrie betreiben, er arbeite theuer und schlecht, er entbehre des Geschicks, die industrielle Entwicklung praktisch in die Hand zu nehmen ꝛc." bei der gegenwärtigen Diskussion so gut wie gar nicht vorgebracht wurde; derselbe darf allerdings wohl als verbraucht bezw. nicht mehr zugkräftig bezeichnet werden. Außer der eifrig festgehaltenen Unterstellung, die Zahlen des Monopolentwurfes seien unzuverlässig, war es fast nur die bestehende Industrie, welche die Waffen zum Kampfe gegen das Monopol liefern mußte.

Also eine bestehende Industrie ist der höchsten Berücksichtigung und Schonung werth (in der That auch der letzteren, denn heftig wird ja begehrt, daß man diesen Industriezweig jetzt einmal in Ruhe lasse und nicht durch stetig wiederkehrende Steuererhöhungs-Projekte ängstige),

und die Frage, ob einige tausend Arbeiter mehr oder weniger in der bisher gewohnten Weise ihrer Beschäftigung obliegen können, ist eine solche von hoher Wichtigkeit — von solcher Wichtigkeit, daß die Durchführbarkeit einer von fast allen Parteien als überaus wünschenswerth anerkannten Reform unseres gesammten Steuerwesens diesen Punkten untergeordnet werden muß. Merken wir uns das für die Zukunft. Wir sehen hier von der Frage ganz ab, ob es im gegebenen Falle wirklich gerechtfertigt ist, diesen Punkten eine so große Bedeutung beizulegen, wollen es auch ununtersucht lassen, wie sich diese Auffassung, die also nunmehr diejenige der freihändlerischen Parteien geworden sein muß, mit deren früheren Zoll- und ganzen Wirthschaftspolitik verträgt. Aber den festen Anhalt wird man uns nicht mehr rauben können und ihn werden wir von heute an, aktiv wie passiv, unseren freihändlerischen Gegnern bei jeder Gelegenheit entgegenstellen: der Bestand eines einmal vorhandenen, wenn auch vielleicht in mehrfacher Hinsicht recht zweifelhaften Industriezweiges, und die fernere Beschäftigung der vollen Arbeiterzahl, welche gegenwärtig auf denselben angewiesen ist, sind Dinge von so ausschlaggebender Wichtigkeit, daß selbst hohe Staatsinteressen anderer Art ihnen gegenüber zurückstehen müssen. Was dem Tabak recht ist, das muß doch allen übrigen Industriezweigen billig sein!

Zur Lage der Jute-Industrie.

Wir haben vor einiger Zeit einige Mittheilungen über die Lage der Jute-Industrie gebracht und unter Anderem davor gewarnt, die momentan günstigen Verhältnisse in dieser Industrie durch Gründung neuer Gesellschaften, welche in größerer Zahl projektirt sein sollen, wieder in Frage zu stellen. Ein Berliner Blatt verbreitet sich über dasselbe Thema in folgenden sehr beachtenswerthen Darstellungen, welche wir hiermit zur Kenntniß unserer Leser bringen:

Verschiedene angesehene Blätter haben in jüngster Zeit

einen Artikel veröffentlicht, welcher vor zu leichtfertiger Ausdehnung gewisser Textil-Branchen warnt. Der Artikel bespricht in dieser Beziehung namentlich die Jute-Industrie und die bei derselben in Aussicht genommenen Gründungen. Nach eingezogener Erkundigung liegen hier in Wahrheit die Verhältnisse nicht so günstig, als man nach den Dividenden-Zahlungen von zwei größeren Etablissements dieser Branche zu vermuthen berechtigt wäre. Die Mittheilungen zeigen, wie schwierig es ist, Zolltarife so zu normiren, daß sie den erstrebten Zweck erfüllen, und wie verhältnißmäßig ungenügend die Ausarbeitung des gegenwärtigeu Zolltarifs, wegen Zeitmangels, ausfallen mußte. Es scheint, daß die Jute-Industriellen, welche einen Schutz vornehmlich gegen den übermäßigen Import, in Folge der Ueberproduktion des Auslandes, erstrebten, um wenigstens Befriedigung des Landeskonsums sich zu sichern, sehr unvollkommen ihren Zweck erreichten. Thatsache ist es nämlich, daß der Handel der Hansastädte mit Deutschland sich nicht nur fast ausschließlich der Schottischen Jute-Fabrikate bedient, sondern, daß man auch Waaren, in losem Zustande ankommend, welche für Deutschland bestimmt sind, in Hamburg und Bremen ꝛc. seit dem Inslebentreten des neuen Zolltarifs, in einfache, auch doppelte sehr dauerhafte Jute-Säcke verpackt, um an der dergestalt geschaffenen neuen Tara den Zoll zu ersparen und dann solche Säcke im Zollinlande zu weiterer Verwendung verkauft, zum Nachtheile der inländischen Jute-Industrie; ferner gestattet der Zolltarif, im Gegensatz zu der Oesterreichischen Gesetzgebung, jedes Quantum neuer Säcke zollfrei in Deutschland einzuführen, und solche für den Handel in Deutschen Produkten nach dem Auslande zu verwenden. Es handelt sich derart jährlich um Millionen von Säcken, deren Lieferung der Deutschen Jute-Industrie auf diese Weise entzogen wird. Durch solche und ähnliche Manipulationen wird die gehoffte Unterstützung der Jute-Industrie auch unter dem neuen Zolltarife mehr und mehr beschränkt. Wenn also der angezogene Zeitungsartikel betreffs der Wirkungen des Tarifs und zu bedeutender Expansion dieser Industrie die Warnung erhob, daß man nicht exportfähig bleiben werde,

so liegt die Sache ungleich ungünstiger, indem selbst die Beschäftigung für den Landesbedarf mehr und mehr verkümmert erscheint und unsere Gesetzgebung zu Gunsten der auswärtigen Konkurrenz Bestimmungen beibehielt, welche unsere Nachbarn uns nicht gewähren. Eine Revision der Tarife in dieser Richtung erscheint deshalb geboten, wenn die beabsichtigten Jute-Gründungen nicht ein schlechtes Ende nehmen sollen. Zur Begründung des Vorstehenden dienen ferner folgende Zahlen: Laut Reichsstatistik sind in Deutschland im Jahre 1881 an Jute-Garn und Geweben eingeführt 185,986 Ctr. Die von den bestehenden Jute-Fabriken unternommenen, theils ihrer Vollendung nahen, theils in Ausführung begriffenen Vergrößerungen ihrer Werke belaufen sich auf ca. 9400 Spindeln mit korrespondirender Anzahl Webstühlen, und entsprechen einer Mehrproduktion von 175,000 Ctr. Fabrikats. Damit würde der Landesverbrauch schon annähernd gedeckt sein. Oesterreich-Ungarn ist im Begriff, den Zoll auf Jute-Gewebe zu verdoppeln; somit ist nach dort kein Abfluß mehr möglich. Es ist also wohl an der Zeit, vor ungesunden Ausschreitungen zu warnen.

Gewerbe und Hausirhandel.

Die unglaubliche Aeußerung des Herrn Lasker im deutschen Reichstage, „man schädige die edelsten und besten Kräfte der Nation, wenn man den Hausirhandel benachtheilige", ist bisher als hauptsächlich gegen das Handwerk gerichtet angesehen worden; außerdem hat man mit Recht auf die schweren Nachtheile aufmerksam gemacht, welche dem ganzen Volksleben dadurch zugefügt werden, daß auf die Ergreifung des Hausirgewerbes gegenwärtig gleichsam eine Prämie gesetzt wird, während doch nicht nur Treu und Glauben im gegenseitigen Verkehr in Folge der Uncontrollirbarkeit der meisten hausirenden Elemente untergraben, sondern auch zahlreiche arbeitsfähige Personen diesem faulen und vagabundirenden Leben in die Arme getrieben werden. Die mancherlei mehr nebensächlichen Nachtheile, welche aus der

übermäßigen Ausdehnung des Hausirgewerbes fließen: die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, die Benutzung des Hausirens zu allerhand wucherischen oder sonst gemeinschädlichen Praktiken u. dergl. fanden gleichfalls ihre gebührende Erwähnung. Ohne Zweifel genügen diese verschiedenen Punkte, um es als eine der bedauerlichsten und merkwürdigsten Zeiterscheinungen darzustellen, daß im deutschen Reichstage ein solches, gelinde gesagt gröblich einseitiges und allen Erfahrungen Hohn sprechendes Wort unter dem Beifalle zahlreicher Mitglieder ausgesprochen werden konnte. Aber wir glauben, daß es noch andere, unter den obigen nicht mit aufgeführte Gesichtspunkte zur Verurtheilung des Hausirens in seiner gegenwärtigen Ausdehnung giebt, und daß zu diesen mit in erster Linie auch die Interessen der Großindustrie gehören. Gerade dies dürfte ein Punkt sein, betreffs dessen das ganze produktive Gewerbe als eine einmüthige Gesammtheit auftreten und gegenüber den Ausschreitungen des Handels — derjenigen Auffassung vom Handel nämlich, nach welcher derselbe nicht eine Funktion des allgemeinen wirthschaftlichen Lebens, sondern eine um ihrer selbst willen zu betreibende und um ihrer selbst willen zur schrankenlosen Herrschaft über die Produktion zu bringende Sache ist — zusammenhalten sollte.

Auch die Großindustrie leidet ja aufs Schwerste unter der ungesunden Ausdehnung, welche das Ramschgewerbe, das Aufkaufen von Konkursmassen, die Fabrikation von lediglich auf Schau und Schein berechneten Waaren &c. genommen hat. Auch sie krankt ja von Hause aus daran, daß sie durch mancherlei wenigstens z. Th. nicht von ihr selbst verschuldete Umstände nicht in die Bahnen möglichst hoher Qualität der Produkte sondern in die Bahnen möglichster Billigkeit getrieben worden ist, sowie daran, daß der geringe Kapitalreichthum unseres Volkes sie in höherem Maße als wünschenswerth vom bloßen Händler abhängig gemacht hat. Wohl bietet der Weltmarkt dem Großgewerbe Chancen, über welche das Kleingewerbe nicht verfügt; aber unsere Industriellen wissen ein Liedchen davon zu singen, daß auch der Welthandel unter der Herrschaft der früheren Zollpolitik dazu hat

dienen können unser Land mit den Schundwaaren aller Nationen zu überschwemmen, und daß die eigenthümliche Stellung unserer Hansestädte mit dazu beitrug die Vorhand im Großgeschäft nicht der einheimischen, sondern dem fremden Produkte zu sichern. Das Mittel aber, durch welches diese ungesunden Konkurrenz-Verhältnisse aufrecht erhalten wurden, das bestand eben in den tausenderlei eng mit einander verbundenen und systematisch geförderten Formen ambulanten Geschäftsbetriebes, mittelst deren alle scheinbaren und wirklichen Vorzüge irgend eines beliebigen Produkts zu rücksichtsloser Ausbeutung gelangten, und von denen das eigentliche Hausirgewebe allerdings einen integrirenden Theil, aber doch nur die unterste Stufe bildet. Wenn einmal diese Form des Handelsgeschäfts für den gesammten Umsatz maßgebend geworden sein sollte (und ohne Zweifel ist dies das Ziel, dem die Leute vom Schlage des Herrn Lasker bewußt, und dem viele Andere unbewußt entgegenstreben), so wird nicht nur das solide, ansässige Kleingeschäft, nicht nur der Handwerkerstand, sondern es wird auch die Großindustrie, vom Standpunkte selbstständiger Entwicklungsfähigkeit aus betrachtet, ruinirt sein. Und wer wird den Nutzen haben?

Die nationalwirthschaftlichen Pflichten der hohen Finanzwelt.

Es ereignet sich im Leben der Völker nicht zum ersten Male, daß eine, gegen schlimme Ausschreitungen an sich guter Triebkräfte gerichtete Reaktion ihrerseits wieder so sehr das berechtigte Maß überschreitet, daß sie in ihren praktischen Wirkungen schließlich viel schädlicher ist als das Uebel, welches die Reaktion hervorrief. Augenblicklich haben wir es in Deutschland auf dem Gebiete **neuer Unternehmungen** mit einer solchen Reaktion, zu thun. Weil vor 10 Jahren in der industriellen Aufschwungsperiode viel Schwindel vorkam, entstand gegen die Neugründung großer Unternehmungen eine sittliche Gegenströmung, die aber schließlich, wie es bei der Maßlosig-

keit menschlicher Leidenschaften unvermeidlich ist, alles vernünftige und berechtigte Maß überschritt, indem sie das Kind mit dem Bade ausschüttete, nämlich alles und auch das gute „Gründen" mit dem Bann belegte. In dieser höchst gemeinschädlichen Reaktion stecken wir noch jetzt. Wer heute unserer haute finance Neuunternehmungen der solidesten und gemeinnützigsten Art unterbreitet, wird meistentheils auf die Entgegung stoßen: „Nein, ich mag nicht als „Gründer" auftreten." So sehr wir diese Empfindung begreifen, so wenig können wir ihr eine Berechtigung zugestehen. Mit der großen Stellung unserer haute finance sind auch große Pflichten verbunden, die nicht aus moralischer Empfindlichkeit vernachlässigt werden dürfen.

Die haute finance, sagte deshalb kürzlich mit vollen Rechte das „deutsche Blatt," führt in der gegenwärtigen privatkapitalistischen Wirthschaftsperiode thatsächlich das volkswirthschaftliche Scepter. Nur sie kann demzufolge alle die zahlreichen Werke, mit welchen Deutschland im Rückstande ist, so schnell machen, wie sie zur Beschäftigung unserer rasch wachsenden Ueberzahl an Kopf- und Handarbeitern, sowie im Hinblick auf die Ueberflügelungen gemacht werden müssen, welche uns das geschäftige Ausland namentlich überseeisch bereitet. Deutschland mit seinem Mangel an Beschäftigungsgelegenheiten, mit seiner ungeheuerlichen Auswanderung und Verbrecherstatistik steht mehr als andere Länder vor der Frage: Entweder resoluter Staatssocialismus oder resoluter Privatsocialismus. Entweder die Reichsregierung nimmt die großen Unternehmungen in die Hand oder die haute finance, und zwar rasch, denn 45 Millionen tägliche Esser können nicht warten, bis sich in der Reichskanzlei für die einzelnen, schon heute lichterloh brennenden Bedürfnisse die geeigneten Köpfe und im Reichstage die erforderlichen Majoritäten einstellen, und sie können nicht warten, bis die haute finance sich in bequemen Konventirungsgeschäften, in Vermittelung ausländischen Anleihen und in anderen nationalwirthschaftlich bedeutungslosen, ja schädlichen Manipulationen gesättigt und auf ihre eigentlichen Pflichten besonnen haben wird.

Diese nationalwirthschaftlichen Erwägungen des „Deutschen Blatts" scheinen in der Presse glücklicher-

weise ein lebhaftes Echo zu finden. So richtet das „Berliner Tageblatt" in seiner Nr. 214 unter dem Titel „Welthandelsgeist" an die Börse die Mahnung, „sich ihrer nationalen Aufgaben in diesem für unsere handelspolitische Entwickelung bedeutungsvollen Moment voll und ganz bewußt zu werden. Statt des jetzigen Systems der finanziellen Thätigkeit, das deutsche Kapital gegen vergleichsweise niedrige Zinsen auswärtigen, in mancher Beziehung unzuverlässigen, theilweise direkt deutsch-feindlichen Staaten zuzuführen, möge die deutsche Bankwelt sich bemüht zeigen, neue Wege einzuschlagen, eine der Zeitströmung entsprechende Thätigkeit zu entwickeln, mit dem althergebrachten Schlendrian zu brechen. Ist es nicht traurig zu sehen, sagt das Blatt, daß die ganze Weisheit unserer Finanzgrößen heutzutage im Grunde darin besteht, sich gegenseitig die Anlehensgeschäfte einiger tief verschuldeten Nationen abzujagen, um dann das Publikum mit diesen fragwürdigen Schuldtiteln zu möglichst hohem Kurse zu beglücken? Ist es nicht beschämend für Deutschland wahrzunehmen, daß dem ganzen umfangreichen Börsenbetriebe jede große sittliche Idee fehlt, daß jede Produktivität im wirthschaftlichen Sinne zur Zeit vom Kapitalmarkt fast völlig ausgeschlossen erscheint? Der Welthandelsgeist ist leider eine beinahe unbekannte Größe in den Kreisen der Börse geworden, obwohl diese doch vermöge der öffentlichen Kapitalassociation und vermöge des öffentlichen Schuldenwesens die leitende Rolle im ganzen wirthschaftlichen Organismus der Nation spielt. Es ist wahrlich hohe Zeit, daß diese Dinge sich ändern, daß die Börse wieder sich als ein Glied des wirthschaftlich thätigen Volkes und mit diesem in seinen geschäftlichen Bestrebungen innig verbunden fühle!"

Soweit eine Zeitung, welche gewiß nicht dem Verdacht unterliegt, gegen die haute finance und die Börse „Haß und Verachtung" erregen zu wollen. Möge die Mahnung derselben deshalb um so wirkungsvoller sein! Deutschland kann in der That aus tausend Gründen die großen Unternehmungen und die daraus hervorgehende Verkehrs-Belebung und Zunahme der Beschäftigungs-Gelegenheiten wie auch die damit zusammenhängende

Steigerung der Steuerkraft nicht entbehren. Die schnellen und mächtigen Impulse dafür muß aber die haute finance geben; nur sie besitzt dazu die Kraft und deshalb auch die Pflicht.

Die Rentabilitäts- und Lohnverhältnisse in der Eiseninduſtrie 1879 und 1881.

Der Verein deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller hat neuerdings wieder eine statistische Aufnahme der Lohnverhältnisse und der finanziellen Resultate der Aktien-Gesellschaften für die Jahre 1879 und 1881 veranstaltet, welche die Situation unserer Eisenindustrie vor und nach der Wiedereinführung der Eisenzölle beleuchtet. Die ausgesandten Formulare sind von 338 Firmen, darunter 138 der Hütteninduſtrie, 200 dem Maschinenbau und der Gießerei angehörig, ausgefüllt zurückgekommen, so daß zwar nicht die ganze Eisenindustrie, aber doch ein erheblicher Theil derselben in der Statistik figurirt.

In diesen 338 Etablissements hat sich nun die Zahl der Arbeiter im Januar 1882 auf 192296 gegen 153615 Januar 1879 gehoben. Die Zunahme der Arbeitsgelegenheit in der Eisenindustrie beträgt hiernach 25 pCt. Die Gesammtlöhne sind in der gleichen Zeit von Mk. 9,358,794 auf Mk. 13,293,457 monatlich gestiegen, mithin ein Mehr von Mk. 3,934,663 pro Monat oder Mk. 47,215,956 pro Jahr. Der Einzellohn des Arbeiters betrug 1879 nur Mk. 60,92, 1882 schon Mk. 69,13 monatlich, was für das ganze Jahr eine Lohnsteigerung von Mk. 98,52 ergiebt.

Die von freihändlischfr Seite immer wieder aufgestellte Behauptung, der unserer Industrie durch die neue Handelspolitik gewährte nationale Schutz sei für die Lohnsätze der Arbeiter wirkungslos geblieben, wird für die Eisenproduktion und den Maschinenbau durch diese Zohlen auf das Glänzendste wiederlegt. Der Arbeitsverdienst ist thatsächlich beträchtlich gestiegen und wenn auch bei einzelnen Werken dies ohne effektive Lohnsteigerung, sondern durch vermehrte Arbeit erreicht worden

ist, so ist doch auch dies ein großer Gewinn für die Arbeiter. Denn während in 1879 die Zahl der Arbeitsstunden pro Tag ans Mangel an Aufträgen beschränkt, nicht selten sogar einen oder auch mehrere Tage der Woche die Arbeit ganz eingestellt werden mußte, ist der Arbeiter jetzt voll beschäftigt, was nicht allein für seine pecuniären Verhältnisse, sondern für seine ganze Lebenshaltung von Vortheil ist. Uebrigens fehlt es auch nicht an Werken, auf denen der Lohnsatz für eine bestimmte Arbeitsleistung bald in geringerem, bald in höherem Grade gestiegen ist, wie ja in der Regel jede Nachfrage nach Arbeitern nothwendiger Weise eine Erhöhung des Preises für die verlangte Arbeitsleistung zur Folge haben wird.

Was die finanziellen Ergebnisse der Etablissements selbst angeht, so liegen darüber Nachrichten von 108 Aktiengesellschaften vor, welche nach allen Abschreibungen im Jahre 1881 zusammen einen Gewinn von Mk. 16,342,953 im Jahre 1879 dagegen nur einen solchen von Mk. 7,710,198, also Mk. 8,632,755 weniger erzielten. Das gesammte Aktienkapital erzielte 1879 eine Verzinsung von 1,93, 1881 eine solche von 4,02 pCt. Die Besserung der Geschäftslage in der Eisenindustrie ist trotz der Verluste, welche einige Etablissements auch jetzt noch aufzuweisen haben, also eine ganz beträchtliche zu nennen. Aus dem Detail der Ziffern geht heror, daß im letzten Jahre die Eisenhüttenwerke absolut und auch im Vergleich zu 1879 bessere Geschäfte gemacht haben, als die Maschinenbauanstalten, welche sich mit einem durchschnittlichen Ertrag von 3,71 pCt. begnügen mußten.

Die Popularitäts-Gefahren der Bismarckischen Wirthschafts-Reform.

Wie der Ausfall verschiedener Wahlen des letzten Jahres evident machte, sind die politischen Aktien der Gegner Bismarcks im Steigen begriffen. Das von der Opposition citirte „Reactions-Gespenst" hat seine Dienste geleistet und wird sie bei den bevorstehenden Wahlen

in erhöhtem Maße leisten, wenn nicht die Reformfreunde zeitig dafür sorgen, daß die Reformpolitik diejenige Correctur bezw. Ergänzung erfährt, welche sie in einem für den politischen Gespensterglauben hoffnungslosen Lichte erscheinen läßt.

Wenn der Fürst Bismarck seither schon auf Steuererlasse großen Werth legte und bei jeder Gelegenheit erklärt und erklären läßt, daß seine Steuerpolitik die Entlastung des kleinen Mannes zum Endziele habe, so will er dadurch offenbar eine Gefahr der Unzufriedenheit mildern, welche sein System indirecter Steuern läuft.

Was uns betrifft, so haben wir von jeher darauf hingewiesen, daß sich diese in hohem Grade bestehende Gefahr am wirksamsten durch systematische Verkehrsbelebungen beseitigen läßt, wie die Natur der Sache das eigentlich selbstverständlich erscheinen läßt und wie es zudem die Erfahrung in Frankreich und Nordamerika bestätigt. Wo der Geschäfts-Verkehr florirt, die Unternehmungen blühen, die Arbeit gesucht und in Folge dessen gut bezahlt wird, da fließen die indirekten Steuern nicht nur reichlich, sondern auch sanft und ohne auf die Klippen großer und wachsender Unzufriedenheit zu stoßen.

Die landwirthschaftlichen Zölle können mit Aussicht auf große politische Brandstiftungen im Volksgeiste nur solange als Brandfackeln demagogisch geschwungen werden, als die Aermlichkeit des Erwerbslebens das leicht entzündliche Brennmaterial liefert. Deßhalb setzt ein Zoll- und Steuersystem, wie das des Fürsten Bismarck, ein System schneller und großartiger Verkehrsbelebungen von der Gattung voraus, wie es der französische Minister Freycinet betreibt, ohne daß dieser bei der viel geringeren Bevölkerung und dem viel größeren Reichthum Frankreichs dazu in demselben Maße gezwungen wäre, als wir in Deutschland.

Wer sich noch der Jahre des industriellen Aufschwungs erinnert — leider ist unsere Zeit ohne Gedächtniß — der wird sich auch der Thatsache erinnern, daß damals die Schlacht- und Mahlsteuer ebenso federleicht getragen wurde, wie sie jetzt noch in den großen verkehrsreichen

Städten Frankreichs getragen wird, ohne der Gefahr des demagogischen Mißbrauchs zu unterliegen.

Nur ein Volk, dessen Erwerb so unsicher und kärglich ist, wie heute das deutsche, bietet der demagogischen Aufhetzung die Aussicht dar, über ein so wohlwollendes und weises Reform-Programm, wie das des Fürsten Bismarck, Wahlsiege und parlamentarische Triumphe zu eringen. Da diese Unsicherheit und Kärglichkeit unseres Erwerbslebens aber nun einmal besteht, so haben die Anhänger der Bismarckischen Wirthschaftspolitik unseres Dafürhaltens dieser Thatsache und den daraus hervorgehenden Gefahren der Volksaufreizung viel umfassender Rechnung zu tragen, als dies seither geschehen ist.

Wir sind überzeugt, daß die Freihandelspartei für den nächsten Wahlkampf nicht nur aus den Zöllen und indirekten Steuern, sondern auch aus den neuerdings angestrebten Gewerbebeschränkungen wuchtige und wirksame Waffen schmieden wird. Augenblicklich ist noch jede gewerbliche Beschränkung gefährlich, weil es an der Möglichkeit von Ersatzbeschäftigungen fehlt. Auch diese Reform, so nothwendig sie aus vielen Gründen erscheinen mag, erfordert für ihre Verwirklichung die Gleichzeitigkeit schneller und großer Verkehrsbelebungen, um nicht nur den demagogischen Schmerzensschrei, sondern in erster Linie den wirklichen volkswirthschaftlichen Geburtsschmerz zu verhindern.

Offenbar hat man die volkswirthschaftlichen Belebungs-Wirkungen des Schutzzolls überschätzt. Doch auch hier hätten die Lehren Frankreichs und Nordamerikas vor Illusionen schützen können. Denn obwohl dort höhere Schutzzölle bestehen, verläßt man sich gleichwohl auf ihre belebenden Wirkungen allein nicht. In beiden Ländern benutzt man den Schutzzoll nur als Grundlage eines höchst lebhaften und systematisch belebten Unternehmungsgeistes.

Insofern hat der Abgeordnete Richter Recht, wenn er neulich meinte, daß die Belebung des Geschäftsverkehrs dem Volke unendlich mehr nützen würde, als alle Steuererlasse. Freilich bestreiten wir einem Manne, der die Zölle, also die Basis jeder soliden Verkehrsbelebung bei uns beseitigen will, die Competenz zu einer

solchen Aeußerung. Indessen entwaffnet ihn diese fehlende Competenz im Wahlkampfe nicht, weil die volkswirthschaftliche Aermlichkeit und die wachsende wirthschaftliche Unzufriedenheit unseres Volkes eine Gemüthsstimmung erzeugt, die das Geschäft der politischen Volksverhetzung zu einer mühelosen, durch keine Logik bedrohbaren Aufgabe macht.

Thatsächliche Ergebnisse.

Daß im Allgemeinen eine wenn auch vielfach noch nicht durchgreifende, so doch fast überall wahrnehmbare Besserung der Geschäftslage eingetreten ist, fangen jetzt selbst die ausgesprochensten fortschrittlich-freihändlerischen Blätter an zuzugestehen; begegnen wir doch sogar schon dem Versuche, diese Besserung als das nachträglich eintretende Resultat der Freihandelsperiode aufzufassen — womit dann freilich das weitere, sorgfältig zu registrirende Zugeständniß verknüpft sein würde, daß die Wirkungen einer Wirthschaftspolitik sich nicht plötzlich, sondern erst nach einiger Zeit zeigen können. Wir nehmen von diesen beiden Punkten Akt, wollen uns heute aber nicht auf diese allgemeinen Fragen, sondern nur auf einige thatsächliche Einzelverhältnisse einlassen.

Als eine unausbleibliche Folge der neuen Wirthschaftspolitik wurde es von unsern Gegnern bezeichnet, daß, wenn auch die Baumwollspinner durch dieselbe begünstigt würden, doch um so gewisser eine Benachtheiligung der Weber eintreten müsse. Das Resultat ist, daß gerade auch die Weberei einen entschiedenen Aufschwung genommen hat, und daß die deutschen Baumwollenweber mehr und mehr zum Bewußtsein von der Solidarität ihrer Interessen mit denen der einheimischen Spinner gelangen. Der Versuch, von diesem Gesichtspunkte aus eine Spaltung unter die Baumwoll-Interessenten zu bringen, ist jedenfalls gründlich fehlgeschlagen.

Eine der bestrittensten Positionen des neuen Zolltarifs war diejenige auf Leder. Man erinnert sich der vielfachen Beschwerden über die materielle Unmöglichkeit,

mit dem amerikanischen Hemlockleder zu konkurriren, während gleichwohl das Publikum von diesem billigeren aber auch weniger haltbaren Leder keinen Vortheil habe. Nun liegt die Thatsache vor, daß die Lederindustrie allenthalben wieder gedeiht, während allerdings die Herstellung von Artikeln aus Leder eine zeitlang mit dem Import billiger Auslandsartikel dieser Art schwer zu kämpfen hatte und in Folge dessen hie und da zurückging. Aber schon macht es sich auf mehreren Spezialgebieten dieser Branche wahrnehmbar, daß die einheimische Industrie jede loyale Konkurrenz erfolgreich zu bestehen vermag; bei einigen Artikeln gerade dieser Branche ist es sogar schon gelungen, die bis dahin gefürchtetste französische Konkurrenz siegreich aus dem Felde zu schlagen.

Daß die Eisenindustrie in eine Phase neuen Gedeihens eingetreten ist, wird auch von den Gegnern widerwillig zugestanden, und selbst mit der Kleineisen-Industrie, von deren Bedrohung durch die Eisenzölle Hr. Richter und Andere uns so schreckliche Dinge erzählt haben, scheint es immer noch ganz leidlich zu stehen, da anderen Falls sicherlich kein Tag vergehen würde, ohne daß man das Publikum mit Schauergemälden über den Untergang der Remscheider, Hagener rc. Industrie delektirte. Ja es fehlt nicht an Anzeichen, als ob auch hier die Veredlungs-Industrie sich ihres organischen Zusammenhanges mit der Rohstoff-Produktion bewußt würde, und allem Anschein nach kann man wenigstens so viel sagen, daß der Zwiespalt zwischen diesen beiden Gesichtspunkten sich seit dem neuen Zolltarif nicht verstärkt, sondern eher verringert hat. — Mit der Eisenindustrie zugleich hat auch der Kohlenbergbau einen neuen Aufschwung genommen. Freilich sind die Preise noch gedrückt, so daß die hauptsächlichste Wirkung dieses Aufschwunges in der größeren Verbreitung der deutschen Kohle besteht.

In Folge hiervon ist die Herstellung und Bearbeitung des Torfes in große Bedrängniß gerathen, und die mit derselben sich befassenden, ohnehin armen Gegenden waren im Begriffe, ihren Hauptindustriezweig fast gänzlich einzubüßen. Da trat die Gewinnung von Torfstreu in die Bresche, von welchem Artikel (als Ersatz für Stroh und

für Waldstreu) gegenwärtig nach Deutschland und England gar nicht genug geliefert werden kann, so daß jenen Gegenden nicht nur keine Verschlechterung, sondern sogar eine erhebliche Besserung ihrer seitherigen Lage in Aussicht steht. Eine neue Chance also für die deutsche Kohle und zugleich eine neue Chance für den deutschen Torf! Allerdings hat der neue Zolltarif hiermit unmittelbar Nichts zu thun — aber wer vermag zu sagen, in wie weit doch die Neubelebung des industriellen Muthes und Unternehmungsgeistes auch bei dieser günstigen Gestaltung eine Rolle spielt?

Es ließen sich noch mehrere Punkte anführen, in denen der neue Zolltarif in positiv nachweisbarer Weise günstig gewirkt hat. Am charakteristischen ist aber die Wahrnehmung, daß alle diejenigen Spezialartikel, betreffs deren jetzt noch Klagen laut werden, solche sind, welche bei dem neuen Zolltarif gar nicht oder doch nur in sehr geringfügigem Maße Berücksichtigung gefunden haben. Es scheint also aus den bisher vorliegenden Erfahrungen sowohl positiv als negativ hervorzugehen, daß das Prinzig der gegenwärtigen Zollpolitik dasjenige ist, bei dem allein unsere Industrie und unser gesammter Volkswohlstand zu gedeihen vermag.

Ein englischer Besuch bei der deutschen Industrie.

Am 29. Mai cr. traf die von der englischen Regierung eingesetzte Königl. Commission für das technische Unterrichtswesen, bestehend aus den Herren: B. Samuelson M. P. Vorsitzender, Swire Smith, W. Woodall M. P., Ph. Magnus und Redgrave, im Düsseldorfer Bezirke ein, um die technischen Schulen zu besichtigen und bei dieser Gelegenheit auch einige industrielle Etablissements zu besuchen. Die Commission hatte den General-Sekretair des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, Herrn Bueck, gebeten, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, und besuchte unter dessen Führung im Laufe der Woche Dortmund, Lennep, Remscheid, Barmen, Elberfeld, M. Gladbach, Rheydt, Crefeld; auch hatten sich am Dienstag zwei Mitglieder der Commission nach

Iserlohn begeben, um unter Führung des Geh. Ober-Regierungsrathes Herrn Lüders die dortige Fachschule zu besichtigen. Die Kommission hatte insofern eine unglückliche Zeit gewählt, als die meisten Fachschulen wegen der Pfingstferien geschlossen waren, sie konnte daher um so mehr Zeit auf die Besichtigung industrieller Etablissements verwenden.

Die Commission, welche ausnahmslos von den Herren Industriellen mit der größten Freundlichkeit und dankenswerther Gastlichkeit empfangen wurde, war überrascht von der Großartigkeit und Leistungsfähigkeit der Industrie, und es machte ganz besonders das reinliche und gute Aussehen der Arbeiterinnen in den großen Etablissements der Textil-Industrie, wie die im Interesse der Arbeiter getroffenen Wohlfahrts-Einrichtungen einen sichtlichen Eindruck auf dieselbe. Von einer neueren größeren Baumwollspinnerei erklärte die Commission, daß ein besser und vollkommener eingerichtetes Etablissement in England kaum zu finden sein dürfte.

Von höchstem Interesse war für die Commission der Besuch der Schule für Textil-Industrie in Crefeld, welche den Unterricht nach den Pfingsttagen wieder aufgenommen hatte. Die Methode des Unterrichtes, die vortrefflichen Lehrmittel, die hervorragenden Sammlungen, wie die Leistungen der Schüler, riefen ungetheilte Bewunderung hervor, und es wurde anerkannt, daß dieses Institut — für dasselbe ist ein palastartiges Gebäude im Rohbau bereits weit vorgeschritten — von durchschlagendem Einfluß für die weitere Entwickelung der deutschen Textil-Industrie sein wird.

Von Crefeld begab sich ein Theil der Commissionsmitglieder nach London, die anderen blieben zurück, um noch einige Gewerbe- und Fachschulen, welche den Unterricht erst mit Beginn der nächsten Woche aufnehmen, zu besuchen.

Die Commission, welche bereits Frankreich, die Schweiz, Süddeutschland, Wien, Sachsen und Berlin besucht hat, erklärte wiederholt, daß, wenn sie auch überall genügendes Entgegenkommen gefunden habe, die Freundlichkeit und Liebenswürdigkeit des ihr in Rheinland und Westfalen gebotenen Empfanges doch nirgend erreicht worden sei.

Die wichtigsten Preisfluktuationen im I. Quartal 1882.

Von Seiten des statistischen Amtes werden bekanntlich alle Monate die Durchschnittspreise für eine größere Anzahl wichtiger Waaren zusammengestellt. Diese Uebersichten, welche erst in diesem Jahre wieder vielfach erweitert und vervollkommnet worden sind, gewähren einen leichten und im Allgemeinen auch ziemlich genauen Ueberblick über die Bewegung der Waarenpreise und sind solchergestalt wichtige Hilfsmittel zur Erkenntniß unserer wirthschaftlichen Verhältnisse. Gerade in heutiger Zeit sind diese Uebersichten aber von besonderer Wichtigkeit, weil bei uns Industrie und Landwirthschaft weniger an Mangel an Absatz, als an zu niedrigen Preisen kranken, und wir deshalb vorzugsweise aus der Bewegung der letzteren auf die allgemeine Geschäftslage werden schließen können.

Die Preisstatistik des deutschen Reiches ergiebt nun, daß wir, vom Standpunkte der Industrie aus gesprochen, im laufenden Jahre wiederum eine wesentliche Besserung der Verhältnisse erfahren haben. Die Preise der meisten Rohprodukte und Nahrungsmittel, insbesondere von Getreide und Mehl sind herabgegangen; die in der Industrie beschäftigten Arbeiter sind also in der Lage, sich wohlfeiler und besser zu nähren. Gleichzeitig sind die Preise der wichtigsten Industrieerzeugnisse im Steigen begriffen, und hieraus ist zu schließen, daß dieselben Arbeiter entweder in Folge vermehrter Abeitsgelegenheit oder vermöge direkter Lohnsteigerungen reichlicheren Verdienst finden als bisher. Anders sieht es allerdings mit der Landwirthschaft aus. Hier steht einer vereinzelten Steigerung der Weizenpreise ein großer Rückgang im Preise von Roggen ein ziemlich bedeutender Preisabschlag bei Hafer und Spiritus, ein mäßiger bei Gerste entgegen, so daß sich im Allgemeinen eine im Vergleich znm Vorjahre ungünstigere Preisbilanz für unsere Landwirthschaft ergeben dürfte.

Wir schließen hieran eine Zusammenstellung der wichtigsten Durchschnittspreise. Es galten:

			Januar 1881. Mk.	Januar 1882. Mk.	März 1881. Mk.	März 1882. Mk.
Weizen, Berlin . .	1000	Kg.	203,00	219,00	208,50	219,50
Roggen " . .	1000	"	206,25	176,75	204,00	163,00
Gerste, Leipzig . .	1000	"	175,00	170,00	170,00	167,50
Hafer, Berlin . . .	1000	"	153,00	145,00	152,25	136,50
Mehl, Weizen, Köln .	100	"	30,06	31,69	30,00	30,50
Mehl, Roggen, Berlin.	100	"	27,80	23,75	27,50	22,45
Kartoffelspiritus, Berlin	10,000	L. °/₀ Tr.	53,80	47,20	54.40	45,35
Baumwolle, Bremen, Middl.-Upl. . . .	1000	Kg.	129,50	127,21	120,60	127,66
Wolle, deutsch, Berlin	1000	"	345,00	330,00	328,00	325,00
Hanf, Lübeck . . .	1000	"	48,00	51,00	48,00	50,00
Seide, Crefeld . . .	1000	"	62,00	62,00	64,00	61,00
Baumwollgarn, Augsburg, 56—42 . .	1	"	2,22	2,13	2,10	2,12
Baumwollgarn, Crefeld, 40—120 . .	1	"	5,05	5,00	4,90	5,00
Kattun, Stuttgart .	1	Met.	0,238	0,245	0,22	0,242
Flachsgarn, Bielefeld Nr. 30	1	Kg.	2,177	2,066	2,177	2,066
Roheisen, Berlin, Langloan . . .	1000	"	85,00	85,00	80,00	80,00
Roheisen, Breslau, Gießerei roheis. .	1000	"	63,50	—	62,00	72,00
Roheisen, Dortmund, Bessemer	1000	"	70,00	75,50	71,00	75,00
Roheisen, Düsseldorf, Riddel	1000	"	59,00	69,50	61,00	68,50
Blei, Berlin . . .	100	"	31,00	30,50	31,00	29,75
Kupfer, Mansfelder .	100	"	143,50	142,50	139,50	142,50
Zink, Breslau . . .	100	"	31,20	—	30,50	32,30
Steinkohlen, Berlin, engl. Nuß . . .	1000	"	18,00	18,60	19,00	17,20
Steinkohlen, Danzig, desgl.	1000	"	13,50	14,17	13,50	14,08
Steinkohlen, Dortmund, Preßkohle .	1000	"	8,00	10,00	7,20	8,00
Steinkohlen, Essen, Fettkohlen . . .	1000	"	5,40	6,30	5,30	5,50
Steinkohlen, Düsseldorf, Förder-, Gas-, Flammkohlen . .	1000	"	7,30	7,60	7,80	7,25

Aus vorstehender Tabelle möge besonders hervorge-

hoben werden, daß in den wichtigsten Montanprodukten, wie in der Eisenindustrie eine erfreuliche Steigerung der Durchschnittspreise sich bemerkbar gemacht hat.

Falsche Sparsamkeitsgrundsätze unserer Opposition.

Die Tabakmonopol-Commission hat ihren verwerfenden Beschluß durch die unter allen Gesichtspunkten ungeheuerliche Behauptung begründet:

„daß die vorhandenen und ohnehin in der Zunahme begriffenen Einnahmen bei angemessener Sparsamkeit zur Befriedigung der Staatsbedürfnisse ausreichten."

Wir haben diese Behauptung eine ungeheuerliche genannt, weil wir es ungeheuerlich finden, daß 21 Vertreter des deutschen Reichs an die Aufgaben des Staats und demzufolge an die Staatsbedürfnisse einen so kleinlichen, wahrhaft philisterhaften Maßstab legen. Leider sind wir fortwährend in der patriotisch schmerzlichen Nothwendigkeit, einer so verkrüppelten Auffassung der Regierungsaufgaben in Deutschland die großartige Auffassung entgegenzuhalten, welche sämmtliche Faktoren des öffentlichen Lebens in Frankreich über die Aufgaben des Staates hegen und bethätigen. Es giebt in Frankreich weder Minister noch Volksvertreter, am wenigsten aber ausschlaggebende Majoritäten, welche Angesichts der großen Aufgaben des modernen Staates in militärischer, volkswirthschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht den spießbürgerlichen Standpunkt proklamiren, diese riesenhaften und durch besondere Culturentwicklungen acut gewordenen Aufgaben ließen sich durch „angemessene Sparsamkeit" aus laufenden Einnahmen bestreiten. In Frankreich hat man von „angemessener Sparsamkeit" einen anderen, und wie wir glauben, weisern Begriff. Niemand in Frankreich erblickt eine „angemessene Sparsamkeit" darin, die Wehrkraft des Landes zu schwächen. Niemand in Frankreich hält es für einen Gewinn, durch Abstriche am Militäretat die Sicherheit der Grenzen zu

vermindern und durch Ersparung von vielleicht 50 Millionen von Neuem eine Einbuße von über 10 Milliarden zu riskiren. Niemand in Frankreich hält es auch für einen Gewinn, durch solche Ersparnisse das für Handel und Verkehr so nothwendige Sicherheitsgefühl zu vermindern. Ja man ist in Frankreich trotz höchster geschäftlicher Tüchtigkeit so wenig geneigt, in Sachen der nationalen Ehre den spießbürgerlichen Maßstab der Pfennigpfuscherei anzulegen, daß man jeden „Ersparnißgewinn" in dieser Hinsicht als den empfindlichsten und unerträglichsten Verlust fürchtet und fernzuzuhalten sucht.

Doch auch von dem militärischen Gebiete und von der patriotischen Leidenschaft der Franzosen abgesehen, sind sie auch auf den volkswirthschaftlichen und sozialpolitischen Gebieten weit entfernt davon, durch philisterhafte Sparsamkeit überall da Gewinne anzustreben, wo nur die reichlichsten Kapitalaussaaten im Stande sind, die schwersten Nothstände und Gefahren fern zu halten. Wo man in Deutschland schon Herkulesthaten zu vollbringen wähnt, wenn man für Eisenbahn- und Canalbauten 100 Millionen fordert, greift man in Frankreich fern von aller spießbürgerlichen Kleinlichkeit sofort zu Milliarden. Auch zeigt die tägliche Erfahrung, daß der Gewinn in dieser Großartigkeit des Geldausgebens, der Verlust aber in der deutschen Kleinlichkeit liegt. Während in Frankreich die reichliche Kapitalaussaat eine blühende Volkswirthschaft, reichliche Beschäftigung, hohe Löhne und in Folge dessen gewinnreiche Geschäftsbetriebe erzeugt, krankt die deutsche Volkswirthschaft seit 10 Jahren an spärlicher Kapitalaussaat. Während in Frankreich ein unerhörter Gründungs- und Börsenschwindel am eigentlichen Volke spurlos vorüberzieht, können sich in Deutschland die Fabrikanten wie auch die kleineren Leute seit 10 Jahren von dem viel geringeren Gründungs- und Börsenschwindel nicht erholen. In Deutschland herrscht die Ansicht eines thörichten Bauern, der nach einem verwüstenden Hagelschlag meint, seinen Acker und Wohlstand nicht durch neue Aussaaten, sondern durch die angemessene Sparsamkeit des „Gehenlassens" durch die „laufenden Einnahmen" seiner verhagelten Wirthschaft heben zu können.

Das betrifft die bloß volkswirthschaftlichen Gesichtspunkte. Ungleich thörichter erscheint die deutsche Pfennigpfuscherei noch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten. Von allen sozial-meteorologischen Stationen in Europa wird gemeldet: Sturm im Anzugel Irland und Rußland befindet sich in sozialen Krämpfen, die man auch wohl Sozial-Revolutionen nennen könnte. Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck wollen von Deutschland das sozial-revolutionäre Gewitter durch Anbringung zahlreicher Reformen (Blitzableiter) abwenden. Diese Blitzableiter kosten aber Geld, viel Geld, gerade so wie die Abwendung einer auswärtigen Kriegsgefahr viel Geld zu kosten pflegt. Wenn der auswärtige Feind losbricht, so findet es Jedermann selbstverständlich, daß der Kriegsminister über die vorhandenen Mittel hinaus große neue Geldmittel fordert. Niemand tritt dann auf, um dem Kriegsminister bemerklich zu machen, „daß die vorhandenen und ohnedem in der Zunahme begriffenen Einnahmen bei angemessener Sparsamkeit zur Befriedigung der Staatsbedürfnisse ausreichen." Erhöbe sich aber ein Abgeordneter zu solchen Aussprüchen der Staatsweisheit, so würde er entweder als Irrsinniger oder Landesverräther bei Seite gebracht werden. Denn Jedermann sieht einer äußern Kriegsgefahr gegenüber ein, daß das „Staatsbedürfniß" hier ein abnormes und acutes wurde, welches aus den „laufenden Einnahmen" nicht befriedigt werden kann. Wenn heutzutage dasselbe nicht Jedermann auch einer innern Revolutionsgefahr gegenüber einsieht, so liegt das keineswegs an großen sachlichen Unterschieden, d. h. an der viel geringern Revolutionsgefahr, sondern lediglich an der hergebrachten menschlichen Blindheit, die erst durch vielen Schaden klug werden muß. Es sieht in Europa ganz darnach aus, als sollte es den Menschen nicht an reichlichen Gelegenheiten zu diesem „Klugwerden" fehlen. Vielleicht überlebt einer von den 22 Verkündern der „angemessenen Sparsamkeit" diese Gelegenheiten, um dann „durch großen allgemeinen Schaden" klug geworden einen derzeitigen Reformminister nicht wieder lahm zu legen durch falsche, d. h. durch spießbürgerliche Sparsamkeits-Grundsätze.

Ein neuer Handelsweg nach Centralasien.

Daß die Ausdehnung des Handels nach fernen Ländern, die Ausfuhr der eigenen Industrie-Erzeugnisse in fremde Staaten die erste Quelle des Wohlstandes der Nationen ist, dafür bieten die Beispiele Englands, des kleinen Holland und die ehemalige Blüthe des spanischen Reichs hinreichende Beläge. Wenn so Großes schon in früheren Jahrhunderten bei dem Mangel allen derjenigen Hülfsmittel, welche Dampfkraft und Elektricität bieten, geleistet worden ist, so sollte man meinen, dürfte es nicht schwer sein, heute in Jahren das zu erreichen, was ehemals kaum Jahrhunderte zu Wege bringen konnten.

Es ist die Aufgabe des Handels, Mittel und Wege zu suchen, wie sich die Produkte ferner Länder zum Nutzen der Bewohner des Vaterlandes direkt erwerben lassen, und wie der Ueberschuß der Erwerbsthätigkeit des Vaterlandes zu verwerthen ist. Daß sich im Gefolge eines auf diese Art angebahnten Handels die Kolonisation dann finden muß, daß im Beschluß an dieselbe der Schutz der entstehenden Handelskolonien durch den Staat nicht ausbleiben kann, ist, wie die Geschichte lehrt, nur eine Konsequenz der geschaffenen Verhältnisse.

Es haben sich in unserem erstarkten großen deutschen Vaterlande neuerdings nun mehrfach Mittel und Wege gefunden, um durch großartig angelegte Handels-Unternehmungen die Industrie und indirekt auch die Landwirthschaft zu fördern und dadurch den nationalen Wohlstand zu heben. An der Spitze dieser Unternehmungen, welche vornehmlich den reichen Orient ihre Aufmerksamkeit zuwenden, steht „die deutsche Handels-Gesellschaft“ mit ihrem jetzigen Sitze in Berlin. Dieselbe hat sich bekanntlich als Operationsgebiet die Handel- und Hafenstädte der Levante und als Operationsbasis den Hafen Triest gewählt.

Wir beabsichtigen durch diese Zeilen nun die Aufmerksamkeit derartiger Unternehmungen auf eine wichtige neue Begebenheit hinzulenken, welche für den Handel und die Industrie Deutschlands eine große Bedeutung zu erlangen im Stande ist, nämlich die in diesen Tagen bevorstehende Eröffnung der Eisenbahn von Tiflis nach Baku. Hierdurch ist in Verbindung mit der seit

dem 10. Oktober 1872 in Betrieb befindlichen Bahnstrecke Tiflis—Poti eine ununterbrochene Schienenstraße zwischen dem schwarzen und kaspischen Meere geschaffen. Europa kann also von heute an leicht seine Industrie-Erzeugnisse direkt nach Mittelasien und Persien senden, da von Baku aus Dampfschiffslinien nach Asterabad (einem Hafen Persiens) und Krasnowodsk (einem Hafen Chinas) führen. Baku ist bekanntlich der Haupthafen am Kaspisee, welcher nie zufriert und Sitz der Petroleum-Industrie. Seit dem Jahre 1876, in welchem diese Industrie steuerfrei wurde, sind dort 300 neue Bohrlöcher hergestellt und über 100 Photogenfabriken im Betrieb. So ist es kein Wunder daß gegenwärtig Rußlands ganzer Konsum, ca. 120 Millionen Centner Petroleum, fast ausschließlich durch das einheim'sche Produkt gedeckt wird, und wenn die Fachleute, welche die Lager von Baku für reicher als die pensilvanischen erklären, recht haben, so dürfte es nur noch eine Frage der Zeit sein, daß das russische Petroleum auch in außerrussischen Ländern die Konkurrenz aufnimmt. Zugleich aber erschließt sich auch im Kaukasus selbst eine reiche Fülle mineralischer Schätze. Der Bergbau auf edle und unedle Metalle belebt sich durch russisches Kapital und abendländische Techniker. Die Thäler sind ergiebig in Getreide, Krapp, Tabak, Seide, am meisten in Obst und Wein. Die üppigsten Waldbestände finden sich vor. „Riesige Eichen," sagt Bodenstedt, „Buchen und Erlen rauschen heimathliche Erinnerungen in uns wach, wie grüne Moscheenkuppeln wölben sich über uns die großblätterigen Kastanienbäume und wie Kirchthürme steigen die glänzenden Silberpappeln aus dem Waldheiligthum empor. Der Kirschlorbeer, die Myrte und und förmliche Wände von Buchsbaum und Mispelgesträuch drängen sich bis ans Meer. Bis zu den Gipfeln der höchsten Bäume klettert die wilde Rebe empor und läßt ihre Ranken lang herabhängen, wie losgelassene Maschen des grünen Netzes, welches den ganzen Urwald umspannt."

In jenen Gebieten steht der deutschen Industrie noch vieles offen und der deutsche Exporteur wird durch reichliche Rückfrachten seine Unternehmungen sicherlich in lohnender Weise verzinsen können.

Wer ist der größte Consument?

Diese sehr wichtige Frage beantwortet der Freiherr v. Fechenbach in seiner neuesten Schrift „Ein Beitrag zur Lohn- und Arbeiterfrage" wie folgt: Es ist eine heilige Pflicht der Regierungen und auch eine solche ihrer Selbsterhaltung, daß sie nicht allein das „Spiel der freien Kräfte" bricht, sondern alle Mittel und Wege ergründet, um der exceptionellen Stellung der Capital-Gewaltigen zu begegnen und die Voraussetzungen zu schaffen, auf welche sich allein wieder kleinere und mittlere Vermögen bilden können. Selbst ganz abgesehen von dem humanen Standpunkt, so ist die Vermehrung der kleinen und mittleren Vermögen auch in Hinsicht auf finanzpolitische Erwägungen zu erstreben. Trotz der immer mehr um sich greifenden Massen-Armuth ist es eine bekannte Sache, daß die Massensteuern nicht von den Reichen, sondern gerade von den kleinen und armen Leuten aufgebracht werden müssen. Nicht ein Paar Tausend Millionäre erhalten den Staat und decken seine Bedürfnisse, sondern die Massen müssen es thun. Wenn sich auch ein Millionär mit dem größten Luxus umgiebt, und wie man zu sagen pflegt, außerordentlich „viel verzehrt", so vermögen doch hunderttausend arme Menschen noch weit mehr zu verzehren. Was die Massen consumiren, kommt dem ganzen Lande zu gut, und je mehr man sie consumtionsfähig machen kann, je mehr hebt sich die Landwirthschaft und die Industrie.

Luxemburger Eisenproduktion.

Wegen der großen Bedeutung, welche die Roheisenproduktion des Großherzogthums Luxemburg für die deutsche Eisenindustrie besitzt, lassen wir einige Angaben über dieselbe hier folgen, woraus die beachtenswerthen Fortschritte der dortigen Eisenindustrie im vergangenen Jahre hervorgehen werden.

Die Produktion der Eisenerzgruben Luxemburgs belief sich im Jahre 1881 auf 2,161,881 Tons gegen

2,069,814 Tons im Jahre 1880; im Jahre 1881 sind also 92.067 Tons oder 4,4 pCt. mehr gefördert worden. Der Werth der Produktion des Jahres 1881 wird auf 6,205,468 Francs berechnet gegen 6,136,686 Fr. im Vorjahr, also 1881 68,782 Fr. mehr als 1880. Der mittlere Preis betrug im Jahre 1881 pro Tonne Erz 2,87 Fr., im Jahre 1880 dagegen 2,70 Fr. Mit der Förderung des Erzes wurden im Jahre 1881 3433 Arbeiter gegen 3510 Arbeiter im Vorjahr beschäftigt.

Die folgenden Ziffern geben über die Anzahl der Hochöfen, über die Produktion, Preise und Arbeiterzahl in den Hüttenwerken Luxemburgs Auskunft:

Es betrug	1880	1881
die Zahl der Hochöfen		
in Thätigkeit . .	15	16
außer Thätigkeit	3	1
die Roheisenproduktion	266,666 Tons	293,615 Tons
der mittl. Preis p. Tonne	55,0 Fr.	48,0 Fr.
die Zahl der Arbeiter	1328	1506.

Die Roheisenproduktion hat im Jahre 1881 also um 10 pCt. zugenommen, während der mittlere Preis pro Tonne um 12,7 pCt. gesunken ist.

Der Werth der Gußeisenproduktion wurde im Jahre 1881 auf 14,136,666 Fr., 1880 dagegen auf 14,545,282 Fr. berechnet.

Die Preisfluctuationen des Gußeisens habe während des Jahres 1881 weit weniger belangreiche Differenzen gezeigt, als im Jahre 1880. Im ersteren Jahre variirte der Preis zwischen 46 und 60 Fr., das ergiebt einen Unterschied von 14 Fr.; im Jahre 1880 hat dagegen die Differenz zwischen dem höchsten und niedrigsten Preise 40 Fr. betragen, indem sich die Preise bis 85 Fr. gehoben hatten und bis auf 45 Fr. gesunken waren.

Im Ganzen waren im Jahre 1881 in Luxemburg 6 Eisengießereien in Thätigkeit. An verschiedenen Fabrikaten, als kleinere Gußstücke, Geschirre, Maschinentheile u. s. w., wurden 1578 Tons gegen 1701 Tons im Jahre 1880 hergestellt. Der Werth dieser Produktion im Jahre 1881 belief sich auf 419,531 Fr. gegen 426,863 Fr. im Vorjahre. Die Gießereien haben im Jahre 1881 157 Arbeiter, im Vorjahre dagegen 162 Arbeiter beschäftigt.

Aus Allem ergiebt sich also, daß sich das Förderungsquantum von Eisenerz im Jahre 1881 gegen das Vorjahr nicht zu beträchtlich, nämlich um 4,4 pCt. vermehrt hat, auch der mittlere Preis pro Tonne Erz ist im Jahre 1881 um 6,3 pCt. gegen das Vorjahr gestiegen. Die Produktion an Gußeisen ist 1881 gleichfalls gegen das Vorjahr nicht unwesentlich, nämlich um 10,1 pCt. gestiegen, dagegen ist der Durchschnittspreis pro Tonne Gußeisen im Jahre 1881 gegen denjenigen des Vorjahres um 12,7 pCt. gesunken; hieraus ist eine Abnahme des gesammten Produktionswerths im Jahre 1881 von 2,8 pCt. entstanden.

Das neue Prinzip der Volkswirthschaft.

Eine größere Provinzial-Zeitung führte zu Gunsten des Tabakmonopols kürzlich ein Motiv ins Feld, welches so nackt wie es hingestellt wurde, auf eine Verkennung desjenigen neue Prinzips der Volkswirthschaft hinausläuft, welches gerade den Gegensatz des Manchesterthums und den Inhalt der neuen sozialpolitischen Aufgaben ausmacht. Lassen wir zunächst die gedachte Zeitung in ihren eigenen Worten reden:

„Die Herren von der manchesterlichen Opposition", heißt es zum Schluß, „nehmen in ihrem tendenziösen Kampf gegen das Monopol überdies keinen Anstand, die bestberechtigten ihrer eigenen Prinzipien rundweg zu verleugnen. So reden die Herren von der „blühenden Industrie" und den „zahllosen Existenzen", denen dieselbe Erwerb sichere. Daß diese blühende Industrie, soweit sie Werthe schafft, der Gesammtheit erhalten bleibt — der Export von Tabaksfabrikaten fällt fast gar nicht ins Gewicht — übersieht man vollständig, daß sie mit weniger Kräften, d. h. mit weniger Drohnen im Bienenkorbe, ihren Zweck erfüllen wird, bezeichnet man unter Verleugnung aller richtigen wirthschaftlichen Prinzipien im vorliegenden Falle als einen Nachtheil. Unsere materielle Kulturentwickelung beruht aber, wie gerade die Freihandelsschule lehrt, vornehmlich darin, daß wir viel produziren, denn jedes Weizenkorn, das wir dem Boden abgewinnen, jede Stecknadel, die wir produziren, kommt der Gesammtheit zu Gute. Um aber viel zu produziren, müssen wir mit möglichst geringen Arbeitskräften produziren,

Ersparniß an Arbeitskraft ist stets die wesentlichste Ersparniß. Sollten die Herren von der manchesterlichen Opposition das bestreiten, so verweisen wir sie auf das, was der beste Kopf in ihren Reihen, Herr Dr. Bamberger, noch am 15. Mai 1879 im Reichstage erklärt hat. Er bezeichnete jede Ersparung an Arbeitskraft als „wahrhaft segensreich im Sinne der Civilisation". Und unbedingt hatte er Recht. Nur ein Thor wird zwölf Menschen zu einer Leistung verwenden, zu welcher die Kraft von dreien genügt."

Dieses ganze Raisonnement geht von der unrichtigen Voraussetzung aus, daß der Schwerpunkt der volkswirthschaftlichen Aufgaben heute wie früher noch in die Erzeugung, statt in die Vertheilung der Güter falle. Es ist nicht wahr, daß unsere Kulturentwicklung vornehmlich darin beruht, daß wir viel produziren. — Im Gegentheil wurden selbst unserer „materiellen" Kulturentwicklung — wenn es überhaupt gestattet ist, von einer materiellen Kultur zu reden — durch die Produktionssteigerungen der modernen Technik namhafte, ja so große Gefahren bereitet, daß man sich gewöhnt hat, das entsetzliche Elend der modernen Wirthschaftskrisen auf die „Ueberproduktion" zurückzuführen. Wir gehen darin nicht so weit, sondern behaupten nur, daß das „Vielproduziren" heutzutage die Aufgaben der Volkswirthschaft und Sozialpolitik nicht mehr erschöpft, ja kaum noch ein Gegenstand ihrer Sorge überhaupt zu sein braucht, weil die modernen Erfindungen dafür bereits heute überreichlich sorgen, obwohl sie erst eben beginnen, ihr Wunderhorn auszuschütten. Weil die Technik das Problem der Ersparung menschlicher Kräfte schon löste und zwar vorläufig mit volkswirthschaftlichen und sozialen Erstverschlimmerungen, so ist es ferner nicht ohne Weiteres wahr, „daß jedes Weizenkorn, das wir dem Boden abgewinnen, jede Stecknadel, die wir erzeugen, der Gesammtheit zu Gute kommt".

Wahr ist dies nur unter der noch unerfüllten Voraussetzung, daß das Carey'sche Verlangen einer näheren Zusammenführung produktiver und consumtiver Kräfte verwirklicht wird. Was sich im Westen Amerikas durch Verbrennung ungeheurer Quantitäten unverkäuflichen Weizens, und was sich in Brasilien durch Verfaulung

ungeheurer Quantitäten unverkäuflichen Kaffees im Großen und mit drastischer Anschaulichkeit ereignet, ereignet sich im Kleinen und durch die Augenbinde abstumpfender Gewohnheit unserer Anschauung entrückt täglich in jeder Stadt, in jedem Dorfe Deutschlands, nämlich, daß die produktiven und consumtiven Kräfte wie durch einen Abgrund von einander getrennt sind, so daß das höchste Producirenkönnen Schulter an Schulter mit dem niedrigsten Consumirenkönnen erscheint.

Weil man manchesterlicherseits den Schwerpunkt volkswirthschaftlicher Sorgen irrigerweise in die Gütererzeugung legte, das neue Prinzip der Volkswirthschaft — die Güter- und Arbeitsvertheilung — aber vernachlässigte, eben deßhalb steht die moderne Culturwelt auf dem Vulkan drohender Sozial-Revolutionen. Weil das neue Prinzip der Volkswirthschaft noch nicht zur Anerkennung und Herrschaft gelangte — eben deßhalb bietet unser Volk den bedrohlichen Anblick einer fast doppelten Garnitur von Kopf- und Handarbeitern dar, welche Beide im Begriffe sind, körperlich, geistig und moralisch zu Grunde zu gehen, indem die eine Garnitur zu viel Arbeit und die andere gar keine Arbeit hat. Wer heute arbeitet, muß nicht wie ein Mensch, sondern wie ein Sklave, nein, wie ein überbürdetes Lastthier arbeiten, was dem Leben seine ideale Entwicklungsfähigkeit raubt und körperlich, geistig und moralisch ruinirt. Dieser, im Uebermaß der Arbeit zu Grunde gehenden Garnitur von Kopf- und Handarbeitern steht die im Zuwenig der Arbeit zu Grunde gehende Garnitur von Müßiggängern jeder Art, von beschäftigungslosen Gebildeten und Ungebildeten, von Roue's, von alten Jungfern, von Stellenlosen, Vagabunden und Verbrechern gegenüber.

Das ist der ebenso skandalöse wie gefährliche Anblick, den unser Volksleben darbietet, weil das Manchesterthum, welches wesentlich noch heute überall herrscht, den Schwerpunkt der Volkswirthschaft in die anderweit gelöste Gütererzeugung, statt in die Güter- und Arbeits-Vertheilung legte. Letzteres Problem ist das Prinzip der neuen Volkswirthschaft und Sozialpolitik.

Die Hutfabrikation und der Zolltarif.

Wir haben in diesem Blatte mehrfach die Ansicht vertreten, daß der Zolltarif vom Jahre 1879, einen so großen Fortschritt er auch gegen die voraufgegangene Freihandelsperiode im Großen und Ganzen bedeutet, doch an einigen empfindlichen Mängeln leidet, welche zum größten Theil auf die überhastete Berathung und Beschließung desselben zurückzuführen sind. Verschiedene wichtige Industriezweige haben diese Mängel schwer empfunden und die Reichsregierung hat sich den Vorstellungen derselben auch nicht verschließen können, wie die neuerdings eingebrachte Vorlage betreffend die Abänderung des Zolltarifs beweist. Andere Industrien, welche durch den bestehenden Zolltarif gleichfalls beschwert werden, haben das Ohr des leitenden Ministers noch nicht gewonnen, aber es scheint unzweifelhaft, daß sie bei fortgesetzter maßvoller und durch sachliche Gründe unterstützter Agitation zum Ziele gelangen werden.

Zu denjenigen Industrieen, welche sich über eine ganz irrationelle Zolltarifirung ihrer Erzeugnisse mit dem größten Recht beklagen können, gehört die Hutfabrikation, ein Gewerbe, das in Deutschland in großem Umfange betrieben wird. Wie wir erfahren, ist bei dem Herren Reichskanzler eine Petition seitens des Vereins deutscher Hutfabrikanten eingegangen, in welcher die gewichtigsten Gravamina eingehend erörtert sind und worin allerdings nachgewiesen wird, daß die Hutindustie durch den neuen Zolltarif nicht gefördert, sondern eher benachtheiligt worden ist. Gegenwärtig unterliegen nämlich in Deutschland Filzhüte einem Eingangszoll von Mk. 180 per 100 Kilogramm. Da nun ein Haarfilzhut feinster und mittlerer Qualität etwa 90 Gramm wiegt, so entfällt auf einen solchen Hut eine Zollabgabe von ca. 16 Pfennig, oder bei einem Durchschnittswerthe von 6—9 Mk., von noch nicht 2 pCt. des Werthes, während der Zoll sich bei den ordinären Filzhüten etwa auf 22 Pfennig per Stück oder 12 pCt. vom Werthe stellt. Es geht hieraus hervor, daß das ordinäre Product, welches in der Regel mit baumwollener Garnitur versehen ist, einen weit höheren Zoll bezahlt, als die ausschließlich mit seidener

oder halbseidener Garnitur versehene feinere Waare und die Folge ist, daß ordinäre billige Wollhüte so gut wie gar nicht mehr eingeführt werden, während unser Markt mit schöneren Haarfilzhüten vom Auslande überschwemmt wird. Dieser Zustand ist aber mit dem Grundprinzip jedes rationellen Schutzzollsystems, welches auf Förderung der Qualitätsproduktion gerichtet ist, durchaus unvereinbar und wir sind keinen Augenblick im Zweifel, daß es bei der Reichsregierung nur der Erkenntniß dieser Mißstände bedarf, um die Abstellung derselben zu veranlaßen.

Die ausländische Hutfabrikation, insbesondere die österreichische, ist vor der deutschen in vieler Hinsicht bevorzugt. Zunächst kommt ihr die Vorliebe des deutschen Publikums für ausländische Waaren und Etiquetten zu Hilfe. Dann arbeitet sie auch mit billigerem Material, da die seidenen Futterstoffe anderwärts nicht so hoch mit Zoll belastet sind, wie in Deutschland. Für Oesterreich speziell fallen weiter ins Gewicht die billigen Arbeitslöhne, namentlich in Böhmen und endlich ein Agio von 15 pCt., welches der österreichische Hutfabrikant bei dem Export nach Deutschland verdient. Kann man diese Vortheile durch einen Zoll von 2 pCt. des Werthes für ausgeglichen halten? Es kommt noch hinzu, daß für die deutsche Hutfabrikation das Verhältniß der Zollbelastung der fertigen Hüte zu der Belastung der zur Fabrikation nöthigen seidenen und halbseidenen Futterstoffe ein ganz irrationelles ist. Ein besserer und feinster Hut besteht dem Werthe nach ungefähr zum dritten Theil aus solchen Stoffen, die vom Auslande bezogen und als Seidenwaare mit Mk. 600 per 100 Ko. oder als halbseidene Waare mit Mk. 300 per 100 Ko. verzollt werden müssen. Wenn nun diese feinsten Hüte im fertigen Zustande nur Mk. 180 Zoll per 100 Ko. zu tragen haben, so liegt darin offenbar eine Anomalie, deren Beseitigung ganz unerläßlich ist.

Der Verein deutscher Hutfabrikanten hat deshalb dem Herrn Reichskanzler unter Anderem folgende Wünsche vorgetragen:

„Der Zoll auf Filzhüte mit seidener und halbseidener Garnitur möge so erhöht werden, daß er ungefähr den Vortheil ausgleicht, der aus der im

Eingang aufgeführten Berechnung den österreichischen Fabrikanten gegen die deutschen geboten ist, mindestens aber per Hut sich auf 50 bis 60 Pf. berechnet."

„Der Zoll auf Filzhüte mit baumwollener Garnitur möge wie seither mit Mk. 180 per 100 Ko. bestehen bleiben."

Wir hoffen, daß diesen billigen Wünschen baldigst, jedenfalls aber bei einer etwaigen Revision des Zolltarifs von 1879 entsprochen werden wird.

Eine elektrische Locomotive.

Der Bleichereibesitzer Herr Dupuy in Lisieux hat für den eigenen Gebrauch eine originelle elektrische Locomotive gebaut. Das Ausbreiten der Leinewand auf den Bleichwiesen und das Wiedereinziehen derselben wurde bei ihm bisher in zeitraubender Weise durch Menschenhände besorgt. Jetzt verrichtet das Geschäft ein eigenthümlicher Wagen. Auf demselben resp. auf dem nachfolgenden Tender stehen 60 Faure'sche Accumulatoren, welche in der Nacht geladen werden und eine Siemens'sche Dynamomaschine speisen, die ihrerseits nicht nur auf die Räder des Wagens wirkt und denselben nach den Wiesen schleppt, sondern zugleich eine Winde dreht, welche die Leinewand aufnimmt und dem angehängten Vorrathswagen zuführt. Das Abwickeln geschieht hingegen durch die Fortbewegung des Wagens. Abgesehen von der größeren Gefahrlosigkeit des Betriebes und der technisch-zweckmäßigeren Anwendung des elektrischen Motors hat Herr Dupuy die Elektricität als Triebkraft deshalb gewählt, weil eine Dampf- oder kalorische Maschine, die Kohlenheizung verlangen, Rauch und Asche erzeugen, welche der gebleichten Leinewand schaden müßten. Der Erfinder hat im Sinnne für eine andere Bleicherei einen zweiten, derartigen Wagen zu bauen, der aber auf Schienen laufen soll.

Alte und neue Parteien.

a. Unsere Gegner haben vor uns einen Vortheil voraus, der keineswegs gering anzuschlagen ist. Ihre Doktrin ist eine so abgeschlossene, und sie sind seit so langer Zeit darin geübt, dieselbe auf alle Gebiete des wirthschaftlichen und sozialen Lebens anzuwenden, daß sie in jedem einzelnen Falle nur die längst feststehende Schablone zu benutzen brauchen und jedenfalls niemals in Verlegenheit gerathen. Sogar die Geschicklichkeit, für verschiedene Leute ganz verschiedene, ja nach Umständen entgegengesetzte Gesichtspunkte ins Feld zu führen, wird durch diese lange Uebung in hohem Maße begünstigt; nie wäre sonst die Leichtigkeit und Unverfrorenheit zu erzielen, mit welcher das eine Mal den sozialdemokratischen Arbeitern versichert wird, Lohnsteigerungen seien die nothwendige reife Frucht einer gedeihlichen industriellen Entwicklung und sie zu erzwingen sei logisch unmöglich, während das andere Mal der neuen Zollpolitik der bitterste Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie allerdings die Lage der Industrie verbessert, aber eine eigentliche Lohnsteigerung noch nicht zur Folge gehabt habe, oder mit der das eine Mal der Landbevölkerung versichert wird, das bischen landwirthschaftliche Zölle habe ja gar keinen Einfluß, weil die Preise durch die Gesammtlage des Welthandels bestimmt würden, während man das andere Mal den städtischen Arbeiterbevölkerungen vorrechnet wie schwer die Preisvertheuerung durch die Zölle auf ihnen laste?! Die Art, wie solche Dinge möglich gemacht werden und wie man sich auch ein Hinterthürchen bereit hält, um im schlimmsten Falle nothdürftig darthun zu können, daß selbst solche heulenden Widersprüche doch nicht schlechterdings unvereinbar seien, die kann eben nur die Frucht langjähriger systematischer Schulung sein, und auch die Gewöhnung an allerhand rücksichtslose Praktiken muß sich schon herausgebildet haben, um für dergleichen überall das geeignete Schema an die Hand zu geben.

Wir befinden uns nicht in dieser glücklichen Lage. Würde es sich um eine bloße Schutzzollpolitik handeln, so wäre diese allerdings keine neue Sache und würde

es an einem deutlichen Hervortreten der überall zur Geltung zu bringenden Gesichtspunkte nirgendwo fehlen. So ganz abgeklärt, wie es zu wünschen sein möchte, sind zwar auch auf diesem engeren Gebiete die Parteibestrebungen noch nicht; das Verhältniß zwischen Rohproduktion und Veredlung bedarf noch einer klareren, allgemein anerkannten Formulirung, und sogar das Grundprinzip, welches einer gesunden Schutzzollpolitik zu Grunde liegen soll, ist noch keineswegs erschöpfend definirt, da man immer noch nicht recht weiß, ob der Schutzzoll nur zum Zwecke industrieller Erziehung wirken und nach Erreichung dieses Zweckes aufhören soll, oder ob er, unabhängig von der Frage der Konkurrenzfähigkeit, als selbstständiges Prinzip aufzutreten berechtigt ist. In der Praxis macht sich indessen diese Schwierigkeit nur in untergeordnetem Grade fühlbar.

Um so schwerer haben die Freunde einer wirthschaftlich-sozialen Reform damit zu kämpfen, daß es auf einer Menge von Gebieten an Abgeklärtheit der Fragen und an klarer Stellungnahme der Parteien zu denselben noch gänzlich fehlt. Die Handwerker- und die landwirthschaftliche Frage z. B., auf welchen beiden Seiten von einer extremen Partei sehr weitgehende, unsere heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse vollständig auf den Kopf stellende Forderungen aufgestellt werden, entbehren noch in hohem Maße derjenigen Aus- und Durchbildung, auf Grund deren von jedem ehrlichen Anhänger der neuen Wirthschaftspolitik eine Zustimmung zu bestimmten Sätzen gefordert werden könnte. Man kann nicht verlangen, daß jeder Freund der neuen Wirthschaftspolitik sich ohne Weiteres auch für die obligatorische Innung und für die Gebundenheit des landwirthschaftlichen Grundbesitzes aussprechen soll, sondern höchstens, daß diesen Fragen gegenüber eine gewisse Reserve beobachtet und deren Prüfung nicht schlechtweg von der Hand gewiesen werde. Wir stehen mitten in einem Gährungsprozesse, und es ist das Beste dies offen anzuerkennen. Ohne Zweifel sind hiermit Nachtheile verbunden, namentlich einem so rücksichtslosen und wohlgeschulten Gegner gegenüber; aber diese Nachtheile sind keine zufälligen und gelegentlichen, so daß sie sich durch eine bloße Uebereinkunft

beseitigen ließen, sondern sie sind innerlich nothwendige, aus dem Werden und Wachsen ganz neuer Parteistandpunkte sich ergebende, und müssen als solche hingenommen werden.

Es tritt hiernach an die Freunde der neuen Wirthschafts- und Sozialpolitik eine doppelte Aufgabe heran. Zuerst der Aufruf zu geistiger Arbeit; es ist keine Kleinigkeit den Verschmelzungsprozeß durchzukämpfen, der die Bestrebungen aller produktiven Stände in eine allen gemeinsame Reihe von Gesichtspunkten zusammenfassen soll, aber es ist dies auch eine Aufgabe „des Schweißes der Edlen werth." Sodann aber muß zur Einigkeit aller, gegen den freihändlerischen Fortschritt kämpfenden Interessenkreise dringend gemahnt werden. In diesen Tagen erst ist ein Angriff auf die landwirthschaftlichen Zölle, diese unentbehrliche Schutzmauer der industriellen, nur mit knapper Noth abgeschlagen worden, und einer unserer Gegner hatte bei diesem Angriffe die Stirn, zu behaupten: er wolle die „ehrliche Probe" mit dem neuen Zollsystem nicht stören; während doch Jedermann weiß, daß dem Fallen der landwirthschaftlichen Zölle der siegesgewisseste Ansturm auf die industriellen sofort folgen würde. Also Einigkeit im Kampfe und eifriges Fortfahren in der, die Kampfesgenossen auch innerlich einigenden und festigenden geistigen Arbeit!

Der Außenhandel Oesterreich-Ungarns im Jahre 1881.

In der „Austria" ist kürzlich die summarische Uebersicht über den Gang des österreichisch-ungarischen Außenhandels im Jahre 1881 publicirt worden, aus welcher man den allgemeinen Eindruck gewinnt, daß trotz der fortgesetzten Steigerung des österreichischen Zolltarifs die Importe ausländischer Industrieerzeugnisse im verflossenen Jahre eher zu- als abgenommen haben. Allerdings wird Manches von den Mehrimporten auf Rechnung der Spekulation zu setzen sein, indeß, wenn auch einige Importeure in Voraussicht neuer Zollerhöhungen

über den augenblicklichen Bedarf hinaus eingeführt haben mögen, so lagen diese inzwischen eingetretenen Zollerhöhungen doch am Ende des Jahres 1881 noch zu fern, als daß sie einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Einfuhr hätten ausüben können. Man wird vielmehr die große Steigerung der letzteren als Beweis dafür ansehen können, daß Oesterreich-Ungarn hinsichtlich seiner industriellen Leistungsfähigkeit doch noch um Einiges hinter den sogenannten Industriestaaten zurücksteht, denn augenscheinlich ist im Lande selbst der Begehr nach Industrieerzeugnissen größer, als die Fähigkeit der Industrie, ihm zu genügen.

Dies gilt insbesondere von der Metallindustrie, für welche Oesterreich-Ungarn allerdings weniger günstige Vorbedingungen besitzt als Deutschland. Der Impor- von Eisen und Stahl und von Eisen- und Stahlwaare- ist im Jahre 1881 ganz außerordentlich gestiegen, der Export gleichzeitig zurückgegangen. Wenn dies einerx seits ein erfreuliches Zeichen ist, daß der Eisenmarkt in Oesterreich-Ungarn wieder an Leben gewinnt, so sollte, da einmal die Produktionsverhältnisse der österreichischen Eisenindustrie dauernd ungünstigere bleiben werden, als die der englischen und deutschen, die dortseitige Regierung doch nicht durch exorbitante Eingangszölle allen Gewerben das wichtigste Hilfsmaterial allzusehr vern theuern, sondern für die heimische Eisenindustrie nur auf den Schutz bedacht sein, der zu ihrer natürlichen Fortentwickelung nothwendig ist. Die Einfuhr von Eisen, Stahl und Waaren daraus ist von 98,000 auf 138,200 gestiegen und die Ausfuhr von 93,450 T. auf 49,440 Tonnen gesunken. In ähnlicher Weise hat auch die österreichische Maschinenindustrie eine beträchtliche Vermehrung des Imports von 25,833 auf 32,544 T. und eine Verminderung des Exports vou 11,700 auf 10,125 Tonnen erfahren.

In den Textilindustrien zeigt sich Oesterreich-Ungarn, soweit Gewebe in Betracht kommen, vom Ausland ziemlich unabhängig. Die Ausfuhr überwiegt beinahe durchweg die Einfuhr und es ist zu constatiren, daß, wenngleich der Import von Baumwoll-, Wollen- und Leinengeweben eine nicht unbedeutende Zunahme zeigt,

doch die Ausfuhren um ein Beträchtliches mehr gestiegen sind. In Garnen ist, Dank der hohen Schutzzölle, auch im Jahre 1881 wieder ein kleiner Rückgang in der Einfuhr eingetreten. Ebenfalls eine Zunahme des Imports zeigen die Lederindustrie, die Glas-, die Stein- und die chemische Industrie, während die allerdings nur summarischen Ziffern für die Papier- und Thonindustrie eine geringfügige Abnahme desselben ergaben. Der Export dagegen ist in den meisten dieser Industrien in einer erfreulichen Steigerung begriffen.

Haben wir Geldmangel?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß insbesondere die kleine Geschäftwelt, das Kleingewerbe und der Kleinbauer, fast durchweg Mangel an dem ihm für die Förderung seiner Produktionsthätigkeit nöthigen Gelde leidet, daß er sich dasselbe entweder gar nicht beschaffen kann, und mit seiner Arbeitskraft verkümmert, oder wenn er es erhält, zu derartigen Zinsen und Bedingungen, daß er, wenn ihm nicht ganz außerordentlich günstige Umstände zu Hilfe kommen, an der Last seiner Betriebsschulden zu Grunde geht, so daß es für ihn besser gewesen wäre, er hätte die gesuchte Kapitalhilfe gar nicht gefunden. Liegt nun die Ursache dieses Uebelstandes darin, daß wir überhaupt zu wenig Geld in Deutschland besitzen, wie jetzt vielseitig behauptet wird?

Richtig ist es, daß Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, weniger Geld besitzt als z. B. Frankreich; es wird berechnet, daß wir sogar kaum ein Drittel so viel Geld im Lande haben, als Frankreich.

Allein ebenso richtig ist es, daß sich die Größe des Bedarfs an Geld für die Volkswirthschaft in den einzelnen Staaten für's Erste überhaupt nicht nach der Größe der Bevölkerung, sondern nach der Größe der von dieser betriebenen Produktions- und Handelsthätigkeit normirt. Wenn Deutschland weniger Geld besitzt als Frankreich, so hat es in Folge seiner gegen Frankreich weit zurückstehenden Industrie- und Handelsthätigkeit

auch weniger nöthig. Für's Zweite ist es aber auch Erfahrungssache, daß je weiter die ökonomische Entwicklung eines Volkes vorgeschritten ist, dasselbe auch im Verhältnisse zur Größe seiner Produktions- und Handelsthätigkeit weniger Geld benöthigt resp. verwendet, weil dessen Gebrauch vielseitig ersetzt und für den Vollzug des Güteraustausches unnöthig wird, wie dies durch England im Verhältniß zu Frankreich z. B. erwiesen wird.

Nun wissen wir wohl, daß, wenn die obige Frage des Geldmangels aufgeworfen wird, eigentlich der Mangel an Geldkapital dabei verstanden sein will, d. i. jenes Ueberschusses an Geld, welches im Güteraustausche keine Verwendung findet, und dafür bestimmt ist desto mehr direkt der produktiven Thätigkeit im Lande als werthvollste und mächtigste Kapitalskraft zu dienen. Daß aber in Deutschland derartiges überflüssiges Geldkapital thatsächlich vorhanden ist, beweisen wohl zur Genüge die Hunderte von Millionen, welche Tag aus Tag ein an den Börsen investirt sind, oder für Börsenspekulationen bei den Bank- und Sparanstalten der Hauptstädte in müßiger Bereitschaft liegen. So lange Letzteres der Fall ist und auf den Haupt-Bank- und Börsenplätzen des Landes bei flauer Spekulationszeit über Geldabundance geklagt wird, kann von einem Geldkapitalsmangel in Wahrheit nicht die Rede sein, wenn ein solcher für alle produktive Thätigkeit im Lande auch thatsächlich besteht. Was uns in Deutschland diesbezüglich in Wahrheit fehlt, ist nicht das Geld selbst, sondern jene richtigere Organisation des Bank- und Creditwesens, welches das vorhandene Geldkapital über das ganze Land vertheilen und den bedürftigen Producenten zu überall gleichen, möglichst billigen Bedingungen zugänglich machen würde, statt dasselbe, wie es jetzt der Fall ist, in den Hauptstädten zu centralisiren und den für die Besitzer allerdings gewinnbringenderen, aber volkswirthschaftlich verwerflichen Börsenspekulationen zur Verfügung zu halten.

Die Eisen-Industrie der Vereinigten Staaten von Amerika.

Der bekannte Sekretär der „Iron and Steel Association“ der Vereinigten Staaten, Mr. J. Swank, hat kürzlich ein sehr interessantes Werk veröffentlicht, in welchem er eingehende Nachrichten über die Eisen-Industrie der Vereinigten Staaten während der Periode 1870—1880 und für das Jahr 1881 giebt. Wir lassen nach den Angaben des Mr. Swank hier zunächst eine Zusammenstellung folgen, welche die außerordentlich starke Entwickelung dieser Industrie in den Vereinigten Staaten während der zehnjährigen Periode 1870—1880 veranschaulicht.

	1870.	1880.
Zahl d. Hüttenwerke	808	1005
Angelegtes Kapital	121,772,074 Doll.	234,971,884 Doll.
Werth der verwendeten Rohstoffe . .	135,526,132 „	191,271,150 „
Werth der Produkte	207,208,690 „	296,557,685 „
Gewicht der Produktion . . .	3,665,215 Tons	7,265,140 T.
Zahl der beschäftigten Arbeiter . .	77,555	140,978
Bezahlte Löhne .	40,514,981 Doll.	55,476,785 Dll.

Es ergiebt sich hieraus, daß die Produktion im Jahre 1880 sich gegen diejenige im Jahre 1870 an Gewicht beinahe verdoppelt hat, während in derselben Zeit der Werth der Produktion nur um 43 pCt., der Werth der Rohstoffe um 41 pCt. gestiegen ist. Dies liegt einfach daran, daß einerseits die Eisenpreise im Jahre 1870 wesentlich höher waren, als 1880, andererseits aber sich die Fabrikationsprozesse in dieser Zeit wesentlich verbessert haben, so daß auch hierdurch eine Verminderung der Preise der fertigen Produkte eingetreten ist. Das angelegte Kapital ist in 10 Jahren um 93 pCt. gestiegen, die Zahl der angestellten Arbeiter hat sich um 81 pCt. vermehrt und die gezahlten Löhne sind um 37 pCt. gewachsen.

Im Jahre 1831 hielt man in den Vereinigten Staaten die Jahresleistung eines Hochofens von 1100 Tons noch

für eine außerordentlich große. Im Jahre 1880 haben verschiedene Hochöfen bereits monatlich 1000 Tons producirt und im Jahre 1881 lieferte ein Hochofen pro Tag 224 Tons, pro Woche 1357 und pro Monat 5598 Tons. Im Jahre 1860 producirten die Vereinigten Staaten nur 821,223 Tons Gußeisen, im Jahre 1880 dagegen wurden mehr als viermal so viel, nämlich 3,835,191 Tons hergestellt.

Aus folgenden Ziffern ersieht man den Fortschritt in den einzelnen Arten der Eisenproduktion.

	1870.		1880.	
Gußeisen u. Produkte daraus	2,052,821	Tons	3,781,021	Tons.
Walzwerk-Produkte .	1,441,829	„	2,353,248	„
Bessemer Stahl, fertige Produkte . . .	19,403	„	887,895	„
Martin-Siemensstahl, fertige Produkte .	—		93,143	„
Flußstahl, do. . . .	28,069	„	70,319	„
Andere Stahlsorten .	2,285	„	4,956	„
Produkte aus Schmiedeeisen	110,808	„	72,557	„

Es ergiebt sich hieraus, daß besonders die Stahl-Industrie der Vereinigten Staaten einen außerordentlichen Aufschwung genommen hat. Vor 15 Jahren fabricirte man dort sozusagen gar keinen Stahl. Im Jahre 1880 dagegen producirten die Vereinigten Staaten mehr Stahl als England, nämlich 1,247,335 Tons. Vor dem Jahre 1844 stellte man in den Vereinigten fast gar keine Schienen her, im Jahre 1880 belief sich dieser Produktionszweig auf 1,305,212 Tons, davon ⅔ Stahlschienen.

Ueber die beschäftigten Arbeiter und deren Lohnverhältnisse macht Mr. Swank sehr interessante Mittheilungen. Die Zahl der in der Eisen-Industrie beschäftigten Arbeiter hat sich danach von 1870 bis 1880 um 81 pCt. vermehrt. Die Kinderbeschäftigung ist in Amerika eine ganz geringe; es betrug nämlich die Zahl der Arbeiter über 16 Jahren

1870: 75,037
1880: 133,003,

die Zahl der beschäftigten Kinder dagegen
1870 nur 2518 oder 3,2 pCt. aller Arbeiter.
1800 „ 7975 „ 5,6 „ „ „

Frauen und Mädchen finden in der Eisen-Industrie fast gar keine Verwendung, es wurden davon im Jahre 1870 82 und 1880 nur 66 beschäftigt.

Der durchschnittliche Lohn eines geschickten Arbeiters betrug im Jahre 1880 pro Tag 10 Mark, derjenige eines Tagelöhners 5 Mark. Die höchsten Löhne werden in den pacifischen Staaten bezahlt, die geringsten in Nord-Karolina, wo man Neger beschäftigt. In den atlantischen Staaten beträgt der durchschnittliche Lohn für einen geschickten Arbeiter 10,8 Mark pro Tag, für einen Tagelöhner 4,8 Mark; in den Weststaaten stellten sich dieselben Löhne resp. auf 10,8 Mark und 5,25 Mark und in den pacifischen Staaten auf 14 Mark resp. 7 Mark.

Ein Vergleich der Löhne der amerikanischen Eisenarbeiter mit denjenigen der englischen ergiebt, daß 1880 in den Vereinigten Staaten ein Puddler mindestens 16 Mark per Tonne und sein Handlanger ½ davon erhielt, während in England im Herbst des Jahres 1881 ein Puddler nur 7 Mark und sein Handlanger nur ungefähr ein Drittel davon verdiente.

Deutsche
Volkswirthschaftliche Monatshefte.

Herausgegeben

von

Paul Freiherrn von Roëll.

VII. Jahrgang.

Heft 6. — Juni.

Berlin, 1882.

Druck und Verlag von F. A. Günther & Sohn.

Inhalts-Verzeichniss.

I. Zur Bank-, Münz- und Währungsfrage.

II. Gemeinnütziges.

III. Handelspolitische Aufsätze.

IV. Sozialpolitisches.

V. Statistik.

VI. Versicherungswesen.

VII. Zeitreflexe.

VIII. Zolltechnisches.

Der kontradiktorische Gegensatz zwischen Schutzzoll und Freihandel.

Halbe, unklare und inkonsequente Anhänger der Schutzzollpartei haben in den letzten Jahren häufig gemeint, etwas ungemein Weises oder doch Kluges vorzubringen, wenn sie einen prinzipiellen Unterschied zwischen Freihandel und Schutzzoll in Abrede stellten und die ganze Sache lediglich auf eine Frage der jeweiligen Zweckmäßigkeit reduzirten. Dieser Standpunkt „diplomatischer Allseitigkeit" hat durch die jüngsten Monopol-Debatten in Verbindung mit der schutzzöllnerischen Niederlage seinen letzten Halt verloren. Niemals trat es in den handelspolitischen Kämpfen der letzten Jahre mit so handgreiflicher, stechender Deutlichkeit zu Tage, daß es sich nicht um eine Frage jeweiliger Zweckmäßigkeit, sondern um fudamental verschiedene Systeme handelt, als bei diesen geschichtlich höchst denkwürdigen Gelegenheiten; zunächst fand die in unserer parlamentarischen Entwicklungsgeschichte epochemachend gewesene Thatsache des Bruchs zwischen Bismarck und den Nationalliberalen in dem Redetournier des Kanzlers mit Bamberger eine Erklärung, welche die Oberfläche bloßer Zweckmäßigkeitsfragen tiefer als je durchschnitt und bis in die Tiefen großer prinzipieller und systematischer Verschiedenheiten vordrang.

Was die talentvollen und patriotischen Männer der nationalliberalen Partei seit 1879 von Bismarck scheidet, ist nichts Kleines, sondern etwas Großes; es sind nicht jeweilige Oportunitätspunkte, sondern Grundprinzipien; es sind ihnen Axiome ihres politischen und wirthschaftlichen Denkens und Fühlens, es sind Verkörperungen

ihrer intellektuellen und moralischen Persönlichkeit, unlösliche Gegensätze wie zwischen Gutem und Bösem, zwischen Tag und Nacht, zwischen Monarchie und Republik, zwischen Katholizismus und Protestantismus, zwischen Idealismus und Materialismus, zwischen den astronomischen Systemen des Ptolemäus und des Kopernikus.

Wir glauben nicht, daß die Vaterlandsliebe innerhalb der freihändlerischen Partei geringer wurde. Nein, von allen solchen Räthsellösungen muß man Abstand nehmen, wenn man moralisch nicht Ungerechtigkeiten und intellektuell nicht Ungereimtheiten vorbringen will. Alle diese Männer lieben noch heute das Vaterland, das neue Reich und nicht minder verehren sie noch heute in zweifelloser Aufrichtigkeit den Reichskanzler, den unsterblichen Geburtshelfer des wiedererstandenen Reiches. Wahrlich, es ist kein geringer Schmerz für diese Männer, daß sie sich in der zwingenden Nothwendigkeit zu befinden glauben, dem Fürsten Bismarck die Heeresfolge versagen zu müssen. Kleine Zweckmäßgkeits-Differenzen sind es ganz gewiß nicht, welche diese tragische Nothwendigkeit erzeugen. Dazu ist die Vaterlandsliebe dieser Männer zu groß. Vielleicht würde dazu auch ihr politischer Ehrgeiz und der berechtigte Wunsch öffentlicher Männer, ans Ruder zu kommen, zu groß sein. Die Differenzen liegen also tiefer; sie liegen in dem Abgrund ganz verschiedener Systeme. Man höre darüber doch die eigenen Aussprüche Bambergers und Bismarcks:

„Ich bin — sagt Bamberger — ein Gegner des gegenwärtigen Systems. . . . **Mein System ist im größten kontradiktorischen** (sich einander ausschließenden) **Widerspruch gegen das System**, das der Reichskanzler jetzt vertritt."

Fürst Bismarck ist weit entfernt davon, dem entgegenzutreten. Er verschmäht den diplomatischen Standpunkt vieler Schutzzöllner. Er acceptirt mit der ihm eigenthümlichen Klarheit des Denkens und Ehrlichkeit des Kampfes den „kontradiktorischen" Gegensatz. Obwohl er aus tausend Gründen nicht gerne auf den parlamentarischen Beistand der Nationalliberalen verzichtet und

obwohl er weiß, daß er diesen Beistand sofort wieder haben könnte, wenn er nur das Manchesterthum wieder acceptirte — trotz dieser gewiß mächtigen Versuchungen verschmäht es Bismarck, den Nationalliberalen zu sagen: „Es handelt sich um keinen kontradiktorischen Gegensatz, sondern blos um jeweilige Zweckmäßigkeitsfragen.“ Bismarck würde nicht Bismarck sein, wenn er sich auf diesen Standpunkt der Unklarheit und Unentschlossenheit stellen wollte. Er thut das volle Gegentheil davon. Er geht allen Sentimalitäten, die ihm die elegische und virtuose Beredsamkeit Bambergers fast unwiderstehlich nahe brachte, aus dem Wege, weil ihn nur die Sache, der große objektive Gegensatz erfüllt. Deßhalb acceptirt Bismarck den kontradiktorischen Gegensatz. „Der Herr Abg. Bamberger hat gesagt: mein ganzes System sei falsch. Ja, diese Ueberzeugung ist vollständig gegenseitig es, ist ein petitio principii; ich halte das System des Herrn Abg. Bamberger **von Grund aus** falsch; ich halte den **ganzen Freihandel für falsch**.“

Gegen Schluß seiner gewaltigen Rede wirft der Kanzler noch ein dankenswerthes Licht auf den dogmatischen Charakter und die religiöse Inbrunst der freihändlerischen Ueberzeugungen, welche jede Halbheit ausschließen. Er betonte den „Fanatismus“ der freihändlerischen Systematiker, indem er auf den Cobden-Club hinwies, von dem „ein Jeder als Feind oder Narr behandelt wird, der nicht beistimmt.“

Das Mittel gegen die Vagabundenplage.

Wohl Jeder, insbesondere wenn er auch nur kurze Zeit auf dem flachen Lande gelebt hat, besitzt seine Erfahrungen über die Plage des Vagabundenthums, der Deutschland mehr als jedes andere Kulturland verfallen ist, nachdem wir dem angeborenen Wandertriebe der Deutschen durch Aufhebung des Paß- und Wanderbuchzwanges die volle Freiheit der Entfaltung unter dem Titel des Arbeitsuchens von Ort zu Ort und dadurch auch gewissermaßen das Recht des Vagirens ertheilt

haben. Nach einer auf statistischen Daten über die Zahl der vagirenden Bettler beruhenden Schätzung, beläuft sich dieselbe auf etwa 200,000, und bei Annahme, daß Jeder derselben täglich 1,50 Mk. durchschnittlich auf diese oder jene Weise erwirbt oder für seinen Lebensunterhalt auf Kosten der Seßhaften verbraucht, so giebt dies einen Betrag von jährlich über 100 Millionen Mark, welche unserem Volke und darunter hauptsächlich der ärmeren Landbevölkerung, durch das Vagabundenthum abgepreßt werden.

Es würde uns zu weit führen, hier zu untersuchen, welche Ursachen diesem so abnormen Ueberhandnehmen des Vagabundenthums zu Grunde liegen; genug mit der nicht zu leugnenden Thatsache, daß die in Bezug auf die Freiheit der Bewegung überstürzte Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte einen wesentlichen, wenn nicht den wesentlichsten Theil der Schuld daran trägt. Der Liberalismus verweist freilich darauf, daß das Umherziehen als Landstreicher im Strafgesetzbuche ja verboten erscheine, daß der Vagabund mit Haft bedroht werde, wohl auch bis zu zwei Jahren in einem Arbeitshause untergebracht oder zwangsweise zu gemeinnützigen Arbeiten verwendet werden könne. Allein Jedermann und speziell die Vagabunden am besten wissen es, daß diese Strafbestimmungen, insbesondere was das von denselben allein gescheute Arbeitshaus anbelangt, meistentheils so zu sagen nur auf dem Papier stehen, weil ihre Anwendung ein viel zu complicirtes Verfahren, an eine Menge von Voraussetzungen und Bedingungen geknüpft ist, welche in den seltensten Fällen bei den einzelnen zur Behörde gestellten Vagabunden zusammentreffen. Ein Paar Tage Haft im Amtsgefängnisse sind dem richtigen Vagabunden auch nur eine angenehme Ruhepause im Wanderleben und der Zwangspaß in die Heimat, der ihm nach seiner Entlassung allenfalls gegeben wird, dient ihm erst recht zum behördlich autorisirten Bettelbriefe.

Da hat sich der Liberalismus in den letzten Jahren auf die Gründung von freiwilligen Anti-Bettlervereinen verlegt, und der geplagten Menschheit nachgewiesen, wie es nur von der Wirksamkeit und richtigen Zusammenfassung solcher Vereinsthätigkeit abhänge, daß die Bettel-

und Vagabundenplage verschwinden werde. Die seither erschienenen mancherlei Berichte über die Erfolge der ins Leben getretenen Anti-Bettelvereine beweisen jedoch viel eher das Gegentheil einer solchen Wirkung. Die Vagabunden werden an solche Orte, wo derartige Vereine bestehen, erfahrungsgemäß desto mehr herangezogen und die von diesen gebotenen Unterstützungen fordern sie als ein ihnen aus den Vereinsstatuten zukommendes Recht. Es gilt dies im wesentlichen auch von jenen Vereinen, die den Vagabunden keine Geldunterstützung, sondern nur Naturalverpflegung bieten. Auch auf diese Art wird das Vagabundiren nur erleichtert, nicht erschwert, daher auch gefördert, nicht verringert.

Unserer Meinung nach giebt es gegen unsere Vagabundenplage kein anderes Mittel, als das Zwangsarbeitshaus, in welches jeder bettelnde Vagant, welcher entweder kein regelrechtes Arbeitsbuch aufweisen kann, oder nach Inhalt desselben als arbeitsscheuer Vagabund anzusehen ist, ohne langer Procedur zur Feststellung der Persönlichkeit, Gemeindeangehörigkeit, der bereits vorgegangenen Abstrafungen und der Gewerbsmäßigkeit der Bettelei, in ein Kreis- oder Landes-Zwangsarbeitshaus gesteckt wird. Erscheinen die letzteren Erhebungen aus anderen Gründen sicherheitspolizeilicher Natur geboten, so können dieselben noch immer gemacht werden, auch während der aufgegriffene Vagabund im Arbeitshause ist. Der Landstreicher fürchtet nur dieses letztere, und nur dadurch, daß ihm dieses auf jedem Kreuzwege seiner Wanderschaft drohend vor Augen steht, wird er die letztere überhaupt aufgeben. Freilich, eine Vermehrung der öffentlichen Arbeits- und Korrektionshäuser würde nothwendig werden, aber wir glauben, diese Mehrkosten würden durch Verringerung der Kosten der Gefängniß-Anstalten vollkommen hereingebracht werden können, jedenfalls aber der steuerzahlenden Bevölkerung eine bedeutende Last erleichtert sein.

Technisches Schulwesen.

Die Zahl der Studirenden an deutschen polytechnischen Anstalten ist von 6433 im Wintersemester 1877/78 im Wintersemester 1881/82 auf 3900, somit um 60 pCt. zurückgegangen. Diese Abnahme erklärt sich zum guten Theil aus der gedrückten Lage der Industrie, außerdem aber wesentlich aus dem vorhandenen Ueberfluß an akademisch gebildeten Technikern. Der Bedarf an solchen beträgt — wie Hofrath Graßhof in Karlsruhe ausführte — nach einer auf die Gewerbestatistik von 1875 sich stützenden Schätzung jährlich 660; demselben würde eine Gesammtzahl von 2300 Studirenden jährlich entsprechen, welche bei Zurechnung von etwa 700 Ausländer auf 3000 sich erhöhen würde. Somit gehe selbst die gegenwärtige Frequenz um 900 (und auch mit Abrechnung eines Abganges aus verschiedenen Gründen) doch jedenfalls über den wirklich vorhandenen jetzigen Bedarf hinaus. Professor Graßhoff ist der Meinung, daß es an 6 technischen Hochschulen in Deutschland statt 10 genug sein würde, dagegen fehle es an technischen Mittelschulen. Die letzteren würden in den letzten nächsten Decennien mehr in den Vordergrund treten, was in Verbindung mit der großen Anziehungskraft der neuen technischen Hochschule in Berlin eine weitere Minderung der Frequenz der polytechnischen Schulen in Aachen, Karlsruhe, Hannover, München, (Holzminden), Klausthal, Darmstadt, Dresden, Stuttgart und Braunschweig herbeiführen werde.

Vom kommenden Semester an wird die Elektrotechnik einen offiziellen Lehrgegenstand des Stuttgarter Polytechnikums bilden und zwar wird der Kursus sowohl in Vorträgen als wie in Uebungen bestehen. Außerdem sind noch Spezialvorträge in Aussicht genommen um die Studirenden mit dieser neuen wichtigen Disciplin gehörig bekannt zu machen.

Das tragische Schicksal Bismarcks.

Herr v. Bennigsen hat in seiner patriotischen Reichstagsrede vom 15. Juni d. J. über das tragische Schicksal des Reichskanzlers schöne und treffende Worte geredet, welche es wohl verdienen, daß das deutsche Volk nicht daran wie an einer Alltäglichkeit vorübergeht. Nachdem Redner konstatirt hatte, daß er in Abweichung von dem verneinenden Standpunkte Bamberger's die Existenz der socialen Frage anerkenne und in dem spontanen Auftreten derselben „einen Wendepunkt der ganzen Geschichte der civilisirten Menschheit" erblicke, gelangte er zu den tragischen Hindernissen, auf welche der Reichskanzler bei Lösung jener großen Frage des Jahrhunderts stoße.

„Das ist das Schicksal großer historischer Persönlichkeiten, denen es gestattet ist, umwälzend und aufbauend Bahnen vorzuziehen den Völkern, welchen sie angehören, daß eben solche Thätigkeit nur möglich ist durch eine ungewöhnliche Kraft des Willens, durch eine ungewöhnliche Gewalt des Geistes, durch einen seltenen Feuereifer in der Verfolgung der Ziele, welche man sich gesteckt hat. Nur Menschen von solcher historischen Bedeutung sind im Stande, solche Ziele sich zu stecken, wie sie der Reichskanzler und ähnliche große Figuren drr menschlichen Geschichte sich gestellt haben, und nur sie sind im Stande, solche Ziele auch wirklich zu erreichen. Aber es liegt einmal in dem ganzen menschlichen Dasein, daß Niemand vollständig glücklich sein kann, weder in seinem äußeren Schicksal, noch in der Beschaffenheit seines Wesens und seines Innern. An der tragischen Schuld des menschlichen Daseins nehmen Groß und Klein alle ihren Antheil und den größten Antheil alle Diejenigen, welche die Führer der Völker sind und welche die Kraft ihres Geistes und das Maß ihres Willens befähigt, in die Bahnen der Völker historisch bestimmend einzugreifen. Meine Herren! Das Feuer, welches erforderlich war, um so Großes zu schaffen, der nachhaltige Wille, der dazu nöthig war, die geistige Kraft, die Bestrebungen zu erfassen und thätig durchzuführen, zehren auch an dem Innern dieser Männer selbst. Und wenn es ihnen gelingt, große Hindernisse zu besiegen, wenn sie daran die Anspannung aller Kräfte setzen müssen, dann ist es natürlich, daß solche Männer das verzehrende Feuer stärker ergreift! Meine Herren! das ist ein tragisches Schicksal, mit dem man Mitgefühl haben soll."

So weit Herr v. Bennigsen. Allerdings soll man

Mitgefühl mit einem solchen tragischen Schicksal haben, aber nicht das kraftlose Mitgefühl passiver Condolenz, sondern das auftreibende, ruhelose Mitgefühl des activen Beistandes.

Leider hat Herr v. Bennigsen dieses allein erforderliche und dies allein männliche und dies allein patriotische und politische Mitgefühl dem Reichskanzler in allen wirthschaftlichen und sozialen Reformfragen versagt. Er und seine zahlreichen Freunde haben jeden „Wendepunkt der Geschichte" auf diesen maßgebenden Gebieten verspätet, verzögert, ja zuweilen verhindert. Und noch heute dauert trotz des „rhetorischen Mitgefühls" diese Verspätung, diese Verzögerung, diese Verhinderung fort. Gerade in dieser Thatsache liegt die schlimmste Tragik, welche der Wirthschafts- und Social-Reformer Bismarck erleidet. Wo der Kanzler alle Sachkenntniß allein besitzt und wo er nicht nöthig hat, für seine genialen Entwürfe und Combinationen mit der Diogneslaterne jahrelang vergeblich nach ministeriellen und parlamentarischen Beiständen herumzusuchen, da ist er keine „tragische" Figur, sondern ein Liebling des Glücks, ein Mann des sofortigen und absoluten Erfolges.

Anders da, wo er für die speziellen Formulirungen seiner großen Reformgedanken auf wirthschaftlichem und sozialem Gebiete technische Mitarbeiter und parlamentarische Majoritäten nöthig hat. Erst da beginnt die Tragik. Weil ihm diese Erfordernisse versagen, giebt es Verstümperungen und Mißerfolge, verkehrte Angriffs- und Ausgangspunkte, zusammenhangslose Projekte und verunglückte Anläufe.

Verhältnißmäßig am glücklichsten war der große Mann in dieser Hinsicht noch in der Zollreform. Herr von Bennigsen fehlte allerdings auch hier, um bei einem nothwendigen „Wendepunkte der geschichtlichen Entwickelung" dem Kanzler sein „Mitgefühl" zu bethätigen. Später allerdings wurde dem patriotischen, aber sachlich nicht auf der Höhe der Erkenntniß und der Energie stehenden Führer einer, trotz ihrer Minderzahl noch stets mächtigen Partei von der geschichtlichen und nationalen Logik Gewalt angethan. „Halb zog es ihn, halb sank er hin". Den unbedingten Widerstand gegen jegliche

Zollreform gab er auf, ohne ein unbedingter Freund der vollen Zollreform zu werden. Indessen wurde diese Lücke von anderer Seite ausgefüllt, so daß die parlamentarische Tragik ausblieb.

Anders auf dem Gebiete der Steuer- und Sozial-Reform. Hier gestalteten sich die Bismarckischen Bestrebungen sofort tragisch. Es fehlten ihm in den Ministerien die Reformtechniker und in dem Reichstag die Reformmajoritäten. Die Gesetzentwürfe kommen zu spärlich, zu wenig auf die nächsten, brennendsten Bedürfnisse gerichtet, zu wenig den organischen Zusammenhang unter einander wahrend. Die Geld- und Bankfrage wird gar nicht erwähnt, die Kolonisationsfrage scheint nicht zu existiren, die Revision des Aktien- und Genossenschafts - Gesetzes — obwohl geradezu brennend — schwebt seit länger als fünf Jahren und scheint nicht vom Fleck zu kommen. Die Exekutions-, Konkurs- und Subhastationspest veranstaltet Todtenprozessionen des Elends, der Existenzlosigkeit, der Auswanderung, der Selbstmorde, der Kriminalität. Der Handwerkerstand kann nicht leben und sterben, der Bauernstand verfällt massenhaft dem Wucher, wie die „Landwirthschaftliche Zeitung für Westfalen" soeben aus dem verhältnißmäßig noch gut gestellten Münsterlande in ergreifender Weise schildert. „Es zeigt sich — heißt es dort — gar keine Kauflust bei den Subhastationen und Exekutionen mehr. So wurde kürzlich bei öffentlichem Verkauf ein anderthalbjähriges Fohlen zu 75 M., ein einjähriger Bulle zu 54 M. verkauft. Für einen Hof, der zu 90,000 M. taxirt war, wurden angeblich 30,000 M. geboten, doch auch dies nur zum Schein".

Zum Schluß fordert der Artikel gewissermaßen in einer Anwandlung von Verzweiflung zum Verkauf à tous prix und zur Flucht auf. „Wer sich unsicher fühlt, der ordne seine Verhältnisse, ehe es zu spät ist" Was soll dieser Rath anders heißen? Wer kann unter solchen Umständen noch seine Verhältnisse ordnen?"

Mit dem Erlaß der Klassensteuer ist da wenig zu helfen. Das Uebel sitzt viel, viel tiefer. Der Kanzler würde schon bis zur Tiefe gelangen, wenn es ihm erst einmal gelänge, die Reformgesetzgebung in Gang zu

bringen. Aus dem Einen würde sich dann das Andere entwickeln. Jetzt aber steht er vor den großen Eiterbeulen der wirthschaftlichen und sozialen Erkrankungen mit gefesselten Armen, ohne daß er mit der Operation auch nur den Anfang machen könnte. Indessen eitert das Geschwür immer weiter und ergreift ein gesundes Glied des großen sozialen Körpers nach dem andern. Das sehen zu müssen, ohne es verhüten zu dürfen, ist in dem tragischen Schicksal Bismarcks derjenige Punkt, der am meisten zu dem von Hrn. v. Bennigsen angerufenen, aber nicht bethätigten „Mitgefühl" auffordert.

Der französische Unternehmungsgeist.

Herr Professor v. Sybel erwarb sich im Anfang der siebziger Jahren das Verdienst, der in Deutschland damals eingerissenen Unterschätzung Frankreichs eine Schilderung derjenigen guten und großen Eigenschaften des französischen Volks entgegen zu halten, welche dem deutschen Volke zum leuchtenden Vorbild gereichen können. Die Entwicklung beider Länder während der letzten 10 Jahre hat der v. Sybel'schen Mahnung eine glänzende Rechtfertigung zutheil werden lassen. Das ist eine Wahrheit, welche heute von keiner Seite bestritten wird. Ebenso unbestreitbar und unbestritten ist leider auch die andere Thatsache, daß in Deutschland fast jeder Eifer fehlt, jener Wahrheit auch praktisch gerecht zu werden. Am trostlosesten tritt dies auf dem Gebiete der großen Unternehmungen zu Tage. Während wir in Deutschland von kühnen Entwürfen kaum etwas hören, geht man in Frankreich mit der Ausführung der gewaltigsten Großunternehmungen fortwährend so zahlreich vor, daß es schwer ist, allen diesen Dingen zu folgen.

Der gegenwärtige Minister-Präsident v. Freycinet hat den Ehrgeiz, die militärische Niederlage Frankreichs auszugleichen durch eine Aera technischer Wunderthaten und wirthschaftlicher Triumphe.

Er betreibt die Vergrößerung des französischen Eisennetzes in größtem Style, indem er auf 10 Jahre ver-

theilt 30,000 Kilometer Haupt- und Sekundärbahnen neu bauen will. Ebenso großartig, ja noch großartiger sind die Pläne, welche er auf dem Gebiete des Kanalwesens betreibt. Er will Paris zum Seehafen und die bestehenden Kanäle für Seeschiffe fahrbar machen. Der deutsche Unternehmungsgeist kriecht dagegen wie ein Wurm am Boden. Die Männer, welche bei uns ähnliches empfehlen 2c. bleiben ohne Unterstützung.

Mit der großartigsten innern Kultivation geht in Frankreich eine ebenso großartige äußere Hand. In Algier, in Tunis, am Niger, am Senegal, in Hinter-Indien, in Cochinchina, in der Südsee, ja schon am Congo macht sich der französische Unternehmungsgeist in neuen Aufraffungen bemerklich. Es ist, als brenne in jeder französischen Brust das leidenschaftliche Verlangen, den Verlust von Elsaß-Lothringen an andern Stellen hundertfach wieder auszugleichen, während Deutschland den Eindruck macht, als fühle es sich durch die Erfolge des Jahres 1870 übersättigt und der Nothwendigkeit einer, der französischen gleichen Aufraffung überhoben.

Es war der französische Unternehmungsgeist, welcher den Suez-Kanal schuf. Es ist der französische Unternehmungsgeist, welcher den Panama-Canal ins Werk setzt. Und ferner ist es der französische Unternehmungsgeist, welcher zwischen Algier und Tunis einen Binnensee schaffen und dadurch ein Beispiel von unermeßlicher Tragweite liefern wird.

Von dem großen Kanal für Seeschiffe zwischen dem atlantischen Ocean und dem Mittelmeere machten wir an dieser Stelle bereits ausführliche Mittheilung. Auch dieser Kanal wird eine Quelle neuer Arbeitsgelegenheiten, neuer Reichthümer und neuer wirthschaftlicher und politischer Macht sein. Letzteres namentlich mit Rücksicht auf die afrikanischen Besitzungen, welche dadurch mit den großen Plätzen Havre und Bordeaux in nähere Verbindung kommen.

Deutschlands Eisenhandel nach den Herkunfts- und Bestimmungsländern.

Die Handelsausweise für die ersten vier Monate des laufenden Jahres haben bei einzelnen Eisenfabrikaten eine so starke Vermehrung der Einfuhr und daneben einen solchen Rückgang in der Ausfuhr ergeben, daß eine nähere Untersuchung der Verhältnisse geboten erscheint. Ueber Veranlaßung und Natur dieser Veränderungen geben uns die Nachweisungen der Ein- und Ausfuhr nach den Herkunfts- und Bestimmungsländern schon einige Aufklärung und deßhalb scheint es uns zweckmäßig, hier zunächst festzustellen, welche Productions- und Consumtionsgebiete ihre Stellung unserer Eisenindustrie gegenüber geändert haben.

Zunächst ist die Einfuhr von Roheisen in hohem Grade gestiegen, nämlich von 54,940 auf 68,818 Tonnen. Da in den entsprechenden Monaten des Jahres 1880 der Roheisen-Import nur 44,361 Tonnen betrug, so hat sich in den letzten drei Jahren eine stetige und beträchtliche Zunahme desselben gezeigt, welche nicht ganz unbedenklich ist und jedenfalls beweist, daß unser Roheisenzoll keineswegs ein so übermäßiger ist, wie dies seitens der Freihändler immer behauptet wurde. Der vermehrte Roheisenimport entfällt fast ausschließlich auf England und dürfte somit zumeist Gießerei- und Bessemer-Roheisen betreffen.

Eine weitere Steigerung unserer Bezüge ist eingetreten bei Stabeisen von 3242 auf 4988 Tonnen. Der Hauptlieferant in diesem Artikel ist Schweden und auf die größeren Abgaben dieses Landes ist die Mehreinfuhr auch fast ausschließlich zurückzuführen, da unser Import von Roheisen aus Schweden von 986 auf 2326 Tonnen gestiegen ist.

Der Erwähnung werth ist ferner ein Mehrimport bei Platten und Blechen, gestiegen von 787 auf 1046 Tonnen und von groben Eisengußwaaren von 903 auf 1224 Tonnen. Bei ersteren fällt die Zunahme der Einfuhr allein auf Großbritannien, bei letzteren auf dieses und auf Belgien, indessen ist hier zu bemerken, daß die Importe im Jahre 1881 außergewöhnlich niedrig waren,

und im Vergleich zu 1880 für das laufende Jahr immer noch ein Rückgang der Einfuhr besteht. Bei den feinen Eisenwaaren ist schließlich noch auf eine stärkere Vermehrung des Imports aus Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten hinzuweisen.

Beträchtlicher noch als in der Einfuhr sind die Schwankungen in der Ausfuhr einzelner Eisenfabrikate. Ein großer Rückgang von 78,417 auf 64,537 Tonnen ist zunächst bei Roheisen zu constatiren und der Minderexport entfällt in der Hauptsache auf Frankreich und Belgien, welche zusammen 15,700 Tonnen weniger bezogen haben, als im Vorjahre.

Ein noch größerer Rückgang hat in unserem Schienenexport, nämlich von 83131 auf 52217 Tonnen stattgefunden und zwar sind es hier die überseeischen Länder, die Vereinigten Staaten von Amerika und jene südamerikanischen Länder, nach denen wir über Holland exportiren, welche die größten Ausfälle aufweisen. Auch der Export nach Spanien hat um ca. 50 pCt. abgenommen.

Uebergehen wie die übrigen, weniger bedeutenden Rückgänge der Ausfuhr, so ist dagegen zu constatiren, daß der Export von Eisendraht wieder um mehr als 20000 Tonnen zugenommen hat und zwar beinahe gleichmäßig nach allen Ländern, in besonders hohem Grade aber nach den Vereinigten Staaten. Ebenso hat sich der Export von groben Eisenwaaren fast nach allen Ländern gleichmäßig, wenn auch in geringeren Dimensionen gesteigert und schließlich können wir Aehnliches von unserem Maschinen- und Wagenexport berichten. Die Ausfuhr von Maschinen ist von 13743 auf 19738 Tonnen gestiegen und hier haben sich in letzter Zeit als Hauptabnehmer Oesterreich-Ungarn, Rußland und Frankreich gezeigt; während bei Eisenbahnfahrzeugen besonders große Versendungen nach Italien zu erwähnen sind, welche in den vier Monaten über 200 Stück im Werthe von 515,000 Mark erreichten.

Oberschlesische Kohlen in Stettin.

Der oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein ist unablässig bemüht, das Absatzgebiet der oberschlesischen Kohle zu erweitern. Sein Augenmerk ist jetzt, nachdem Oesterreich und Rußland unserem Kohlenexport wieder neue Fesseln auferlegt haben, hauptsächlich nach den nordöstlichen Provinzen Preußens gerichtet, wo augenblicklich die englische Kohle eine durch nichts gestörte Alleinherrschaft ausübt. Der Verein will die Concurrenzfähigkeit der oberschlesischen Kohle in jenen Gegenden durch eine Herabsetzung der theuren Eisenbahntarife erreichen und hat deshalb eine Eingabe an die Königliche Eisenbahndirektion zu Berlin gerichtet, dahin gehend, daß Kohlen und Kokes nach Stettin in Zukunft nach einem Tarif gefahren werden, der für Stettin loco dem absoluten Tarifsatz nach dem übrigens entfernter liegenden Danzig gleich ist und daß dem für die zum Seeexport bestimmten Kohlen der kilometrische Einheitssatz des Danziger Tarifs zu Grunde gelegt wird.

Wie wenig es mit dem bisherigen Ausnahmetarif gelungen ist, die oberschlesische Kohle in Stettin und dem Nachbargebiete einzuführen, beweist folgende Zusammenstellung:

Jahr	Englische Kohle nach Stettin	Englische Kohle nach Swinemünde	Engl. Kohle Zusammen	Oberschlesische Kohlen nach Stettin
	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen
1875	86523	162021	248544	48600
1876	97912	205473	303365	66237
1877	85442	241820	327262	59163
1878	106659	161558	268217	55949
1879	108706	188875	297531	70000
1880	173642	256703	430345	71218

Zu obigen im Jahre 1880 importirten 430,345 Tonnen sind nun noch diejenigen Quanten zu rechnen, welche in anderen pommerschen Einfuhrstationen im Betrage

von ca. 120,000 Tonnen gelöscht worden sind, sodaß sich 1880 der Import englischer Steinkohlen an jener Küste auf ca. 550,000 Tonnen oder 11 Millionen Ctr. belief.

Wenn dem oberschlesischen Bergbau die Lieferungen dieser Quantitäten, wenn nicht ganz, so doch zum größeren Theile zufielen, so würde nicht nur dieser selbst dabei ein Geschäft machen, sondern auch die Eisenbahn könnte eine wesentliche Verkehrssteigerung, und da die oberschlesische Hütteninduſtrie bei günstigen Tarifsätzen gleichzeitig Bessemererze und Gießereierze über Stettin beziehen will, lohnende Rückfrachten erlangen.

Wir hoffen deshalb, daß die Eisenbahnverwaltung in diesem Falle die so oft geübte Rücksicht auf die nationale Arbeit im weitesten Maße gelten lassen wird, zumal dies für sie selbst schließlich nur zum Vortheil ausschlagen kann.

Kosmopolitismus und Welthandel.

u. Es ist ohne Zweifel berechtigt, daß wir die Bahnen kosmopolitischer Anschauung verlassen haben und uns auf einen gesunden nationalen Egoismus einzurichten beginnen. So schön eine weltbürgerliche Gesinnung in gewissem Sinne sein mag, so entbehrt sie dennoch nicht nur des rechten inneren Halts, sondern sogar des sittlichen Werthes, so lange sie etwas Anderes ist als die höchste Blüthe eines unbefangenen Urtheils, wie solches sich schließlich nur auf der Unterlage eines fest begründeten nationalen Wesens zu bilden vermag; ganz besonders hier findet das Wort volle Anwendung, daß derjenige, welcher wohl eine weltbürgerliche aber keine nationale Gesinnung besitzt, einem Menschen gleicht, welcher wohl einen schönen Rock, aber kein sauberes Hemd anhat. Wenn wir also bestrebt sind uns einmal zunächst in unserer ganzen Anschauungsweise auf unsere eigenen Füße zu stellen und nach allen Seiten hin unsere eigenen Verhältnisse zum Maßstab zu nehmen, so ist dies ganz in der Ordnung, und braucht unserer Eigenschaft, auch

alles Fremde unbefangen zu würdigen, durchaus keinen Eintrag zu thun, giebt derselben im Gegentheil erst einen gesunden Kern, der ihr sonst fehlte. Vor Allem aber unsere Theilnahme am Weltverkehr braucht durchaus nicht darunter zu leiden, daß wir überall zunächst an uns und unsere Interessen denken, sondern gerade hier ist es in hervorragendem Maße richtig, daß wir im Weltverkehr eine um so größere und gediegenere Rolle zu spielen vermögen, je tüchtiger und eigenartiger wir uns daheim entfaltet haben. Wenn es für diese, an und für sich so überaus naheliegende Wahrheit noch eines Beweises bedürfte, so würde uns England denselben liefern, welches gewiß den nationalen Egoismus und das zäheste Festhalten an der nationalen Eigenart stets bis zur äußersten Grenze getrieben hat, und welches, unseres Erachtens nicht trotzdem, sondern gerade darum die erste Stelle im Welthandel an sich reißen konnte.

Es ist in der That in keiner Weise abzusehen, warum die sorgfältige Pflege unserer einheimischen Produktion und Gewerbethätigkeit derart, daß denselben bei der Verschließung fast aller fremden Märkte durch hohe Schutzzölle doch wenigstens ein Markt leidlich gesichert sei, die Folge haben soll, unsere Theilnahme am Weltverkehr zu schädigen. Ganz abgesehen davon, daß es sich ja für unsere Landwirthschaft und für verschiedene wichtige Industriezweige einfach um eine Existenzfrage handelte und daß eine nicht mehr existirende Produktion doch auch schwerlich auf dem Weltmarkte zu konkurriren vermag, kann es doch sicherlich jedem Zweige eines vorhandenen oder zu ermöglichenden Exports nur dienlich sein, auf eine feste Basis gestellt zu werden und die Möglichkeit kräftiger Entwicklung zu erhalten. Oft schon ist darauf hingewiesen worden, daß der deutsche Exporteur eben in Folge der krankhaften, schwächlichen Beschaffenheit der betr. Produktionszweige das Geschäft nicht im Großen zu machen und sich darum auch keinen großartigen Blick anzugewöhnen vermochte, sondern vielmehr froh sein müsse, allerhand Neben-Gelegenheiten zu erschnappen und in gerade sich darbietende Lücken einzuspringen; wie sehr und wie verderblich dieser Umstand dann wieder auf den ganzen Charakter unserer Industrie zurückge-

wirkt hat, ist bekannt genug. Wenn wir also nach dieser Seite hin mit dem alten System die denkbar schlechtesten Erfahrungen gemacht haben, so ist die Voraussetzung sicherlich keine ungerechtfertigte, daß das jetzige System, wie es unsere Produktion als solche kräftigt, auch die Folge haben werde, unsere Betheiligung am Welthandel zu einer würdigeren und großartigeren zu machen. Auch scheint die Erfahrung diese Voraussetzung bisher zu bestätigen, denn nicht nur sind die Zahlen unseres Exports in offenbar starker Zunahme begriffen, sondern auch der ganze Charakter unseres Exports beginnt sich auf eine großartige Erfassung neuer Absatzgebiete einzurichten. Sogar die Vertreter der Hansestädte haben es ja anerkennen müssen, daß sie seither der deutschen Industrie nicht die nöthige Aufmerksamkeit zugewendet hatten, und es wird demnach ohne Uebertreibung gesagt werden dürfen, daß erst von dem Zeitpunkte unserer neuen Wirthschaftspolitik an ein freudiges Zusammenwirken unseres Handels und unserer Industrie begonnen hat. Damit aber ist unsere Betheiligung am Weltverkehr erst in diejenige Phase getreten, von welcher ab ihre kräftige und doch an der nationalen Grundlage festhaltende Entwicklung möglich ist.

Ganz besonders charakteristisch ist es, daß in 2 Fällen, wo in jüngster Zeit deutscher Unternehmungsgeist kräftig auf den Schauplatz getreten war, in Südaustralien und in Südbrasilien, erbärmliche Eifersüchteleien Deutscher noch stark genug sein konnten, um wenigstens einen großen Theil der gemachten Anstrengungen um die erhofften Früchte zu bringen. Jene Melbourner Firmen, die ihres Privatvortheils willen den Vertreter Deutschlands in gröblichster und lügenhaftester Weise diskreditirten und jener deutsche Konsul, welcher lieber den brasilianischen Pöbel zur Brandstiftung an dem Ausstellungsgebäude anreizte, als daß er seine persönlichen Interessen dem deutschen Interesse hintangestellt hätte —: das sind die rechten Typen des alten Zustandes wie derselbe auf die Gemüther und auf den Geschäftsgeist der Deutschen im Auslande einwirken mußte. Hoffen wir, daß diese Zeit ein für alle mal vorüber ist, und daß die neue uns ein Geschlecht deutscher Weltkaufleute erziehe!

Die volkswirthschaftliche Bedeutung der Staßfurter Kalilager.

Die erst in der Neuzeit aufgedeckten Kali-Salze, die bisher größtentheils aus Pflanzenasche (in Rußland) dargestellt wurden, haben dem Einäschern der Wälder in Deutschland, Oesterreich, Rußland und Nordamerika Einhalt gethan und sind schon deshalb von hoher volkswirthschaftlicher Bedeutung. Der neue deutsche Fund ist — wenigstens bis jetzt noch — der einzige erwähnenswerthe der Welt und erscheint als unerschöpflich, da in der Centralpartie, dem Alkali-Bergwerk Wester-Egeln (in der Gegend von Staßfurt) bei 337 Metern Bohrung das Ende der Tieflagerung noch nicht angetroffen worden ist. Die beiden fiskalischen, sowie die beiden privaten Werke der Mulde haben bis Ende 1880 an 8051 Millionen Kilogramm Kali und 429 Millionen Kilogramm Düngersalz in die Welt, vorzugsweise nach New-York, Baltimore, England und Frankreich versandt, und der Bedarf zeigt von Jahr zu Jahr eine auffallende Steigerung. Wenn sich in der Nähe der Soolquellen Deutschland's noch einige solcher Kalisalzlager wie die Staßfurt-Leopoldshaller auffinden ließen, so würde Deutschland dadurch allein eines der wichtigsten Länder für die Landwirthschaft in allen Continenten werden.

Egyptens Handelsverkehr mit Europa.

Heute, wo alle Augen in Europa mehr wie sonst auf die egyptischen Zustände gerichtet sind, dürfte es auch am Orte sein, auf die Handelsverhältnisse Egyptens mit den Staaten Europas, speciell Deutschland, einen genaueren Blick zu werfen.

Die Produktion Egyptens ist eine reine Bodenproduktion; von Industrie ist keine Rede. Dafür ist aber die Bodenproduktion so bedeutend, daß wenn man die Bevölkerungsziffer mit in Anschlag bringt, Egypten mit den reichsten Ländern konkurriren kann. Die von der egyptischen Regierung herausgegebene Statistik weist für

das Jahr 1874 eine Ausfuhr nach im Werthe von 300 Millionen Mark; dieselbe hat indeß in den folgenden Jahren diese Bedeutung nicht wieder erreicht, wie sich dies aus den folgenden Ziffern ergiebt. Die Ausfuhr Egyptens hatte einen Werth:

im Jahre 1877	von	255,120,000	M.
„ 1878	„	161,980,000	„
„ 1879	„	275,680,000	„
„ 1880	„	266,160,000	„

Der Ausfuhrwerth ist also von 1878 zu 1879 um 70 pCt. gestiegen, von 1879 zu 1880 dagegen um 3,5 pCt. zurückgegangen.

Der Hauptexport-Artikel Egyptens ist Baumwolle; ihr Exportwerth bezifferte sich im Jahre 1880 auf mehr als 153 Mill. Mark, während er 1879 fast 161 Mill. Mark betragen hatte; danach folgen in abnehmender Reihenfolge Cerealien aller Art, Zucker, Gummi, Reis u. s. f.

Die Einfuhr Egyptens ist in den letzten Jahren stetig gestiegen; ihr Werth bezifferte sich

1877	auf	89,979,000	M.
1878	„	96,900,000	„
1879	„	102,608,000	„
1880	„	134,274,000	„

Das ergiebt eine Steigerung 1877/78 von 7,7 pCt., 1878/79 von 6 pCt. und 1879/80 von 30,8 pCt., ein Beweis der gestiegenen Wohlfahrt des Landes. Die Haupteinfuhr-Artikel bilden baumwollene und leinene Fabrikate, fertige Kleider, Kohlen, demnächst wollene und seidene Fabrikate u. s. f.; insbesondere ist die Einfuhr fertiger Kleider im Jahre 1880 gegen das Vorjahr um das Vierfache gestiegen.

Was nun die einzelnen mit Egypten handeltreibenden Staaten Europas anlangt, so stehen hier zunächst England, dann Frankreich, Oesterreich und Italien allen anderen voran. England participirte allein an der Ausfuhr Egyptens im Jahre 1880 mit 69,9 pCt.; den Hauptausfuhr-Artikel bildete hierbei Baumwolle. Nach England folgt Frankreich, welches mit 8,6 pCt., Italien, welches mit 4,2 pCt., und Oesterreich, welches mit 3 pCt. daran betheiligt ist.

Deutschland wird in der Waarenstatistik Egyptens namentlich gar nicht aufgeführt. Es unterliegt jedoch gar keinem Zweifel, daß auch aus Deutschland Waaren nach Egypten importirt werden, aber nicht als deutsche Waaren; diese gehen vielmehr über Triest oder England, und sind in dem Import dieser Länder einbegriffen. Die Statistik des deutschen Waarenverkehrs giebt hierüber einigen Aufschluß. Die Ausfuhr Egyptens nach Deutschland belief sich hiernach im Jahre 1880 auf 3,960,300 K., im Werthe von 4,615,000 M. Die gangbarsten Ausfuhr-Artikel Egyptens nach Deutschland bildeten

Baumwolle . . .	3,117,300 K.
Weizen	395,100 „
Schafwolle . . .	215,300 „
Reis	106,000 „
Gummiarabikum .	25,400 „

Auch bei der Einfuhr Egyptens sind die oben genannten vier Staaten in hervorragender Weise betheiligt, und zwar England zunächst mit 53 pCt. Die Haupteinfuhr-Artikel desselben bilden baumwollene und leinene Waaren und dann Kohlen. Deutschlands Antheil an der Einfuhr nach Egypten läßt sich auf 3 pCt. veranschlagen gegen Frankreich mit 17 pCt., Oesterreich mit 14 pCt. und Italien mit 5 pCt. der Gesammteinfuhr. Die Haupteinfuhr-Artikel Deutschlands bildeten 1880:

Eisendraht	123,200 K.
Wollene Tuch- und Zeugwaaren . .	92,000 „
Thonwaaren außer Porzellan . . .	82,500 „
Porzellan	19,900 „
Glaswaaren	16,100 „
Baumwollene Strumpfwaaren . .	13,100 „

Es ist zweifellos, daß in allen Einfuhr-Artikeln Deutschland mit England, Frankreich und Oesterreich erfolgreich konkurriren könnte, wenn der Unternehmungsgeist des deutschen Kaufmanns ein größerer wäre. Vor allen Dingen wäre dies zu wünschen in Bezug auf Eisenwaaren und Kohlen. Der Import von Eisenfabrikaten nach Egypten ist 1880 um das Doppelte gegen das Vorjahr gestiegen; dieselben kommen bis jetzt fast lediglich aus England, nur Frankreich hatte sich 1880

etwas lebhafter an deren Einfuhr betheiligt. Gleichfalls beherrscht England für Kohlen allein den egyptischen Markt. Die Preise für Steinkohlen sind in Egypten sehr hoch, und würde man mit Bestimmtheit darauf rechnen können, daß unsere vorzügliche westfälische Steinkohle dort sehr vortheilhaft abzusetzen wäre.

Die jetzige Methode im politischen Kampf.

Ein politischer Streit, ein garstiger Streit, zumal bei uns in Deutschland, wo persönliche Verdächtigung und Verunglimpfung fast die einzigen Waffen zu sein scheinen, die im öffentlichen Kampf in der Gegenwart noch mit Erfolg gebraucht werden können. Die Fähigkeit zu objektiver, rein sachlicher Beurtheilung gegnerischer Anschauungen und Aeußerungen muß dem deutschen Politiker vollständig abhanden gekommen sein, denn nirgend wo, weder im Reichstage, noch in der Klubversammlung, noch am Familientisch, noch selbst in der Stube des Gelehrten, nirgends mehr ist eine von persönlicher Anfeindung freie Kritik, geschweige denn jene taciteische Behandlungsweise sine ira et studio zu finden. Die Unterschiebung selbstsüchtiger und geradezu gemeiner Motive ist im politischen Kampf zu solch' wirksamer Methode geworden, daß selbst der Wohlmeinende ihrer nicht mehr scheint entrathen zu können.

Daß das Ueberhandnehmen dieser Kampfweise in höchstem Maße bedauerlich ist, nicht bloß mit Rücksicht auf die einzelne Streitfrage, sondern im Hinblick auf das gesammte Staatswesen, ja, auf die Entwickelung unseres Volkscharakters, das kann keinem Zweifel unterliegen.

Zur allgemeinen Methode kann eine solche Art, gegnerische Meinungen zu schlagen, überhaupt nur in dem Lande werden, wo es der großen Mehrzahl der im öffentlichen Leben sich gegenüberstehenden Männer nicht mehr, wie es ihre Aufgabe sein soll, um die Wohlfahrt des gesammten Staates, nicht mehr um die Erreichung größtmöglicher bürgerlicher und wirthschaftlicher Freiheit

zu thun ist, sondern lediglich um die Interessen eines Standes oder gar einer kleinen Clique, um schmähliche Uebervortheilung des Volkes, als dessen Vorkämpfer sie sich ausgeben. Die Sache selbst, um die der Streit tobt, ist nebensächlich, mag sie gut oder schlecht sein, es gilt nur den Sieg der Partei, es gilt, dem Gegner den Boden zu entziehen, den er etwa durch segensreiche Wirkungen durchgebrachter Vorschläge gewinnen könnte, es gilt, die Masse des Volks zu düpiren. Das dabei die merkwürdigsten Inconsequenzen zu Tage kommen, ist nur natürlich. Wo die gemeinsten Mittel nicht verschmäht werden, um zum Ziele zu gelangen, da kann die Scheu vor Widersprüchen mit sich selbst nicht eben groß sein. Man hört nicht auf zu klagen über Steuerbedrückung, über unmäßige Belastung der niederen Klassen, so lange, bis die Regierung erklärt, dem Elende ein Ende machen zu wollen. Da plötzlich ist alles wie umgewandelt. Die Klassensteuer ist die segensreichste Einrichtung, die man sich denken kann, nirgends das Bedürfniß einer Steuerreform, nirgends eine Spur vom Executor, man kann sich nichts besseres wünschen, als die gegenwärtigen Verhältnisse — und der ganze Zweck, den die Regierung mit ihrer Erklärung verfolgt, ist Beeinflussung der nächsten Wahlen. — Man klagt über mangelnden Unternehmungsgeist, man kann nicht zu Ende kommen über die schlimmen Folgen eines solchen Mangels; da wird ein Unternehmen angebahnt, das der Gesellschaft, der Allgemeinheit zum Nutzen gereichen kann, und man fällt her über die „Gründer" mit aller Art boshafter Verdächtigung und Verleumdung, um nicht eher Ruhe zu finden, als bis sie vernichtet sind, einzig und allein, weil das Unternehmen nicht von der Partei oder vielleicht gar von der gegnerischen Seite ausgegangen. Ein Arnoldi wäre heute unter uns Deutschen eine Unmöglichkeit.

Kann unter solchen Umständen noch ein Staat gedeihen? Kann eine Nation, in der die Gebildeten, die Redner, die Schriftsteller, die Gelehrten sich in der gehässigsten und verächtlichsten Weise befehden, in der die Besten mit den gemeinsten Mitteln einander zu fällen suchen, in der jeder ein Schurke ist, der nicht zur all-

mächtigen Partei gehört, kann eine solche Nation vor dem Untergang in Verwilderung und Rohheit bewahrt bleiben? Die Verleumdungssucht und der Haß schleicht sich von der Rednerbühne in die Familie, aus der Oeffentlichkeit in das Privatleben, allenthalben eine Drachensaat ausstreuend, die alle Gesittung und Moral erstickt, die Bande der Ordnung löst, den Staat vernichtet.

Interessant ist es nebenbei, die merkwürdige Wandlung zu constatiren, die sich im Laufe der Jahre im liberalen Lager in Hinsicht auf die Beurtheilung der persönlichen Methode vollzogen hat. Zu einer Zeit, da der moderne Liberalismus noch nicht im Zenith seiner Macht stand, da er erst anfing, sich breit zu machen, erscholl gleich tausendfältig der Ruf der Entrüstung und fand an allen Ecken und Enden ein tausendfältiges Echo, wenn einmal von gegnerischer Seite hinter den liberalen Bestrebungen nicht die allerlautersten Beweggründe und Absichten vermuthet wurden; da wußte man nicht genug vorzubringen über das Verächtliche und Gemeinschädliche einer derartigen Befehdung, da konnte man nicht genug darauf hinweisen, auf welch' schwachen Füßen eine Sache stehen müsse, die keine anderen Vertheidigungsmittel mehr habe, als persönliche Anfeindung und Verdächtigung. Und heute? Jetzt, da man mit dem Versuch beginnt, die schädlichen Folgen der liberalen „Freiheitspolitik" auszumerzen, die Uebermacht des mobilen Kapitals zu paralysiren, dem freien Spiel der Kräfte, zu deutsch der ewig sich fortsetzenden Zermalmung des Schwächeren durch den Stärkeren ein Ende zu machen, jetzt ist es ganz besonders der moderne Liberalismus, der seine eigene Vergangenheit vergessend, in persönlichem Angriff das wirksamste Vertheidigungsmittel der schwachen Sache erkennt. Wo bleibt jetzt die sittliche Entrüstung, wo schallt jetzt der Ruf: „nur nicht persönlich!"? Die liberale Moral scheint eben ein Gewand zu sein, das man anlegt und ablegt, je nach Bedürfniß.

Die nächste und wichtigste Sorge der deutschen Schutzzollpartei.

In den freihändlerischen Zeitungen spiegelt sich seit den Richter'schen Wahltriumphen des letzten Jahres, namentlich aber seit der schutzzöllnerischen Niederlage im Reichstag ein Siegesbewußtsein ab, welches von der deutschen Schutzzollpartei ganz augenscheinlich viel zu wenig beachtet wird.

Von den turbulenten Preßorganen der Freihandelspartei sehen wir dabei ganz ab, weil der ruhige Schutzzöllner diesen leicht die Autorität absprechen wird. Fassen wir deßhalb nur die maßvollen, die gewissermaßen „spießbürgerlich respektabeln" Organe der Freihändlerei ins Auge, z. B. der „National-Zeitung" und die „Vossische Zeitung", für welche der „gemäßigte" Schutzzöllner ja immer noch eine stille politische Liebe und Ehrfurcht im Busen trägt.

Nun fällt es aber auch diesen „ruhigen" Organen der Freihandelspartei keinen Augenblick ein, die „stille Liebe" unserer „Maßvollen" auch nur mit der geringsten Gegenliebe zu belohnen. Der höchste Dienst, den ein antibismarkischer Schutzzöllner von einer freihändlerischen Zeitung geleistet bekommt, besteht in der Aufnahme eines Artikels gegen einen bismarckischen Schutzzöllner. Solche „Dienste" leisten sie dem Schutzzoll mit der dem Fall angemessenen Schadenfreude sehr gerne. Ueberall planen und verüben sie in Freundschaft und Feindschaft nur Schlimmes gegen jeglichen und selbst gegen den bescheidensten Schutzzoll. Augenblicklich schwelgen sie schon im Jubel der nächsten „Wahlsiege". Die Nat.-Ztg. liefert diesen „nächsten Wahlen" einen langen Leitartikel, in welchem sie „beweist" daß das, was sie „Liberalismus" nennt, was aber nur „Manchesterthum" ist, in den bevorstehenden Wahlschlachten über das, was sie „Konservatismus" nennt, was aber wesentlich nur „Antimanchesterthum" ist, siegen wird.

Innerhalb der deutschen Schutzzollpartei nimmt man diesen, in Wirklichkeit dem Schutzzoll hingeworfenen Fehdehandschuh keineswegs mit allgemeiner Mobil-

machung auf; ein großer und leider nur zu sehr maßgebender Theil gibt sich in gespaltenen politischen Parteigefühlen (häufig unbewußt) dem verderblichen Wahne hin, die „liberale" Kriegserklärung sei nur gegen die „konservativen und staatssozialistischen Extreme" gerichtet; der „Schutzzoll" sei ja gänzlich unbedroht.

Selbst die offenen, ausdrücklich gegen den Schutzzoll gerichteten Wahl- und Kampf-Manifeste der Fortschrittspartei vermögen es nicht, dieser mit Blindheit geschlagenen Abtheilung der Schutzzollparthei den Staar zu stechen und ihnen das A. B. C. der politischen Klugheit beizubringen, welches zur Zeit in der simplen Wahrheit besteht, daß **jede Stärkung Bismarcks eine Stärkung der Schutzzoll-Partei, jegliche Schwächung Bismarcks aber eine Gefahr für den Zolltarif in sich begreift.**

Hören wir indessen, was die „Voss. Ztg." zur Bestätigung dieser unserer Auffassung in ihrem auf die menschlichen Schwächen von Freund und Feind schlau berechneten Leitartikel vom 27. Juni über „Schieferzoll und Gründerei" schreibt. Der Schluß dieser publicistischen „Brunnenvergiftung" lautet also;

„Wenn wir den Blick rückwärts richten in die Zeit, in welcher Delbrück die staats- und volkswirthschaftlichen Angelegenheiten des Reiches, unterstützt von einer liberalen Majorität des Parlaments, leitete und nahezu beherrschte, so können wir uns des Gefühls der Trauer nicht erwehren über die wachsende Zerfahrenheit der Interessen und die Macht, welche der Eigennutz einer in diesem Fache für nicht genügend unterrichtet gehaltenen Regierung gegenüber gewonnen zu haben meint. **Es war die höchste Zeit, daß ein Reichstag auf die Bühne trat, der diesem Treiben Widerstand zu leisten im Stande ist.** Mögen die Wähler mit Kraft und Klugheit dafür sorgen, daß er an einem ebenbürtigen Landtage eine Stütze gewinnt und in die Lage komme, wenigstens fernerem Unheil kräftig zu wehren. **Nur ein vernünftiges Freihandelsprinzip kann uns vor solchen verderblichen und beschämenden Vorgängen bewahren.**"

Leider haben uns die Richter'schen Wahltriumphe wie

auch die schutzzöllnerische Niederlage im Reichstage bewiesen, daß das freihändlerische Siegesbewußtsein keineswegs auf bloßen Chimären, sondern auf „Realitäten“ beruht. Ueber eine der wichtigsten Realitäten dabei verfügen die Freihändler in Gestalt des Mangels an Solidarität im schutzzöllnerischen Lager. Bestände diese Solidarität mit der praktischen Wirkung, keinerlei Pakt, keinerlei passive und active Freundschaft mit freihändlerischen Mächten zu pflegen, sondern diese auf allen Punkten nur zu schwächen, die Situation Bismarcks aber in ruhelosester und angespanntester Fürsorge zu stärken, so würde das freihändlerische Siegesbewußtsein nur die Bedeutung einer poetischen Illusion haben.

Indem wir in dieser Weise die Stärkung der Bismarck'schen Position befürworten, reden wir keineswegs dem Byzantinismus oder dem „konservativen und staatssozialistischen Extrem“ das Wort. Im Gegentheil, je kräftiger der Beistand ist, den die Schutzzollpartei dem Reichskanzler gewährt, desto wirksamer wird der Widerstand sein, den sie konservativen und sozialistischen Ausschreitungen leisten könnte, falls solche sichtbar und gefährlich werden sollten. Dies ein- für allemal!

Die wichtigste und nächste Sorge der deutschen Schutzzollpartei muß in der Vereitelung des freihändlerischen Siegesjubels bestehen und zwar durch dichte Zusammenschaarung unter dem nationalen Reformbanner Bismarcks.

Die wirthschaftliche Freiheit wie in Nordamerika.

In Vertheidigung des Prinzipes der wirthschaftlichen Freiheit, und daß dieses denn doch nicht so verfehlt sei, nicht nothwendig zur wirthschaftlichen und politischen Unterjochung der Besitzlosen durch die Besitzenden führen müsse, wie von dessen Gegnern behauptet wird, wird vielseitig auf Nordamerika verwiesen, wo die wirthschaftliche Freiheit am vollständigsten entwickelt, zugleich aber der Arbeiter auch am zufriedensten sei, und den Bestrebungen der

Sozialdemokratie so viel wie keinen Boden abgebe. Zwar absolute Zufriedenheit mit den bestehenden Arbeitsverhältnissen herrsche allerdings auch dort nicht. Die Arbeiter begehren höhere Löhne, Abkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Kinder- und Einschränkung der Frauenarbeit; in den Pacific-Staaten die Ausschließung der Konkurrenz chinesischer Arbeiter; auch giebt es zeitweilig Arbeiter-Krawalle und Strikes. Jedoch es sind dies alles Forderungen, welche in Europa als berechtigt selbst vom wirthschaftlichen Liberalismus anerkannt und zu Gunsten der Arbeiterbevölkerung angestrebt werden. Dagegen dem Grundgedanken der europäischen Sozialdemokratie — der Abschaffung der jetzigen kapitalistischen Produktionsweise — steht die nordamerikanische Arbeiterbevölkerung ganz fern. Im Gegentheil ist es Thatsache, daß die vielen deutschen Sozialdemokraten, welche dorthin auswandern, ihre früheren derartigen Anschauungen in kurzer Zeit aufgeben, und daß es ein Irrthum wäre, aus der Zahl der sozialdemokratischen Zeitungen in Nordamerika etwa auf die Zahl der Sozialdemokraten selbst und die Verbreitung kapitalfeindlicher Tendenzen zu schließen. Danach scheinen die Zustände in Nordamerika unseren Liberalen wirklich Recht zu geben, wenn sie nur erst die ganze und volle wirthschaftliche Freiheit für Jedermann fordern und behaupten, daß sich die Heilung der mit diesem Systeme verbundenen Mißstände schon von sich selbst, aus eben dem Freiheitsprinzipe, vollziehen werde.

Allein der richtige Schluß aus dem heutigen Stande der sozialen Frage in Nordamerika auf die Güte oder Verwerflichkeit des Prinzips der wirthschaftlichen Freiheit für Europa wird sich wohl nur ergeben, wenn auch alle dort und bei uns bestehenden Wirthschafts- und Arbeitsverhältnisse in Bezug auf ihre Verschiedenheit erkannt und abgewogen worden sind. Solche Verschiedenheiten und zwar der einschneidendsten Art bestehen aber thatsächlich; von der in Europa und Amerika ganz anders gestalteten bürgerlichen und politischen Freiheit der Staatsangehörigen gar nicht zu reden. Wir wollen nur auf zwei Gegensätze hinweisen, welche selbst wieder das Ergebniß der zwischen Nord-

amerika und Europa bestehenden totalen Verschiedenheit der wirthschaftlichen Verhältnisse sind. Für's Erste, daß der Arbeiter in Amerika vom Bewußtsein getragen ist, daß er sich durch den ihm sicheren Arbeitsverdienst früher oder später, aber endlich gewiß, die wirthschaftliche Selbstständigkeit erringen kann, und für's Zweite, daß die dort vorhandenen reichen, noch unbehobenen Bodenschätze einerseits den Unternehmungsgeist der Geldkapitalisten immer auf's Neue anspornen, was zur Folge hat, daß trotz Einwanderung die Arbeiternachfrage noch immer größer ist, als das Arbeitsangebot; und daß andererseits diese Bodenschätze auch dem Arbeiter zur Hebung bereit liegen, wenn er seine Ersparnisse aus dem reichlichen Arbeitsverdienste darauf verwenden will. Aus diesen Verhältnissen entspringt denn auch der Arbeitsfleiß und die sowohl körperliche als geistige Arbeitsenergie des Amerikaners, sein großes Selbstvertrauen auf die eigene Arbeitskraft, wodurch er sich von dem Arbeiter in Europa so sehr zum Vortheile unterscheidet.

Daß nun für den europäischen Arbeiter die Dinge ganz anders liegen, daß für denselben die Möglichkeit sich aus eigener Arbeitskraft zum Kapitalisten und zur wirthschaftlichen Selbstständigkeit aufzuschwingen allenfalls theoretisch, jedoch praktisch so viel wie gar nicht vorhanden ist, weil er in der Regel nur an dem Nothlohne zehrt, über welchen er bei aller Anstrengung seiner Arbeitskraft nicht hinauskommt, ist wohl allgemein bekannt und eine nicht zu läugende Thatsache. Eben dieß erklärt aber auch vollkommen, daß Nordamerika die soziale Frage, wie sie in Europa besteht, überhaupt noch nicht besitzt, und daß die wirthschaftliche Freiheit dort jenen Druck des übermächtigen Kapitales auf die besitzlose Arbeitskraft noch nicht auszuüben im Stande ist, welcher in Europa besteht, und eben den Gegendruck der Sozialdemokratie geschaffen hat.

Die russischen Zollerhöhungen.

Die Blätter veröffentlichen die Aenderungen des russischen Zolltarifs, welche mit dem 1. Juli in Kraft treten sollen. Noch vor Kurzem hatte es den Anschein, als ob die russische Regierung Bedenken trüge, im gegenwärtigen Augenblicke das Ausland durch neue Prohibitivmaßregeln zu reizen. Wie erinnerlich, war die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mit großer Entschiedenheit und jedenfalls nicht ohne höhere Veranlassung gegen die projektirten Zollerhöhungen aufgetreten und die „Petersburger Zeitung“ beeilte sich, in einem beschwichtigenden Artikel jede Absicht einer weiteren Verschärfung des russischen Zolltarifs in Abrede zu stellen. Jetzt stellt es sich jedoch heraus, daß dies eitel Flunkerei gewesen und die Drohungen unseres officiösen Organs in Petersburg thatsächlich ganz ohne Wirkung verhallt sind.

Die neuen russischen Zollerhöhungen sind nämlich nicht allein außerordentlich bedeutend, sondern, wir müssen es mit Bedauern sagen, erweisen sich auch als so ausschließlich gegen Deutschland gerichtet, daß man fast vermuthen könnte, die Remonstrationen der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ haben das Gegentheil von dem erreicht, was sie beabsichtigten. Rußland ist in Wahrheit wieder mehrere Sprossen auf seiner Protectionsleiter hinaufgestiegen und die deutsche Industrie ist es, welche hierdurch am härtesten getroffen wird. Denn mit dem neuen russischen Zolltarif wird bald auch der geringe Verkehr, welcher von Deutschland nach Rußland noch übrig geblieben ist, zu Grabe getragen werden.

Wir stehen heute schon zu Rußland in einem passiven Handelsverhältniß. Unsere Einfuhr aus diesem Lande belief sich im Jahre 1880 auf 336 Millionen Mark, während unsere Ausfuhr dorthin nur 228 Mill. Mark erreichte. Es ist dies erklärlich bei den hohen Eingangszöllen unseres Nachbarlandes, bei den mangelnden Verkehrsstraßen und den ewigen Zollplackereien, welche einen geregelten Export nach demselben nahezu unmöglich machen. Jetzt droht nun auch den seither noch aufrecht erhaltenen Verkehrsbeziehungen zu Rußland

der Untergang. Die russische Regierung **hat nämlich alle diejenigen Artikel mit wesentlich höheren Zöllen belegt, in welchen bisher der stärkste Verkehr von Deutschland nach Rußland bestand** und die betreffenden Zollerhöhungen sind leider so beträchtlich, daß Deutschland durch dieselben früher oder später einen großen Theil seines russischen Absatzes verlieren muß. Wir wollen dies an der Hand der Statistik und des neuen russischen Zolltarif beweisen.

Unsere Ausfuhr nach Rußland vertheilt sich in der Hauptsache auf eine kleine Anzahl Artikel, die auf den russischen Märkten in relativ großen Mengen abgesetzt werden. Wir haben aus den Handelsausweisen für 1880 unter diesen Maschinen mit 23, Garne mit 23, Eisenhalbfabrikate mit 20, Eisenwaaren mit 14, Zeugwaaren mit 12, Farbewaaren mit 9, Rohmetalle mit 6, Kleider und Pelzwaaren mit 5 Millionen Mk. hervor. Diese Fabrikate machen zusammen etwa die Hälfte unserer ganzen Ausfuhr nach Rußland aus. Sehen wir nun zu, wie dieselben im neuen russischen Zolltarif bedacht sind, so ergiebt sich, daß gerade für die vorstehend aufgeführten Waaren und beinahe nur für diese großen Zollerhöhungen beschlossen worden sind.

Was zunächst die Maschinen betrifft, so hat der neue Tarif den Eingangszoll von 82 Kp. auf 1 Rbl. 65 Kp. per Pud, also auf das Doppelte des bisherigen Satzes erhöht. Von Garnen exportiren wir hauptsächlich Wollengarne nach Rußland. Dies hat genügt, um den Zoll auf Wollengarne von 5 Rbl. auf 7,50 Rbl. zu steigern. Ebenso sind für feinere Baumwollgarne beträchtliche Zollerhöhungen decretirt worden. An Eisenhalbfabrikaten und Eisenwaaren ist man diesmal mit wenigen Ausnahmen vorübergegangen, vermuthlich, weil dieselben erst vor Jahresfrist mit höheren Zöllen bedacht worden sind, dagegen will man wollene und leinene Zeugwaaren stärker belasten und insbesondere die Einfuhr von Farbewaaren nahezu prohibiren. Unsere Farbenindustrie befindet sich in Folge der neueren Entdeckungen bekanntlich in einer sehr blühenden Lage und ist jeder ausländischen Concurrenz ebenbürtig, wenn nicht überlegen. Die Erhöhung des Zolles auf Farbholzextracte von 1,50 auf

2,50 Rbl., auf Garancine und Krappblüthe gepulvert von 2 50 auf 5 Rbl. und auf Anilinfarben sowie alle Steinkohlentheerderivate von 4,40 auf 15 Rbl. dürfte indeß diese Ueberlegenheit für den russischen Markt illusorisch machen.

Aus diesen wenigen Beispielen geht zur Genüge hervor, daß Rußland in Wirklichkeit unseren commerciellen Interessen durchaus feindlich gegenübersteht und daß wir auch nicht sobald darauf hoffen dürfen, die russische Politik auf diesem Gebiete zur Umkehr zu bewegen. Gespannt sind wir jetzt nur darauf, womit der Herr Reichskanzler dieser handelspolitischen Feindseligkeit des uns politisch anscheinend befreundeten Nachbarreiches begegnen wird.

Ein kleines aber lehrreiches Beispiel.

u. Ein in einer pommerschen Kreis- und zugleich kleinen Seestadt erscheinendes Kreisblättchen hat einen Artikel gegen die projektirten Frachterleichterungen für oberschlesische Kohlen gebracht, weil diese Erleichterungen die Folgen haben würden, den Import englischer Kohlen zu beeinträchtigen nnd dadurch auch den betreffenden „Platz" und die handeltreibende sowie handarbeitende Bevölkerung desselben erheblich zu schädigen. Es wird demgemäß die Hoffnung ausgesprochen, daß die Handelskammer diesen Punkt ernstlich in Erwägung ziehen und die entsprechenden Schritte thun werde. — Der Fall ist an und für sich höchst geringfügiger Art; aber es lassen sich eine Menge zeitgemäßer Betrachtungen an denselben knüpfen, selbst wenn wir von der Naivität ganz absehen wollen, mit der ein amtliches Blättchen dem in unzweideutigster Weise kundgegebenen Standpunkte der Regierung Opposition macht. Welcher Privatmann und welche Privat-Gesellschaft ließe sich wohl von ihren eigenen Organen so auf der Nase herumtanzen, wie sich dies die Regierung fortwährend auf den verschiedensten Gebieten gefallen lassen muß?

Der Gegensatz zwischen einem natürlichen und einem

nur künstlich großgezogenen Interesse ist es zunächst, welcher in dieser Sache mit frappanter Deutlichkeit vor Augen tritt. Es kann ja doch keinem Zweifel unterliegen, daß unter gesunden, natürlichen Verhältnissen der deutsche Kohlen-Bergbau längst seinen Absatz überall dahin im eigenen Lande hätte haben bezw. gewinnen müssen, wo er überhaupt konkurrenzfähig ist — und das dürfte wohl, vielleicht von Ostpreußen abgesehen, für ganz Deutschland zutreffen. Nun hat aber die trostlose Verkümmerung unseres heimischen Gewerbfleißes und der Entwickelung unserer Verkehrsstraßen, wie solche der langen politischen Zerrissenheit Deutschlands und dem Mangel einer einheitlichen Gewerbe- und Verkehrspolitik mindestens zum großen Theile zuzuschreiben ist, u. A. auch die Folge gehabt, die Entfaltung unseres Kohlen-Bergbaues unnatürlich zu hemmen, dagegen den englischen Steinkohlen gegen die Natur der Dinge und ohne alle innere Nothwendigkeit bis tief nach Deutschland hinein ein Absatzgebiet zu öffnen. Daß der Handel mit allen seinen Anhängseln hierbei aufs lebhafteste interessirt war, liegt auf der Hand, und kein Mensch nimmt es den Repräsentanten dieses Standes übel, wenn sie einen für sich so günstigen Zustand zu erhalten wünschen; man muß es sogar geschehen lassen, daß der Handel sich hierzu allerlei künstlicher Mittel bedient — hat ja doch Hamburg lange Zeit auf den Import englischer Kohle förmlich eine Prämie gesetzt gehabt, indem dieser Artikel von allen Hafen-Abgaben befreit war. Daß aber um der paar Importeure und der von denselben beschäftigten Kommis und Auflader eines pommerschen Landstädtchens wegen die endlich zur Belebung unserer heimischen Gewerbethätigkeit ergriffenen und endlich auch auf das Gebiet der Eisenbahn- und Stromfrachten ausgedehnten Maßregeln wieder sistirt werden sollen — das gehört doch wohl sicherlich zu dem Widernatürlichsten, was jemals erdacht worden ist. Und dabei thun diese Herren fortwährend so, als ob Natur und gesunde Vernunft ganz unzweifelhaft auf ihrer Seite wären!

Aber die Sache hat noch eine andere Seite. Am Ende wird Niemand bestreiten wollen, daß das Vorhandensein unseres Bergbaues ein Vortheil für das Land

in seiner Gesammtheit ist, und daß es nur wünschenswerth sein kann, denselben zu kräftigen und zu erweitern. Dagegen könnte man vielleicht sagen, es sei gleichgültig, ob einheimische Frachten von dem Seestädter oder von dem Industriellen bezahlt würden, und sofern der erstere mehr leiste, müsse man ihn gewähren lassen. Aber gerade hier setzt eine andere Erwägung ein. Schon oben haben wir darauf hingewiesen, wie mangelhaft unser Verkehrssystem noch ist, und es ist in diesen Blättern zur Genüge häufig betont worden, daß vor Allem die Wasserstraßen es sind, welche einer kräftigen, unseren natürlichen Verhältnissen angemessenen Inangriffnahme nur zu vielfach noch harren. Nun kann aber kein Sachkundiger darüber im Zweifel sein, daß jede weitere Ausbildung unserer Strom- und Kanalschiffahrt die Folge haben würde, das Konkurrenzgebiet unserer einheimischen Kohle mächtig zu erweitern. Wie verhältnißmäßig öde sind nicht selbst unsere herrlichen natürlichen Wasserstraßen zum ansehnlichen Theile noch, und einen wie erheblichen Antheil hieran haben die Schwierigkeiten, welche seither der weiteren Verfrachtung einheimischer Kohle entgegenstanden! Nun ist die Reform in Angriff genommen worden; unsere Industrie soll aufblühen, unsere Binnenschiffahrt sich neu beleben. Da kommt nun ein pommerisches Städtchen und behauptet, das dürfe nicht sein, weil sonst vielleicht die Seefrachten ein wenig litten und der „einheimische" Nahrungszweig (nämlich des mehrbesagten Städtchens) zu Schaden käme. Das heißt doch Natur und Vernunft geradezu ins Gesicht schlagen!

Der deutsche Handel in Singapore.

An dem bedeutenden Handel von Singapore, dessen Gesammtumsatz sich

	1879	1880
in der Einfuhr auf	56,278,292	60,675,733 Dollars
in der Ausfuhr auf	49,250,238	54,578,981 Dollars

stellte und demnach in der Einfuhr eine Zunahme von

4,397,441 Doll., in der Ausfuhr eine solche von 5,328,743 Doll. aufwies, ist der deutsche Handel mit ansehnlichen Werthen betheiligt. Direct nach Hamburg gingen Waaren im Werth von 336,651 Doll. 1879, und von 308,305 Doll. 1880, und zwar überwiegend auf Schiffen deutscher Flagge. Die deutsche Einfuhr ist doppelt so groß, als die Ausfuhr nach Deutschland. Es wurden deutsche Waaren direkt über Hamburg in Singapore eingeführt 1879 für 550,028 Doll., 1880 für 671,865 Doll. Dirse Zunahme kennzeichnet aber nicht den ganzen Gewinn, welchen der deutsche Handel und die deutsche Rhederei aus dem Verkehr mit Singapore hat. Die deutsche Flagge steht im Verkehr dieses Hafens an dritter Stelle. Sie vermittelt eben nicht blos den Waarenumsatz zwischen Deutschland und Singapore, sondern auch zwischen letzterem und anderen ostasiatischen und Südseehäfen, und darum hat sie im Verkehr von Singapore eine relativ hohe Bedeutung.

Von 2004 im Jahre 1880 dortselbst eingegangenen Schiffen mit 1,539,503 Tonnen gehörten der deutschen Flagge 105 Schiffe (davon 36 Dampfer) mit 89,618 Tons an, während unter englischer Flagge 1405 Schiffe mit 1,060,728 Tons, unter französischer 87 Schiffe mit 140,564 Tons und unter holländischer 114 Schiffe mit 41,355 Tons einliefen. Die englische Flagge dominirt hier, wie überall. Aber auch die französische ist der deutschen der Transportfähigkeit nach noch erheblich überlegen. Der Grund davon liegt in der Verwendung von Dampfern von Seiten Frankreichs, unter dessen 87 in Singapore verkehrenden Schiffen 76 große Dampfer waren, während der deutsche Verkehr in diesem Hafen, wie überhaupt in jenen Gewässern sich noch immer viel zu sehr auf Segler stützt; von den 105 in Singapore verkehrenden Schiffen deutscher Flagge waren 69 Schiffe mit 52,275 Tons Segler. Die deutschen Schiffe schleppen zu einem beträchtlichen Theile lediglich Steinkohlen aus englischen Kohlenhäfen nach Singapore; 36 Segler mit 39,132 Tons und 2 Dampfer mit 2057 Tons lagen 1880 diesem Geschäfte ob.

Von den aus Deutschland und zwar über Hamburg 1880 direkt in Singapore eingeführten Waaren sind die wichtigsten:

Streichhölzer für 95,550 Doll. (1879: 23,076 Doll.) Bier für 90,523 Doll. (74,875). Kurz- und Messerwaaren: 71,418 Doll. (61,948). Wollenwaaren: 64,333 Doll. (43,161). Baumwollwaaren: 47,570 D. (34,000). Strumpfwaaren: 35,265 Doll. (19,705). Waffen und Munition: 46,315 Doll. (8390). Glaswaaren: 27,815 Doll. (23,460).

Einen lebhaften Aufschwung hat der deutsche Export nach Singapore auch noch in Messingwaaren, Nägeln und Nageleisen, Seidenwaaren, Papier und Schreibmaterial, Töpferwaaren genommen, während der Export von groben Eisenwaaren, Lichten, Uhren, Schiffsartikeln, Schirmen, Spirituosen, Steinkohlen zurückgegangen ist. Jedoch müßte Deutschland gerade in diesen Artikeln den Vorsprung wieder erreichen können, es bedarf dazu nur der Aufmerksamkeit und der Thatkraft. Der Handel von Singapore ist so bedeutend und auch für die deutschen Exportinteressen nicht ohne Aussicht, daß zu wünschen und zu hoffen ist, der dortige Markt möge von den deutschen Exporteuren immer mehr als eroberungsfähig angesehen werden, wozu freilich eine Aenderung der deutschen Schiffsverbindung mit jenen Gewässern eine Vorbedingung ist.

Der Befähigungsnachweis zum Gewerbebetriebe.

Als das hauptsächlich Reaktionäre in der wider die bis jetzt bestehende absolute Gewerbefreiheit begehrten Neuordnung des Gewerbebetriebes wird von den Anhängern der wirthschaftlichen Freiheit neben dem Zwange zum Innungsbeitritte auch diese Forderung bezeichnet, daß in Zukunft nur derjenige ein Gewerbe zu betreiben berechtigt sein soll, welcher sich darüber ausweisen kann, daß er seines Gewerbes auch mächtig und dasselbe ordentlich erlernt hat. Nicht bloß, daß in der Forderung, es habe derjenige, welcher sich dem Publikum als fähig zur Leistung gewisser von ihm offerirten Arbeiten ankündiget, auch eine Garantie dafür zu bieten, daß er diese Fähigkeit in Wirklichkeit besitzt, eine ungerecht-

fertigte Beschränkung der persönlichen Freiheit erblickt werden will, obgleich kein Mensch daran Anstoß nimmt, daß man den gleichen Nachweis bei allen sogenannten höheren Berufszweigen, und selbst innerhalb des Rahmens der Gewerbefreiheit für bestimmte Gewerbearten fordert; — so wird die Sache auch noch so dargestellt, als ob durch die Forderung des Befähigungsnachweises die ganze weitere Zukunft und Entwicklung unseres Gewerbe- und Fabrikwesens in Frage gestellt werde. Man beruft sich auf die Geschichte der Industrie, welche nachweise, daß der Fortschritt in ihr zum Wenigsten von den professionell ausgebildeten Gewerbsleuten, sondern fast durchwegs von den sogenannten industriellen Genies und Kaufleuten ausgegangen sei, die sich, ohne ihren Geschäftszweig in der Jugend regelrecht erlernt zu haben, autodidaktisch zu großen Fabrikanten aufgeschwungen haben. Das Kleingewerbe habe noch niemals einen Export geschaffen, sei auch nie im Stande einen solchen fort zu erhalten. Der Export jedoch sei der Lebensnerv für den Industriestaat, und ein Land, das sich auf die Versorgung des einheimischen Bedarfes beschränken wolle, werde für immer ein armes Land bleiben. Letzteres sei aber nothwendig die Folge, sobald man die Berechtigung zum Gewerbe- und Fabriksbetriebe an eine in der Jugend zu erhaltende professionelle Ausbildung, resp. an den Befähigungsnachweis binden würde. Will man diesen nur für das eigentliche Gewerbe und nicht auch für den Fabriksbetrieb fordern, so stehe dem entgegen, daß sich die Scheidelinie zwischen Fabrik und Handwerk, zwischen Groß- und Kleinbetrieb der Gewerbethätigkeit nicht feststellen läßt. Außerdem wäre es auch eine schwere Ungerechtigkeit, dem ohnedies schwächeren kleinen Mann eine hemmende Verpflichtung für den Gewerbebetrieb aufzuerlegen, von welcher der Kapitalist, weil er der wirthschaftsstärkere ist, frei bleiben soll.

Nun will es uns dagegen aber doch scheinen, als schlage sich die erstere Einwendung schon in sich selbst eben durch die geschichtliche Thatsache, daß der Beginn des großen Aufschwunges, welchen die Industrie in Europa, und speziell auch in Deutschland genommen hat, noch vollständig in die Zeit fällt, als das alte Gewerbe-

recht, resp. sogar der Zunftzwang in Giltigkeit war, welches doch viel weiter reichte, als die Beschränkungen sind, welche heute der Ausübung des Gewerbebetriebes auferlegt werden sollen. Wenn trotz des Zunftzwanges die Fabriksindustrie und der Export von Fabrikserzeugnissen sich entwickeln konnten, so wird wohl auch das heutige industrielle Genie oder der Kapitalist, der einen bestimmten Gewerbezweig im Großen betreiben und fortschrittlich entwickeln will, durch die Forderung des Befähigungsnachweises dabei nicht gehindert sein.

Selbst wenn für den Großbetrieb keine Ausnahme gemacht werden könnte, so giebt es für diesen wohl mehr als einen Weg, heute gerade so, wie ehedem, um einer solchen Forderung zu entsprechen. Wir glauben aber auch, daß der Umstand, daß unsere Gelehrten und Parlamentarier sich bis heute noch über keine Definition des Unterschiedes zwischen Gewerbe- und Fabrikbetrieb geeinigt haben, nicht auch beweist, daß diese Unterscheidung festzustellen unmöglich sei, nachdem die allgemeine Meinung doch für jeden einzelnen Fall den eigentlichen Gewerbsmann vom Fabrikanten wohl zu unterscheiden weiß. Man überlasse dieß zu entscheiden getrost dem Urtheile autonomer Gewerbebehörden. Und wäre es denn in der That ein Hemmschuh für den Fortschritt in unserer industriellen Entwicklung, wenn auch die Fabriksbesitzer verpflichtet wären, sich darüber auszuweisen, daß sie von ihrem Fabrikbetriebe das Nöthige entweder selbst verstehen und gelernt, oder doch einen betriebsverständigen Fabrikleiter dabei angestellt haben? Wir glauben im Gegentheile, der industrielle Aufschwung könnte nur gewinnen, wenn Jeder, der ein Fabrikgeschäft betreibt, oder betreiben will, auch mit den dazu nothwendigen technischen und kaufmännischen Kenntnissen ausgerüstet wäre, was heute oft genug nicht der Fall ist, und gewiß nicht zum Vortheile unseres industriellen Fortschrittes.

Internationale Fabrikgesetzgebung.

Aus der Schweiz kommt eine Nachricht, welche die Haltlosigkeit des freihändlerischen Optimismus uns wieder einmal recht drastisch vor Augen führt. Die an verschiedene Staaten gerichtete Einladung der Schweizer Bundesregierung zur internationalen Regelung der Fabrikgesetzgebung ist nämlich allgemein ablehnend beantwortet worden. Wie große Hoffnungen haben doch unsere Freihändler auf dieses humane Werk der internationalen Fabrikgesetzgebung gesetzt! In dem Bewußtsein, daß gerade die verschiedenartige Handhabung der Fabrikgesetzgebung in den einzelnen Ländern einer der gewichtigsten Gründe für eine rationelle, die Interessen des Arbeitgebers wie des Arbeiters schützende, Handelspolitik ist, haben die Organe der Freihandelspartei für die internationale Uniformität der zum Schutz der Arbeiter bestimmten Gesetze nicht allein unablässig plaidirt, sondern die Verwirklichung derselben sogar in allernächste Aussicht gestellt. Wir haben uns dieser Auffassung gegenüber von Anfang an recht skeptisch verhalten und selbst unter der unwahrscheinlichen Voraussetzung, daß internationale Vereinbarungen über eine einheitliche Fabrikgesetzgebung zu Stande kämen, darauf hingewiesen, daß zwischen der papierenen Vereinbarung und der praktischen Handhabung von internationalen Gesetzen immer noch ein gewaltiger Unterschied besteht, und jedenfalls die bisherige Verschiedenheit in der Belastung der Industrien der einzelnen Länder mehr oder minder immer bestehen bleiben würde.

Die Thatsachen sind nun über unsere Ansicht noch hinausgegangen, insofern allseitig anerkannt worden ist, daß eine einheitliche internationale Fabrikgesetzgebung selbst in den elementarsten Grundsätzen überhaupt nicht durchführbar ist oder praktisch werthlos sein würde. Eine glänzendere Widerlegung der freihändlerischen Phantasien und eine bessere Rechtfertigung schutzzöllnerischer Politik als diese hat es nie gegeben. Denn das liegt doch auf der Hand, daß die Verschiedenheit in der Fabrikgesetzgebung für die Industrieen der einzelnen Länder eine verschiedenartige Belastung involvirt

und daß diese Belastung für die Industrie um so weniger fühlbar sein wird, je weniger sie genöthigt ist, Vorkehrungen zum Schutz ihrer Arbeiter bezw. humane Einrichtungen zu treffen. Zwingt man nun die Industrie eines Landes, in weitgehendem Maße für ihre Arbeiter Sorge zu tragen ohne sie ihrer hierin weniger genirten ausländischen Concurrenz gegenüber zu schützen, so wird auf den möglichst geringen Schutz der Arbeiter geradezu eine Prämie ausgesetzt und die eigene Industrie dem Auslande gegenüber thatsächlich so geschwächt, daß sie schließlich die gesetzlich vorgeschriebenen Einrichtungen nicht mehr zu prästiren vermag. Zu solchen Ungeheuerlichkeiten führt der Freihandel, wenn man ihn auf praktische Verhältnisse anwendet. Darum bedarf es keines weiteren Beweises dafür, daß Schutzzölle für die Industrie eines Landes unter Umständen eine Nothwendigkeit sind und ebensowenig dafür, daß wir in Deutschland, wenn wir unsere bisherige Fabrikgesetzgebung aufrecht erhalten, ja dieselbe sogar noch erweitern wollen, einen ausreichenden Schutz gegen die ausländische Concurrenz haben müssen. Dies die sociale Bedeutung der verlästerten Interessenpolitik.

Zweihundert Millionen Mark Bettelpfennige.

Zweihundert Millionen Mark in Bettelpfennigen aufzubringen, ist gewiß keine Kleinigkeit. Die deutschen Vagabunden bringen es aber fertig, wie der Direktor der großen Landes-Strafanstalt zu Zwickau, Herr Geh. Regierungsrath d'Alinge, dieser Tage in Dresden in der General-Versammlung der Vereine zur Fürsorge für Straf-Entlassene auf Grund zweifelloser Data nachgewiesen hat. Danach durchziehen das deutsche Reich täglich 200,000 Vagabunden, und es stellt sich der geringste Ertrag ihrer Fechtkunst auf täglich 1 Mk. 70 Pf. für jeden, der Höchstbetrag auf etwas über 4 Mk. Dies macht also durchschnittlich etwas über 200 Millionen Mark. Vergleichen wir nun diesen Aufwand an Bettelpfennigen mit dem Betrage, welchen das deutsche Volk

für Lebensversicherung anfwendet, so kommen wir zu dem Resultate, daß diesen 200 Millionen Bettelpfennigen eine Gesammt-Ausgabe für Lebensversicherungs-Prämien von nur rund 76 Millionen im Jahre 1880 gegenüberstanden. Während also die deutschen Familienväter gewiß ohne sonderliche Schmerzen 200 Millionen Mark dem Vagabundenthum opfern, — bringen sie es für ihre Frauen und Kinder nur zu einem Opfer von 76 Millionen! Dabei ziehen wir selbstverständlich die Trinkgelder, welche täglich bei den verschiedenartigsten Gelegenheiten gespendet werden, gar nicht in Betracht. Würden auch diese etwa noch in Betracht genommen, so würde sich die beschämende Thatsache herausstellen, daß der Deutsche viermal mehr auf die Züchtung eines physisch und moralisch verworfenen Vagabundenthums und auf Befriedigung des Trinkgelderbedürfnisses, als auf die Zukunft seiner Familie verwendet! Eine Mahnung zur Aenderung dieser Thatsache dürfte daher wohl angebracht sein.

Abnützung der Goldmünzen.

Die jährliche durchschnittliche Abnutzung der englischen Goldmünzen beträgt nach den Ermittelungen von Martin und Jevons bei den Sovereigns 0,4325 Grän und bei den Halbsovereigns 0,4379 Grän pro Stück, während das Normalgewicht der ersteren 123,27447 und der letzteren 61,63723 Grän beträgt. Die Sovereigns haben durchschnittlich nach 15 Jahren, die Halbsovereigns schon nach 8 Jahren über $^1/_2$ Prozent des gesetzlichen Gewichtes verloren. Von allen englischen Goldmünzen sind ca. 40 pCt. unterwerthig geworden. Das britische Münzgesetz bestimmt, daß Sovereigns, welche $^3/_4$ Grän (0,7745 Gramm) und Halbsovereings, die ½ Grän (0,512 Gr.) verloren haben, aufhören gesetzliches Zahlungsmittel zu sein.

Bei den deutschen Goldmünzen hat sich im Verlauf von 6½ Jahren die jährliche durchschnittliche Abnutzung bei den Doppelkronen auf 0,0904 pro Mille, bei den

Kronen auf 0,2026 pro Mille des Geldwerthes belaufen; dem Gewicht nach betrug die Abnutzung 0,00720 Gramm resp. 0,00810 Gramm pro Stück.

Hiernach können die Doppelkronen durchschnittlich 50 Jahre, die Kronen ca. 25 Jahre im Umlauf bleiben, ehe sie das Passirgewicht verlieren. Die Doppelkrone soll 7,96495 Gramm wiegen, bei den angestellten Proben ergab sich ein Durchschnitt von 7,9601 Gr.; bei den Kronen 3,9775 Gramm gegen 3,9825 Gramm. Das Passirgewicht der deutschen Reichsgoldmünzen darf 5 pro Mille unter dem Normalgewicht betragen.

Der Verkehr im Suezkanal.

Den Hauptverkehr im Suezkanal hat natürlich England, auf dessen Handelsflagge für den Jahresdurchschnitt 1870—1879 nach der Anzahl der Schiffe 73,50 Procent und nach der Tonnenzahl sogar 75,98 Procent entfallen. Im Jahre 1880 passirten den Kanal 1579 engl. Schiffe mit 3,460,977 Tons. Dies Uebergewicht Englands kann nicht auffällig erscheinen, da der Weg durch den Suezkanal die kürzeste Verbindung mit Ostindien ꝛc. darstellt und da von dem Außenhandel Brittisch-Ostindiens, der 1879 bis zu einem Werth von 2501,5 Millionen Mark stieg, der größte Theil von der engl. Handelsmarine besorgt wird. Die Zahl der engl. Segelschifftons betrug 1880: 3,799,221, die der Dampfschifftons 2,720,551, zusammen: 6,519,772 Tons und 1881: 3,639,890 resp. 3,001,377, zusammen: 6,641,267 Tons. Die Leistungsfähigkeit der Dampfer muß aber auf das 3—4fache der Segler an Schnelligkeit gerechnet werden, so daß die Tonnenzahl pro 1881 einem Gesammtgehalt von 12,664,021 Tons von Segelern entspricht.

In der Rangliste des Suezkanals folgt zunächst Frankreich, auf dessen Handelsflagge für die Zeit von 1870—1879 jährlich durchschnittlich der Anzahl der Schiffe nach 6,67 pCt. und 8,62 pCt. der Tonnenzahl nach kommen. Oesterreich-Ungarn rangirt mit 4,18 pCt. resp. 2,87 pCt. Italien mit 3,98 pCt. resp. 2,64 pCt.

Niederlande mit 3.40 pCt. resp. 4.14 pCt. Deutschland mit 1,79 pCt. resp. 1,24 pCt. In absoluten Zahlen ausgedrückt betrug 1880 der Verkehr durch den Suezkanal 38 deutsche Schiffe mit 54127 Tons, was von Spanien noch übertroffen wurde, welches 35 Schiffe mit 85612 Tonnen passiren ließ. Im Jahre 1881 passirten 45 deutsche und 46 spanische Schiffe durch den Suezkanal, wobei Spanien wieder eine höhere Tonnenzahl aufweist. Der Gesammthandel Deutschlands nach Asien, der durch den Suezkanal geht, kann nach der Reichsstatistik von 1880 auf über 100 Millionen Mark angenommen werden. Im Ganzen erhält Deutschland aus Asien für ca. 180 Millionen Mark Waare. Dem entsprechend sind 45 Schiffe eine viel zu kleine Zahl für die deutsche Rhederei.

Bevölkerungszunahme deutscher Großstädte.

Unter den großen Städten des deutschen Reichs weist in dem Zeitraum von 1867-1880 keineswegs die Residenzstadt Berlin, sondern Hannover die stärkste Steigerung der Bevölkerung auf, nämlich von 73,979 Einwohnern auf 137,576, also um 44 pCt.; dann kommen Stuttgart (117,021 Einwohner) mit 41,5 pCt., Leipzig (148,760 Einw.) mit 40 pCt., endlich Berlin (1,122,385 Einw.) mit 38 pCt. Auch in verschiedenen Mittelstädten Deutschlands war die prozentualische Bevölkerungszunahme stärker als in Berlin.

Die Schutzlosigkeit der Deutschen in Chile.

Obwohl die Regierung in Chile das Bestreben verfolgt, die deutsche Einwanderung selbst mit Aufwendung von nennenswerthen Mitteln nach dort zu ziehen, so liegen die Dinge namentlich in politischer Hinsicht noch keineswegs so, daß man einer größeren und systematischen Einwanderung nach Chile das Wort reden könnte. Ein in dem „Export" abgedruckter Bericht aus Valparaiso

von Mitte Mai d. J. enthält vielmehr eine Schilderung der dortigen Zustände, welche das Vorhandensein einer großen Schutzlosigkeit der Deutschen außer Zweifel stellen. Die Kolonisten der Provinz Blanquihue — heißt es — sind der chilenischen Regierung verpflichtet, die bei ihrer Ansiedelung empfangenen Unterstützungen und Vorschüsse wiederzuerstatten. Die Zahlungen sind kontraktlich, nach vorgängiger Benachrichtigung seitens der Regierung, in bestimmten Jahresraten und in Naturallieferungen zu leisten. Nun hat der Intendant von Puerto Montt, nachdem er mit seinen Wahlmanövern Schiffbruch gelitten hat, und zwar zum Theil in Folge der gegnerischen Wahlagitationen der dort zahlreichen naturalisirten deutschen Kolonisten, aus Rache gegen letztere ohne viel Federlesens ein Exekutions-Mandat erlassen, demzufolge nicht allein die Gesammtschuld sofort, sondern auch in baarem Gelde (statt in Produkten) bezahlt werden muß.

---

* Die Verstaatlichung des Versicherungswesens.

Der Reichstags-Abgeordnete Herr Dr. Perrot veröffentlicht in den Nummern 149 und 150 des „Reichsboten" einen „die Verstaatlichung des Versicherungswesens" überschriebenen Artikel, welcher über diese so vielfältig in den Blättern jeder politischen und jeder volkswirthschaftlichen Richtung erörterte Frage zwar im Wesentlichen nur die von Adolph Wagner in seiner bekannten Schrift „der Staat und das Versicherungswesen" für die Verstaatlichung angeführten Gründe, natürlich nur flüchtig zusammengefaßt wiederholt, ohne die in der Rellstab'schen gleichbetitelten Gegen-Monographie auseinandergesetzten Gegengründe zu berücksichtigen, vielleicht sogar ohne sie zu kennen, — aber doch ein neues Moment vorbringt, welches es uns nothwendig erscheinen läßt, dem Artikel näher zu treten.

Herr Dr. Perrot meint nämlich: durch die Verstaatlichung des gesammten Versicherungswesens — der Feuer-, Hagel-, Lebens- und Transport-Versicherung — werde der Staat den großen Gewinn, den die Aktien-

gesellschaften daraus ziehen, selbst in die Tasche stecken und dadurch das gleiche Resultat erzielen können, welches er durch das Tabaksmonopol erhoffte. Er citirt dabei zu seiner Unterstützung einen Brief eines ungenannten Freundes und eine Rede des Freiherrn von Thüngen, welche dieser am 3. October v. J. im bayerischen landwirthschaftlichen Verein zu München gehalten hat. Gleichzeitig aber, meint der Herr Verfasser, werde das Publikum bei dieser allgemeinen Staatsversicherung doch billiger fahren, als bei den, nothwendig zu beseitigenden Aktiengesellschaften.

Die Organisation dieser Staatsversicherung, auch hierin Wagner's Spuren folgend, denkt der Genannte sich im Anschluß an die 70 öffentlichen Brandkassen in Deutschland, welche recht gut gleichzeitig nicht nur die Mobiliar-Feuerversicherung, wie es in Preußen schon 13 öffentliche Societäten thun, sondern auch alle anderen Branchen betreiben könnten.

Bekanntlich hatte die Reichsregierung durch die Einführung des Tabaksmonopols einen Gewinn von ca. 160 Millionen zu erzielen herausgerechnet, eine Rechnung, deren Richtigkeit bestritten worden ist. Aber gleichviel, ob richtig oder nicht, wo ist der Nachweis geführt, daß die Versicherungs-Aktiengesellschaften auch nur annähernd einen solchen Gewinn erzielt hätten? Nicht einmal einschließlich der Zinsen ihrer Grund- und Reserve-Kapitalien, geschweige aus dem Betriebe der Versicherung allein, ist das der Fall. Wir wollen dabei die Frage, ob und eventuell wie es rechtlich möglich wäre, die Reserve-Kapitalien der L e b e n s versicherungs-Gesellschaften auf den Staat oder auf öffentliche Institute mit delegirtem Betrieb zu übertragen, bei Seite lassen, und nur konstatiren, daß Grund- und Reservekapitalien bei allen Aktiengesellschaften das Eigenthum der Aktionäre sind, welches ihnen bei Auflösung der Gesellschaft nach Bezahlung der Schulden ausgeantwortet werden muß. Die daraus gezogenen Zinsen würden also bei einer Verstaatlichung in Wegfall kommen, und es wäre lediglich der Ueberschuß in Betracht zu ziehen, welcher nach Bezahlung der Schäden und Kosten von den Beiträgen übrig bleibt. Da öffentliche

Anstalten aber auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit erbaut sind, so ist es ein offenbarer, ein absolut unlöslicher Widerspruch, bei diesen überhaupt einen Gewinn erzielen zu wollen, der Anderen als den Genossen selbst zu Gute käme! Ist ein Ueberschuß vorhanden, so kann er selbstredend nur zur Ermäßigung der Beiträge verwendet werden, nicht aber zum theilweisen Erlaß anderer Steuern, oder zur Deckung irgendwelcher Bedürfnisse des Staates. Aus diesem Dilemma, in welches Herr Dr. Perrot sich verrannt hat, möge er sich selbst wieder herauswinden, wenn er kann.

Was nun aber den angeblich so übermäßigen Gewinn der Versicherungs-Aktiengesellschaften anlangt, so stellt sich derselbe für das Jahr 1878, welches ja auch Herr Dr. Perrot seinen Zahlen zu Grunde gelegt hat, nach einer von Herrn Brämer, dem Sekretär des Verbandes öffentlicher Feuerversicherungs-Anstalten in Merseburg, in Ehrenzweig's Assekuranz-Jahrbuch (Wien 1880) veröffentlichten Tabelle (zu Seite 166), für die 6 Branchen der Lebens-, Unfall-, Feuer-, Hagel-, Transport- und Glas-Versicherung (die Rückversicherung fortgelassen) wie folgt:

Bei einer Prämien-Einnahme für eigene Rechnung von 109,637,765 Mark blieb ein Gesammtüberschuß von 19,598,140 Mk., von welchem jedoch, wie oben ausgeführt, die Zinsen mit 14,899,392 Mk. abgesetzt werden müssen. Es bleiben also nur 4,698,748 Mk. als Ueberschuß aus dem reinen Versicherungsbetriebe. Mithin fehlen um durch die Verstaatlichung des Versicherungswesens die aus dem Tabaksmonopol erhofften Ueberschüsse von ca. 160 Millionen zu erzielen, noch rund 155—156 Millionen, um welchen Betrag also, wenn der Staat überhaupt in der Lage wäre, nach dem Prinzip der Aktiengesellschaften versichern zu können, die Prämien erhöht werden müßten. Hält Herr Dr. Perrot das für möglich?

Fabrikinspektion und Hausindustrie.

Im Volke ist vielfach die Meinung verbreitet, daß der größte Theil unserer socialen Schäden und Mißstände von der Einführung der Maschine in den Industrieberieb herrühre, während die in der alten Weise betriebene Hausindustrie zu Klagen weniger Anlaß gebe. Es wird deshalb auch allgemein verlangt, daß die soziale Gesetzgebung sich in erster Linie auf die Regelung des Fabrikbetriebes erstrecken solle und wenn wir die bisher erlassenen Arbeitergesetze durchgehen, so beziehen sich in der That die meisten davon auf die mechanischen Betriebe und nur sehr wenige auf die Hausindustrie. Daß dessenungeachtet die Zustände gerade in der Hausindustrie viel schimmer sind, als in den mit Dampf arbeitenden Etablissements ist von berufener Seite schon oft betont worden und wird jetzt wiederum durch die Berichte erwiesen, welche die bayerischen Fabrikinspektoren über ihre Thätigkeit im Jahre 1881 kürzlich erstattet haben.

Nach diesen Berichten ist die allmähliche Anbahnung gesunder Zustände in der Großindustrie zu constatiren. Dagegen herrschen in vielen Gegenden in der Hausindustrie noch sehr beklagenswerthe Verhältnisse. Zunächst ist die Fabrikindustrie schon hinsichtlich der Lohnverhältnisse der Hausindustrie gegenüber durchweg bevorzugt. In einer Handschuhfabrik mit 300 Fabrik- und 7—800 Hausarbeitern erhielt ein Zurichter 30, ein Handschuhmacher 20—36, ein Gerber 24, eine Knopfnäherin 10 bis 12 Mk. Wochenlohn, die Hausnäherinnen höchstens 4 Mk. Die Ursache liegt an den zwischen dem Arbeitgeber und diesen Arbeiterinnen stehenden Akkordanten, also an den Zwischenhändlern, welche einen großen Theil des Verdienstes für sich in Anspruch nehmen. In anderen Gegenden herrscht in der Hausindustrie noch das Trucksystem, und zwar nicht nur an Lebens- sondern sogar an Arbeitsmitteln. In der Korbwaaren- und Schiefertafeln-Industrie in Oberfranken sind 15,000 Menschen beschäftigt, davon aber nur 320 in Fabriken, der Rest in der Hausindustrie. Die Rohmaterialien werden von den Kaufleuten auf Abrechnung geliefert und von dem Rest des Arbeitslohnes muß dann noch

ein Drittel bis ein Halb in Waaren genommen werden! Auch hier ist es also der Zwischenhandel, welcher unsere socialen Zustände vergiftet und den Lebensunterhalt der arbeitenden Klassen auf ein Minimum herabdrückt. Wenn die sociale Gesetzgebung wirklich eine Besserung in der Lage der arbeitenden Klassen herbeiführen will, so sollte sie vor allen Dingen hier einsetzen und der menschenunwürdigen Ausbeutung der wirthschaftlich Schwachen ein Ende machen.

Das Differenzgeschäft auf der Börse.

I.

Das Begehren, die Differenzgeschäfte auf der Börse gesetzlich in der Weise zu verbieten, daß die derartigen Zahlungs-Verbindlichkeiten unklagbar erklärt werden, stößt begreiflicherweise auf Opposition von mancherlei Seiten. Zuvörderst sind es die Börsenleute, für welche ein solches Verbot die Beschränkung des ganzen Börsengeschäfts überhaupt, und für Viele darunter die Vernichtung ihres bisherigen, mühelosen Gelderwerbes bedeutet. Aber auch die Regierungen scheuen sich, wider die Börse — obwohl erklärter Giftbaum — mit derartig radikalen Maßregeln vorzugehen, denn leider, daß heutigen Tags der Staatskredit sich in vollständiger Abhängigkeit von den zu Regierungs-Anstalten gewordenen Geldbörsen befindet, und die Regierungen daher bei ihren fortwährend drängenden Geldbedürfnissen mehr genöthigt sind, das Börsengeschäft auf alle mögliche Weise zu fördern, statt demselben irgendwie hemmend entgegenzutreten. Dieser von praktisch-egoistischen Erwägungen getragenen Opposition kommt dann wie immer eine gewisse Sorte volkswirthschaftlicher Theoretiker zu Hilfe, denen jeder staatliche Eingriff in die wirthschaftliche Bewegung prinzipiell ein Gräuel ist. Wenn dessen Berechtigung im Prinzipe nicht geläugnet werden kann, so wird die Phrase entgegengehalten, daß dem einmal bestehenden Mißstande durch ein staatliches Verbot ja doch nicht abgeholfen

werden könne, während dabei die Gefahr bestehe, daß auf diesem Wege zu dem bekämpften Uebel noch ein anderes, neues entstehe. Derartig hat im Wesentlichen die Opposition gelautet, welche seiner Zeit dem Begehren gemacht wurde, dem Geldwucher durch ein entsprechendes Gesetz einen Damm zu setzen, und auf das Gleiche hinaus geht auch die Opposition in Sachen eines Verbotes der Differenzgeschäfte auf der Börse.

Wir werden vor Allem belehrt, daß das Börsen-Differenzgeschäft nichts anderes sei, als eine Handelsoperation wie jede andere, denn alle Handelsgeschäfte bezwecken nur den möglichst günstigen Einkauf und Wiederverkauf der behandelten Waare und den Erwerb einer möglichst großen Differenz aus diesen Aktionen. Das Differenzgeschäft verbieten heiße daher so viel, als alles Handelsgeschäft überhaupt verbieten wollen. Civilrechtlich sei das Börsen-Differenzgeschäft geradezu erlaubt, wie jedes andere auf Zeit geschlossene Handelsgeschäft, wie denn auch die bei ersterem zu zahlende Prämie in Wahrheit den Charakter des Reugeldes habe, mit dessen Leistung man sich von der effektiven Lieferung der behandelten Papiere loskaufe.

Aber gegen diese Gleichstellung der Börsen-Differenzgeschäfte mit dem Handelsgeschäft überhaupt sträubt sich schon der gemeine Menschenverstand, und er behauptet wohl auch hier das Richtige wider eine geschraubte Doktrin. Das Börsen-Differenzgeschäft ist kein Handelsgeschäft wie ein anderes, einfach deßhalb nicht, weil bei ersterem keiner der Kontrahenten im Besitze der gehandelten Waare ist, und an eine wirkliche Lieferung und Uebernahme derselben auch gar nicht gedacht wird. Im Gegentheile, letztere, wenn auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen, wäre doch in der Regel für beide Theile unmöglich. Was beim Differenzgeschäfte gehandelt wird, ist nicht ein bereits vorhandener Besitz, der gegen Zahlung eines übereingekommenen Preises dem Käufer für den Wiederverkauf überlassen wird, wie dies beim Handelsgeschäfte der Fall ist, sondern es wird etwas noch nicht Bestehendes gehandelt, und zwar ein auf den Zufall gestellter künftiger Gewinn oder Verlust. Dadurch erhält das Differenzgeschäft aber den Charakter

des Glückspieles, und es ist dasselbe daher auch civilrechtlich nicht als Handelsgeschäft, sondern als Glückspiel zu beurtheilen. Die Behauptung, daß beim Prämiengeschäfte auf der Börse die zu zahlende Prämie nur das Reugeld sei, durch dessen Zahlung man sich von der effektiven Lieferung der Papiere loskaufe, ist Sophisterei, und steht mit den thatsächlichen Verhältnissen im Widerspruche. So wenig die Börsianer die Papiere, auf deren Differenz sie spekuliren, wirklich selbst kaufen und verkaufen, so wenig liefern sie dieselben effektiv, im Falle die Differenz nicht bezahlt werden kann. Auch dürfte sich bis heute wohl kein Börsenspieler so weit lächerlich gemacht haben, daß er von seinem zahlungsunfähigen Partner an Stelle der Differenz die Effektivlieferung der gehandelten Papiere gerichtlich eingefordert hätte.

II.

Von den Anwälten der bestehenden Börseneinrichtung wird auch behauptet, der Differenzhandel auf der Börse sei gar keine so schlimme Sache, wie dies dargestellt wird, vielmehr eine wirthschaftlich wohlthätige Art der Spekulation, insofern durch denselben der Papiermarkt vor jähen Courssprüngen bewahrt wird, welche vom bloßen Kassengeschäfte unzertrennlich sind, wie die Erfahrung mit jenen Börsenpapieren beweist, in denen es kein Zeitgeschäft giebt. Allein sind es nicht gerade die sogenannten Spielpapiere, welche die größten, sprungweisen Coursschwankungen zu verzeichnen haben, und sind es nicht eben diese Spielpapiere, in denen auch das Differenzgeschäft vorzugsweise betrieben wird? Wenn zu Zeiten allerdings auch die Anlagepapiere große Coursstürze aufzuweisen haben, so ist daran zum Wenigsten der Umstand Schuld, daß dieselben nur gegen Kasse gehandelt werden, sondern der wahre Grund ist eine in Folge übertriebener Spekulation in den Spielpapieren eingerissene allgemeine Börsenderoute, welche zum Losschlagen auch der Anlagepapiere nöthigt, um Geld zu schaffen. Dem Differenzgeschäfte eine wohlthätige Wirkung auf die Coursschwankungen zuzuschreiben, ist eine zum Mindesten sehr gewagte Anschauung, welche durch

die Thatsachen des Börsengetriebes nicht bestätigt wird. Richtiger wird die Behauptung sein, daß ein Verbot des Börsendifferenzspieles dasselbe nicht aufhören machen wird. Auch wir bezweifeln nicht, daß es auf das Gros der Börsenspieler ohne Eindruck bleiben dürfte, wenn ihre Differenzgeschäfte für rechtsungültig und unklagbar erklärt werden. Denn die Spieler und auch die Spieler auf der Börse haben ihren eigenen Ehrenkodex, welcher die aus dem Spiele erwachsenen Verbindlichkeiten viel wirksamer eintreibt, als alle Gerichte. Der Börsianer, der seine Differenzen nicht zahlt, ist in Verruf erklärt, von jedem weiteren Geschäfte ausgeschlossen und dadurch in seiner ganzen Existenz bedroht. Demnach wird im Differenzspiel fortgemacht werden trotz des Verbotes, umsomehr, als sich dasselbe nicht im Anscheine des legitimen Börsengeschäftes verstecken kann.

Allein daraus, daß die Verfolgung des Differenzspieles ihre Schwierigkeit hat, folgt noch nicht, daß man gar Nichts gegen diesen gemeinschädlichen Mißbrauch der Börsenfreiheit thun darf. Es ist dies gerade so wie beim Wucher oder dem Hazardspiele. Wäre die Thatsache, daß ein gesetzliches Verbot umgangen und übertreten wird, ein hinreichender Grund, um die mit Verbot belegte Handlung frei zu lassen, dann dürften am Ende auch Mord und Diebstahl nicht verboten werden. Und wenn das Differenzspiel durch bloßes Verbot von der Börse nicht gebannt werden kann, so ist damit doch noch nicht erwiesen, daß demselben nicht auch auf andere Weise zu Leibe gegangen werden kann.

Wir wenigstens glauben, daß, wenn das Recht des Börsenbesuches und Börsengeschäftes auf die ortsansässigen Bankfirmen und den Großhandel beschränkt würde, und wenn die auf der Börse gemachten Geschäftsschlüsse zu ihrer Rechtsgiltigkeit an die Mitwirkung resp. Intervention der Börsensensale gebunden sein würden, wohl auch das Differenzspiel auf der Börse so ziemlich aufhören würde. Daß aber der Börsenbesuch im Interesse von Handel und Industrie **Jedermann**, wenn er nur die Kosten der Eintrittskarte entrichten kann, freistehen **müsse**, läßt sich doch nicht behaupten.

Immerhin mögen sich bei einer solchen Beschränkung

der Freiheit des Börsenbesuches sogenannte Winkelbörsen bilden, auf denen die Börsenspieler ihrem Treiben erst recht unter sich nachgehen zu können hoffen. Allein für's Erste sollte man glauben, daß die auf die Auffindung geheimer Gesellschaften heutzutage so sehr eingerichtete Polizei wohl auch den Winkelbörsen das Handwerk zu legen im Stande sein dürfte, und fürs Zweite können geheime Winkelbörsen, selbst wenn sie fortwuchern sollten, niemals denjenigen Einfluß auf die Coursbewegung und Geldvertheilung im Lande nehmen, wie das auf der privilegirten Börse offen betriebene Differenzspiel. Gerade darin liegt aber das Gemeinschädliche des Letzteren und die Rechtfertigung eines Verbotes desselben, daß heutzutage eine Hand voll unwissender und leichtgläubiger Geldspekulanten nach ihren unreifen Anschauungen über den Werth und die Tragweite der politischen und wirthschaftlichen Tagesereignisse mittelst ihres gewinnsüchtigen Courstreibens täglich über Vermögen und Besitz aller anderen Besitzer von Werthpapieren verfügen, sie heute zu reichen Leuten und morgen zu Bettlern machen kann, sowie daß von der Möglichkeit müheloser Bereicherung angelockt, ein großer Theil des im Staate vorhandenen Geldkapitals im Börsenspiele fort und fort festgehalten, eben dadurch aber der produktiven Arbeit zum Schaden der Gesammtheit entzogen wird.

Die Freiheit und das Manchesterthum.

Seit einem Jahrhundert, seit der Zeit der französischen Revolution übt das Wort „Freiheit" eine solch' bestrickende, zauberhafte Wirkung auf alle Völker des europäischen Continentes aus, daß unter diesem Namen selbst das gerade Gegentheil, der ungeheuerlichste Terrorismus bei ihnen eingeschwärzt und großgezogen werden konnte, und daß selbst jetzt, da einsichtsvolle Männer dieser „Freiheit" die Maske herunterreißen und ihr wahres Gesicht zeigen, die verblendeten Nationen sich nicht zu entschließen vermögen, an die Fälschung zu glauben.

Es gab einst eine ähnliche Freiheit, wie sie das Manchesterthum jetzt predigt, eine absolute Freiheit des Individuums im Gebrauch seiner persönlichen Kräfte; aber diese Freiheit mußte nothwendiger Weise nach dem Gesetz der Unterdrückung des Schwächeren durch den Stärkeren in absolute Unfreiheit des einen Theils der Menschheit ausarten, wenn man nicht mit der Gesellschaftsbildung die Freiheit des Einzelnen auf die Gleichberechtigung im Gebrauch seiner Kräfte zu seiner eigenen Wohlfahrtsvermehrung einschränkte. Erst durch diese Beschneidung der absoluten Freiheit, durch diese Unterordnung Aller unter das Recht war man zur wahren Freiheit gelangt, unter welcher es jedem Angehörigen der Gesellschaft ermöglicht ist, durch seine Arbeit einen dem allgemeinen Stand der Gesellschaft entsprechenden Grad von Wohlfahrt zu erreichen.

Das war jedoch nur so lange der Fall, als persönliche Kraft und Geschicklichkeit die einzigen produktiven Kräfte waren, die man kannte. Aus der Gesellschaftsbildung selbst gingen aber neue Kräfte hervor, die nicht mehr blos, wie die persönlichen Kräfte für die Wirthschaft des Besitzers wirken, sondern ihre Wirksamkeit auch auf die wirthschaftliche Thätigkeit der übrigen Gesellschaftsmitglieder ausdehnen, wenn sie gleich nur von einem Einzigen in Bewegung gesetzt werden. Diese sozialen Wirthschaftskräfte, allen voran das Kapital, beeinflussen also die persönlichen Wirthschaftskräfte des Einzelnen in ganz bedeutendem Maße, d. h. sie beschränkten die Freiheit derjenigen, die sich nicht ihres Besitzes erfreuen. Völlig freie Benutzung derselben ist also nichts anderes, als ein ungerechtes Privilegium derjenigen Klasse, die sich im Monopolbesitz jener Kräfte befindet, nichts anderes als das, was man durch die Gesellschaftsbildung aufheben wollte, das Recht des Stärkeren, den Schwachen zu unterdrücken, das höchste Maß von Unfreiheit.

Wenn daher unsere Manchesterpolitiker und Anhänger des Kapitalismus jetzt die „Freiheit des Individuums", das „freie Spiel der Kräfte", „die freie Bahn für Alle" auf allen Gassen und von allen Dächern predigen, so geschieht es offenbar nicht der wahren Freiheit, der

Wohlfahrtsvermehrung Aller zu Liebe, sondern es gilt für sie, zu Gunsten weniger Tausende in der Gesellschaft, zu Gunsten der Besitzer des Kapitals die große Masse des Volks dauernd in Knechtschaft zu versetzen und in ihr zu erhalten. Mit demselben Rechte hätte man in der Aufhebung der Leibeigenschaft eine Schmälerung der Freiheit sehen können, wie man jetzt in dem Versuch, die schädlichen Wirkungen des Kapitals zu beschränken, bezw. in den Auswüchsen zu beschneiden, ein reaktionäres Streben erblicken will.

Sehen wir zu, worin die „Freiheit" in dem „freiesten" Lande der Welt, in dem von den Manchestermännern und selbst von den Sozialdemokraten so hoch erhobenen England besteht. Dort giebt es Freiheit der Presse, Freiheit des Handels und der Gewerbe, ein uneingeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht, und einen Parlamentarismus, nach dessen Muster auch der auf dem Continente eingerichtet werden sollte! Dort giebt es Zehntausend Menschen, die in einem Wohlstande leben, wie wir ihn bei uns nur in ganz wenigen Fällen in den Familien der haute finance finden. Ist das nicht der sprechendste Beweis für die wohlthätige Wirkung der Manchesterpolitik? — Schade nur, daß diese oberen Zehntausend auch die einzigen sind, die sich in England der Freiheit erfreuen. Sie sind es, die die Herrschaft im Reiche haben, sie sind es, die in *ihrem* Interesse regieren und Gesetze geben. Die Freiheit des Handels und der Gewerbe bringt nur ihnen, den Besitzern der großen Ländereien und Fabriken, Vortheil und Gewinn. Die Preß- und Vereinsfreiheit läßt sich mit den Geldmitteln, die jenen zu Gebote stehen, leicht gewöhnen und dient in England nur dazu, die große Volksmasse zu corrumpiren. Mit Geld wird jede revolutionäre Bewegung niedergeschlagen, mit Geld allein wird die Ordnung des Staates aufrecht erhalten. Geld und Zeit ist die oberste Moral des freien England. Wohin bei einem solchen System die öffentliche Moral kommen soll, ist nicht abzusehen; noch weniger aber, wie man es ein freiheitliches nennen kann. Es ist einfach ein System politischer und wirthschaftlicher Corruption, und die Freiheit eine Maske, hinter der sich „das häßliche Gesicht des plutokratischen Despotismus verbirgt."

Die laufenden Handelsverträge.

Während des Jahres 1881/82 sind Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn und mit der Schweiz, eine Uebereinkunft mit Belgien und eine Handelsconvention mit Rumänien abgeschlossen worden. Demnach gestaltet sich die Uebersichtsliste der Handelsverträge Deutschlands mit europäischen Staaten wie folgt:

1) mit Italien, Meistbegünstigungs-Vertrag vom 31 Dezember 1865, verlängert bis zum 31. Mai 1882.
2) mit Spanien, Meistbegünstigungs-Vertrag vom 30 März 1868, giltig bis zum 18. Oktober 1882.
3) mit der Schweiz, Meistbegünstigungs-Vertrag vom 23. Mai 1881, giltig bis zum 30. Juni 1886, nachher mit stillschweigender Verlängerung bis zum Ablauf eines Jahres nach erfolgter Kündigung.
4) mit Oesterreich-Ungarn, Meistbegünstigungs-Vertrag vom 23. Mai 1881, giltig bis zum 31. Dezember 1887, mit dem Vorbehalt, daß jeder der vertragschließenden Theile das Recht hat, vom 1. Januar 1883 ab den Vertrag mit der Wirkung zu kündigen, daß derselbe ein Jahr nach erfolgter Kündigung außer Kraft tritt. Der auf Grund des österreich-ungarischen Gesetzes vom 16. Juni 1881 bestehende Veredlungsverkehr bleibt bis zum 31. Dezember 1882 resp. 30. Juni 1883 in Wirksamkeit.
5) mit der Ottomanischen Pforte, Meistbegünstigungsvertrag vom 20. März 1862, giltig bis zum Jahre 1890.
6) mit Rumänien, Handelsconvention vom 14. November 1877, giltig bis zum 10. Juli 1881. ratificirt am 10. Juli 1881. Tarifvertrag mit wechselseitiger Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation. Nach dem festgesetzten Termin mit stillschweigender Verlängerung bis zum Ablauf eines Jahres nach erfolgter Kündigung. —

Die folgenden Nr. 7 bis 10 gelten sofort als stillschweigend verlängert bis zum Ablauf eines Jahres nach erfolgter Kündigung:

7) mit Belgien, Meistbegünstigungs-Vertrag vom 22. Mai 1865. Die Verlängerung erstreckt sich nicht

auf die bereits außer Kraft gesetzten Bestimmungen in den Artikeln 7 und 8.

8) mit England, Meistbegünstigungs-Vertrag vom 30. Mai 1867.
9) mit den Niederlanden, Meistbegünstigungs-Vertrag vom 31. Dezember 1851.
10) mit Portugal, Meistbegünstigungs-Vertrag vom 2. März 1872.

Unkündbar ist 11) das Verhälniß mit Frankreich; Meistbegünstigungsabkommen laut Art. 11 des Frankfurter Friedensvertrages vom 10. Mai 1871.

Anzahl der gegen Unfall versicherten Arbeiter.

Die vom Reichsamt des Innern in den vier Monaten August bis November 1881 zur Gewinnung einer statistischen Grundlage für das Unfallversicherungsgesetz veranstaltete Erhebung umfaßte

93,554 gewerbliche Betriebe mit 1,615,253 männlichen
und 342,295 weiblichen,
zusammen 1,957,548 Arbeitern.

Von diesen Arbeitern waren versichert:

	548,503	gegen alle Unfälle	= 28,0 pCt.
	309.730	nur gegen Haftpflicht	= 15,8 „
	37,919	nur theilweise (Maschinisten und Heizer)	= 2,0 „
	978,474	nicht versichert	= 50,0 „
bei	82,922	fehlt die Angabe	= 4,2 „

Abgesehen von der Frage der Zwangsversicherung erhellt aus diesen Zahlen für das gegenwärtige Stadium und als Lehre für die Privat-Versicherungsgesellschaften die Thatsache, daß das unbebaute Terrain noch außerordentlich groß ist.

Das Petroleum.

Die Entwicklung, welche die europäische Mineralöl-Industrie in den letzten Jahren genommen hat, ist für die Konsumtionsländer vor allem deshalb so wichtig, als dadurch in Zukunft eine größere Unabhängigkeit den amerikanischen Petroleum-Lieferanten bezw. der Standard-Oil-Compagnie gegenüber, welche jetzt fast allein den ganzen Markt beherrscht, herbeigeführt werden wird. Allerdings sind behufs richtiger Ausnutzung der wichtigen russischen Petroleum-Produktion bisher die Transportkosten von Rußland nach Deutschland noch viel zu groß gewesen, um mit dem amerikanischen Oel hier in lohnender Weise rivalisiren zu können, denn einerseits sind die Eisenbahnfrachten von Odessa nach Deutschland so hoch, daß es unmöglich ist, per Bahn zu beziehen, andererseits ist der Schiffsverkehr zwischen dem schwarzen Meer und der Nordsee immer noch zu unregelmäßig; indeß ist Hoffnung vorhanden, daß diesen Hindernissen einigermaßen durch die Eröffnung der Bahn von Tiflis nach Baku, wodurch das schwarze Meer mit den russischen Petroleumquellen am Kaspisee in eine direkte Eisenbahnverbindung getreten ist, andererseits auch durch die Eröffnung der Gotthardbahn abgeholfen werden wird.

Was nun das längst gesuchte deutsche Petroleum anlangt, so tritt dieses bereits mit aller Energie auf den Kampfplatz; wenn für die deutsche Petroleum-Industrie auch noch keineswegs alle Hindernisse beseitigt sind, da der Reinigungsprozeß und manches andere noch seiner Einführung hemmend im Wege stehen, so wird es doch sicherlich auf unser ganzes Verkehrsleben dereinst einen großen Einfluß ausüben, wenn ein derartiger Artikel aus einem ausländischen plötzlich in einen einheimischen verwandelt wird. Dann wird man erst merken, welchen Vortheil der geringe Petroleumzoll gewährt, der einer wilden und rücksichtslosen Spekulation sein Veto zuruft und allein dadurch schon das deutsche Petroleum dem amerikanischen Produkt gegenüber um ein so bedeutendes überlegen macht.

Neuerdings hat man nun auch in Spanien in der

Nähe von Sevilla gleichfalls Petroleum entdeckt, und es hat sich bereits eine französische Gesellschaft mit einem Kapital von 3½ Millionen Francs gebildet, welche die dortigen Quellen ausbeuten will. Das ist also Konkurrenz genug in Europa, um den Uebermuth der amerikanischen Spekulanten dereinst kräftigst zurückweisen zu können.

Die Großartigkeit der amerikanischen Petroleum-Produktion, welche nach anderen Nachrichten indeß auf ihrer höchsten Stufe bereits angelangt sein soll, stellt heute noch alle anderen derartigen Unternehmungen weit in den Schatten. Die folgenden Ziffern mögen dies veranschaulichen:

Es betrug durchschnittlich die Zahl der im Bohren begriffenen Quellen Amerikas

Ende 1879:	357
„ 1880:	495
„ 1881:	423

Die tägliche Produktion belief sich daselbst

1879 auf	54,087 Barrels
1880 „	71,124 „
1881 „	74,954 „

Es betrug ferner in den producirenden Gegenden Amerikas

	Der Gesammtvorrath von Rohöl	Die Gesammtverschiffung
1879:	7,090,834 B.	15,886,470 B.
1880:	13,541,678 „	15,674,492 „
1881:	23,860,051 „	20,284,235 „

Während also der Vorrath von Rohöl eine sehr bedeutende Zunahme (1881 ist er mehr als dreimal so groß gewesen als 1879) erfahren hat, war die Verschiffung von 1879 zu 1880 um 1,3 pCt. zurückgegangen, von 1880 zu 1881 aber wieder um 30 pCt. gestiegen.

Die Petroleumpreise sind in Deutschland auch im Jahre 1881 trotz der amerikanischen Spekulationen weiter zurückgegangen; sie waren in den ersten beiden Monaten des Jahres 1881 allmählich ein wenig gestiegen, als sich dann an den Stapelplätzen der Nordsee in Folge bedeutender Versendungen in das Inland die Vorräthe beträchtlich gelichtet hatten, wurde dieser

Umstand von Amerika aus zu einer weiteren künstlichen Steigerung der Preise benutzt. Allein dem Andrängen der unerschöpflichen Produktion konnte diese Preistreibung nicht lange Stand halten, die Notirungen gingen wieder zurück und erreichten im August ihren geringsten Standpunkt. Die zu jener Zeit in der Lüneburger Heide besonders forcirten Bohrungen haben unleugbar ihren Einfluß gleichfalls hierauf ausgeübt. Im Anfang des September versuchte man dann von Amerika aus abermals eine Steigerung der Preise ins Werk zu setzen, die Notirungen gingen auch in die Höhe, um bald indeß bis zum Jahresschluß nach und nach wieder abzufallen.

In Hamburg stellten sich die Petroleumpreise im Jahre 1881 auf ca. 9 M. im Januar und schlossen mit ca. 7 M. im Dezember. Auch in Bremen hat sich ein ähnlicher Abfall der Petroleumpreise gezeigt; sie sind von 17,49 M. pro 100 Ko. standard white raffinirt im Januar auf 17,96 M. im Februar gestiegen; dann trat ein Abfall ein bis auf 14,77 im August, hierauf stellten sie sich im September wieder auf durchschnittlich 16,32 M., dann fielen sie abermals bis zum Schluß des Jahres auf durchschnittlich 14,19 M. im Monat Dezember.

Deutsche Volkswirthschaftliche Monatshefte.

Herausgegeben

von

Paul Freiherrn von Roëll.

VII. Jahrgang.

Heft 7, 8, 9. — Juli, August, September.

Berlin, 1882.

Druck und Verlag von F. A. Günther & Sohn.

Inhalts-Verzeichniss.

I. Zur Bank-, Münz- und Währungsfrage.

II. Export.

III. Gemeinnütziges.

IV. Handelspolitische Aufsätze.

V. Statistik.

VI. Versicherungswesen.

VII. Zeitreflexe.

Ueber die Börsenfähigkeit ausländischer Werthpapiere.

Dadurch, daß den unter Vermittlung eines von der Regierung aufgestellten Börsen-Sensales über börsenfähige Werthpapiere abgeschlossenen Geschäften besondere Privilegien durch den Staat ertheilt werden, welche nicht nur durch wesentliche Erleichterung des Abschlusses dieser Geschäfte das Geldkapital der Börse zuführen, sondern auch die letztere zum maßgebenden Factor für die Werthbestimmung aller solchen Papiere und für jedes in denselben auch außerhalb der Börse abgeschlossene Geschäft machen, erhält die Börse den größten Einfluß nicht bloß auf die jeweiligen Vermögensverhältnisse aller Besitzer von Werthpapieren, sondern auch auf die Verwendung des im Staate vorhandenen Geldkapitals überhaupt. Eben dieser Einfluß auf die wirthschaftlichen Zustände läßt es aber nicht gleichgiltig erscheinen, was für Papiere auf der Börse gehandelt werden, resp. sich der Börsenprivilegien erfreuen. Es ist Pflicht des Staates, der die Privilegien gibt und schützt, diese keinen schlechten Papieren zu Theil werden zu lassen, d. h. solchen, welche schon von vornherein das Merkmal der Unsolidität an sich tragen, indem sie einem Schwindelunternehmen zu dienen bestimmt sind, oder die begründete Befürchtung erregen, daß die darin ausgesprochenen Zahlungsverbindlichkeiten früher oder später nicht eingehalten werden dürften. Wenn auch der Besitz der Börsenprivilegien, der in der Erlaubniß der Notirung im amtlichen Kurszettel zum Ausdruck kommt, heute in fast allen Staaten von einer besondern Bewilligung der sogenannten Börsenältesten abhängig ist, so folgt die Er-

theilung oder Verweigerung dieser Bewilligung doch nicht den eben bemerkten Gründen, die in erster Linie dafür maßgebend sein sollten. Insbesondere rücksichtlich der Staatspapiere wird wenig oder gar nicht die Solidität in Anschlag gebracht, sondern es sind für ihre Zulassung auf den einheimischen Börsen nur das politische Verhältniß zum emittirenden Staate und die Rücksicht auf Reciprocität maßgebend; ja, selbst Werthpapiere ausländischer Actiengesellschaften, deren Unsolidität notorisch ist, genießen in Folge dieser Rücksichten nur zu oft die Privilegien des Börsenhandels und verlocken dadurch das Publikum zum Ankauf, resp. zur Festlegung seiner Geldkapitalien um so mehr, als sie durch die in Folge ihrer Unsolidität größeren Kursschwankungen und höhere Verzinsung der Gewinnsucht bessere Aussichten eröffnen.

Freilich ist es für jeden Staat eine mißliche Sache, fremdländische Werthpapiere entweder principiell oder nach Belieben von seinen Börsen auszuschließen, nicht blos aus politischen Gründen, sondern auch wegen der heutigen Solidarität des europäischen Geld-Creditmarktes, den jeder Staat immer wieder in Anspruch zu nehmen, also auch sich willfährig zu erhalten genöthigt ist. Allein so viel scheint aus der Pflicht des Staates, für die gemeine Wolhfahrt zu sorgen, hervorzugehen, daß der Ausschluß der Schuldverschreibungen bankerotter Staaten von den Börsen ebenso selbstverständlich sein sollte, wie dies rücksichtlich der Papiere derartiger Privatunternehmungen der Fall ist. Die Einwendung, daß es Jedermann freistehen müsse, sein Geldkapital nach eigenem Gutdünken zu verwenden, trifft nicht zu, da es sich hier nicht darum handelt, die Geschäfte in ausländischen Papieren bankerotter Staaten oder Privatunternehmungen zu verbieten, sondern darum, diesen Handel nicht durch die Privilegien der Börse zu fördern. Auch kann die Machtfrage solcher Staaten bei ihrer politischen Schwäche und finanziellen Abhängigkeit nicht in Betracht kommen, um so weniger, als etwaige Repressalien nur mit größerer Schwere auf sie selbst zurückfallen würden.

Die Frage dabei kann also nur die sein, welche Staaten als bankerott anzusehen sind. Aber auch diese dürfte sich in Uebereinstimmung mit der öffentlichen

Meinung leicht beantworten lassen; denn in dieser Beziehung unterscheidet sich der Staat in Nichts von einer Privatperson. Jeder Staat, welcher die eingegangenen Schuldverbindlichkeiten rücksichtlich aller oder auch nur einzelner von ihnen ausgegebener Papiere zum Schaden seiner Gläubiger nicht eingehalten hat, ist zweifellos bankerott geworden, sei es nun, daß die Unmöglichkeit der Leistung ausdrücklich von ihm erklärt, oder daß die Staatsgläubiger im Wege einer Convertirung, oder unter dem Titel eines Steuerabzugs ꝛc. gezwungen wurden, die Zahlung ihrer rechtmäßigen Forderungen in einer von der bestehenden Verpflichtung abweichenden Weise zu ihrem Schaden anzunehmen. Ein solcher Staat bleibt auch bankerott so lange als er seinen Verbindlichkeiten nicht gerecht geworden ist, und um so unzweifelhafter dann, wenn er in Folge seiner finanziellen und politischen Verhältnisse vor aller Augen nicht im Stande ist, aus seinen regelmäßigen Steuereinnahmen seine laufenden Geldbedürfnisse zu bestreiten, sondern zu diesem Behufe neue Anleihen machen muß.

Leider hat sich der deutsche Geldmarkt gerade in den Papieren solcher bankerotter Staaten bereits festgerannt, und deutsches Kapital muß früher oder später wiederholt die schlechte Wirthschaft fremder Länder mitbezahlen. Um so mehr aber wäre es Pflicht der Regierung, wenigstens für die Zukunft vorzubauen, wo fortwährend neue Anleihen von dorther drohen, für deren Aufnahme vorzugsweise auf den deutschen Markt spekulirt werden muß, da ihnen das Geld andern Orts so gut wie verschlossen ist. Gerade je größer die Geldnoth dieser Staaten, je niedriger in Folge dessen der zu erwartende Emissionskurs, je günstiger die Bedingungen des neuen Anlehens sein werden, desto größer ist die Gefahr für unser Kapital, sobald auch diese Anleihen börsenfähig gemacht werden. Deutschland ist fürwahr kein so kapitalreicher Staat und verträgt, insbesondere in seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage nicht, sein Geld auswärts und in schlechten Papieren festzulegen, um davon ein gut Theil früher oder später zu verlieren, wie dies vielleicht Holland und England zu vertragen in der Lage sind.

Wäre die Pflicht des Staates, solche schlechte Werthpapiere von seinen Börsen auszuschließen, ein für alle Mal durch ein allgemein giltiges Gesetz festgestellt, so fiele für die Regierung durch Berufung auf dasselbe jeder Vorwurf der Gehässigkeit einer solchen Ausschließung, welche gar nicht erst besonders auszusprechen nöthig wäre. In anderer Weise läßt sich die Förderung der Anlage unsrer Kapitalien in schlechten auswärtigen Papieren durch die Börse gar nicht vermeiden. Insbesondere würde die Besteuerung der auswärtigen Papiere behufs Erlangung der Börsenfähigkeit lediglich bewirken, daß sie bei jeder neuen Schuldenemission in Rechnung gezogen würde und im Emissionskurse zum Ausdruck gelangte, ohne daß darum der Handel in den also besteuerten Papieren auch nur beschränkt oder die bereits in festen Händen befindlichen Papiere außer Landes getrieben würden. Wäre aber z. B. eine wirkliche Nothwendigkeit vorhanden, einem befreundeten bankerotten Staate aus politischen Gründen finanziell hilfreich zu sein, so sollte und könnte dies gewiß auch in anderer Weise geschehen, (z. B. direkt von Staat zu Staat) als dadurch, daß den Machinationen der Plutokratie und staaten-bewuchernden Consortien die Thore der einheimischen Börsen zur Unterbringung ihrer Spekulationspapiere bei der leichtgläubigen Menge geöffnet und dadurch die ersparten Kapitalien Deutschlands in die Winde zerstreut werden.

Die deutsche Blei-Produktion.

Ein Artikel, welcher sich auch bis heute von der wirthschaftlichen Krisis, die sieben Jahre lang Handel und Industrie in gewaltiger Weise niedergedrückt hatte, immer noch nicht erholt hat, ist das Blei. Auf allen Gebieten der Montan-Industrie war mit wenigen Ausnahmen in der zweiten Hälfte des Jahres 1881 ein bedeutender Aufschwung eingetreten, dagegen muß es mit Recht befremden, daß das Blei hieran nur in so geringer Weise theilgenommen hat; und es ist dieser Umstand um so befremdlicher, als einerseits der allgemeine Aufschwung

auf völlig berechtigter Grundlage zu beruhen schien, andererseits auch das deutsche Bleigeschäft in eine recht lebhafte Entwicklung einzutreten begonnen hatte. Auch hier scheint, wie bei anderen Industriezweigen vorher, lediglich die Ueberproduktion die Schuld zu tragen, und die Bleipreise werden wohl nicht eher einen lohnenderen Standpunkt wieder einnehmen, als bis auch hier Produktion und Konsumtion sich in ein richtiges Verhältniß zu einander gestellt haben.

Die gesammte deutsche Blei-Produktion belief sich im vergangenen Jahre auf 1 719 780 Ctr. gegen 1 706 120 Ctr. im Jahre 1880, dieselbe ist also 1881 gegen das Vorjahr um 0,8 pCt. gestiegen. Die Gesammtproduktion der übrigen europäischen Staaten betrug 1881 ungefähr 4 730 000 Ctr. und vertheilte sich wie folgt:

Spanien	2 400 000	Ctr.
England	1 340 000	„
Frankreich	300 000	„
Italien	200 000	„
Griechenland . . .	180 000	„
Belgien	160 000	„
Oesterreich	120 000	„
Rußland	30 000	„

Die wichtige englische Blei-Produktion hat seit Jahren bis 1880 anhaltend abgenommen und im letzteren Jahre nur noch ca. 1 Million Centner betragen, im Jahre 1881 ist erst wieder eine Steigerung eingetreten. Die Vereinigten Staaten producirten 1881 im Ganzen 2 200 000 Ctr. Blei, 244 000 Ctr. mehr als im Vorjahre.

Die Haupt-Bleiproduktionsstätten Deutschlands bilden bekanntlich die rheinischen Hütten. Die Leistung dieser Hütten belief sich im Jahre 1880 auf 1 126 917 Ctr. und ist 1881 auf 1 152 980 Ctr. oder um 2,3 pCt. gestiegen, während die Leistung der übrigen deutschen Produktionsstätten im Jahre 1881 gegen das Vorjahr abgenommen hat. Es wird bekanntlich in Deutschland außer am Rhein noch in Schlesien, am Ober- und Unterharz und im Königreich Sachsen Blei producirt; die Leistung dieser drei Gegenden belief sich 1881 auf 566 800 Ctr. gegen 579 203 Ctr. im Vorjahre; gleich-

wohl hat sich in Folge der starken Produktionsverhältnisse der Rheinlande die gesammte Bleiproduktion Deutschlands im Jahre 1880 um 13 660 Ctr. gegen 1880 gehoben.

Was nun die Bleipreise anlangt, so war dem Aufschwunge, welchen der Preis von Blei in den letzten vier Monaten des Jahres 1879 genommen hatte, schon im ersten Quartal des Jahres 1880 wieder ein Abschlag gefolgt, der sich sehr schnell fortsetzte und den Werth von Blei bis gegen Mitte des Jahres um 10 Mk. pro 100 Ko. herabdrückte. Nach einer nur kurze Zeit dauernden Aufbesserung schloß das Jahr mit einem Preise von 28,50 Mk., während es mit 37 Mk. begonnen hatte. Im Jahre 1881 fand die matte Stimmung, mit welcher das Jahr 1880 schloß, zunächst ihre Fortsetzung und brachte die Preise im Monat Mai sogar auf einen so niedrigen Standpunkt, wie er niemals vorher dagewesen war; es wurde in diesem Monat Verkäufe noch unter 27 Mk. pro 100 Ko. ab Hütte abgeschlossen. Hierauf trat dann eine allmähliche Besserung ein, so daß am Schlusse des Jahres die Preise sich auf 29—29,25 Mk. ab rheinische Hütte stellten. Der Jahresbericht der Handelskammer zu Köln enthält eine interessante vergleichende Uebersicht der monatlichen Bleipreise im Jahre 1881 am Rhein, in London, Paris und New-York; dieselben stellten sich daselbst in den Monaten Januar, Mai, Oktober und Dezember wie folgt:

	Rhein. Mk.	London. Lstr.	Paris. Fr.	New-York Cents.
Januar .	28¼	15. 7. 2.	38¾	4
Mai . .	26⅞	14. 12. 2.	36¼	4½
Oktober .	29	15. 10. 4.	40	5½
Dezember	29¼	15. 8. 6.	38¾	5¼

Während also an den drei ersten Plätzen die Preise im Mai ihren niedrigsten Stand erreicht hatten, sind dieselben in New-York bis zum Oktober von Monat zu Monat gestiegen und haben erst im November und Dezember einen geringen Abfall erlitten.

Deutschlands außereuropäischer Handel.

Unter diesem Titel hat Herr Professor Max Diezmann ein kritisch-statistisches Werk erscheinen lassen, welches den neuerdings besonders in den Vordergrund getretenen deutschen Exportbestrebungen die werthvollsten Winke ertheilt.

Diezmann bewerthet die Einfuhr Deutschlands an außereuropäischen Waaren ohne Durchfuhr auf 800 bis 1000, mit Durchfuhr auf 1000—1300 Mill. Mark bei einer Gesammt-Einfuhr von 3080 Mill. Mark ohne Durchfuhr im Jahre 1880. Mit Berücksichtigung des Bremer Tabakshandels bezieht Deutschland vom außereuropäischen Auslande an wichtigen Artikeln:

	Ohne Durchfuhr Mill. Mark	Mit Durchfuhr Mill. Mk.
Rohe Baumwolle	178	247
Roher Kaffee	166	221
Rohe Schafwolle	164	182
Tabak	96	130
Petroleum	58	71
Getreide	53	56
Schmalz	49	55
Insgesammt	764	962

Seide im Werthe von 103 Mill. Mark bezieht Deutschland aus Italien und Frankreich, Zucker exportirt es selbst. Der Theeverbrauch Deutschlands ist unbedeutend.

An Afrikas Gesammthandel, welcher, Einfuhr und Ausfuhr zusammengerechnet, jetzt jährlich ca. 1365 Mill. Mark beträgt, betheiligt sich Deutschland mit ca. 30 Mill. Mark, d. h. mit ca. 2½ pCt. Auf die Frage, ob eine wesentliche Aenderung dieses Verhältnisses wahrscheinlich? antwortet Diezmann: Aegyptens Zucker und Getreide haben für uns keine Bedeutung, seine Baumwolle findet bei uns nur beschränkte Verwendung, meist zu Strumpf-, Strick- und Nähgarnen. Tripolis, Tunis, Algier und Marokko bieten nichts, was besondere Aussichten eröffnen könnte. Ein beachtenswerther Versuch, über dessen Erfolg sich aber noch nicht urtheilen läßt, ist der unter deutscher Aegide beginnende Kaffeebau in

Liberia. (Dr. Hübbe-Schleiden legt dem westafrikanischen Kaffeebau eine große Bedeutung bei.) Unser derzeitiger Glanzpunkt in Afrika, die Palmölküste mit Lagos ꝛc., erscheint neben der Kapkolonie mit ihren Nachbarländern noch entwicklungsfähig, wogegen die Ostküste Madagaskar keinen zukunftsfähigen Artikel bietet.

Aus Asien bezieht Deutschland jetzt insgesammt Waaren im Werthe von mindestens 180 Mill. Mk. ohne und von 250 Mill. Mk. mit Durchfuhr, im Sinne der Reichsstatistik, d. h. auf direktem Wege für 150 bezw. 110 Mill. Mk. Zur Bezahlung seines direkten Bezuges würde Deutschland Waaren im Werthe von 80. Mill. Mk. nach Asien zu schicken haben. Die Reichsstatistik hat eine Ausfuhr von nur etwa 28 Mill. Mk. ermittelt. Diezmann hält sie für höher, jedoch unter der Einfuhr.

Was Australien betrifft, so hat die Reichsstatistik für 1880 eine Einfuhr ins Zollgebiet von 7,8 Mill. Mk. ohne und 8,1 Mill. Mk. mit Durchfuhr ermittelt, während die Hansastädte nur 3,8 Mill. Mk. erhielten. Ihre Hauptposten sind 6,2 Mill. Schafwolle, 0,5 Mill. Kupfer, 0,3 Mill. Zinn und 0,3 Mill. Baumwolle. Die Ausfuhr wurde zu 1,8 Mill. Mk. ohne und 1,9 Mill. Mk. mit Durchfuhr ermittelt, darunter 0,24 Mill. Mk. Klaviere, 0,18 Mill. Mk. Wollwaaren, 0,15 Mill. Mk. Maschinen ꝛc. Diezmann hält den Posten für Schafwolle für irrthümlich.

Britisch-Nord-Amerikas Handel mit Deutschland berechnet Diezmann mit 2—3 Mill. Mk., während die Reichsstatistik 11—14 Mill. Mk. herausrechnet.

Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten an eigenen Waaren nach Deutschland beziffert Diezmann pro 1879/80 auf 236,4 Mill. Mk., welcher die Einfuhr deutscher Waaren dorthin mit 202,2 Mill. Mk. gegenübersteht.

Den Handel zwischen Mittel- und Südamerika und Deutschland schätzt Diezmann pro 1880

in Einfuhr nach Deutschland auf 217 Mill. Mk.
in Ausfuhr von " " 86 " "

Die größte Rolle spielten im auswärtigen Handel Deutschlands nach Diezmann die Verein. Staaten von Nordamerika. Dann folgt Südamerika, dann Südost-Asien. Die Verein. Staaten liefern nach Deutschland

so gut wie ausschließlich Petroleum, Getreide u. Schmalz außereuropäischer Herkunft, sowie fast zwei Drittel der Baumwolle und unsern Tabacksbedarf.

Die Jute-Spinnerei- und Weberei-Gründungen.

Als ein von der neuen Zollgesetzgebung besonders begünstigter Industriezweig ist unstreitig die Jute-Spinnerei und Weberei zu bezeichnen. Während die in Deutschland bestehenden Etablissements zur Zeit des alten Zolltarifs nur mühsam ihr Dasein zu fristen im Stande waren, haben sie unter den neuen Verhältnissen augenscheinlich eine freundlichere Physiognomie angenommen, und wenn die meisten dieser Etablissements auch noch immer mit den Nachwehen früherer Zeiten zu kämpfen haben, so konnten es doch einzelne Etablissements, welche von Haus aus vorzüglich eingerichtet und geleitet wurden, wie beispielsweise die braunschweigischen Werke, schon zu einem bedeutenden Aufschwunge bringen. Hierdurch angeregt, treten jetzt von verschiedenen Seiten Neugründungen in dieser Industriebranche vor das Publikum, und dürfte daher eine kurze Besprechung derselben hier wohl am Platze sein. Im Allgemeinen ist die junge Concurrentin der heimischen Leinen-Industrie, trotz aller ihr innewohnenden Annehmlichkeiten, als eine höchst heikle zu bezeichnen, sowohl was das Spinnen des äußerlich zwar glänzend erscheinenden, aber dennoch sehr spröden Rohmaterials an sich, als die mechanische Verwebung der gefertigten Gespinnste insbesondere anbetrifft, und manche Jahre praktischen Ringens, sowie die sorgfältigsten Betriebs-Einrichtungen und -Leitungen sind erforderlich, um den hohen Anforderungen, welche man an das Fabrikat stellt, gerecht werden zu können. Recht deutlich zeigt dies schon eine oberflächliche Vergleichung der Produkte der einzelnen Etablissements unter sich, und die darauf begründete Prosperität derselben insbesondere.

Nun aber ist den Jute-Fabrikaten, trotz ihrer inzwischen erlangten vielseitigen Verwendung, doch immer-

ihn ihre bestimmte Grenze gezogen, über welche sie nicht hinaus können und diesen eng begrenzten Abschluß in Verbindung gebracht mit der Beschränkung des Absatzes lediglich auf den heimischen Markt, bietet nicht so günstige Aussichten für die Neugründungen dar, als im Allgemeinen angenommen zu werden scheint. Jedenfalls hat das Publikum alle Ursache, vorsichtig zu sein und eine volle Berechtigung, die nach dieser Richtung hin zu Tage tretenden Neugründungen recht sorgfältig zu prüfen, zumal die Befürchtung nahe liegt, daß bis zu jener Zeit, wo sie ihre Productionskraft werden entwickelt haben, schon genügend für den heimischen Bedarf producirt werden dürfte, so daß die wesentlichste Grundlage der Prosperität — der Zoll keine Wirkung mehr auf die Preise hat, und dann die früheren Zeiten der Ueberproduction unausbleiblich wieder zu gewärtigen wären.

Französische und deutsche Bevölkerungszunahme.

Die Bevölkerung des deutschen Reiches hat innerhalb der zwei Jahrzehnte von 1860—1880 um 7488874, diejenige Frankreichs dagegen nur um 792256 Köpfe zugenommen. Dieser außerordentliche Unterschied erklärt sich allerdings zum Theil aus der Annexion von Elsaß und Lothringen; aber selbst wenn die Einwohnerzahl dieser beiden Provinzen auf der einen Seite als Zuwachs, auf der andern als Verlust in Rechnung gebracht wird, ergiebt sich noch, ganz abgesehen von der jedenfalls bedeutend überwiegenden deutschen Auswanderung, die in der angegebenen Periode völlig der Zahl der durch Annexion erfolgten Vermehrung gleich kam, die Differenz zwischen 5916903 Köpfen deutscherseits und 2364227 französischerseits. — In Frankreich kommen verhältnißmäßig zwar nicht weniger häufig Eheschließungen vor, als in Deutschland, aber die Ehen sind dort viel weniger mit Kindern gesegnet. Außerdem hat in Frankreich während der letzten Jahrzehnte nicht nur die Zahl der jährlichen Eheschließungen und die durchschnittliche Fruchtbarkeit der Ehen um ein Beträchtliches abgenommen,

sondern es stieg in demselben Zeitraum auch die allgemeine Sterbeziffer, wie aus folgender Zusammenstellung ersichtlich ist:

	Deutsches Reich	Frankreich	
	1880	1880	1860
Eheschließungen . . .	337342	279035	288937
Lebendgeboren	1696175	920177	956875
Gestorben	1173205	858837	781635
Natürliche Vermehrung	522970	61340	175240

Während des letzten Krieges mit Deutschland fanden in Frankreich, wie im deutschen Reiche, ungewöhnlich wenig Eheschließungen statt. Aber auch weiterhin ist in Frankreich die Heiraths- und Geburtsziffer niedriger, die Sterbeziffer höher geworden, so daß sich die natürliche Volksvermehrung fast von Jahr zu Jahr verringert hat. In Frankreich entfielen in den nebenbezeichneten Jahren auf je 1000 Einwohner durchschnittlich:

	Eheschließungen	Lebend geborene	Gestorbene	natürliche Volksvermehrung
1873	8,85	26,1	23 3	2,8
1874	8,31	26,2	21,5	4,7
1875	8 20	26,0	23,1	2 9
1876	7,92	26 2	22 6	3,6
1877	7,52	25,5	21,7	3 8
1878	7,53	25,3	22,7	2,6
1879	7,60	25,2	22 6	2,6
1880	7,47	24,7	23,0	1,7

Der jährl. Zuwachs für das deutsche Reich stellt sich nach der oberen Zahlenreihe 8 mal so hoch als in Frankreich, was auf der hohen Geburtenanzahl beruht; denn die allgemeine Sterbeziffer stellt sich in Deutschland höher als in Frankreich, wegen der hohen Kindersterblichkeit. —

Der Kredit der Industrie.

Seit Jahren schon macht sich im Munde der Verwalter großer Kredit-Institute ein Schlagwort breit, das trotz seiner verhängnißvollen Bedeutung fast noch nirgends auf Tadel stieß, ja, sich meistens sogar den Beifall der Zuhörer erwarb. „Wir liehen auch in letzter Zeit Nichts mehr auf industrielle Werke und werden auch in Zukunft solche von Hypothek-Beleihungen und Konto-Korrent-Krediten ausschließen", dieser Grabgesang für den Kredit der Industrie ist in allen erdenklichen Variationen nahezu in sämmtlichen General-Versammlungen der Bank Aktionäre zu hören, ohne daß sich auch nur eine Stimme dagegen erhöbe. Man vermeint, damit einen für die Reputation der Banken wohlklingenden Satz auszusprechen, der für die Solidität und die Umsicht der Bankleitung ein glänzendes Zeugniß liefere, und vergißt darüber vollständig, welch großen Vergehens gegen die wirthschaftliche Entwicklung unseres Vaterlandes man sich dadurch schuldig macht.

Gegen diese Aechtung des Kredits industrieller Werke muß feierlich Protest eingelegt werden, und nun und nimmermehr darf der Lehre von der Nothwendigkeit der Ausschließung der Industrie-Etablissements von der Kreditgewährung seitens der Banken ein Bürgerrecht unter den Axiomen der künftigen deutschen Wirthschaftspolitik eingeräumt werden.

Es ist freilich nicht zu leugnen, daß die in dem letzten Jahrzehnt gemachten herben Erfahrungen mit den den verschiedenen Industriewerken eingeräumten Krediten sich recht tief in die Erinnerungen der Bankleitungen eingegraben haben. Allein, war denn nicht ganz das Gleiche, oder noch viel Schlimmeres bei anderen Sparten des Bankbetriebes der Fall? Warum belegt man denn nicht auch das Lombard- und das Effektengeschäft mit dem Bannfluche? Und klänge es denn nicht viel erfreulicher für die Aktionäre, wenn von der Bankleitung die Erklärung erginge: „Anstatt uns mit dem Beleihen und mit dem Handel in fremden Papieren einzulassen, deren inneren Werth man so selten taxiren kann, haben wir uns entschlossen, die gleichen Summen an die heimische

Industrie zu leihen, über deren Fortschritte oder Rückschritte wir allezeit in der Lage sind, uns bis ins Kleinste zu unterrichten, so daß wir uns stets noch rechtzeitig ein Faustpfand bestellen und uns vor Verlusten schützen können."?

Allerdings eignen sich industrielle Etablissements nur in solchen Fällen für reine Hypothekar-Institute zur Beleihung, wenn für das auf fünfzig Jahre hinaus als unkündbar abgeschlossene Darlehen zugleich auch solche Objekte unterstellt werden können, deren Werth wegen untrennbaren Zusammenhanges mit ländlichen Besitzungen oder wegen einer gegebenen sehr günstigen städtischen Lage ein stetiger selbst dann bleibt, wenn der industrielle Betrieb zeitweilig oder für immer eingestellt werden müßte. Allein wir haben zur Zeit noch kaum ein reines Hypothekar-Institut; fast alle greifen mehr oder weniger auch zum Betriebe der Geschäfte gewöhnlicher sogenannter Kreditmobilier-Banken, und zudem ist keinem derselben verwehrt, an die Industrie auch solche Darlehen zu gewähren, welche nicht allein eine kurze Kündigung, sondern auch eine Verbindung mit dem reinen Personalkredite zulassen.

Wir haben Hunderte und abermals Hunderte der kreditwürdigsten Industriellen, welche kraft der ihnen durch Intelligenz, Ausdauer und eisernen Fleiß an die Hand gegebenen Hilfsmittel allen Unbilden der Zeit getrotzt und sich ehrenwerth auf ihrem Platze erhalten haben. Diese Pioniere der deutschen Industrie waren weder durch die Kapital-Uebermacht der Konkurrenz, noch durch die anderwärts so riesig gestiegene Ueberproduktion zu überwältigen, und bis jetzt schlugen sie sich immer wieder durch. Wenn auch hier und dort ein Werk zum Stillstand kam oder eine Anzahl seiner Arbeiter entlassen mußte, so haben sich doch unsere Industriellen im Großen und Ganzen sehr wacker gehalten, und jene Quote von Verlusten, welche die deutschen Banken durch direkte Belehnung bereits blühender heimischer Industriewerke zu verzeichnen haben, ist wahrlich eine verschwindend kleine gegen jene Einbußen, welche sie auf anderen Geschäftsgebieten und namentlich am Auslande erlitten. Sollte aber das von vielen Banken ausge-

gebene Schlagwort, daß man auf industrielle Werke Nichts mehr leihen solle, weitergreifen, und dieser Satz allmählich auch von den Privaten acceptirt werden, dann könnte freilich Niemand mehr dafür stehen, daß nicht auch jetzt noch, unter dem Schutze der Zölle, die erhaltenen Bollwerke der Industrie untergehen. Denn wie dem Kaufmanne, so nimmt man auch dem Industriellen das Leben, sobald man ihm den Kredit nimmt.

Uebrigens waren viele unserer großen Banken überhaupt noch nie ein großer Segen für Handel und Industrie. Sie waren es gerade, welche jene ungeheuren, ohne Sinn und Geschick placirten und ohne das nöthige Verständniß geleiteten industriellen Gründungen in die Welt setzten, welche mit Ach und Krach zu Grunde gingen und den Kredit der übrigen industriellen Werke so empfindlich schädigten. Diese neuen Banken saugten alle Kapitalien auf und verdrängten jene vielen kleinen Bank-Komptoirs, welche einst den einzelnen Händlern und Industriellen so bereitwillig Accept- und andere Kredite einräumten und sie von Fall zu Fall in die Lage setzten, günstige Konjunkturen mit den entsprechenden Mitteln auszunutzen. Diesen Firmen brachte man später die Nachrede auf, sie seien zu stark „bezogen"; ihre Verbindungen gingen allmählich an die Großbanken über, bei diesen aber trockneten sie alsbald erst recht ein.

Es kommt bezüglich der Nothwendigkeit der ausgiebigsten Unterstützung unserer Industrie aber auch noch ein anderer Punkt in Betracht. Die riesigen Summen, mit welchen Deutschland auch jetzt noch dem Auslande für importirte Industrie-Artikel jährlich tributpflichtig wird, und die längst nicht mehr mit Ueberschüssen unseres Ackerbaues beglichen werden können, — übersteigt doch unser Import an Rohstoffen und Nahrungsmitteln bereits bedeutend unseren Export an denselben —, machen unseren finanziellen Niedergang unausbleiblich, wenn wir nicht durch die kräftigste Förderung und Unterstützung unserer eigenen Industrie ihm entgegenwirken. Das wagt Niemand mehr zu bestreiten. Um so wunderbarer klingt es daher, wenn von den Leitern der Banken die Industrie-Etablissements bezüglich des Kreditgebens sozusagen in die Acht erklärt werden. Es wäre nur

zum eigenen Heil und Wohl aller großen Banken, wenn sie ihre vornehmste Sorge auf die Hebung unseres Handels und unserer Industrie richten wollten.

Die wenig einträglichen Zollpositionen.

Seitdem die Freihändler sich überzeugt haben, daß eine prinzipielle Opposition gegen den bestehenden Zolltarif gegenwärtig weder bei der Regierung, noch in der Mehrheit des Volkes Boden findet, verfolgen sie unter theilweiser Preisgebung der strengen Theorie eine veränderte Taktik, über deren Gefährlichkeit wir uns keinen Täuschungen hingeben. Es ist jetzt nicht mehr die Rede davon, daß jeder Schutzzoll absolut verwerflich und unser Zolltarif deshalb von Grund auf nach freihändlerischem System zu reformiren sei. Im Gegentheil, die Freihändler haben sich anscheinend mit der Thatsache des bestehenden Tarifs abgefunden; sie verlangen vorläufig nicht die Beseitigung desselben, sondern zunächst nur nach einer vom Abg ordneten Bamberger ausgegebenen Parole die „ehrliche Probe", vermittelst welcher sie Zeit gewinnen und den richtigen Augenblick für den allgemeinen Angriff erwarten wollen. Dafür haben unsere Gegner aber alle Kraft auf den Einzelkrieg konzentrirt. Sie hoffen jetzt unsere Stellung zu unterminiren, indem sie scheinbare kleine Blößen der Schutzzollpolitik aufdecken und hieraus das Verkehrte der schutzzöllnerischen Theorie und Praxis deduciren. Die Angriffe dieser Art gegen den bestehenden Zolltarif sind in letzter Zeit häufiger geworden und haben insbesondere auch durch die Agitation für Gewährung von Rückzöllen an exportirende Industrien Nahrung erhalten.

Einen solchen partiellen Vorstoß unserer Gegner haben wir auch in der jetzt mehrfach ventilirten Behauptung zu erblicken, daß eine große Zahl unserer Zölle völlig unrationell sei, weil in den betreffenden zollbelasteten Artikeln eine eigentliche Konkurrenz des Auslandes auf dem heimischen Markte gar nicht bestehe und die Zölle deshalb auch nur ganz minimale Erträge lieferten, so

daß sie weder vom schutzzöllnerischen noch vom finanzpolitischen Standpunkt aus gerechtfertigt werden könnten. Diese sehr plausibel klingende Argumentation hat in der schutzzöllnerischen Presse schon eine Entgegnung gefunden, doch scheint uns dieselbe nicht ganz erschöpfend zu sein, weshalb wir hier mit einigen Worten auf die Frage zurückkommen wollen.

Unsere Gegner machen wie erwähnt einer ganzen Anzahl wenig einträglicher Zollpositionen den zweifachen Vorwurf, daß sie keine schutzzöllnerische und daß sie keine finanzielle Bedeutung haben, somit völlig überflüssig und lediglich als ein unnützes die Zollverwaltung mit unnöthiger Arbeit belastendes Verkehrshinderniß zu betrachten seien. Hierauf ist bereits mit den Worten des jetzigen Staatssekretärs des Schatzamtes, Herrn Burchard, erwidert worden, daß zwischen Schutzzöllen und Finanzzöllen zu unterscheiden sei und ein günstiger Erfolg der Schutzzollpolitik gerade darin liege, daß eine ganze Anzahl zollbelasteter Artikel in geringfügigen Mengen nach Deutschland importirt werde. Wir gestehen zu, daß diese Entgegnung nicht ganz die Sache trifft, da hier bereits vorausgesetzt wird, was eigentlich erst zu beweisen wäre, daß nämlich die geringe Einfuhr gewisser zollbelasteter Artikel die Folge dieser Zollbelastung ist und nicht vielmehr auch ohne eine solche nur ganz minimale Quantitäten in den betreffenden Artikeln nach Deutschland eingeführt werden würden. Aber es giebt abgesehen hiervon viel durchschlagendere Gründe für die Zollbelastung dieser wenig importirten Artikel und wir wollen einige derselben hier anführen.

Zunächst ist es nämlich nicht richtig, daß die fraglichen Artikel die Arbeit der Zollbehörden außerordentlich vermehren und ihr finanzielles Erträgniß, wie behauptet wird, zu den Erhebungskosten in keinem Verhältniß steht. Aus der geringen Einfuhr dieser Artikel folgt schon von selbst, daß die Arbeit, welche die Zollbehörden auf dieselben zu verwenden haben, keine große sein kann und was die Erhebungskosten anlangt, so entspricht es gerade richtigen finanzpolitischen Prinzipien, eine große Anzahl von Artikeln zu belasten, da nur auf diese Weise die Arbeitskraft der Zollbehörden voll ausgenutzt werden

kann. Die Erhebungskosten würden nämlich genau dieselben bleiben, auch wenn man alle diese kleinen Zölle beseitigte, da für die übrig bleibenden größeren Zölle ganz derselbe Verwaltungsapparat nöthig wäre, den wir heute gebrauchen. Die kleinen Zölle sind also, finanziell betrachtet, ein absoluter Gewinn für das Reich, bei dem wir gar keine Erhebungskosten in Anrechnung zu bringen haben und wenn die einzelne Position auch wenig einbringt, so repräsentiren diese kleinen Zölle zusammen doch eine recht artige Summe, auf welche das Reich nicht ohne Weiteres verzichten wird.

Die verkehrshindernde Wirkung dieser kleinen Zölle wird gleichfalls übertrieben. Nehmen wir an, daß in vielen der fraglichen Artikel eine wirsame Concurrenz des Auslandes auf dem deutschen Markt überhaupt nicht besteht, so steht der betreffende Zoll eben nur auf dem Papier oder tritt praktisch doch nur in ganz vereinzelten Fällen in Wirkung. Ob es nun angesichts eines ziemlich complicirten Zolltarifs angänglich ist, gerade diese vergleichsweise unwirksamen Zölle als Verkehrshinderniß zu bezeichnen, dürfte billig zu bezweifeln sein. Uebrigens repräsentirt ein jeder dieser Zölle doch eine dem Consum auferlegte Steuer und es würde nicht der Gerechtigkeit entsprechen, wenn man gewisse Artikel sehr hoch belasten, andere dagegen ganz freilassen wollte.

Weiter ist aber die Zollbelastung zahlreicher, wenig ergiebiger Artikel durch die systematischen Anforderungen eines rationellen Zolltarifs bedingt und dies ist unseres Erachtens der wichtigste Punkt in der ganzen Sache. Es ist in keiner Weise angänglich, gewisse Ganzfabrikate etwa darum, weil sie nur wenig einbringen, freizulassen, während die entsprechenden Halbfabrikate mit hohen Zöllen belastet sind. Dieser Grundsatz ist nicht nur in allen Ländern theoretisch anerkannt und praktisch geübt worden, sondern er ergiebt sich auch aus der Natur der Sache. Wenn beispielsweise polirte und gefirnißte Eisenbleche nur in ganz geringen Mengen eingeführt werden und einen sehr kleinen Zollertrag abwerfen, so kann dies so lange kein Grund sein, den betreffenden Artikel von jeder Zollbelastung zu befreien, als die Vorfabrikate Roheisen und Rohbleche Eingangszölle zu

tragen haben, denn sonst würde die Produktion der betreffenden Rohfabrikate durch einen vermehrten Import von Fertigfabrikaten geschädigt werden. Solche Fabrikate machen nun aber die Mehrzahl der ertragslosen Zollpositionen aus und deshalb sind die Behauptungen der Freihandelspresse auch in diesem Punkte als völlig unzutreffend zurückzuweisen.

„Deutschlands Beruf zum Freihandel."

Die Behauptung Adam Smith's, „daß eine große und unabhängige Nation fortwährend jedes Jahr bedeutend größere Massen von Werthen an Produkten und Fabrikaten einführen als ausführen und somit ihre Schuld gegen eine andere stetig vermehren und anwachsen lassen könne, ohne dabei in ihrer Prosperität geschädigt zu werden", diese Behauptung scheint selbst im freihändlerischen Lager keinen rechten Glauben mehr zu finden. Freihändlerische Blätter bekennen allmählich, daß denn doch etwas Aehnliches, wie eine Handelsbilanz existire, ja, sie erklären es für eine „ganz unabweisbare Nothwendigkeit, durch den Export der stoffveredelnden Industrie die in Deutschland nöthige Mehreinfuhr an Nahrungsmitteln und Rohstoffen auszugleichen"; nur folgern sie natürlich aus dieser Nothwendigkeit, daß Deutschland zum Freihandel berufen, daß die neue Zollpolitik der wirthschaftliche Ruin unseres Vaterlandes sei. Unter dem Schutzzollsystem, sagen sie, sei es eine reine Unmöglichkeit, zu einer günstigen Handelsbilanz zu kommen; es vermindere die Exportfähigkeit der heimischen Industrie, weil es zu Retorsionszöllen führe, durch welche die Ausfuhr von Manufakturwaaren vielmehr, als der Export von Rohstoffen und Nahrungsmitteln einer Benachtheiligung oder gar Vernichtung ausgesetzt werde. So lange ein Staat hauptsächlich die letzteren Güter ausführe, um Fabrikate dafür einzuführen, wie dies mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, mit Rußland und auch noch mit Oesterreich-Ungarn der Fall, könne er sich die Errichtung oder Erhöhung von Zoll-

schranken im Auslande mit weit größerem Gleichmuth gefallen lassen, als ein Staat, der wie Deutschland in der umgekehrten Lage sei. In einem größeren Zollgebiet von einiger wirthschaftlicher Kultur sei es viel leichter möglich, durch Einfuhrbeschränkungen die eigene Produktion von Fabrikaten bis auf das Maß des eigenen Bedürfnisses zu steigern, als die von Rohprodukten. England z. B. könne durch Zölle irgend einen Zweig unserer Manufaktur, welcher vom englischen Markt lebe, zur Uebersiedlung über den Kanal zwingen, aber niemals könne es die Erzeugung von Weizen, Petroleum und Baumwolle aus Amerika herüberholen. Man gesteht also im Allgemeinen die wohlthätige Wirkung des Schutzzolls auf die Produktivkräfte einer Nation zu, man leugnet aber im Besonderen, daß Deutschland in der Lage sei, aus dem Schutzsysteme für seine wirthschaftliche Entwickelung Vortheil zu ziehen, ja man behauptet sogar, daß das Schutzsystem für Deutschland nur nachtheilige Folgen haben könne.

Wenn es nun gleich richtig ist, daß fremde Zölle auf einen hauptsächlich Manufakte exportirenden Staat nachtheiliger wirken können, als auf eine Nation, die sich noch im Agrikulturzustand befindet und zur Emporbringung einer Manufakturkraft befähigt ist, so ist damit doch noch nicht der Nachtheil, der ihm aus dem Schutzsystem erwachsen soll, erwiesen, und am allerwenigsten, daß unter der Wirkung der Zollschranken die Handelsbilanz sich zu seinen Ungunsten stellen müsse.

Die erste Wirkung der Schutzzölle ist doch die, daß die Einfuhr fremder Manufakturartikel, die ebenso wie die ausländischen Rohstoffe und Nahrungsmittel bezahlt oder durch Export von Fabrikaten aufgewogen werden müssen, wenn auch nicht aufgehoben, so doch um ein Bedeutendes eingeschränkt wird. Was vor Errichtung der Zollschranken an Manufakturwaaren importirt wurde, wird jetzt zum großen Theil von der einheimischen Industrie geliefert, der Schutzzoll hat uns also nicht blos eine Verringerung unseres Bedarfs an ausländischen Produkten und damit eine Verminderung unserer laufenden Schuld an die fremden Nationen gebracht, sondern auch unserer Manufakturkraft einen Markt gewonnen,

der viel sicherer und gewinnbringender ist, als jeder ausländische, von dem sie durch Kriege und allerhand Machinationen fremder Handelsvölker verdrängt werden kann, und nach dem sie stets die Transportkosten zu tragen hat, die bei der Versorgung des inneren Marktes fast vollständig fortfallen; d. h. der Zoll hat neben der Verringerung des Imports, oder unserer Schuld, auf unsere Handelsbilanz fast dieselbe Wirkung geübt, als wenn er unsern Export, oder unsere Einnahme, vermehrt hätte.

Ganz abgesehen also von den übrigen wohlthätigen Einwirkungen des Schutzsystems auf unsere wirthschaftlichen Zustände, von der wachsenden Verwendung der Arbeitekraft, von der Steigerung der Consumtionsfähigkeit u. s. w., fließt uns aus dem Schutzzolle schon ein so bedeutender materieller Nutzen, daß er selbst den Verlust überstiege, der uns möglicher Weise dadurch entstehen könnte, daß auch andere Völker in Folge unserer Zollpolitik sich zur Errichtung von Zollschranken entschlössen. Selbst jetzt noch führt z. B. England über hundert und dreißig Millionen Mark mehr ein an Fabrikaten, als unser gesammter Export nach England beträgt; wenn es nun auch den Engländern einfiele, uns von ihrem Markte vollständig auszuschließen, so würden wir, durch Repressivmaßregeln, nur noch gewinnen können. Das weiß John Bull recht wohl, und er wird sich daher sicher hüten, die Befürchtungen, mit welchen die Freihändler bange machen wollen, zu verwirklichen.

Aber nicht allein, daß der Schutzzoll durch Verringerung der Einfuhr uns der Nothwendigkeit enthebt, eine entsprechende Menge von Werthen an Fabrikaten zu exportiren, ist er es erst, der einen bedeutenden Export möglich macht. Durch das Aufblühen der Industrie und die dadurch aufkommende innere Concurrenz kommt es erfahrungsmäßig erst zu derjenigen Preisermäßigung, welche einen Wettbewerb auf den ausländischen Märkten mit den fremden Manufakturnationen ermöglicht.

Es ist eine allgemein bekannte Thatsache, daß Nord-Amerika seine Baumwollwaaren trotz Schutzzoll oder vielmehr nur mit Hilfe desselben selbst nach Großbritannien auszuführen gekräftigt wurde, und daß dies

ebenso mit Frankreich hinsichtlich seines Exports an Leinen- und Jutegarnen nach Schottland der Fall ist, obwohl die schottischen Spinnereien unter den denkbar günstigsten Verhältnissen produziren. Und dabei wird diesen Industriezweigen auch nicht etwa ein Rückzoll vergütet. Ganz dasselbe zeigte sich an der Rübenzuckerfabrikation Deutschlands, die von Anfang an sich eines leidlichen Schutzzolles zu erfreuen hatte und heute seiner nur noch bedarf, um den auf ihr lastenden Steuerdruck auszugleichen. Welche erfreuliche Fortschritte überhaupt unser gesammter Export unter dem neuen System macht, beweist am besten der Bericht der Chambre syndicale des négociants-commissaires zu Paris, wonach der Absatz französischer Produkte durch die neu aufkommende deutsche Concurrenz in sehr bedeutendem Maße erschwert wird. — Dieß alles scheint Beweis genug, um die Behauptung der schädlichen Einwirkung des Zollsystems auf den Export niederzuschlagen.

Was endlich die künftigen Retorsionszölle anbelangt, von welchen man so großen Nachtheil für unsere Ausfuhr befürchtet, so können wir mit ziemlichem Gleichmuth in die Zukunft sehen. Die Verschiedenheit der Bedürfnisse der Nationen, die Unterschiede der Produktions- und Consumtionsverhältnisse werden nie aufgehoben werden; ein Tausch der Produkte und Handel des einen Landes mit dem andern wird also immer fortbestehen, und jede Nation wird sich wohl hüten, die Retorsion bis zum eigenen Schaden zu treiben; ist es doch stets die gegenseitige Bedürftigkeit, die bei der Bestimmung der Zölle maßgebend ist. Jedenfalls werden die Niederlande, die neben England hauptsächlich als Schreckmittel in freihändlerischen Blättern benützt werden, da sie fast mit ihrem ganzen Export an Colonialwaaren auf Deutschland, das allein unter den Nachbarländern keine Colonien besitzt, angewiesen sind, kaum jemals ihren Markt dem deutschen Fabrikanten verschließen; ein deutscher Differenzzoll zu Gunsten der freien Märkte von Südamerika und Westindien würde dem manufakturschwachen Handelsvolke hundertmal mehr Schaden thun, als es durch Errichtung von Zollschranken für seine lebensunfähige Industrie Nutzen erlangen könnte. Wie

sehr aber England durch den Versuch einer Retorsion sich schädigte, das leuchtet ein, wenn man bedenkt, daß mehr als ein Viertel unserer Gesammteinfuhr nach dem Inselreiche aus Nahrungsmitteln und Rohstoffen besteht, von den übrigen drei Vierteln aber nur ein verschwindend kleiner Theil im Lande selbst bleibt; fast unser ganzer Import an Fabrikaten dient den Engländern nur zur Versorgung fremder Märkte, für welche ihre eigene Produktion nicht ausreicht. Englands Export- und Kommissionshandel erhielte also einen geradezu vernichtenden Schlag, indem die Agrikulturländer ihre Waaren natürlich lieber direkt vom Produktionsorte bezögen, als sie sich durch den Zoll der Engländer vertheuern zu lassen, und dadurch die deutsche Industrie mit Umgehung des englischen Zwischenhandels neue Absatzgebiete gewönne.

Und um diese unwahrscheinliche Retorsion und die etwaige Erhöhung der Zölle in den fremden, längst schon unter dem Schutz- oder gar Prohibitivsysteme stehenden Ländern zu verhüten, sollen wir unsern innern Markt wieder den Ausländern preisgeben, ohne alle Gewähr, daß dadurch auch der gute Zweck erreicht würde. Wer vermag zu glauben, daß Frankreich, Oesterreich, Rußland, Nord-Amerika sich sogleich zum Freihandel bekehrten, wenn Deutschland sich ihm wieder erschlösse? Es wird sich so wenig Jemand zu diesem Glauben bekennen, als zu der schönen Hoffnung, daß etwa mit der Abrüstung der deutschen Macht auch in den andern Großmächten die Bereitwilligkeit zur Abrüstung erregt würde.

Unser Export nach Amerika.

Der amerikanische General-Consul in Frankfurt a. M. hat eine Uebersicht der Exporte seines Bezirkes nach den Vereinigten Staaten für das zweite Quartal des laufenden Jahres veröffentlicht, deren Hauptresultate zwar bereits in die Blätter übergegangen sind, die indeß doch eine nähere Besprechung verdient, zumal die Vereinigten Staaten das wichtigste überseeische Exportland für deutsche Industrieprodukte bilden. Der deutsch-ameri-

kanische Export hat einen außergewöhnlichen Aufschwung erst in den letzten beiden Jahren erfahren und zwar trat derselbe ganz plötzlich ein von 1879 auf 1880 als augenscheinliche Folge der überaus reichen Getreideernten in der transatlantischen Republick. Von 1879 auf 1880 stieg der Export des General-Consulatsbezirks Frankfurt a. M., welcher die Bezirke Aachen, Barmen, Cöln, Crefeld, Düsseldorf, Frankfurt, Mannheim, Mainz, Nürnberg, Sonnenberg und Stuttgart umfaßt, um ca. 50 % und erreichte im Jahre 1879/80 (September) 27½ Mill. Doll., welche Ziffer sich für das nächste Jahr ungefähr behauptete.

Neuerdings ist nun wieder eine stärkere Zunahme in unserem amerikanischen Export eingetreten, denn wie aus der unlängst veröffentlichten Exportliste zu ersehen, hat der General-Consulatsbezirk Frankfurt im II. Quartal dieses Jahres für 8.512148 Doll. nach den Vereinigten Staaten ausgeführt gegen 6.547130 Doll. im Vorjahre. Die Exportsteigerung beträgt hiernach nahezu 30 %; sie entfällt in der Hauptsache auf die Bezirke Barmen, Crefeld, Frankfurt und Nürnberg und betrifft zumeist Seidenwaaren und Eisenfabrikate, welche sich in den letzten Monaten überhaupt einer gesteigerten Exportentwickelung zu erfreuen hatten.

Interessant ist es, die Exportschwankungen in den Hauptartikeln der einzelnen Bezirke zu verfolgen. So ist im Aachener Bezirk der Export von Tuchen nach den Vereinigten Staaten in gar nicht unbedeutender Zunahme begriffen, während die Ausfuhr von Lederhandschuhen, von Nähnadeln und von Blei und Zink stark zurückgegangen ist. Barmen hat außerordentliche Exportsteigerungen in Seidenwaaren, anderen Webewaaren und in Eisenwaaren erfahren, Crefeld und Cöln auch besonders in Seidenwaaren, Düsseldorf in Eisen- und Zeugwaaren. Während Cöln eine beträchtliche Abnahme der Lederexporte zeigt, ist aus dem Frankfurter Bezirk über eine beträchtliche Steigerung der Lederausfuhr zu berichten. Frankfurt und außerdem auch Cöln und Mannheim haben auch größere Mengen von Droguen und Chemikalien nach den Vereinigten Staaten exportirt als im Vorjahr; in Mainz ist der Juwelenexport

gestiegen, München hat größere Quantitäten Handschuhe, Nürnberg und Sonnenberg wesentlich größere Quantitäten Glas- und Glaswaaren ausgeführt. Der Export von Weinen, Branntweinen und Liqueuren hat gleichmäßig in den Bezirken Mainz und Frankfurt zugenommen, und endlich ist für den Bezirk Stuttgart eine außergewöhnliche Steigerung des Exports in Corsets zu verzeichnen, welcher Artikel überhaupt gerade von diesem Bezirk in ganz bedeutenden Mengen nach den Vereinigten Staaten ausgeführt wird. Im Interesse der deutschen Exportindustrie ist lebhaft zu wünschen, daß der amerikanische Markt seine gesteigerte Receptionsfähigkeit auch für die Folge noch recht lange bewahren möge.

Die progessive Einkommensteuer.

Der positive Theil der Opposition unserer liberalen Parteien wider die vom Reichskanzler begehrte Steuerreform gipfelt bekanntlich darin, daß die Rechtsliberalen sich darauf beschränken, die Nothwendigkeit einer Steuerreform für jetzt überhaupt zu läugnen, was jedenfalls das Gute für sich hat, sich speziell über die Prinzipienfrage, ob direkte oder indirekte — richtiger Ertrags- oder Verbrauchsbesteuerung — nicht entscheiden zu müssen; während die Linksliberalen in Uebereinstimmung mit den Sozialdemokraten die indirekte Besteuerung resp. jede Vermehrung derselben ausdrücklich perhorresziren und sagen: wenn schon eine Steuerreform nöthig sei, so müsse dieselbe in der Richtung vor sich gehen, daß die Einheit und Gerechtigkeit der Besteuerung durch Einführung der progessiven Einkommensteuer hergestellt wird. Das allein richtige Besteuerungsprincip sei, daß Jeder nach der Höhe seines Einkommens und die größeren Einkommen darunter mit einem nach der Größe steigenden Prozentsatze besteuert werden, während alle indirekten resp. Verbrauchssteuern, sowohl die bestehenden als projektirten, vorzugsweise nur die armen Leute treffen und daher viel eher abzuschaffen und durch die progressive Einkommensteuer zu ersetzen, als zu vermehren seien.

Nun ist es nicht zu verkennen, daß die progressive Einkommensteuer, falls sie an Stelle der jetzt bestehenden allerlei direkten und indirekten Steuerarten treten würde, ein Fortschritt des Steuerwesens wäre. Es würde damit zum wenigsten ein Prinzip — ob darum auch das richtige, mag für heute dahingestellt bleiben — an Stelle der herrschenden Systemlosigkeit in der Besteuerung treten, welche jetzt ohne Rücksicht auf Volkswirthschaft und Gerechtigkeit immer nur die für die Veranlagung momentan bequemsten und für die Steuerkasse einträglichsten Ertrags- und Verbrauchsobjekte zur Steuerzahlung heranzieht. Auch würde eine so wesentliche Vereinfachung der Steuerbemessung und Steuererhebung eintreten, daß daraus eine nicht unbedeutende Verminderung des Gesammt-Steuerbedarfes der Regierung folgen würde, welche gewiß nicht zu verachten wäre. Allein, eine andere Frage ist diese, ob eine solche einzige, und wenn auch noch so hoch gegriffene progressive Einkommensteuer die bestehenden modernen Steuerarten, und wären es auch nur die direkten oder indirekten für sich allein, zu ersetzen im Stande wäre, oder ob sie aus sich allein jenen Betrag aufbringen könnte, welchen der Reichskanzler für die Herstellung der Selbstständigkeit der Reichsfinanzen und für die Durchführung seiner geplanten Steuerreform noch nöthig zu haben behauptet? So viel dürfte Jedermann klar sein, daß, falls die vielbegehrte progressive Einkommensteuer eingeführt würde, ohne daß dagegen bestimmte andere Steuerarten, ob nun direkte oder indirekte, aufgehoben werden, an dem bestehenden Steuerdrucke und der herrschenden Ungerechtigkeit nicht Anderes geändert wäre, als daß die misera plebs das Bewußtsein hätte, es müsse nunmehr auch der bis jetzt unverhältnißmäßig geschont gewesene, reichere Theil der Bevölkerung mehr Steuern zahlen. Es wäre aber gar nicht zu verwundern, wenn die Reichsregierung die allseitig herrschende Schwärmerei für die Einführung einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer für ihren Zweck ausbeuten und dieselbe der bereits bestehenden Besteuerung hinzufügen würde, nur dürften die armen Leute sich für die Durchsetzung dieser Art Steuerreform schwerlich bei den Fortschrittlern und Sozialdemokraten

bedanken. Letztererseits wird man sich freilich gegen eine solche Zumuthung verwahren und sagen, man denke an die progressive Einkommensteuer nur unter der Voraussetzung, daß dagegen die anderen, zum mindesten die am schwersten und ungerechtesten drückenden Steuerarten, speziell jene auf den Verbrauch der nothwendigsten Lebensmittel, aufgelassen werden. Ob sich diese Herren aber auch nur annähernd klar darüber sind, welche Summe die von ihnen projektirte progressive Einkommensteuer in den Staatssäckel liefern und was mit derselben zur Erleichterung des Steuerdruckes auf der anderen Seite geleistet werden könnte? Es ist dies nach Allem zu bezweifeln. Denn so wie man mit den nackten Ziffern zu rechnen beginnt, zeigt sich sofort die Illusion, der man sich hingiebt, und in welcher die weitesten Kreise der Bevölkerung gefangen gehalten werden. Die Steuertabellen pro 1881 sagen uns, daß

29,29 pCt.	der Bevölkerung Preußens wegen Mangel eines steuerbaren Vermögens steuerfrei sind,			
33,01 „	erfreuen sich eines Jahres-Einkommens von	420—	660	Mk.
95,59 „	eines Jahres-Einkomm. von	660—	1500	„
0,69 „	„ „ „	1500—	3000	„
0,11 „	„ „ „	3000—	9600	„
0,28 „	„ „ „	9600—	36000	„
2,23 „	„ „ „	über	36000	„
100 pCt.				

Da man die Einkommen unter 3000 Mk. wohl kaum zu einer höheren Steuerzahlung wird verurtheilen wollen, — der Reichskanzler will bekanntlich die Einkommen bis zu 6000 Mk. ganz steuerfrei lassen, — so wären es höchstenfalls 2,42 pCt. der Bevölkerung, auf welche die progressive Besteuerung überhaupt Anwendung finden könnte, und rechnet man davon auch die Einkommen von 3000 bis 6000 Mark ab, so bleiben nurmehr ca. 1 pCt. der Bevölkerung oder etwa 60,000 Steuerträger, für welche die Steuererhöhung durch eine progessive Einkommensteuer in Aussicht steht. Wie viele Millionen an Mehrsteuern glaubt man nun aus denselben herausschlagen zu können, und könnten diese jemals so viele

sein, um den Ertrag auf nur Eine der bestehenden Steuern auf den Verbrauch nothwendiger Lebensmittel oder die Einnahmen aus dem Tabaksmonopol zu ersetzen? Mögen sich unsere geneigten Leser diese Frage selbst beantworten.

Neue Finanzpolitik.

Der frühere Finanzminister Bitter hat noch kurz vor seinem Rücktritte ein Rundschreiben an alle mit der Aufstellung der Etats betrauten Behörden erlassen, worin strengste Sparsamkeit in Bezug auf alle Ausgaben anbefohlen worden. So nothwendig und löblich die Rücksichten der Sparsamkeit an sich und unter gegebenen Verhältnissen sind, so darf doch nicht vergessen werden, daß hierin keineswegs das ganze Geheimniß der Finanzkunst besteht. Mit dem beständigen Herunterdrücken der Bewilligungen und der Einschränkung der Bedürfnisse ist nicht immer der richtigste, den allgemeinen Interessen förderlichste Weg eingeschlagen. Daß z. B. Anforderungen an den Credit für gemeinnützige Werke und Herstellungen gleichsam grundsätzlich und namentlich in Zeiten schwachen Unternehmungsgeistes und gedrückter Lohnverhältnisse vermieden werden sollten, dürfte schwerlich als gute und ersprießliche Politik bezeichnet werden. Die Unterlassung von nützlichen Ausgaben namentlich produktiver Art, wie z. B. für Kanäle, aus dem Grunde, weil keine Ueberschüsse vorhanden sind und weil man Anleiheaufnahmen vermeiden will, ist gewiß nicht als löbliches Verfahren zu erklären. Derartige Sparsamkeit um jeden Preis läuft in Wirklichkeit auf Schädigung des Gesammtinteresses hinaus. Ein mächtiges und gesundes Staatswesen soll nicht dazu beitragen, den allgemeinen Standard of life, die wirthschaftlichen Lebensgewohnheiten des Volkes herabzudrücken und die Erzielung erreichbarer Vortheile zu unterlassen aus übertriebenem Soliditätsbestreben, das in solcher Gestalt nicht viel verschieden von krankhaftem Geize ist. Wozu hat denn der Staat Credit und erfreut sich im Vergleich mit allen anderen

Staaten eines sehr mäßigen Schuldenstandes, wenn die Kassen nur immerfort geschlossen gehalten werden sollen. Daß im Finanzwesen eine etwas freigebigere Hand und weniger Engherzigkeit bei Ausgaben für produktive Zwecke der ganzen Volkswirthschaft nur ersprießliche Anregung zu geben geeignet wäre, darf wohl behauptet werden. Wenn der neue Finanzminister in dieser Beziehung etwas weniger bei altväterlichen Anschauungen stehen bleiben sollte, so dürfte er sich wohl damit den Beifall aller Einsichtigen und den Dank des ganzen Volkes erwerben.

Die geschäftliche Zaghaftigkeit und ihre Ursachen.

Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß die Zuversicht der deutschen Geschäfts- und Unternehmerwelt in den letzten Jahren viel, man kann beinahe sagen, Alles zu wünschen übrig läßt. Die Muth- und Vertrauenslosigkeit in fast allen Kreisen produktiver Thätigkeit hat einen Grad erreicht, wie er in früheren Zeiten kaum gleich anhaltend und intensiv zu bemerken gewesen ist.

Bezüglich der Ursachen dieser höchst bedauerlichen Erscheinung gehen die Meinungen noch immer weit auseinander. Ein Umstand, der die Zaghaftigkeit und den Pessimismus in Kapitalisten- wie Unternehmerkreisen am besten und vollständigsten erklärt, scheint bei den Urtheilen über den Stand der Dinge vielfach ganz übersehen oder wenigstens lange nicht in entsprechendem Grade berücksichtigt zu werden.

Die deutsche Geschäftswelt ist in Bezug auf die ihr dargebotene Kredithilfe der Banken und Bankiers weit ungünstiger gestellt, als die Kaufleute und Industriellen in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten.

Nach den bei uns üblichen Vorstellungen von Solidität und Reellität ist die Inanspruchnahme von Kredit zur Ausführung geschäftlicher Operationen eine sehr bedenkliche, beinahe verpönte Sache. Es gilt als Regel, daß der Geschäftsmann nur mit eigenen oder wenigst möglich mit geliehenen Kapitalien arbeiten müsse.

Die Zahl der Banken und Bankiers, die sich mit Kreditgewährung an Industrielle beschäftigen, ist so gering und anscheinend noch fortwährend im Abnehmen, daß dem reellen Kreditbedürfnisse bei weitem nicht entsprochen wird. Das Gefühl der Sicherheit, daß für wohlerwogene, einigermaßen weit aussehende Unternehmungen unter erträglichen Bedingungen finanzielle Nachhilfe zu finden sei, fehlt bei uns leider gänzlich.

Als wichtigste Regel gilt unserer Geschäftswelt, sich immer nur kurz und nicht zu tief in geschäftliche Unternehmungen einzulassen. Dieser Regel wird eine ausnahmslose, dogmenartige Giltigkeit eingeräumt, die ihr mit Rücksicht auf das nothwendige und ersprießliche Erweiterungsbedürfniß der geschäftlichen Thätigkeit gar nicht zugestanden werden darf. Bei strikter Befolgung dieser Regel müßten alle geschäftlichen Beziehungen recht eigentlich den Charakter rücksichtslosesten Raubbaues tragen. Die ruhige und ausdauernde Durchführung einer neuen Kombination müßte danach als unstatthaft und unthunlich angesehen werden. Kurzlebige, rasch ergriffene und ebenso schnell wieder fallen gelassene Spekulation wäre danach das einzig mögliche Vorgehen für die Geschäftswelt.

Thatsächlich ist die obige Regel von den immer nur mit schwachen Mitteln und auf kurze Kündigung zu unternehmenden Operationen vollständig unvereinbar mit planmäßigem nnd solidem geschäftlichen Vorgehen. Ueberstürzte, mit unzureichenden Mitteln und auf kurze Frist unternommene Versuche können im normalen Geschäftsverkehr nur in den seltensten Fällen auf ansehnliche Erfolge rechnen. Nur der verwegene und gewissenlose Spieler kann sich auf die Bedingung kurzer, jederzeitiger Kündigung der ihm anvertrauten Kapitalien einlassen. Der reelle Geschäftsmann kann nur Kredit brauchen, der in gutem Glauben und mit Rücksicht auf die ungezwungene, bestmögliche Verwerthung und Abwicklung eines Unternehmens gewährt wird. Bei drohender, rascher, unabwendbarer oder nur durch schwere Opfer zu verhütender Kündigung ist Kredit für das reelle Geschäft mehr als gefährlicher Nachtheil wie als erwünschte und nützliche Hilfe anzusehen.

Gerade bei uns in Deutschland ist die kärgliche, ungewisse und auf jederzeitige Einziehung berechnete Kreditgewährung zum leitenden Prinzip des Bank- und Geldverkehrs erhoben, wie dies in den anderen kommerziell vorgeschrittenen Ländern keineswegs in ähnlichem Grade der Fall ist.

Dabei ist nicht zu vergessen, daß unsere Reichsbank-Gesetzgebung vorwiegend unter dem Einflusse der Furcht vor der „Ueberspekulation" entworfen ist. Fast alle maßgebenden Kreise bei uns waren im Jahre 1874 fest von der Nothwendigkeit überzeugt, der „Ueberspekulation" entgegenzutreten und für die Zukunft einen kräftigen Riegel vorzuschieben. Daher erklären sich die sehr wirksamen Vorschriften gegen die „übermäßige" Ausgabe von Banknoten, daher die seitdem stattgehabte gewaltige Einschränkung des Banknotenumlaufs, daher die erzwungene Liquidation vieler in den Gründerjahren angefangenen Unternehmungen und ins Leben gerufenen Bankinstitute, daher die riesige Einschränkung des Geschäftskreises der früher tonangebenden Kredit-Institute, daher die Rigorosität und Aengstlichkeit der deutschen Finanzwelt in Bezug auf die Betheiligung an neuen Unternehmungen und Geschäften.

Man muß sich endlich darüber klar werden, daß diese unter dem Einflusse einer augenblicklichen Zeitströmung beschlossene Gesetzgebung über das Bankwesen ein schwerer und verhängnißvoller Fehler gewesen. Gute Geschäfte lassen sich nicht erzwingen und sind überhaupt unmöglich unter einer ungünstigen Konjunktur. Eine geschäftlich höchst gefährliche Konjunktur liegt namentlich dann vor, wenn durch getroffene Maßregeln, durch Einschränkung des Geldumlaufs für eine anhaltende Preissteigerung des Geldes gesorgt ist; denn diese führt nothwendig zum Preisabschlag aller Waaren und Werthobjekte. Ein solcher Prozeß muß eine schwere Schädigung des ganzen Wirthschaftslebens zur Folge haben, weil dadurch alle Schuldverhältnisse zu einer bedeutend größeren Last werden, worunter zunächst die Schuldner leiden, die aber auch für nicht verschuldete Eigenthümer verhängnißvoll wird, weil dadurch die Verwerthung des Eigenthums allgemein erschwert wird.

Die bessere Zuversicht wegen der Zukunft muß durch entsprechende Maßregeln unterstützt und dem vertrauensvollen Vorgehen der Geschäftswelt in der besseren Einrichtung des Bankwesens der nöthige Rückhalt geboten werden.

*Die Lebensversicherung der Arbeiter.

Es ist ein hocherfreulicher Beweis für die Opferwilligkeit unseres Unternehmerstandes, daß derselbe mit dem Wiederaufblühen der Gewerbethätigkeit im Lande sogleich auch darauf bedacht ist, die Lage der Arbeiter durch humanitäre Einrichtungen in möglichst wirksamer Weise zu verbessern. Erst neulich wurde aus Essen gemeldet, daß die Firma Krupp damit umgehe, für ihre Arbeiter einen namhaften Betrag zur Einführung der Lebensversicherung auszusetzen; die gleiche Absicht besteht bei der Dortmunder Union, und jetzt erfahren wir aus Mülhausen, daß dort mit Hilfe eines von den Herren Salance, Dollfus, Mieg u. Cie. und Jean Dollfus hergegebenen Kapitals von 30 000 Frcs. die Lebensversicherung in den Arbeiterkreisen bereits Eingang gefunden hat. Mehr als 100 Policen sind dort schon zu Stande gekommen, welche dem Versicherten ein Kapital von 1000 Frcs. bei Erreichung des 60. Lebensjahres bezw. der Familie bei seinem Tode sichern. Vorläufig gewähren die genannten Herren den Arbeitern, welche sich zur Versicherung entschließen, allerdings noch einen Zuschuß bis zur Hälfte der Prämie, man hofft indessen, daß es, sobald die Vortheile der Lebensversicherung seitens der Arbeiter einmal allgemein erkannt sind, dieses Zuschusses nicht mehr bedürfen wird.

Diesem Vorgehen, welches sich fern hält von allen sozialistischen Spekulationen und die drängendsten Mißstände auf rein praktischem Wege zu beseitigen strebt, ist sicher in den industriellen Kreisen Deutschlands die breiteste Nachfolge zu wünschen. Mit Genugthuung begrüßen wir es insbesondere, daß bei allen diesen Projekten von einem Versicherungszwang nicht die Rede ist, daß man vielmehr an die Einsicht der Arbeiter appellirt

und dieselben durch freiwillige Unterstützungen zur Bethätigung ihres Sparsinns in der Lebensversicherung bewegen will. Solchergestalt wird nicht nur der unmittelbare Zweck der Versicherung, die Sicherstellung des Arbeiters und seiner Familie gegen spätere Erwerbslosigkeit erreicht, sondern der Arbeiter selbst auch moralisch gebessert und gefördert.

Bei aller Anerkennung, welche diese Bestrebungen wohlmeinender Arbeitgeber sonach verdienen, möchten wir aber doch darauf aufmerksam machen, daß ein dauernder Erfolg derselben nur gesichert erscheint, wenn die Unternehmer die Grundlagen der Lebensversicherung richtig erkennen und ihre Versicherungs-Vereine auf breitester Basis, wenn nicht anders, dann in Anlehnung an bestehende Lebensversicherungs-Gesellschaften errichten. Die ganze so segensreiche Institution der Lebensversicherung, insbesondere die Berechnung der Prämien und die Bemessung der entsprechenden Versicherungssummen gründet sich nämlich auf das Gesetz der großen Zahlen. Das heißt darauf, daß die Sterblichkeit der Versicherten sich in denjenigen Grenzen bewegt, welche durch hundertjährige Erfahrung für eine große Anzahl Lebender als maßgebend ermittelt worden sind. Diese Grenzen gelten aber nicht für jede beliebige geringe Anzahl Versicherter, denn einmal entspricht hier die Zusammensetzung des Versicherungsbestandes nach Alter, Gesundheitszustand &c. der Versicherten gewöhnlich nicht den für die Prämienberechnung grundlegenden größeren Verhältnissen und andererseits vermögen die in ihrer Stärke zeitlich und lokal variirenden Sterblichkeitsursachen sich innerhalb eines kleinen Kreises von Versicherten nicht auszugleichen.

Wenn wir dies durch ein Beispiel verdeutlicheu sollen, so wäre die Versicherungs-Gemeinschaft der Arbeiter auf den Krupp'schen Werken der Gefahr ausgesetzt, ihre Versicherungsfonds gleich in den ersten Jahren völlig einzubüßen, wenn etwa die Altersverhältnisse der an der Versicherung sich betheiligenden Arbeiter ungünstige wären, oder wenn eine Epidemie wie Typhus, Cholera und dergleichen die Essener Gegend ergriffe. In einem solchen Falle wären die Ersparnisse der Arbeiter mit

einem Male verloren und man müßte von Neuem anfangen, die Arbeiter-Versicherung würde discreditirt, die ganze Bewegung ins Stocken gerathen.

Um dies zu vermeiden, glauben wir den Anschluß der Arbeiterversicherungs-Vereine an bestehende solide Lebensversicherungs-Anstalten auf das Dringendste anempfehlen zu sollen, da diese in Folge zeitlicher und lokaler Vertheilung des Risikos bei einem großen Versicherungsbestande in der Lage sind, allen derartigen Gefahren zu trotzen. Die Nothwendigkeit dieses Anschlusses wird am ehesten einleuchten, wenn wir bemerken, daß selbst der für die Krupp'schen Werke in Aussicht genommene Versicherungs-Verein im Laufe der Zeit wohl nicht mehr als 3—4000 Arbeiter zur Versicherung heranziehen wird, wogegen eine deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft von mittlerem Umfange schon 20—30 000 Versicherte zählt.

Englands Export in Eisen- und Stahlschienen.

Die dominirende Stellung der englischen Eisenindustrie tritt außer in der Roheisenproduktion insbesondere auf dem Schienenmarkte hervor. Während Deutschland in gewissen Eisenfabrikaten, wie Stabeisen, Draht und anderen mit England hinsichtlich der Produktion wie des Absatzes auf einer Stufe steht, ist die englische Schienenproduktion und der englische Schienenexport ein bei weitem größerer als der deutsche und in Folge dessen auch der englische Schienenmarkt von maßgebenden Einfluß auf die Gesammtlage der Schienenfabrikation. Für die deutschen Schienenwerke ist es deshalb von Interesse, die Absatzverhältnisse der englischen Concurrenz näher zu verfolgen und dies veranlaßt uns, nachstehend die wichtigsten Exportziffern Englands für Eisen- und Stahlschienen pro I. Semester 1882 zusammen zu stellen.

Der Gesammtexport Englands an Schienen belief sich im I. Semester 1882 auf 2,585,939 Lstr, gegen 1881 eine Zunahme von 330,000 Lstr. Von diesem Gesammtexport entfallen auf Eisenschienen jetzt nur noch 209,952

Lstr., das sind 229,000 Lstr. weniger als im Vorjahre, auf Stahlschienen dagegen 2,375,987 Lstr.; die Stahlschiene hat also definitiv die Alleinherrschaft angetreten. Verfolgen wir den Export nach den wichtigeren Ländern, so wurden ausgeführt in Tonnen nach:

	1880.	1881.	1882.
Rußland	726	5977	2497
Schweden-Norwegen .	994	1523*	4741
Deutschland	161	64	20
Spanien	3635	4534	4895
Italien	7953	13060	32632
Verein. Staaten . .	126578	157831	121801
Brasilien	8689	19274	23023
Chili	361	295	2568
Brittisch-Nordamerika	34171	43746	32440
Indien	64931	23513	55755
Australien	40131	38348	36550
Andere Länder . . .	29010	32649	74493

Der bedeutendste Abnehmer sowohl von Eisen- als Stahlschienen sind hiernach immer noch die Vereinigten Staaten, obwohl dort die Schienenfabrikation in den letzten Jahren auch bedeutende Fortschritte gemacht hat. Nächstdem bieten der englischen Schienenindustrie die Kolonien, Spanien und Brasilien den bedeutendsten Markt; während in ersteren jedoch England eine nahezu monopolistische Stellung einnimmt, ist es der deutschen Eisenindustrie gelungen in Spanien und Brasilien mit England in recht wirksame Concurrenz zu treten. — Ein bemerkenswerthes Zeichen, daß England in der Stahlschienenfabrikation unausgesetzt fortschreitet, dürfte darin zu erblicken sein, daß trotz der größeren Nachfrage der Werth der exportirten Schienen von Jahr zu Jahr sich vermindert. Es stellte sich nämlich der durchschnittliche Werth einer Tonne Stahlschienen im Export 1880 auf 7,30, 1881 auf 6,79 und in diesem Jahre auf 6,64 Lstr.

Export und Schutzzoll.

Eine jüngst erschienene Schrift des Prof. Erwin Nasse in Bonn, betitelt: „Der Cobdenklub und die deutsche Waarenausfuhr" zieht aus der Thatsache des bedeutenden Exportes, den Deutschland insbesondere an Rohprodukten und Halbfabrikaten besitzt, den Schluß, „daß wir alle Ursachen hätten, die Cobden'sche Freihandelslehre in der ganzen Welt zu verbreiten." Darüber herrscht natürlich große Freude im Lager unserer Manchestermänner, welche sich an jeden Strohhalm klammern, um dem Schutzzollsysteme damit einen Hieb zu geben. Uns dagegen will es vorkommen, daß aus dieser Thatsache unseres großen Exportes an Rohstoffen und Halbfabrikaten viel eher das Schutzzollsystem, als der Freihandel für Deutschland zu rechtfertigen sei. Diese unsere Ausfuhr ist ein wirthschaftlicher Mißstand, welcher besser heute als morgen dadurch aufhören sollte, daß wir unsere einheimischen Rohprodukte möglichst selbst verbrauchen, und zu fertigen Fabrikaten verarbeiten, in welchem Falle es gar nicht mehr nöthig sein würde uns um die Erhaltung und Schaffung von Absatzgebieten für den derartigen Export in fremden Ländern umzusehen. Frankreich und England, für uns gewiß die Musterstaaten, denen wir in der wirthschaftlichen Entwicklung nachzustreben haben, besitzen im Verhältnisse zu uns soviel wie keine Ausfuhr an einheimischen Rohprodukten und Halbfabrikaten, weil ihre hochentwickelte Industrie die letzteren selbst verbraucht zum größten Vortheile für die einheimische Bodenproduktion, welche auf diese Weise für alle ihre Erzeugnisse die höchsten Preise und den gesicherten Absatz im Lande selbst findet. Eben auf diesem Selbstverbrauche seiner eigenen und der Verarbeitung fremdländischer Rohprodukte und Halbfabrikate durch seine Industrie beruht die wirthschaftliche Größe sowohl Englands als Frankreichs, welche Länder nicht daran denken, für ihre eigenen Bodenerzeugnisse nach Absatz im Auslande zu begehren, und vernünftig genug sind, lieber die Selbstverarbeitung derselben anzustreben, weil sie längst gelernt haben einzusehen, daß sie sich dabei besser befinden. Frankreich hat letzteres

erreicht durch sein von jeher festgehaltenes nationales Schutzzollsystem, England aber durch seine in wesentlich gleicher Weise wirkenden Schiffahrtgesetze in Verbindung mit dem Ausbeutungssysteme seines über die ganze Erde ausgedehnten Kolonialbesitzes. Deutschlands Aufgabe ist es, das gleiche Ziel zu erreichen, leider daß wir dabei so spät kommen, aber noch immer nicht zu spät. Den Aufschwung zum Selbstverbrauche und zur Selbstverarbeitung unserer Erzeugnisse an Rohprodukten und Halbfabrikaten kann uns aber nur ein zweckentsprechendes Schutzzollsystem bringen, und also haben wir dieses, nicht den Freihandel anzustreben und festzuhalten, welcher letztere uns allerdings Absatz unserer Bodenprodukte im Auslande schaffen, dafür aber auch die Ueberschwemmung des einheimischen Marktes mit fremdländischen Fabrikaten, und den Ruin der eigenen Industrie bringen, oder bestenfalls doch die Weiterentwicklung derselben hindern würde.

Unseres Wissens und Erkennens bezieht sich die Freihandelslehre des Cobdenklubs auch nur auf den Export der englischen F a b r i k a t e, denen der Absatz in den industriell weniger entwickelten Ländern erhalten und erweitert werden soll. Ueber die Berechtigung dieser Freihandelslehre für Englands heutige wirthschaftliche Verhältnisse giebt es auch gar keinen Streit. England hat nicht nur ein Interesse den Freihandel zu predigen, sondern die Verwirklichung der vom Cobdenklub verbreiteten Freihandelstheorie ist für dasselbe geradezu eine Nothwendigkeit. Denn im Besitze des Welthandels, des entwickeltsten Maschinenwesens, der größten Kapitalskraft und einer überwiegenden Arbeiterbevölkerung ist England darauf angewiesen, zur ausreichenden Beschäftigung seines Handels, seiner Maschinen, seiner Kapitals- und Arbeiterkraft sowohl von überall her und möglichst billig Rohstoff einzuführen, als auch sich immer neue Absatzmärkte für den sich mehrenden Ueberschuß seiner Fabrikate zu erschließen, daher also auf die Abschaffung der Zollschranken in allen Ländern hinzuarbeiten, welche ihm die Ausfuhr der Rohprodukte und Einfuhr der Fabrikate erschweren und vertheuern.

Englische Nationalökonomen, welche den Freihandel

gepredigt hatten zum Zwecke, um einem Exporte englischer Rohprodukte oder Halbfabrikate freie Bahn zu schaffen, giebt es jedoch nicht; solche finden sich überhaupt nur in Deutschland. Die Lehre aller englischen nnd französischen Nationalökonomen, aus deren Schriften seit einem halben Jahrhunderte unsere deutschen Professoren ihre Weisheit samt und sonders geschöpft haben, lautet allerdings nach Freiheit des Verkehrs, aber nur des Verkehrs im eigenen Lande, und sie fordern die Befreiung der Arbeitskraft von allen Hindernissen und Beschränkungen ihrer Bewegung, weil der wahre Fortschritt jeder Nation in der Arbeit und speciell in der möglichst selbsteigenen Verarbeitung der inländischen Rohprodukte liege. Zur Sicherstellung dieses letzteren begehrten diese praktische Gelehrten für das eigene Land den Schutzzoll, ja sie schreckten selbst vor der Rechtfertigung von Prohibitionen nicht zurück, sobald es sich darum handelte, einen bestimmten Industriezweig, resp. die Selbstverarbeitung einheimischer oder fremdländischer Rohprodukte gegen die Ueberlegenheit einer anderen Nation zu erhalten, oder zur Entwicklung zu bringen. Und noch heute hat England, obwohl schon längst auf dem Punkte, seine gesammte Einfuhr von fremdländischen Produkten mit einheimischen Fabrikaten zu bezahlen und von letzteren noch einen bedeutenden Ueberschuß zu exportiren, seine Zollschranken, nicht etwa bloß seiner Finanzzölle wegen, sondern auch zum Zwecke des Schutzes jener wenigen Induſtriezweige, welche ihm einer solchen wider die ausländische Concurrenz bedürftig erscheinen. Erst dann wenn wir in Deutschlaud ebenfalls dahin gekommen sein werden, wo England bereits steht, wenn wir keine Roh- und Halbprodukte mehr exportiren, sondern unsere einheimische Bodenproduktion selbst verarbeiten, und überwiegend nicht bloß dem Werthe, sondern auch dem Gewichte nach, Fabrikate auszuführen haben, erst dann haben auch wir Ursache, die Freihandelslehre Cobdens für den Waarenexport sowohl selbst anzunehmen, als in der übrigen Welt zu verbreiten.

Nun werden die Freihändler allerdings sagen, es handle sich ja nicht bloß um unseren Export an Roh- und Halbprodukten, sondern auch um jenen unserer fer-

tigen Fabrikate, welcher unter den Folgen des Schutzzoll-systemes nothwendig zurückgehen müßte. Daß letzteres aber gleichzeitig das Zurückgehen unserer Industrie, und zwar gerade der wichtigsten Zweige derselben, z. B. der Eisen- und Textil-Industrie u. s. w., bedeuten würde, könne doch nicht bezweifelt werden. Der Schutzzoll vermindere die Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten, weil er die inländischen Produktionskosten vertheuere; er vermindere ferner die fremdländische Einfuhr, was die Verminderung des Exportes nothwendig nach sich ziehen müsse, weil das Ausland nur so viel an Waarenwerthen von uns kauft, als es uns entgegen mit seinen Waarenwerthen wieder bezahlen kann; der Schutzzoll verschließt uns endlich geradezu die fremdländischen Märkte, indem das Ausland zu Retorsionsmaßregeln greift, und seine Grenzen unserer Einfuhr gerade so verschließt, wie wir es ihm gegenüber zu thun für gut finden.

Dagegen ist nun zu erwiedern, daß die vorstehenden Behauptungen theoretisch sich ganz gut ausnehmen, daß ihre Richtigkeit vor der Praxis jedoch nicht Stich hält. Es ist nicht wahr, daß der Schutzzoll immer die Produktionskosten erhöht und die Konkurrenzfähigkeit der geschützten Industriezweige auf dem Auslandsmarkt vermindert. Beweis dessen aus den vielen Industrieartikeln gerade die wichtigsten: Eisen und Wolle. Es wird Niemand bestreiten können, daß diese Industriezweige sich seit dem Bestande des Zollvereins bis auf die Zeit des deutsch-französischen Handelsvertrages hoher Schutzzölle erfreuten. Nichtsdestoweniger sind die Produktionskosten und Verkaufspreise der Eisen- und Wollenwaaren in der gleichen Zeit stetig — vorübergehende Schwankungen in Folge außerordentlicher Geschäftskonjunkturen abgerechnet — herabgegangen.

Ein weiteres schlagendes Beispiel, daß entgegen der Theorie der Schutzzoll die Produktionskosten nicht vertheuert und die Exportfähigkeit in den geschützten Artikeln nicht vermindert, liefert unsere Zucker-Industrie. Nicht nur, daß sie sich allein nur durch den ihr gewährten Zollschutz entwickelt und zu ihrer heutigen Blüthe erhoben hat, so kaufen wir heute das Pfund Zucker um

ca. 40 Pfennige, welches zur Zeit der Continentalsperre noch 3 Mark kostete.

Die Erklärung dieses Widerspruches zwischen Theorie und Praxis liegt darin, daß von den Freihändlern die Wirkungen der einheimischen Konkurrenz übersehen worden, welche sich unter dem Schutzzollsystem auch in den geschützten Artikeln und gerade in diesen entwickelt.

Ebenso ist es eine durch die Praxis widerlegte Theorie, daß Export und Import von ihren gegenseitigen Größenverhältnissen abhängig sind und daß, weil unter dem Schutzzollsysteme der Waarenimport sich verringere, auch der Waarenexport zurückgehen müsse. Nirgends hat das Schutzzollsystem, und speziell auch in Deutschland nicht, den Waarenexport vermindert, wie die zunehmende Größe unseres Ausfuhrhandels beweist, und zwar erklärt sich dieses dadurch, weil Import und Export in Wahrheit von der Kauf- und Produktionskraft der Völker bestimmt werden, welche letztere gerade unter dem Schutzzollsysteme sich in immer höherem Maße entwickelt.

Die Freiheit an und für sich, zu kaufen und zu verkaufen, wo es am billigsten und vortheilhaftesten ist, von welcher die Freihändler so viel reden, ist werthlos, wenn die Kaufkraft auch fürs Billige fehlt, und die Produkte, welche ins Ausland verkäuflich wären, nicht erzeugt werden. Diese Kaufkraft erwerben und vermehren sich nur die Industrievölker, welche ihre und fremde Rohprodukte verarbeiten, während die Agrikultur-Völker in ihrer Kaufkraft immer mehr zurückgehen, bis sie am Ende auch Nichts mehr zu verkaufen haben. Nicht die Quantität, sondern die Qualität des Exportes bestimmt die Größe des Importes und umgekehrt Industrievölker importiren auch unter dem Schutzzollsysteme nothwendig vom Auslande, und zwar im Verhältnisse ihrer steigenden Wohlfahrt immer mehr an Rohprodukten und Luxusartikeln, welche sie, ihren nothwendigen Bedürfnissen folgend, benöthigen, aber nicht selbst erzeugen. Denn der Schutzzoll verhindert ja nicht den Import fremdländischer Artikel, er verhindert nur die Verdrängung der einheimischen Industrie vom Inlandsmarkte durch eine über-

mäßige Auslandskonkurrenz. Demnach steigert ein richtiges Schutzzollsystem durch seine günstige Wirkung auf die Kaufkraft des Volkes den Waarenimport, und wenn wirklich die Größe des Exportes lediglich von der Größe des Importes abhinge, wie die Freihändler behaupten, so würde auch nach dieser Theorie der Schutzzoll wohl die Vermehrung, nicht die Verminderung des Exportes bewirken.

Die dem deutschen Exporte durch Retorsions-Zölle der Nachbarstaaten, insbesondere Oesterreichs und Rußlands drohenden Gefahren sollen nicht verkannt werden; allein dieselben werden am Ende von den Freihändlern doch auch schlimmer gemalt, als sie wirklich bestehen. Denn es bleibt trotz aller fortschreitenden Gleichheit des Culturlebens selbst unter den europäischen Völkern doch noch immer eine solche Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit eigenartiger Bedürfnisse und der diesen folgenden Produktionsfähigkeit, daß immer das Eine auf das Andere für die Befriedigung des ihm Nothwendigen, also auf den gegenseitigen Güteraustausch angewiesen bleibt. In letzter Reihe ist aber immer diese gegenseitige Bedürftigkeit auch für die Ordnung der Zollverhältnisse entscheidend, und es bricht sich auch die Erkenntniß immer mehr Bahn, daß ein Staat, welcher sein Zollsystem ohne Rücksicht auf letztere ordnen wollte, sich selber mehr als dem Gegner Schaden zufügen würde. Letztere Erkenntniß wird wohl auch die Ursache sein, warum unsere seiner Zeit in Sicht gestellten Kampfzölle bis jetzt auf dem Papiere stehen geblieben sind. Alles, auch der Schutzzoll, hat seine Grenzen, und alles Uebermaß wird schädlich.

Kaufmännische Gesandtschaftsattachés.

Der württembergische Verein für Handelsgeographie in Stuttgart hat kürzlich an den Berliner Centralverein ein Schreiben gerichtet, in welchem die Nothwendigkeit betont wird, unserer Pariser Botschaft einen kaufmännisch gebildeten und sprachkundigen Fachmann zur Pflege und Erweiterung unserer Handelsbeziehungen zu Frankreich

und den überseeischen Ländern zu attachiren. Der Vorsitzende der Exportabtheilung des Stuttgarter Vereins hatte sich nämlich im vorigen Jahre nach Paris begeben, um für verschiedene Artikel der württembergischen Textilindustrie neue Absatzwege anzubahnen und mußte bei dieser Gelegenheit die Wahrnehmung machen, daß es an jenem für den deutschen Export hochwichtigen Platze an einer ausreichenden offiziellen Vertretung der commerziellen Interessen Deutschland eigentlich gänzlich gebricht, da in Paris ein deutsches Consulat nicht besteht und das diplomatische Personal der Botschaft für die Vertretung rein commerzieller Interessen nicht recht geeignet erscheint. Dieser Mangel ist um so auffälliger, als Paris nicht allein den Handels- und Consumtions-Mittelpunkt von ganz Frankreich bildet, sondern sich in dieser Stadt alljährlich auch zahlreiche Exporteure zusammenfinden, welche die Einkäufe für Länder und Städte aller Welttheile besorgen.

Der Gewährsmann des Stuttgarter Vereins hat aus diesem Anlaß dem deutschen Botschafter in Paris, Fürsten Hohenlohe, s. Z. ein Memorandum überreicht, in welchem die Anstellung eines Attachés für Handel und Industrie bei der dortigen Botschaft empfohlen wird und der Stuttgarter Verein selbst verfolgt nun die Sache weiter, indem er den Berliner Centralverein ersucht, bei dem Herrn Reichskanzler die baldige Creirung der betreffenden Stelle in Anregung zu bringen. Man denkt sich in Stuttgart die Thätigkeit dieses Attachés in der Weise, daß derselbe der General-Agent des deutschen Export-Handels nach und über Frankreich sein müßte, ohne selbst Geschäfte abzuschließen und ohne sich mit anderen Auskünften zu befassen, als solchen, welche zur Herbeiführung von Handelsverbindungen zwischen dem deutschen Fabrikanten oder Exporteur und dem Käufer dienen. Derselbe müßte Kaufmann sein, hinlängliche Sprachkenntnisse besitzen und mit den Personen- und Platzverhältnissen gut vertraut sein. Er wäre auszurüsten mit genauen Adressen der deutschen Fabrikanten, mit Zeichnungen oder Mustern ihrer Fabrikate und mit Angabe ihrer Leistungsfähigkeit; er muß, falls für den Verkauf eines Artikels ein Agent in

Paris bereits aufgestellt ist, denselben kennen und ihn einem etwaigen Käufer bezeichnen, oder er hat es zu übernehmen, dem deutschen Fabrikanten eine kurze Mittheilung zu machen, daß sich dieser oder jener Einkäufer für ein Fabrikat interessire und ihm dessen Adresse zur Einleitung weiterer Korrespondenz aufzugeben. Außerdem würde dieser Attaché sich mit der Handelspolitik, mit Zoll- und Tarif-Angelegenheiten zu beschäftigen und der Botschaft in diesen Dingen als Rathgeber zur Seite zu stehen haben.

Wir würdigen vollkommen das praktische Gewicht dieses Antrages und sind der Meinung, daß eine Persönlichkeit mit dem vorbezeichneten Wirkungskreise sich der heimischen Exportindustrie allerdings sehr nützlich erweisen würde, halten die für dieselbe in Aussicht genommene Geschäftsthätigkeit aber doch für zu privater Natur, als daß man einen öffentlichen Beamten damit betrauen könnte. Unseres Erachtens würde besser die Industrie selbst sich zur Aufstellung eines Waarenmusterlagers in Paris vereinigen und mit der Leitung desselben und der Anknüpfung von Geschäftsverbindungen eine geeignete private Persönlichkeit betrauen. Gerade das Vorgehen Stuttgarts mit seinem Exportmusterlager legt uns diese Idee nahe und wir vermögen nicht abzusehen, warum was in Stuttgart für praktisch gehalten wird, sich auf einem so bedeutenden Exportplatz, wie Paris, nicht bewähren sollte. Möge die württembergische Industrie also ein gleiches Musterlager wie in Stuttgart auch in Paris errichten, wir zweifeln nicht, daß damit der beabsichtigte Zweck ziemlich vollständig erreicht werden wird.

Im Uebrigen scheint uns weiter die Errichtung eines Berufskonsulats in Paris und in zahlreichen anderen Handelsplätzen allerdings ein dringendes Bedürfniß und zwar möchten wir in dieser Beziehung wünschen, daß bei der Anstellung von Berufskonsuln auf die kaufmännische und geschäftliche Bildung und Gewandtheit derselben ein besonderes Gewicht gelegt würde. Berufskonsuln, welche in dieser Richtung tüchtig vorgebildet sind, werden der heimischen Industrie in ihren Exportbestrebungen überall die wichtigsten Dienste leisten können.

Zur Einführung eines Kohlenzolles.

Freihändlerische Blätter melden, daß in jüngster Zeit von Bergwerksbesitzern des Saarbrücker Reviers an maßgebender Stelle Schritte zur Erlangung eines Eingangszolles auf Kohlen gethan worden sein sollen, mit dessen Hilfe man die reichen an der Nord- und Ostsee gelegenen Consumtionsgebiete der deutschen Kohle gewinnen will. Wir sind nicht darüber informirt, in wie weit diese Nachricht begründet ist und möchten die Richtigkeit derselben auch vor der Hand noch bezweifeln, denn gerade die Saarbrücker Kohlenproduzenten sind an der Okkupation der Nord- und Ostsee-Provinzen wohl am wenigsten interessirt, da für jene Gegenden als Konkurrenz gegen England doch viel mehr die näher gelegene westfälische und die oberschlesische als die Saarbrücker Kohle in Betracht kommen wird. Außerdem hat sich für die Saarbrücker Kohle erst neuerdings ein nicht zu unterschätzender Absatzweg nach Italien durch den St. Gotthard eröffnet und wir sind der Meinung, daß man zunächst wohl alle Anstrengungen darauf richten wird, diese Verkehrsstraße mit Hilfe billiger Frachten nach Möglichkeit auszunutzen.

Wie dem aber auch sei, so halten wir und mit uns wohl der größte Theil der Kohlen-Industriellen die Einführung eines Kohlenzolles im gegenwärtigen Augenblicke weder für drängend, noch für opportun, da unsere Kohlen-Industrie sich gegenwärtig keineswegs in gedrückten Verhältnissen befindet, die das Verlangen nach einem Kohlenzoll rechtfertigen könnten und die Bedenken, welche gegen eine Vertheuerung des Brennmaterials in unseren industriebedürftigen nördlichen Landstrichen sprechen, in unverminderter Stärke bestehen. Ein Kohlenzoll, der die englische Kohle aus Hamburg, Bremen, Stettin oder Danzig vertreiben sollte, würde der Industrie jener Gegenden große Opfer auferlegen, während es in jeder Rücksicht geboten erscheint, dieselbe durch Zuführung möglichst billigen Brennmaterials nach Kräften zu unterstützen.

Es scheint uns überhaupt ein Irrthum, wenn von einem Kohlenzoll große Erfolge für unseren nordöst-

lichen Kohlenverkehr erwartet werden. Was der deutschen Kohlenindustrie mehr noth thut als dieser Zoll, das ist die möglichste Verbilligung der Eisenbahn- und Wasserfrachten nach den fraglichen Gegenden, da die Frage des Kohlenabsatzes lediglich eine Frachtfrage ist, wie die englische Kohle an der deutschen Nord- und Ostseeküste ja auch nur wegen der billigeren Seefracht dominirt. Unsere Kohlenindustriellen wissen dies übrigens längst und sind deshalb in Oberschlesien wie am Rhein und in Westfalen weniger mit der Forderung nach einem Kohlenzoll, dagegen recht oft mit Anträgen auf Frachtermäßigungen hervorgetreten, haben für dieselben auch glücklicherweise bei den maßgebenden Instanzen, insbesondere bei Herrn Minister Maybach, ein freundliches Entgegenkommen gefunden, wie dies der westfälische Kohlenausfuhrverein und die oberschlesischen Kohlenwerke noch in jüngster Zeit erfahren haben.

Die deutsche Kohle hat übrigens in unseren wichtigeren Hafenplätzen Dank der gewährten Verkehrserleichterungen schon ziemlich festen Fuß gefaßt. Unser Kohlenexport allein nach Hamburg und Bremen belief sich im I. Semester dieses Jahres auf 267 000 Tonnen, während wir in derselben Zeit von England direkt und über Bremen-Hamburg etwa 620 000 Tonnen eingeführt haben, die sich auf den ganzen Nordosten Deutschlands vertheilen. Es wäre allerdings recht wünschenswerth, wenn auch diese Mengen allmählich durch deutsche Kohlen verdrängt würden, dies wird sich aber erst mit der Eröffnung der neuen Wasserwege, Rhein-Ems-Kanal 2c. erreichen lassen, mit deren Herstellung deshalb allerehestens begonnen werden sollte.

Die englische Eisenausfuhr im I. Halbjahr 1882 und Deutschlands Einfuhr.

Während in Frankreich nun schon seit Jahrhunderten hinsichtlich der gewerblichen Technik und des kunstgewerblichen Sinnes jene unausgesetzte Sorgfalt besteht, welche selbst während der Revolutionsperioden niemals eine ernstliche Störung erlitten hat, ist England eine der-

artige traditionelle Pflege der gewerblichen Interessen vollständig fremd. Die englische Handelspolitik war stets nur und ist nicht minder auch heute noch eine so absolut egoistische, wie wir dies bei keinem andern Staate auch nur annähernd wahrzunehmen vermögen und dies am allerwenigsten für die unsrige Handelspolitik befürworten möchten. Dazu kommt andererseits, daß die insulare Lage des Landes, sowie die günstige Wirkung sonstiger Verhältnisse in die englische Produktion eine Concentration, Gleichmäßigkeit und stetige Entwicklung gebracht haben, daß die Konkurrenz der übrigen Staaten weit dagegen zurückbleibt.

Die Eisenausfuhr Englands im ersten Halbjahre des gegenwärtigen Jahres bestätigt diese Thatsache von Neuem. Wenn man dieselbe denjenigen in den entsprechenden Zeiträumen der letzten fünf Jahre gegenüberstellt, so ergiebt sich, daß das Jahr 1882 die große Ausfuhr des Jahres 1880 bis auf wenige Tons wieder erreicht hat, nachdem im Jahre 1881 ein nicht geringer Rückgang darin eingetreten war. Es belief sich nämlich Englands Eisenexport

im ersten Halbjahr	1878	auf	1 127 698	Tons
"	1879	"	1 213 630	"
"	1880	"	2 095 000	"
"	1881	"	1 728 200	"
"	1882	"	2 094 840	"

Hiernach ist die englische Eisenausfuhr im I. Halbjahr 1882 um 17,5 pCt. größer gewesen als in derselben Zeit des Vorjahres und um 46,2 pCt. größer, als diejenige im I. Halbjahr 1878. Der Juni-Export von Eisen aus England ist im gegenwärtigen Jahre der größte gewesen, welcher bis jetzt für diesen Monat überhaupt zu verzeichnen war; derselbe überragt denjenigen des Vorjahres um 4,2 pCt. und den des Jahres 1878 um 44,2 pCt., wie man dies aus folgenden Ziffern ersieht.

Im Juni wurde an Eisen aus England ausgeführt:

1878 . . .	211 000	Tons
1879 . . .	194 628	"
1880 . . .	361 865	"
1881 . . .	362 260	"
1882 . . .	378 210	"

Will man nun die Eisenausfuhr Englands nach Deutschland ins Auge fassen, so hat man, da erfahrungsmäßig viel Eisen aus England nach Deutschland durch die Vermittelung Hollands exportirt wird, die Ausfuhr Englands nach Holland mit einzuschließen; es zeigt sich dann, daß die englische Eisenausfuhr nach Deutschland und Holland sich im I. Halbjahr 1882 um 41,2 pCt. gegen diejenige in derselben Zeit des Vorjahres gehoben hat, indem sie von 232 510 Tons im I. Halbjahr 1881 auf 328 260 Tons im selben Zeitabschnitt dieses Jahres gestiegen ist. Hierbei hat der Roheisenexport von 209 370 Tons im Jahre 1881 auf 287 770 Tons im Jahre 1882, also um 3,7 pCt. zugenommen, während der Export von Eisenbahnschienen nach Deutschland und Holland von nur 227 Tons im Jahre 1881 auf 7569 Tons im Jahre 1882 gestiegen ist.

Ebenso wie der englische Eisenexport nach Deutschland im gegenwärtigen Jahre einen gewaltigen Aufschwung genommen hat, ist dies mit demjenigen nach dem wichtigsten Exportland Englands, den Vereinigten Staaten von Amerika, der Fall gewesen. Der Eisenexport hierher ist von 331 066 Tons im I Halbjahre 1880 auf 532 277 Tons in derselben Zeit 1881 und auf 645 130 Tons in derselben Zeit 1882, also 1880/81 um 60,8 pCt. und 1881/82 um 21,2 pCt. gestiegen. Diese starke Zunahme beruht namentlich auf dem Roheisenexport, wogegen die Schienenausfuhr wesentlich nachgelassen hat.

Man sieht, wie England es fortgesetzt mit großem Erfolge versteht, seine alten Absatzgebiete sich zu erhalten. Dazu besitzt die englische Eisenindustrie den großen Vortheil vor der unsrigen, daß der größte Theil ihres Exportes nach den zahlreichen und ausgedehnten Kolonien geht, wo sie noch immer eine Art von Monopol genießt. Im Ganzen trägt sie dadurch auch verhältnißmäßig größeren Gewinn davon als ihre deutsche Rivalin, welche immer noch vornehmlich nur auf die durch eine starke Konkurrenz beeinflußten kontinentalen Märkte angewiesen ist. Es fehlen unserer Industrie eben vor Allem koloniale Absatzquellen, und ehe sie diese nicht besitzt, wird sie wohl noch lange Zeit mit ihrer bescheidenen Rolle England gegenüber sich begnügen müssen.

Die Konkurrenz der Vereinigten Staaten und die Berliner Ausfuhr.

In Folge der seitens der Vereinigten Staaten von Jahr zu Jahr heftiger drohenden Konkurrenz richten sich die Blicke aller Interessenten immer sorgenvoller nach jenen reichen transatlantischen Produktions-Gebieten, welche, durch die Technik und die Transportmittel der Neuzeit begünstigt, mit den Kulturstaaten der alten Welt in einen ernstlichen Wettbewerb getreten sind. Voll gerechtfertigt erscheint die Befürchtung vor dieser Konkurrenz, wenn man die schnelle Steigerung des Handelsverkehrs Nordamerikas, sowie die schnelle Zunahme in der Ausbeutung seiner reichen Naturprodukte berücksichtigt. Die außerordentlich reichen Getreideernten haben dieselben offenkundig bereits in die günstige Lage versetzt, für viele Staaten Europas die Kornkammern zu bilden, wodurch die bisherigen Absatzverhältnisse dieser nicht wenig beeinflußt worden sind.

Der Werth der exportirten inländischen Waaren der Vereinigten Staaten ist von 376,616,473 Dollar im Fiskaljahr 1879/80 auf 883 925,947 Dollar im Fiskaljahr 1880/81 gestiegen, das ergiebt eine Zunahme von 135 pCt., während der Werth aller dahin eingeführten Waaren in derselben Zeit nur um 47 pCt., nämlich von 435,958,408 Dollar auf 642 664,621 Dollar gestiegen ist. In jedem Fiskaljahr von 1861/62 an bis einschließlich 1878/79 hat Amerikas Ausfuhr von Metallgeld die Einfuhr desselben übertroffen, in den beiden letzten Fiskaljahren 1879/80 und 1880/81 ist dagegen das umgekehrte Verhältniß eingetreten; im ersteren Jahre übertraf nämlich die Einfuhr von Münzen und Barren die Ausfuhr derselben um 75,891,391 Dollar und im Fiskaljahr 1880/81 ist dieser Ueberschuß weiter auf 91,168,650 Dollar gestiegen.

Es ist nun nicht zu verkennen, daß durch diese Verhältnisse andererseits auch der Handel der europäischen Staaten nach Amerika einen wichtigen Impuls erfahren hat, und wenn große Summen für die unentbehrlichen Produkte der reichen transatlantischen Länder von Europa aus über den Ocean gewandert sind, so ist doch

ein nicht unbedeutender Theil für solche Produkte der europäischen Staaten wieder dahin zurückgekehrt, welche jene Länder zu ihrer weiteren Entwicklung unbedingt nothwendig hatten, und dort nicht, oder aber nicht in genügender Quantität und Qualität hergestellt werden konnten.

Einen interessanten Einblick in die Betheiligung Deutschlands an dem internationalen Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten gewährt der neueste Jahresbericht der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin über Handel und Industrie im Jahre 1881, welcher kürzlich ausgegeben ist und die von dem Generalkonsul der Vereinigten Staaten zusammengestellten Zahlen über den Export Berlins nach den Vereinigten Staaten wiedergiebt. Es ist hieraus zunächst ein großer Aufschwung des Berliner Exports nach Nordamerika zu erkennen, welcher sich in den letzten 6 Jahren, 1876 bis 1881, um weit über das Doppelte gehoben hat, und 1881 gegen das Vorjahr weiter um 5 pCt. gestiegen ist. Die folgenden Ziffern mögen dies veranschaulichen.

Die Gesammtausfuhr Berlins nach den Vereinigten Staaten stellte sich in den Jahren 1876 bis 1881 wie folgt:

1876	7,648,509,10	Mark
1877	8,416,266,07	„
1878	8,553,496,84	„
1879	9,483,004,91	„
1880	15,427,940,78	„
1881	16,237,488,35	„

Wie sich namentlich Berlins Ausfuhr nach der nordamerikanischen Union in der zweiten Hälfte des Jahres 1881 gegen denselben Zeitraum des Vorjahres gehoben hat, erkennt man aus Folgendem:

Die Ausfuhr belief sich

	1880	1881
im 1. Halbjahr auf	6,675,214,78 Mk.	5.871,118,35 Mk.
„ 2. „ „	8,752,726,00 „	10,366,370,00 „

Auch im ersten Quartal des gegenwärtigen Jahres haben sich diese Versendungen Berlins nach den Vereinigten Staaten um fast die Hälfte derjenigen im

gleichen Zeitraum des Vorjahres vermehrt; die Ausfuhr stellte sich

im 1. Quartal 1881 auf 3,105,059,52 Mk.
„ 2. „ 1882 „ 4,304,285,65 „

Den höchsten Werth der Ausfuhr im 1. Quartal des gegenwärtigen Jahres zeigten Tuche mit 1,181,254,78 Mk., dann folgten Albums mit 405,692,55 Mk., Knöpfe mit 215.556,39 Mark, lederne Handschuhe mit 188,649,53 Mark, Papier-Fabrikate mit 184,909,27 Mark u. s. w.

Deutschlands auswärtiger Waarenverkehr im ersten Semester 1882.

Eine größere Anzahl von Handelskammern, namentlich solche, in deren Bezirk vorwiegend für den Export arbeitende Industrien vorhanden sind, hält auch in den neuesten Jahresberichten mit großer Hartnäckigkeit an dem Vorurtheil fest, daß die Tarifreform von 1879 schädigend auf die Exportfähigkeit unserer Industrie eingewirkt habe. Einmal seien durch den neuen Zolltarif die Bezüge ausländischer Rohstoffe und Halbfabrikate für die Exportindustrien vertheuert worden, letztere müßten jetzt also theurer produciren, und andererseits hätte unsere Handelspolitik die meisten anderen Länder zur Einführung höherer Zölle veranlaßt, unsere Exportindustrie habe also durch die deutsche Zollpolitik auch eine directe Verminderung ihres Absatzes im Auslande erfahren.

Es mag hier vorerst zugegeben werden, daß Fälle, in denen der neue Zolltarif die Bezüge ausländischer Halbfabrikate ein wenig vertheuert hat, hier und da vorgekommen sind, wie auch für den Export mancher Artikel die Handelspolitik des Auslandes nicht von Vortheil gewesen ist. Wir gestehen auch den Handelskammern das Recht zu, solche ungünstigen Einwirkungen unseres Tarifs zur Sprache zu bringen, nicht zulässig erscheint es uns aber, wenn diese vereinzelten Unbe-

quemlichkeiten als die alleinige oder auch nur wesentlichste Wirkung des neuen Zolltarifs hingestellt und daneben die unleugbar größeren Vortheile desselben für die Gesammtlage unserer Industrie mit Stillschweigen übergegangen werden. Vollends unzulässig ist es jedoch, aus der Klage irgend eines Industriellen allgemeine Schlüsse auf die Schädigung unserer Exportindustrien durch die neue Zollpolitik zu ziehen, um so mehr, als diese Schlüsse durch anderweitig bekannte Thatsachen in der denkbar deutlichsten Weise widerlegt werden.

Die fortgesetzten Lamentationen jener Handelskammern über Exportmangel und Exporteinschränkung nehmen sich zum Mindesten höchst sonderbar aus gegenüber der Thatsache, daß unser Export an Industrie-Artikeln im vorige- und in diesem Jahre eine so beträchtliche und so durchgängige Steigerung erfahren hat, wie nie zuvor. Aus den neuerdings veröffentlichten definitiven Handelsausweisen für das Jahr 1881 geht hervor, daß unsere Waaren-Ausfuhr im verflossenen Jahre um nahezu 100 Millionen Mark gegen das Vorjahr zugenommen hat und hauptsächlich sind es Ganzfabrikate, welche an dieser Exportsteigerung participiren. Im laufenden Jahre hat fast jeder Monat eine Vermehrung unserer Waaren-Ausfuhr in allen Industriezweigen gebracht und wenn wir jetzt für die ersten sechs Monate das Facit ziehen, so können wir konstatiren, daß die Ausfuhr durchgängig in allen Branchen eine Zunahme erfahren hat, welche sich hin und wieder auf 20 und mehr Prozent beläuft. Solchen Thatsachen gegenüber scheint es denn doch nicht angänglich, dem neuen Zolltarif immer wieder eine exporthindernde Wirkung zuzuschreiben und hinlänglich wird durch dieselben der Werth mancher Handelskammer-Berichte gekennzeichnet.

Wir wollen, um nicht eines parteilichen Optimismus in der Auffassung unserer Exportverhältnisse geziehen zu werden, aus den statistischen Nachweisen hier eine kurze Uebersicht der betreffenden Daten geben und überlassen es unseren Lesern, selbst sich darnach ein Urtheil zu bilden. Der Export bewegte sich im ersten Semester in nachstehenden Mengen:

Tonnen.	1881.	1882.	Zunahme.
Baumwollgarn . . .	5161	5759	+ 598
Baumwollwaaren . .	11 405	12 281	+ 876
Leinengarn	925	1131	+ 206
Leinenwaaren . . .	1820	1849	+ 29
Seidenwaaren . . .	1999	2436	+ 437
Wollengarn . . .	1859	2365	+ 506
Wollenwaaren . . .	9659	10 209	+ 550
Kautschuckwaaren . .	1046	1300	+ 254
Kleider, Wäsche . .	1920	2196	+ 276
Eisen und Stahl . .	456 300	439 100	— 17 200
Eisen- u. Stahlwaaren	67 276	72 121	+ 4845
Maschinen, Instrumente	31 294	45 775	+ 14 481
Kupferwaaren . . .	5273	6061	+ 788
Zink	32 035	34 721	+ 2686
Blei	23 021	18 090	— 4931
Chemicalien ꝛc. . .	111 200	129 550	+ 18 350
Glas und -Waaren .	29 837	32 570	+ 2733
Lederwaaren . . .	5695	6584	+ 889
Papierwaaren . . .	31 456	39 162	+ 7706
Thonwaaren . . .	13 207	13 837	+ 630
Holzwaaren . . .	17 400	18 435	+ 1035
Bier	57 365	63 128	+ 5763
Branntwein . . .	32 050	50 680	+ 18 630
Zucker	108 629	102 542	— 5087

Die Vertheilung der Stempelabgaben im Deutschen Reich.

In dem neuesten vom statistischen Amte herausgegebenen Monatsheft finden wir zum ersten Male auch detaillirte Angaben über das Aufkommen der neuen Stempelabgaben auf Werthpapiere, Schlußnoten, Rechnungen und Lotterieloose für das verflossene Etatsjahr. Diese Nachweise bieten insofern ein besonderes Interesse, als sie, wenn auch nur oberflächlich, erkennen lassen, in welchem Umfange sich das Börsen- und Waarengeschäft in den einzelnen Bezirken bewegt. Wir geben deshalb

nachstehend eine Zusammenstellung der wichtigsten Bezirke nach dem Betrage der von ihnen aufgebrachten Stempelabgaben. Es brachten auf:

	Mk.		Mk.
Berlin	1 872 824	Stettin	43 548
Frankfurt a. M.	603 787	Harburg	42 559
Hamburg	297 048	Königsberg	40 418
Köln	136 897	Karlsruhe	35 972
Leipzig	105 389	Metz	31 655
Dresden	102 821	Mülhausen	28 658
Breslau	100 999	Posen	27 709
Straßburg	68 846	Osnabrück	22 978
Hannover	58 246	Braunschweig	22 397
Bremen	56 297	Biebrich	20 839
Mannheim	55 647	Aachen	20 610
Kolmar	43 789	Mainz	20 162

Der stempelpflichtige kommerzielle Verkehr ist hiernach in Berlin ganz bedeutend größer als an irgend einem anderen Platze Deutschlands, Berlin bringt allein nahe an 40 Prozent aller Stempelabgaben auf. In einem weiten Abstande hiervon steht Frankfurt a. M., nächstdem Hamburg, welche beiden also als die wichtigsten Börsenplätze nächst Berlin bezeichnet werden können. Auf ziemlich derselbe Stufe stehen dann Köln, Breslau und merkwürdigerweise vor letzterem noch Dresden und Leipzig. Von den folgenden heben wir den vergleichsweise großen Stempelverkehr in Harburg, Osnabrück und Biebrich hervor, welche Plätze man im Allgemeinen für weniger bedeutend zu halten pflegt. Die wichtigsten bayerischen und württembergischen Plätze haben hier leider nicht berücksichtigt werden können, da die Angaben für die betreffenden Länder nur summarisch gemacht worden sind.

* Versicherungsgenossenschaften.

Die vielgerühmten, von Schulze-Delitzsch begründeten Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften haben sehr in der öffentlichen Meinung verloren, seitdem sich gezeigt hat, daß das denselben zu Grunde liegende Prinzip der unbeschränkten Solidarhaft aller Genossenschaftsmitglieder diesen letzteren sehr gefährlich werden kann und die den Genossenschaftern zustehenden Rechte zu den von ihnen übernommenen Pflichten eigentlich in keinem Verhältnisse stehen. In Folge zahlreicher Bankbrüche auf diesem Gebiet hat sich sogar ein ziemlich radikaler Umschwung der Ansichten dahin vollzogen, daß an Stelle der unbeschränkten Solidarhaft eine limitirte Theilhaft des Genossenschafters zu treten habe. Die Bildung neuer Genossenschaften begegnet unter diesen Verhältnissen sehr erklärlichen Schwierigkeiten und man kann sagen, daß in der ehedem so glänzenden Genossenschaftsbewegung jetzt ein völliger Stillstand eingetreten ist.

Um so mehr nimmt es uns Wunder, daß gegenwärtig wieder von Versuchen verlautbart, das Genossenschaftsprinzip zu neuem Leben zu erwecken und das auf einem Wirthschaftsgebiete, welches für die genossenschaftliche Solidarhaft den denkbar ungünstigsten Boden darbietet. Wie nämlich aus Sachsen mitgetheilt wird, sollen einige Versicherungsmänner dort mit dem Plane umgehen, eine neue Versicherungsgenossenschaft mit unbeschränkter Solidarhaft zu begründen und wie es scheint, wird diese Idee im Lande der Gemüthlichkeit auf keinen ganz unfruchtbaren Boden fallen, da sich dort und anderwärts leider immer noch genug Leute finden, welche nicht zufrieden damit, ihr Vermögen altbewährten großen Instituten anzuvertrauen, es vorziehen, ihre eigene Versicherungsgesellschaft, natürlich en miniature, zu haben, selbst den Verwaltungs- oder Aufsichtsrath zu spielen und dergleichen mehr. Wir halten diese Zersplitterung der Kräfte und Leistungen gerade im Versicherungswesen für sehr unpraktisch und die Uebertragung der genossenschaftlichen Solidarhaft auf dieses Gebiet für so bedenklich, daß wir vor einer Betheiligung an dem geplanten Unternehmen hier geradezu warnen möchten.

Das Prinzip der genossenschaftlichen Solidarhaft ist nämlich daran gescheitert, daß es nicht möglich ist, den einzelnen Genossenschafter an der Geschäftsleitung der Genossenschaft derartig zu betheiligen, daß er dieselbe auf ihre Solidität ausreichend prüfen kann. Der Genossenschafter haftet mit seiner ganzen Habe für Geschäfte, die er gar nicht zu kontroliren vermag; er ist, um es klar zu sagen, der Geschäftsleitung auf Gnade oder Ungnade in die Hände gegeben. Wo die Geschäfte der Genossenschaft einen weniger komplizirten Charakter tragen und eher der Beurtheilung des Einzelnen unterliegen, ist dieser Mangel noch kein so großer, aber ganz bedenklich tritt derselbe hervor bei Unternehmungen, welche wie das Versicherungsgeschäft eine Anzahl von Fachkenntnissen erfordern, die der einzelne Genossenschafter sich unmöglich erwerben kann. Das Versicherungsgeschäft ist nämlich kein so einfaches Geschäft, wie etwa das gewöhnliche Bankgeschäft, wo es sich in der Hauptsache um Prüfung der Kreditwürdigkeit von Schuldnern, um Stellung glaubhafter Bürgschaften &c. handelt. Im Versicherungsgeschäft bedarf es, welche Branche wir auch hier in Betracht ziehen mögen, einer durch zahlreiche Fachkenntnisse bedingten genauen Prüfung der einzelnen Risiken, welche der Laie gar nicht verfolgen kann und von welcher der Bestand und das Gedeihen der Gesellschaft abhängt. Wenn in irgend einem Geschäftszweige, so können im Versicherungsgeschäft aus unfähiger oder böswilliger Geschäftsleitung den Genossenschaften die größten Verluste erwachsen und deshalb sollte sich Jeder zweimal bedenken, mit seinem ganzen Vermögen für ein so schwer kontrolirbares Unternehmen einzutreten. Wir hoffen, daß diese Mahnung keine ganz erfolglose sein wird.

Die vereinigte liberale Partei und der Parlamentarismus.

Der aufrichtige Volksfreund könnte es gewiß zufrieden sein, wenn der bevorstehende Wahlkampf für den preußischen Landtag die nicht weniger als respektvolle Anschauung, welche der Reichskanzler vom deutschen Parlamentarismus hat, zum Besseren korrigiren würde; wenn es sich in Thatsachen zeigte, daß derselbe für unser Staatswesen doch etwas Anderes bedeute, als lediglich engherziger Fraktions-Partikularismus, welcher von ein Paar sich in kleinlichster Eifersüchtelei bekämpfenden Parteiführern betrieben werde, denen je eine größere oder geringere Schaar auf die ausgegebene Parteiparole blindlings schwörender Mittelmäßigkeiten Heeresfolge leiste. Der Abgeordnete Haenel hat über diesen Punkt jüngst eine lange Rede gehalten, welche zu kommentiren die Zeitungen aller Parteischattirungen nicht müde wurden, deren Spitze dahin ging, die großen Fraktionen des Liberalismus, Fortschrittler, Sezessionisten und Nationalliberale zu beschwören, ihren bisherigen Fraktions-Partikularismus und die gegenseitige Verhetzung, welche nur dem gemeinsamen Feinde — der Regierung — zu Gute komme, aufzugeben, und sich zu einer einzigen Partei des Liberalismus für die Durchführung des bevorstehenden Wahlkampfes zu organisiren. Anderenfalls, sagt Herr Haenel, hat der Reichskanzler Recht mit seiner Mißachtung des deutschen Parlamentarismus, und er hätte Recht, die politische Entwicklung des Reiches und speziell auch Preußens auf ein diktatorisches Regiment mit lediglich parlamentarischem Aufputz zu stellen.

Unserer Meinung nach dürfte es aber, um letzterer Selbstverurtheilung zu entgehen, doch mit dem bloßen Zusammenschlusse der liberalen Fraktionen zu einer einzigen Partei und mit dem Aufgeben der separatistischen Fraktionspolitik allein nicht genügen, und dies insbesondere dann nicht, wenn die Einigkeit auch über die Dauer des Wahlkampfes hinaus vorhalten sollte, wogegen man sich freilich bereits jetzt, also von Vornherein auf allen Seiten verwahren zu müssen glaubt. Das

Wesentliche, worauf es dabei ankommt, ist doch der Zweck, welcher mit dieser Vereinigung verfolgt und verwirklicht werden soll? Ueber diesen hören wir jedoch nichts Anderes, als daß es gilt für den Liberalismus den Sieg über den gemeinschaftlichen Gegner, nämlich den Konservatismus aller Schattirungen, und im besten Falle damit auch die Regierungsgewalt zu erringen. Rücksichtsloser Kampf gegen Alles, was konservativ und regierungsfreundlich ist, lautet die Parole, mit welcher die liberalen Fraktionen sich zusammenschaaren sollen, und die Grundbedingung der Vereinigung müsse sein, daß in keiner Sache mit den Konservativen oder einer Fraktion derselben paktirt oder koalirt werden dürfe.

Wie nun aber, wenn die Sache, welche vom Konservatismus oder einer Fraktion desselben speziellenfalls vertreten sein würde, eine Forderung des Gemeinwohles wäre? Die Herren Liberalen halten diesen Fall wohl für gar nicht möglich, und leben auch heute noch, wie alle Zeit in dem selbstgefälligen Glauben, daß nur sie allein wissen, was dem Gemeinwohle Noth thut und daß nur sie allein für dasselbe zu sorgen und zu arbeiten befähiget sind. Dagegen sei Alles, was in dieser Beziehung von Seite der Konservativen an Vorschlägen kommt, eo ipso verwerflich, weil seinem Ursprunge folgend reaktionär resp. freiheitswidrig! Letztere Meinung dürfte aber doch nicht Jedermann theilen, insbesondere heute nicht mehr, wo es klar am Tage liegt, daß der moderne Liberalismus, was speziell die Volkswirthschaft und Sozialpolitik anbelangt, sich nicht bewährt hat, und daß die Sanirung der durch den wirthschaftlichen Liberalismus geschaffenen Mißstände nur von Seite der Konservativen oder der Regierungsinitiative erwartet werden kann, so lange der Liberalismus in doktrinärem Festhalten an seinen falschen Prinzipien leider sich daran nicht betheiligen will.

Wenn nun für die künftig geeinigte liberale Partei als Bedingung der Einigkeit und als oberster Grundsatz die Opposition wider Alles, was von den konservativen Parteien und speziell auch von der Regierung ausgeht, aufgestellt wird und zwar eine Opposition lediglich deß-

halb, weil die Sache von der politischen Gegenseite kommt, dann ist ein solches Verhalten doch wieder nichts Anderes, als eine auf die Person gestellte Parteipolitik, welche nicht durch das Gemeinwohl, sondern durch die politische oder wirthschaftliche Parteistellung bestimmt wird. Der von einer solchen Vereinigung unserer liberalen Fraktionen verwirklichte Parlamentarismus wird im Wesen wieder nur ein solcher sein, für welchen das partikularistische Parteiinteresse maßgebend ist, während der Parlamentarismus als Form der Repräsentativgesetzgebung Berechtigung nur besitzt und Achtung nur beanspruchen kann, wenn er eine Gesetzgebung schafft, welche mit Unterordnung aller einseitigen, politischen Parteiinteressen, nur die Forderungen der Wohlfahrt Aller und des Ganzen zum Ausdrucke bringt.

Dadurch daß die Liberalen dem Parteiwesen im Staate eine noch schroffere Gestaltung geben wollen, dürften sie kaum dahin kommen, den Staatsmännern eine bessere Meinung von der Tauglichkeit des Parlamentarismus für eine dem Gemeinwohle entsprechende Gesetzgebung beizubringen; viel eher dürfte dies dazu beitragen, endlich aller Welt die Augen über den eingebildeten Werth dieser dem wahren Volkswohle durchaus nicht entsprechenden Gesetzgebungseinrichtung zu öffnen.

Zur Frage der Rückzölle.

Der soeben ausgegebene Jahresbericht der Elberfelder Handelskammer verbreitet sich in seinem Eingange ausführlicher über die allgemeine Lage der Industrie und die Einwirkung der Zollreform auf dieselbe in einem der herrschenden Wirthschaftspolitik zuneigenden Sinne. Der Bericht sieht die augenscheinliche und unleugbare Besserung der Geschäftslage an als die Folge einer allgemeinen Consumtionssteigerung in der Bevölkerung hervorgerufen zum Theil durch die etwas bessere Ernte des letzten Jahres. Er erkennt indessen zugleich an, daß der größere Bedarf der Vereinigten Staaten und in einem merklichen Grade auch die industriellen Schutzzölle zu der günstigen Geschäftsentwicklung beigetragen haben, letztere insbesondere dadurch, daß das Ausland nicht mehr in dem Maße wie früher im Stande ist, seine überschüssige Produktion zu unlohnenden oder verlustbringenden Preisen auf unsere Märkte zu werfen. Wenn sonach im Ganzen eine wohlthätige Einwirkung der neuen Handelspolitik auf Handel und Verkehr nicht zu verkennen sei, so würden doch einige Zölle auf Halbfabrikate seitens der exportirenden Industrie des Bezirks als eine Belästigung empfunden, welche sich nur durch die Gewährung von Rückzöllen beim Export beseitigen lassen werde. Es gelte dies insbesondere von den Zöllen auf die feineren baumwollnen Garne, welche bisher nicht zu einer ausreichenden Produktion feinerer Garne in Deutschland geführt hätten und voraussichtlich auch noch lange Zeit nicht dazu führen würden. Diese Zölle seien in ihrer jetzigen Höhe ein Opfer. gebracht von der Weberei, ohne daß die deutsche Spinnerei dadurch gefördert werde. Die Handelskammer bittet deshalb, die Frage der Zollrestitution in umfassender Weise beim Bundesrath anzuregen und hofft, daß die Reichsregierung auch bei den in Frage kommenden Erzeugnissen der Textilindustrie von dem Identitätsnachweise absehen wird, da die Führung des letzteren sich in der Textilindustrie ebensowenig wie in der Mühlenindustrie ermöglichen lassen würde.

Zur volkswirthschaftlichen Bedeutung des Gesetzes vom 14. Mai 1879.

In keiner anderen Branche dürfte das Gesetz vom 14. Mai 1879, betr. den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln ꝛc., zu einschneidenderer Bedeutung gelangt sein als in der Weinbranche, denn mancherlei auf Grund dieses Gesetzes eingeleitete prozessualische Vorgänge haben eine ungewöhnliche Erregung in die Weinhandelskreise getragen. Es mag eine Folge dieser Erregung sein, daß in der Beurtheilung dieses Gesetzes von Seiten der Handelskammern vielfach ein von Vorurtheilen freier Blick vermißt wird, aber es ist doch auffallend, daß fast allgemein das volkswirthschaftliche Moment der durch jenes Gesetz hervorgerufenen veränderten Sachlage nicht scharf und präzis genug erfaßt wird.

In Handel und Verkehr ist der Mensch in seinem dunkeln Drange sich leider nicht immer des rechten Weges wohl bewußt und eingeschlichene Mißbräuche bestehen oft lange Zeit, bis ein besonderes Ereigniß, indem es solche aufdeckt, zur Umkehr zwingt. Auf einem derartigen Irrwege befand sich das geschäftliche Leben der Weinbranche, als in Folge jenes Gesetzes vom 14. Mai 1879, entsprungen dem Bedürfniß das Publikum vor Betrügereien der mannigfachsten Art zu schützen, auch die wirthschaftlichen Schäden der Weinbranche blosgelegt wurden. Es hatte bisher der Brauch bestanden, sowohl die eigentlichen Kunstweine, wie auch die sogenannten „verbesserten" Weine und endlich die Naturweine schlechthin als „Wein" zu verkaufen, so daß sich also diese drei an materiellem wie an diätetischem Werthe sehr verschiedenen Produkte gegenseitig Konkurrenz machten, als mit einem Schlage das genannte Gesetz eine andere Geschäftsmaxime gebieterisch vorschrieb. Zwar giebt das Gesetz selbst keine Definition der Begriffe „Kunstwein", „verbesserter Wein" und „Naturwein", wohl aber sind in den „technischen Materialien zur Begründung des Gesetzentwurfes" diese Begriffe scharf genug auseinander gehalten, daß bei kriminellen Prozeduren der Richter hier vollständig ausreichende Information findet.

Unläugbar sieht sich nun der Handel, wo er beim

Verkaufe seiner Waare zu den angeführten Unterscheidungen in der Benennung gezwungen ist, großen Schwierigkeiten gegenüber, aber er hat sich doch der Einsicht nicht verschlossen, daß die Kunstweinfabrikation, deren Gedeihen nur auf seine und des Winzers Kosten zu Gunsten der wenigen Fabrikanten möglich ist, das solide Geschäft auf die Dauer untergräbt und er ist einmüthig in der vollständigen Verwerfung dieser Industrie, welche er sogar ganz verboten haben will. Anders liegt leider die Sache bezüglich der sogenannten „verbesserten" Weine. Der Handel wünscht vielfach, wie das gegenwärtig wieder in manchem Handelskammeberichte zu Tage tritt, daß es gesetzlich gestattet werde, „verbesserte" Weine ohne den Zwang der Deklarirung der Verbesserung zu verkaufen. Ganz abgesehen von allen anderen Gründen, welche ein Eingehen auf diesen Wunsch verbieten, sei hier nur der unvermeidlichen volkswirthschaftlichen Konsequenzen gedacht, welche eine Gewährung des Wunsches nach sich ziehen würde.

Unter „verbesserten" Weinen versteht der Handel allgemein Weine, welche mit Rohr- oder Rübenzucker gallisirt wurden. Diese am Moste vorzunehmende Manipulation ist ziemlich einfacher Natur und kann vom Winzer ausgeführt werden, sofern er nämlich im Stande ist, den dazu nothwendigen Zucker zu kaufen. Da aber die ökonomische Lage der meisten Winzer eine solche Ausgabe nicht gestattet und da der Handel selbst im Allgemeinen die Verbesserung nicht ausführen kann, weil er bekanntlich nicht liebt, Most einzukaufen, so würde sich im geschäftlichen Leben abermals ein fabrizirendes Zwischenglied einschieben, welches möglichst billig einkaufen, aber möglichst theuer verkaufen und so der Produktion wie dem Handel das Fett von der Suppe nehmen würde. Ferner würde der „verbesserte" Wein mit seiner nur scheinbar besseren Qualität dem faktisch besseren Naturweine eine unerträgliche Konkurrenz machen, weil er billiger herzustellen ist und es müßten in Folge dessen nothwendiger Weise zum Nachtheile der Winzer die Naturweine wie auch ihre Ursprungsstätten, die Weinberge, im Werthe sinken. Endlich — last not least — würde, wenn „verbesserte" Weine, deren Gehalt an Süße

und Säure nach Belieben za reguliren ist, als Naturweine verkauft werden dürften, das konsumirende Publikum schließlich das Verständniß für die wahren Naturweine ganz verlieren und der Handel würde mehr und mehr nach dem ausschließlichen Vertriebe der „verbesserten" Weine hingedrängt werden. Dann wäre allerdings die Zeit gekommen, wo vielleicht besser in der Lüneburger Heide Weinbau getrieben würde, als auf den sonnigen Hügeln des Rheines und der Haardt, oder in den anmuthigen Thälern der Mosel und der Ahr ꝛc. ꝛc.

Daß bei solchen volkswirthschaften Konsequenzen weder Handel noch Produktion wohl fahren würden, ist einleuchtend, und wenn der Handel sich dieser Erkenntniß verschließt, so wird doch der Gesetzgeber in dieser Beziehung die Augen offen halten. Der Handel wird das ihm gegenwärtig freilich wohl sehr unangenehme Uebergangsstadium überwinden können und es liegt sicher im gemeinsamen Interesse von Produktion, Handel und Konsumtion, wenn das Gesetz vom 14. Mai 1879 in Bezug auf wahrheitsgetreue Benennung der „verbesserten" Weine in voller Kraft bleibt. Abzusetzen werden dann die „verbesserten" Weine, deren Herstellung ja keineswegs verboten ist, immer noch sein, zwar nicht zu Ueberpreisen, wie es bisher der Fall war, wohl aber zu Preisen, die ihrem faktischen Werthe entsprechen. Sie werden dann dem minder gut situirten Theile der Bevölkerung als ein wohlfeiles Genußmittel zugängig sein und wenn sie als solches freilich dem Naturweine nicht an die Seite zu stellen sind, so werden sie doch immerhin noch als ein gesundes geistiges Getränk den Vorzug verdienen vor allerhand anderem Gebräu.

Ein praktischer Vorschlag.

Die Lehre von der freien Konkurrenz hat in Deutschland so viele Auswüchse gezeitigt, daß unsere Gesetzgebung jetzt vollauf mit der Beseitigung der daraus hervorgegangenen Uebel beschäftigt ist. Das Kleingewerbe wird schwer bedrückt durch die Wanderlager, den Hausirhandel und die Schwindel-Ausverkäufe. Gegen das Ueberhandnehmen von Wanderlagern und Hausirhändlern ist man bemüht, durch die Gesetzgebung Schranken zu errichten, gegen die Schwindel-Ausverkäufe ist aber in dieser Beziehung bis jetzt noch nichts geschehen. Und doch sind gerade diese schwindelhaften Ausverkäufe in Hauptkrebsschaden |an unseren wirthschaftlichen Verhältnissen, sie haben an einzelnen Orten so überhand genommen, daß sie die regulären Geschäfte dem Ruine entgegenführen.

Zumeist sind die Unternehmer derartiger Ausverkäufe überdies noch unredliche Schuldner, welche Waaren ausborgen, im Ausverkaufe schnell versilbern und dann ihre Gläubiger nicht befriedigen. Sie fügen also dem Großhandel, dem konkurrirenden Kleingewerbe und in der Regel auch noch dem kaufenden Publikum durch unreelle Lieferungen Schaden zu und verursachen nebenbei noch das Schwinden von Treu und Glauben im Handel. Es wäre daher zeitgemäß, auch gegen diesen Auswuchs der freien Konkurrenz Remedur zu schaffen, nur ist es unmöglich, dies durch die bestehenden Verordnungen zu erreichen.

Ein praktisches Mittel zur Beseitigung der Mißstände, welche die Schwindel-Ausverkäufe im Gefolge haben, ließe sich wohl durch eine Verordnung schaffen, nach welcher jeder Ausverkauf im Kleinverkehr bei dem Amtsgerichte des Ortes unter Angabe des Grundes des Ausverkaufes angemeldet werden müßte und diese Anmeldungen allwöchentlich im Reichsanzeiger und im Amtsblatte des Bezirkes publizirt würden. Eine derartige Publikation würde den Lieferanten der ausverkaufenden Firma als Fingerzeig über deren Kredit-Verhältnisse dienen, sie würde das kaufende Publikum aufklären, ob hier ein reeller Ausverkauf (wegen Auf-

gabe des Geschäftes oder eines einzelnen Artikels) vorliegt oder ob es nur auf die Erregung eines falschen Glaubens abgesehen ist und endlich würde sie den guten Zweck erreichen, daß der ehrliche Geschäftsmann nicht auch auf die Bahn der simulirten Ausverkäufe getrieben wird, welche seinen reellen Handel vernichten müssen. Es dürfte wohl gegen die Führung und Veröffentlichung eines Registers der Ausverkäufe umsoweniger etwas einzuwenden sein, als es sich hier um Beseitigung eines der häßlichsten Auswüchse der Gewerbefreiheit handelt.

Zur internationalen Lohnstatistik.

Das statistische Bureau in Washington hat auf Anordnung des Schatzsekretärs wieder einmal Erhebungen über die Lohnverhältnisse der Arbeiter in einigen wichtigeren Industrien der Vereinigten Staaten und des Auslandes veröffentlicht, welche ein werthvolles Material zur Kenntniß der Arbeitsbedingungen in den Industrien der einzelnen Länder darbieten. Lohnstatistische Erhebungen sind, wie bekannt, mit ganz besonderen Schwierigkeiten verknüpft und auf keinem Gebiete der Statistik dürfte die Vergleichbarkeit der erlangten Resultate für die einzelnen Länder sorgfältiger zu prüfen sein, als auf diesem. Die Daten werden nämlich zunächst in den einzelnen Ländern gewöhnlich nicht gleichzeitig erhoben, noch ist die geschäftliche Situation der betreffenden Industrien zur Zeit der Erhebung überall dieselbe. Offenbar macht es aber für den Stand der Arbeitslöhne einen Unterschied aus, ob in diesem Lande die Industrie im Aufschwunge begriffen ist, während sie in jenem vielleicht auf halbe Zeit arbeitet und einen Theil ihres Arbeitspersonals nicht beschäftigen kann. Auch die Arbeitszeit differirt in den einzelnen Ländern ziemlich bedeutend, weshalb die absolute Lohnziffer noch keinen richtigen Maßstab für die Beurtheilung des Arbeitsverdienstes abgiebt. Es besteht außerdem in den verschiedenen Industrien der einzelnen Länder eine ver-

schiedenartige Organisation und Theilung der Arbeit, Arbeiter mit gleicher Benennung, wie Maschinenleute, Spinner 2c. thun nicht überall die gleiche Arbeit; die Löhne sind weiter abhängig von dem Umfang der Hand- und der Maschinenarbeit in den einzelnen Branchen; die Regelmäßigkeit der Arbeit wirkt ebenfalls auf dieselben ein, da unregelmäßige Beschäftigung natürlich theurer gelohnt wird, als ein ständiges Arbeitsverhältniß. Endlich sind mit dem Arbeitslohn in vielen Gegenden und Industrien auch Naturalleistungen verbunden, welche ihrem Umfange nach ebenso differiren, wie in ihrem Werthe. Trotz aller dieser möglichen Differenzen sind fortgesetzte Untersuchungen über die Arbeitslöhne von hohem Werthe und gewähren auch für gewisse Industrien, in welchen so große Verschiedenheiten der Arbeitsbedingungen nicht vorhanden sind, ziemlich vergleichbare Resultate. Insbesondere bieten die Akkordlöhne, welche in vielen Industriezweigen für geschicktere Arbeiter gebräuchlich sind, in dieser Beziehung ein mehr zuverlässiges Material.

Wir wollen nun aus der fraglichen Arbeit des Washingtoner statistischen Bureaus hier zunächst nur einige Daten anführen, welche die Lohnverhältnisse in der Roheisenindustrie Englands und der Vereinigten Staaten beleuchten. Die Erhebungen beziehen sich auf das Jahr 1879. Zu dieser Zeit verdienten täglich am Hochofen in

		Pittsburg.	Cumberland.	Cleveland.
Auflader	Doll.	1,60	0,99	1,40
Füller	„	1,50	0,99	0,89
Aufseher	„	2,00	1,22	1 87
Aufsichtsgehilfen . .	„	1,80	0,77	0,73
Arbeiter	„	1,20½	0,56	—
Schmiede	„	2,00	1,15	—
Maschinisten	„	2,00	1,09	1,02
Totalkosten der Arbeit per Tonne Roheisen	„	1,25	0,58³/₁₀	0,69

Hiernach waren die Arbeitslöhne der verschiedenen Arbeiter am Hochofen in den Vereinigten Staaten nahezu doppelt so hoch, als in England und in Cleveland höher als in Cumberland, was indeß vielleicht daher

rührt, daß die betreffenden Arbeiter in Cleveland noch andere Funktionen hatten, als die des Cumberland-Districts. Die Arbeitskosten per Tonne Roheisen am Hochofen stellen sich in den Vereinigten Staaten auf mehr als doppelt so hoch wie in England und es wird darnach begreiflich, daß die amerikanische Eisen-Industrie eines bedeutenden Zollschutzes zur Ausgleichung dieser Produktions-Differenzen bedarf.

Wenn übrigens eine andere von Herrn James Swank aufgestellte Berechnung dieser Produktionskosten richtig ist, so differiren dieselben in Cleveland und Pittsburg ganz ungeheuer und zwar namentlich in Folge der großen Transportkosten, welche die amerikanische Roheisen-Industrie für den Bezug ihrer Kohlen, Erze und Kalksteine aufzuwenden hat. Die zur Produktion einer Tonne Roheisen in Pittsburg gezahlten Löhne berechnen sich nämlich insgesammt, wenn man die Löhne der Kohlen- und Erzförderung ꝛc. mit einschließt, auf Doll. 5,18, in Cleveland dagegen auf Doll. 3,05—3,17 per Tonne. Der durchschnittliche Materialwerth der auf eine Tonne Roheisen verwandten Rohprodukte beträgt in Pittsburg Doll. 1,048 gegen Doll. 0,65 in Cleveland und die Transportkosten belaufen sich an ersterem Platze insgesammt auf Doll. 10,275 gegen Doll. 1,53 in Cleveland.

Die Dezentralisation der Fabriksindustrie.

Neuestens macht der Vorschlag einer Dezentralisation der Fabriksindustrie resp. Verlegung bestimmter Zweige derselben nach den östlichen Provinzen Preußens die Runde durch die Zeitungen. Es soll damit einerseits dem bestehenden Nothstande der Arbeiterbevölkerung abgeholfen, andererseits der Vortheil einer stärkeren Besiedelung des deutschen Ostens aus dem theilweise übervölkerten Westen erreicht werden. Als solche Industrien werden alle diejenigen bezeichnet, welche unabhängig sind von der Oertlichkeit der Gewinnung ihres Rohstoffes, oder überhaupt nur wenig ins Gewicht

fallende Quantitäten von Rohstoff verbrauchen; ferner alle solche, die ihre Rohprodukte aus den östlichen Nachbarländern und aus den Ostseehäfen beziehen. Der Staat soll mit der Verlegung seiner eigenen derartigen Fabriken vorangehen, und die Privatindustrie durch Gewährung von Darlehen, sowie durch billige Ueberlassung seiner daselbst vorhandenen Domainengrundstücke für neue Fabriks-Etablissements zu solcher Verlegung ermuntern. Die Vortheile davon sowohl für die industriellen Unternehmer und Fabriks-Arbeiter, als auch für die Grundbesitzer und ländlichen Arbeiter liegen auf der Hand. Die Produktionskosten würden billiger sein, die Konkurrenz und Absatzfähigkeit daher größer; die Fabrikanten würden einen seßhaften und geschulten Arbeiterstamm erhalten, dessen Werth nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Die wirthschaftliche Lage der Fabriksarbeiter würde nach allen Richtungen hin verbessert sein; sie würden bei gesteigertem Realeinkommen in gesunden Wohnungen untergebracht und bei vorübergehenden Produktionsstockungen und eingetretener Arbeitsunfähigkeit durch Besitz von Naturalbezügen und allmäligen Erwerb von Grund- und Hausbesitz nicht dem Elende preisgegeben sein. Der Grundbesitz in diesen Gegenden würde für seine Produkte in der daselbst seßhaften Industrie einen sicheren und besser zahlenden Abnehmer erhalten, während die in der Landwirthschaft beschäftigten Arbeiter im Falle von Mißernten u. dergl. Beschäftigung in den Fabriken, wie umgekehrt die Fabriksarbeiter in Zeiten der Industrienoth Verwendung bei landwirthschaftlichen Arbeiten finden könnten.

Der Gedanke an und für sich, die Fabriksindustrie über das flache Land zu zerstreuen, und auf diesem Wege den aus der jetzigen Konzentrirung derselben in großen Städten und Fabriksdistrikten entstandenen wirthschaftlichen und sozialen Mißständen abzuhelfen, ist kein neuer. Wir begegnen denselben auch in den uns vorliegenden, schon 1868 in Heidelberg erschienenen „Grundsätzen der Volkswirthschaftslehre vom Standpunkte der sozialen Reform von Dr. Heinrich Maurus." Nur daß hier der Ton mehr auf die dem Staate zukommende B e r e c h t i g u n g und V e r p f l i c h t u n g gelegt ist, zur

Verhinderung der Bildung von größeren Fabriksdistrikten und zur Entlastung der großen Städte von den Unzukömmlichkeiten und gesundheitsschädlichen Einflüssen einer in denselben konzentrirten Fabriksindustrie durch die Gesetzgebung einzugreifen, statt diese Dezentralisation von der freien Erwägung der in ihrem Gefolge für Fabriksherrn und Fabriksarbeiter gehenden Vortheile zu erwarten.

Auch wir sind der Anschauung, daß die Dezentralisation der Fabriksindustrie, so unzweifelhaft die Vortheile sind, welche den unmittelbar Betheiligten sowohl, als dem allgemeinen Besten dadurch zugehen würden, sich von selbst nicht vollziehen wird, sondern daß es drastischerer Mittel bedarf, um solches zu erreichen, als eine noch so schöne Darstellung alles dessen, was dadurch Gutes geschaffen sein würde. Aber das Mittel wäre dennoch ein sehr einfaches. Man erhebe dasjenige, was man im Interesse der Industrie, des Ackerbaues und der in beiden Produktionszweigen beschäftigten Arbeiterklassen wünschenswerth, von dem freien Entschlusse der Unternehmer erwartet, zum allgemein giltigen Gesetze. Schon jetzt wird die Anlage und Inbetriebsetzung eines Fabrikunternehmens an die behördliche Erlaubniß gebunden, welche nur unter gewissen Bedingungen sicherheits- und gesundheits-polizeilicher Natur ertheilt wird. Man erweitere diese lokal-polizeiliche Fürsorge auf die Forderung des Gemeinwohles, und knüpfe die Bewilligung zur Anlage neuer Fabrikunternehmungen an den Nachweis des Besitzes eines derart ausgedehnten Grundstückes, daß auf demselben außer den eigentlichen Fabriksgebäuden nicht bloß die zur gesunden Bewohnung der für die Fabrik in Aussicht genommenen Arbeiterzahl nöthigen Baulichkeiten ausgeführt, sondern daß auch jeder dieser stabilen Fabriksarbeiter mit einem entsprechenden Grundstücke dotirt werden kann, dessen Bearbeitung und Nutznießung ihm zugewiesen wird. Dadurch würde die Anlage neuer Fabriken allerdings erschwert werden, weil dieselbe einen größeren Kapitalbesitz voraussetzen würde. Allein hier könnte der Staat in der oben bemerkten Weise helfend und fördernd sowohl durch billige Darlehne, als durch Ueberlassung seines

Domänenbesitzes zu wohlfeilen Bedingungen eingreifen. Der eigentliche Fabriksbetrieb jedoch würde deßhalb nicht vertheuert oder erschwert sein. Denn das für die Herstellung der Arbeiterwohnungen und für die Dotirung der Arbeiter mit Grundbesitz ausgelegte Mehrkapital würde von den letzteren gut und sicher verzinst, weil in den laufenden Lohn derselben in dieser oder jener Weise verrechnet. Der Fabrikseigenthümer hätte außerdem den nicht hoch genug zu schätzenden Vortheil einer größtentheils festgesiedelten und mit seinem Geschäftsbetriebe verwachsenen Arbeiterschaft, während der große Nutzen für die Arbeiterbevölkerung und das Gemeinwohl dieser wäre, daß die Fabriksindustrie mit ihren gesundheitsschädlichen Werkstätten sich aus dem Bereiche der Städte aufs flache Land zerstreuen und das hauptsächlich in dem Wohnungselende und der daraus resultirenden physischen Verkümmerung und großen Sterblichkeit der Arbeiterbevölkerung zur Erscheinung kommende Uebel der Fabriksdistrikte sich von selbst beheben, oder doch nicht weiter vergrößern würde.

Fiat justitia, pereat mundus.

Der kundige Leser wird schon aus dieser Ueberschrift schließen, daß es sich darum handelt, den den ganzen und vollen Staatsgedanken überwuchernden Standpunkt des sogenannten Rechtsstaats in seine Schranken zurückzuweisen. Wie eine frühere Periode glaubte, ihren Charakter nicht besser zu bezeichnen, als wenn sie ihn als Polizeistaat bezeichne, so schmeichelte sich die spätere, einen großen Fortschritt gethan und das wahre Wesen des Staats zum Ausdruck gebracht zu haben, indem sie ihn Rechtsstaat nannte. Nicht nur, daß an Stelle der Polizeiwillkühr die Rechtsgesetze getreten und deren Ausübung maßgebend im Staate sein sollte, sondern der Staat wurde in einer eminenten Weise zu einer Rechtsanstalt gemacht, alle seine sonstigen Aufgaben dieser einen untergeordnet und es für das höchste Ziel der Weisheit ausgegeben, daß alle Lebens-

functionen der Staatsgewalt von der Idee des Rechts durchdrungen und geleitet werden. Das sieht sich nun in der Idee recht idealisch an, in der Wirklichkeit jedoch gestalten sich die Wirkungen dieser Theorie recht bedenklich und dieß am meisten und am schädlichsten, wie dieß erst jüngst wieder nachdrücklich betont wurde, in der strikten Anwendung der Rechtsgesetze auf die Forderungen der Gläubiger und die Verbindlichkeiten der Schuldner.

Welche Unmasse nicht nur von Vermögen, sondern von Existenzen werden durch die rücksichtslose Anwendung der auf diesem Gebiete geltenden Gesetze des Rechtsverfahrens vernichtet, so daß kein Ausspruch wahrer und treffender ist, als derjenige der Ueberschrift „das Recht herrsche, wenn auch die Welt darüber zu Grunde geht!" In einer Zeit, wie die unsrige, welche sich rühmt, die Lehren der Volkswirthschaft gefunden zu haben, und die besonders im deutschen Reiche als höchste Aufgabe der Regierung die Pflege des Volkswohls proklamirt, sollte man es nicht mehr für möglich halten, daß es fortwährend und alltäglich der Justiz gestattet werde, unter dem würdigen Titel strenger Rechtsausübung die Grundpfeiler des Staats durch Vernichtung der Vermögen und Existenzen seiner Bürger anzugreifen und zu untergraben. Es ist hier nicht unsere Aufgabe, dieses Bild weiter auszumalen. Der auf diesem Gebiete verständige Leser bedarf dessen nicht. Denken wir aber auf Abhülfe, so suchen wir zuerst nach den Ursachen dieses höchst bedenklichen Zustandes und müssen eine solche zunächst darin erkennen, daß die Organe des Staats nicht wie die Theile oder Werkzeuge eines gemeinsamen Organismus, sondern wie für sich bestehende, selbstständig arbeitende Potenzen wirken, unbekümmert darum, wie dieses Wirken sich auf einzelne andere Lebenskreise oder auf die Gesammtheit derselben im Staate äußere. Zwar hat schon hie und da der Gedanke sich Bahn gebrochen, daß die Solidarität aller Interessen im Staat nur gewahrt werden könne, wenn alle Organe der Staatsregierung nur als integrirende Theile des Gesammtorganismus derselben funktioniren und daher als höchstes Gesetz

gilt, daß jede Funktion eines Organs nicht vom Standpunkt dieses einzelnen, sondern von dem des Gesammtorganismus aus verrichtet werde. Dann hören solche Einseitigkeiten, wie die geschilderten, auf, dann ist die Ausübung der Justiz im Staate nicht mehr zum Verderben der ihr überlieferten Bürger allmächtig, dann soll Niemand mehr sagen können

„Summum jus summa injuria".

Dieser Allmächtigkeit der Justiz, hervorgegangen aus einer mißverstandenen Anwendung des Grundsatzes ihrer Unabhängkeit, Schranken anzulegen und sie in die Bahnen der salus publica als suprema lex einzulenken, daran arbeitet ja unsere Zeit in mehrfacher Richtung, wie z. B. der falschen Auslegung ihrer Souveränität in dem Verlangen nach Entschädigung schuldlos Gefangener und in dem nach Wiederherstellung der Appellations-Instanz in Strafsachen, entgegengetreten wird. Es ist auch eine hochwichtige Aufgabe, die schrankenlose Freiheit der Justiz in Vernichtung von Vermögen und Existenzen vom Standpunkte des allgemeinen Volkswohls einzuschränken!

Ueber den deutschen Handel in Central- und Südamerika.

Ein Gebiet, das vor noch nicht vielen Jahren der Gegenstand der Handelspolitik und der Combinationen der Diplomatie Europa's war, erscheint dazu bestimmt, der Sphäre der europäischen Interessen allmälig zu entgleiten. Central-Amerika, Westindien und die Republiken Süd-Amerika's sind heute der Zielpunkt der zwar noch verhüllen, aber ohne Zweifel weitsichtigen und auf große Zwecke berechneten Politik der Regierung in Washington. In den letzten Jahren ist der amerikanische Einfluß in jenen Welttheilen ganz erheblich gestiegen und man ist fast berechtigt, denselben dort als vorherrschend zu bezeichnen. Diese Thatsache fordert die Aufmerksamkeit um so mehr heraus, als der Antheil der Amerikaner am dortigen Handel noch weit zurücksteht hinter den

Zahlen, welche auf die europäischen Länder entfallen. Zur Erklärung reicht also weder der heutige Umfang des amerikanischen Handels noch jener der amerikanischen Schiffahrt aus, wenn man sich mit den Gründen des amerikanischen Einflusses beschäftigt. Das politische Vorgehen der amerikanischen Regierung und die stets zahlreicher und energischer auftretenden Versuche der amerikanischen Handels- und Industriekreise, ihre Unternehmungen über Central- und Südamerika auszudehnen, sind wohl als die wichtigsten Gründe zu betrachten. Alles das befindet sich zwar noch im vorbereitenden Stadium; allein die Vereinigten Staaten verfügen in den genannten Ländern und Inseln über einen nicht zu unterschätzenden moralischen Einfluß und wenn man die Thätigkeit der amerikanischen diplomatischen und Konsular-Agenten kennt und beachtet, so wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Amerikaner fest entschlossen sind, Central-Amerika, Westindien und den größten Theil Süd-Amerikas, soweit als möglich, zu ihrer Handelsdomäne zu machen. Dabei braucht nicht einmal auf die diskreten Versuche zum Ankauf dieser oder jener westindischen Inseln, an die Panama-Canal-Frage, und an die aggressive Tendenz der Politik des letzten Staatssekretärs des Auswärtigen, Mr. Blaine, hingewiesen zu werden. Die politischen Bestrebungen werden vorläufig im Hintergrund bleiben und das eigentliche Vorgehen den privaten Unternehmungen überlassen werden. Ist einmal die Reform der amerikanischen Schiffahrtsgesetzgebung, deren Mängel vielfach betont werden, vollzogen — was früher oder später der Fall sein wird — dann wird auch die Entwicklung der amerikanischen Schiffahrt in jenen Meeren wieder einen gewaltigen Aufschwung nehmen. Man mag sich davon überzeugt halten, daß die Amerikaner am Schluß dieses Jahrzehnts eine ganz bedeutende Stellung einnehmen werden.

Nächst den amerikanischen Bestrebungen kommen, wenigstens in dem größten Theil jener Länder, die Anstrengungen der französischen Interessenten in Betracht. Sie haben noch unlängst die Anzahl ihrer nach Westindien und Central-Amerika fahrenden Dampferlinien

vermehrt und entwickeln überhaupt viel Energie und Umsicht, ihre vorhandenen Interessen zu befestigen und neue zu schaffen. Im Handel mit Luxusartikeln französischen Ursprungs und namentlich im Detail-Handel haben sie seit einigen Jahren ganz bedeutenden Vorsprung gewonnen. Nicht blos in Mexiko, wo sie die Deutschen immer mehr aus dem Detail-Handel verdrängen, sondern auch darüber hinaus, speziell in den La Plata-Staaten, Argentinien 2c. Zuverlässigen Berichten zufolge tritt namentlich in der Stadt Buenos-Ayres dieselbe Erscheinung zu Tage. Im Allgemeinen trifft die Wahrnehmung zu, daß den Deutschen fast nur der Großhandel geblieben ist.

Im Vergleich mit den Amerikanern und Engländern ist von Fortschritten der Deutschen wenig zu berichten. Der deutsche Unternehmungsgeist in jenen Ländern befindet sich in einer Stockung, und man muß dafür in erster Reihe die mangelhafte, direkte Verbindung mit Deutschland verantwortlich machen. Die Hamburger Dampfer-Linien, welche hier in Betracht kommen, mögen ihrer Bestimmung in hohem Grade entsprechen, soweit als die spezifisch hamburgischen Interessen in Anbetracht kommen. Um aber eine solche Verbindung mit Central- und Südamerika herzustellen, wie Deutschland dieselbe zur Kräftigung seiner Beziehungen haben muß, dazu genügen die Privat-Dampferlinien der Hansestädte nicht mehr. Es bedarf vielmehr der Errichtung subventionirter Dampferlinien, welche unter der Kontrole der Reichsregierung stehen und von derselben so geleitet werden, daß der Zweck, die Hebung des direkten Verkehrs Deutschlands mit den überseeischen Ländern, im Vordergrund steht. Die vorhandenen Dampferlinien verfolgen den alleinigen Zweck, „sich bezahlt zu machen", und dieser (für Privatgesellschaften ganz unanfechtbare Grundsatz) schließt den anderen, höheren und allgemeinen aus. Subventionirte Dampferlinien mit guten und schnellen Fracht- und Passagier-Schiffen, häufigen Fahrten und angemessenen Frachtsätzen werden der Subvention in den ersten Jahren stets bedürfen, bis unsere Industrie- und Handelskreise des Binnenlandes die Vortheile würdigen und zu benutzen gelernt haben. Ist das ein-

mal geschehen, so wird der direkte Handel Deutschlands mit Central- und Südamerika einen ganz bedeutenden Aufschwung nehmen. Es läßt sich ja darüber reden, wie der Plan auszuführen ist, ob und welche außerdeutschen Häfen in Europa die Dampfer anlaufen sollen. Aber im Prinzip bedarf es für den der Verhältnisse Kundigen, wenn er das Interesse der Deutschen im Allgemeinen im Auge hat, keiner Darlegung, um zu erkennen, daß die Errichtung von der Reichsregierung subventionirter Dampferlinien der einzige Weg ist, auf dem die so nothwendig gewordene Hebung des direkten Verkehrs Deutschlands mit Central- und Südamerika zu erreichen ist.

Ueber den Goldmangel im Jahre 1881 findet sich eine bemerkenswerthe Auslassung in dem Jahresbericht der zur Doppelwährung hinneigenden Elberfelder Handelskammer. Im Jahre 1881 sind darnach wieder verschiedene akute Geldvertheuerungen zur Erscheinung gelangt, welche die Aufmerksamkeit der Industrie bezüglich ihrer schädlichen Wirkungen und ihrer Ursachen wachruft, speziell im Interesse der kleineren Gewerbtreibenden, die von den Erleichterungen, welche die Diskontirung im Privatverkehr bietet, keinen Gebrauch machen können. Die Gründe dieser Vertheuerungen sind bekannt und resultiren aus dem periodisch auftretenden Goldmangel auf den Hauptgeldmärkten.

Im Allgemeinen war durch unsere intimere Verbindung mit den Goldländern nach Annahme der Goldwährung seitens des Deutschen Reiches billiges Gold für Deutschland zu erwarten. Der Ueberfluß an den Nachbarmärkten stand leichter zu unserer Benutzung und zu entsprechend billigem Zinssatze offen. Die Erfahrung scheint aber zu lehren, daß der Goldvorrath der Welt zu klein ist, um nicht bei schwierigen internationalen Ausgleichungen der Handelsbilanzen auf einer Seite sehr leicht zu großer Knappheit zu führen, bevor ein Rückfluß überhaupt möglich ist oder durch die allgemeine Handelsbewegung erzielt wird. Durch diesen Uebelstand leidet aber nicht nur Deutschland allein, sondern in ähnlichem Maße alle Goldwährungsländer. Es liegt deshalb ein gemeinsames Interesse vor, welches gemeinsame Lösung erheischt und es dürfte der Augenblick kommen, in dem die Schädlichkeiten so stark hervortreten, daß man allerseits, England eingeschlossen, geneigt sein wird, auch internationale Vereinbarungen bezüglich eines festen Werthverhältnisses von Gold und Silber für internationale Ausgleichszahlungen einzugehen.

Deutsche
Volkswirthschaftliche Monatshefte.

Herausgegeben

von

Paul Freiherrn von Roëll.

VII. Jahrgang.

Heft 10 und 11. — Oktober-November.

Berlin, 1882.

Druck und Verlag von F. A. Günther & Sohn.

Inhalts-Verzeichniß.

I. Eisenbahnwesen.

II. Handelspolitische Aufsätze.

III. Sozialpolitisches.

IV. Spezial-Industrieen.

V. Statistik.

VI. Vereinswesen.

VII. Zeitreflexe.

VIII. Zolltechnisches.

Die französische Eisen- und Stahl-Production.

Frankreich hat im ersten Semester dieses Jahres 1 010 795 Tonnen Gußeisen producirt, davon waren 192 967 Tonnen Roheisen und 817 828 Tonnen Gußeisen zweiter Schmelzung.

Im zweiten Halbjahr des vorigen Jahres hatte sich die französische Gußeisen-Production auf 963 119 Tonnen belaufen, so daß im ersten Halbjahr dieses Jahres 47 676 Tonnen Gußeisen mehr hergestellt worden sind.

Die Roheisenproduction Frankreichs stieg in den 5 Jahren von 1859 bis 1864 um 275 435 Tonnen, fiel dann in der Zeit von 1865--1869 um 152 16,6 Tonnen und hob sich bis 1874 wieder um 368 590,5 Tonnen, nämlich auf 1 387 590 Tonnen.

In der fünfjährigen Periode 1859/64 betrug die Roheisen-Production 4 523 978,6 Tonnen, also im Durchschnitt jährlich 904,795,7 Tonnen; in der Periode 1864/69 stellte sich dieselbe auf 4 868 337,1 Tonnen oder auf 973 671,4 Tonnen jährlich, und in der Periode 1869/74 ist die Gesammtproduction auf 5 755 782,9 Tonnen oder auf 1 151 156,6 Tonnen durchschnittlich jährlich gestiegen.

Die Production von Gußeisen zweiter Schmelzung ist in der Periode 1859/64 von 466 823,3 auf 657 073 Tonnen, also um 190,250,6 Tonnen gestiegen; in der Periode 1864/69 betrug die Zunahme nur 42 175,4 Tonnen, in der Periode 1869/74 dagegen wieder 74 954,7 Tonnen.

In den beiden letzten Jahren stellte sich die gesammte Gußeisen-Production Frankreichs wie folgt:

1880	1881
1 725 293 Tonnen.	1,894 861 Tonnen.

Das ergiebt im Jahre 1881 eine Zunahme von 169 568 Tonnen oder 9,8 pCt.

Die Schmiedeeisen-Production Frankreichs belief sich im ersten Semester dieses Jahres auf 539 204 Tonnen oder auf 19 970 Tonnen mehr als im zweiten Halbjahr 1881.

Von dieser Gesammtproduction waren

Eisenbahnschienen	15 183	Tonnen
Handelseisen	438 995	„
Eisenblech	85 026	„

. Die Eisenblech-Production hatte sich gegen das zweite Halbjahr 1881 um 3916 Tonnen vermindert, während die Production von Handelseisen um 21 982 und diejenige von Schienen um 1904 Tonnen zugenommen hat.

Die Gesammt-Production von Schmiedeeisen belief sich im Jahre 1881 auf 1 019 170 Tonnen gegen 965 751 Tonnen im Vorjahr, das ergiebt eine Zunahme von 53 419 Tonnen oder 5,5 pCt.

Von der Gesammtproduction waren:

	1880	1881
Eisenbahnschienen	42 325 Tonnen	28 411 Tonnen.
Handelseisen	768 783 „	826 971 „
Eisenblech	154 643 „	163 788 „

Die Herstellung eisener Eisenbahnschienen hat also 1881 um 33 pCt. abgenommen; dafür hat die Stahlschienen-Production eine beträchtliche Zunahme erfahren.

Die Stahlgewinnung Frankreichs weist seit 1859 überaus schnelle Fortschritte auf; sie betrug 1859 noch 169 22,8 Tonnen.

Bis zum Jahre 1864 wurden von sämmtlichen Stahlsorten zusammen nur 131 467,6, also im jährlichen Durchschnitt nur 26 293,5 Tonnen gewonnen. In den folgenden fünf Jahren erhob sich die gesammte Stahlgewinnung schon auf 260 564,3 und die jährliche auf 52 112,8 Tonnen.

In den Jahren 1870—74 endlich wurden zusammen 659 724,6 Tonnen, also im jährlichen Durchschnitt 131 944,9 Tonnen dargestellt.

Frankreichs Stahlproduction belief sich im ersten Semester 1882 auf 223 456 Tonnen gegen 207 878 T. im zweiten Halbjahr 1881, das ergiebt eine Vermehrung um 7,5 pCt.

In den beiden letzten Jahren stellte sich die Stahlproduction wie folgt:

1880	1881
388 894 Tonnen.	418 094 Tonnen.

Das ergiebt eine Zunahme von 29 200 Tonnen oder 7,5 pCt. Von der gesammten Rohproduction entfielen

auf	1880	1881
Stahlschienen	279 498 Tonnen	300 580 Tonnen.
Handelsstahl	90 636 „	99 392 „
Stahlblech	18 760 „	18 122 „

Die Production der Stahlschienen hat sich also um 7,5 pCt., diejenige des Handelsstahls um 9,7 pCt. vermehrt, während die Stahlblech-Erzeugung um eine Kleinigkeit zurückgegangen ist.

Die Eisen-Industrie Frankreichs ist nach vorstehenden Zahlen in einem lebhaften Aufschwunge begriffen. Der Verlust des Beckens der Mosel wird durch einen überaus intensiven Betrieb der Eisenwerke in andern Gebietstheilen zu ersetzen gesucht.

Zum Stande der Arbeiterlöhne.

Die ultramontane Partei hat sich in den letzten Jahren mit vielem Geschick der Interessen der Arbeiter angenommen und hierdurch in den Kreisen derselben zahlreiche Anhänger gewonnen. Soweit sich dieses Eintreten der Klerikalen für die Arbeiter auf gesetzliche Maßnahmen, wie den Schutz der Arbeiter in Fabriken, die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, die Abschaffung der Sonntagsarbeit und dergleichen bezog, verdiente dasselbe immerhin einige Anerkennung, wenn auch die Forderungen der Partei zu Gunsten der Arbeiter

in vielen Punkten zu weit gingen. Neuerdings hat jedoch ein hervorragender Centrumsführer, vermuthlich um einen größeren Effekt auf die Arbeiter hervorzubringen, auch die Lohnverhältnisse der Arbeiter in die parlamentarische Diskussion hineingezogen und dabei Ansichten entwickelt, welche das bisherige gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ernstlich zu stören vermöchten, wenn nicht glücklicherweise unsere Arbeiter einsichtig genug wären, um die wahre Tendenz dieser scheinbar arbeiterfreundlichen Agitationen zu durchschauen und sich ihren Lockungen zu entziehen.

Herr v. Schorlemer hielt in der verflossenen Reichstagssession eine längere Rede über die Lohnverhältnisse der Bergarbeiter in Westfalen, worin er eine allgemeine Aufbesserung der Arbeiterlöhne forderte und sich nach vielfachen Angriffen auf die Bergwerksunternehmer zu der Behauptung verstieg, „daß auf sehr vielen Zechen eine Bereicherung, eine Bevortheilung der Zechen stattfände auf Kosten der Arbeit, des Schweißes und Hungers der Arbeiter". Eine Entgegnung auf diese Angriffe seitens der Bergwerksbesitzer ist seiner Zeit nicht ausgeblieben, sie konnte indeß bei der Kürze der Zeit und dem Mangel ausreichender Informationen nur eine oberflächliche sein. Inzwischen haben sich jedoch die betheiligten Handelskammern der Sache bemächtigt und in ihren Berichten eine genaue Darlegung der Lohnverhältnisse der Bergarbeiter wie der Ertragsverhältnisse des Bergbaues gegeben, aus welcher hervorgeht, daß die Recriminationen des Herrn v. Schorlemer durchaus unberechtigt gewesen sind.

In den Berichten der Handelskammern zu Bochum, Dortmund und Essen wird nämlich nachgewiesen, daß einestheils das Rendement der Zechen immer noch ein sehr geringes und weit unter dem anderer Gewerbszweige stehendes ist, andererseits trotzdem die Löhne bei vielen Zechen erhöht worden sind. Der Bergbau hat hintereinander sieben schlechte Jahre gehabt und wie gering noch jetzt seine Ausbeute ist, geht daraus hervor, daß im Jahre 1881 im Dortmunder Bezirk von 36 Tiefbauzechen mit 16,460 Arbeitern nur 9 eine Dividende

zur Vertheilung bringen konnten. Keine einzige Zeche in diesem Bezirk hat aber so viel verdient, daß eine 5procentige Verzinsung des aufgewandten Anlagekapitals ermöglicht werden konnte.

Andererseits hat aber der Verdienst der Arbeiter nicht nur durch Fortfall der bisherigen Feierzeit in Folge größeren Absatzes, sondern auf vielen Zechen auch direkt per Schicht zugenommen. Der Handelskammerbericht zu Bochum enthält eine aus amtlichen Quellen geschöpfte statistische Zusammenstellung, wonach für die Bergarbeiter im Oberamtsbez. Dortmund im Jahre 1881 eine Erhöhung der Schichtlöhne von 2,50 Mk. im I. Quartal, auf 2,53 Mk. im III. und 2,59 Mk. im IV. Quartal eingetreten ist und zwar betrifft diese Erhöhung hauptsächlich die Kohlen- und Gesteinshauer und die sonstigen in der Grube beschäftigten Förderleute und Arbeiter. Diese Daten sind authentisch und an ihnen läßt sich deshalb nichts deuteln. Eine wenn auch geringe Steigerung der Löhne im Bergbau ist sonach eine Thatsache, welche ein besonderes Gewicht erhält durch den Umstand, daß die Ertragsverhältnisse des Bergbaues im Allgemeinen selbst hinter den bescheidensten Erwartungen zurückbleiben. Wir glauben deshalb, Niemand hat Ursache, den Bergwerksbesitzern im Allgemeinen den Vorwurf zu machen, daß sie sich nährten vom Schweiße und Hunger ihrer Arbeiter.

Der Außenhandel der Papierindustrie.

Die Situation unserer Papierindustrie war während der Jahre des wirthschaftlichen Niederganges keineswegs eine erfreuliche. Hatte diese Industrie einerseits wie die meisten anderen Gewerbszweige unter der verminderten Consumtionsfähigkeit im Lande und der allgemeinen Bevorzugung geringwerthiger Fabrikate zu leiden, so blieb ihr auf der anderen Seite auch der Druck einer überlegenen ausländischen Konkurrenz nicht erspart, welcher sich insbesondere von Oesterreich her fühlbar machte. Die deutsche Papierindustrie war der öster-

reichischen nämlich in manchen Stücken untergeordnet, hauptsächlich im Mangel an Rohstoffen für die Fabrikation besserer Qualitäten, sodann in den ungünstigeren Transportverhältnissen.

Diese ungünstigen Verhältnisse bestehen für unsere Papierindustrie Oesterreich gegenüber auch heute noch, wenn schon der neue Zolltarif die direkte Konkurrenz dieses Landes ein wenig erschwert hat. Die deutsche Papierindustrie hat nämlich noch immer nicht den früher bestandenen Ausfuhrzoll auf Lumpen und Hadern wiedererlangt und die Folge davon ist, daß große Mengen von zur Papierfabrikation geeignete Lumpen nach dem Auslande gehen und der einheimischen Fabrikation so das wichtigste Rohmaterial außerordentlich vertheuert wird.

Die Statistik weist für Lumpen zwar einen Rückgang des Exports von 1880 an auf, aber dieser trifft nicht die zur Papierfabrikation tauglichen Qualitäten, in diesen hat vielmehr seit Erlaß des neuen Zolltarifs ein von Jahr zu Jahr steigender Export stattgefunden. Es läßt sich dies am besten ermessen aus der Handelsbewegung in ungebleichtem oder gebleichtem Halbzeug aus Lumpen oder anderen Materialien, welches jetzt unter der Benennung Halbstoff zur Papierfabrikation gesondert zur Anschreibung gelangt. Der Export dieses Halbstoffes hat sich für die ersten sieben Monate des Jahres von 68,987 D.-Ctr. in 1880 auf 95,248 D.-Ctr. in 1881 und 125,171 D.-Ctr. in 1882 gehoben. Die Steigerung der Ausfuhr dieses Rohmaterials beträgt also innerhalb dreier Jahre nahe an 100 pCt., und dies dürfte doch ein Beweis dafür sein, daß unsere Papierindustrie nicht mit Unrecht Beschwerde darüber führt, daß, während andere Länder ihre Papierlumpen durch Ausfuhrzölle der heimischen Industrie erhalten, wir unsere Industrie zu Gunsten des Auslandes von dem wichtigsten Rohstoffe direkt entblößen.

Die österreichische Konkurrenz erfährt eine weitere beträchtliche Vergünstigung durch die billige Transportgelegenheit, welche ihr auf der Elbe zu Gebote steht.

Sie wird in Folge dieses Umstandes unserer Papierindustrie weniger auf dem heimischen Markte als im Zollausland, insbesondere in Hamburg gefährlich. Nach den statistischen Anschreibungen betrug nämlich die Durchfuhr an Papier und Papierwaaren durch Deutschland im Jahre 1881 nicht weniger als 117,480 D.-Ctr., wovon über 90,000 D.-Ctr. aus Oesterreich kamen und zum weitaus größten Theile nach Hamburg und den Zollausschlüssen versandt wurden. Unsere gesammte Papierwaaren-Ausfuhr betrug demgegenüber im Jahre 1881 nur etwa 450,000 D.-Ctr., wobei in großer Quantität geringere Waaren, Packpapier und Pappe in Betracht kamen.

Trotz dieser Verhältnisse hat sich unsere Papierindustrie in den letzten Jahren doch nicht ungünstig entwickelt, was insbesondere auch aus der bedeutenden Steigerung ihres Exports hervorgehen dürfte. Die Handelsausweise ergaben für die ersten sieben Monate folgende Ziffern:

Einfuhr.

	1880	1881	1882
Lösch- und Packpapier, graues . . .	7,671	7,357	7,540
Pappe	7,292	10,537	10,748
Anderes Papier . .	14,845	14,697	13,899
Papiertapeten . . .	784	1,236	1,005
Zusammen	30,592	33,827	33,192

Ausfuhr.

	1880	1881	1882
Lösch- und Packpapier, graues . . .	51,215	50,053	51,382
Pappe	101,304	105,866	134,168
Anderes Papier . .	89,306	103,923	134,605
Papiertapeten . . .	12,246	14,307	15,376
Zusammen	254,071	274,149	335,531

Die Einfuhr ist sonach in Pappen gestiegen, in den eigentlichen Papieren dagegen ein wenig zurückgegangen. Der Hauptlieferant ist bis heute Oesterreich geblieben,

woneben noch die Schweiz und Frankreich für feinere Posten in Betracht kommen. Ganz bedeutend ist die Exportsteigerung und zwar namentlich in den verschiedenen Papiersorten, aber auch in Pappen und Papiertapeten.

Unsere Hauptabnehmer für Druck-, Schreib- und Kunstpapiere waren in 1882 Hamburg mit 65,402, Großbritannien mit 13,891, die Niederlande mit 11,823 und Frankreich mit 10,250 D.-Ctr. Nach Hamburg und Frankreich ist unser Papierexport in den letzten drei Jahren beträchtlich gestiegen, wogegen England und die Niederlande auf der früheren Höhe des Bedarfs stehen geblieben sind.

Die Beschlüsse des Centralverbandes Deutscher Industrieller

auf der Delegirten-Versammlung zu Nürnberg haben in der fortschrittlich-freihändlerischen Presse, wie zu erwarten war, eine ziemlich absprechende Beurtheilung erfahren. Man macht den Industriellen den Vorwurf, die wichtigen Fragen der Tagesordnung, insbesondere die Frage der Arbeiterversicherung und die Organisation der wirthschaftlichen Interessenvertretung lediglich vom Standpunkte ihrer eigensten Interessen aus behandelt zu haben und glaubt den wohlthuenden Kontrast hervorheben zu sollen, in welchem hiergegen die Verhandlungen des gleichzeitig in Mannheim versammelt gewesen Volkswirthschaftlichen Kongresses mit seinen mehr objektiven, von allgemeineren Gesichtspunkten ausgehenden Resolutionen stehen.

Es mag diese Kritik zu einem kleinen Theile vielleicht nicht unberechtigt sein, aber man vergißt dabei doch ganz und gar, daß der volkswirthschaftliche Kongreß und der Centralverband Deutscher Industrieller zwei ganz verschiedene Dinge sind, daß der eine hauptsächlich aus Vertretern der Wissenschaft, der andere aus Männern der Praxis besteht, daß in jenem wissenschaftliche Anschauungen, in diesem dagegen praktische Interessen

vertreten und zur Geltung gebracht werden sollen. Der Centralverband Deutscher Industrieller ist nie etwas Anderes gewesen — und hat sich auch nie für etwas Anderes ausgegeben — als eine Vertretung der industriellen Interessen des Landes und man kann von einer solchen natürlich nicht verlangen, daß sie bei ihren Berathungen und Beschlüssen andere als diese Interessen in den Vordergrund stellt, ebensowenig, wie man etwa dem Landwirthschaftsrath zumuthen wird, die Dinge nicht von landwirthschaftlichen Gesichtspunkten aus zu behandeln.

Der Centralverband ist ferner in erster Linie eine Vertretung der industriellen Unternehmer, in zweiter auch der Repräsentant der zahlreichen in der Industrie beschäftigten Arbeiterbevölkerung. Wo es sich nun um Fragen der Organisation der industriellen Arbeit handelt, also die Interessen der Unternehmer und der Arbeiter einander gegenüberstehen, da entspricht es nur der Billigkeit, wenn die Mitglieder des Verbandes, selbstverständlich unter vollster Berücksichtigung der gerechten und durchführbaren Ansprüche der Arbeiter, von ihrem Standpunkt als Unternehmer diejenigen Anforderungen bekämpfen, von welchen sie gestützt auf die praktische Erfahrung annehmen müssen, daß sie nicht durchführbar oder dem Bestand und der Fortentwicklung der Industrie gefährlich sein werden.

Geht man von diesen Gesichtspunkten aus und einen anderen Maßstab wird man unmöglich an die Verhandlungen des Centralverbandes legen können, so meinen wir, stellen sich die Angriffe der gegnerischen Presse als völlig unbegründet heraus. Denn auch die Resolutionen über die Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter, wenngleich sie, wie billig, einigen Bedenken der Unternehmer gegen die vorliegenden Gesetzentwürfe Ausdruck geben, sind darauf berechnet. die Interessen der Unternehmer wie der Arbeiter gleichmäßig zu wahren. Dies geht insbesondere auch hervor aus den am meisten angefochtenen Beschlüssen über die Beitragspflicht der Arbeiter zur Unfallversicherung. Die Freihandelspresse erblickt darin ein geschicktes Manöver der Industriellen,

sich von einem Theil ihrer Beitragspflicht zu entlasten, während es den Industriellen doch hauptsächlich darauf ankommt, den Arbeitern vermittelst dieser Beitragspflicht ein gewisses Gefühl der Verantwortlichkeit für leichtsinnig herbeigeführte Unfälle zu geben, die Arbeiter zur Contole ihrer Genossen zu veranlassen, Simulationen und überhaupt die gewissenlose Ausbeutung der wohlthätigen Institution nach Möglichkeit zu verhindern. Auch soll den Arbeitern auf diese Weise die Theilnahme an der Verwaltung der Genossenschaften und bei der Feststellung der Unterstützungen ermöglicht werden.

Wenn diesen praktischen Erwägungen unlautere Motive untergelegt werden, daß etwa die Arbeitgeber die Hauptlast der Versicherung auf die Schultern der Arbeiter abwälzen möchten und dergleichen mehr, so glauben wir, hier doch darauf hinweisen zu sollen, daß die Vertheilung der Versicherungslast auf Arbeitgeber und Arbeiter in der Wirklichkeit eine ganz andere sein kann und vermuthlich auch sein wird, als wie sie etwa im Gesetz vorgeschrieben sein dürfte. Für uns besteht gar kein Zweifel, daß, wenn das Gesetz dem Arbeitgeber ausschließlich die Versicherungslast auferlegt und dieser dieselbe nicht mit einer gewissen Leichtigkeit tragen kann, die ganze Last ohne Umstände in Form von Lohnkürzungen auf die Schultern der Arbeiter übertragen werden wird. Diese Ueberwälzung ist dagegen nicht so sehr zu befürchten, wenn der Arbeitgeber mit einer mäßigen Beitragspflicht herangezogen wird und auch der Arbeiter direkt einen kleinen Beitrag leistet; es ist somit sehr wohl denkbar, daß eine geringe Beitragspflicht in Wirklichkeit für den Arbeiter vortheilhafter ist, als gar keine Beitragspflicht, und da die obenerwähnten Vorzüge der ersteren doch sehr ins Gewicht fallen, so wird man den diesbezüglichen Resolutionen der Industriellen beipflichten können, auch ohne dadurch in den Verdacht der Arbeiterfeindlichkeit zu gerathen. Die Vorwürfe der industriefeindlichen Presse sind deshalb in diesem und nachweislich auch in den anderen Punkten doch mit großer Reserve aufzunehmen.

Post- und Telegraphenverkehr in Frankreich und in Deutschland.

Nachdem jüngst eine vergleichende Uebersicht des im Jahre 1881 in Frankreich stattgefundenen Post- und Telegraphenverkehrs mit Gegenüberstellung der Verkehrsbewegung im Jahre 1877 erschien, hat uns das Kaiserlich deutsche Reichs-Postamt auf unser Ersuchen soeben gleichfalls eine Uebersicht über den Post- und Telegraphenverkehr Deutschlands (inkl. Bayern und Württemberg) in den Jahren 1877 und 1881 übermittelt. Wir konstatiren aus letzterer mit ganz besonderem Vergnügen, daß der Post- wie auch der Telegraphenverkehr in Deutschland in den letzten vier Jahren eine sehr beträchtliche Zunahme erfahren hat, und daß die Gesammtanzahl der in Deutschland durch die Post beförderten Sendungen den französischen Postverkehr um 300 Millionen übersteigt, während der deutsche Depeschenverkehr allerdings noch mit zwei Millionen Telegrammen hinter dem französischen Verkehr zurücktritt.

Eine genaue ziffermäßige Gegenüberstellung des deutschen und des französischen Verkehrs bezüglich der Einzelnrubriken ist deshalb unthunlich, weil in der uns vorliegenden französischen Verkehrsübersicht die Rubriken etwas anders ausgeschieden sind, und müssen wir uns daher darauf beschränken, zu konstatiren, daß sich das Totale der von der französischen Post beförderten Gegenstände von 865 Millionen im Jahre 1877, auf 1350 Millionen im Jahre 1881 hob. Hierunter weisen in Frankreich eine Vermehrung auf: Briefe, 563 Millionen gegen 374 Millionen im Jahre 1877, unter Schleife beförderte Drucksachen, 297 Millionen gegen 161 Mill. im Jahre 1877, Drucksachen unter Couvert, 50 Millionen gegen 14 Millionen im Jahre 1877. Eine Verminderung ergaben blos die unfrankirten Briefe, deren Zahl von 7 789 000 im Jahre 1877, auf 5 978 000 im Jahre 1881 fiel, sowie Postkarten, von denen 32 800 000 im Jahre 1877 und nur 32 234 000 im Jahre 1881 zur Beförderung gelangten.

Die französischen Telegraphenämter expedirten im

Jahre 1877 nur 8 174 000 Depeschen, während sich der Verkehr im Jahre 1881 auf die sehr beträchtliche Ziffer von 19 466 000 hob, von denen 17 514 auf den inländischen Verkehr und 1 952 000 auf das Ausland entfallen, wogegen mit Genugthuung zu konstatiren ist, daß unser Depeschenverkehr mit dem Auslande mehr als das Doppelte dessen beträgt.

Die Aufstellung der vom Kaiserl. deutschen Reichs-Postamte uns übersandten Uebersicht über den Post- und Telegraphenverkehr Deutschlands enthält nachstehende Ziffern:

	1877	1881
Gesammtzahl d. durch die Post beförderten Sendungen . . .	**1 328 755 315**	**1 650 570 029**
nämlich:		
Briefsendungen. .	**1 206 489 313**	**1 499 712 315**
und zwar:		
Briefe	582 557 000	681 976 350
Postkarten	98 003 800	168 [illegible] 480
Drucksachen u. Geschäftspapiere	106 910 100	154 496 960
Waarenproben . . .	9 327 800	14 013 710
Zeitungsnummern . .	396 851 397	453 602 400
außergewöhnliche Zeitungsbeilagen . .	12 839 216	26 693 415
Packet- und Geldsendungen	**122 266 002**	**150 857 714**
und zwar:		
Packete ohne Werthang.	59 574 700	74 237 480
Packete m. Werthangabe	8 169 300	9 270 540
Briefe mit Werthangabe	9 925 000	9 871 220
Postanweisungen . .	38 207 433	49 790 545
Postauftrags-Briefe. .	2 970 369	4 013 929
Postnachnahme-Briefe .	3 419 200	3 674 000
	1878	1881
Gesammtzahl der Telegramme	**13 717 837**	**17 507 099**
nämlich:		
innerhalb Deutschland .	10 039 276	12 431 985
nach dem Auslande .	1 432 901	2 103 120
von dem Auslande .	1 640 470	2 315 804
im Durchgang . . .	602 190	656 190

Aus vorstehenden Ziffern springt am meisten ins Auge die riesige Steigerung des Postkartenverkehrs von 98 Millionen auf 168 Millionen, während der franz. Verkehr blos 32 Millonen beförderter Postkarten aufweist; sowie die beträchtliche Zunahme der Drucksachen einschließlich Geschäftspapiere und der Zeitungen, mit je 50 Millionen. Die Zunahme des deutschen Depeschenverkehrs beträgt in den letzten 3 Jahren blos 30 pCt., während der französische Verkehr gegen 1877 eine Steigerung von 138 pCt. erfuhr, gleichwohl jedoch, wie oben gesagt, dem deutschen Verkehre nur mit 2 Millionen Depeschen überlegen ist.

Die deutsche Spielwaaren-Industrie.

Im Lager der Freihandels-Theoretiker ist's ziemlich stille geworden, man tischt nicht mehr so wie ehedem täglich die Phrasen einer längst widerlegten und längst als unhaltbar erwiesenen Lehre auf; die erlittene Niederlage jedoch will man damit wett zu machen suchen, daß man die aus den verschiedensten Theilen des Reiches einlaufenden Nachrichten betreffs der sich einstellenden günstigen Folgen der installirten Schutzzollpolitik, durch versuchte Aufstellungen gegentheiliger Beweise abzuschwächen versucht. So wie jedes Licht auch seine Schatten wirft, und so wie selbst die rationellste und heilsamste Reform einige nachtheilige Wirkungen unvermeidlich im Gefolge hat, wurden auch einige unserer Industriebranchen nachtheilig von der Wendung unserer Zollpolitik berührt. Die desfallsigen, bis jetzt veröffentlichten Berichte erwiesen sich jedoch als übertrieben und die Mehrheit hatte sogar das Schicksal, von den betreffenden, angeblich durch die geänderte Zollpolitik in Nachtheil gebrachten Industriekreisen selbst dementirt zu werden.

Diese Versuche, die öffentliche Meinung durch derlei gegentheilige Berichte für die Sache der kosmopolitischen Anhänger des laisser aller, laisser faire zu gewinnen, werden wöchentlich fortgesetzt, jedoch in der denkbar un-

2*

geschicktesten Weise. So tischte dieser Tage ein Berliner Organ der Freihandels-Theoretiker seinen Lesern die Nachricht auf, es sei ihm aus „Thüringen" die Mittheilung geworden, „daß wohl kein Industriezweig unter den Segnungen der Kanzlerpolitik so viel zu leiden habe, wie die dortige Spielwaaren-Industrie. So sei zu den hohen Eingangszöllen, mit welchen unsere Spielwaaren in Nordamerika, in Spanien, in Oesterreich-Ungarn u. s. w. belegt sind, der neue französische Retorsionszoll hinzugekommen, welcher theilweise 80, ja sogar 100 pCt. des Werthes der betreffenden Artikel beträgt und einem Prohibitivzoll so ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern. Aber auch Rußland erhebe einen Zoll, der bei vielen Artikeln mehr beträgt, als der Preis der damit belegten Spielwaaren, Oesterreich aber unterwerfe den Hauptartikel der Thüringer Spielwaaren-Industrie, nämlich die sogenannten „Täuflinge", d. h. Puppen, welche nur mit dem allernothwendigsten Kleidungsstück, meistens aber mit einer stattlichen Haarfrisur versehen sind, jedweden „Täufling" also, gleichviel, ob sein Haarwuchs aus Menschenhaaren, aus Flachs, oder aus Mohair hergestellt ist, als Perrückenmacherarbeit, zum hohen Zollsatz von 100 Gulden pro Kilo. Das Blatt fügt boshafter Weise hinzu, daß man eine Abhülfe gegen diese Zollgenialität „via Berlin" wahrscheinlich auch nicht erreichen könne, denn das deutsche Reich mache seinerseits dem Export aus Oesterreich Hindernisse, und so werde man auch hier nichts concediren."

Wir haben zu dieser Auslassung zu bemerken, daß es schade — aber auch sehr vorsichtig — ist, daß das Berliner Blatt die Stadt oder doch den Bezirk nicht angiebt, aus welchem dieser Brief gekommen sein soll, denn die allgemeine Bezeichnung „Thüringen" erschwert es, zu recherchiren, in welchem speciellen Distrikte ein wesentlicher und allgemeiner Rückgang des gedachten Industriezweigs, speciell wegen der „Segnungen der Kanzlerpolitik", stattgefunden habe, nachdem gerade die deutschen Spielwaaren bisher die allezeit sehr hohen Eingangszölle des Auslandes siegreich bestanden haben.

Der betreffende Brief scheint übrigens lediglich eine Beschwerde gegen die österreichische Zollbehandlung geführt zu haben, welche Beschwerde man zu einem Artikel aufpauschte, in welchem man aber unvorsichtigerweise der Schutzzollpartei den dankenswerthen Dienst erwies, die öffentliche Meinung daran zu erinnern, daß die aufgeführten Staaten, namentlich das Vaterland des Apostels der Freihandelspolitik, Johann Baptist Say, also Frankreich selbst, sich gegen fremde Manafakturprodukte mit sehr hohen Zöllen abschließen, und daß Frankreich sogar einen Retorsionszoll von 80 bis 100 pCt. darauf legt, was einem Prohibitivzoll gleichkommt.

Wenn die gegen den Kanzler des deutschen Reichs eigentlich mehr aus rein politischen, als aus zollpolitischen Gründen zu Felde ziehenden Utopisten der Freihandels-Theorie bisher etwas mehr Verständniß für politische Oekonomie und eine etwas logischere Beurtheilung für die auf dem Zollgebiete auftauchenden Erscheinungen an den Tag gelegt hätten, würden sie den Reichskanzler eher dafür verantwortlich machen, daß er die Waffe des Retorsionszolles gegen die uns ihre Grenzen verschließenden Länder, namentlich aber gegen das uns mit seinen Manufaktur-Produkten überschwemmende Frankreich, nicht schneidig genug handhabt. Die Manchestertheorie liefert, sobald sie den Boden realer Thatsachen betritt, immer und immer wieder den Beweis, daß ihre Theorien die Spitze gegen sich selbst kehren, und ihre Bekenner manifestiren bei jeder Gelegenheit, daß es ihnen am praktischen Verständnisse und an thatsächlichen Gründen zu Gunsten ihrer Sache mangelt.

Frachtermäßigung für Eisenerze.

Seitdem die wichtigsten Eisenbahnlinien in das Eigenthum und die Verwaltung des Staates übergegangen sind, ist letzterer ein bestimmender Faktor für die Grundlagen und die Entwickelung unseres gesammten wirth-

schaftlichen Lebens geworden, denn mehr als alle Zoll- und Handelspolitik gewinnt die Eisenbahnpolitik allein durch Regelung der Güterfrachten Einfluß auf die Produktions- und Absatzverhältnisse unserer nationalen Erwerbszweige. Das Eisenbahn-Ministerium ist deshalb gegenwärtig auch das wirthschaftlich wichtigste Ministerium und überaus groß die Verantwortlichkeit, welche auf seinem Leiter lastet.

Die Freunde des Staatsbahnsystems in Preußen waren sich allerdings von Anfang an wohl bewußt, daß man von einem preußischen Eisenbahnminister nichts anderes zu erwarten habe, als die strengste und peinlichste Förforge für die ihm anvertrauten Interessen und Herr Maybach hat diese Erwartung, wie allgemein anerkannt wird, auf das Glänzendste gerechtfertigt. Wenn dennoch bei Einigen Bedenken gegen die allgemeine Verstaatlichung der Eisenbahnen obwalteten, so gründeten sich diese hauptsächlich auf den Zweifel, ob die Staatsverwaltung immer im Stande sein werde, in ihrer Eisenbahnpolitik die Verkehrsinteressen gegen das vorwiegende fiskalische Interesse in einer unserer wirthschaftlichen Entwickelung förderlichen Weise abzuwägen. Ein preußischer Eisenbahnminister wird nur zu leicht geneigt sein, zunächst auf ein möglichst reiches Erträgniß seiner Verwaltung hinzuwirken und deshalb nicht gern in Verkehrs-Erleichterungen willigen, welche, so nothwendig sie im Interesse der Volkswirthschaft sind, vielleicht anfänglich Ausfälle in den Einnahmen der Eisenbahnen herbeiführen. Der gegenwärtige Eisenbahn-Minister hat nun glücklicherweise auch in diesem Punkte bisher eine Politik verfolgt, welche nichts Kurzsichtiges an sich hat, sondern die nationale Arbeit auch auf dem Gebiete des Verkehrs nach Möglichkeit zu fördern trachtet und wir dürfen uns der begründeten Hoffnung hingeben, daß mit der fortschreitenden Besserung unserer wirthschaftlichen Lage die Eisenbahn - Verwaltung mit weiteren umfassenden Verkehrs-Erleichterungen vorgehen wird.

Schon jetzt zeigt sich indeß in dieser Beziehung eine Maßregel als dringend nöthig, welche für die Existenz

einer unserer wichtigsten Industriezweige von größter Bedeutung wäre, nämlich die Herabsetzung der Frachttarife für Eisenerze. Die deutsche Eisenindustrie ist im Laufe der Zeit zu einer so großartigen Entwickelung gelangt, daß sie mit einem beträchtlichen Theile ihrer Produktion sich auf den Export angewiesen sieht. Während sie nun in ihrem heimischen Absatze durch die vor einigen Jahren eingeführten Eingangszölle gegen die überlegene ausländische Konkurrenz ein wenig gesichert ist, begegnet sie bei ihren Exporten einer so erdrückenden Konkurrenz der englischen Werke, daß sie nach dem Auslande sehr oft ohne jeden Gewinn verkaufen muß. Diese englische Konkurrenz, welche insbesondere wegen des günstigeren Zusammenliegens von Kohlen und Eisenerzen der deutschen Industrie so überlegen ist, wird sich aber in nicht zu ferner Zeit auf den Auslandsmärkten noch bedeutend verschärfen, da die amerikanische Eisenindustrie sich von den ausländischen Importen mehr und mehr unabhängig macht, überdies auch im Eisenbahnbau bald ein gewisser Stillstand eingetreten sein wird, was die Exportaussichten der europäischen Eisenindustrien naturgemäß erheblich verringern muß.

Soll die deutsche Eisenindustrie dann noch mit der englischen wirksam konkurriren können, so wird sie vor Allem auf eine Verminderung ihrer Produktionskosten Bedacht zu nehmen haben, diese wird sich aber in erster Linie nur durch eine billigere Tarifirung der Eisenerzfrachten ermöglichen lassen. Die Eisenindustrie Rheinland-Westfalens insbesondere dürfte, da sie genöthigt ist, einen großen Theil ihrer Eisenerze auf weite Entfernungen, aus Luxemburg, Nassau und dem Harz zu beziehen, ihre seitherige Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber ohne ausreichende Ermäßigung der Erzfrachten nicht behaupten können.

In dieser Voraussicht hat die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisenindustrieller bereits vor einiger Zeit an den Eisenbahnminister um Herabsetzung der Erzfrachten, insbesondere von Luxemburg petitionirt. Der Bescheid des Ministers kann unseres Erachtens gar

nicht ablehnend ausfallen, da das Interesse der Eisenbahnen selbst mit dieser Frachtermäßigung auf das Innigste verknüpft ist. Denn wenn es sich darum handelt, ob unsere rheinisch-westfälische Eisenindustrie mit dieser Frachtermäßigung konkurrenzkräftiger im Inlande und Auslande wird, ohne dieselbe dagegen einen Theil ihres Absatzes einbüßen muß, so ist es für unsere Eisenbahnverwaltung ein einfaches Rechenexempel, daß ihr eigener Güterverkehr in jenen Gegenden auf eine dauernde Steigerung nur rechnen kann, wenn diese Frachtermäßigung so bald als möglich in's Leben tritt.

Freihandel und Volksfreiheit.

Zu den vorzüglich beliebten Behauptungen der Freihändler, mit denen dieselben das Urtheil der Menge wider das Schutzzollsystem einzunehmen suchen, ist diese, daß der Schutzzoll eine freiheitswidrige und verwerfliche Einrichtung sei, weil er die Individualfreiheit der Bürger beschränke, während das gerade Gegentheil, die Schaffung und der Schutz der persönlichen Freiheit des Individuums, die Aufgabe des Staates sei. Der Schutzzoll nehme dem Einzelnen die Jedermann zukommende natürliche Freiheit, seinen Güterbedarf von dorther zu kaufen, wo er für ihn am billigsten und Besten zu haben ist, er beschränke dem Einzelnen die freie Wahl in der Art der Verwendung seiner Produktion und hindere ihn dorthin zu verkaufen, wo es für ihn am Vortheilhaftesten sein würde. Dadurch aber, daß diese Beschränkung der Individualfreiheit der Staatsbürger lediglich im Interesse einer Minorität von egoistischen Fabriksbesitzern &c. liege, erhalte der Schutzzoll zugleich den Charakter einer widerrechtlichen Beraubung eines Theiles der Staatsbürger zu Gunsten eines Anderen, und sei daher ein durchaus verwerfliches, reaktionäres Prinzip.

Daß der Schutzzoll die persönliche Freiheit des Staatsbürgers beschränke, soll nicht bestritten werden. Allein eine freiheitswidrige und räuberische Einrichtung

ist er darum noch lange nicht. Das gesammte Staatswesen beruht ja auf Beschränkungen der Individualfreiheit, denen sich seine Bürger unterziehen und unterziehen müssen, um an Stelle der Herrschaft des Stärkeren über die Schwachen, das gleiche Recht Aller, die wahre bürgerliche Freiheit zu erhalten. Unter diesen nothwendigen Freiheitsbeschränkungen giebt es überall, und auch in den freiesten Staaten solche, deren Wirkungen in erster Reihe zu Gunsten eines Theiles der Staatsbürger wider die persönlichen Interessen eines anderen Theiles fallen, aber darum allein nirgends als eine vom Staate organisirte Beraubung seiner Angehörigen gelten. Von allen diesen Arten der im Staate bestehenden Freiheitsbeschränkungen ist jene, seinen Güteraustausch nicht frei, wie Jeder will und es ihm am Einträglichsten scheint, vollziehen zu können, wohl eine der die persönliche Freiheit am Wenigsten empfindlich treffenden, während sich die Rechtfertigung derselben aus dem Staatszwecke für jeden Verständigen so zu sagen von selbst ergiebt.

Alle Welt ist wohl über den Grundsatz einig, und auch die Freihändler bestreiten ihn nicht, daß Jedermann sich als Angehöriger eines bestimmten Staatswesens allen jenen Freiheitsbeschränkungen unterwerfen muß, die mit Rücksicht auf das Staatswohl vernünftig geboten sind. Darauf also kommt es bei jeder in Rede stehenden Freiheitsbeschränkung der Bürger an, ob dieselbe als nothwendig für die gemeine Wohlfahrt vernünftig gerechtfertigt werden kann, oder nicht. Nur in letzterem Falle wäre sie wahrhaft freiheitswidrig, und wenn sie gleichzeitig zur Bereicherung eines Theiles der Staatsangehörigen auf Kosten des anderen wirkt, erhält sie auch den Charakter einer vom Staate organisirten, widerrechtlichen Beraubung. Der Umstand allein, daß der Schutzzoll die persönliche Freiheit der Staatsbürger beschränkt, und einer größeren oder geringeren Theilzahl derselben von besonderem persönlichen Nutzen wird, beweist noch nicht die Freiheitswidrigkeit oder Verwerflichkeit desselben. Was von den Freihändlern in dieser Beziehung bewiesen werden

müßte, ist, daß der Schutzzoll dem Staatswohle und speziell in unserem Falle, der Wohlfahrt des deutschen Volkes und Reiches widerstreitet. Denn auf dem Boden des Letzteren stehen wir für die Beurtheilung unserer volkswirthschaftlichen Einrichtungen, und nicht auf Jenem einer idealen Volkswirthschaft, von welcher die Doktrinäre träumen mögen, die aber in Wirklichkeit nicht besteht, wohl auch niemals bestehen wird. Auf diesem realen Boden der bestehenden Staaten-Individualität, deren Jede ihre besonderen politischen und wirthschaftlichen Interessen gegenüber den Anderen verfolgt und pflegt, ist der Beweis, daß der Schutzzoll ein freiheitswidriges und verwerfliches Prinzip sei, aber überhaupt nicht zu erbringen.

Es läßt sich eben die Thatsache nicht verwischen, daß in Folge der in den einzelnen Staaten bestehenden Verschiedenheit sowohl der natürlichen Produktionsbedingungen als der sozialen und staatlichen Einrichtungen, die wirthschaftliche Entwicklung derselben nicht mit gleicher Schnelligkeit und Intensivität vor sich geht, sondern das eine Volk erhält einen Vorsprung vor dem andern und der eine Staat ist bereits längst zum Industriestaate geworden, während der andere noch in der Periode des Agrikulturstaates steckt. Bleibt bei solchem Unterschiede in der wirthschaftlichen Entwicklung der Güteraustausch der Staaten untereinander vollkommen frei, so ist die nothwendige, und durch die Geschichte auf allen ihren Blättern bestätigte Folge diese, daß der wirthschaftlich zurückgebliebene, schwächere Staat unter dem Drucke des wirthschaftlich Stärkeren immer mehr verarmt, daß er mit der fortschreitenden Armuth aber auch seine politische Selbstständigkeit verliert und schließlich dem Untergange verfällt. Führt nun der Freihandel die wirthschaftsschwächeren Staaten zu Verarmung und Untergang, so wirkt derselbe doch gewiß für diese nicht freiheitfördernd, sondern im Gegentheile freiheitswidrig. Denn Armuth ist immer auch Unfreiheit, sowohl für den Einzelnen wie für die Völker.

Wenn hingegen der Schutzzoll das Mittel ist, um ein wirthschaftsschwächeres Gemeinwesen aus dem Zustande

der Agrikulturwirthschaft zu jenem des Industriestaates zu entwickeln, demselben die Selbstständigkeit zu erhalten und die Nation reich zu machen, dann ist derselbe eben für dieses Gemeinwesen nicht nur kein freiheitswidriges und verwerfliches Prinzip, sondern im Gegentheile, die Annahme desselben ist für die Staatswohlfahrt durchaus geboten, damit aber auch die den Staatsbürgern für diesen Zweck auferlegte Beschränkung ihrer Individualfreiheit vollauf gerechtfertigt.

Erst wenn die Freihändler bewiesen haben, daß die wirthschaftliche Entwicklung Deutschlands auf jenem Punkte angelangt ist, auf welchem wir den Druck wirthschaftskräftigerer Staaten auf den Fortschritt unserer ökonomischen Entwicklung nicht mehr zu befürchten haben, werden sie mit ihrer Behauptung, der Schutzzoll sei eine freiheitswidrige Einrichtung, Recht haben, und auch in diesem Falle nur so weit die Behauptung auf Deutschland trifft. Bis dahin jedoch bleiben wir dabei, daß bei den bestehenden Verhältnissen diejenigen, welche für Deutschland das Schutzzollsystem verlangen, der Volksfreiheit besser dienen, als Jene, welche sich abmühen, die letztere mit dem Freihandel zu identifiziren.

Die Krefelder Seidenindustrie.

Die Seidenindustrie Krefelds ist eine Luxusindustrie, in Folge dessen ist dieselbe vorzugsweise starken Schwankungen in den Absatzverhältnissen ausgesetzt; dieselbe ist ferner zum größten Theil eine Hausindustrie, sie kann daher leichter als eine Fabrikindustrie eingeschränkt und ausgedehnt werden, da jene keines grosten festen Kapitals in Gestalt von Gebäuden, Maschinen und sonstigen Anlagen bedarf; endlich ist dieselbe eine unserer hervorragendsten Exportindustrien, die einer großen Zahl von Arbeitern Lebensunterhalt gewährt; sie muß also vom Staate geschützt werden.

Eine sehr genaue und zuverlässige Auskunft über diese wichtige Industrie liefert alljährlich der Jahresbericht der Krefelder Handelskammer. Dieser Bericht

für das Jahr 1881 bestätigt abermals eine Vergrößerung der Produktion sowohl in Sammt- als Seidenwaaren. Der Einfluß der Mode hat allerdings bewirkt, daß für Sammetgewebe die Zahl der Webstühle sich vermindert hat, dagegen ist in Seidenstoffen die Stuhlzahl um etwa 1000 gestiegen, wozu namentlich die Fabrikation gemusterter Phantasiestoffe beigetragen hat. Was den Umschlag an Fabrikaten anlangt, so weist derselbe im Jahre 1881 eine Vermehrung des Absatzes nach Deutschland um mehr als vier Millionen Mark nach. Wenn derselbe auch noch immer nicht die Höhe des Jahres 1872 mit ca. 31 Millionen Mark erreicht hat, so zeigt doch der seit 1879 wieder eingetretene Zuwachs das Aufhören der langen wirthschaftlichen Krisis. Der Export nach Oesterreich-Ungarn ist von keiner Erheblichkeit und hielt sich nur durch einige Phantasieartikel auf der Höhe von etwas über 1 Million Mark. Der Verkehr mit England, welcher in den Jahren 1878 und 1879 mehr wie ein Drittel der Gesammtproduktion Krefelds ausmachte, ist abermals um nahezu 3 Millionen Mark zurückgegangen; die Schweiz und Italien treten daselbst in immer stärkerem Maße als Mitbewerber auf. Das Geschäft nach Frankreich ist im vergangenen Jahre um nahezu eine Million beträchtlicher als im Vorjahre gewesen. Auch nach Belgien, Holland, Spanien, Italien war ein vergrößerter Absatz zu verzeichnen.

Wir lassen einige Ziffern über den Umsatz von Krefeld seit dem Jahre 1870 nach Deutschland, England, Frankreich und den übrigen europäischen Staaten in Millionen Mark hier folgen:

	Deutschland	England	Frankreich	andere europ. Staaten
1870	22,77	22,30	2,60	4,38
1872	30,94	25,43	3,43	5,67
1874	26,36	25,70	2,99	3,78
1876	22,16	26,30	2,51	3,94
1878	20,60	23,76	4,12	3,99
1879	23,40	25,02	3,64	4,09
1880	23,83	23,73	3,91	3.89
1881	28,39	20,96	4,80	4,64

Der Umsatz nach Deutschland hat also seit 1879, derjenige nach Frankreich erst seit 1880 wieder angefangen sich zu heben, während der Umsatz nach England von 1877 bis 1879 zugenommen, dann aber wieder in demselben Maße abgefallen ist.

Was nun den Export Krefelds nach den außereuropäischen Staaten anlangt, so ist derselbe im Jahre 1881 immerhin beträchtlicher gewesen als im Jahre 1879, dagegen um ca. $1^1/_2$ Million Mark gegen denjenigen des Jahres 1880 zurückgegangen, er belief sich:

1879	auf	14 202 042	Mk.
1880	„	19 120 750	„
1881	„	17 743 610	„

Nach dem Bericht des amerikanischen Konsuls zu Krefeld wurden nach den Vereinigten Staaten an Seiden- und Halbseidenstoffen, Sammeten und Bändern von dort exportirt:

1879	für	11 404 426	Mk.
1880	„	12 667 910	„
1881	„	12 427 637	„

Das ergiebt für 1881 einen Rückgang von ca. 240 000 Mk.; die starke Zunahme des Exports im Jahre 1880 ist dadurch entstanden, daß an Stelle des Artikels Sammt, welcher in der Mitte des Jahres 1880 durch einen Umschlag der Mode dort ganz vernachlässigt und unverkauft blieb, ein sehr beträchtlicher Export in Plüschen ermöglicht worden ist. Im Seidenwaarenexport nach den Vereinigten Staaten nimmt von den Hauptproduktionsgebieten Europas Krefeld jetzt die dritte Stelle ein. Während Lyon im Jahre 1881 für fast 40 Millionen Mark Seidenwaaren dahin exportirte, betrug der Export von Zürich ca. $17^1/_2$ Millionen und derjenige Krefelds 12,43 Millionen Mark.

Das Steuerprogramm des Volkswirthschaftlichen Congresses.

Der Volkswirthschaftliche Kongreß hat sich in Mannheim auch mit der Frage der Verbrauchssteuern beschäftigt und zu derselben eine Stellung eingenommen, wie man sie von dieser Versammlung früher nicht erwartet hätte. Alte Vorkämpfer des Manchesterthums haben in Mannheim bekanntlich ein gut Theil des Laisser faire-Prinzips preisgegeben und alte Vorkämpfer derselben Schule waren es auch, welche den rationellen Ausbau unseres indirekten Steuersystems nach der Art des englischen befürworteten.

Während die englische Manchesterpartei strengster Observanz die Beseitigung der angeblich drückenden Konsum- und Lizenzsteuern anstrebt und für eine einheitliche direkte Einkommensteuer plädirt, sind unsere Manchestermänner jetzt ganz damit einverstanden, das indirekte Steuersystem zu vervollkommnen, indeß mit dem Vorbehalt, daß nur wenige entbehrliche Genußmittel und diese mit einer möglichst hohen Steuer belegt werden möchten. Es ist dies das englische bezw. Gladstone'sche System, wonach nur Thee, Kaffee, Tabak, Spirituosen, Wein und Südfrüchte zur Besteuerung herangezogen werden.

Man könnte sich nun mit den insbesondere von Herrn Wolf-Stettin in dieser Frage entwickelten Principien sehr wohl befreunden und für die Erhebung der Steuern von wenigen Konsumartikeln eintreten, wenn dieses Rezept in Deutschland die gleiche Wirkung übte, wie in England. Leider ist jedoch zu befürchten, daß bei dem viel geringeren Wohlstande in Deutschland die Besteuerung weniger Artikel bei uns weit hinter dem finanziellen Bedürfnisse zurückbleiben würde. In England bringen Zölle und Accise zusammen nahe an 1000 Millionen Mark ein und die Hauptrolle spielen hierbei die Abgaben von Branntwein und Tabak. Bei uns ist an solche Erträge gar nicht zu denken, da unsere gesammten Zölle und Verbrauchssteuern noch keine 400 Millionen Mark ergeben, obwohl wir nahezu die

doppelte Bevölkerung Englands haben. Es erscheint deshalb auch nicht angänglich ohne Weiteres in unserer Finanzpolitik das englische Beispiel nachzuahmen. Die Zusammensetzung und der Vermögensstand unserer Bevölkerung verweist uns vielmehr auf Frankreich als das beste Muster für eine rationelle Steuergesetzgebung.

Der Liberalismus in der Volkswirthschaft.

Die leidige Verquickung des politischen mit dem volkswirthschaftlichen Liberalismus hat schon so viel Unheil angestiftet, daß man nicht oft und ernstlich genug dagegen auftreten kann. Auch in der bevorstehenden Wahlkampagne scheint sie berufen, wieder eine große Rolle zu spielen, wenn es nicht gelingt, klare Begriffe zur Geltung zu bringen von dem, was ein freisinniger Mann in volkswirthschaftlichen Fragen für Grundsätze zu bekennen hat, um zum Wohle des Volkes durch seine Abstimmung zu wirken. Da ist es denn das Erste, daß er sich durch das Aushängeschild des Wortes Freiheit nicht verführen läßt, sondern unbefangen den Dingen auf den Grund sieht und nicht wie sie, angethan mit dem Freiheits-Mäntelchen, ihm äußerlich sich darstellen. Hier findet er alsbald, daß es mit den Freiheitsphrasen in der Wirklichkeit nicht weit her ist, daß vielmehr den Bürger im Staat mehr der Zwang als die Freiheit leitet. Nachdem er kaum geboren ist, zwingt ihn dieser, sich beim Standesamt als Ankömmling zu melden, nach einer Weile zwingt er ihn, sich im Interesse des allgemeinen Wohles impfen zu lassen und wiederholt diesen Zwang von Zeit zu Zeit in gleichem Sinne, dann zwingt er ihn, die Schule zu besuchen und dieß eine gewisse Zeit lang in vorgeschriebener Stufenfolge fortzusetzen, endlich zwingt er ihn, eine Reihe von Jahren lang sich der Vertheidigung des Vaterlandes hinzugeben, außerdem, daß er ihn sein Leben lang zum Steuern zahlen, zum Gehorsam gegen die Staatsgewalt und zu vielem Andern zwingt.

Der Gehorsam gegen die Staatsgesetze enthält aber

eine so lange Reihe von Beschränkungen der Freiheit, daß sich Jedem das Gefühl aufdrängen muß, daß unter Freiheit nicht das schrankenlose Belieben des Einzelnen zu verstehen sei, sondern daß dieses Belieben stets einer Beschränkung unterliege, die in der Rücksicht auf das Wohl Aller ihren Grund hat. Führte diese Rücksicht auf das Wohl Aller vielfach schon dahin, daß alle Hauseigenthümer eines Landes zwangsweise zur Versicherung ihrer Gebäude gegen Brandschaden in eine Landesanstalt beigezogen werden und haben die unermeßlichen, durch Wassersnoth in manchen Gegenden erst jüngst wieder verursachten Schäden und Verluste die Rufe nach zwangsweisem Schutze der Waldungen gegen ihre Verwüster erschallen lassen, so mögen Diejenigen, welche noch unbefangen zu urtheilen fähig sind, zugeben, daß wir bei dem Freiheitsphrasengeklingel schlecht bestehen, daß vielmehr die leidige Erfahrung lehrt, daß gar häufig der Mensch zum Guten gezwungen werden muß, so daß der Zwang ein wesentliches Element eines geordneten Staatslebens und das unausweichliche Korrelat wahrer Freiheit ist. Dem Liberalismus auf volkswirthschaftlichem Gebiete können wir nicht oft und eindringlich genug zurufen, daß wie ohne Schutz, auch ohne Zwang keine Freiheit möglich ist.

Vorschläge zur technischen Durchführung einer prozentualen Börsensteuer.

Unter diesem Titel ist kürzlich zu Jena (Verlag Gustav Fischer) eine kleine Schrift von Dr. Robert Friedberg, Dozenten der Staatswissenschaften in Leipzig erschienen, welche das Thema behandelt, daß und auf welche Weise die immer allgemeiner auftretende Forderung nach Erhebung einer prozentualen Börsensteuer ohne alle Schädigung des legitimen Börsengeschäftes erfüllt werden kann.

Nachdem mit kurzen Worten rücksichtlich der Begründung der Nothwendigkeit und Gerechtigkeit einer bis jetzt noch fehlenden besonderen Besteuerung des Verkehres in Werthesfekten auf eine im Jahre 1875 von

demselben Verfasser erschienene Studie verwiesen, und die Unzulänglichkeit der durch das Reichsgesetz vom 1. Juli 1881 geschaffenen fixen Stempelsteuer dargethan wird, welche die Anschaffung oder Veräußerung des Pfandbriefes des kleinen Mannes mit dem gleichen Steuersatze belegt, wie die großen Investirungen des Kapitalisten, welcher den Effektenhandel in empfindlichster Weise belästiget, und schließlich für das gewerbemäßige Bank- und Börsengeschäft zu einem besonderen Mittel der Bereicherung auf Kosten seiner Kunden geworden ist, denen die tarifmäßige Stempelsteuer aufgerechnet wird, ohne daß sie von Seite des Bankgeschäftes wirklich bezahlt worden ist, — charakterisirt der Herr Verfasser in einem zweiten Absatze die zu fordernde prozentuale Börsensteuer als eine besondere Art der Verkehrsbesteuerung, welche letztere in der Form des Urkundenstempels, der Einregistrirung oder mittelst einer bei der Uebergabe der behandelten Vermögensobjekte zu entrichtenden Abgabe vollzogen werden kann, und überall dort einzutreten hat, wo die Besteuerung des Erwerbungsaktes der Ertragsbesteuerung vorzuziehen ist, weil die richtige Abschätzung des periodisch wiederkehrenden Ertrages auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt. Im dritten Absatze der Schrift werden diese drei verschiedenen Erhebungsarten der Verkehrssteuer in ihrer Anwendbarkeit für die Börsengeschäfte geprüft und der Schluß gezogen, daß der Stempel als Werthumsatzsteuer für das Börsengeschäft nicht paßt, daß die Einregistrirung der Börsengeschäfte zwar leicht durchführbar wäre, aber dem Uebelstande unterliegen würde, daß dieselbe wie der Stempel vielfach vermieden und die Steuerzahlung daher umgangen werden könnte, daß dagegen die Erhebung der prozentualen Börsensteuer bei der Uebergabe der Effekten unter Voraussetzung bestimmter Einrichtungen und Bedingungen für das Börsengeschäft vollkommen durchführbar wäre.

Diese Einrichtungen und Bedingungen wären für die Besteuerung des Zeitgeschäftes, daß erstens sämmtliche an der Börse geschlossene Zeitgeschäfte durch einen zu konstituirenden Liquidations-Verein beglichen werden

müssen. Zweitens daß dieser Liquidations-Verein ein offizielles, unter Leitung der Börsenbehörde stehendes Institut sei, dessen Errichtung für sämmtliche Fondsbörsen obligatorisch sein soll; und drittens daß der Liquidations-Vereins selbst mit der direkten Einziehung des Steuerbetrages von den Kontrahenten betraut ist. In gleicher Weise ließe sich auch die Besteuerung der auf der Börse geschlossenen Kassegeschäfte durchführen, wenn erstens alle börsenmäßig gehandelten Effekten durch ein zu errichtendes Effekten-Clearinghaus zu liefern und zu nehmen obligatorisch gemacht wird; zweitens wenn dieses Abrechnungshaus ein offizielles, von der Börsenbehörde geleitetes Institut und drittens dasselbe mit der Berechnung und Einziehung der Steuerbeträge betraut wird.

Die Vorzüge der also vorgeschlagenen Erhebungsweise der prozentualen Börsensteuer wären nach dem Herrn Verfasser diese, daß die Umgehung der Steuer nahezu unmöglich wäre; daß die Kontrole eine viel tiefergreifende sei, als bei einem Werthstempel, dessen richtige Verwendung nur durch schwere Strafen erzwingbar ist; daß die so eingerichtete Steuer nicht unmittelbar in den Börsenverkehr eingreift, sondern erst später zur Perzeption gelangt; daß die direkte Einziehung der Steuer gegen Steuerquittung dem Verpflichteten die Verantwortlichkeit für die richtige Berechnung des Steuerbetrages abnimmt und ihn vollständig von den Stempelvexationen befreit, mit denen das heutige Börsensteuergesetz ihn wahrhaft überschüttet. Insoferne endlich die gemachten Vorschläge in der Voraussetzung des obligatorischen Liquidations-Vereines und Clearinghauses gipfeln, würde das Börsenpublikum nur zur Anwendung jener geschäftlichen Formen gezwungen sein, welche als die zweckmäßigsten für die Geschäftsabwicklung von den Interessenten selbst anerkannt sind. Von einer Störung oder Schädigung des technischen Geschäftsbetriebes könne gar keine Rede sein, vielmehr würde der vom Staate geübte Zwang nur die Folge haben, die Vortheile des Regulirungsverfahrens durch Liquidations-Verein und Clearinghaus zu verallgemeinern, indem dasselbe auch jenen Personen aufge-

nöthiget wird, die aus Trägheit oder Kleinkrämerei sich bisher ablehnend dagegen verhalten haben. —

Dies ist im Wesentlichen der Inhalt der verdienstvollen Schrift des Herrn Dr. Friedberg, mit welchem wir unsere Leser bekannt machen zu sollen glaubten, damit dieselben daraus die Ueberzeugung schöpfen, daß die prozentuale Börsensteuer, für welche auch wir von Anfang an aus Gründen der ausgleichenden Gerechtigkeit im bestehenden Steuersysteme eingetreten sind, jenes steuertechnische Phantom nicht ist, als welches dieselbe vom wirthschaftlichen Liberalismus dargestellt wird. Speziell diesen unseren manchesterlichen Wirthschaftspolitikern und den Börsenspekulanten dürfte diese Schrift die allerdings niemals begründet gewesene Hoffnung nehmen, es werde die Einführung der vielbefürchteten prozentualen Börsensteuer schon an ihrer technischen Undurchführbarkeit scheitern.

Dabei stimmen wir der vom Herrn Verfasser vorausgesetzten Neuordnung des Börsenrechtes durch ein Reichsbörsengesetz, welches die Börsenbesucher zwingen würde, ihre Geschäftsschlüsse dem Liquidations-Vereine und Clearinghause zur Abwicklung zu übergeben vollkommen bei, und theilen vollständig seinen Ausspruch, „daß das beliebte, aber nichts sagende Stichwort von der Freiheit des Verkehres hier bei bestem Willen nicht passe.“ Jedoch, wenn es sich erzwingen läßt, was der Herr Verfasser voraussetzt, daß die Börsenbesucher ihre Geschäftsschlüsse dem Liquidations-Vereine und Clearinghause aufgeben müssen, so dürfte es sich wohl auch erzwingen lassen, daß dieselben einem behördlich bestellten und beeideten Börsensensale behufs Ausfertigung des zur Rechtsgültigkeit des Geschäftes erforderlichen Schlußzettels angemeldet werden müssen. Dann aber erscheint uns, was speziell die Besteuerung anbelangt, als der einfachere der ebenfalls vom Herrn Verfasser gebrachte Vorschlag der Einregistrirung der Börsengeschäfte in der Weise, daß jeder Schlußzettel doppelt geschrieben und das eine Duplikat an das im Börsengebäude befindliche Einregistrirungsbureau abgegeben wird, welches den berechneten Steuerbetrag von den Kontrahenten direkt

einzieht. Das Bedenken der Hinterziehung der Steuer dadurch, daß die Ausfertigung des Schlußzettels vermieden wird, scheint uns im Falle letzteres obligatorisch gemacht ist, zum wenigstens nicht gewichtiger gegen diese Erhebungsart zu sprechen, als wenn die Steuerperzeption an die Voraussetzung geknüpft ist, daß alle Börsengeschäftsschlüsse von den Kontrahenten an den Liquidations-Verein und das Clearinghaus abgegeben werden sollen.

Bauernvereine.

Einen Eckstein im Gebäude der modernen, politischen und wirthschaftlichen Freiheit, für dessen Aufrichtung und Erhaltung unser Jahrhundert sich abmüht, bildet das freie Vereinsrecht des Staatsbürgers zur Verfolgung politischer sowohl als wirthschaftlicher Interessen. Und mit Recht wird das Vereinsrecht hochgehalten, denn Vereinigung macht ebenso stark, wie Zersplitterung der Kräfte ohnmächtig, im politischen und wirthschaftlichen Kampfe. Weil dies heute in Jedermanns Bewußtsein ist, darum ist das Vereinswesen auch eine Signatur unserer Zeit, und es giebt Vereine für alle möglichen Dinge und Interessen vom Ernsthaften bis zum Lächerlichen. Nur im eigentlichen Bauernstande fand die Vereinsbildung bis jetzt noch keinen rechten Boden, denn die bestehenden landwirthschaftlichen Vereine sind im Wesentlichen doch nur Versammlungen der größeren Gutsbesitzer und theoretisch gebildeter Landwirthe, denen der richtige Bauer ziemlich fremd und zugleich mißtrauisch gegenübersteht.

Dies soll nun anders werden. Man ist konservativerseits auf den Gedanken der Gründung von Bauernvereinen verfallen, natürlich, um dieselben als Mittel für die Förderung der eigenen Parteiinteressen zu verwerthen. Die Liberalen, in Erkenntniß der Gefahr, welche ihnen durch eine solche Stärkung der politischen Gegner erwachsen muß, wollen ihrerseits ebenfalls Bauernvereine ins Leben rufen, die auf das Programm des Liberalismus verpflichtet werden, und den konservativen Bauernvereinen das Gegengewicht halten sollen.

Sonderbarerweise erheben sich jedoch gerade im liberalen Lager auch Stimmen, welche die Bildung solcher Bauernvereine für verwerflich und schädlich erklären. Während die Vereinsbildung für alle anderen Berufsstände als das Palladium der Freiheit gilt und durch den Liberalismus angepriesen wird, hören wir auf einmal, daß im Bauernstande das Zusammenstehen der Rührigeren und Aufgeweckteren zur Verfolgung ihrer bäuerlichen Interessen ein urreaktionäres Thun sei. Bauernvereine für politisch-wirthschaftliche Zwecke, heißt es, bezwecken nichts anderes, als auf politischem Gebiete die Wiederherstellung der mittelalterlichständischen Interessenvertretung, und auf wirthschaftlichem, die Wiederherstellung des Unterthänigkeitsverhältnisses und der Gebundenheit des bäuerlichen Grundbesitzes. Die nächste Wirkung solcher Vereine werde jedoch die Aufreizung des Gegensatzes zwischen Land- und Stadtbevölkerung, die Wiedererweckung des Klassenhasses durch Gegenüberstellung der verschiedenartigen Berufsinteressen beider sein, statt daß die vollständige Beseitigung der letzteren, ebenso engherzigen als gefährlichen Anschauung angestrebt werden soll.

Woher nun die Fortschrittspartei, wie sie sich nennt, diese Kenntniß der Zwecke und Ziele der Bauernvereine gewonnen hat, wissen wir allerdings nicht. Aber es dürfte mit dem Ganzen wohl auch selbst kein anderer Zweck verfolgt werden, als der urtheilslosen Menge wieder einmal das Treiben der reaktionären Wühler so recht gruselig an die Wand zu malen. Denn daß die Bauern im Ernste Vereine zu dem Zwecke bilden werden, um in den früheren Unterthänigkeitsverband und zur bestandenen Scheinvertretung ihrer Interessen auf einem ständisch gegliederten Landtage zurückzukehren, das glauben gerade diejenigen am wenigsten, welche diese Schauermähre erzählen. Aber auf Umwegen heißt es, werden die Bauern dahin gebracht werden von den Reaktionären, die sich unter dem Vorwande der Interessengemeinschaft der Führerschaft bemächtigen! Mag wohl auch sein, daß manchem, der heute für die Bildung konservativer Bauernvereine agitirt, eine derartige Zukunft im Kopfe spukt; aber man wird auch nicht vergessen dürfen, daß der

Grundcharakter unserer deutschen Bauernschaft das Mißtrauen ist gegen Alles, und leider auch das Gute, was ihm von Außerhalb seines eigenen Dunstkreises geboten wird, insbesondere aber Mißtrauen gegen den Städter und die ehemalige Gutsherrschaft. Eben dieses Mißtrauen ist ja auch neben der Indolenz die hauptsächliche Ursache, warum das Vereinswesen bis jetzt im Bauernstande noch keinen Grund gefaßt hat.

Es ist zwar richtig, daß die natürliche Vereinsbildung der Bauern in der Dorfgemeinde bereits gegeben, und in ihr jedem Gemeindegliede eine kräftige Handhabe zur Wahrung und Förderung seiner politischen und wirthschaftlichen Standesinteressen gegeben ist. Allein wird diese auch kräftig oder auch nur überhaupt ausgenützt? Mit Nichten. Warum sollten nun die rührigeren und einsichtigeren Bauern aus den einzelnen Gemeinden sich nicht in besondere Vereine zusammenthun, zu dem Zwecke, um die Gemeindeverfassung und ihre Gemeindeangehörigkeit in einer den heutigen politischen und wirthschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Weise auszugestalten und besser auszunützen, als es bis jetzt der Fall war? Oder will der Liberalismus vielleicht behaupten, es gäbe für die Bauern auf diesem Felde überhaupt nichts zu thun, weil für dieselben ohne dies Alles bereits zum Besten steht, oder weil sie es den Städtern und speziell den fortschrittlichen Parlamentariern überlassen sollen, die Besserung der bäuerlichen Verhältnisse herbeizuführen?

Wie es eine Thorheit ist, in der Bildung von Bauernvereinen die Rückkehr zu mittelalterlichen Verfassungs- und Besitzzuständen wittern zu wollen, ebenso ist es ein Verbrechen wider die politische und bürgerliche Freiheit, die Vereinsbildung gerade dem Bauernstande abzusprechen. Wenn dies nichtsdestoweniger geschieht, so erkennen wir darin nur wieder jenen parlamentarischen Pseudoliberalismus, welcher witternd, daß die Bauernvereine im Großen und Ganzen eine Machtvermehrung des Konservatismus und der Regierung bedeuten könnten, und daß selbst liberal angehauchte Bauernvereine niemals auf den Fortschrittsleim gehen dürften, selbst das eigene

Parteiprinzip verwirft, weil es die Gegner stärken könnte. Man will die Freiheit eben immer nur für sich, und so lange sie den eigenen Zwecken dient, auf der Gegenseite wird sie zur Reaktion gestempelt.

Der deutsch-italienische Handelsverkehr.

Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu Italien sind seither auf ein recht bescheidenes Maß beschränkt geblieben, welches weder der wirthschaftlichen Bedeutung noch den intimen politischen Beziehungen beider Länder entspricht. Bei einer Bevölkerung Italiens von 30 und Deutschlands von mehr als 40 Millionen Menschen betrug unser Import aus Italien im Jahre 1880 nicht mehr als 64 Millionen Mark und unser Export nach jenem Lande gar nur 55 Millionen Mark, sodaß der Verbrauch italienischer Waaren in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung kaum Mk. 1,50 und der Verbrauch deutscher Waaren in Italien per Kopf vielleicht Mk. 1,75 erreicht.

Die größte Schuld an dieser geringen Ausdehnung unseres Handelsverkehrs mit Italien trug neben der zeitweilig sehr protektionistischen Handelspolitik der italienischen Staatsmänner, der Mangel einer direkten und billigen Verkehrsstraße von den deutschen Industriezentren nach den wichtigsten Kunsumtions- und Handelsplätzen des Südens. Von Deutschland führte zwar eine Eisenbahnlinie von Bayern durch Tyrol nach der Poebene, diese Linie lag aber unseren Hauptindustriebezirken im Westen ebenso sehr aus dem Wege, als den oberitalienischen Handelsemporien Mailand und Genua, sodaß ein direkter Verkehr zwischen beiden nicht aufkommen konnte. Italien wurde deshalb mit Industrieerzeugnissen hauptsächlich von dem näher gelegenen Frankreich und dem den billigen Seetransport benutzenden England versorgt; neben diesen erzielte nur noch Oesterreich-Ungarn einen bedeutenderen Absatz auf den italienischen Märkten.

Diese Verhältnisse sind nun bekanntlich mit der Eröffnung der Gotthardbahn wesentlich zu Gunsten Deutschlands und speziell seiner westlichen Industriebezirke ver-

rückt worden. Köln und Straßburg liegen jetzt von Mailand und Genua nicht weiter entfernt als Paris oder Wien und es ist deshalb nur noch eine Frage der Zeit und richtiger Verkehrspolitik, ob die deutsche Industrie in Oberitalien den drei genannten Ländern ebenbürtig zur Seite stehen wird. Schon jetzt, wenige Monate nach der Eröffnung der Gotthardbahn, liegen deutliche Anzeichen der gesteigerten Konkurrenzfähigkeit Deutschlands in Italien vor. Nach den deutschen Handelsausweisen hat sich nämlich Deutschlands Export nach Italien in den beiden Monaten Juni und Juli ganz beträchtlich gehoben. Da es wohl allgemein interessiren wird, diese Bewegung zu verfolgen, so geben wir hier eine Zusammenstellung des Exports nach Italien für die besonders in Betracht kommenden Artikel. Es wurden ausgeführt:

	Juni-Juli 1881	Juni-Juli 1882	Mehr 1882
Eisenfabrikate, Tonnen	79,046	107,348	+28,302
Maschinen ꝛc., "	12,302	14,086	+ 1,784
Eisenbahnfahrzeuge . . . . Stück	—	76	+ 76
Kupfer-Waaren, Tonnen	255	693	+ 438
Branntwein "	107	17,409	+17,302
Papierwaaren "	415	1,446	+ 1,031
Steinkohlen "	—	40,210	+40,210

In allen diesen Artikeln ist die Steigerung des Exportes nach Italien eine außerordentliche, bei einzelnn, wie bei Steinkohle, ist sogar durch den neuen Schienenweg ein Export nach diesem Lande überhaupt erst ermöglicht worden.

Diese vorläufigen Resultate berechtigen nun gewiß zu den besten Hoffnungen, indeß doch nur unter der Voraussetzung, daß die italienischen Eisenbahnen den deutsch-italienischen Verkehr durch billigste Tarifirung möglichst begünstigen und gleichzeitig die italienische Regierung den Zolltarif in mäßigen Grenzen hält. In diesen Punkten scheint man in Italien noch nicht ganz überzeugt zu sein, daß der Vortheil Deutschlands zugleich auch der Vortheil Italiens ist, obwohl doch die

Gotthardbahn für Italien nur in dem Grade an Werth gewinnen kann als durch dieselbe das oberitalische Industriegebiet und insbesondere der Hafen von Genua mit den reichen Industriebezirken des Ober- und Niederrheins in engere Verbindung gebracht wird. Wenn die Italiener eine weitsichtige und liberale Verkehrspolitik verfolgen und dem Import von Genua nach Deutschland, wie dem Export von Deutschland nach Italien und nach diesem Hafen die billigsten Frachten gewähren, so muß Genua in kurzer Zeit der wichtigste Hafen des Mittelmeeres werden, da er, wie erwähnt, die bedeutendsten Industriecentren des Continents in direkter Linie mit dem Meere verbindet. was weder bei Marseille noch bei Triest in gleichem Maße der Fall ist.

Für Italien liegt die eigentliche Bedeutung der Gotthardbahn darin, daß es bei richtiger Verkehrspolitik gelingen kann, für den Hafen von Genua und die oberitalische Industrie in der Schweiz und in Deutschland ein konsumtionskräftiges Hinterland zu gewinnen. Da Deutschland nun auf der andern Seite ebensosehr von England umworben wird, so liegt es in seiner Hand, den Nordseeimport oder den Mittelmeerimport zu begünstigen. Daß letzteres nur geschehen wird, wenn Italien seinerseits auch auf die Exportbedürfnisse Deutschlands Rücksicht nimmt, dürfte sich von selbst verstehen und so meinen wir, liegt es im dringendsten Interesse Italiens, seine Handelsbeziehungen zu Deutschland in jeder Weise zu fördern. Die Verkehrsbeziehungen zwischen beiden Ländern sind durch die Gotthardbahn so sehr erleichtert worden, daß es sich wohl empfehlen dürfte, zwischen Italien und Deutschland demnächst einen Handelsvertrag abzuschließen, wodurch den beiderseitigen Interessenten die ungestörte Entwickelung dieser Verkehrsbeziehungen verbürgt werden würde.

Deutsche kunstgewerbliche Ausstellungen im Auslande.

Vor mehreren Jahren bereits wurde von süddeutschen Industriellen der Plan ventilirt, dem deutschen Kunstgewerbe durch permanente Ausstellungen in anderen Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten und den wichtigeren mittel- und südamerikanischen Ländern ein erweitertes Absatzgebiet zu verschaffen. Die Idee ist damals, obwohl deren praktische Durchführbarkeit von keiner Seite bezweifelt wurde, nicht verwirklicht worden. Jetzt wird nun aufs Neue dafür agitirt, permanente Ausstellungen von Leistungen der deutschen Industrie in den Vereinigten Staaten von Amerika einzurichten und der „Export" weist in seiner letzten Nummer des Näheren auf die Bedingungen hin, unter welchen eine solche permanente Ausstellung der deutschen Industrie wirklich von Nutzen sein könnte.

Die Anbahnung von Handelsbeziehungen mit dem Auslande geschieht seitens der deutschen Industriellen noch vielfach in der Weise, daß man sich direkt mit ausländischen Fabrikanten oder Detailhändlern in Verbindung setzt und diese zur Einführung deutscher Fabrikate zu bewegen sucht. Dieser Weg ist indessen namentlich für den mit beschränkten Mitteln arbeitenden Industriellen sehr irrationell und häufig mit Enttäuschungen und Verlusten verknüpft. In den Vereinigten Staaten, wie in den meisten anderen Ländern, welche europäische oder deutsche Waaren gebrauchen, wird der Import ausländischer Fabrikate am wirksamsten von großen Importeuren besorgt, da der Kleinhändler abgeneigt ist, direkt mit ausländischen Fabrikanten in Beziehung zu treten und diese Importeure sind gewöhnlich bestrebt, für die wichtigeren Gebrauchsartikel, welche in größeren Quantitäten Absatz finden, direkte Abschlüsse im Auslande durch Reisende zu machen.

Nun giebt es aber viele Artikel, namentlich im Kunstgewerbe, welche einzeln nicht einen so großen Absatz in Aussicht stellen, daß sich die größeren Importhäuser mit deren Einführung und Vertrieb im Auslande befassen

möchten. Für diese ist eine Anlehnung an auswärtige Importeure nicht angänglich, eben so wenig aber ein direkter Verkehr mit ausländischen Fabrikanten und Händlern und deshalb bringt der „Export" für solche nicht dem täglichen Verbrauch angehörende Artikel die Errichtung von permanenten Ausstellungen im Auslande in Vorschlag, welche den ausländischen Händler in den Stand setzen werden, absatzfähige deutsche Fabrikate kennen zu lernen und direkt zu vertreiben. Für diese Ausstellungen werden sich nach der Meinung des Blattes insbesondere die kunstgewerblichen Arbeiten der Metall-, Thon-, Porzellan-, Kunststein-, Glas-, Holz-, Papier-, Leder- und chemischen Industrie eignen.

Die Wirksamkeit solcher Ausstellungen in Rücksicht auf unseren kunstgewerblichen Export kann wohl nicht in Zweifel gezogen werden, es wird indessen der Erfolg wesentlich durch die Organisation dieser Unternehmungen bedingt werden und wir sind da der Meinung, daß dieselben einen um so größeren praktischen Werth erlangen werden, je größerer Spielraum der Initiative des Einzelnen gelassen wird. Die Ausstellungen auf genossenschaftlicher Basis zu errichten und etwa den ausländischen Käufern die Anknüpfung direkter Beziehungen zu den einzelnen Ausstellern zu überlassen, würde ja gegen den heutigen Zustand auch von Vortheil sein, aber der bessere Weg zur Einführung deutscher kunstgewerblicher Artikel im Auslande scheint uns doch der zu sein, daß sich eine oder mehrere Persönlichkeiten mit kräftigem Unternehmungsgeiste und hinlänglichem Kapital dem Importe kunstgewerblicher Erzeugnisse widmen und daneben vielleicht zur besseren Einführung derselben an den wichtigsten Plätzen Ausstellungen einrichten. Die Aufgabe unserer Industriellen wäre es nur, solche Leute nach Möglichkeit zu unterstützen, nöthigenfalls ihnen auch die Mittel an die Hand zu geben, um das Risiko der Einführung tragen zu können.

Wenn wir uns danach umsehen, in welcher Weise andere Völker ihre Industrieerzeugnisse bei uns vertreiben, so bemerken wir, daß hier die Initiative des Einzelnen die Hauptrolle spielt. Es giebt bei uns keine genossen-

schaftliche Ausstellung fremdländischer Fabrikate, aber es giebt eine ganze Anzahl großer Verkaufsgeschäfte, welche sich lediglich mit dem Vertriebe amerikanischer, englischer, italienischer oder französischer Artikel befassen und in ihren Läden und Schaufenstern fortwährend Ausstellungen dieser Artikel unterhalten. Solche Geschäfte müssen auch wir für unsere deutschen Artikel im Auslande errichten, wenn wir für unsere Kunstgewerbe im Auslande einen größeren Markt gewinnen wollen. Bloßen Ausstellungen etwa gar auf genossenschaftlicher Basis vermögen wir dagegen ihres rein theoretischen Charakters wegen einen dauernden Werth nicht beizumessen.

Deutsche Braunkohle.

Die deutschen Braunkohlen-Bergwerke arbeiten schon seit Jahren unter sehr precären Verhältnissen, hauptsächlich durch den enormen Import der böhmischen Braunkohle leidend, die im Jahre 1880 mit 80 Millionen Centner in Deutschland eingeführt wurde.

Daß ein solcher Konsum Deutschlands in böhmischer Kohle wesentlich auf unseren inländischen Braunkohlen-Bergbau drücken muß, liegt auf der Hand, nur ist nicht zu verkennen, daß, würden die obigen 80 Millionen Centner böhmischer Braunkohle nicht eingeführt und dafür unsere inländische Braunkohle mehr konsumirt, wobei ca. 8000 Bergleute sicheren Verdienst jährlich mehr finden würden, dadurch diese unsere großartige nationale Industrie, die dem Untergange entgegentreibt, zum Segen des Vaterlandes erhalten werden würde. Wir können nachstehende Zuschrift eines deutschen Fachmannes nicht ganz unberechtigt erachten. Derselbe schreibt: „Der Patriotismus der Deutschen, mit dem die Deutschen sich so gern brüsten, scheint fast mehr eine mythische Reklame als der Ausdruck großer Vaterlandsliebe zu sein.

Betrachten wir außer vielen anderen Voreingenommenheiten des Deutschen gegen deutsche Erzeugnisse, z. B.

den Artikel „Kohle“, so finden wir die fast unglaubliche Thatsache konstatirt, daß der Deutsche mit Vorliebe böhmische Braunkohle konsumirt, trotzdem Deutschland heute in seinem Braunkohlen-Bergbau großartig entwickelt ist, und trotzdem die deutschen Gruben theils eine der böhmischen Braunkohle fast gleichwerthige Kohle, theils Briquettes und Formsteine vorzüglichster Güte produziren, worauf der Deutsche eigentlich stolz sein könnte.

Demnach bezahlt der Deutsche die böhmische Braunkohle gern und bereitwillig mit fast doppeltem Preise, als er deutsche Stückkohle in stets frischester Förderung von deutschen Gruben jederzeit beziehen kann.

Man kann ein solches Verhalten des Deutschen wohl kaum patriotisch nennen, und um so weniger, als nicht zu leugnen ist, daß, während die deutschen Gruben in den Sommermonaten wegen Mangel an Absatz fast still liegen müssen, weil der Deutsche böhmische Kohlen konsumirt, und während deutsche Bergarbeiter aus Mangel an Arbeit in deutschen Gruben betteln oder dem deutschen Vaterlande den Rücken kehren müssen, immenses deutsches Geld (ca. 20 Millionen Mk. pro Jahr) für böhmische Kohle ins Ausland wandert und zwar nach Böhmen, welches unsere deutschen Brüder so nett behandelte.

Niemand wird unsere Behauptung widerlegen wollen, daß weder der Franzose noch der Engländer, Oesterreicher oder Russe ꝛc. an Stelle des Deutschen hierin ebenso unpatriotisch handeln würde, und doch ist Niemand stolzer auf seinen Patriotismus als der Deutsche.

Wir wollen hierbei jedoch noch eine zweite eigenthümliche Seite des Deutschen betrachten, und das ist seine kitzlichste, nämlich die Steuerseite. Während heute der deutsche Grundbesitzer, groß und klein, über Steuerdruck lamentirt und unsere Staats-, Kreis- und Communalsteuern als unerschwinglich betrachtet, besteuert sich der Deutsche bei dem Consum böhmischer Kohle in einer Weise, welche, würde sie behördlich erhoben, jene Consumenten gewiß veranlaßen würde, der Regierung ꝛc.

haarklein vorzurechnen, daß solche Steuer unumgänglich ihren Untergang herbeiführen müsse.

Nehmen wir z. B. eine Familie, die nur 200 Ctr. böhmische Kohle konsumirt per Jahr, und die derselben im Durchschnitt kosten soll franko nächster Bahnhof ca. Mk. 130, während dieselbe, ebenfalls im Durchschnitt, deutsche Braunkohle erhalten würde unter gleichem Verhältniß franko nächster Bahnhof zu ca. Mk. 75, so besteuert sich solche Familie für je 200 Ctr. Kohle mit Mk. 55, würde nun aber von Staatswegen diese Familie um Mk. 55 Steuern erhöht werden, so würde doch unzweifelhaft ein kolossales, Zetergeschrei über Steuerdruck rc. losbrechen."

Zur Erhöhung der Leinengarnzölle.

In der letzten Generalversammlung des Verbandes deutscher Leinenindustrieller ist bekanntlich zwischen Spinnern und Webern ein Kompromiß für die Erhöhung der Leinengarnzölle zu Stande gekommen. Die Weber, welche einen mehr freihändlerischen Standpunkt vertraten, konnten nicht in Abrede stellen, daß die Situation der Leinenspinnerei in Deutschland eine sehr gedrückte sei, wofür auch die inzwischen erschienenen Handelskammerberichte vielfache Beweise beigebracht haben. Sie läugneten indessen, daß höhere Garnzölle den deutschen Flachsspinnern nachhaltigen Vortheil bringen könnten, da die gegenwärtig zur Einfuhr kommenden Garne solche seien, welche in Deutschland in der erforderlichen Qualität gar nicht hergestellt werden könnten oder deren Herstellung doch mit den größten Schwierigkeiten verknüpft wäre. Um dies zu beweisen, bediente man sich unter Anderem auch der Statistik und behauptete, daß nach den Handelsausweisen die feineren Nummern, für welche seitens der Spinner vorzugsweise die Zollerhöhung verlangt wurde, vornehmlich aus England bezogen würden, diese aber in gleicher Qualität hier nicht hergestellt werden könnten. Letztere Behauptung wurde damals von den Spinnern energisch be-

stritten, indessen konnte man über dieselbe Mangels genaueren statistischen Materials keine Entscheidung herbeiführen.

Wir finden nun über diese Frage in einem kürzlich herausgegebenen Heft des „Archivs für die Textilindustrie" eine kleine Abhandlung, in der auf Grund der definitiven Handelsausweise für das Jahr 1881 nachgewiesen wird, daß die Meinung der Spinner, welche behauptet hatten, daß Oesterreich vermöge seiner billigen Arbeitslöhne und begünstigt durch die Valutaverhältnisse unserer Flachsspinnerei auch in den höheren Nummern eine sehr drückende Konkurrenz mache, die richtige ist.

Die Statistik giebt nämlich für den Import von rohen Leinengarnen, welche hier hauptsächlich in Frage kommen, folgende Ziffern:

Einfuhr aus	Oesterr.-Ungarn	Groß-britann.	Belgien	Ueberhaupt
Leinengarn roh:				
bis Nr. 5 engl.	1275	1109	3922	8265
5—8 „	341	1857	9863	14466
8—20 „	29956	1381	13777	49550
20—35 „	18934	289	2008	21448
über 35 „	13350	4331	1641	19695
ohne Festst. d. Nr.	65	68	159	446
zusammen	63921	9035	31370	113870

Hieraus geht unzweideutig hervor, daß wenn auch England ein beträchtliches Quantum feinerer Garne nach Deutschland importirt, unser Hauptkonkurrent auch in diesen doch Oesterreich-Ungarn ist, denn von dem Import mittelfeiner und ganz feiner Garne entfallen auf Oesterreich über 32000 D.-Ctr. oder mehr als 70 pCt. Da nun Oesterreich in der Feinspinnerei keine besonderen technischen Fertigkeiten vor uns voraus hat, sondern seine Ueberlegenheit lediglich im Preise besteht, der bei den überaus kärglichen Spinnlöhnen in Böhmen und den dem Export günstigen Valutaverhältnissen ganz außerordentlich herabgedrückt werden kann, so würde eine angemessene Zollerhöhung wohl im Stande sein, die großen österreichischen Garnimporte

von unserem Markte fernzuhalten und unserer Flachs-Spinnerei ein größeres Arbeitsquantum zuzuwenden. Daß die gegenwärtige Lage der deutschen Leinenspinnerei eine solche Unterstützung erfordert, bedarf bei dem ausdrücklichen Zugeständniß der Webereiinteressenten keines besonderen Nachweises.

Die Wirkung der russischen Einfuhrzölle.

Rußland hat abermals durch seine Zollerhöhungen dem deutschen Handel mit dem Auslande einen harten Schlag versetzt, denn daß dieselben hauptsächlich gegen die deutsche Einfuhr nach Rußland gerichtet sind, ist ohne Weiteres klar. Deutschland wird hierdurch jetzt ernstlich vor die Frage gestellt, ob es diese Maßregeln fernerhin ohne jede Gegenwehr über sich ergehen lassen will oder ob es nicht endlich die sich auf dem handelspolitischen Gebiete von selbst darbietenden Repressalien benutzen will, um eine freundlichere Haltung Rußlands zu erzwingen. Kampfzölle gegen Rußland haben sich in erster Linie gegen den Verkehr in Getreide, Flachs, Hanf und Holz zu richten, welche die weitaus wichtigsten Exportartikel Rußlands bilden; von denselben werden alljährlich große Quantitäten sowohl nach Deutschland direkt als durch Deutschland hindurch nach anderen Ländern befördert, wie man dies aus folgenden Ziffern ersieht.

Die russische Ausfuhr von Getreide stellte sich in den vier Jahren von 1877 bis 1880 wie folgt:

1877	für 264	Millionen	Rubel,
1878	„ 366½	„	„
1879	„ 363¼	„	„
1880	„ 288⅖	„	„

Ferner wurden in den genannten vier Jahren an Flachs, Hanf und Holz ausgeführt rund in Millionen Rubel:

	Flachs	Hanf	Holz
1877	63	15½	31⅓
1878	56⅔	15¾	30½
1879	69⅔	18	25¼
1880	55½	17½	33

Ebenso wie Rußlands Handel in Bezug auf die Ausfuhr starken Schwankungen unterliegt, gestalten sich entsprechend auch die Einfuhrziffern. Alle fortgesetzten Zollerhöhungen und sonstigen künstlichen Mittel werden den durch diese Schwankungen stark beeinflußten Stand der Valuta des Landes nicht verbessern; es giebt hier nur ein Heilmittel, nämlich eine auf Sparsamkeit und strenge Kontrole gegründete Finanzwirthschaft sowie einige wichtige Reformen im Steuer- und Bankwesen.

Welches hohe Interesse Deutschland an den russischen Zollverhältnissen zu nehmen hat, ergiebt sich deutlich, wenn man den Antheil der einzelnen europäischen Staaten an dem Außenhandel Rußlands in Betracht zieht. In Bezug auf die Ausfuhr Rußlands ist diejenige nach Großbritannien die bedeutendste, für die russische Einfuhr dagegen ist Deutschland das bei Weitem wichtigste Land. So belief sich im Jahre 1880 der Antheil an der russischen Ausfuhr für Großbritannien auf 31,12 pCt., für Deutschland auf 29 pCt., Frankreich auf 11,18 pCt., Oesterreich auf 6,83 pCt.; an der russischen Einfuhr dagegen partizipirte Deutschland mit 47,42 pCt., Großbritannien nur mit 26 pCt., Oesterreich mit 4 pCt. und Frankreich mit 3,60 pCt. Deutschlands Einfuhr nach Rußland hat also 1880 beinahe das Doppelte derjenigen Großbritanniens betragen, während die russische Ausfuhr nach Großbritannien diejenige nach Deutschland nur um 7 pCt. übertroffen hat.

Allerdings hat die russische Industrie n Folge der immer höher geschraubten Einfuhrzölle theilweise einen nicht zu verkennenden Aufschwung erfahren. Es betrifft dies vornehmlich die Eisen-Industrie. Gleichwohl zeigt die russische Eisen-Industrie insofern eine merkwürdige Entwickelung, als die Stahl- und Eisenproduktion wohl eine sehr bedeutende Steigerung erfahren hat, wogegen die Erzeugung von Roheisen keine oder nur ganz geringe Fortschritte macht. Rußland war deßhalb stets genöthigt, große Quantitäten Roheisen zu importiren, und dieser Import ist in den vier Jahren 1877—1880 um mehr als das Vierfache gestiegen, da er sich von 3,229,000 Pud im Jahre 1877 auf 14,900,000 Pud

im Jahre 1880 gehoben hat. Neben der Eisen-Industrie hat noch die Baumwollen-Industrie in Rußland einen starken Aufschwung erfahren, wogegen die Flachs-Industrie trotz der sehr bedeutenden Flachserzeugung nur eine geringe Ausdehnung besitzt. Die Wollen-Industrie beschränkt sich in der Hauptsache auf die Herstellung gröberer Gewebe, während die feineren zumeist eingeführt werden; die Tuchfabriken stellen für den Konsum des Landvolkes Fabrikate von ganz grober Qualität her, das sogenannte russische Tuch, worin sie keine Konkurrenz vom Auslande zu fürchten haben, in Folge dessen sich auch diese Fabriken speziell einer besonderen Blüthe erfreuen.

Ein Verein für Rechtsschutz und Justizform.*)

Organe der Fortschrittspartei brachten vor einiger Zeit unseres Wissens zuerst die Nachricht von der Bildung eines Vereines, der es sich zur Aufgabe machen will, die richterlichen Urtheile, welche mit dem allgemeinen Rechtsbewußtsein nicht in Einklang befunden werden, einer öffentlichen Besprechung zu unterziehen, sowie den nach Ansicht des Vereines durch gerichtliche Urtheile geschädigten Personen moralische und materielle Unterstützung für Erlangung ihres Rechts zukommen zu lassen. Seither hat sich dieser Verein thatsächlich konstituirt, und auch bereits zahlreich besuchte Versammlungen abgehalten. Allein in dem Aufrufe, welcher zum Beitritte auffordert, lautet der Vereinszweck wesentlich restringirt nur darauf: „Rechtsverletzungen auf dem Gebiete der Civil- und Strafrechtspflege, soweit sie das öffentliche Interesse berühren, zu bekämpfen, die auf diesem Gebiete hervortretenden Mängel aufzudecken und auf deren Beseitigung hinzuwirken.“

*) Wir bringen die obigen sehr beachtenswerthen Ausführungen unseres geschätzten Herrn Mitarbeiters, ohne unsererseits der Tendenz derselben beipflichten zu können. D. Red.

Für diese Aenderung des Vereinsprogrammes dürfte wohl die da und dort bereits aufgeworfene Diskussion der Frage bestimmend gewesen sein, ob der Staat einen Verein, der sich die abfällige Kritik richterlicher Urtheile, und damit die Erschütterung der richterlichen Autorität von vornherein zur Aufgabe setzt, überhaupt dulden könne? Rechtsverletzungen zu bekämpfen, Mängel der Rechtspflege aufzudecken und deren Beseitigung anzustreben, kann Niemandem verwehrt werden, so lange der gesetzliche Boden dabei nicht verlassen wird. Dem Unrechte entgegen zu treten, wo es sich findet, ist sogar eine Pflicht des Sittengesetzes, aus welchem sich alles menschliche Recht herausbildet. Auch hat es niemals an Männern der Wissenschaft und Praxis gefehlt, welche in Verfolgung dieses Weges für die Fortbildung der Rechtsprechung und des gerichtlichen Verfahrens im Staate thätig gewesen sind. Wenn sich heute die moderne Vereinsmaierei der Sache ebenfalls bemächtigen zu müssen glaubt und dabei Anklang im großen Publikum findet, so dürfte dies wohl als ein Symptom dafür zu nehmen sein, daß die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Reform der heutigen Art der Rechtsprechung und des gerichtlichen Verfahrens bereits tiefer ins Volk gedrungen sein muß, die letztere Ueberzeugung selbst aber kann sich nur dadurch herausgebildet haben, daß die Fälle der Nichtübereinstimmung richtlicher Urtheile und des Gerichtsverfahrens mit dem öffentlichen Rechtsbewußtsein in letzterer Zeit an Zahl und Wichtigkeit bedeutend zugenommen haben.

Das Wichtigste für den Bestand einer geordneten Rechtspflege im Staate ist gewiß die Herstellung einer solchen Einrichtung der Rechtsprechung, daß die bestmögliche Gewähr für die jedesmalige Uebereinstimmung der Richtersprüche mit dem herrschenden öffentlichen Rechtsbewußtsein gegeben ist. Diese Gewähr aber giebt am besten und allein nur das Prinzip, die Rechtsprechung eben diesem im Volke lebendigen Rechtsbewußtsein selbst zu überlassen. Darnach wäre die anzustrebende Justizreform aber diese, an Stelle der Urtheilsfällung durch gelehrte Richter, welches Prinzip noch immer das bei

uns herrschende ist, die Geschwornen-Gerichtsbarkeit für alle Zweige der Rechtsprechung zu setzen. Auch ist unsere Rechtswissenschaft schon längst darüber einig, daß nur in der weiteren Ausbildung und endlichen Verallgemeinerung der Heranziehung des Volkes zur selbstthätigen Rechtssprechung die Richtung liegt, welche zur Schaffung einer dem Rechtsbegriffe entsprechenden Justizreform eingeschlagen werden muß. Ebenso ist die Durchführbarkeit der Geschwornen-Gerichtsbarkeit sowohl im Straf- als Civilprozesse, angesichts der darüber in anderen Ländern, speziell in England, dessen politische Einrichtungen uns ja sonst als Muster vorschweben, bestehenden Erfahrungen, nicht zu bezweifeln. Ausgeschlossen ist der Rechtsirrthum allerdings auch beim Geschwornen-Gerichte nicht. Allein, seine richtige Organisation vorausgesetzt, wie sie sich z. B. in England und Nordamerika schon von altersher bewährt hat, giebt dasselbe doch die relativ vollkommenste Garantie für die Richtigkeit und Unparteilichkeit des erfolgten Rechtspruches, und nicht darnach steht ja die Frage, ob der gefällte Rechtsspruch in Uebereinstimmung ist mit den Grundsätzen des positiven Rechts oder der herrschenden Rechtslehre, sondern ob er dem lebendigen Rechtsbewußtsein des Volkes entspricht, welches nach Vernunft und Erfahrung in der ausgesprochenen Ueberzeugung einer Volksjury am sichersten zum wahren Ausdrucke gelangt.

Wenn dagegen auch die Wiedereinführung der Berufungsinstanz auf dem Gebiete des Strafrechtes gefordert wird, so sollte es doch insbesondere dem Laien nicht mehr zweifelhaft sein, daß durch den Instanzenzug die Rechtspflege wohl kostspielig und schleppend zum Nachtheile aller Interessenten und speziell der Rechtbegehrenden wird, eine Garantie jedoch für die Gerechtigkeit des Endurtheiles, für dessen Uebereinstimmung mit dem öffentlichen Rechtsbewußtsein damit durchaus nicht geschaffen ist. Wodurch auch sollte sie gegeben sein? Eine absolute Nothwendigkeit ist es gewiß nicht, daß der Ausspruch einer höheren oder höchsten Instanz richtiger oder unparteiischer sein muß, als das Urtheil

des Untergerichtes. Das in der Regel höhere Alter, die größere Erfahrung, die unabhängigere soziale Stellung und die größere Zahl der Richter bei den höheren und höchsten Gerichtshöfen geben vielleicht ausreichende Gewähr für die höhere Weisheit, größere Gesetzeskenntniß, mehrere Prozeßerfahrung und vollständige Unparteilichkeit der Richter, aber bei alle dem kann der erfolgte Rechtsspruch mit dem öffentlichen Rechtsbewußtsein noch immer in Widerspruch stehen, wie es ja die Erfahrung zur Genüge bestätigt. Der Instanzenzug hat auch diesen Uebelstand, daß er gewiß nicht weder zur Befestigung des Ansehens der Gerichte, noch des Vertrauens in die vom Staate hergestellte Rechtssicherheit beiträgt, wenn über eine und dieselbe Rechtssache von verschiedenen Gerichtsinstanzen verschiedene, sich oft geradezu widersprechende Urtheile abgegeben werden, während gleichzeitig gefordert wird, daß an der Fähigkeit und Unparteilichkeit für die Urtheilssprechung bei den Richtern erster Instanz so wenig gezweifelt werden dürfe, als bei den Richtern der höheren Gerichtshöfe. Gerade die Verschiedenheit der Urtheile muß am meisten den Zweifel in die Gerechtigkeit auch des endgiltigen Richterspruches letzter Instanz wach erhalten und in dem Verurtheilten das Gefühl hervorrufen, daß er sich nicht dem Gesetze und Rechte, sondern der Macht eines höchsten Gerichtshofes beugen mußte. Was uns Noth thut, ist die bessere Organisation und die Erweiterung der Volksrechtssprechung, durch welche jeder Instanzenzug von selbst überflüssig wird.

Die Entwicklung des russischen Eisenbahn-Netzes.

Die russischen Eisenbahnen hatten am Ende des Jahres 1867 erst eine Ausdehnung von 5016,7 Kilometer und vermochten damit den Anforderungen des Handels und der Strategie nur wenig zu genügen. Nach mehrfachen Verhandlungen wurde daher im Dezember 1868 die Anlage von 8 neuen Bahnen mit einer

Gesammtlänge von 3463 Kilometern beschlossen. Allein schon 1870 stellte sich die Nothwendigkeit einer Erweiterung dieses Bauplanes heraus, um einerseits den Kaukasus, der bisher noch keine Schienenverbindung mit dem Innern Rußlands hatte, sowie anderseits die gänzlich unberücksichtigt gebliebenen nordwestlichen Gouvernements und das für den mittelasiatischen Handel wichtige orenburger Gebiet in das Eisenbahnnetz mit aufzunehmen, ferner den an Steinkohlengruben reichen Gebieten durch eine Schienenverbindung mit den Ostseehäfen neue Absatzwege zu erschließen. In Folge dessen wurden im März 1879 die Anlage eines neuen Eisenbahnnetzes, welches 19 Hauptbahnen und 3 Zweigbahnen umfassen sollte, und in den Jahren 1873—75 fernere Erweiterungen desselben beschlossen. So war denn am Beginn des vergangenen Jahrzehntes im Centrum, dem Nordwesten, Süden, Südosten und Südwesten des Reiches für Eisenbahnen vorgesorgt. Nur im Norden und Nordosten war bisher wenig geschehen; die ganze Aufmerksamkeit richtete sich jetzt um so mehr auf Ausfüllung dieser Lücke, als Rußland durch die Entwicklung des ostasiatischen Handels und die neuen Dampfschiff-Verbindungen zwischen Asien und Europa zur Eröffnung neuer Handelswege mit Sibirien genöthigt war.

Es wurde deshalb Ende 1875 der Bau einer Bahn von Nischny-Nowgorod bis Jekaterinenburg mit einer Länge von 1172 Werst oder 1254 Km. beschlossen. Bis heute hat man sich in Rußland fortgesetzt bemüht, die Lücken im Eisenbahnnetz durch den Bau neuer Linien zu beseitigen; in Folge dessen haben dieselben von Jahr zu Jahr an Ausdehnung zugenommen, gleichwohl besitzen sie immer nur ca. $^2/_3$ von der Länge derjenigen Schienenwege, welche das bedeutend kleinere Gebiet des deutschen Reiches durchziehn.

Man ersieht, wie die russische Regierung den Ausbau des Eisenbahnnetzes sich angelegen sein ließ; den Erfolg ihrer Thätigkeit lehren in Kürze folgende Zahlen:

Es betrug die Länge der russischen, im Betriebe stehenden Eisenbahnen (mit Ausschluß der finnländischen) am Ende der Jahre

1838 . . .	27	Km.
1845 . . .	147	"
1850 . . .	501	"
1855 . . .	1 048	"
1860 . . .	1 594	"
1865 . . .	3 828	"
1870 . . .	10 798	"
1875 . . .	18 905	"
1880 . . .	22 652	"

Hiernach hat sich also die Länge des russischen Bahnnetzes in den dreißig Jahren 1850—1880 mehr als verdreifacht und im Jahrzehnt 1870/80 mehr als verdoppelt.

Ende 1881 hatte die Betriebslänge der russischen Eisenbahnen 22 688 Km. erreicht, ohne die 876 Km. langen finländischen Bahnen. Wenn sich nun die Betriebslänge der russischen Bahnen mit großer Schnelligkeit entwickelt hat, so ist dies doch keineswegs mit den Einnahmen in entsprechender Weise der Fall gewesen, dieselben sind vielmehr seit einigen Jahren wesentlich zurückgegangen, wie man dies aus folgenden Angaben ersieht.

	Bahnlänge Km.	Betriebseinnahmen Rubel i. Ganzen	pr. Kilometer
1878	21 920	221 695 767	10 114
1879	22 519	213 158 392	9 465
1880	22 652	193 205 181	9 529
1881	22 688	196 655 911	8 668

Die Betriebseinnahmen pro Kilometer haben sich also von 1879 zu 1881 um 14,3 pCt. verringert. Aus diesem Grunde ist vor Kurzem in Rußland eine Kommission zusammengetreten, welche die Lage der Eisenbahngesellschaften einer genauen Untersuchung unterziehen sollte. Dieselbe hat interessante Daten über die finanzielle Lage der russischen Eisenbahnen zu Tage gefördert, welche denn auch nichts weniger als eine günstige genannt werden kann. Die Zahlungen nämlich, welche der Staat denselben jährlich in Gestalt von Zinsgarantien zu leisten hat, vermehren sich von Jahr

zu Jahr in außerordentlicher Weise; im Jahre 1877 betrugen die Zuschüsse der Regierung bereits 34 232 800 Rubel, 1878 ist diese Summe auf 38 554 500 Rubel, 1879 auf 48 816 700 Rubel gestiegen und im Jahre 1880 hat dieselbe sogar 53 Millionen erreicht. Ungeachtet dessen läßt die Wuth des Eisenbahnbaues in Rußland keineswegs nach. Der Regierung lagen erst vor Kurzem nicht weniger als 16 Prospekte zur Genehmigung vor, von denen indeß voraussichtlich wohl nur wenige zur Ausführung gelangen werden.

Zum Tabaksmonopol.

Obwohl sich manche gewichtige Stimme auch unter den deutschen Handels-Korporationen seinerzeit energisch für die Einführung des Tabaksmonopols ausgesprochen hat, so neigen wir doch auch heute noch der Ansicht zu, daß es nur finanzpolitische Gründe ersten Ranges sein dürften, welche eine so bedeutungsschwere Maßregel zu rechtfertigen berufen sind. Das Tabaksmonopol wird in wirthschafts-politischer Hinsicht stets nur als ein Uebel angesehen werden können, wenn es auch anderseits mancherlei Erwägungen giebt, welche dieses Uebel als ein geringeres erscheinen lassen.

Die Einführung des Tabaksmonopols ist vom Reichstage mit großer Mehrheit verworfen worden, gleichwohl dürfte es auch heute noch interressant sein, eine gewichtige Stimme zu hören, welche mit großer Wärme für dasselbe eintritt. Bekanntlich hatten damals, als die Meinungen für und wider das Tabaksmonopol mit großer Hitze gegeneinander platzten, gewisse liberale Zeitungen der extremen Richtung behauptet, daß man ganz besonders auch in Elsaß-Lothringen, wo man bereits die Erfahrung mit dem französischen Tabaks-Monopol hinter sich habe, also gewiß mit Recht zur Beurtheilung einer derartigen Institution berufen sei, mit großer Energie gegen dasselbe zu Felde zöge. Einerseits sind diese Ansichten indeß durch die Abstimmungen mehrerer elsaßlothringischer Abgeordneten

widerlegt, anderseits liegt heute das Votum einer hervorragenden Handelskorporation im Elsaß hierüber vor, welches gleichfalls das Gegentheil beweist. Da dasselbe keineswegs nur historischen Werth hat, denn bekanntlich hat Fürst Bismarck die Einführung des Tabaksmonopols nur auf eine günstigere Zeit verschoben, so dürfte es interressant sein zu erfahren, wie eng diese Handelskorporation sich mit dem Tabaksmonopol identificirt.

Der vor Kurzem ausgegebene Jahresbericht der Handelskammer zu Colmar i. E. für das Jahr vom 1. Juli 1881 bis zum 30. Juni 1882 enthält folgende einstimmig gefaßte Resolution:

„Die Handelskammer, in Erwägung, daß seit der Zeit, wo die Frage des Reichstabaksmonopols angeregt worden ist, sie sich stets und einstimmig für dessen prompte Einführung erklärt hat; bezugnehmend namentlich auf die bereits in ihrem Bericht von 1878 pag. 11 und 36 erörterten Gründe und unter nochmaliger Bestätigung und Befürwortung derselben als heute noch vollkommen der Sachlage entsprechend: erkennt wiederholt und einstimmig die baldigste Einführung eines Reichstabaksmonopols als eine gebotene Nothwendigkeit, den finanziellen und staatswirthschaftlichen Erfordernissen höchst vortheilhafte Maßregel."

Im Gegensatz hierzu hat sich die Handelskammer zu Straßburg bekanntlich sehr bestimmt gegen die Einführung des Tabaksmonopols ausgesprochen.

Internationale Fabrik-Gesetzgebung.

Der „Verein für Sozial-Politik" hat wie in der Arbeiter-Versicherung, so auch in der Frage der internationalen Fabrik-Gesetzgebung eine durchaus maßvolle Haltung beobachtet, welche für die staatsmännische Begabung seiner Führer ein wohlthuendes Zeugniß ablegt. Das lichtvolle Referat des Herrn Professor Cohn (Zürich) vertrat die auch von uns mehrfach geäußerte Anschauung, daß einer einheitlichen internationalen Fabrik-Gesetzgebung wegen der Verschiedenartigkeit der Produktions- und

Rechtsverhältnisse wie auch der Verwaltungspraxis in den einzelnen Ländern große Schwierigkeiten entgegenständen und daß um derselben Verhältnisse willen ihr Werth für die Industrie und den Arbeiterstand doch nur ein sehr bedingter sein könne. Wir selbst haben mehrfach daran erinnert, daß zu der von Seiten der Schweiz vorgeschlagenen Einführung internationaler Fabrikgesetze von keinem Staate ein zustimmendes Votum eingelaufen ist und daß ein solches auch für die nächste Zukunft kaum zu erwarten sein wird, zumal einzelne Länder, wie Deutschland, mit ganz exceptionellen sozialpolitischen Maßnahmen, wie Verstaatlichung der Unfall-Versicherung und dergl. vorzugehen beabsichtigen. Daß uns auf diesem Wege Länder wie England, Italien, Rußland folgen möchten oder auch nur könnten, dürfte doch stark in Zweifel zu ziehen sein.

Wenn der „Verein für Sozialpolitik" in seiner Resolution nun wenigstens eine internationale Vereinbarung und Bindung an die allgemeinsten Erfordernisse des Arbeiterschutzes in Fabriken befürwortet, so können wir uns damit ja allerdings einverstanden erklären, vermögen einer solchen Vereinbarung aber einen praktischen Werth nicht beizumessen. Insbesondere wird die durch fabrikgesetzliche Vorschriften erzeugte Verschiedenheit der Produktionsbedingungen für die Industrie der betreffenden Länder durch Vereinbarungen ganz allgemeiner Natur nicht beseitigt werden, und wir möchten deshalb hier vorweg schon die Insinuation zurückweisen, als ob die deutsche Industrie in Erwartung dieser Vereinbarungen etwa von den ihr gewährten Schutzzöllen etwas aufgeben könnte.

Unsere heutigen Schutzzölle sind zunächst bestimmt, den Unterschied in den natürlichen Produktionsbedingungen zwischen der deutschen und der überlegenen ausländischen Industrie auszugleichen, haben neben dieser wirthschaftlichen aber auch eine hohe soziale Bedeutung, insofern sie es der deutschen Industrie ermöglichen, weitgehenden Schutzmaßregeln für ihre Arbeiter zuzustimmen. So ist die Fabrik-Gesetzgebung Deutschlands sowohl in ihren Bestimmungen als in ihrer praktischen Ausführung ana-

logen Institutionen Belgiens, Englands und anderer Länder bedeutend voraus und es ist für uns noch nicht entschieden, ob die mäßigen Schutzzölle, welche unsere Industie genießt, diesen Unterschied völlig zu beheben vermögen. Eine weitere Verschärfung der Fabrik-Gesetzgebung kann in Deutschland sicher nur unter hinlänglicher Rücksichtnahme auf die internationalen Konkurrenzverhältnisse erfolgen, hier ohne Maß und Ziel vorzugehen, hieße die Henne erdrücken, welche die goldenen Eier legt.

Die freien englischen Handelskammern.

Wenn die Görlitzer Handelskammer in ihrer Fehde mit dem Handelsminister unterliegen sollte, so wollen die Görlitzer eine „freie Handelskammer nach englischem Muster" bilden. Gewisse Leute werden alsdann mit ihrem „Bravo!" nicht hinter dem Berge halten und nicht verfehlen, den Interessenten der übrigen Handelskammern zuzurufen: „Macht's nach! Es lebe Görlitz und England!

Die englischen Handelskammern müssen also wohl wahre Muster-Anstalten dieser Art sein! Schade nur, daß die Engländer das selbst nicht zu glauben scheinen! Wenn man wenigstens „The Chamber of Commerce Journal", welches die Handelskammer zu London Anfang dieses Jahres gegründet hat, „um einen Gedankenaustausch zwischen den Handelskammern der ganzen Welt zu befördern", über die „freien britischen Handelskammern" urtheilen hört, so sollte man meinen, daß letztere alles andere als nachahmenswerthe Vorbilder seien. Im Aprilheft des genannten, von der Londoner Handelskammer herausgegebenen Organs heißt es: „In England sind wir in den Handelskammern sehr weit zurück hinter der Stellung und der praktischen Wirksamkeit, welche einzelne ausländische Institutionen erreicht haben." Die Ursache dieser „nationalen Inferiorität" findet „das Handelskammer-Journal" in einem „grundsätzlichen Unterschied zwischen den britischen Handelskammern und denjenigen von Frankreich, Italien, Deutschland, Oesterreich

und anderer Länder", nämlich in dem Umstande, „daß die kontinentalen Kammern offizielle Körperschaften bilden, während die englischen private, fast selbst-gewählte Institutionen sind." Als eine Folge jener offiziellen Stellung wird es bezeichnet, daß die Mitgliedschaft bei den nichtenglischen Handelskammern von den ersten Persönlichkeiten in den verschiedenen Branchen des Handels und der Industrie eifrigst gesucht werde, als eine werthvolle Auszeichnung, als eine Etappe zu politischem Ansehen, welches auch der Reichste und Klügste nicht zu verschmähen pflege. „In England," so ruft der Verfasser dem gegenüber klagend aus, „halten sich zu viele unserer führenden Kaufleute, Industriellen und Bankiers fern von der Theilnahme an den Arbeiten der Handelskammern."

Als eine weitere Folge des offiziellen Charakters der nichtenglischen Handelskammern bezeichnet der Artikel die Ermuthigung zur Schöpfung solcher Vertretungen in allen wichtigen Centren des Handels und der Industrie. England steht in dieser Beziehung allerdings weit zurück; im Verhältniß zu seiner Bevölkerung und industriellen Uebermacht ist es fast der schlechtest vertretene Staat in Europa. Holland besitzt 16 Handelskammern auf die Million seiner Einwohner; die Schweiz rangirt zunächst mit 9 Kammern per Million; es folgt Deutschland mit 3.5, Italien mit 2.5, Frankreich mit 2.3, Belgien mit 2.2 und endlich Großbritannien und Irland mit nicht ganz 1.9 Handelskammern auf die Million seiner Bevölkerung. Dementsprechend wird auch die Wirksamkeit der englischen Handelskammern als ungenügend bezeichnet, allerdings in zarter Weise, indem die Leistungen der Schwester-Institute in Frankreich, Deutschland und Oesterreich geschildert und diese Kammern schließlich als „nützliche und fortschreitende Körperschaften" bezeichnet, bei diesem Lobe aber die englischen Handelskammern mit einem vielsagenden — Stillschweigen übergangen worden. Bemerkenswerth ist auch das Urtheil über die berichterstattende Thätigkeit der Handelskammern in den verschiedenen Ländern. „Was sind — so heißt es in dem Artikel — unsere armseligen englischen Schriftchen von

20 oder 30 Seiten Oktav, verglichen mit den dicken und erschöpfenden Quartbänden Frankreichs, Deutschlands, Italiens! Wir haben vor uns, da wir schreiben, die jährlichen Veröffentlichungen einer großen Anzahl der continentalen Kammern, und jede derselben enthält mehr Material als die vereinigten Berichte all' unserer englischen Handelskammern!"

So urtheilt das Organ der Londoner Handelskammer über die „freien Handelskammern in England!" Unseren Lobrednern dieser Muster-Anstalten wird diese Selbstkritik der Londoner Handelskammer schwerlich behagen. Möglicherweise werden sie dieselbe abzuschwächen suchen, indem sie sagen, das seien einseitige Ansichten eines Einzelnen, welche keineswegs von den englischen Handelskammern, ja möglicherweise nicht einmal von der Londoner Handelskammer getheilt würden. Dieser Ausflucht steht aber die Thatsache gegenüber, daß jener Artikel des Aprilheftes des „Handelskammer-Journals" nicht nur bis jetzt unwidersprochen geblieben ist, sondern sogar im Juliheft des noch immer von der Londoner Handelskammer — und nicht von einem Einzelnen — herausgegebenen „Chamber of Commerce Journal" eine neue Bekräftigung erhalten hat. In diesem zweiten Artikel, welcher noch ausführlicher und schärfer mit den britischen Handelskammern in's Gebet geht, als der erste, wird u. A. Nachdruck gelegt auf die größere Initiative und die breitere Mannichfaltigkeit der Gegenstände, welche in den nicht englischen Handelskammern berathen und erledigt werden; in England hätten die Handelskammern in den letzten Jahren eine Neigung entfaltet zu einseitiger Beschäftigung mit dem vorherrschenden lokalen Handelszweig, so zwar, daß die eine sich vorzugsweise der Baumwollen-Branche, eine andere den leichten und eine dritte den schwereren Wollen-Waaren widme. Man wird nicht fehlgehen, wenn man für diese Neigung zur Einseitigkeit ebenfalls die „Freiheit" der britischen Handelskammern verantwortlich macht, da dieselben nicht etwa nationale Anstalten Ihrer Majestät sind, sondern als lokale Interessen-Gruppen ohne Mitwirkung des Staates frei gebildet werden.

In diesem zweiten Artikel wird auch **der** Punkt berührt, bei welchem allenthalben (und somit wahrscheinlich auch in Görlitz) die Gemüthlichkeit aufhört, nämlich die Steuerfrage. Nachdem das Journal auf das Beispiel New-Yorks verwiesen, wo der Eintritt bei der Handelskammer auf 25 und der Jahresbeitrag auf 20 Dollars normirt ist, heißt es weiter: „Unsere Kammern sind so jämmerlich unterstützt, daß nicht nur ihre Theilnehmer eine Minorität der industriellen Bevölkerung des Distrikts ausmachen, es ist vielmehr nicht immer möglich, eine Guinee Beitrag von ihnen aufzutreiben, und es hat sich nöthig erwiesen, in einigen Städten den Jahresbeitrag auf 10 Shillinge per Mitglied herabsetzen." Wenn das am grünen Holze des englischen Selfmademan geschieht, was soll dann aus dem dürren werden? Nun, Görlitz wird's lehren! Der den „freien Beiträgen" zu verdankenden Armuth der englischen Handelskammern entspricht denn auch ihre Wirksamkeit. „Statt die Führung zu nehmen", heißt es in jenem Artikel, „statt zu dienen als Augen, Arm und Finger der Handelsgemeinde, verschieben sie jede Aktion, bis die Nothwendigkeit sie erheischt."

So schildert „The Chambre of Commerce Journal" den Stand der „freien englischen Handelskammern" und hält ihnen die staatlichen Kammern Deutschlands und anderer Staaten als erstrebenswerthes Ideal vor, zu einer Zeit, da man bei uns nach „freien Handelskammern in englischem Stil" schreit.

Die Eisenbahnen in Amerika.

Soweit die geschienten Wege in Frage kommen, verfehlen die Vereinigten Staaten von Amerika ihren Beruf nicht, welcher in der Schöpfung gigantischer Werke zu bestehen scheint. Am Ende des Jahres 1881 war die ganze Union von 168 749 Kilometern Eisenbahnen durchfurcht und diese außerordentliche Entwickelung ist das Werk nur eines halben Jahrhunderts gewesen. Thatsächlich haben die letztverflossenen 5 Jahre in den Vereinigten Staaten die Vollendung von 40 930 Km.

neuer Eisenbahnen gesehen, und es wird versichert, daß gerade jetzt die Amerikaner mehr als jemals auf die Erbauung neuer Schienenwege bedacht sind. Und nicht allein in den Vereinigten Staaten, sondern auch auf der Insel Neufoundland, in Canada und in Brasilien beschäftigt man sich lebhaft mit dem Bau neuer Eisenbahnen.

Die Länge der in den Vereinigten Staaten im Betrieb befindlichen Eisenbahnen ist im Jahre 1881 gegen das Vorjahr um 15 066 Km. oder 9,8 pCt. gestiegen. Das rollende Material hat sich in folgender Weise vermehrt:

	1880	1881	Zunahme %
Zahl der Lokomotiven	17 949	20 116	12,1
" " Personenwagen	12 789	14 548	13,8
" " Gepäck- Post- u. andern Wagen	4 786	4 976	4,0
" " Güterwagen	539 355	648 295	20,2

Die Länge derjenigen Bahnen, welche dem „Poor's Manual of the railroads of the United States" Berichte haben zugehen lassen, betrug im Jahre 1880 135 602 Km.; diese Ziffer ist i. J. 1881 auf 152 122 Km. gestiegen. Das Anlagekapital dieser Bahnen belief sich mit Einschluß der Obligationsschuld

1880 auf 20 813 958 487 Mk.
1881 auf 25 544 155 711 Mk.

das ergiebt eine Zunahme von 22,7 pCt.

Die Einnahmen dieser Bahnen gestalten sich in den beiden genannten Jahren wie folgt:

Einnahme aus dem	1880 M.	1881 M.	Zunahme %
Güterverkehr	1 987 932 944	2 345 866 027	18 0
Personenverk.	627 525 263	736 765 729	17 4
zusammen	2 615 458 207	3 082 631 756	17,9

Die Ausgaben beliefen sich im Jahre

1880 auf 1 530 886 104 Mk.
1881 auf 1 906 851 750 Mk.

Dieselben haben sich also um 24,6 pCt. vermehrt oder um 6,7 pCt. mehr als die Gesammteinnahme.

Zu bemerken ist hierzu allerdings, daß sich die Angaben, welche Poor's Manual bringt, auf die Mittheilungen der Eisenbahngesellschaften stützen. Eine Kontrole dieser Mittheilungen ist unmöglich. Die Eisenbahnen haben indeß ein gewisses Interesse daran, Poor alljährlich die gewünschten Nachrichten über ihr Unternehmen zu geben, weil es ihr Ansehen, insbesondere ihren Kredit schädigen würde, wenn sie in Poor's Manual fehlten. Anderseits aber geht dieses Interesse nicht soweit, daß sie sich verpflichtet fühlten, auch die reine Wahrheit über ihre Verkehrs- und Finanzverhältnisse zu offenbaren. Die Eisenbahnen sind erfahrungsmäßig vielmehr bestrebt, ihre Angelegenheiten in Poor's Manual in möglichst günstigem Lichte darzustellen, und alles weniger Angenehme entweder ganz zu unterdrücken oder durch geschickte Zahlengruppirung zu verschleiern. Poor's Arbeit kann also auf Zuverlässigkeit nur insofern Anspruch machen, als er das zusammenstellt, was ihm die Eisenbahnen angeben. Richtig ist unzweifelhaft Alles, was über die Lage, die Ausdehnung, Entstehungszeit der Eisenbahnen u. dergl. im Poor enthalten ist; da nun aber eine andere Publikation über Eisenbahnen der Vereinigten Staaten nicht existirt, so muß man auch die übrigen Nachrichten als richtig mit in den Kauf nehmen.

Deutsche
Volkswirthschaftliche Monatshefte.

Herausgegeben

von

Paul Freiherrn von Roëll.

VII. Jahrgang.

Heft 12. — Dezember.

Berlin, 1882.

Druck und Verlag von F. A. Günther & Sohn.

Inhalts-Verzeichniß.

I. Export.

II. Handelspolitische Aufsätze.

III. Statistik.

IV. Steuerpolitisches.

V. Versicherungswesen.

VI. Zeitreflexe.

Der Gang unserer Steuerreform.

Wenn man sich den Gang und heutigen Stand unserer Steuerreform-Frage vorurtheilsfrei betrachtet, so muß man fast zugestehen, daß jene ausländischen Zeitungen, die darüber staunen und ihrem Erstaunen in für uns gerade nicht sehr schmeichelhaften Worten Ausdruck geben, im Rechte sind. So einfach der Grundgedanke, und so nothwendig die Verwirklichung einer den geänderten Verhältnissen Deutschlands entsprechenden Steuerreform ist, so mühen sich doch unsere Regierungen, Reichs- und Landtage schon seit fünf Jahren mit derselben ab, ohne sie zu einem befriedigenden Abschluß bringen zu können. Allein die Sache wird erklärlich, wenn man bedenkt, daß es sich bei dieser Steuerreform gleichzeitig noch um ganz andere Dinge handelt, als um die bloße Frage neuer Steuerauflagen oder um die Abschaffung und den Ersatz bestehender Steuerarten.

Schon die vom Reichskanzler seinerzeit angekündete Nothwendigkeit, daß dem neu gegründeten Deutschen Reiche nunmehr auch die Mittel zu seiner Erhaltung und zur Durchführung der ihm durch die Verfassung gestellten Aufgaben geschaffen werden müssen, kam als Ueberraschung für eine große Menge Kurzsichtiger. Der anfängliche Milliardensegen hatte den Gedanken, daß des Reiches Macht und Herrlichkeit vom deutschen Volke auch werde bezahlt werden müssen, vielseitig in den Hintergrund gedrängt, und wo man die Voransicht dessen bewahrte, hielt man es für zeitlich genug, mit der Steuerforderung erst hervorzutreten, wenn die

Noth dazu drängte. Erst sollte sich der Reichsgedanke selbst zum festen Bewußtsein im Volke gestaltet haben, dann war es auch um so gesicherter, daß den Anforderungen des Reiches willig, und in der den Absichten der Reichsgewalt entsprechenden Ausdehnung werde willfahrt werden.

Die Forderung selbst, das Reich mit den für seine Selbstständigkeit nöthigen eigenen Steuereinnahmen ein für Allemal auszustatten, wurde auch von keiner Seite in oder außer dem Reichstage bestritten. Allgemein war die Erkenntniß, daß das Reich nicht wie zur Zeit der heil. römischen Reiche deutscher Nation für seine Existenzbedürfnisse bei seinen Gliedern betteln gehen, und von dem guten Willen derselben abhängig bleiben dürfe, daß es vielmehr auf seine eigenen Füße gestellt, d. h. daß ihm eigene Steuerquellen eröffnet werden müssen, welche auch bereits in der Reichsverfassung selbst bezeichnet wurden.

Bei diesem Stande der Dinge sollte man meinen, müßte sich die Reichssteuerfrage in der kürzesten und glattesten Weise geordnet haben. Wahrscheinlich wäre dieß wohl auch geschehen, wenn die Reichsregierung sofort mit einem die volle Deckung der bestehenden Reichsbedürfnisse umfassenden Besteuerungs-Vorschlage, z. B. mit dem Tabak-Monopole oder der Tabakfabrikat-Steuer oder einer Umgestaltung der Branntwein-Besteuerung, vor den Reichstag getreten wäre. Allein statt die Reichssteuerfrage selbstständig und für sich zu behandeln und abzuthun, wurde dieselbe mit den gleichzeitig geplanten, volkswirthschaftlichen Reformen, insbesondere mit der Zoll- und Eisenbahn-Verstaatlichungsfrage in Verbindung gebracht. Diese letzteren begegneten aber der heftigsten Opposition von Seite unserer Wirthschaftsliberalen mit der fast nothwendig entstandenen Anschauung, als seien auch die volkswirthschaftlichen Reformen gar nicht Selbstzweck, sondern nur finanzpolitische Maßregeln um durch erhöhte Zolleinnahmen und Eisenbahnerträgnisse die Reichssteuerkasse zu füllen. Die Reichssteuerfrage als solche trat bei dem entbrannten Kampfe um Industrie- und landwirthschaftliche Schutzzölle ganz in den Hintergrund.

Damit war es aber nicht genug. Mit der Stellung der Reichssteuerfrage wurde zugleich auch dem ganzen bestehenden Steuersysteme der Krieg erklärt. Das Prinzip wurde verkündet, daß an Stelle der heute die Basis der Besteuerung bildenden direkten Steuern, die indirekte Besteuerung treten soll. Dieses hatte wieder die Folge, daß der alte und leider von den Regierungen aller Zeiten durch die Wahl der Steuerobjekte genährte Antagonismus gegen das Prinzip der indirekten Besteuerung wach gerufen wurde. Die Steuervorlagen der Regierung wurden nunmehr nicht aus dem Gesichtspunkte ihrer Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit, sondern aus Jenem ihrer von vorneherein feststehenden Verwerflichkeit, von den Gegnern der indirekten Besteuerung verurtheilt, wobei das Bedürfniß einer solchen prinzipiellen Steuerreform für die Einzelnstaaten überhaupt bestritten, und auf die vorhandene Möglichkeit einer Erweiterung resp. Reform der direkten Besteuerung mit Recht hingewiesen werden konnte. Wie der Steuerbedarf heute liegt, ist ja auch in Wahrheit an eine Auflassung der direkten Steuern gar nicht zu denken, sondern es kann sich nur darum handeln, in den Einzelnstaaten besonders ungerecht drückende Steuerarten abzuschaffen und den Ausfall im Budget anderweitig hereinzubringen. Diese interne Steuerreform wäre aber gewiß richtiger den Einzelstaaten selbst zur Durchführung nach Verschiedenheit des dafür bestehenden Bedürfnisses zu überlassen, statt dieselbe in die Reichssteuerfrage aufzunehmen, deren Abschluß dadurch in weite Ferne gerückt wird.

Denn nun handelt es sich nicht mehr darum, das Reich finanziell unabhängig von den Einzelnstaaten zu machen, sondern es sollen jetzt die letzteren aus den selbstständigen Steuereinnahmen des Reiches in Stand gesetzt werden, eine Steuerreform durchzuführen, deren Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit betreffendenorts noch vielfach bestritten wird. Aber auch wo darüber kein Zweifel entsteht, wie z. B. in Preußen hinsichtlich der Nothwendigkeit einer Aufhebung der Klassensteuer und der Ueberweisung eines Theiles der Grund- und

Gebäudesteuern an die überlasteten Kommunen, muß die Frage entstehen, warum für diese Reform das Reich, wie auch der nicht preußische Theil Deutschlands aufkommen soll, da Preußen doch gewiß im Uebrigen an der Selbstständigkeit seines eigenen Steuerwesens festzuhalten gedenkt? Allerdings ist es richtig, daß das Reich die voraussichtlich ergiebigsten Steuerquellen, Zölle, Tabak, Bier und Branntwein an sich genommen hat. Allein dies giebt den Einzelstaaten noch keine Berechtigung diese dem Reiche für seine eigenen Bedürfnisse vorbehaltenen Steuerquellen zur Durchführung einer internen Reform ihres selbstständigen Steuerwesens in Anspruch zu nehmen. Zudem ist es auch kaum staatsklug, dem Reiche auf diese Weise die Mittel zu seiner Selbsthilfe in einer Zeit zu entziehen, wo ihm eine Reserve und die vollständigste Anspannung aller seiner Steuerquellen gerade am nöthigsten sein würde.

Mag man nun über die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Verquickung unserer Steuerreform zwischen Reich und Land denken wie man will, so ist dadurch wenigstens der schwierige und langwierige Gang derselben vollkommen erklärt, und wir werden dem Auslande wohl noch längere Zeit das sonderbare Schauspiel wiederholter Ablehnung und unverständlichen Hin- und Herschiebens brennender Steuer- und Staatsfragen zu bieten verurtheilt sein.

Die Beitragspflicht bei der Unfall-Versicherung.

Verschiedene fortschrittliche Organe haben neuerdings wiederholt die guten Absichten der Industriellen in der Unfall-Versicherungsfrage zu diskreditiren versucht und die Sache so hingestellt, als ob es auf Seiten der Unternehmer darauf abgesehen sei, einen Theil ihrer Haftpflicht mit Hilfe des neuen Gesetzes auf die Arbeiter und das Reich abzuwälzen. Wie wenig diese Darstellung die Sache trifft und wie sehr im Gegentheil die Mehrzahl

der Arbeitgeber bereit ist, ihren Arbeitern jede nur mögliche Erleichterung zu gewähren und sie durch wohlwollende Behandlung an ihr Unternehmen dauernd zu fesseln, geht unter Anderem auch aus den Berichten der Fabrik-Inspektoren hervor, wonach insbesondere im letzten Jahre die Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle und zwar nicht nur gegen haftpflichtige, überall große Fortschritte gemacht hat.

So wenig es also gerechtfertigt ist, bei den Unternehmern im Allgemeinen die Absicht vorauszusetzen, sich der ihnen vernunftgemäß obliegenden Haftpflicht und Fürsorge für ihre Arbeiter zu entziehen, ebenso wenig wird man es mangelnder Opferwilligkeit der Industriellen zurechnen können, wenn sie in ihrem Verband entschieden für die Betheiligung der Arbeiter und des Reiches an der Versicherungsprämie eintreten. In der uns vorliegenden, an den Reichstag gerichteten Denkschrift des Central-Verbandes Deutscher Industrieller betreffend die Kranken- und Unfall-Versicherung der Arbeiter wird dieses Verlangen eingehender Weise und wie es uns scheint mit nicht abzuweisenden Gründen motivirt, sodaß jede unbefangene Kritik den Standpunkt des Verbandes im Ganzen und Großen nur zu theilen vermag.

Nach der ersten Regierungsvorlage vom Jahre 1881 sollten bekanntlich diejenigen Arbeiter, deren Jahres-Arbeiterverdienst 750 Mk. und weniger beträgt, zu den Versicherungsprämien nicht herangezogen werden, dagegen aber diejenigen Versicherten, deren Jahresverdienst über diese Prämie hinausginge $1/3$ der Prämie tragen. Nach dem Beschluß der dritten Lesung des Reichstages sollten die Prämien aufgebracht werden zu $2/3$ vom Betriebsunternehmer und zu $1/3$ vom Versicherten. Es entspricht sonach dem durch das Parlament repräsentirten Volksbewußtsein, den Arbeitern einen wenn auch geringen Theil der Unfallslast aufzuerlegen. Wenn demgegenüber die Regierung in dem neuen Gesetzentwurf die Arbeiter von allen Beiträgen freiläßt, so ist dies nicht allein aus finanziellen, sondern aus ethischen Gründen verwerflich, wie es auf der anderen Seite nothwendig ist den in der Regierungs-Vorlage erschöpfend motivirten Reichszuschuß von 25 pCt. beizubehalten.

Erwägt man, daß die Gesammtbelastung, welche der Unfallkasse aus den schwereren Unfällen erwachsen wird, sich auf rund 14 Mill. Mk. beläuft, so werden die 20 pCt., welche die Versicherten zu entrichten haben, sich auf 2,800,000 Mk. jährlich stellen. Da dieser Betrag sich auf 2 Millionen Versicherte repartirt, so wird im Durchschnitt pro Kopf der Versicherten die Jahresbelastung 1,40 Mk. ausmachen. Man wird zugeben müssen, daß dieser geringfügige Betrag die Arbeiter in keiner Weise drücken wird und wir sind überzeugt, daß die Letzteren bereit sein werden, diese Last schon im Hinblick darauf auf sich zu nehmen, daß ihre ganze Stellung in der Versicherungs-Genossenschaft eine ganz andere wird, weil sie dadurch den Anspruch erlangen, als Mitbetheiligte an allen Genossenschaftsrechten und an der Selbstverwaltung der Genossenschaften theilzunehmen.

Der Verband legt in seiner obenerwähnten Denkschrift auf die Heranziehung der Arbeiter zur Versicherungsleistung und zur Verwaltung der Genossenschaften ein so großes Gewicht, daß er sogar nichts dagegen zu erinnern haben würde, wenn der Beitrag den das Reich zur Versicherung leistet, den Arbeitern gutgeschrieben und ihr Vertretungs- und Mitverwaltungsrecht bei den Genossenschaften dem entsprechend erhöht würden. Wir glauben, daß aus diesem Erbieten mehr als aus allen anderen der gute Wille der Arbeitgeber hervorgeht, denn der minime Beitrag der Arbeitgeber kann doch gegen die Verstärkung der Rechte der Arbeiter in der Genossenschaft gar nicht ins Gewicht fallen. Vergegenwärtigen wir uns nur, daß ein Arbeitgeber, der die doch schon respektable Zahl von 100 Arbeitern beschäftigt, durch die Beitragspflicht dieser Arbeiter für das ganze Jahr nur einen Prämienbeitrag von 140 Mk. ersparen würde, so kann gar keine Rede davon sein, daß etwa Geldinteressen die Arbeitgeber veranlassen, den Arbeitern umfassendere Rechte in der Verwaltung der Genossenschaften gegen die Uebernahme einer so geringen Beitragsleistung zu gewähren. Im Gegentheil, die neue Institution soll und wird dadurch an Wirksamkeit nur gewinnen und zur Ausgleichung des unglücklichen Gegensatzes zwischen Arbeitern und Arbeitgebern am ehesten beitragen.

Zoll-Restitutionen für die Exportindustrie.

Schon der bloße Gedanke daran, daß die Industrie das Begehren um Rückvergütung der in ihren zum Export gebrachten Fabrikaten steckenden Eingangszölle stellen dürfte, bringt unsere Freihandelsorgane sozusagen aus dem Häuschen. Und doch ist dieses Begehren vollkommen in der Natur der Sache gelegen, wird überall von Regierungen und Parlamenten prinzipiell als durchaus gerecht anerkannt, und findet sich thatsächlich bei uns schon längst rücksichtlich der Zucker- und Branntweinfabrikation verwirklicht, ohne daß wir uns zu erinnern vermögen, daß letzteres Verfahren als ein prinzipielles Unrecht jemals und auch nicht von freihändlerischer Seite bestritten worden wäre. Im Gegentheil wurde es allgemein als eine im Interesse der Entwicklung der einheimischen Produktion gelegene Forderung anerkannt, daß die auf diesen Industriezweigen lastende besondere Besteuerung beim Exporte der Fabrikate den exportirenden Fabriken restituirt werde. Wenn es heute eine Opposition speziell gegen die dem Zuckerexporte gewährte Steuerbonifikation allerdings giebt, so betrifft dieselbe durchaus nicht das Prinzip, sondern nur die Höhe der Restitution, weil diese mit der von den Fabrikanten wirklich bezahlten Steuer nicht stimmt, und der Staat in Folge dessen mehr zurückbezahlt, als er erhalten hat. Diese geht zweifellos zu weit, und ist in der That eine an die Zuckerindustriellen auf Kosten des gemeinen Steuersäckels gemachtes, unverdientes Geschenk. Die Ursache dieses Mißverhältnisses liegt aber nur in der unrichtig gewordenen Art der Steuerberechnung und Steuererhebung, so daß leicht Abhilfe geschaffen werden kann, wenn man will. Jedenfalls ist die Thatsache, daß die Steuer-Restitution beim Zuckerexporte zu einer Prämie für die Zuckerindustriellen ausgeartet ist, kein Grund, um das Prinzip der Restitution selbst als verwerflich und die in gleicher Weise begehrte Zoll-Restitution so darzustellen, als sollte nun auch der sonstigen Fabrikindustrie eine Prämie auf den Export gewährt werden, wie unsere Freihandels-Organe die Sache zu drehen belieben.

Darüber wird wohl kein Streit sein können, daß die Zollrestitution für die in den Fabrikaten steckenden von Auswärts bezogenen und verzollten, d. i. versteuerten Roh- und Halbprodukte, im Prinzipe nichts Anderes ist, als die Wiedererstattung einer auf der bezüglichen Fabrikation lastenden besonderen Besteuerung, und ebenso ist der Grund der Rückerstattung das Gleiche, wie bei der dem Zucker und Branntwein gewährten Steuerrestitution, nämlich Förderung der nationalen Arbeit durch Entwickelung der heimischen Exportindustrie, welche durch die Zoll-Restitution konkurrenzfähig auf dem Weltmarkte gemacht werden soll. Die Frage dabei ist nur diese, daß die Zoll-Restitution ohne Beeinträchtigung der inländischen Produktion der bezüglichen Roh- und Halbprodukte und mit hinreichender Kontrolle zum Schutze der Zollkasse durchgeführt wird. Die Erörterung und Erledigung des Prinzipes der Zoll-Restitution läßt sich gar nicht mehr aufhalten, sie ist überall entstanden und dringlich geworden, wo es eine aus dem Schutzzolle entstandene und sich auf diesem basirende Exportindustrie giebt, welche dem Staate erhalten werden will. Es mag d e Zoll-Restitution den Zollkassen wenig erwünscht sein, aber sie werden sich damit trösten müssen, daß der gleiche Titel aus welchem die Zollerhebung fließt, auch die Rückerstattung der Zölle fordert, und daß bei der gegenseitigen Verrechnung doch noch immer ein gutes Theil für die Kasse zurückbleibt. Dieser Titel aber ist das öffentliche Wohl.

Von den Freihandels-Organen wird die falsche Darstellung beliebt, daß der Rechtstitel, unter welchem die Schutzzöllner den Schutz ihrer Arbeit gegen das Ausland verlangt und erhalten haben, neben dem Schutze der nationalen Arbeit auch die Phrase vom nationalen Markte gewesen sei, welcher den einheimischen Produzenten und Fabrikanten gehöre. Das Begehren der Schutzzöllner sei gleichbedeutend mit dem Verlangen einer ausschließenden Beherrschung des inländischen Marktes und des Zwanges für die inländischen Konsumenten ihren Bedarf nur von den inländischen Produzenten kaufen zu dürfen. Daraufhin wird frisch-

weg der Schluß gezogen, es hätten dem entgegen auch die Konsumenten ein Recht erhalten, daß die einheimischen Fabrikanten für sie und nur für sie, d. h. nicht auch für's Ausland, zu arbeiten haben, und nicht zu Zollrestitutionen behufs Förderung des Exportes, sondern vielmehr zum Erlasse von Ausfuhrzöllen resp. Verboten behufs Verhinderung des Exportes sei der Staat daher berechtigt, damit, wie durch die Einfuhrzölle erzwungen werden soll, daß der Konsument nur von inländischen Fabrikanten kaufe, ebenso auch der letztere gezwungen wäre, nur für die einheimische Konsumtion zu arbeiten. Es dürfte dies wohl das Höchste in Verdrehung sein, was bis jetzt von den Freihändlern in der Zollfrage geleistet wurde, entspricht jedoch vollkommen dem von jeher beliebten Manöver, den Schutzzoll als lediglich im Interesse einiger Fabrikanten und Produzenten zugestanden darzustellen, weil es denselben allerdings dabei freilich besser geht, als wenn ihre Unternehmungen unter der Herrschaft des Freihandels ruinirt würden. In Wahrheit jedoch ist der alleinige Rechtstitel des Schutzzolles nur die gemeine Wohlfahrt, und das ganze System, diese wie jede einzelne Zollposition erhält nur durch diese die Existenzberechtigung. Die gemeine Wohlfahrt ist es allein, welche die Erhaltung und Förderung der nationalen Arbeit begehrt, und in Konsequenz dessen fordert, daß der einheimische Markt nicht der fremdländischen Produktion preisgegeben werden dürfe, weil sich dies nur auf Kosten des nationalen Wohlstandes vollziehen würde. Dabei ist weder von einer ausschließenden Beherrschung des inländischen Marktes, noch von einem Zwange der Konsumenten, blos nur von der inländischen Produktion zu kaufen, die Rede. Um dieses zu erreichen, müßten Einfuhrverbote und Prohibitivzölle die fremdländische Einfuhr gänzlich verhindern, was aber bekanntlich von Niemanden begehrt wurde, thatsächlich auch nicht existirt. Vor allen Augen und täglich vollzieht sich für Jedermann der Einkauf fremdländischer Produkte auf unserem Markte, und man muß nur staunen wie derlei Dinge noch immer dem Volke in's Gesicht zu sagen, gewagt werden kann.

Ist nun die freihändlerische Behauptung eines von den Schutzzöllnern begehrten ausschließlichen Besitzes des einheimischen Marktes unwahr, so steht wohl auch das daraus gefolgerte Gegenrecht der Konsumenten auf Ausfuhrzölle und Ausfuhrverbote vollständig in der Luft. Wäre aus der Einrichtung des Schutzzollsystems ein Schluß auf die Berechtigung von Ausfuhrzöllen überhaupt zu ziehen, so müßte auch für letztere das Gemeinwohl als Rechtsbasis nachgewiesen werden, d. h. der Ausfuhrzoll müßte ebenso wie der Einfuhrzoll seine Begründung in der Erhaltung und Förderung der nationalen Arbeit und Industrie besitzen. Zu einer Beweislieferung aber, daß durch Ausfuhrzölle die nationale Arbeit und Wohlfahrt gefördert werde, dürfte sich selbst die verbissenste Rechthaberei der Freihändler kaum versteigen wollen.

Die Fabrikate der Eisenindustrie.

Für die Eisenindustriellen und auch vom allgemein volkswirthschaftlichen Standpunkt aus, ist es von großer Wichtigkeit, den Gang der Fabrikation in der Eisenindustrie auch im Einzelnen zu verfolgen. Bekanntlich wird derselbe durch verschiedene Momente, wie neue Eisenbahnanlagen, durch die Bauthätigkeit u. a. wesentlich beeinflußt, und es dürfte von Interesse sein, sich darüber zu vergewissern, in welcher Richtung diese Beeinflussung stattfindet. In unseren montanstatistischen Erhebungen steht uns nun für diese Frage ein reiches Material zu Gebote, aus welchem wir hier einige Streiflichter auf die Entwickelung der einzelnen Branchen der Eisenindustrie fallen lassen.

Wenn wir zunächst die einzelnen Hauptbranchen ihrer Wichtigkeit nach ordnen, so nimmt noch immer die Produktion von Eisenbahnmaterial mit etwa 730,000 Tonnen die erste Stelle ein. Hierauf folgt die Gußwaarenindustrie mit etwa 620,000, die Fabrikation von Handels- und Feineisen mit 525,000, die Drahtfabri-

kation mit 292,000, die Blechfabrikation mit 245,000 und die Fabrikation von Bau- und Profileisen mit 200,000 Tonnen. Es erhellt hieraus sofort, von wie großer Bedeutung es für unsere Eisenindustrie ist, ob der Eisenbahnbau florirt oder nicht. Vom Jahre 1877 bis 1881 hat sich die Fabrikation von Eisenbahnschienen allein von 398,000 auf 530,000 Tonnen gehoben. Auch die Verwendung eiserner Bahnschwellen hat ganz bedeutende Fortschritte gemacht, ihre Produktion ist von 43,524 auf 79,798 Tonnen gestiegen.

Bei Gußwaaren kommen hauptsächlich Maschinentheile in Betracht. Ihre Produktion betrug 1877 erst 201,845, im Jahre 1881 bereits 325,172 Tonnen. Die Fabrikation anderer Gußwaaren ist weniger fortgeschritten. In Handelseisen und Feineisen ist die Steigerung der Produktion eine mäßige von 425,000 auf 500,000 Tonnen gewesen. Dagegen ist die Drahtfabrikation seit 1877 gerade um 100 Prozent gewachsen und nahezu in gleichem Verhältniß hat die Fabrikation von Blech und Platten zugenommen.

Der Uebergang zur Stahlindustrie, wie er sich auch in Deutschland seit Jahren vollzieht, macht weitere Fortschritte. Seit 1877 hat sich die Flußeisenfabrikation verdoppelt, nämlich von 407,700 auf 840,000 Tonnen, während die Schweißeisenindustrie von 1,041,000 auf 1,349,000 Tonnen, also nur um 300,000 Tonnen gestiegen ist. Am meisten tritt dieser Uebergang, wie naturgemäß, bei der Schienenfabrikation hervor. Während nämlich im Jahre 1877 noch 90,000 Tonnen Schienen in Schweißeisenwerken hergestellt wurden, belief sich die Menge derselben in 1881 nur noch auf 26,015 Tonnen, gegen 504,132 Tonnen welche in Flußeisenwerken hervorgebracht wurden.

Die Dampfkessel-Explosionen.

Obgleich die Gefahren des Dampfkesselbetriebes nicht übermäßig große sind, wenn man sie mit den Gefahren anderer gewerblicher Betriebe, z. B. dem Bergbau, Bauwesen, der Schiffahrt u. a. vergleicht, so können sie doch da, wo sie sich gerade ereignen, außerordentlich intensiv wirken. Im Interesse des privaten wie öffentlichen Eigenthums und nicht weniger zum Schutze der Menschen, hat man deshalb in den größeren Kulturstaaten Vorkehrungen gegen derartige Gefahren getroffen. Dabei ist aber die Prüfung und Beaufsichtigung des Dampfkesselbetriebes in diesen Staaten sehr verschiedenartig ausgebildet. Es giebt Länder, in denen nur staatliche Prüfung und Beaufsichtigung vorgeschrieben ist, wie in Holland; in anderen Ländern, und dazu gehört vor Allem England, fehlt jede staatliche Prüfung und Beaufsichtigung der Kessel; was von solcher vorhanden ist, ist lediglich privat, dazu ist Niemand gezwungen, sich ihr zu unterwerfen; wieder in anderen Ländern ist staatliche Prüfung der Dampfkessel obligatorisch, aber neben staatlicher Beaufsichtigung des Kesselbetriebes auch privat zulässig, eine von beiden ist indeß unbedingt geboten. Zu den letzteren Staaten gehört bekanntlich das deutsche Reich.

In Deutschland ist zur Anlegung von Dampfkesseln, dieselben mögen zum Maschinenbetriebe bestimmt sein oder nicht, die Genehmigung der nach den Landesgesetzen zuständigen Behörde erforderlich. Die Dampfkessel werden nicht nur vor ihrer Aufstellung einer Untersuchung auf vorschriftsmäßige Konstruktion und Festigkeit unterworfen, sondern jeder aufgestellte und in Betrieb genommene Dampfkessel unterliegt von Zeit zu Zeit einer amtlichen technischen inneren und äußeren Untersuchung. Dampfkessel, deren Besitzer Vereinen angehören, welche eine regelmäßige und sorgfältige Ueberwachung der Kessel vornehmen lassen, können von der amtlichen Revision befreit werden. Die gleiche Vergünstigung kann auch ausnahmsweise einzelnen Dampfkesselbesitzern zu Theil werden, welche für eine regel-

mäßige Ueberwachung ihrer Dampfkessel entsprechende Einrichtungen getroffen haben.

In Folge dieses Zugeständnisses hat in Deutschland die Kessel-Ueberwachung durch Vereine immer mehr die Oberhand über die amtliche Ueberwachung gewonnen, was zum großen Theil seinen Grund darin hat, daß die Vereins-Ingenieure sämmtlich tüchtige, im Dampfkessel-Wesen außerordentlich erfahrene Techniker sind und deshalb sich großen Vertrauens bei den Vereinsmitgliedern erfreuen. Die Vereins-Ingenieure gleichen den Aerzten; sie haben nicht nur die Kesselkrankheiten zu erforschen und zu heilen, sondern auch die Aufgabe, solchen Krankheiten bestmöglichst vorzubeugen, und ihr größter Triumph ist es, die aus irgend einem Grunde hervorgerufenen Explosionen, wenn nicht gänzlich zu verhindern, so doch auf ein Minimum einzuschränken und auf diese Weise das Durchschnittsalter der Kessel und damit zugleich die Sicherheit des Kesselbetriebes zu erhöhen.

Ueber die Zahl und näheren Umstände der Dampfkessel-Explosionen im deutschen Reiche macht das kaiserl. statistische Amt seit 1877 jährlich genaue Angaben. Die Zusammenstellung der Explosionen für das vergangene Jahr ist soeben erschienen, und stellt durch seine geringe Anzahl den Dampfkessel-Revisoren das günstigste Zeugniß für ihre Thätigkeit aus. Die Zahl der Explosionen und der dabei verunglückten Personen stellte sich in den einzelnen Jahren seit 1877 wie folgt:

	Explosionen.	im Ganzen verunglückte Personen.	davon getödet.
1877	20	58	21
1878	18	32	10
1879	18	78	36
1880	20	29	10
1881	11	47	8
zusammen	87	244	85

Es kommen hiernach durchschnittlich auf jedes Jahr 17,4 Explosionen nnd 48,8 verunglückte Personen, davon 17 getödtet. Vergleicht man hiermit die Dampf-

kessel-Explosionen in unserem westlichen Nachbarstaate, so ergiebt sich für Deutschland ein wesentlich günstigeres Verhältniß als dort, indem in Frankreich von einer geringeren Kesselzahl als in Deutschland im Durchschnitt der letzten Jahre jährlich 30 Kessel explodirt, 37 Menschen getödtet und 44 Personen sonst noch verletzt worden sind.

Die Tarifreform in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Der Präsident der Nordamerikanischen Union empfiehlt in seiner neuesten Botschaft an den Kongreß die Herabsetzung der Einfuhrzölle, und der Schatzsekretär präzisirt diesen Vorschlag sofort, indem er die Artikel namhaft macht, welchen diese Reduktion zu Gute kommen soll, ja es wird sogar der Umfang erwähnt, in welchem die Herabsetzung zu erfolgen habe.

Wir ziehen hier zunächst die Motive nicht in Betracht, welche das Haupt der nordamerikanischen Regierung zu dem Entschlusse geführt haben, eine Herabsetzung der Einfuhrzölle zu beantragen, welche die bis jetzt noch herrschende republikanische Partei bisher stets von sich wies. Vielmehr konstatiren wir, daß das deutsche Manchesterthum und die sich so nennende liberale Partei diesen Entschluß als einen Sieg der Freihandelsprinzipien über den Grundsatz des Schutzes der nationalen Arbeit darstellt. Darin können wir jedoch nur eine vollständige Verrückung des richtigen Gesichtspunktes für diese Frage erblicken. Gegen solche — wie wir glauben — absichtliche Verschiebung des wirklichen Verhältnisses dürfen wir aber nicht müde werden zu kämpfen und zu protestiren. Unter dem von der Freihandelspartei verhöhnten Schutz der nationalen Arbeit hat sowohl die Wissenschaft als auch die Gesetzgebung dies- und jenseits des Oceans nur die Erziehung der einheimischen Industrie zur Selbstständigkeit und Konkurrenzfähigkeit mit derjenigen des Auslandes verstanden und als Beweis für deren

Nothwendigkeit sowie als Vorbild für deren Nützlichkeit den Jahrhunderte langen Schutz der englischen Industrie genommen, welche mittels desselben so viel Reichthum und Fertigkeit in der Industrie sich erworben hat, daß sie eine Krücke um die andere dieses Schutzes wegwerfen und die Wettbewerbung der Industrien der ganzen Welt in die Schranken rufen kann. Wenn der Freihandel aus einem mehr oder weniger langen Schutz der nationalen Arbeit hervorgegangen ist, dann ist er ein segensreiches Erzeugniß der Staatsweißheit, und gerade darauf arbeitet die den Schutz der nationalen Arbeit vertretende Partei in Deutschland hin. Eine Partei dagegen, welche den Freihandel einführen will, bevor die einheimische Industrie durch den Schutz der nationalen Arbeit zur Konkurrenzfähigkeit erzogen und zur Selbständigkeit gekräftigt ist, eine solche übt an der heimischen Industrie Verrath und überliefert sie dem Untergang durch die übermächtige Industrie des Auslandes.

Erkennen Regierung und Gesetzgebung von Nordamerika die nordamerikanische Industrie so entwickelt und so gekräftigt, daß sie allmälig die Wettbewerbung mit den Industrien anderer Länder aufnehmen kann, so handeln sie weise, wenn sie den Uebergang vom Schutze der nationalen Arbeit zur freien Konkurrenz anbahnen; aber sie handeln ganz nach unserm System, und die Freihandelsprediger der liberalen und der Manchester-Partei haben kein Recht, dieß als einen Sieg ihres Prinzips auszuposaunen. Im Gegentheil dürfen wir gerade den Vorgang Nordamerika's als glänzendes Beispiel der Richtigkeit unserer Theorie von der Erziehung der Industrie zur freien Konkurrenz durch Schutz der nationalen Arbeit in Anspruch nehmen.

Eisenhüttenwerk Thale.

Aus dem jüngst veröffentlichten, der kürzlich abgehaltenen General-Versammlung vorgelegten Geschäftsbericht dieser Gesellschaft entnehmen wir, daß sich die Hoffnungen auf eine bessere Geschäfts-Entwicklung verwirklicht haben, indem ein Netto-Betriebsgewinn von M. 145 205,05 verblieb. Dies resultirt aus einer Steigerung der Produktion von 3,3 pCt. für Luppen, 13,5 von Walzeisen, 78,5 von Achseneisen, 97,3 von Guß und 30,8 für em. Geschirre, während die Produktion von Blechen-Hammereisen für diese Anstalt an Bedeutung verlor, so daß das Minus von 2,5 pCt. für Hammereisen, von 31 pCt. für Bleche erklärt, bezw. durch andere Produkte weit aufgewogen wurde. Der Verkauf an Fabrikanten steigerte sich gegen die Vor-Betriebsperiode um rund 605,000 Mark. Die Durchschnitts-Verkaufspreise stellten sich für Walzeisen um 14 pCt. höher, dagegen niedriger um 0,4 pCt. für Achsen, 3 pCt. für Hammereisen, 3,7 pCt. für em. Geschirre. Es haben im Laufe des Geschäftsjahres beträchtliche Neubauten stattgefunden, weiter ist ein neues, 1200 Quadratmeter großes Magazin im Bau begriffen. Der Aufsichtsrath spricht aus, es sei seine volle Ueberzeugung, daß die stattgefundene erfreuliche Entwickelung, indem sie auf der richtigen Erkenntniß und Ausnutzung aller dem Etablissement zu Gebote stehenden natürlichen Hülfsmittel, und aller sonst für dasselbe in Betracht kommenden günstigen Verhältnisse beruhend sei, die Gewähr des Fortschritts und der Dauer in sich trage.

Aus dem Reingewinn konnte die seit dem 1. Februar 1881 aufgelaufene, also anderthalbjährige Vorzugs-Dividende der Prioritäts-Aktien mit insgesammt 9 pCt. bezahlt, der Reservefond mit M. 10,000 dotirt und auch der Arbeiter-Depositionsfond erhöht werden.

Zur Reform der Handelskammern.

Die Frage der Reform der Handelskammern hat neuerdings wieder an Aktualität gewonnen durch das bekannte Schreiben, welches der Herr Reichskanzler vor wenigen Tagen an die Osnabrücker Handelskammer gerichtet hat. Fürst Bismarck nimmt in demselben Partei für Diejenigen, welche eine gemeinsame Interessenvertretung für alle Gewerbszweige mit Einschluß der Landwirthschaft verlangen. Diesen Standpunkt hat der Centralverband deutscher Industrieller in seinen zu Nürnberg gefaßten Resolutionen bekanntlich nicht eingenommen, vielmehr hat man es damals für zweckmäßiger gehalten, der Landwirthschaft ihre bewährte Vereinsorganisation zu belassen und die Reform der wirthschaftlichen Interessenvertretung auf den Handel, die Industrie und das Kleingewerbe zu beschränken.

Bei den gegensätzlichen Anschauungen, welche sich hinsichtlich dieser Frage im Schooße des Centralverbands selbst geltend gemacht haben, heißen wir eine kürzlich erschienene kleine Schrift des bekannten Aachener Professors, Richard von Kaufmann,*) willkommen, in welcher der Gegenstand von allen Seiten beleuchtet wird.

Kaufmann ist es bekanntlich, der durch sein großes Werk über die Organisation der wirthschaftlichen Interessen-Vertretung die ganze Frage in Fluß gebracht und ihr die nöthigen wissenschaftlichen Grundlagen gegeben hat, er darf deshalb zu den kompetentesten Beurtheilern der weiteren Entwickelung dieser Angelegenheit gerechnet werden, zumal er auch bei der Berathung und Feststellung der von der Kommission des Centralverbandes deutscher Industrieller ausgearbeiteten Eisenacher Resolutionen in hervorragender Weise betheiligt gewesen ist.

Die Kaufmann'sche Brochüre charakterisirt sich als eine Kritik oder als ein Separatvotum des Verfassers zu den vom Centralverband deutscher Industrieller zu Nürnberg gefaßten Beschlüssen. Sie ist vor dem neuesten Erlaß

*) Die Reform der Handels- und Gewerbekammern. Berlin. Puttkammer u. Mühlbrecht.

des Reichskanzlers geschrieben worden, verräth aber mit letzterem eine sehr bemerkenswerthe Uebereinstimmung. Die Delegirten-Versammlung des Centralverbandes hatte in Nürnberg, wie bereits angedeutet, beschlossen, daß in der neu zu bildenden Kammer von einer Betheiligung der Landwirthschaft abgesehen, dagegen die mit der Landwirthschaft verbundenen technischen Gewerbe in denselben vertreten sein sollten. Dagegen will Herr von Kaufmann, daß in den von ihm Wirthschaftskammern genannten lokalen Korporationen Industrie, Kleingewerbe, Landwirthschaft und Handel, nach ihrer Bedeutung für den lokalen Bezirk gleichmäßig vertreten sein sollen.

Wir haben uns in dieser Frage von Anfang an prinzipiell und theoretisch auf die Seite Derjenigen gestellt, welche meinen, daß eine rationelle wirthschaftliche Interessen-Vertretung die Betheiligung aller Gewerbszweige, also auch der Landwirthschaft zur Voraussetzung habe, und erkennen deshalb das Gewicht der Gründe vollständig an, welche Herr von Kaufmann gegen den Ausschluß der Landwirthschaft in's Feld führt. Weder sind die eigenartigen Interessen der Landwirthschaft von denen aller anderen Erwerbsquellen so abweichend, daß sich eine Zusammenfassung mit den Letzteren nicht empfiehlt, noch ist die von verschiedenen Seiten behauptete Gefahr vorhanden, daß etwa durch die Heranziehung der Landwirthschaft die Arbeiten der Kammer verflacht werden könnten. Im Gegentheil wird das Eingehen und die Rücksichtnahme auf die Interessen unseres weitaus bedeutendsten Gewerbes, der Landwirthschaft, den Charakter der Verhandlungen der Kammer in sehr wohlthätiger Weise beeinflußen und alle zu weit gehenden Einseitigkeiten fern halten.

Trotz dieser prinzipiellen Zustimmung zu den Ausführungen von Kaufmann's, bestehen jedoch für uns Erwägungen politischer Natur, welche vom industriellen Standpunkte aus den Einschluß der Landwirthschaft in die Handels- und Gewerbekammern widerrathen. Die Landwirthschaft besitzt seit langer Zeit eine eigene freiwillige Repräsentationin den landwirthschaftlichen Vereinen, welche vorläufig vielleicht wesentlich technische Zwecke verfolgen,

erforderlichen Falls aber auch wirthschaftspolitischen Fragen näher treten werden. Die Landwirthschaft ist nicht gesonnen, diese Vereine, welche einen festen Kristallisationspunkt aller landwirthschaftlichen Interessen bilden, aufzugeben und wenn man der Landwirthschaft daneben eine entsprechende Vertretung auch in den Handels- und Gewerbekammern bezw. in den Wirthschaftskammern einräumen wollte, so würde dieselbe eine zweifache Vertretung ausüben und das Gewicht ihrer Interessen sich den industriellen Interessen gegenüber doch allzusehr fühlbar machen. Die Industrie hat aber sicherlich kein Interesse daran, die Position der Landwirthschaft, welche in Preußen bekanntlich ohnehin eine sehr einflußreiche ist, zu verstärken und deshalb müssen wir die Haltung des Centralverbandes deutscher Industrieller in diesem Punkte als politisch richtig anerkennen, so viele Gründe sich auch vom allgemeinen theoretischen Standpunkte für die Einbeziehung der Landwirthschaft in die allgemeine wirthschaftliche Interessen-Vertretung anführen lassen.

Deutschlands Antheil am Weltgroßhandel.

u. Wenn vordem Seitens warmer, nicht von einer Theorie verblendeter Vaterlandsfreunde auf die Ausschließung Deutschlands vom überseeischen Besitz der anderen europäischen Länder und auf die mancherlei üblen Rückwirkungen, welche der Mangel deutscher Kolonien auf das deutsche Geschäftsleben und selbst auf unsere gesammte nationale Entwicklung ausübe, hingewiesen wurde, so antworteten die Manchesterleute wohl damit, daß sie selbstgefällig von dem Antheile am überseeischen Handel sprachen, den Deutschland sich auch ohne Kolonien zu erringen gewußt habe, und daß sie die angeblich ungeheure kommerzielle Blüthe der beiden freihändlerischen Hansestädte priesen. Davon, daß im Hafen von Hamburg englische Schiffe, der Zahl nach fast die Hälfte, der Tonnenzahl nach mehr als die Hälfte des Verkehrs repräsentiren, daß die Hansestädte nicht im

Stande sind, den Bedarf Deutschlands an Kolonialprodukten direkt zu befriedigen, sondern denselben durch Ankauf in England decken müssen, daß es überhaupt, sobald man sachgemäße Vergleiche anstellt, weder mit der Volkszunahme noch mit der kommerziellen Entwicklung der Hansestädte so sonderlich glänzend aussieht, daß unsere Küstenschifffahrt heute noch zum ansehnlichen Theil in den Händen des Auslandes ist, daß auch da, wo in fremden Meeren die hanseatische und überhaupt die deutsche Flagge einen ansehnlichen Theil des Frachtgeschäfts an sich zu reißen wußte, dies doch im Allgemeinen nur minder lohnende und minder sichere Geschäftszweige sind — das sagte man allerdings weislich nicht. Erst in allerjüngster Zeit sind diese Verhältnisse dem deutschen Publikum bekannt geworden, und noch dürfte ein großer Theil desselben sich mit der Erwägung getröstet haben, daß der deutsche Handel und die deutsche Schifffahrt wenigstens behaupten würden, was sie hätten, und daß der Antheil Deutschlands am Weltgeschäft, begünstigt durch die jetzige Machtstellung Deutschlands, eher wachsen als abnehmen werde. Es scheint jedoch, als habe man sich hiermit einer Illusion hingegeben, auf welche ein grausames Erwachen folgen muß. —

Daß die Ablehnung der Samoa-Vorlage ein schwerer Fehler war, beginnen jetzt auch freihändlerische Blätter, wie die „Köln. Zeitung", kleinlaut zuzugeben. Man weiß, daß der Handel der Samoa-Inseln und der benachbarten Inselgruppen, welcher vor einem Jahrzehnt zum weitaus größten Theile in deutschen Händen lag, heute schon vorwiegend ein nichtdeutscher geworden ist, derart, daß heute Deutschland nur noch den relativ stärksten Antheil an demselben hat. In Borneo war vor Jahren noch ein ziemlicher Raum, jetzt aber hat England denselben in Beschlag genommen. In Süd- bezw. Binnen-Afrika rüsten sich Frankreich und England, die Besitznahme des schwarzen Erdtheils durch europäische Länder, unter denen leider wiederum Deutschland nicht ist, zu vervollständigen; in dem noch jungfräulichen Neu-Guinea will Italien seine Flagge entfalten. Der ost-

asiatische Handel, dessen Bedeutung für die deutsche Schifffahrt früher mit besonderer Vorliebe gepriesen wurde, will nicht mehr recht gedeihen, und wenn es auch richtig ist, daß in dem französischen Hinterindien die deutsche Flagge noch eine hervorragende Rolle spielt, so ist doch kaum anzunehmen, daß dies bei weiterer Ausbreitung des französischen Einflusses in jenen Gegenden von Bestand sein wird — jedenfalls aber wird unsere Rolle in jenen Häfen und Meeren keine sonderlich würdige sein können. Der west-südamerikanische Handel hingegen, für den die Hansestädte lange Zeit eine Art thatsächlichen Monopols hatten, droht denselben fast gänzlich entrissen zu werden; eine Linie nach der andern wird Seitens anderer europäischer Länder dorthin angelegt, und unser Geschäft ist zu sehr bloßes Gelegenheitsgeschäft und entbehrt daher des nöthigen Rückhalts, um den Kampf hiergegen mit Erfolg bestehen zu können. Nach Australien, wo die Ausstellungen von Sidney und Melbourne so glänzende Chancen eröffneten, sind wohl regelmäßige Verbindungen eingeleitet worden, aber auch dort sind wir von England bereits in viel höherem Maße überflügelt als dies an sich nothwendig gewesen wäre. Nur der Osten von Südamerika weist aus jüngster Zeit eine Zunahme des deutschen Geschäfts und des deutschen Einflusses auf. Aber wie lange wird dies dauern, wenn die Gesammtlage unseres Antheils am Welthandel unverändert bleibt?

Derjenige Faktor unseres nationalen Gedeihens, welcher in unserem Antheil am Welthandel wurzelt, bleibt ein kümmerlicher, so lange wir keine Kolonien haben und so lange nicht der Staat die Pflege von Handel und Schifffahrt in seine starke Hand nimmt. Ohne diesen Faktor aber kann eine Großmacht heute nicht mehr bestehen.

Zur Steuerreform.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedurfte, daß die Regierung sich mit ihren Steuer-Projekten auf einer falschen Bahn befindet, so haben die Debatten über die sogenannte Lizenzsteuer im Abgeordnetenhause diesen Beweis in aller Form geliefert. So ziemlich keine der Parteien, mit Ausnahme etwa der Freikonservativen, hatte den Muth, für die theoretisch durchaus zu billigende Regierungs-Vorlage einzutreten. Man fürchtete allerseits, eine große und einflußreiche Klasse der Bevölkerung, die Gast- und Schenkwirthe, in das Lager der schärfsten Opposition hinüberzutreiben; die Regierungs-Vorlage zog die Zügel zudem gleich etwas zu straff an, und so einigte man sich denn dahin, derselben durch Verweisung in eine Kommission zu einem ehrenvollen Begräbniß zu verhelfen.

Wenn man sich die bunte Reihe von Steuer-Projekten, welche wir in den letzten Jahren an uns haben vorüberziehen sehen, vergegenwärtigt und ihre absolute Erfolglosigkeit bedenkt, so scheint es an der Zeit, der Regierung von unparteiischem Standpunkte aus einen Rath zu ertheilen. Das Fiasco, welches die bisherige Steuerpolitik der Reichsregierung im Großen und Ganzen erlitten hat, rührt unseres Erachtens daher, daß es den maßgebenden Staatsmännern in diesem Punkte an der Vorsicht, Ruhe und Planmäßigkeit gebricht, welche in finanziellen Dingen vor Allem noth thut. Der Reichskanzler hat es, wie er selbst einmal gesagt hat, eilig, er will die Finanzen des Reiches noch bei seinen Lebzeiten fest gegründet und unter Dach gebracht sehen, aber gerade diese Eile ist das Verderben aller Projekte gewesen, die bisher vom Regierungstisch ans Tageslicht getreten sind. Diese Eile zwingt dazu, weitgreifende und sofort sehr ertragreiche Steuer-Projekte, wie das Tabaksmonopol ins Auge zu fassen, während unsere Finanzwirthschaft doch daran gewöhnt ist, schrittweise vorzugehen und nothwendige Reformen nur allmählich in Angriff zu nehmen. Diese Eile verhindert auch die wirkliche Durcharbeitung der Vorlagen und sie

ist es, welche unsere Finanzmänner geneigt macht, die den Projekten entgegenstehenden praktischen Schwierigkeiten vielfach zu unterschätzen.

Unsere Finanzminister handtiren mit den Steuerprojekten, als hätten sie mit einem von Natur reichen Lande zu thun. Wir sind nicht im Zweifel, daß die Durchführung großer, in alle wirthschaftlichen Verhältnisse tief einschneidender Steuerprojekte in einem Lande wie Frankreich oder auch in Italien keine zu großen Schwierigkeiten machen würde. Aber Preußen ist ein verhältnißmäßig armes Land, unser Volk besitzt auch einen mehr nüchternen Charakter und ist nicht bereit, auf einen Coup großartige Unternehmungen zu beschließen und großartige Mittel dafür zu bewilligen. Die einem preußischen Finanz-Minister nothwendigste Eigenschaft ist deshalb nicht eine schrankenlose steuerliche Erfindungsgabe, sondern die Zähigkeit in der Verfolgung finanzieller Ziele, das schrittweise, aber unentwegte Vordringen auf dem Wege zur Consolidation unserer Finanzlage. Um dieses Ziel zu erreichen, dazu bedarf es unausgesetzter Rücksichtnahme auf die wirthschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Landes und der Abpassung des richtigen Momentes, wo neue finanzielle Lasten dem Volke ohne allzugroße Benachtheiligung weiter Interessengruppen auferlegt werden können.

Daß der Herr Reichskanzler das ganze deutsche und preußische Finanzwesen noch in den wenigen ihm zugemessenen Lebensjahren von Grund auf reformiren und zu einem definitiven Abschluß bringen könnte, halten wir nicht für möglich. Das wäre ein Experiment, welches noch in keinem Lande gelungen ist. Steuerreformen sind überall schrittweise ins Werk gesetzt worden und wenn dem Herrn Reichskanzler an einer gesunden Steuerreform gelegen ist, so glauben wir, wird dieselbe eher durch vorsichtige Ausbildung vorhandener Steuerquellen, als durch unvermittelte Einführung neuer drückender Abgaben, welche ausschließlich einzelne Klassen der Bevölkerung belasten, erreicht werden. Mtttel und Wege, die vorhandenen Steuererträge nicht unwesentlich zu steigern, sind genug

vorhanden und oftmals angedeutet worden. Wir erwähnen in dieser Beziehung die Erhöhung der Rüben-, Branntwein- und Brausteuer, die Reform der Einkommensteuer, die Steigerung der Finanzzölle und für spätere Zeit die weitere Erhöhung der Tabakssteuer und die Ausdehnung der neu eingeführten Stempelsteuern. Hier einzusetzen wäre für den Finanzminister eine verhältnißmäßig leichte Aufgabe, und der Erfolg so gut wie sicher, nachdem sich fast alle Parteien für diese Weiterbildung der bestehenden Steuern ausgesprochen haben.

Die deutsche Konkurrenz in Italien.

u. Die Alpen-Ueberschienung dient weitaus in erster Linie den Interessen des großen, durchgehenden Weltverkehrs, und ihr günstiger Einfluß auf den Verkehr der durch die Alpenkette geschiedenen Länder über einander repräsentirt nur ein Neben-Interesse. Gleichwohl ist auch dieses bedeutsam genug, um es keinen Augenblick unberücksichtigt zu lassen. Denn Italien, obwohl an sich — entgegen manchen hergebrachten Anschauungen — kein reiches Land, ist doch hinlänglich konsumtions- und zahlungsfähig, um bedeutende Mengen deutscher Industrieprodukte aufnehmen zu können, und Deutschland seinerseits ist nicht nur betreffs mancher Artikel auf Italien angewiesen, sondern kann sogar seinen Konsum und damit die Leistungs- sowie die allgemeine Zahlungsfähigkeit Italiens noch ganz gewaltig zur Entwicklung bringen. Trifft dies aber zu, so sind offenbar kaum zwei Länder in höherem Grade für den gegenseitigen Austausch ihrer Produkte auf einander angewiesen, als das unter einem milden Himmelsstriche gelegene, zu kunstgewerblichen Hervorbringungen so außerordentlich prädisponirte, dabei mit verschiedenen Bodenprodukten eigener Art ausgerüstete Italien, und das rauhere, arbeitseifrige, an mancherlei Mineralien reiche Deutschland. Die Durchbrechung der Alpenkette,

welche letztere diesen naturgemäßen Austausch früher nicht zur vollen Entfaltung kommen ließ, muß nun, namentlich in dem neuen Wege über den Gotthard, die Folge haben, daß das lange Versäumte nachgeholt wird, daß die beiden, jetzt auf so kurzer Linie wie kaum zwei andere Nationen verbundenen Länder sich als das erkennen lernen, was sie sind: als das nördliche und das südliche Glied eines Körpers, von denen jedes das andere ergänzt.

Wohl war der Güterverkehr der beiden Länder auch seither schon ein recht ansehnlicher. Deutsche Kohle ging bis Mailand; über diesen Punkt hinaus vermochte sie mit der über Genua eindringenden englischen nicht mehr zu konkurriren. Deutsche Maschinen, Waffen, Textilstoffe, Kartonnagen 2c., spielten in Italien keine unbedeutende Rolle. Dafür erhielten wir Oel, Südfrüchte, Kunstprodukte u. A.; außerdem den unentbehrlichen italienischen Schwefel, auch etwas Getreide. Ein besonderer Zweig des italienischen Exports kommt in neuester Zeit in starke Aufnahme: die in der größeren Milde des Klima's begründete Ausfuhr früher Gemüse, dann auch von Trauben, Obst, Eiern, ganz neuerlich auch von Wein. Alle diese Artikel sind jedoch noch eines kolossalen Aufschwungs fähig. Es mag sein, daß unsere Kohlen-Ausfuhr in Genua selbst keinen Nutzen mehr abwerfen kann, da bis zu diesem Punkte die billigere Wasserfracht alle Vortheile des kürzeren Weges aufhebt; aber jedenfalls können wir weit über Mailand hinaus, bis in das Innere von Mittel-Italien hinein vordringen. Gleichzeitig mit Kunden für unsere Kohlen gewinnen wir aber auch solche für unsere Maschinen, einmal, weil das bis jetzt noch ziemlich industriearme Land um so mehr Anlagen zu begründen vermag, je billiger ihm die hierfür unentbehrlichen Stoffe zugeführt werden, und sodann, weil die Erschütterung des für englische Kohlen herrschenden Vorurtheils auch dasjenige für englische Maschinen erschüttern dürfte. Von den Produkten unserer Textil-Industrie gilt das Nämliche, insbesondere ist auch in diesem Betreff darauf hinzuweisen, daß jede Steigerung der industriellen

Thätigkeit Italiens (ebenso wie seine Bodenproduktion) das Land für viele unserer Artikel aufnahmefähiger machte. Selbst wenn wir den Versuch, längs der Küsten mit dem Seewege, d. h. mit England zu konkurriren, von vornherein als erfolgreich aufgeben, so bleibt doch am Südfuße der Alpen trotz aller französischen Konkurrenz ein Gebiet übrig, dessen Konsum deutscher Waaren mit Hülfe der Gotthardbahn zu einem schwer in's Gewicht fallenden gemacht werden kann. Was aber unseren Verbrauch italienischer Produkte anlangt, so kann, ohne daß unsere Landwirthschaft hierdurch merkbar geschädigt würde, vielmehr zu sehr wünschenswerther Anspornung derselben, noch eine große Steigerung im Import der feineren Produkte der Gartenkultur 2c. stattfinden. Je mehr aber dieser gegenseitige Austausch anwächst, desto näher wird auch das geistige und politische Leben beider Völker aneinander rücken.

Die sogenannte Lizenzsteuer-Vorlage.

Die sogenannte Lizenzsteuer, aus welcher die Deckung für die von der Regierung beantragte Aufhebung der vier untersten Klassensteuerstufen beschafft werden soll, ist an eine Kommission überwiesen worden, aus welcher dieselbe dem Landtage wohl kaum zur Annahme wird empfohlen werden. Es ist die allseitige Opposition gegen diese Steuervorlage aber um so merkwürdiger, als die Anschauung der Regierung über die Nothwendigkeit einer ehesten Aufhebung der untersten Klassensteuerstufen in der Wesenheit auch ziemlich vom ganzen Landtage getheilt wird, und als eine andere Art der Bedeckung des daraus entstehenden Budget-Ausfalles von keiner Seite förmlich beantragt wurde. Dasjenige aber, was diesbezüglich von den Rednern des Hauses als wünschenswerth bezeichnet worden ist, dürfte aller Voraussicht nach die Zustimmung der Staats-Regierung nicht erhalten, welche sich in den Motiven ihrer Steuer-

Vorlage wohl deutlich genug dahin ausgesprochen hat, daß die Zurücknahme der den Steuerpflichtigen in den zwei letzten Jahren gewährten Steuernachlässe nur aus Gründen der dringendsten Noth gerechtfertigt werden könnte.

Der Führer der Nationalliberalen hat in seiner gegen die Lizenzsteuer gehaltenen Rede in ziemlich elegischem Tone, aber in vollkommen richtiger Beurtheilung der Dinge, die in den letzten Jahren zu Tage getretene Impotenz der Steuergesetzgebung hervorgehoben, und das Geständniß gemacht, daß die Autorität des Parlamentes und der Regierung, vor dem Volke dadurch am Wenigsten gewinnen könne, wenn die Schuld an diesem Nichts zu Stande bringen, immer nur zwischen den Parteien und der Regierung hinüber und herüber gewälzt wird, während das Positive der Parlaments-Thätigkeit ausbleibt. Er hat solches jedoch in seiner Rede nur vorausgeschickt, um sich später desto mehr der Uebereinstimmung freuen zu können, welche gerade gelegentlich der gegenwärtigen Steuervorlage rücksichtlich der Nothwendigkeit, die Reform der direkten Steuern, und speziell die Einkommens-Besteuerung, zunächst in Angriff zu nehmen, unter allen Parteien des Hauses zu Tage getreten sei, und wie sich eine solche merkwürdige Uebereinstimmung auch rücksichtlich der Art für die aufzuhebenden Klassensteuer-Stufen Ersatz zu schaffen, gefunden habe, so daß Hoffnung sei, es werde endlich doch etwas Positives über diese Vorlage zu Stande kommen.

Leider jedoch, daß diese letztere Uebereinstimmung nur dahin geht, die von der Regierung vorgeschlagene, sogenannte Lizenzsteuer abzulehnen, wodurch erstere gezwungen werden soll, in die Rücknahme der durch die Gesetze vom 16. Juli 1880 und 10. März 1881 festgestellten Steuererlässe zu willigen, aus denen die Deckung für die Aufhebung der untersten Klassensteuer-Stufen zu beschaffen wäre. Zwar ist es ja denkbar, daß die Staats-Regierung diesem auf sie geübten Drucke nachgibt, und in der Ablehnung ihrer Vorlage, verbunden mit der hervorgetretenen Einmüthigkeit der Parlaments-Parteien, solche Gründe als vorhanden

erkennt, an welche sie die Rücknahme der bestehenden Steuererlässe für gebunden erklärt hat. Allein es wird doch auch erlaubt sein, an diesem glücklichen Ausgange zu zweifeln, und die Möglichkeit im Auge zu behalten, daß dem Volke in diesem Falle erst recht eindringlich das beklagte Schauspiel geboten wird, wie selbst auf solchem Gebiete, wo über die Nothwendigkeit einer Steuerreform von nirgendsher ein Zweifel besteht, wieder nichts Positives zu Stande gebracht werden kann.

In Wahrheit ist es doch fast unbegreiflich, daß eine Steuer, wie die Klassensteuer, in einem Staate welcher seit jeher gerade in seiner Regierungs-Wirthschaft den Anderen voraus und ein Muster sein will, bis jetzt überhaupt noch bestehen konnte, und daß Preußens Landtage und Regierung nicht schon längst daran gegangen sind, nicht blos die untersten Stufen, sondern die ganze Klassensteuer, wie sie ist, aufzuheben, und weil nöthig, durch eine gerechtere, der heutigen Zeit entsprechendere Steuerart zu ersetzen. Denn dieses ist wohl außer Zweifel, daß die preußische Klassensteuer, was Ungerechtigkeit anbelangt, nur noch von der mittelalterlichen Kopfsteuer übertroffen wird, und daß die dieser Steuer eigenthümliche Unterscheidung der Bevölkerung nach ihrer Stellung im bürgerlichen Leben, nach Standesunterschieden, gewiß nicht weniger mittelalterlich angehaucht ist. Aber auch heute noch ist noch lange nicht die Ungerechtigkeit und Verkehrtheit das Motiv, warum der Klassensteuer zu Leib gegangen wird, sondern nur die Wahrnehmung, daß dieselbe bei jenen Personen, die nicht einmal den nöthigen Lebensunterhalt besitzen, nicht mehr einbringlich ist. Ja selbst daran wird von unserer Parlaments-Opposition noch herumgemäkelt und gezweifelt, daß Gott erbarm'!

Es ist ja richtig, daß die von der Staats-Regierung dagegen beantragte sogenannte Lizenzsteuer, speziell was ihre Motivirung anbelangt, vor der strengen Kritik ebenfalls nicht Stand hält. Zwar, daß man dieselbe zu einer Lizenzsteuer gemacht hat, was sie thatsächlich nicht ist, und auch niemals sein sollte, darf derselben nicht angerechnet werden. Richtig jedoch sind die Ein-

wendungen, daß sich die Regierung bezüglich der Charakterisirung und Wirkung dieser Steuer in Widersprüchen ergeht, und daß gerade derartige Steuerarten am wenigsten darnach sind, um als Provisorium für kurze Dauer eingeführt zu werden. Es ist dies in Wirklichkeit auch das Einzige, was gegen diese Steuer als solche, von den Landtagsrednern prinzipiell eingewendet wurde. Analysirt man jedoch diese Einwendungen des Näheren, so findet sich bald, daß dieselben sammt und sonders nur auf ein Einziges zurückzuführen sind, nämlich auf die leidige Verquickung der für Preußen nothwendigen internen Steuerreform mit der Reichssteuerfrage, das ist in der Erweiterung des ursprünglichen Umfanges des letzteren auf das Programm, das Reich habe mit seinen zu schaffenden Mitteln nicht blos für sich selbst, sondern auch für eine nöthige interne Steuerreform seiner Glieder, zunächst Preußens, aufzukommen.

Würde auf diese durch nichts gebotene und gerechtfertigte Verweisung der preußischen Steuerreform auf die Reichsmittel verzichtet, so würden damit von selbst alle Widersprüche in der Begründung, sowie der provisorische Charakter der Steuerauflage beseitigt sein; dieselbe würde Jedermann nur als dasjenige erscheinen, was sie wirklich ist, nämlich eine nach der Größe des Geschäftsbetriebes und der lokalen Einwohnerzahl auf die Person der Geschäftsinhaber umgelegte, direkte Gewerbesteuer, welche eine Vertheuerung des Konsums der betreffenden Artikel, bei ihrer Beschränkung auf die preußischen Lande, kaum nach sich ziehen dürfte. Es mag an der Steuervorlage hinsichtlich der Art der Veranlagung und Einhebung noch Manches zu ändern und zu bessern sein, allein prinzipiell läßt sich eine auf den Vertrieb der geistigen Getränke und des Tabaks gelegte höhere, oder besondere Gewerbesteuer nicht verurtheilen, insbesondere wenn man sich vorhält, daß sie gewiß viel besser und gerechter wäre, als die Klassensteuer welche dagegen aufgehoben werden soll, und daß im Falle der Ablehnung dieser sogenannten Lizenzsteuer, doch nichts anderes bliebe, als entweder der Fortbestand der bisherigen, — oder eine

Staatsanleihe zur Deckung des die Aufhebung der untersten Klassensteuer-Stufen entstehenden Ausfalles im Budget. Denn davon, daß diese Mittel rechtzeitig, sei es durch die von der einen Seite befürwortete Reform der direkten Steuern, inbegriffen die beantragte Börsen-Steuer, oder durch die von der anderen Seite begehrte Reform der Rübenzucker- und Branntweinbesteuerung, aufgebracht werden würden, kann doch keine Rede sein.

Die steigenden Dividenden bei der Lebensversicherung.

Nichts ist der allgemeineren Benutzung der Lebensversicherung hinderlicher als der Gedanke, bis ans Lebensende Prämien dafür zahlen zu müssen. Wenn sich auch der vernünftige Mann sagt, daß er die Pflicht habe durch eine Lebensversicherung für die Zukunft seiner Familie, die auf die Haltbarkeit und Dauer seines Lebensfadens gestellt ist, zu sorgen; jener Gedanke macht ihm die Sache so leidig, daß er entweder sich überhaupt nicht dazu entschließt oder aber in einem schwachen Moment, vielleicht in einem Moment der Geldknappheit, wieder davon abfällt und lieber das, was er bereits geleistet, verfallen läßt. Darin liegt zum Theil die Langsamkeit begründet, mit welcher die Lebensversicherung bisher Boden gefaßt hat und zugleich die unangenehmste Erscheinung im Lebensversicherungs-Geschäft: der vorzeitige Verfall bestehender Versicherungen, der, im Moment des Leichtsinnes schnell ausgeführt, hintennach meist bitter bereut wird.

Seit einigen Jahren sehen wir die deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften bemüht, diesem Uebelstande auf zwei Wegen zu begegnen: durch die Abkürzung der Zeit, während welcher die Prämie zu zahlen ist und durch einen neuen Dividendenmodus, wonach jedes Jahr der Gewinnantheil der Versicherten so wächst, daß letzterer im höheren Alter überhaupt nichts mehr zu zahlen hat, sondern unter Umständen noch eine hübsche Rente bis an sein Lebensende bezieht.

Wir erkennen in dieser Einrichtung einen wirklichen Fortschritt und das einzige Mittel, die Lebensversicherung zu einem Volksgute zu machen und es freut uns, aus dem neuesten Bericht über die Entwickelung der deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften im Jahre 1881 die Thatsache konstatiren zu können, daß jene Einrichtungen immer tiefere Wurzel schlagen und immer mehr Aufnahme finden. Während zum Beispiel früher das Verhältniß der Versicherungen mit abgekürzter Prämie zu denen mit lebenslänglicher Prämie fast wie 99:1 sich stellte, ist es im Jahre 1880 auf 77,9:4,7 und im Jahre 1881 auf 75,6:5,3 heruntergegangen, und wenn man von dem hier mitgerechneten alten Versicherungsbestande absieht, so stellte es sich bezüglich des neuen Zuganges im Jahre 1881 bereits auf 35,2:16,0. Das Verhältniß der überhaupt abgekürzten Lebensversicherung (mit Zahlung bei Lebzeiten noch) zu den lebenslänglichen, hat sich noch günstiger gestaltet, nämlich beim Gesammt-Versicherungsbestand wie 16,8:75,6 gegen 14,9:77,9 im Vorjahre und wie 50,7:35,2 beim Zugange des Jahres 1881. In letzterem Jahre wurde also über die Hälfte von allen Versicherungen in den vortheilhafteren Kombinationen abgeschlossen.

In Betreff der Versicherungen mit abgekürzter Prämienzahlung erreicht die Victoria in Berlin die höchste Procentziffer. Es sind nämlich 62,3 pCt. aller ihrer Versicherungen nach dieser günstigen Versicherungsart bei ihr abgeschlossen. In den Procentziffern der überhaupt abgekürzten Versicherungen ist der „Nordstern" voran; 30,7 pCt. seines Versicherungsbestandes sind abgekürzte Versicherungen.

Das Gewinn-Antheil-System, welches neuerdings bei einigen der größeren deutschen Gesellschaften eingeführt worden ist, das sogenannte System der steigenden Dividende bewährt sich vorzüglich. Die hervorragendste Betheiligung erzielten damit im Jahre 1881 die Germania in Stettin, die Badische Versorgungs-Anstalt, die Leipziger Lebensversicherungs-Gesellschaft und die Victoria in Berlin.

Es erscheint ganz unzweifelhaft, daß dieses System für die Folge ausschlaggebend sein wird.

Im Ganzen aber kann der Volkswirth nur wünschen, daß die bessere Erkenntniß in Bezug auf die Auswahl bei der Lebensversicherung immer mehr zum Durchbruch gelangt, und es ist höchst dankenswerth, daß die Gesellschaften die Möglichkeit geben, umfassende öffentliche Berichte über ihre Entwickelung abzustatten. Die Aufgabe der Presse ist es, diese Berichte zum allgemeinen Verständniß zu bringen.

---

*Ein Hauptmoment gegen die Verstaatlichung des Versicherungswesens.

Mögen die Ideen und Pläne, welche man der Staatsregierung betreffs der Verstaatlichung des Versicherungswesens zuschreibt, auch noch keine greifbare Gestalt angenommen haben, so wird dieses Thema in einem Theile der Presse und vornehmlich von den conservativen Organen mit so augenscheinlicher Vorliebe traktirt, daß man auf Seiten der gegenwärtig regierenden Parteien eine große, wenn schon vor der Hand mehr platonische Neigung voraussetzen kann, auch dieses weite Wirthschaftsgebiet dem Staatsbetriebe zuzuführen. Der gewichtigste Wortführer der Verstaatlichungsfreunde in dieser Sache ist bekanntlich der Professor Adolf Wagner, welcher vor längerer Zeit in einer Brochüre und neuerdings wieder in dem Schoenberg'schen Handbuche der politischen Oekonomie, die Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit der Verstaatlichung des Versicherungswesens unter eingehender Begründung seiner Ansichten dargelegt hat. Professor Wagner, der wegen seiner energischen Verfolgung wissenschaftlicher Probleme bekannt ist, stellt sich auch in diesen Arbeiten sans façon auf sozialistischen Boden, den er mit nicht geringem Geschick dadurch behauptet, daß er alle Argumente, welche dem staatlichen Betriebe des Versicherungswesens günstig sind, in umfänglicher und prägnanter Weise entwickelt, dagegen die höchst bedenklichen Seiten desselben nahezu gänzlich ignorirt. Bei der theoretisch logischen und anscheinend

ganz probablen Darstellung würden deshalb die Arbeiten Wagners auf mit den praktischen Verhältnissen nicht bekannte Leser ihren Eindruck nicht verfehlen, um so mehr wird freilich der Versicherungsmann und der mit dem Versicherungswesen vertraute Theil des Publikums dagegen einzuwenden haben.

Wir wollen nun für heute nicht in eine detaillirte Kritik der Wagner'schen Ausführungen eintreten, sondern nur einen der Hauptpunkte hervorheben, auf den es bei der Beurtheilung des ganzen Verstaatlichungsgedankens wesentlich ankommt, der aber bei der Discussion häufig meist übersehen wird. Es herrscht nämlich im Publikum und bei den Staatsmännern das vielfach durch eine kenntnißlose Presse genährte Vorurtheil, als ob es vor Allem darauf ankäme, die Versicherten vor der Ausbeutung durch die Versicherer insbesondere die Privat-Versicherungsgesellschaften zu schützen. Von oberflächlichen Abstraktionen über den Erwerbszweck dieser Gesellschaften ausgehend, glaubt man allgemein annehmen zu sollen, daß dieselben sich der durch die Versicherung übernommenen Ersatzpflicht, wo irgend möglich, nach Kräften zu entziehen suchen; einzelne Vorkommnisse solcher Art, welche in die Presse gelangen, dienen hierfür als willkommene Beweismittel.

In Wahrheit ist nun die Stellung der Versicherungs-Gesellschaft zu dem versicherten Publikum in den meisten Fällen das umgekehrte. Niemand wird leugnen, daß es einzelne Gesellschaften giebt, welche ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, aber Jeder, der das Versicherungswesen praktisch kennen gelernt hat, weiß auch, daß die Versicherungsgesellschaften gemeinhin mehr vor manchem ihrer Versicherten, als diese vor der Gesellschaft auf der Hut sein müssen.

Das Versicherungsgewerbe hat in höherem Grade wie jedes andere mit der Unvollkommenheit der menschlichen Natur zu rechnen und ist mit zwingender Nothwendigkeit auf den Gebrauch von Cautelen angewiesen, welche die Benachtheiligung des Versicherers und damit zugleich des bei demselben versicherten Publikums durch betrügerische Manipulationen einzelner Versicherter ausschließen. Der

Bestand einer Versicherungsgesellschaft, deren Geschäftsbetrieb auf der Grundlage mehr oder minder zutreffender Wahrscheinlichkeitsrechnungen erfolgt, ist durchaus davon abhängig, daß die Voraussetzungen der Versicherungsfähigkeit und Versicherungsgiltigkeit bei jedem einzelnen der Versicherten vorhanden sind. Jede Täuschung der Gesellschaft verrückt die geschäftliche Basis derselben, und wenn deshalb gegen Täuschungen und Betrügereien nicht die strengsten Maßregeln getroffen würden, muß die Gesellschaft schließlich ihren Betrieb einstellen, wodurch natürlich in erster Linie die bei dieser Gesellschaft Versicherten selbst geschädigt werden. Um die ihm von seinen Versicherten anvertrauten Gelder intact zu erhalten, muß der Versicherer somit die strengste Prüfung der einzelnen Risiken bei der Versicherungsnahme wie im Schadensfalle vornehmen, wobei der Rechtsgrundsatz quivis präsumitur bonus von vornherein als ausgeschlossen erscheint, vielmehr alle sich darbietenden Verdachtsmomente im Interesse der Gesammtheit der Versicherten energisch zu verfolgen sind.

Wenden wir nun dieses Grundprinzip in dem Verhältniß des Versicherers zum Versicherten auf die Verstaatlichung des Versicherungswesens an, so ist einleuchtend, daß der Staat der Aufgabe, die Gesammtheit der Versicherten vor den betrügerischen Manipulationen einzelner unter ihnen zu schützen, gar nicht Genüge leisten kann, sicherlich einst in dem Maße, wie dies gegenwärtig die Privatgesellschaften mit ihrem trefflich organisirten Inspektionsdienst thun. Der Staat kann im Allgemeinen nicht anders als schablonenmäßig arbeiten; das Beamtenheer ist zu groß, der Einzelne zu lässig; einfach liegende nach schematischen Vorschriften zu erledigende Sachen können dem Durchschnittsbeamten wohl anvertraut werden, für die Aufklärung verwickelter Schadensfälle und dgl. dürfte die Qualität desselben aber in den meisten Fällen kaum ausreichen.

Diese Umstände würden sich beim staatlichen Betriebe des Versicherungswesens aber zunächst dahin geltend machen, daß auf der einen Seite die sittlich verworfenen Elemente unter den Versicherten gewissermaßen für ihre

Betrügereien prämiirt, und andererseits die Kosten der Versicherung allgemein gesteigert würden. Ob ersteres den Anforderungen an den Rechtsstaat entspricht und das andere im Interesse des versichernden Publikums liegt, diese Fragen wird sich wohl Jeder selbst beantworten können.

Die Donaustraße.

u. Es gehört zu den Nachtheilen welche mit der gegenwärtigen politischen Gestaltung Deutschlands bezw. mit der Hinausdrängung Oesterreichs aus Deutschland nun einmal verbunden sind, daß die Interessen Deutschlands an der unteren Donau etwas in Vergessenheit geriethen oder doch in den Hintergrund gedrängt wurden. Wenn etwas uns hiermit aussöhnen kann, so ist es die Wahrnehmung, daß Oesterreich-Ungarn seinerseits auch nur geringen Eifer und geringe Fähigkeit entwickelte, dort unten vorzudringen, und daß dies, wenn Oesterreich mit Deutschland damals verbunden geblieben wäre, schwerlich viel anders sein würde. Erst aus einem ehrlichen Handinhandgehen Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn, wie solches sich heute auszubilden scheint, dürfte eine hinlängliche Machtentfaltung beider Staaten hervorgehen, um in der Richtung nach der unteren Donau die gemeinsamen Interessen Beider wahrzunehmen.

Deutschland sowohl wie Oesterreich-Ungarn haben den unermeßlichen Vortheil, noch ein der Kolonisation fähiges Gebiet an ihren Grenzen oder doch in der Nähe derselben zu haben. Es ist dadurch für die Expansion nach außen, deren große Staaten schlechterdings bedürfen, wenigstens einiger Raum geschaffen, und die noch zu bebauenden oder doch einem gewaltigen Aufschwunge entgegenzuführenden Gebiete an der unteren Donau, können bis zu einem gewissen Punkte als Ersatz für die mangelnden Kolonien gelten. Und zwar gilt dies nicht nur hinsichtlich Oesterreich-Ungarns, sondern

auch hinsichtlich Deutschlands; denn unter den Völkerstämmen Oesterreichs besitzt nur der deutsche die zu derartiger Arbeit nöthigen Eigenschaften, und was den Deutschösterreicher lockt, das bleibt auch für seinen Stammesbruder im Reiche nicht ohne Einwirkung. Nicht nur Bosnien, sondern auch noch andere Länder können sich zu einem wirklichen und auf die Dauer höchst produktionsfähigen Neu-Oesterreich gestalten, und diese Neuschöpfungen werden des geistigen Zusammenhanges mit Deutschland niemals ganz entbehren. Die erste Vorbedingung aber dafür, daß eine solche Entwicklung angebahnt werde, ist die volle Ausnutzung der herrlichen Wasserstraße, welche Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemeinsam in dem Donaustrome besitzen.

Zur Zeit fehlt außerordentlich viel, bis die Donau zu demjenigen gemacht wäre, was sie sein sollte und könnte. Nicht einmal die äußeren Schifffahrtshindernisse sind in befriedigendem Maße beseitigt, und von dem Punkte an, wo die Donau das ungarische Gebiet verläßt, werden der Schifffahrt die härtesten und vertragwidrigsten Schwierigkeiten bereitet — allerdings nur bis dahin, wo der Strom sich unmittelbar dem Meere nähert, und wo er dann so zu sagen ein englischer Strom wird, wo dann natürlich auch für die Beseitigung aller Hindernisse bestens gesorgt ist. Wo aber noch nicht einmal der Hauptstrom und die Hauptrichtung dem aus Deutschland und Deutsch-Oesterreich kommenden Verkehr hinlänglich geöffnet werden konnten, da ist natürlich an eine Eröffnung der Seitenlinien noch viel weniger zu denken, und muß namentlich die Gewinnung einer konkurrenzfähigen Handelsstraße von der Donau her nach Salonichi ein frommer Wunsch bleiben. — Weiterhin sind aber auch die Nebenflüsse der Donau für die Schifffahrt erst in sehr geringem Maße nutzbar gemacht, und fehlt eine Verbindung der Donau mit anderen Stromsystemen bis jetzt so gut wie gänzlich; denn der vielbesprochene Rhein-Donau-Kanal vom Main her und die Altmühl entlang in die Donau, verdient kaum erwähnt zu werden. So ist denn die Schifffahrtsbewegung auf der Donau eine derart unbedeutende

geblieben, daß sie, auf die Stromlänge reduzirt, kaum den zehnten Theil derjenigen auf Rhein und Elbe ausmacht. Dies ist sicherlich ein Verhältniß, welches die geringe Kraftentwicklung des Deutschthums an den Ländern der unteren Donau für sich allein vollkommen erklärt.

Die Hauptsache dessen, was nun auf diesem Gebiete zu thun ist, ruht einerseits bei Oesterreich-Ungarn, andererseits auf einer Fortdauer und fortschreitenden Ausgestaltung des Deutsch-Oesterreichischen Bündnisses. Oesterreich-Ungarn muß seinen Handel, seine Gewerbe und seine Schifffahrt zur Entfaltung zu bringen suchen, und das Bündniß mit Deutschland muß ihm die nöthige Kraft verleihen, um seinen Wünschen und Forderungen nöthigenfalls den gehörigen Nachdruck geben zu können. Doch bleibt auch für Deutschland Manches zu thun übrig. Die deutsche Donaustraße bis Passau ist noch keineswegs so ausgebildet wie dies wohl zu erreichen wäre (z. Th. durch Schuld der bayerischen Regierung, welche von derselben eine Konkurrenz für ihre Eisenbahnlinien befürchtet), und auch sonst ließe sich für eine Hebung des Verkehrs nach der Donau noch manches bewerkstelligen. Ein Kanal vom Neckar her, welcher bei Ulm in die Donau mündete, dürfte ganz andere Chancen haben als der Regnitz-Altmühl-Kanal, und auch die Kanal-Verbindung von der oberen Oder her zur March und von da in die Donau dürfte eine nicht unwichtige Verkehrsstraße neu eröffnen. Wenn solcherweise von allen Betheiligten am Aufschwunge der Donauschifffahrt gearbeitet würde, dann wäre wohl zu hoffen, daß dieser altehrwürdige, hochbedeutsame Verkehrsweg wieder zu seinen verdienten Ehren kommen, und ein rechter Träger des Kulturfortschritts, zunächst aber deutscher Kultur in den Ländern der unteren Donau endlich werden werde.

Spanien.

Aus Spanien wird uns mitgetheilt, daß in den dortigen interessirten Kreisen, namentlich in den Kreisen der Kork-Industrie, und am meisten in der Provinz Katalonien, eine sehr lebhaft betriebene Agitation in Angelegenheiten eines spanisch-deutschen Handelsvertrages herrscht. In den Städten Barcelona, Sevilla, Valenzia und Madrid und in vielen kleinen Städten Kataloniens, hat in der letzten Zeit ein Herr Saternino Gimenez, der einige Zeit als Korrespondent der Madrider Zeitung „La Epoca" in Deutschland, zumeist in Hamburg und Wiesbaden, zugebracht hat, zahlreiche Vorlesungen über das Thema eines spanisch-deutschen Handelsvertrages gehalten. Im Vordergrund dieser Agitation stehen die Interessen der Kork-Industrie, denn die Vertreter derselben haben sich seither am rührigsten und am lautesten in der Wahrnehmung ihres Standpunktes gezeigt. Spanien hat allerdings, auf dem Gebiet der Kork-Industrie, zahlreiche und wichtige Interessen in Deutschland; in manchen Städten, z. B. Mainz, Mannheim, Bremen u. s. w. existiren kleine Kolonien spanischer Kork-Arbeiter, welche in den dortigen Fabriken die Verarbeitung des heimathlichen Produktes besorgen Der Kork-Export Spaniens nach Deutschland ist erheblich und es wird immerhin ernste Pflicht der spanischen Regierung sein, diese Angelegenheit zur Zufriedenheit zu erledigen. In Deutschland sollen etwa 15,000 Arbeiter, darunter ein nicht geringer Bruchtheil Spanier, durch die Kork-Industrie beschäftigt werden.

In Spanien befürchtet man eine bedeutende Erhöhung der deutschen Einfuhr-Zölle auf Kork- und Kork-Fabrikate, und die sehr lebhaft betriebene Agitation der interessirten Kreise verfolgt das Ziel, die spanische Regierung zu bewegen, daß sie eine olche Erhöhung der deutschen Einfuhrzölle mit allen Mitteln zu verhindern suche.

Einige bedeutende spanische Firmen der Kork-Branche, z. B. in Mainz, haben sich in langen und ausführlich gehaltenen Petitionen, nicht blos an die spanische Regierung, sondern auch die Cortes gewandt, damit die-

selben solche Maßregeln treffen mögen, welche geeignet sind, eine Erhöhung der deutschen Einfuhrzölle auf Kork und Kork-Fabrikate zu vermeiden.

Aus Katalonien namentlich und aus den Städten Valenzia, Sevilla, Barcelona u. A. sind der spanischen Regierung ähnliche Petitionen in großer Anzahl zugegangen. Nach den neuesten Mittheilungen aus Spanien haben die Vertreter der Kork-Industrie, um es an keiner Maßregel, welche den Erfolg ihrer Bemühungen sicher stellen könnte, fehlen zu lassen, Bevollmächtigte nach Madrid geschickt, mit dem Auftrag, in den Kreisen der Cortes für ihre Interessen zu wirken. —

Wir geben diese Thatsachen so wieder, wie sie uns von unterrichteter Seite in Spanien mitgetheilt worden sind. Was unseren Standpunkt in der Angelegenheit angeht, so glauben wir, daß der Erfolg der gegenwärtig in Spanien betriebenen Agitation lediglich von dem Maße des Entgegenkommens abhängt, welches Spanien, gegenüber den bedeutenden Interessen der deutschen Export-Industrie, an den Tag legen wird. Wenn die spanische Kork-Industrie von Deutschland Konzessionen verlangt, so muß sie zunächst dafür wirken, daß auch Spanien uns Konzessionen biete.

Die zweijährige Etatsperiode.

Der Versuch, die zweijährige Etatsperiode, welche in der vorigen Session vom Reichstage abgelehnt wurde, mittelst eines Umweges einzuführen, ist gescheitert, und was diese Form anbelangt, mit Recht. Wenn man die Gründe, mit denen die Reichsregierung ihren aus bester Ueberzeugung festgehaltenen Vorschlag der Einführung zweijähriger Etatsperioden vertheidigt, auch vollkommen gelten läßt, so ist es andererseits doch ebenfalls unzweifelhaft, daß es sich in diesem Falle um eine Verfassungsänderung handelt, welches nur im Wege eines darauf klar und offen abzielenden Gesetzes vollzogen werden warf. Daß statt dessen eine dem Geiste der

Verfassung widersprechende Auslegung der bezüglichen Verfassungsparagraphen versucht wurde, muß gerade von Jenen, welche bezüglich des Wesens der Sache mit der Regierung übereinstimmen, am meisten bedauert werden. Denn nicht nur, daß die parlamentarische Opposition wieder einmal vor aller Welt sich darauf berufen kann, wie sehr sie mit ihren Verdächtigungen und Beschuldigungen, daß die Regierung nur darauf ausgehe, die Rechte der Volksvertretung zu Gunsten einer Wiederaufrichtung der absoluten Regierungsgewalt zu schmälern, im Rechte sei, so wurde damit auch die Möglichkeit, das Gute der Einrichtung zweijähriger Etatsperioden auf dem geraden Wege der Aenderung der bezüglichen Verfassungsbestimmungeu zu erreichen, bedeutend für die Zukunft erschwert. Hätte die Regierung bei ihrem Begehren, daß unter Einem mit dem Etat pro 1883/84 auch Jener für 1884/85 in Berathung genommen werde, sich begnügt, die Zweckmäßigkeitsgründe hervorzuheben, welche den Reichstag bestimmen sollten darauf einzugehen, und da es sich zunächst nur darum handle, unbeschadet der Verfassungsbestimmungen, die Probe abzulegen, daß die Berathung und Beschlußfassung zweijähriger Etats überhaupt möglich sei, was von der Opposition bis jetzt bestritten wurde, — so wäre der letzteren die Bekämpfung sowohl eben dieses Begehrens, als auch insbesondere die Bekämpfung einer auf Grund der gemachten Probe später eingebrachten neuerlichen Gesetzesvorlage auf Einführung zweijähriger Etatsperioden, wesentlich erschwert gewesen. Statt dessen wurde der Opposition die Arbeit dadurch erleichtert, daß die Regierung sich von vornherein auf den Boden der Verfassungsmäßigkeit ihrer Vorlage stellte, auf dem sie nothwendig und für alle Welt voraussichtlich fallen mußte.

Allerdings wäre es etwas Neues in der Geschichte nicht bloß des deutschen Reichstages, sondern der parlamentarischen Regierungsform überhaupt gewesen, daß man probeweise aus Zweckmäßigkeitsgründen über Verfassungsbestimmungen zwar sich nicht hinwegsetzen, aber doch darüber hinausgehen soll. Allein worauf es dann ankommt, ist dieses, daß auch hinreichende Gründe für

eine solche Prozedur vorhanden sind, welche dieselbe rechtfertigen können. Es wird aber nicht geleugnet werden können, daß die dem vorjährigen Antrage auf Einrichtung zweijähriger Etatsperioden von der Opposition entgegengesetzte Behauptung, es sei die Aufstellung und Berathung zweijähriger Etats technisch überhaupt nicht möglich, zusammengehalten mit den Gründen, welche unter den bestehenden Verfassungsverhältnissen des deutschen Reiches die Aufstellung zweijähriger Reichsetats als durchaus zweckmäßig erscheinen lassen, das Vorgehen der Reichsregierung in vollkommen ausreichender Weise motivirt hat, und wie gesagt, es ist nur zu bedauern, daß sie dabei nicht stehen geblieben ist. Denn vor der gleichzeitigen Provokation, daß die Vorlage und Berathung zweijähriger Etats in der Reichsverfassung enthalten oder doch nicht wider die Reichsverfassung sei, mußte auch die stärkste Betonung der dafür sprechenden Zweckmäßigkeitsgründe ungehört bleiben.

Für die Opposition ist die Frage der zweijährigen Reichsetats eine politische, wie sie sagt. Es wird behauptet, „es sei ein gutes Recht des Reichstages die Jahres Einnahmen und Ausgaben der Regierung zu bewilligen und dabei eine Kritik ihrer Verwaltung auszuüben. Alle großen Kultur-Nationen besitzen und üben dieses Recht, und es wäre eine Selbstdegradation des deutschen Reichstages zu einem parlamentarischen Körper zweiter oder dritter Ordnung, wollte er dieses sein verfassungsmäßiges Recht aufgeben, wie von der Regierung jetzt begehrt wird. Er würde damit auch die einzige Waffe aus der Hand geben, welche er besitzt, um die Rechte des von ihm vertretenen Volkes wider absolutistische Regierungsgelüste zu vertheidigen.“ — Allein durch die Vorlage zweijähriger Etats, in denen die jährlich laufenden Einnahmen und Ausgaben ordnungsgemäß eingestellt und begründet sind, wird dem Reichstage von seinem Rechte der Bewilligung der Jahres-Ausgaben und Einnahmen ja doch nicht das Mindeste genommen; Post für Post derselben bleibt der Begutachtung, Kritik und Bewilligung oder Ablehnung, wie bis jetzt offen gelassen, und gerade darin, daß die

zweijährigen Etats in dieser für jedes einzelne Jahr geordneten Weise vorgelegt werden, ist der klare Beweis dafür gegeben, daß die Regierung nicht daran denkt, das Etatsbewilligungsrecht des Reichstages auch nur im Mindesten zu schmälern. Die Einwendung, daß wohl das Papier geduldig, aber Rechnungs-Voranschläge für zwei Jahre hinaus in die Luft gebaut und die Verhandlungen darüber werthlos seien, ist aber eine Behauptung, welche auf ihre Wichtigkeit nur durch die von der Regierung begehrte Probe geprüft werden kann; bis dahin wird man berechtigt sein, dieselbe zu den der Opposition eigenen, vorgefaßten Meinungen zu zählen. Was endlich die Herabsetzung des Ansehens des Reichstages und die Schmälerung seiner Mittel zur Vertheidigung der Volksrechte anbelangt, so ist die Behauptung, daß das Eine oder Andere dadurch leiden müßte, wenn der Reichstag den Etat statt auf ein Jahr, in Zukunft auf zwei Jahre hinaus festzustellen hätte, doch gewiß eine arge Uebertreibung der Dinge. Die Größe des Ansehens und der Macht des Reichstages ist, was den Etat anbelangt, vielmehr einzig von der Art und Weise abhängig, wie die Berathung und Feststellung desselben von ihm geführt, und wie derselbe als Mittel zur Wahrung der Volksrechte wirklich verwerthet wird. Das Recht hierzu für sich allein thut es nicht, sondern es muß auch gebraucht und zwar richtig gebraucht werden. Dieses haben die Völker seither dem modernen Parlamentarismus und der jährlichen Budgetbewilligung weder in Deutschland noch anderswo zu danken gehabt.

Ueberseeischer Exporthandel und Erhöhung der Tonnengelder.

Es ist augenblicklich viel von der Nothwendigkeit die Rede, unseren auswärtigen und insbesondere den überseeischen Exporthandel mit allen möglichen Mitteln zu fördern. Privatgesellschaften thun sich auf für eine lebhafte Agitation zunächst behufs Errichtung von überseeischen Handelsstationen, als Ausgangspunkte für weitere derartige Unternehmungen, und auch die Reichs-Regierung läßt es nach allen Seiten hin durchschimmern, daß sie nicht abgeneigt ist, diese Bestrebungen unter ihren mächtigen Schutz zu nehmen, nur daß sie durch die Ablehnung der Samoa-Vorlage gewarnt, vorerst abwarten will, bis man bittlich an sie herantritt, und daß jene deutschen Niederlassungen auch wirklich schon vorhanden wären, denen sie den Reichsschutz zur Sicherung gegen fremde Eingriffe angedeihen lassen soll.

Bei dem heutigen Stande der Entwicklung unserer Industrie, welche für ihre Prosperität bereits zum großen Theile auf den Export ihrer Erzeugnisse angewiesen ist, erscheint die Sorge um die möglichste Erweiterung der dafür vorhandenen Absatzgebiete gewiß vollauf berechtigt, und wenn die Pflege der nationalen Arbeit zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehört, so ist es gewiß auch dessen Pflicht, nicht blos den auf die Eröffnung neuer Absatzquellen für die einheimische Industrie gerichteten Privatbestrebungen seine volle Aufmerksamkeit und Unterstützung zuzuwenden, sondern auch selbstthätig dafür einzugreifen, falls es den Privaten an der nöthigen Einsicht und Energie dafür fehlen sollte. Ob nun die Intervention des Staates sich gerade im Wege des Kolonialerwerbes vollziehen soll, eine Anschauung, welche sich nach der Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Indien bei den europäischen Handelsnationen festsetzte, und den heutigen Besitzstand derselben an überseeischen Kolonieen herbeiführte, mag dahin gestellt bleiben. Gewiß ist in dieser Beziehung, daß ein schwunghafter und lohnender Exporthandel mit einheimischen

Produkten und der Absatz derselben in überseeischen Ländern, sich auch ohne den Selbstbesitz solcher Kolonial-Länder erreichen läßt, und gerade Deutschlands Ausfuhrhandel beweist dies seit längst schon in unwiderleglichster Weise. Deutsche Schiffe und deutsche Waaren, deutsche Handelshäuser und deutsche Faktoreien finden sich seit längst über die ganze Erde und in allen Kolonial-Ländern zerstreut, wo sie den herrschenden Handelsnationen nicht selten die empfindlichste Konkurrenz bereiten.

Damit soll durchaus nicht gesagt sein, die Entwicklung des Exporthandels müsse auch ferner wie bisher, sich selbst üaerlassen bleiben, und daß für die Organisation förmlicher, überseeischer Handelsniederlassungen nach dem Beispiele anderer Kulturstaaten, deutscherseits nichts, weder durch Privathandels-Gesellschaften noch durch die Staatsregierung geschehen soll. Die diesbezüglichen Verhältnisse haben sich in letzterer Zeit ja bedeutend geändert. Unsere Industrie hat sich auf eine Stufe gehoben, auf welcher sich nunmehr auch das Bedürfniß nach überseeischen Export in besonderer Weise geltend macht, und Deutschland ist heute zu einem lebenskräftigen Staatswesen herangereift, welchem ein energisches Eingreifen in diese Frage nunmehr möglich geworden ist. Die einheitliche Organisirung eines dem Handels-Bedürfnisse entsprechenden Konsulatwesens ist in der That auch bereits in Angriff genommen, und wenn die Reichsregierung zur Beschickung transatlantischer Industrie-Ausstellungen aufmuntert und mithilft, wenn sie sich der Subventionirung neuer überseeischer Dampferlinien geneigt zeigt, dem Exportgeschäfte durch Schaffung eines Export-Adreßbuches und durch Hinweisung auf eine Organisation zur besseren Ausnützung des Annoncenwesens unter die Arme greift, so wird man allseitig nur einverstanden damit sein können.

Um so sonderbarer muß es jedoch anmuthen, wenn gleichzeitig aus Hamburg die Kunde kommt, daß eine Erhöhung des bisherigen Tonnengeldes im Werke sein soll, um, wie es heißt, die großen Aufwendungen für die dort auszuführenden neuen Hafenanlagen dadurch

bis zu einem gewissen Maße ertragfähig zu machen." — Erhöhung des Tonnengeldes, d. h. Vergrößerung der Belastung der Schifffahrt, würde wohl nur schlecht zur Förderung unseres überseeischen Exporthandels stimmen, welche sich die Reichsregierung andererseits zur Aufgabe gestellt haben will. Zwar zieht die Erhebung von Tonnengeldern und Hafengebühren ihre Berechtigung allerdings aus den mancherlei Vortheilen und Erleichterungen, welche der Schifffahrt durch das Vorhandensein von Hafenbauten und anderartigen dem Waarentransporte und der Waarenlagerung zu Gute kommenden öffentlichen Einrichtungen zugehen. Allein andererseits ist ein schwunghaft betriebener Seehandel für jeden Staat von so großem Werthe, daß er schon in dem Vorhandensein desselben weitaus für alle Auslagen an Hafenbauten und dergl. entschädigt ist, welche die Heranziehung der Handelsschiffe fördern. Es ist daher nur richtig, wenn gegenwärtig in Erkenntniß, daß die lokal zu hochbelastete Schifffahrt, sobald sie es mit ihren Interessen nur halbwegs verträglich findet, sich anderen Häfen zuwendet, wo sie weniger belästigt ist, man sich in allen Staaten immer mehr zur Ermäßigung und gänzlichen Aufhebung des Tonnengeldes hinneigt.

Deutschland und speziell in diesem Falle Hamburg und Bremen, kennen auch ganz wohl die Rivalen, welche ihnen, was das Ansichziehen des überseeischen Waarenhandels anbelangt, drohen, und eine Erhöhung des Tonnengeldes würde ohne Zweifel nur dem belgischen und holländischen Seehandel zu Gute kommen, insbesondere wenn die Erhöhung des Tonnengeldes wirklich bis zum Zwecke ginge, die neuen Hafenbauten ertragsfähiger zu machen. Es läßt sich kaum glauben, daß einem solchen Vortheile um den großen Preis der Untergrabung des deutschen Seehandels nachgestrebt werden will. Dabei sollte doch auch nicht vergessen werden, daß die jetzigen Hamburger Hafenanlagen nur dadurch überhaupt nöthig geworden sind, weil Deutschland auf die Einbeziehung Hamburgs und Bremen in die Zolllinie bestehen zu müssen glaubte, und andererseits die

Nothwendigkeit sieht, ein Freihafengebiet daselbst bestehen lassen zu müssen. Die Kosten dieser Hafenbauten stehen daher auf einem ganz anderen Konto, als jenem der Erleichterung des Schifffahrt-Verkehrs. Es besteht ebensowenig eine Berechtigung überhaupt für dieselben, das Tonnengeld aufkommen zu lassen, als es staatsklug wäre, sich durch die Erhöhung des bestehenden Tonnengeldes und Erlangung seiner theilweise Verzinsung des im allgemeinen Interesse aufzuwendenden Baukapitales, die Schiffe selbst aus den Häfen zu vertreiben.

Zur Reform der Zuckersteuer.

Die Agitation für die Reform der Rübenzuckersteuer bezw. für eine rationellere, dem heutigen Stande der Technik mehr entsprechende Normirung der Steuerrückvergütung bei der Zuckerausfuhr ist bekanntlich zuerst von der Fortschrittspartei und namentlich vom Abgeordneten Eugen Richter ausgegangen. Daran mag es wohl liegen, daß die seither vorgebrachten Reformvorschläge mit den Bedürfnissen unserer Rübenzuckerindustrie ein wenig leicht umspringen, denn die freihändlerische Fortschrittspartei hat eine instinktive Abneigung gegen Alles, was nach Industrie und Industriebegünstigung klingt, sie möchte, wenn dies nicht ein Ding der Unmöglichkeit wäre, die Industrie am liebsten ertödten, um dagegen dem freien Handel die Alleinherrschaft zu verschaffen. Als ob ein Handel ohne die grundlegenden producirenden Gewerbe überhaupt denkbar wäre.

Auch finanziell sind die fortschrittlichen Erwartungen betreffs der Zuckersteuerreform ziemlich hoch gespannt. Die „Frankf. Ztg." spricht in einer längeren Artikelserie über diese Frage von 20 und mehr Millionen, welche dem Reiche bei einer rationellen Normirung der Zuckersteuer gewonnen werden könnten, und zwar dadurch, daß man die Zuckergewinnung aus der Melasse mit einer Steuer belegte, die Ausfuhrvergütung ermäßigte u. s. w.

Diese und ähnliche Projekte mögen die öffentliche Aufmerksamkeit mehr interessiren, als sachgemäße Erwägungen darüber, wieweit die in Frage stehende Industrie im Stande ist, eine erhöhte Steuerlast auf sich zu nehmen, und wo die in Aussicht gestellten finanziellen Ergebnisse ihre natürliche Grenzen finden. Nichtsdestoweniger wird man sich solchen Erwägungen nicht entziehen können, wenn man die Reform nach staatsmännischen Gesichtspunkten betreibt, welche natürlich jede tiefere Schädigung der bestehenden Industrie von vornherein ausgeschlossen sein lassen.

In dieser ganzen hier vorliegenden Sache muß man zwei Dinge auseinander halten, die Frage der Erhöhung der Rübenzuckersteuer und die Frage einer angemessenen Regelung der Ausfuhrvergütung. Für Erhöhung der Rübenzuckersteuer sind unseres Wissens zur Zeit nur wenige Stimmen laut geworden und es liegt vorderhand auch kein dringendes Bedürfniß dazu vor, in Anbetracht dessen, daß gegenwärtig die Steuer bereits 30 pCt. des Werthes des Steuerobjektes übersteigt. Ebensowenig wird man aber an eine Ermäßigung dieser Steuer denken können, da die finanziellen Bedürfnisse des Reiches und der Einzelstaaten eine Steuererleichterung bei einem so eminent steuerfähigen Artikel wie Zucker am allerwenigsten zulassen.

Es handelt sich gegenwärtig also allein um eine bessere Normirung der Ausfuhrvergütung, welche sich bekanntlich in Folge der großen Fortschritte in der Fabrikationstechnik gegenwärtig für das fertige Produkt höher stellt, als die Steuer, die der Staat von dem in Verarbeitung genommenen Rübenquantum erhebt. Die Ausbeute an Zuckerstoff aus den Rüben ist nämlich im Laufe der Jahre eine größere geworden, als sie der Gesetzgeber bei Feststellung der Ausfuhrvergütung angenommen hatte. Zur Zeit der Emanation des Gesetzes rechnete man auf 1 Ctr. Rohzucker $12^1/_2$ Ctr. Rüben und normirte, da der Centner Rüben Mk. 0,80 an Steuer zu zahlen hat, die Ausfuhrvergütung pro Centner Rohzucker ($12^1/_2 \times$ Mk. $0{,}80 =$ Mk. 10) mit einer kleinen Marge auf Mk. 9,40. Gegenwärtig ist nun die

Zuckerausbeute aus der Rübe eine größere geworden und die Frage kann daher nur sein, um welchen Betrag die Ausfuhrvergütung für fertigen Zucker zu kürzen ist, um den ursprünglich für den zur Herstellung des Produkts erforderlichen Rohstoff gezahlten Steuerbetrag zu erreichen.

Die Beantwortung dieser Frage hängt natürlich ab von dem Resultat der Ermittelungen über das gegenwärtige Zuckerausbringen. Ermittelungen dieser Art liegen vor in den Berichten des statistischen Amtes. Sie werden zwar von den Gegnern der Industrie als ungenau hingestellt, aber man wird sich mangels besserer Information ihrer doch bedienen müssen.

Das Zuckerausbringen ist nun, wie sich von selbst versteht, je nach dem Qualitätsausfall der Rübenernte in den einzelnen Jahren sehr verschieden; es hat Jahre gegeben wo die Zuckerausbeute eine überreichliche war und Jahre, wo der obige Normalsatz von $12^1/_2$ Ctr. Rüben auf 1 Ctr. Rohzucker kaum erreicht wurde. Der Gesetzgeber muß diese Schwankungen natürlich berücksichtigen, er kann nur nach Durchschnitten rechnen, und da nach der Erhebung des statistischen Amtes die Zuckerausbeute in den letzten zehn Jahren $11^3/_4$ Ctr. Rüben auf 1 Ctr. Rohzucker gewesen ist, so wird man gegenwärtig diesen Satz als den normalen ansehen müssen.

Außer dem Rohzucker wird nnn aber als Nebenprodukt von den Rüben noch die Melasse gewonnen, welche wiederum durch Osmose, Elution oder durch das Strontianitverfahren entzuckert werden kann. Die Zuckerausbeute schwankt hier zwischen 30 und 40 pCt. und man würde in Anrechnung dieser Ausbeute an Melassezucker eine weitere wesentliche Herabsetzung der Ausfuhrvergütung für Zucker eintreten lassen können, wenn überhaupt alle Melasse entzuckert würde, was bisher indeß keineswegs der Fall ist. Wir werden schon auf diesen Punkt allein in einem folgenden Artikel des Näheren eingehen.

Der Erlaß an die deutschen Konsuln.

Wohl in allen größeren Städten des Auslandes in welchen ein deutsches Konsulat etablirt ist, mag der bekannte Erlaß des Fürsten Bismarck lebhaft erörtert worden sein, durch welchen den Konsuln bei Strafe unnachsichtlicher Entlassung aufgetragen wurde, nicht Politik zu treiben, sondern sich nur angelegentlichst mit Wahrung der Interessen des heimathlichen Handels und der deutschen Staatsangehörigen zu befassen. Denn wir finden nicht nur in ausländischen Blättern Echo's darüber, sondern auch in unseren deutschen Blättern wird dieser Gegenstand neuerdings aufgegriffen, und die Reflexe fremder Urtheile reproduzirte.

Es mag immerhin sein, daß der betreffende Erlaß, welcher ein Veto in Bezug auf politische Aktionen der Konsulate aussprach, und diese nachdrücklich an die ihnen vorgezeichneten positiven Pflichten erinnerte, in einem harten Tone abgefaßt war. Heilsam war er jedenfalls; außerdem muß auf verschiedenen Plätzen ein Uebriges auf politischem Gebiete geleistet worden sein, und Deutschland liebt es bekanntlich nicht, in die überall befindlichen desfallsigen Fußangeln zu treten.

Ob der Kanzler in seinem sehr nachdrücklichen Reskripte von der Ansicht ausgegangen ist, daß sich da und dort eine gewisse Läßigkeit in Beziehung auf die Erfüllung der positiven Pflichten der Konsuln bemerkbar gemacht hat, läßt sich nicht untersuchen, jedoch vermuthen. Denn so fest es steht, daß einzelne deutsche Konsulate mustergiltige Berichte einsenden, die der gesammten deutschen Export-Industrie wie dem deutschen Handel die schätzenswerthesten Auskünfte und Anhaltspunkte zu geben vermöchten (wir verweisen desfalls auf die höchst interessanten Veröffentlichungen solcher Berichte im „Deutschen Reichsanzeiger", welche eine wahrhaft kostbare Fundgrube für desfallsige Informationen bilden), so ist anderseits die Zahl jener Berichte nicht gering, welche gerade die nothwendigsten Informationen vermissen lassen, oder doch solche nur im beschränktesten Umfange ertheilen.

Hierüber sind in der Presse vielfache Klagen laut

geworden und man hat von mancherlei Vorschlägen zur Besserung gelesen; einer der letzteren war, es sollten die zur Konsulats-Carrière auserlesenen Kandidaten wenigstens ein Jahr in einem großen überseeischen Handlungshause thätig sein. Ein anderer von Stuttgart ausgegangener, in der angebrachten Weise vielleicht Anstoß erregende Vorschlag gipfelte darin, es sollen allen Gesandtschaften und wichtigen General-Konsulaten eben so kaufmännische Bevollmächtigte beigegeben werden, wie man den Gesandtschaften Militair-Bevollmächtigte beiordnet.

Weitere Klagen wurden darüber laut, daß bei den deutschen Konsuln alle Jene, welche sich mit der Bitte um Information oder moralische Unterstützung an sie wenden, eine schablonenmäßige Abfertigung, selten einen richtigen, ermuthigenden Rath erfahren, zuweilen sogar durch die autoritären, aber von nicht zulänglicher Auffassung und Sichtung der Verhältnisse zeugenden Antworten der Konsulate direkt geschädigt worden seien, ja daß man ihnen sogar den Muth, das Selbstvertrauen und die Unternehmungslust benommen habe. Wir vermuthen, daß diese vielfachen Klagen nicht ohne allen Grund seien, und daß vielleicht ein zu weitgehendes Verantwortlichkeits-Gefühl, manche unserer Konsuln bei solcher Antwortertheilung bestimmt habe, indem sie nicht die Garantie für etwaige ermunternde Rathschläge übernehmen wollten. Daß allerdings gerade die deutschen Konsuln ihren Landsleuten nicht so richtig an die Hand gehen, wie die Konsuln anderer Staaten ihren betr. Angehörigen, scheint außer Zweifel.

Auf alle diese Mißstände kann der obige Erlaß nur die besten Folgen üben, und er kann daher nur mit Freuden begrüßt werden. Aber bei Alledem wirft sich noch die Kardinalfrage auf, ob denn unsere Konsuln aber auch Seitens unserer Regierung nicht viel reichlicher als seither mit zulänglichem geistigen Materiale versorgt werden sollten, das ihnen die Zustände bei uns, die täglichen Erscheinungen auf dem wirthschaftlichen Gebiete, unsere Leistungsfähigkeit und Konkurrenzmöglichkeit, die unserer Zollpolitik innewohnenden theo-

retischen und praktischen, und bezw. politischen Motive und Zielpunkte, ja sogar die Anschauungen der kämpfenden Parteien, die Wünsche und Ansichten der hervorragendsten Faktoren unseres Exportes und Handels überhaupt, so weit als nur möglich, schon aus dem Grunde zur Kenntniß bringe, damit auch die Konsuln ihren Gesichtskreis erweitern können und einen weiteren richtigen Ueberblick über alles Dasjenige gewinnen, was in das Bereich einer vollständigen und solchen Berichterstattung gehört, aus welcher unsere Exporteure klarere Anhaltspunkte zu schöpfen vermögen als seither. In dieser Beziehung ist seitens der Regierung Manches versäumt worden, und die Konsulate klagen stark darüber daß man sie mit solchem Material in einer viel zu dürftigen Weise versorge und daß sie namentlich hinsichtlich der nöthigsten Regieausgaben einer zu weit gehenden Sparsamkeit unterworfen seien.

[D]eutsches Kapital und deutsche Arbeit.

[U]n. Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die [A]usbildung unserer natürlichen Wasserstraßen, der Bau [v]on Kanälen ꝛc. nicht nur nach der unmittelbaren [R]entabilität des aufgewendeten Kapitals, auch nicht [ei]nmal lediglich nach der Vermehrung und Verbilligung [d]er Verkehrsgelegenheiten beurtheilt werden dürfe, sondern [d]aß es für die Werthbemessung derartiger Anlagen noch [ei]nen weiteren, hochwichtigen Maßstab gebe: die [S]teigerung der natürlichen Wechselbeziehungen nämlich, [i]n denen die Orte eines Flußthals oder einer sonstigen [n]atürlichen Verbindungslinie zu einander stehen, sodann [d]ie größere Gesundheit und Naturgemäßheit in der [E]ntwicklung der gesammten wirthschaftlichen Verhältnisse, [s]owohl der Produktion als des Verkehrs. Mit dem[se]lben Rechte wird man nun ferner sagen dürfen, daß [ei]ne, allen Zweigen der nationalen Arbeit gewidmete [p]rinzipielle Obsorge nicht nur um ihrer selbst willen [v]on Wichtigkeit für die nationale Wohlfahrt sein wird, [so]ndern auch dadurch, daß sie unser wirthschaftliches, [i]n selbst unser ganzes Kulturleben in höherem Maße [a]uf alles dasjenige hinlenkt, was für das produktive [u]nd überhaupt das wirthschaftliche Gedeihen, von Einfluß [se]in kann. Einer solchen Besserung bedürfen wir aber [i]n Deutschland in sehr erheblichem Umfange, da die [A]nwendung des nationalen Gesichtspunktes auf alle [u]ns berührenden Angelegenheiten noch ein recht zartes [P]flänzchen ist.

Ein sehr auffallendes Exempel hiervon bildet die Ver[w]endung des überschüssigen deutschen Kapitals. Es [so]llte sich in der That von selbst verstehen, daß derartige [U]eberschüsse, die ja selbst dem Boden des wirthschaft[li]chen Gesammt-Gedeihens entsprießen, auch wieder ihre [V]erwendung finden sollten, um diesen Boden weiter zu [b]efruchten. Aber in Deutschland hat die langjährige [Z]errissenheit sowohl des wirthschaftlichen wie des po[li]tischen Lebens, den Trieb diesen naturgemäßen Gang [ei]nezuhalten und das eigene Kapital auch der eigenen [P]roduktion zuzuwenden, nicht recht zur Entfaltung

kommen lassen, und die vorwiegende Pflege der kommerziellen statt der produktiven Interessen, in Folge deren es mit der Rentabilität der Landwirthschaft, der Industrie &c. so zweifelhaft bestellt war, hat diesen Trieb dann vollends der Verkümmerung überantwortet. So konnte es kommen, daß wir zwar für alle möglichen faulen ausländischen Werthe deutsches Kapital hatten, daß auch zu Bankgründungen u. dgl. das Kapital sich in deutschen Taschen (z. Th. sogar solchen, bei denen dieses Kapital nur als harte Ersparniß aus mühsamer Arbeit betrachtet werden konnte), vorfand, daß aber zu industriellen Unternehmungen nichts zu haben war und, Schande genug, ausländisches Kapital zu derartigen Zwecken herhalten mußte.

Wie viele deutsche Geschäfte sind nicht mit englischem Gelde gegründet worden, (im Westen und Südwesten Deutschlands auch mit schweizerischem und französischem), und senden Jahr aus Jahr ein ansehnliche Ertragsüberschüsse, welche unserem Lande sehr zu Statten kommen würden, außer Landes! Und währenddem steckt deutsches Kapital in ungarischen und rumänischen Eisenbahnen und ermöglicht dem dortigen Getreidebau die Konkurrenz mit unserem, ohnehin schwer bedrängten Landbau, es steckt in der Türkei und in Aegypten und hilft dort, wo wir politisch so gut wie keine Aussichten haben, den Boden für die englische Herrschaft und für eine weitere Ausbreitung der englischen Handelsübermacht bereiten, es giebt sich her zu allerhand faulen Anlagen in aller Herren Länder, deren Hauptzweck darin besteht, der Börse und damit der Präponderenz des Handels wieder neue Kräftigungsmittel und neue Gebiete zuzuführen. Fürwahr, schon der Gesichtspunkt allein ist tief betrübend, daß sich in allen diesen Dingen eine so merkwürdige Verständnißlosigkeit für das eigene Interesse, ein so gänzliches Fehlen jedes politischen Instinkts darstellt, und gewiß darf auch dieser Mangel, an dem unser Volksgeist zur Zeit krankt, als ein anerzogener, als eine Folge der gewohnheitsmäßigen Nichtberücksichtigung aller reellen, produktiven heimischen Interessen betrachtet werden.

Zahllos sind die Gebiete, auf denen eine Befruchtung

unseres wirthschaftlichen Lebens durch Zuwendung von Kapital, in höchstem Maße angezeigt wäre. Wir sprechen nicht von Eisenbahnen, Kanälen und dergl., obwohl die Neigung, alle solche Bauten vom Staate zu erhoffen und sie ihm zuzuschieben, während sehr Vieles wohl durch eigene Initiative der Interessenten verwirklicht werden könnte, auch mit unserem gegenwärtigen Thema im Zusammenhange steht. Aber wenigstens die eigentlich gewerbliche Thätigkeit sollte doch das benöthigte Kapital bei uns im Lande finden. Dies ist jedoch bei weitem nicht der Fall; wir könnten mehr als nur zwei oder drei ganze Industriezweige nennen, denen es zu kräftigstem Aufblühen an weiter nichts wie an Kapital mangelt, und jeder Blick um uns her zeigt uns Geschäfte, welche bei größerer Kapitalkraft eine sehr bedeutend vergrößerte Leistungsfähigkeit erhalten können würden.

Wenn Länder wie England ihren Kapitalüberfluß überall auf Erden, wo derselbe nur Ertrag verheißt, anlegen, so ist dies ganz in der Ordnung; dafür fehlt es aber auch dem englischen Gewerbfleiße nie an englischem Kapital. Unser armes Deutschland aber hat noch auf lange hinaus sein bischen Kapital im eigenen Lande nöthig, und es ist dringend zu wünschen, daß der spezifisch-nationale Charakter der jetzigen Wirthschaftspolitik dies allen kapitalbesitzenden und kapitalbildenden Kreisen unserer Bevölkerung endlich zum Bewußtsein bringe.

Der Welthandel und der deutsche Außenhandel im Jahre 1882.

Wie die Natur keine Sprünge kennt, so lassen sich auch in die organische Entwickelung des wirthschaftlichen Lebens und Webens keine Schranken, keine willkürlichen Abschnitte hineintragen. Der Umstand also, daß in den letzten Tagen auf den 31. Dezember der 1. Januar folgte, berechtigt uns keineswegs, uns auch zugleich am Ende einer alten und auf der Schwelle einer neuen Wirthschaftsepoche zu fühlen; der Ultimo des März mit dem darauf folgenden 1. April, welcher Wendepunkt mit dem Wechsel der Jahreszeiten und im Zusammenhange mit weitreichenden Veränderungen vitaler und sozialer Gewohnheiten des konsumirenden Publikums zusammenfällt, eignet sich dazu unseres Ermessens schon weit eher. Aber es ist nun einmal eine alte Gepflogenheit, am Jahresschlusse zurückzublicken und diese Gewohnheit möge ihr Recht haben!

Das Welthandelsjahr 1882 muß im Zusammenhange mit vielen seiner Vorgänger beurtheilt werden; denn nur so erklären sich seine absonderlichen Erscheinungen. Während nämlich einige untrügliche Merkmale auf einen unzweifelhaften Aufschwung auf dem Gebiete der Produktion und des Handels schließen lassen, scheinen andere wiederum auf wenig erfreuliche Resultate hinzudeuten. Der Vermehrung der Arbeitskräfte und einer sichtlich aufwärts gehenden Lohnbewegung stehen Erschwernisse für den Mitbewerb der Unternehmer, ja stellenweise Verluste derselben gegenüber, und fast könnte die Frage naheliegend erscheinen, ob nicht 1882 am Ende doch den mageren Jahren zuzurechnen sei. Aber Manches wird erklärlich, wenn man einen Blick auf die Preisbewegung wirft. Fast auf dem gesammten Gebiete des Welthandels sind nämlich seit Langem nicht so niedrige Preise notirt worden, wie im Wirthschaftsjahr 1882; nur das Kohlengeschäft war bei steigenden Preisen bis heute äußerst lebhaft. Diese scheinbare

Ausnahme bestätigt aber gerade den Schluß, den man aus der abwärts gehenden Preisbewegung ziehen kann, nämlich die Folgerung, daß auf allen Gebieten eine Vermehrung der Produktion stattgefunden, was größere Quantitäten an Dampfmaschinen-Heizungsmaterial erforderlich machte, sowie daß die steigende Konkurrenz die Preise gedrückt hat.

Das wäre nun immerhin eine nicht unbedenkliche Erscheinung, deren weitere Folgen als Wirkungen einer industriellen Ueberproduktion dem Nachkömmling des beendeten Jahres verderblich werden könnten. Aber glücklicherweise hat eine verhältnißmäßig gute Ernte die Kaufkraft des Volkes um ein Gutes gestärkt, so daß der Konsum mit der Produktion einigermaßen Schritt zu halten vermag. Die großen Vorräthe, welche die letzte Epoche der Ueberproduktion aufgehäuft und die deßhalb naturgemäß zu einer komplizirten wirthschaftlichen Krisis führen und eine längere Periode des Niederganges mit sich bringen mußten, sind zweifellos nunmehr aufgezehrt; die Stauung ist beseitigt und die Entwickelung hat die Richtung nach Vorwärts und Aufwärts wieder angenommen, was sich daraus beweist, daß trotz des durch niedrige Preise geschmälerten Unternehmer-Gewinnes eine Steigerung der Produktion stattfinden konnte, die im Uebrigen auch noch an mancherlei ungünstigen Ereignissen, an der Spekulationskrisis in Frankreich, den Wirren im Orient und dem dadurch gestörten Handel mit dem ganzen Osten, unerwartete Bedrückungen des Kreditmarktes zu überwinden hatte.

Und so kann der Welthandel, unbekümmert um die Jahreswende, im Allgemeinen mit gutem Vertrauen in die Zukunft seinen Gang weiter gehen und auch Deutschland, welches als Industriestaat in hohem Maße auf die Bewegung des Weltmarktes angewiesen ist, darf daraus frischen Muth zu rüstigem Weiterstreben schöpfen. Die volle Jahresbilanz seines Außenhandels läßt sich zwar noch nicht ziehen, da erst für die drei ersten Quartale von 1882 das betreffende statistische Material vorliegt; aber dieses Material läßt hinsichtlich des

Gesammtresultates das Beste hoffen. Stellen wir uns einmal auf den Standpunkt der Handelsbilanz, so ergiebt sich, daß der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, welche im Jahre 1881 sich auf ca. 152 Mill. Mk. belief, im Jahre 1882 bislang nur 119 Millionen beträgt, ein Unterschied von 33 Millionen zu Gunsten einer Unterbilanz. Wenn wir nun auch im Allgemeinen diesem vorläufigen Resultate noch keine definitive finanzielle Wichtigkeit beimessen können, so läßt sich doch, wenn man einmal den Getreidehandel mit seiner Zunahme der Einfuhr um ca. 62 Millionen Mark bei einer gleichzeitigen Abnahme der Ausfuhr um ca. 7 Millionen für sich betrachtet, der erfreuliche Schluß ziehen, daß unsere industrielle Ausfuhr einen ganz erheblichen Aufschwung genommen hat. An diesem Aufschwung sind nach einer Zusammenstellung im „Deutsch. Handelsbl." namentlich betheiligt: Eisen und Eisenwaaren, Instrumente, Maschinen und Fahrzeuge, Kleider, Leibwäsche, und Putzwaaren, Leder und Lederwaaren, Papier und Pappwaaren, Seide und Seidenwaaren, sowie Materialwaaren und zwar bei Letzteren hauptsächlich Branntwein und Mehl.

Auch Deutschland hat zum Glück eine wenigstens nicht ungünstige Ernte gehabt, und es ist deshalb zu hoffen, daß unser Getreide-Außenhandel die Gestaltung der Bilanz für das letzte Vierteljahr nicht ungünstig beeinflussen werde; aber welche Zahlen auch die Einfuhr an Getreide aufzuweisen haben mag, in Bezug auf den Export unserer Industrien wird auch das letzte Quartal den gehegten Erwartungen entsprechen und das Jahr 1882 zu einer neuen erfreulichen Etappe unseres industriellen Aufschwunges gestalten helfen. Von hervorragender Stelle wurde jüngst vor der Vertretung unserer Industrie und unseres Handels das große Wort gesprochen: Deutschland sei auf dem Wege, der erste Industrie-Staat der Welt zu werden! Um dieses Ziel zu erreichen, müssen unsere Industrien noch manches Jahr von der Art des Letzten zum rüstigen und umsichtigen Streben vor sich haben; die erste Bedingung dazu aber ist: das

milde und gleichmäßige Licht des europäischen Friedens. Möge es unserer starken Politik gelingen, die gerade augenblicklich den politischen Horizont umziehenden Wolken zu vertreiben damit auch die Zukunft ungetrübt erstrahle dem Werke der friedlichen Arbeit.
